

L 70000

10

1916-1917

27/XII - 1./IV.

Volkswirtschaft

B

öffentl. Finanzw.-Börse

6.

Der Abend

27./XII. 1916

1

6

Wie es gemacht wird.

Auch Patroklos mußte sterben, und war mehr als du!

Wie man weiß, benützt die Depositenbank eine ältere Erlaubnis, um die sie sich unter der gegenwärtigen Regierung vergeblich beworben haben würde, und geht daran, ihr Kapital zu verdoppeln. Donnerstag findet die Komödie statt, die man außerordentliche Generalversammlung nennt und in der die sogenannten Aktionäre beschließen sollen, was zwischen dem Dr. Kranz und den Großaktionären längst abgekartet ist; für Mittwoch lädt Dr. Kranz die öffentliche Meinung zu sich zu Gast, um sie zu „informieren“, auf deutsch: ihr mitzuteilen, was sie gegen bare Bezahlung zu der Vergrößerung des Aktienkapitals zu sagen habe. Zu dieser Unterredung, bei der es an den überzeugendsten Gründen nicht fehlen wird — man findet sie leicht, wenn man das Kapital um vierzig Millionen erhöht — hat Dr. Kranz auch den „Abend“ eingeladen! Wir wollen den Übermut des Dr. Kranz nicht so hoch, noch seinen Verstand so gering einschätzen, um etwas anderes als einen Irrtum seines Schreibers anzunehmen; im Ernste kann er sich nicht eingebildet haben, daß wir seiner Einladung entsprechen würden. Dem „Abend“, der von niemand etwas haben will, zuzumuten, er möge wie die Deinstmänner der öffentlichen Meinung auf den Ruf irgend eines Emporkömmlings kommen, ist allerdings ebenso dumm wie dreist; denn daß der „Abend“ auf diesem Ohr nicht hört, könnten die Dr. Kranz und wie sie sonst heißen mögen, nun schon zur Genüge bemerkt haben. Aber es ist ein Irrtum des Schreibers, den wir

willkommen heißen; die Beleidigung der Zumutung prallt an uns ab, und es bleibt nichts übrig als ein neuer Beitrag zu dem uner schöplichen Gegenstande: Wie die öffentliche Meinung gemacht wird. Man weiß jetzt aus einer nicht wegzuleugnenden eigenhändigen Urkunde, wer vor einem Überfalle auf das öffentliche Wohl die Vertreter der Presse zu sich lädt, um ihnen „mit jeglicher Auskunft zur Verfügung zu stehen“. Es ist gut, daß von Zeit zu Zeit eine Undorsichtigkeit vorkommt, die einen Blick hinter die Kulissen ermöglicht.

Das Schreiben, das uns der glückliche Zufall zukommen ließ, lautet wörtlich:

Doktor Josef Kranz.

Wien, IX/1, 22. Dezember 1916.

Siechtensteinstraße 55.

Sehr geehrte Redaktion!

Der Verwaltungsrat der Allgemeinen Depositenbank wird Mittwoch, den 27. Dezember d. J., eine Sitzung abhalten, in welcher über die Kapitalvermehrung Beschluß gefaßt werden soll.

Aus diesem Anlasse beehre ich mich, die verehrliche Redaktion höflichst einzuladen, am gleichen Tage um 5 Uhr nachmittags einen Herrn Vertreter des volkswirtschaftlichen Teiles zu einer im Sitzungssaale der Bank, I., Schottengasse 1, stattfindenden Besprechung zu entsenden, in welcher ich zu jeglicher Auskunft über die Kapitalvermehrung zur Verfügung stehe.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Josef Kranz.

Der Abend
28. XII 1916

Denen der Krieg gut anschlägt.

Die deutsch-ungarische Zeitung „Der Weltmarkt“ enthält einen unseres Wissens bisher in den Tagesblättern nicht veröffentlichten Rechenschaftsbericht; er gehört zu denen, die man nur der Not, nicht dem inneren Triebe gehorchend bekanntgibt. Die Kriegsprodukte A. G. in Budapest hat mit einem Aktienkapitale von 20 Millionen, worauf aber 14 noch nicht eingezahlt sind, in Wirklichkeit also mit sechs Millionen einen Reingewinn von nicht weniger als 4.911.243 Kronen erzielt, ein Verhältnis, das an den vielberufenen Gewinn der Österr. Viehverbauungs-gesellschaft erinnert. Näheres ist leider nicht angegeben, so daß man nicht wissen kann, wie groß der Umsatz war, der diesen Gewinn brachte. Jedenfalls aber gehört ein Reingewinn von über achtzig v. H. an Kriegsprodukten — d. h. in verständlichem Deutsch: an Waren, die für den Krieg gebraucht werden — zu den Denkwürdigkeiten, über die man sich zu gelegener Zeit, nach dem Kriege, etwas eingehender unterhalten wird. Es wird ihrer nun leider soviel geben, daß es schwer sein wird, keine zu vergessen.

Daselbe Heft enthält eine außerordentlich lehrreiche Zusammenstellung, deren Verfasser gleich uns kein Freund der Kapitalserhöhungen zu sein scheint. Um zu zeigen, in wessen Vorteil sie eigentlich liegen, gibt er an, wie hoch die Dividenden und die Tantiemen bei der ungarischen Kommerzialbank waren; die eben jetzt ihr Kapital erhöht. Die Dividenden waren in den Jahren 1906 und 1908 K 160, 1910, 1912 und 1915 waren es K 170. In denselben Jahren waren die Tantiemen 1.043.032, 1.256.386, 1.492.958, 2.152.303 und 2.316.233 Kronen, also bei gleichbleibenden Dividenden eine ganz außerordentliche Steigerung der Tantiemen; gleichzeitig wurde das Aktienkapital von 42 auf 50 und im Jahre 1912 auf 62½ Millionen hinaufgesetzt. Man sieht also, daß diese unausgesetzten Kapitalserhöhungen in allererster Reihe die Aufgabe haben, die Tantiemen der Verwaltungsräte und Direktoren zu steigern; es ist außerordentlich beklagenswert, daß das zwar aller Welt einleuchtet, nur der Aufsichtsbehörde nicht. Allerdings geht aus der Darstellung des genannten Blattes hervor, daß die Herren Lanczy und Genossen ganz besondere Tantiemenhamster sind, nicht allein bei der eigenen Bank, sondern namentlich durch die Vereinigung von Verwaltungsratstellen, was ja schon lange die wichtigste Einnahmsquelle für diese Art von Leuten geworden ist. Die Kommerzialbank gehört bekanntlich zum engsten Freundeskreise der Bodenkreditanstalt, mit der sie in jüngster Zeit einige viel besprochene Geschäfte gemeinschaftlich durchgeführt hat, wie z. B. den An- und Verkauf der sogenannten Modenagründe, deren gewinnbringende Veräußerung den Tantiemen der Herren Lanczy und Genossen für das Jahr 1916 zugute kommen wird.

28. VII. 1916

Eine Neuregelung des Devisenverkehrs.

Wien, 27. Dezember.

Das Reichsgesetzblatt wird morgen eine Verordnung veröffentlichen, welche den Handel und den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln regelt und zugleich Beschränkungen im Geldverkehr mit dem Auslande verfügt. Schon im Februar war eine Organisation des Devisenhandels ins Leben gerufen worden, indem in Wien und Budapest bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank zwei Devisenzentralen errichtet wurden, welche in täglichen Zusammenkünften ihrer Mitglieder den Devisenverkehr regeln. Die damalige Organisation beruhte jedoch nicht auf einer gesetzlichen Verfügung, sondern auf Vereinbarungen, welche die Oesterreichisch-ungarische Bank mit der Postsparkasse und den Banken sowie einer Anzahl maßgebender Bankfirmen getroffen hatte. Die Mitglieder der Zentrale hatten sich verpflichtet, ihr sämtliche einlaufenden fremden Zahlungsmittel einzuliefern und den Bedarf an solchen Valuten ausschließlich bei dieser Zentrale zu decken. Die damaligen freiwilligen Vereinbarungen werden jetzt in obligatorische Vorschriften umgewandelt, welche nicht nur für die Mitglieder der Devisenzentrale, sondern allgemein verpflichtend gelten und den gesamten Devisenverkehr einheitlich regeln. Es wird also jetzt jener Zustand geschaffen, der in Deutschland bereits seit dem Beginne des Jahres besteht, so daß der Devisenhandel außerhalb der Zentralen, wie er jetzt von Firmen, die dieser Organisation nicht angehören, gepflogen wurde, in Zukunft verboten und unter Strafe gestellt werden wird.

Nach der neuen Verordnung wird jeglicher Handel und Verkehr mit Devisen und Valuten im Inlande sowie ein Devisenverkehr mit dem Auslande auf die Dauer der durch den Krieg geschaffenen Sachlage einer Reihe von Beschränkungen unterworfen. Ausländische Geldsorten, Münzen und Noten, ferner Devisen, Schecks, Auszahlungen auf das Ausland und inländische Handelsmünzen dürfen nur bei Firmen, welche der Devisenzentrale angehören, gekauft, verkauft oder belehnt werden. Ebenso darf man über ausländische Guthaben zum Zwecke der Erwerbung anderer Geldsorten, als auf welche dieses Guthaben lautet, nur bei einer Firma der Devisenzentrale verfügen. Geschäfte dieser Art können auch durch Kommissionäre vermittelt werden, der Kommissionär hat aber nicht das Selbsteintrittsrecht. Die Firmen, welche der Devisenzentrale angehören, sind verpflichtet, Eingänge an Devisen und Valuten der Devisenzentrale zur Verfügung zu stellen und ihren gesamten Bedarf an solchen ausländischen Zahlungsmitteln bei der Devisenzentrale zu decken. Diese Firmen sind gehalten, die Bestimmungen, welche die Devisenzentrale für den Verkehr an Valuten und Devisen erläßt, einzuhalten. Für die Einhaltung dieser Verpflichtungen können von der Regierung Kontrollen angedeutet werden.

Die Bestimmungen über den Devisenverkehr werden ergänzt durch ein Ausführverbot für österreichische Noten. Es ist bekannt, daß die Inanspruchnahme der Devisenzentrale dadurch umgangen wurde, daß österreichische Kronennoten auf ausländischen Plätzen angeboten wurden und durch diese Abgaben wurde der Kurs der österreichischen Noten im Ausland gedrückt. Von nun an wird es verboten sein, Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank, Darlehensklassenscheine, auf Kronen lautende Wechsel und Schecks nach dem Auslande zu verkaufen, wenn nicht die Zustimmung der Devisenzentrale vorliegt. Auch Reisende, welche nach dem Auslande verkehren, dürfen nur österreichische Noten bis zum Betrage von 500 Kronen mit sich führen. Ueberweisungen von Kronenbeträgen nach dem Auslande und Auszahlungen dieser Art sind nur mit Zustimmung der Devisenzentrale zulässig, es sei denn, daß es sich um kleine Beträge handelt, welche Ausländer auf ihre im Ausland befindlichen Guthaben einzahlen. Die Devisenzentrale wird die Bewilligung zur Zahlung nach dem Auslande nur dann erteilen, wenn ihr die Legitimität des Anspruches nachgewiesen wird und nicht öffentliche Interessen entgegenstehen. Rückwirkend soll aber diese Verordnung nicht gemacht werden und für Zahlungen auf Grund früher übernommener Verpflichtungen wird die Genehmigung nicht verweigert werden. Auf den Postanweisungs-, Postnachnahme- und Postauftragsverkehr findet die Verordnung keine Anwendung. Endlich werden die Bestimmungen noch dadurch ergänzt, daß für Geldeingänge in fremder Währung, die aus dem Warenverkehr stammen, sofern es sich nicht um ganz kleine Sendungen handelt, die Verpflichtung zur Ablieferung an die Devisenzentrale ausgesprochen wird.

Das ist der wesentliche Inhalt der morgen zur Veröffentlichung gelangenden Verordnung. Ihre Einhaltung wird durch Gefälligstrafen gesichert. Es sollen Geldstrafen bis zu 5000 Kronen oder Arreststrafen bis zu sechs Monaten verhängt werden.

Kapitalserhöhungen und kein Ende.

Die Depositenbank hat gestern die Verdoppelung ihres Aktienkapitals beschlossen. Es verlief programmäßig. Wie sich die Leser des „Abend“ noch erinnern werden, hatte der Präsident Dr. Josef Kranz die volkswirtschaftlichen Redakteure der Wiener Zeitungen für vorgestern zu sich geladen, um ihnen alle wünschenswerten Auskünfte — „Informationen“ nennt man es im Börsen- und Bankjargon — zu geben. Die Unterredung scheint beiden Seiten alles Wünschenswerte gebracht zu haben; soweit wir es überblicken konnten, hat nicht eine einzige Wiener Zeitung auch nur ein Wort der Kritik zu diesem unerhörten Vorgange für angezeigt gehalten. Man läßt die Depositenbank ruhig ihre vierzig Millionen schlucken und schluckt selbst den Anteil, der für die Verschwiegenen entfällt. Aber ganz so wie früher wirkt das Schweigen doch nicht mehr. Die Vermegenheit, mitten im Kriege das Kapital einer Bank zu verdoppeln, lenkt wieder einmal die Augen der Öffentlichkeit — insofern sie das Denken noch nicht gänzlich verlernt hat — mit besonderem Nachdruck auf dieses Gebiet volkswirtschaftlicher Tätigkeit. Die nachstehende Zusammenstellung möge zeigen, wie sich die Nutznießer der Volkswirtschaft zu neuen Taten rüsten. Obwohl man es sich schon abgewöhnt haben sollte, wird man nicht ohne einiges Staunen lesen, daß die Kapitalserhöhungen im zu Ende gehenden Jahre nicht weniger als 276¼ Millionen Kronen betragen, wovon allerdings ein Teil nur beschlossen ist und — wie z. B. die Kapitalserhöhung der Depositenbank — erst anfangs 1917 durchgeführt werden wird. Dafür bezeichnet diese Ziffer aber auch nur den Nennwert. Die wirklich erzielten Beträge sind durch die Kursgewinne noch bedeutend höher, konnten aber nur bezüglich der Banken festgestellt werden. Von dieser ungeheuren Summe entfielen auf Industriegesellschaften Kronen 122.711.600, und davon auf:

Eisen und Stahl	18.475.000
Maschinenfabriken	16.378.000
Kaolin, Glas, Ziegel	4.600.000
Brauereien (!)	778.000
Chemische Industrie	2.800.000
Mineralöl- und Seifenindustrie	20.600.000
Elektrische Industrie	20.000.000
Papierindustrie	3.000.000
Textilindustrie (!)	30.800.000
Zuckerindustrie (!)	5.280.000

Wie man sieht, hindert das Notleid keineswegs an Kapitalserhöhung, was allerdings nur sehr naive Lukenstehende überraschen könnte. Man leidet ja bekanntlich Not, um die Preise zu treiben, und man treibt die Preise, um die Kurse auf der Börse treiben zu können. Nicht minder bemerkenswert sind die Ziffern, die sich auf die Banken beziehen. Die schon durchgeführten Kapitalserhöhungen betragen im Nennwerte 74 Millionen, auf die ein Kursgewinn von nicht weniger als 66.051.250 Kronen, also rund neunzig v. H. erzielt wurde. Das ganze, den vermehrenden Banken neu zugeflossene Kapital beträgt schon über 140 Millionen. Allein das ist noch lange nicht alles! Noch nicht durchgeführt sind die Kapitalserhöhungen der Unionbank, des „Mercur“ und die gestern beschlossene der Depositenbank, zusammen im Nennwerte von achtzig Millionen. Wie hoch der Kursgewinn an diesen sein wird, ist noch unbekannt; allein schon die feststehenden Ziffern zeigen, daß das Jahr 1916 den paar Wiener Banken eine Vermehrung ihrer Machtmittel um weit über eine Viertel Milliarde gebracht haben wird. Es ist wohl überflüssig, dieser Ziffer irgend welche Betrachtung beizufügen; überflüssig und zwecklos, denn in völlig falscher Auffassung von Nützlichkeit und Schädlichkeit des Bankwesens läßt man sie ja doch gewähren. Hier wird nichts anderes nützen, als die öffentliche Meinung durch unausgesetztes Warnen und Aufklären so weit zu bringen, daß die allgemein werdende Überzeugung von der Gemeingefährlichkeit der Großbanken und ihrer Machthaber — dieser vor allem! — die Gesetzgebung zwingen wird, das zu tun, was die Verwaltung unterläßt: trennende Schranken zwischen den Taschen des Volkes und den Händen d. Großbankwesens zu errichten. Eine solche Bestände u. a. darin, daß die Vermehrung von Bankkapitalien nicht länger von der Behörde zu bewilligen wären, sondern von der Zustimmung der Volksvertretung abhinge. Muß das Volk die Lasten tragen, so ist es recht und billig, daß ihm diese Steuer wie jede andere nur mit seiner Zustimmung aufgelegt werden darf.

(Der Appetit kommt beim Essen. Die Blätter melden heute — selbstverständlich ebenfalls ohne ein Wort der Kritik, die für Wichtigeres vorbehalten bleibt — daß der „Mercur“ gestern beschlossen hat, das Kapital neuerdings um zwanzig Millionen zu erhöhen, wobei zu bemerken ist, daß die unlängst beschlossene noch gar nicht durchgeführt ist. Wir sind keine Freunde der Banken, wie man weiß. Nicht ihre Halben, sondern aus ganz anderen Gründen wünschen wir aufrichtig, es möge sich nicht zeigen, daß dieser wahnsinnige Tanz um das Dividenden- und Zinsienkalb auf einem Vulkan aufgeführt wird.)

Wien, 29. Dezember.

In einer großangelegten Rede hat Finanzminister Dr. v. Spiztmüller vor dem Beamtenkörper des Finanzministeriums sein Programm entwickelt. Herr v. Spiztmüller kommt nicht als Fremder in das Prinz Eugen-Palais: jahrzehntelang hat er dort in hervorragender Stellung bei der glücklichen Lösung der schwierigsten Aufgaben des Finanzressorts mitgewirkt. Unvergessen bleibt der Anteil, den Dr. v. Spiztmüller seinerzeit an der Neuordnung der direkten und indirekten Steuern, der Währungs- des Ausgleiches mit Ungarn und der allgemeinen Staats-schuld genommen hat. So tritt Herr v. Spiztmüller wirklich nicht als neuer Mann an die Spitze des Finanzressorts. Neu, ganz neu sind vielmehr die Verhältnisse, unter denen er die Verwaltung des Staatshaushaltes übernimmt. Im Zeichen des Krieges steht, so hob Herr v. Spiztmüller mit Recht hervor, ja muß jetzt das ganze Finanzressort stehen. Denn wie zum Kriegführen immer und immer wieder Geld gehört, so muß der Krieg notwendig gerade auf das Finanzressort, das diesen Geldbedarf zu decken hat, in erster Linie zurückwirken. Zuerst auf die Kreditpolitik des Staates beim Aufbringen des Erfordernisses, dann, sobald die neuen Umlaufsmittel in Verkehr kommen, auf die Valutapolitik und schließlich, wenn es die Bedeckung des neuen Zinsenerfordernisses gilt, auf die Budget- und Steuerpolitik. Vollends in einem Kriege, wie es dieser Weltkrieg ist, er-der an die Stelle der Millionenrechnung sehr bald die nach Milliarden gesetzt hat. Und daß die Kriegführung in so elementarem Maße auf die Staatsschuldenspolitik zurückwirkt, beruht schon darauf, daß die Kriegsgeldhaltung mehr als jede andere des Staates in dieser Zeit einen riesigen Vorausverbrauch von Werten und damit von Volkvermögen bedeutet. Viele Milliarden, weit mehr, als sie in den schon an sich gigantischen Beträgen der Kriegsanleihen gegeben sind, hat der Krieg verbraucht, Summen, um vieles größer, als sie durch die Volkswirtschaft Jahr um Jahr kapitalsmäßig neu angesammelt werden. Setzt dieser Vorausverbrauch durch den Krieg die höchste Anspannung der Kreditwirtschaft während des Krieges vorweg voraus, so muß dann für die kommende Zeit die budgetmäßige Fundierung des im Kriege entstandenen Erfordernisses gesichert werden.

In diesem Sinne gewinnt das viel benützte Wort der Uebergangswirtschaft ganz besondere, erhöhte Bedeutung für die staatliche Finanzpolitik. Erhöhte Bedeutung auch darin, daß die sogenannte Uebergangswirtschaft sich angesichts der Weite und Stärke der Ausstrahlung des Krieges auf die Staats- und Volkswirtschaft sich im Finanzwesen wohl auf eine viel, viel längere Zeit zu erstrecken haben wird als etwa in der Privatwirtschaft, vor allem in der Urpro-

Kapitalerhöhungen von Bank- instituten.

Allgemeine Depositenbank.

Gestern fand unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Josef Krantz eine außerordentliche Generalversammlung der Depositenbank statt, in der die Erhöhung des Aktienkapitals und einige Statutenänderungen auf der Tagesordnung standen. In der Generalversammlung nahmen 23 Aktionäre teil, die in eigenen und im Vollmachtsnamen 21283 Aktien mit 2134 Stimmen vertraten. Ministerialrat Dr. Hans Munk fungierte als landesfürstlicher Kommissär. Zur Beglaubigung des Protokolls wurden die Herren Dr. Otto Thorich und Dr. Oskar Groag und zum Schriftführer Notar Dr. Ferdinand Gasselseder bestellt. Nach Erledigung der Formalitäten hielt Präsident Dr. Krantz eine Ansprache an die Versammlung, in welcher er ausführte:

Als wir in der letzten ordentlichen Generalversammlung uns erlaubten, Ihnen den Antrag auf die inzwischen erfolgte Erhöhung unseres Aktienkapitals von 33 auf 40 Millionen Kronen zu unterbreiten, entsprachen wir damit einer schon früher geäußerten, im Statut planmäßig vorgesehenen und nur durch den Kriegsausbruch aufgeschobenen Absicht, die eigenen Mittel in das richtige Verhältnis zu den fremden Geldern zu bringen. In Voraussicht der weiteren Entwicklung unserer Bank haben wir uns alsbald mit dem Gedanken an eine neuerliche Erhöhung des Aktienkapitals beschäftigt, und die Ausdehnung, welche unser laufendes Bankgeschäft genommen hat, sowie die bereits erworbenen und beabsichtigten Beteiligungen an industriellen und sonstigen Unternehmungen veranlassen uns, Ihnen schon jetzt eine weitere Erhöhung unseres Aktienkapitals vorzuschlagen.

Unsre Bilanzsumme, welche im Jahre 1907 bei einem Aktienkapital von 20 Millionen Kronen 75 Millionen Kronen ausmachte, dürfte sich, soweit dies bisher übersehen werden kann, im heurigen Jahr auf ungefähr 300 Millionen Kronen erhöhen, während das Aktienkapital nicht in diesem Verhältnis gestiegen ist. Unsre Kreditoren, welche sich im Jahre 1907 auf 24 Millionen Kronen beliefen, betragen demalen mehr als 140 Millionen Kronen, und die Gelder gegen Einlagbücher, welche im Jahre 1907 20 Millionen Kronen betragen, belaufen sich gegenwärtig auf 68 Millionen Kronen. Unsre Debitoren, welche im Jahre 1907 42 Millionen Kronen ausmachten, stellten sich schon Ende 1915 auf 130 Millionen Kronen und dürften im heurigen Jahre die Höhe von 200 Millionen Kronen übersteigen.

Von dieser Entwicklung entfällt ein großer Teil auf das laufende Geschäftsjahr, in welchem beispielsweise die Summe der Kreditoren sich gegen den Stand von Ende 1915 von 71 Millionen Kronen

auf 140 Millionen Kronen erhöht, daher verdoppelt hat. Die Gesamtsumme, welche im Jahre 1907 3 1/2 Milliarden Kronen ausmachten, dürften im heurigen Jahre, soweit dies bisher zu übersehen ist, 11 Milliarden Kronen übersteigen, und die Dividende für das laufende Jahr wird jedenfalls eine Erhöhung erfahren.

Ergibt sich aus diesen Ziffern allein schon die Notwendigkeit, das eigene Kapital mit den fremden Geldern in Einklang zu bringen, so ist andererseits die Vorbereitung für den Übergang zur Friedenswirtschaft durch die Bereitstellung neuer Mittel ein Gebot der Vornotwendigkeit.

Es zwingt uns der furchtbare Ernst und die Schwere der Zeit, daran zu denken, daß den Banken auch eine öffentliche Funktion obliegt. Diese weist die Leitungen der Finanzinstitute gebieterisch darauf hin, ihren Apparat, ihre Organisation und ihre Mittel den öffentlichen Interessen dienlich zu machen. Nie wären die Milliardenfolge der Kriegsanleihe erzielbar gewesen ohne die weitreichende und unermüdete Mitarbeit der Banken. Noch mehr aber hat unsres Erachtens jenes Bankkapital dem Staatsinteresse gedient, welches in sein Tätigkeitsprogramm zweckentsprechend die Alimentierung und erforderlichenfalls auch die Reglementierung der heimischen Industrie einzubeziehen verstanden hat. Die vaterländische Industrie hat im Krieg Großes geleistet. Das ist immer wieder zu verkünden und zu betonen. Sie hat sich ganz freiwillig oder durch Staatsmaßnahmen bemüht dem Staate

und der Armee zur Verfügung gestellt, immer mehr und umfassender, bis auf den heutigen Tag. Jeder hierzu geeignete Industriezweig muß dem Interesse der Gesamtheit entgegenkommen, wodurch am ehesten die Prosperität beider Teile, der privaten Industrie sowohl wie des öffentlichen Gemeinwesens, gewährleistet wird.

Es ist voranzusehen, daß zur Ueberleitung in die Friedenswirtschaft jede Bank noch umfassender als bisher, teils als Mittelsorgan, teils als Exekutivorgan, vor bedeutsame Aufgaben gestellt sein wird. Für diese Zeit und für diese Aufgabe müssen auch wir als auf die Zukunft bedachtes Finanzinstitut uns rüsten. Im vollen Bewußtsein unsrer Pflicht gegen Staat und Gemeinwesen und den Aktionären gegenüber stellen wir Ihnen folgenden Antrag:

Die außerordentliche Generalversammlung vom 28. Dezember 1916 wolle beschließen: 1. Das Gesellschaftskapital wird von 40 Millionen auf 80 Millionen Kronen durch Ausgabe von 100.000 voll eingezahlten, auf Inhaber lautenden Aktien a 400 K. erhöht. Der Zeitpunkt und die Modalitäten für die Begebung dieser Aktien wird dem Verwaltungsrat überlassen, welchem gleichzeitig die Ermächtigung erteilt wird, diese Kapitalerhöhung im eigenen Wirkungskreis durchzuführen. 2. Gleichzeitig wird die mit dieser Kapitalerhöhung zusammenhängende Statutenänderung beschlossen und der Verwaltungsrat ermächtigt, den Wortlaut dieser Statutenänderung sowie etwaige hiermit zusammenhängende, von der Regierung gewünschte Änderungen der Statuten im eigenen Wirkungskreis durchzuführen.

Die weiter vorgeschlagenen Statutenänderungen beziehen sich vornehmlich auf den erweiterten Wirkungskreis der Gesellschaft, insbesondere auf die Berechtigung zur Ausgabe von Bankschuldverschreibungen, sowie auf die Einsetzung eines Vorstandes, welcher vom Verwaltungsrat bestellt und aus mindestens drei Mitgliedern bestehen wird.

Die auf die Kapitalvermehrung bezughabenden Anträge sowie die vorgeschlagenen Statutenänderungen wurden einstimmig genehmigt und hierauf die Generalversammlung geschlossen.

Bank und Wechselstuben-Aktiengesellschaft „Mercur“.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Eugen Brettauer hat gestern in Anwesenheit von 41 Aktionären, welche 45.671 Aktien mit 1823 Stimmen repräsentierten, eine außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre dieses Instituts stattgefunden. Als Regierungskommissär fungierte der I. I. Oberfinanzrat Dr. Leo Jader. Die außerordentliche Generalversammlung hatte über die beantragte Kapitalerhöhung zu beschließen.

Direktor Ernst Schwarz begründete die Anträge des Verwaltungsrates. Es wurde denselben stattgegeben und mit Rücksicht auf die fortschreitende Ausdehnung der Geschäfte eine jetzt durchzuführende Erhöhung des Aktienkapitals von 50 Millionen Kronen auf 60 Millionen Kronen beschlossen. Gleichzeitig wurde der Verwaltungsrat ermächtigt, nach Genehmigung der beschlossenen Statutenänderung in einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt die Erhöhung des Aktienkapitals von 60 Millionen Kronen auf 80 Millionen Kronen zu beschließen und die näheren Bestimmungen über die Art und Weise der Hinausgabe der Aktien und die Festsetzung der Einzahlungstermine zu treffen.

Den Aktionären werden die zunächst zu emittierenden neuen 25.000 Stück Aktien a 400 K. Nominale, welche vom 1. Jänner 1917 an dividendenberechtigt sind, bereit angeboten werden, daß auf Grund von je fünf alten Aktien eine neue bezogen werden kann. Die Kapitalerhöhung wird, wie die letzten Emissionen, von einem Garantiesyndikat unter Mitwirkung der Bank für Handel und Industrie in Berlin durchgeführt werden.

Das Budgetprovisorium für das erste Halbjahr 1917.

Wien, 30. Dezember.

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht heute die kaiserliche Verordnung vom 28. d. über die Führung des Staatshaushaltes vom 1. Januar bis 30. Juni 1917. Das Budgetprovisorium hat dieselbe Form wie das Provisorium für das erste Halbjahr 1916, indem die für das zweite Halbjahr 1916, das ist das erste Budgethalbjahr, erteilten Ermächtigungen bis 30. Juni 1917 erstreckt werden.

Die kaiserliche Verordnung lautet:

Kaiserliche Verordnung vom 28. Dezember 1916 über die Führung des Staatshaushaltes vom 1. Januar bis 30. Juni 1917.

Auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 141, finde ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1. Die der Regierung in den §§ 1, 2, 3 und 6 der kaiserlichen Verordnung vom 28. Juni 1916, R. G. Bl. Nr. 200, für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1916 erteilten Ermächtigungen werden auf die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1917 erstreckt.

§ 2. Mit dem Vollzuge dieser kaiserlichen Verordnung, die am 1. Januar 1917 wirksam wird, ist der Finanzminister betraut.

Budapest, am 28. Dezember 1916.

Karl m. p.

Clam-Martinic m. p., Baczewitsh m. p.,
Georgi m. p., Forster m. p., Guffart m. p.,
Trnka m. p., Spitzmüller m. p., Sobrzhustki m. p.,
Sandel m. p., Schenk m. p., Urban m. p.

Loyalitätskundgebung der Börse- kammer.

Errichtung einer 200,000-Kronen-Stiftung.

Die Wiener Börsekammer versammelte sich gestern vollzählig zu einer Festigung anlässlich des Regierungsantrittes des Kaisers Karl, zu der Börsekommissär Ministerialrat Dr. Zwierzina in Vertretung des Börsekommissariats erschienen war. Präsident Otto v. Seybel hielt an die Versammelten folgende Ansprache:

Das Jahr 1916 neigt sich zu Ende. Im Donner der Geschütze, kriegsumtost, wie es begonnen hat. Es hat uns den Frieden noch nicht gebracht; unsre Soldaten müssen weiterkämpfen, unsre Bürger weiterhin standhalten wie bisher; mit dem unerschütterten Bewußtsein des Rechtes, das durch nichts gebrochen werden kann, steht jeder auf seinem Posten. Alle Augen aber blicken auf den jungen Monarchen, in dessen Person die Zukunft des Reiches einen neuen glanzvollen Ausdruck gefunden hat. Mitten im Krieg, den er selbst in allen seinen Schrecken aus eigener Wahrnehmung kennen gelernt hat, hat Kaiser Karl seinen Völkern die Gewißheit gegeben, daß er so wie sein erlauchter Vorgänger ein Friedenskaiser sein will. Mit einer Handlung, die ihm für alle Zeiten den Dank der Menschheit sichert, hat er seine Regierung begonnen, mit einem Friedensangebot, dessen hochherzige Motive bei allen Gutgesinnten freudigsten Widerhall erwecken und dem sich auf die Dauer auch unsre Feinde nicht werden entziehen können.

Fürsorge und Gerechtigkeit sind die Prinzipien, die Kaiser Karl seinen Völkern verheißt hat und die er als echter Erbe des habsburgischen Thrones auch in seinen Handlungen zum Ausdruck bringt. Darum ist es auch begreiflich, daß ihm die schönste Zierde der habsburgischen Krone, die innige Liebe und unverbrüchliche Treue seiner Untertanen, im vollsten Maße zuteil wird. Allüberall, wo man den glänzenden Erfolgen der verbündeten Armeen zujubelt, klingt auch die Begeisterung für den jungen Kaiser mit hellem Ton hervor. Die Ueberzeugung, daß in seiner Hand die Zukunft des Reiches wohlgeborgt ruht, ist bereits Gemeingut des Volkes geworden; und darum möge auch uns stattdessen, in unserm engeren Kreise diesem innigen Gefühl mit kurzen, ehreverbietigen Worten Ausdruck zu verleihen. Die frohe Gewißheit, daß sich um die Person des gütigen Monarchen und seiner von edlem Pflichtbewußtsein erfüllten Gemahlin alle Stämme des Reiches in einmütigen Zusammenhalten scharf werden, gewährt die sicherste Bürgschaft für eine glückliche Zukunft unsres Vaterlandes. Wir blicken in eine neue Zeit, die jedem von uns im Interesse der Gesamtheit große Pflichten auferlegt. Freudig wollen wir sie erfüllen jetzt und immerdar nach dem Beispiel unsres edlen Herrscherpaares und uns huldigend in dem heißen, aus tiefster Seele kommenden Segenswünsche vereinigen: Gott schirme unsern Kaiser Karl, seine erlauchte Gemahlin und sein ganzes Haus!

Der Ansprache folgten begeisterte Hochrufe auf das Kaiserpaar.

Hierauf wurde einhellig beschlossen, zum steten Angedenken an den Regierungsantritt des Kaisers Karl und der Kaiserin Zita eine Stiftung für hilfsbedürftige Börsebesucher mit einem Stiftungskapital von 200,000 K. zu errichten und von der Huldigung der Kammer des Kaisers zu berichten.

Die Feststellung des Preises von Wertpapieren.

Wien, 30. Dezember.

Eine heute im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Ministerialverordnung bestimmt über die Feststellung des Preises von Wertpapieren durch die Wiener Börsekammer und über die Bewertung von Wertpapieren bei Ermittlung der Stempel- und unmittelbaren Gebühren folgendes:

§ 1. (1) Der Finanzminister kann anordnen, daß bis zum Wiederauftreten des amtlichen Kursblattes der Wiener Börse die Wiener Börsekammer in der vom Finanzminister zu bestimmenden Art für den Schluß des Jahres 1916 sowie auch weiterhin nach Maßgabe der Verhältnisse in entsprechenden Zeitabschnitten eine Feststellung der Preise der an den inländischen Börsen notierten und der sonst an der Wiener Börse mit amtlicher Genehmigung gehandelten Wertpapiere vornehme. Die Feststellung der Preise der nicht an der Wiener Börse, jedoch an einer anderen inländischen Börse notierten Wertpapiere hat im Einvernehmen mit deren Leitung zu erfolgen. (2) Auch abgesehen von dieser allgemeinen Feststellung der Preise kann der Finanzminister von der Wiener Börsekammer jederzeit Schätzungen einzelner Wertpapiere der im Absatz 1 bezeichneten Art einholen. (3) Der Finanzminister kann anordnen, daß die nach den Absätzen 1 und 2 festgestellten Preise zu verlaublichen sind und in welcher Weise dies zu geschehen hat.

§ 2. (1) Für die Ermittlung von Stempel- und unmittelbaren Gebühren ist jeweils die letzte, vor dem Eintritt der Gebührenpflicht verlaubliche Preisbestimmung nach § 1, Absatz 1 oder 2, maßgebend. Die Finanzbehörde ist jedoch berechtigt und auf Verlangen des Gebührenpflichtigen verpflichtet, die im § 1, Absatz 1, angeführten Wertpapiere zu dem genannten Zwecke einer den Verhältnissen des Tages, an dem die Gebührenpflicht eingetreten ist, entsprechenden Schätzung nach § 1, Absatz 2, unterziehen zu lassen und den hierbei festgestellten Wert der Gebührenermittlung zugrunde zu legen. (2) Andere als die im § 1, Absatz 1, bezeichneten Wertpapiere sind zum Zwecke der Ermittlung der Stempel- und unmittelbaren Gebühren mit ihrem Nennwerte oder mit demjenigen auf Veranlassung der Finanzbehörde oder des Gebührenpflichtigen durch gerichtliche Schätzung festgestellten Betrage zu veranschlagen, welcher den Verhältnissen des Tages entspricht, an dem die Gebührenpflicht eingetreten ist. (3) Die Bestimmungen über die Bewertung ausländischer Geldsorten und inländischer Handelsmünzen zum Zwecke der Ermittlung von Stempel- und unmittelbaren Gebühren sowie der Effektenumsatzsteuer werden durch besondere Verordnung getroffen. (4) Die Vorschriften des § 51 des Gesetzes vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Nr. 50, und des § 8 des Gesetzes vom 13. Dezember 1862, R. G. Bl. Nr. 89, treten für die Dauer der Geltung der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 außer Kraft, die der kaiserlichen Verordnung vom 22. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 294, sind aufgehoben. (5) Die Bestimmungen der §§ 52 bis 54 des Gesetzes vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Nr. 50, bleiben unberührt.

§ 3. (1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1917 in Wirksamkeit. (2) Die Bestimmungen des § 1 bleiben bis zu dem durch Verordnung festzusetzenden Tage in Geltung. (3) Die Vorschriften des § 2, Absätze 1 bis 3, können durch Verordnung mit der Wirkung außer Kraft gesetzt werden, daß vom Tage ihrer Aufhebung angefangen, die Vorschriften des § 51 des Gesetzes vom 9. Februar 1850, R. G. Bl. Nr. 50, und des § 8 des Gesetzes vom 13. Dezember 1862, R. G. Bl. Nr. 89 wieder in Geltung treten. Die Bestimmungen des § 2 sind in allen Fällen anzuwenden, in denen dem Staatsschatz der Anspruch auf die Gebühr in der Zeit vom 1. Januar 1917 an erwachsen ist.

Betrachtungen über den staatsfinanziellen Wiederaufbau Oesterreichs.

Zu den am 6. und 20. d. vom Finanzminister a. D. Freiherrn v. Engel gehaltenen Vorträgen über das Thema "Betrachtungen über den staatsfinanziellen Wiederaufbau Oesterreichs" fand gestern in der Gesellschaft für christliche Soziologie, Sozialpolitik und Wirtschaftskunde im Hörsaal XXII der Juristischen Fakultät die Diskussion statt. Derjelben wohnten an: Landmarschall Prinz Liechtenstein, die Minister a. D. Freiherr von Engel, Dr. R. v. Wittel und Dr. G e s m a n n, Sektionschef R h o s s v. S t e r n e g g und E g l a u e r, die Reichsratsabgeordneten v. S u g g e n b e r g, J e d e l, Dr. M a t a j a und W o l l e t, ferner Dir. Dr. H ö s s l i n g e r, Hofrat S w o b o d a, Landesinspektionsrat Dr. S a a s s, Magistratssekretär G s c h l a d t, Landesinspektor H e i n d l u. v. a.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Präsidenten Landmarschalls Prinzen Liechtenstein entspann sich eine ungemein rege Debatte, an welcher sich die Herren Sektionschef E g l a u e r, Kommerzialrat P a r t i k, Oberlandesrat Direktor Dr. H ö s s l i n g e r, G. R. P h i l p, Abg. Dr. M a t a j a, St. R. A n g e r m a y e r, Dr. M a r e s c h und Obergeringieur S c h o b e r beteiligten. Auf die vorgebrachten Ausführungen reflektierte Finanzminister a. D. Dr. Freiherr v. Engel und brachte resumierend zum Ausdruck, daß mit Befriedigung konstatiert werden kann, daß sich auch die Ausführungen in der Debatte in denselben Richtlinien bewegten, die er in seinen Vorträgen gekennzeichnet hatte, und daß auch im allgemeinen die hierüber gemachten Erörterungen des Vortragenden die Zustimmung der Redner in der abgeführten Debatte fanden. Der Vortragende nahm Anlaß, sich im Einklange mit den Ausführungen insbesondere des Sektionschefs Eglauer und Kommerzialrats Partik sowie des Reichsratsabgeordneten Dr. Mataja über die notwendige Reform der Kriegsgewinnsteuer zu verbreiten und hiebei auf die erforderliche Spezialisierung und Individualisierung dieser Steuer sowie auch der Einkommensteuer und auf die entsprechende Entlastung kleiner Unternehmungen, insbesondere der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, neuerdings hinzuweisen. Er reflektierte auch auf die Ausführungen, betreffend die Vermögenssteuer und erläuterte hiebei die gegen deren Einführung während der Kriegszeit sich ergebenden Hindernisse und Schwierigkeiten sowie die Notwendigkeit eines rationellen Maßhaltens. In einer längeren Ausführung hob er hervor, daß die Steuerpolitik sich nur als Glied der Wirtschaft-, Finanz- und Budgetpolitik betrachten dürfe und daß bei allen staatsfinanziellen Maßnahmen auf diesem Gebiete die Prinzipien der Leistungsfähigkeit und der sozialpolitischen Rücksichten wie nicht minder wirtschaftlichen und produktiven Entwicklung gewahrt bleiben müssen. Nachdem der Vortragende, einer Anregung des Stadtrates Angermayer folgend, über eine rationelle Budgetpolitik insbesondere im Ausgabenetat des Staatshaushaltes die erforderlichen Aufklärungen gegeben, wendete er sich, um den von Gemeinderat Philp und Dr. Maresch in der Debatte gemachten Bemerkungen zu entsprechen, der Erörterung der Valutafrage und der bei Uebergang

in die Friedenswirtschaft sich als unbedingt notwendig herausstellenden definitiven Sanierung unseres Geldwesens zu, welche sowohl durch die Noteninflation als durch die aktuellen handelspolitischen Verhältnisse so stark gelitten hat. Nach Behandlung der hier einschlägigen Detailfragen kam der Vortragende auf die Einnahmssteigerung durch Verstaatlichung und Monopolisierung sowie im Wege der Beteiligung des Staates am Unternehmerrgewinn der zu syndizierenden Unternehmungen und über das Verhältnis dieser neuen Form der staatlichen Erwerbsbetätigung zur bisherigen Art der Staatsbetriebe zu sprechen. In eingehender Ausführung legte er die sich hiebei aufdrängenden Fragen, insbesondere jene über die staatsfinanziellen, die volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Vorteile dieser Institution sowie über die selbstverständlichen zu treffenden staatlichen Kontroll- und Schutzmaßnahmen dar, berührte auch hier die von Oberlandesrat Direktor Hößlinger vorgebrachten das Versicherungswesen betreffenden Momente, und beruhigte über einige in der Debatte gestreiften Besorgnisse hinsichtlich der Ausgestaltung und der Einrichtung dieser Ertragsform. Er schloß mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß bei Anwendung der richtigen Maßnahmen unter Vermeidung kleinlicher Steuerkünste und bei Aufwendung des erforderlichen Nutes, sich angesichts der neuen Verhältnisse auch neuer Mittel zu bedienen, der staatsfinanzielle Aufbau gelingen wird.

Vizepräsident Erz. Dr. G e s m a n n teilte das Vortragsprogramm für den Monat Jänner mit und schloß sodann den Diskussionsabend.

1./T. 1917

15

Die Budapest Aktiengesellschaften.

Budapest, 31. Dezember.

Im nachstehenden geben wir eine Darstellung des Geschäftsverlaufes bei den hervorragendsten Aktienunternehmungen unseres Platzes, sowie — soweit sie zu ermitteln waren — die Schätzungen der für das Jahr 1916 zu erwartenden Dividenden. Die Liste ist keine vollständige; immerhin gewinnt man jedoch schon aus den mitgeteilten Daten von dem Entwicklungsgange unserer Geldinstitute, unserer Verkehrs- und Versicherungsanstalten, wie unserer Industrie-Unternehmungen im abgelaufenen Jahre ein anschauliches Bild, das uns unter den obwaltenden Verhältnissen im ganzen und großen mit Befriedigung erfüllen kann.

Banken.**Ungarische Allgemeine Kreditbank.**

Das laufende Geschäft weist auch im vergangenen Jahre eine weitere beträchtliche Entwicklung auf, was insbesondere in der neuerlichen wesentlichen Vermehrung der dem Institut anvertrauten Kapitalien zum Ausdruck gelangt.

Bei der Placierung der zur Einlösung, beziehungsweise zum Umtausche der am 1. April 1916 fällig gewordenen Nominale 150,000,000 4 $\frac{1}{2}$ -prozentigen kön. ung. Staatskassenscheine in gleichem Betrage emittierten fünfprozentigen 2 $\frac{1}{2}$ -jährigen Staatskassenscheine, sowie bei der Begebung der an Stelle der am 1. Oktober abgelaufenen Nominale k 250,000,000 4 $\frac{1}{2}$ -prozentigen kön. ung. Staatskassenscheine herausgegebenen 5 $\frac{1}{2}$ -prozentigen dreijährigen Staatskassenscheine hat sich das Institut als Mitglied, beziehungsweise Leiter des Uebernahmefortiums betätigt.

Für die zur Deckung der Kriegskosten im Frühjahr 1916 emittierte vierte und vor Jahreschluß zur Subskription aufgelegte fünfte ungarische Kriegsanleihe hat die Kreditbank mit dem ausgebreiteten Netze der mit ihr in Verbindung stehenden Geldinstitute als öffentliche Zeichnungsstelle mit schönem Erfolge mitgewirkt.

Der Abend
3. / 11. 1917

19

Denen der Krieg gut anschlägt.

Während die einen — leider die meisten — nicht mehr imstande sind, sich die Schuhe doppeln zu lassen, sind die anderen unentwegt dabei, ihre Reingewinne zu doppeln. Wieder liegt ein geradezu aufreizender Fall vor. Die S. Machlup Söhne Lederfabrik A. G. in Budapest hatte im vorigen Jahre einen Reingewinn von 244.820 K = 12 v. H. des Aktienkapitals; heuer beträgt er 1.148.976 Kronen = 62 v. H. Was soll man dazu sagen? Die Welt muß in zerrissenen Schuhen herumlaufen, nicht etwa, weil nicht Leder genug vorhanden wäre, sondern weil eine Schar unerzättlicher Ausbeuter ihren Profit ins Unerträgliche steigern will. Und es findet sich kein Senat, der diesen Catilinas ein „Wie lange noch?“ zuriefe, so dringend es auch das öffentliche Wohl verlangt!

Zwingt uns die Geldgier der Unternehmer, mit zerrissenen Sohlen herumzulaufen, so auch mit unreinen Händen. Es ist schon fast kein Unterschied zwischen den Seifenverbrauchern und den Seifenerzeugern, nur daß ihre unsauberen Hände diesen natürlich mehr tragen. Wieder liegt ein Rechenschaftsbericht vor. Die „Flora“ Ungarische Stearinkerzen- und Seifenfabrik A. G. in Budapest hat einen Reingewinn von 1.159.252 Kronen erzielt. Voriges Jahr waren es 668.946 Kronen, vor zwei Jahren 296.604 Kronen. Da das Aktienkapital 3,8 Millionen beträgt, so gibt dieser Gewinn ein Erträgnis von über 30 v. H., selbstverständlich nach sorgfältigster Verschleiерung des wirklichen Gewinnes, soweit nur möglich. Ganz schamlos wird zugegeben, daß der Mangel an Petroleum die Nachfrage für Kerzen erhöhte. Eine neue Form für das bekannte freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte: wenn Heimarbeiter und Näherinnen kein Petroleum haben, müssen sie den Aktiengesellschaften Kerzen zu teuren Preisen abkaufen, damit diese 19 v. H. Dividende verteilen können. Selbstverständlich hat auch hier eine Großbank die Hand im Spiele. Im Verwaltungsrate sitzt Baron Paul Kornfeld aus der Dynastie derer von Kornfeld, die in einträglichem Patriotismus das ungarische Geldwesen im allgemeinen und die Ungarische Allgemeine Kreditbank im besonderen beherrschen. Dieser Herr ist nebenbei gesagt einer der interessanteren Budapester Geschäftslente. Er hat neunzehn Verwaltungsratsstellen, darunter eine große Zahl einträgliches.

4. / I. 1917

Einkommen und Vermögen.

Nach den Steuergesetzen für 1917.

Von

Dr. Erich Ehd,

Rechtsanwalt am Kammergericht.

„Einkommen ist kein Begriff, der von vornherein genau und fest abgegrenzt ist, sondern das, was die Steuergesetze der einzelnen Staaten als Einkommen bezeichnen“ führte der Schatzsekretär Herr Helfferich bei der Beratung des Kriegssteuergesetzes mit Recht aus. Das gleiche gilt vom Vermögen. Beide Grundbegriffe unserer Steuerrechts können nicht aus allgemeinen Erwägungen konstruiert, sondern lediglich dem positiven Gesetz entnommen werden. Nach diesen Richtungen hat nun die Gesetzgebung der Kriegsjahre Änderungen geschaffen, so daß bei der kommenden Veranlagung nicht ohne weiteres von den herkömmlichen Grundbegriffen ausgegangen werden kann.

Die preußische Einkommenbesteuerung wird von der sogenannten Quellentheorie, die im § 9 des Gesetzes ausgesprochen ist, beherrscht. Danach werden Einkünfte eines Steuerpflichtigen nur dann zur Steuer herangezogen, wenn die Einkommensquelle, aus der sie fließen, sei es Kapital- oder Grundvermögen, sei es Handel und Gewerbe oder gewinnbringende Beschäftigung, bei Beginn des Steuerjahres, also am 1. April, noch besteht. Ist die Quelle vor dem 1. April verfiel, so bleiben ihre Erträge unberücksichtigt. Diese Quellentheorie, welche vom Oberverwaltungsgericht in langjähriger Rechtsprechung nach allen Seiten ausgebaut worden ist, hat sich auch während des Krieges in mancher Richtung bewährt. Der preußische Generalsteuer-Direktor wies z. B. darauf hin, daß nur sie es ermöglicht hat, die vielen tausend Steuerpflichtigen, die zu den Waffen einberufen worden sind, und die ihre Erwerbstätigkeit infolgedessen haben einstellen müssen, sogleich von dem Einzugsmonat ab von der Steuer zu befreien.

Andererseits befürchtet man, daß mancher Steuerzahler sie sich zunutzen machen könnte, um seinen Gewinn der Besteuerung zu entziehen. Geht ein Steuerpflichtiger von einer lohnenden Tätigkeit zu einer weniger lohnenden über, so ermäßigt sich die Steuer von dem neuen Steuerjahre ab sogleich entsprechend dem Rückgang der Einnahmen. Das führt in den Zeiten wirtschaftlicher Verschiebungen zu Schwierigkeiten. Der Preussische Städtetag hat eine Statistik derartiger Fälle aufgemacht, in denen infolge der Quellentheorie erhebliche Einnahmeverluste unbesteuert geblieben sind, und ist auf die Zahl 126 gekommen. Wenn die Nachprüfung auch manchen Fall ausgeschlossen hat, so bleibt doch eine größere Anzahl von Fällen übrig, wo zum Teil erhebliche Einnahmen der Besteuerung sich entzogen haben, namentlich in der Weise, daß Betriebe plötzlich aufgegeben worden sind, oder Betriebe von Einzelpersonen sich in Gesellschaften umgewandelt haben. Auch das Gegenteil ist vorgekommen. Dem soll ein vom Preussischen Landtag beschlossenes Gesetz vorbeugen, das auf einen Antrag des Abgeordneten Schwedenbiel zurückgeht. Danach werden Einkünfte, die jemand während des Krieges in dem letzten Kalender- oder Geschäftsjahr vor der Veranlagung aus gewerblicher Tätigkeit oder aus gewinnbringender Beschäftigung, oder infolge seiner Zugehörigkeit zu einer G. m. b. H. gehabt hat, auch dann veranlagt, wenn sie aus einer Quelle stammen, die am 1. April wegfällt, oder sich wesentlich ändert. Hat also jemand z. B. während des Jahres 1916 einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung angehört, die Kriegslieferungen gemacht hat, so ruht es ihm nichts, wenn er diese Gesellschaft vor dem 1. April 1917 zur Auflösung bringt. Er wird gleichwohl mit den hieraus bezogenen Einkünften zur Steuer veranlagt. Auch Einkünfte aus einer einmaligen Tätigkeit werden zur Steuer herangezogen. Z. B. eine Provision, die jemand, der sonst dem gewerblichen Leben fern steht, aus einer gelegentlichen Vermittlung eines Lieferungsvertrages bezogen hat. Für diejenigen, die nach dem dreijährigen Durchschnitt veranlagt werden, also in erster Linie für die eingetragenen Kaufleute, bleibt die Durchschnittsberechnung maßgebend. Es tritt aber das, was sie nicht quellenmäßig erworben haben, hinzu. Für den Uebergang einer Gesellschaft in eine andere sind besondere Bestimmungen getroffen. Der weitere Paragraph sorgt dafür, daß das Einkommen von Personen, die nach dem Ausscheiden aus dem Militärdienst neu aufgenommenen gewerblicher Tätigkeit oder gewinnbringender Beschäftigung Einkommen beziehen, auch hiervon Steuern zahlen müssen. Dieses Gesetz ist ein reines Kriegsgesetz. Es gilt aber nicht etwa nur für die Verdienste des Jahres 1916, sondern auch für die verfloffenen Kriegsjahre.

Was das Vermögen anlangt, so ist an den grundlegenden Bestimmungen des Ergänzungsteuergesetzes nichts geändert worden. Auch die Reichsgesetze, zunächst das Wehrbeitragsgesetz und dann das Besitz- und das Kriegssteuergesetz haben diese Grundbegriffe im wesentlichen übernommen. Gewisse Unterschiede ergeben sich naturgemäß daraus, daß es sich in dem einen Falle um ein preussisches, in den anderen um Reichsgesetze handelt. So umfaßt z. B. die preussische Ergänzungssteuer nur das in Preußen befindliche Grund- und Betriebsvermögen, die Besitz- und die Kriegsteuer dasjenige Grund- und Betriebsvermögen, das sich innerhalb der Reichsgrenze befindet. Diese Vorschrift ist insofern für die beiden letztgenannten Steuern von besonderer Bedeutung, als Vermögensänderungen, die durch Veräußerungen des ausländischen Grund- und Betriebsvermögens entstehen, nicht als Vermögenszuwachs gerechnet werden. An sich würde der bare Kaufpreis, den jemand für sein in Amerika belegenes Grundstück zahlt, vom Standpunkt der Besteuerung aus einen Vermögenszuwachs darstellen, denn das Geld fällt unter die Steuerpflicht, während das ausländische Grundstück nicht zu dem steuerbaren Vermögen gerechnet wurde. Aber der Steuerpflichtige wird durch eine solche Veräußerung natürlich an sich nicht reicher, im Gegenteil, man denke etwa an Flüchtlinge oder von ihrem bisherigen Wohnsitz Abgeschnittene, für die eine solche Veräußerung sehr nachteilig gewesen sein kann; es wäre deshalb unbillig, wenn man hierauf die Zuwachsabgabe legte. Auf der anderen Seite muß ebenso verhindert werden, daß jemand einen Vermögenszuwachs dadurch der Besteuerung entzieht, daß er ihn in ausländischen Grundstücken oder Betriebsvermögen anlegt. Dem schiebt § 5 des Kriegssteuergesetzes einen Riegel vor.

(Ein weiterer Artikel folgt.)

4. I. 1917

(Die Kapitalvermehrung der Unionbank.) Durch die gestern verlautbarte Kundmachung wird den Inhabern der dormalen im Umlaufe befindlichen 175,000 Aktien der Unionbank das Recht eingeräumt, auf je fünf alte Aktien eine neue Aktie zu beziehen. Der Bezugspreis ist mit 550 K. pro Aktie zuzüglich der 5prozentigen Zinsen festgesetzt. Das Bezugsrecht ist bis spätestens 13. Jänner 1917 anzumelden. In Wien erfolgt die Anmeldung bei der Liquidatur der Unionbank und den Wechselstuben des Instituts.

Die Deutsche Reichsbank zum Jahres-
[Schlusse.] Die Geldbewegung an den Kassen der Deutschen Reichsbank war zum Schlusse des Jahres von einer nur selten dagewesenen Mächtigkeit. Zum erstenmal in der Geschichte der Reichsbank hat der Notenumlauf die Höhe von 8 Milliarden Mark überschritten und ist in der letzten Dezemberwoche um eine halbe Milliarde Mark gestiegen. Vor dem Ausbruch des Krieges betrug der Notenumlauf der Reichsbank 1.9 Milliarden und er hat sich somit im Kriege vervierfacht, wozu die Darlehensklassenscheine in der Zirkulation von 2.7 Milliarden Mark treten. Allerdings hat sich in dieser Zeit der Goldschatz verdoppelt, denn er betrug vor dem Kriege 1.25 Milliarden Mark, jetzt 2.5 Milliarden Mark. Auch in der letzten Woche ist der Reichsbank neuerlich Gold aus dem inneren Umlaufe zugeflossen, und diese starken Erwerbungen von Gold zeigen, daß die Zuversicht und die Bereitwilligkeit des deutschen Kapitals, der Reichsbank eine Stütze zu geben, unererschöpflich sind. Die im Umlauf befindlichen Noten der Reichsbank sind jetzt mit 31 1/2 Prozent durch Gold bedeckt. Die Reichsbank hat im Kriege das Recht erhalten, ihren Besitz an Reichs- und Darlehensklassenscheinen in die metallische Bedeckung einzurechnen. Danach ist ihre Notenzirkulation, abgesehen von der bankmäßigen Deckung durch Wechsel und diskontierte Schatzanweisungen, gegenwärtig mit 37.1 Prozent durch Metall und Reichsklassenscheine fundiert. Die Reichsbank ist auf Grund ihres jetzigen Standes in der Lage, noch 853 Millionen Mark Noten auszugeben. Erfahrungsgemäß pflegt

nach dem Jahreschlusse eine starke Rückströmung einzutreten. Im vorigen Jahre, wo zu Ultimo Dezember die Anspannung bei weitem nicht den jetzigen Umfang erreicht hatte, sind in den ersten drei Wochen des Januar an Noten zur Reichsbank 642 Millionen Mark zurückgeströmt. Es ist anzunehmen, daß der Rückfluß heuer mindestens ebenso groß und eher noch stärker sein werde, so daß der Notenumlauf wahrscheinlich jetzt schon erheblich niedriger sein dürfte als 8 Milliarden Mark. Aus Berlin wird hierüber das folgende telegraphiert:

Berlin, 4. Januar. In der letzten Dezemberwoche vorigen Jahres hat die Anlage der Deutschen Reichsbank eine Anspannung erfahren, wie sie in gleicher Stärke, abgesehen von den Tagen, die den ersten Einzahlungen auf die Kriegsanleihen vorausgingen, nur unmittelbar vor und nach Ausbruch des Krieges zu beobachten war. Um nicht weniger als 1353.1 auf 9609.8 Millionen Mark ist die bankmäßige Deckung vom 23. bis 30. Dezember v. J. gestiegen, die gesamte Kapitalsanlage um 1346.8 auf 9703.3 Millionen Mark. Zur gleichen Zeit des Jahres 1915 hatte die Neubelastung nur 397 und im Jahre 1914 nur 225 Millionen Mark betragen. Zur Vermehrung der Kapitalsanlage kommt die Vergrößerung des Darlehensbestandes bei den Darlehenskassen um 372.2 auf 3407.9 Millionen Mark, womit ebenfalls der ungewöhnlich hohe Kreditbedarf in Erscheinung tritt. Allerdings sind auch die fremden Gelder außerordentlich gewachsen. Diese hatten sich in der letzten Dezemberwoche des Jahres 1914 um 297 Millionen Mark verringert und im Jahre 1915 um 312 Millionen Mark vermehrt, während das Jahr 1916 mit einem mehr als doppelt so großen Zugang schloß, nämlich mit einer Steigerung von 771.9 auf 4564.2 Millionen Mark. Parallel den Kreditansprüchen lief der große Bedarf an Zahlungsmitteln, wodurch sich der Notenumlauf um 519.7 auf 8054.6 Millionen Mark erhöhte. Davon entfallen zum erstenmal mehr als 3 Milliarden Mark auf die kleinen Noten. Zudem mußte die Reichsbank 120.5 Millionen Mark in Darlehensklassenscheinen in den Verkehr setzen, und ihr Bestand an diesen erhöhte sich, obwohl die Reichsbank 372.2 Millionen Mark von den Darlehenskassen empfing, nur um 251.7 auf 414.6 Millionen Mark. Einen erfreulichen Zuwachs erfuhr der Goldvorrat, der um 1.39 auf 2520.47 Millionen Mark stieg. Auf die fünfte Kriegsanleihe wurden in der letzten Dezemberwoche vorigen Jahres 63.2 Millionen Mark neu eingezahlt, so daß nunmehr 9802 Millionen Mark, gleich 91.6 Prozent des Zeichnungsergebnisses von 10.698.9 Millionen Mark, voll bezahlt sind. Dem stehen gegenüber an Kriegsanleihe Darlehenskassen 356.9 Millionen Mark (95.9 Millionen Mark mehr als am 23. Dezember v. J.), gleich 3.64 Prozent des vollbezahlten Anleihenwertes. Der Ausweis lautet:

Aktiven: Metallbestand an kurzfähigem deutschen Gelde, an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kilogramm fein zu 2784 Mark berechnet 2.536,792.000 (+ 1,400.000) Mark, darunter Gold 2.520,473.000 (+ 1,397.000) Mark, Reichs- und Darlehensklassenscheine 422,089.000 (+ 248,824.000) Mark, andere Banknoten 1,394.000 (- 533.000) Mark, Wechsel, Schecks und diskontierte Schatzanweisungen 9.609,767.000 (+ 1,353,053.000) Mark, Lombardforderungen 9,758.000 (- 149.000) Mark, Effekten 83,749.000 (- 6,116.000) Mark, sonstige Aktiven 784,125.000 (- 203,621.000) Mark. **Passiven:** Grundkapital 180,000.000 Mark (unverändert), Reservefonds 85,471.000 Mark (unverändert), Notenumlauf 8,054,652.000 (+ 519,739.000) Mark, sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten 4,564,206.000 (+ 771,930.000) Mark, sonstige Passiven 563,345.000 (+ 101,189.000) Mark. Bei den Abrechnungsstellen wurden im Monat Dezember 6,935,255.500 Mark abgerechnet.

Das Finanzkapital und ich.

„Die Geschäfte sind das Geld der anderen.“
Balzac.

Der Verein „Die Bereitschaft“ hat mich eingeladen, im Laufe der von ihm veranstalteten Vorlesungen zur Verbreitung sozialen Wissens zu sprechen. Ich habe die Einladung angenommen und werde vom 12.änner an gefangen an sechs aufeinanderfolgenden Freitagen vor-

fragen. Als Gegenstand meiner Vorträge wählte ich „Das Finanzkapital“. Ich denke, man wird diese Wahl verstehen. Seitdem ich bemüht bin, den Lesern des „Abend“ einiges über das Wirken des Finanzkapitals zu sagen, empfinde ich zwei Umstände als überaus hinderlich: eines, das zum Verständnis unbedingt notwendig wäre, läßt sich in der Eile des Tages und der Enge des Raumes nicht erschöpfend sagen; anderes würde wahrscheinlich keine Gnade vor den Augen der Zensur finden. So bleiben die Ausführungen notwendigerweise unvollständig; dies schadet dem Verständnis und bringt mich in die Gefahr, daß für einen persönlichen Angriff gehalten werden könnte, was in Wahrheit Teil des Kampfes gegen eine Gesellschaftsordnung ist.

Das Verständnis — so unermüdet es mit auch sein möge — ist nichts weniger als unbegreiflich. Die Bezeugungen sind mit fast verächtlichen Ausnahmen so unerschütterlich im Solde des Finanzkapitals oder doch wenigstens in seinem Dienste, daß schon Schweigen als verächtlich gilt; Angriffe kommen fast nur als Mittel vor, zuzwingen. Nun bin ich zwar überzeugt, daß auch die zurückhaltendsten oder böswilligsten Augen die Angriffe des „Abend“ von diesen unterscheiden müssen, aber nicht so sicher bin ich, ob man nicht auf gekränkte oder unbefriedigte Gütezeit oder auf ihren älteren Bruder Ehrgeiz zurückführen könnte, was in Wirklich-

keit davon so himmelweit entfernt ist. Es war mit deshalb außerordentlich willkommen, daß mir die „Bereitschaft“ durch ihre Einladung die Gelegenheit bot, meinen Standpunkt zum Finanzkapital mit der höchsten Offenheit zu erklären.

Selbstverständlich werde ich mich nicht etwa auf diesen rein persönlichen Teil beschränken, sondern werde tradieren, meinen Hören das Wesen, die Arbeitsweise und die Arbeitsmittel, die Pläne und Ziele des Finanzkapitals, wie sie in den Banken und Kartellen dargestellt sind, mit möglicher Klarheit und vollster Rücksichtslosigkeit zu erklären; ich werde die Hörer zunächst in die Geheimsprache des Finanzkapitals, oder sagen wir volkstümlicher: der Geldmacherei einführen, damit sie besser verstehen, was der „Abend“ ihnen sagt, aber auch was die anderen ihnen verschweigen. Dann sollen sie erfahren, was in dieser Geheimsprache geplant und verabredet wird.

Es ist eigentümlich und betäubend, wie wenig Lernbegierig wir sind, oder besser gesagt, wie wir alles mögliche unnütze Zeug mit heiligem Eifer lernen, dagegen nichts von dem, was den wichtigsten Teil des öffentlichen und einen so wichtigen Teil unseres eigenen Lebens bildet. Wahrscheinlich, die Übermacht des Geldes könnte nicht annähernd so bedrohlich, unsere Hörigkeit lange nicht so hoffnungslos sein, wäre nicht unsere Unwissenheit so groß und unsere Trägheit, uns Waffen zu Verteidigung und Gegenwehr zu schaffen. Einige bezweifeln, soll der Zweck meiner Vorträge in erster Reihe sein.

Ich beabsichtige, allem Lehrsachen in weitem Bogen aus dem Wege zu gehen; wer Soldaten zum Kampfe ausbilden will, wird ihnen nicht mit Clausewitz und anderen ausgezeichneten Theoretikern kommen; praktische Unterweisung wird ihnen und ihrer Aufgabe besser kommen. So will auch ich die Theorie möglichst vermeiden und meine Hörer in den Stand setzen, diese äußerst praktischen Dinge praktisch zu erfassen. Sie sollen in die Lage kommen, zu erkennen, daß man nicht aus Mißgunst die

bauer, Geyßgasse 23, Verta Probel, Ruischergasse 24; Andreas Grimm, Markt, Am Episk, Maria Basteiner, Markt Hannoverplatz.

überhöhen Einkünfte bekämpft, die die Lantimendstudien des „Abend“ zu so eigenartiger Volkstümlichkeit gebracht, ja sogar in gewissem Sinne hoffähig gemacht haben, sondern weil sie die äußerlich wahrnehmbaren Anzeichen der schweren Krankheit der Gesellschaft sind, die man Ausbeutung durch die Geldmacht der Großbanken nennt.

Es sind wirklich, wie man sieht, Fragen des täglichen Lebens, die zu beantworten ich mir als Aufgabe stelle. Sollte es mir gelingen, wie ich hoffe, die Teilnahme der Hörer zu gewinnen, so wird sich wohl später einmal Zeit und Gelegenheit zu eingehenderem und gründlicherem Beträchten finden. Ich meine aber, es sei, wenigstens nicht streng wissenschaftlich, so doch zweckmäßiger, mit dem Griff ins volle Leben zu beginnen, nicht nur weil es interessant ist, wo immer man es packt — weil ich ruhigen Gewissens versprechen — sondern weil wir offenbar Zeiten entgegengehen, wo die fortgesetzt wachsende Ansammlung aller Geldmittel in den Händen einiger unverantwortlicher Bankdirektoren und Kartelleiter steigende Gefahren für das öffentliche Wohl bringt, und wo deshalb Aufklärung die wahre soziale Wohlfahrtspflege ist.

Ganz besonders erfreulich wäre es, wenn zu den Vorträgen recht viele Frauen kämen. Wer ein so unbedingter Anhänger der Gleichberechtigung wie ich ist, muß wünschen, daß gewisse Lücken in der staatsbürgerlichen Bildung der Frau sobald und so vollständig wie möglich ausgefüllt würden. Eine der empfindlichsten ist der Frauen geringes Verständnis der Geschäfte. Das macht ihrem Partgefühl und Sinn für Reinlichkeit Ehre, aber es macht sie auch minder tüchtig für den Kampf ums Dasein und die Erringung gleicher Rechte, und ich halte es für einen wertvollen Schritt nach vorwärts, wenn sie diese Lücke auszufüllen besorgt wären. Sie mögen das, was ich ihnen zu sagen habe, gleichsam als eine Reizprobe betrachten und versuchen; es sollte mich sehr wundern, wenn sie nicht Geschmach nach

Der Abend
5.11.1917

6./I. 1917.

Das Hopfengeschäft der Depositenbank.

Uns geht von Herrn Dr. Josef Kranz im Namen der Geschäftsführung der Allgemeinen Depositenbank folgendes Schreiben zu, das wir deshalb veröffentlichten, weil es eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse betrifft:

Wien, den 5. Jänner 1917.

Sehr geehrte Redaktion!

In einer hiesigen Zeitung wurden in einer ganzen Artikelserie Anschuldigungen gegen die Allgemeine Depositenbank und mich als deren Präsidenten wegen der Gebarung der Bierabteilung meines Institutes erhoben.

Diese Anschuldigungen veranlaßten mich, an Seine Excellenz den Herrn k. u. k. Kriegsminister die Bitte zu richten, durch Organe des k. u. k. Kriegsministeriums die diesfällige Geschäftsgebarung der Allgemeinen Depositenbank an der Hand aller von mir zur Verfügung gestellten Verträge, Korrespondenzen und Bücher einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Seine Excellenz der Herr k. u. k. Kriegsminister hat meiner Bitte willfahrt und mir über das Ergebnis der vorgenommenen Prüfung folgendes Dekret zugemittelt:

k. u. k. Kriegsministerium

Präs. Nr. 406/D. A. V. 17

Gebaren der Biereinkaufsstelle.

Seiner

Hochwohlgeboren Herrn Dr. Josef Kranz, Präsident der Allgemeinen Depositenbank,

Wien, I.

Wien, den 5. Jänner 1917.

Mit Beziehung auf die in der Zeitung „Der Abend“ vom 2. Jänner 1917 enthaltenen Anschuldigungen steht das k. u. k. Kriegsministerium nicht an, Ihnen zu bestätigen, daß Sie der k. u. k. Heeresverwaltung bei der Regelung der Bierversorgung wertvolle Dienste geleistet haben.

Das k. u. k. Kriegsministerium hat durch seine Organe Ihr Gebaren bei Durchführung dieses Geschäftes geprüft und konstatiert, daß Ihr Vorgehen hiebei ein vollkommen einwandfreies war, so daß die gegen Sie in der genannten Zeitung erhobenen Anwürfe als vollkommen falsch bezeichnet werden müssen.

Gez. Krobatin, Generaloberst m. p.

Seine Excellenz der Herr k. u. k. Kriegsminister hat mich ausdrücklich ermächtigt, von dieser Zuschrift öffentlichen Gebrauch zu machen.

Der Vollständigkeit halber stelle ich auch fest, daß an den Geschäften der Biereinkaufsstelle des k. u. k. Kriegsministeriums weder die Firma Gebrüder S. & M. Reizes noch Herr Hans Freiherr v. Reizes persönlich in irgend einer Form beteiligt sind.

In derselben Zeitung wurde zu wiederholten Malen auch an dem sogenannten „Hopfengeschäft“ der Allgemeinen Depositenbank unsachliche Kritik geübt.

Ich beehre mich diesbezüglich mitzuteilen, daß die Allgemeine Depositenbank mit Wissen und vorheriger Genehmigung des k. k. Handelsministeriums die infolge der Einschränkung der heimischen Brauindustrie entwerteten Hopfenmengen in der Absicht angekauft hat, durch Ausfuhr der im Inlande entbehrlich gewordenen Ware fremde Valuta zum Zwecke der Einfuhr unentbehrlicher Rohstoffe aus dem Auslande zu beschaffen, was auch mit Dekret des k. k. Handelsministeriums vom 14. Dezember 1916, Zahl 26.466/IV, ausdrücklich bestätigt worden ist.

Indem ich Ihnen im Namen der Allgemeinen Depositenbank für die Aufnahme der vorstehenden Mitteilungen verbindlichst danke, zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung.

Dr. Josef Kranz.

Der Abend
8. I. 1917

26

Mirjams Siegesgesang.

Das bevorstehende Kursblatt begeistert die „N. Fr. Pr.“ zu folgendem Triumphlied, das sie im „Economist“ ihrer Dreimonatsnummer anstimmt.

Von den zerstörenden Wirkungen des Krieges zeigt die Bewertung, die der Verkehr den Papieren aller Art zubilligt, in der Monarchie wie in Deutschland kaum mehr eine leise Spur. Die Kurse der Aktien aller Unternehmungen, die an der Konjunktur der großen Heereslieferungen teilgenommen haben, fast sämtlicher Industrien und Banken, aber auch der Schiffahrtsgesellschaften werden Hochstände aufweisen, die an die glänzenden früheren Zeiten heranreichen und oft noch über diese weit hinausgehen. Die gewaltigen Verdienste im Kriege kommen in einer Höherbewertung des gesamten Aktienbesitzes zum Ausdruck; von Besorgnissen vor möglichen minder günstigen künftigen Entwicklungen ist das Finanzkapital in keiner Weise angekränkt. In Berlin ist aus der Vergleichung mit den letzten offiziellen Notierungen zu entnehmen, daß sich die Bewertungen der Montanpapiere seit Kriegsbeginn um dreißig, vierzig Prozent und darüber gebessert haben; die Aktien der Banken weisen überwiegend Erhöhungen um zehn bis zwanzig Prozent, selbst die Schiffahrtsgesellschaften Besserungen um mehrere Prozent gegenüber dem Friedensstand auf, bei den eigentlichen Kriegslieferungsaktien ist eine Verdopplung des Wertes, eine Steigerung um mehrere Hunderte von Prozenten keine vereinzelte Erscheinung. In ähnlichen Linien bewegt sich die Entwicklung in Oesterreich und Ungarn und wird so in dem Wiener Kursblatt in die Erscheinung treten.

Kurzum, alle Welt verdient und es ist eine Lust zu leben. Am liebsten natürlich mit den eigentlichen Kriegslieferungsaktien.

9. I. 1917

30

Die Effektschätzwerte für Ende Dezember 1916.

Die im Sinne der Ministerialverordnung vom 30. Dezember 1916 von der Wiener Börsekammer herauszugebende Liste der Schätzwerte der an den österreichischen Börsen derzeit zum Handel zugelassenen Effekten geht der Fertigstellung entgegen und dürfte voraussichtlich nach dem 12. Jänner 1917 zur Ausgabe kommen.

Diese Listen sind ausschließlich bei der Administration des amtlichen Kursblattes der Wiener Börse, Wien, 1. Bezirk, Börsegasse 11 (Börsegebäude), zu bestellen und zu beziehen. (Preis einschließlich Versendung 50 Heller das Stück gegen Voreinsendung des Betrages.) Bestellungen bei der Börsekammer werden von dieser nicht erledigt. Vollständiger und teilweiser Nachdruck und die Wiedergabe in den öffentlichen Zeitungen ist untersagt.

Eine Gratisversendung an die feinerzeitigen Abonnenten des amtlichen Kursblattes wie bisher findet nicht statt.

9. 11. 1917

(Die Kursliste der Wiener Börse.) Das Kursblattkomitee der Börseammer, dem die Ermittlung des Wertes der an der Wiener Börse gehandelten Effekten oblag, hat seine Arbeiten beendet und tritt morgen zu einer Sitzung zusammen, um die Schlussredaktion der Kursliste vorzunehmen. Wie schon früher mitgeteilt, handelt es sich nicht um die Herstellung eines regulären Kursblattes wie zu Friedenszeiten, sondern um eine einmalige, hauptsächlich für fiskalische Zwecke bestimmte Werthschätzung der einzelnen Papiere, die am 31. Dezember ihrem Stande zum Jahreschluss entsprechen soll. Die Kursliste wird voraussichtlich Ende der laufenden oder Anfang nächster Woche durch das Senfalengremium zur Ausgabe gelangen. Die Börseammer verlaubbart hierüber folgendes: Die im Sinne der Ministerialverordnung vom 30. Dezember 1916 von der Wiener Börseammer herauszugebende Liste der Schätzwerte der an den österreichischen Börsen derzeit zum Handel zugelassenen Effekten geht der Fertigstellung entgegen und dürfte voraussichtlich nach dem 12. d. zur Ausgabe kommen. Diese Listen sind ausschließlich bei der Administration des amtlichen Kursblattes der Wiener Börse, Wien, 1. Bezirk, Börsegasse Nr. 11 (Börsegebäude), zu bestellen und zu beziehen. Preis einschließlich Versendung 50 S. das Stück gegen Voreinsendung des Betrages. Bestellungen bei der Börseammer werden von dieser nicht erledigt. — Aus Prag wird uns hiezu telegraphiert: Die Verlaubbartung der Kurse der Wertpapiere, die an der Prager Börse gehandelt werden, wurde durch die Börseammer festgestellt und wird im Wege der Wiener Börseammer verlaubbart werden.

(Gründung einer Ottomanischen Nationalkreditbank.) Aus Konstantinopel wird telegraphiert: Der Vizepräsident der Kammer Hussein Dschahid Bei, der die Stelle eines Vizepräsidenten der demnächst zu gründenden Ottomanischen Nationalkreditbank angenommen hat, erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter des Spiv, daß das Gründungskapital vier Millionen Pfund betrage, wovon die Hälfte sofort einzuzahlen ist und im Wege einer nationalen Subscription aufgebracht werden soll. Die Zeichnungen seien bereits sehr bedeutend. Die kleinen Sparer würden vorgezogen werden, da es nicht wünschenswert sei, daß die Aktien in den Händen der Reichen angesammelt würden. Da die neue Bank höchst wichtige Konzessionen besitze, die ihr der Staat gewährt habe, werde sie eine rege Tätigkeit entfalten können. Zum Direktor sei ein österreichischer Bankfachmann, der bereits vielfach an der Gründung von Banken, unter anderen auch in Belgien, mitgewirkt habe, in Aussicht genommen. Was die Beteiligung ausländischen Kapitals betrifft, erklärte Dschahid, so werde das Kapital der Bank zwar ausschließlich ottomanisch sein, da man aber im Inland nicht die gewaltigen Kapitalien zur Ausnützung der Bodenschätze des Landes wird beschaffen können, wäre es widersinnig, ausländisches Kapital zurückzuweisen. Die Bank werde die Vermittlerrolle übernehmen, um das ausländische Kapital zur Beteiligung an neuen Spezial- und technischen Unternehmungen aufzufordern. Die verbündeten Länder werden zur Ausnützung neu zu erschließender Betätigungsgebiete eingeladen werden. Nach Ablauf der Konzession der kaiserlich ottomanischen Bank werde die neue Bank eine Staatsbank mit dem Rechte der Ausgabe von Banknoten werden. Der Vorsitz in dem aus fünf Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrate wurde dem früheren Finanzminister Dschahid Bei angeboten. — Aus Wien wird uns telegraphiert: Wie verlautet, ist zum Direktor der Ottomanischen Nationalkreditbank der ehemalige Direktor der Banque Internationale in Brüssel, Herr Weil, bestimmt.

Der Abend
13. I. 1917

37

Der Kurszettel.

Ein Kursblatt ist heute erschienen, das erste, seitdem wir Krieg haben. Dem „Abend“ mangelt es an Raum, es wiederzugeben, aber hätte er ihn, so fehlte ihm wahrscheinlich die Lust dazu; zum Börsenblatt hat er so gar keine Anlage. Es sei deshalb nur eine kurze Betrachtung gestattet. Das weite Gebiet der Staatspapiere zeigt dieselben, ja fast höhere Kurse als sie vor dem Kriege hatten; wir wollen uns dessen freuen und diese Freude durch keine tiefer eindringende Untersuchung trüben lassen. Weniger erfreulich ist für den, der nicht Aktionär oder gar Bankdirektor ist, die Kursliste der Banken und Industriegesellschaften mit ihren unerhörten Kurssteigerungen. Die Leser des „Abend“ wissen, was sie davon zu halten haben; diese Kurse sind das weithin sichtbare Zeichen der Unterwerfung unter das Rentenkapital; sie zeigen dem, der Zeichen zu deuten versteht, was wir von der Zukunft zu erwarten haben. Man wird einst, in jernen Zeiten, bei größerer Freiheit des Geistes und des Wortes, unter den großen Anlagen unserer Zeit lesen: Während des Krieges, der so unendliche Leiden brachte und der Kultur der Welt Zerstörung drohte — denn die Amerikaner irrten sich, als sie wäuhnten, ihre Kultur werde aus dem Brande und Zusammensurz heil hervorgehen, als ob es allerlei verschiedene Kulturen der Kulturbölker gäbe — damals erfuhr die Welt eines Tages, daß die Aktien aller Gesellschaften, die dem Kriege lieferten oder sonst an ihm verdienten, ins Maßlose gestiegen seien. Aber nicht das, so wird der Bericht fortfahren, ist das für diese entartete Zeit Bezeichnendste, sondern daß es Menschen und öffentliche Blätter gab, die diese Kurssteigerungen freudig begrüßten und den verwegenen Mut hatten, sie als ein Zeichen gedeihender Volkswirtschaft zu preisen.

So wird man über unsere Zeit urteilen, wenn die längst tot sein werden, die an ihr Herren der Welt geworden oder unter unendlichen Leiden zugrunde gegangen waren.

Selbstverständlich hindern solche trübsinnige Betrachtungen nicht, daß sich die Herren Restrauel und Günther und

alles, was um sie ist und gewinnt, alle Kuhnhefer des Krieges in Bankbureaus, die man nicht nennen darf — du sollst die Namen deiner Götter nicht eitel nennen! — vergnügt die Hände reiben und den Krieg preisen, der so statische Ströme — nicht Blutes, wie den anderen, sonder Goldes in ihre Speicher und Spinde geleitet hat.

Zahlungsverbot und Auslandsdeutsche.

Berlin, 12. Jan. (W. B.) Nachdem durch Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 20. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 550) die gegen England, Frankreich und Rußland erlassenen Verbote für Zahlungen aus einem Schuldverhältnisse gegenüber einem im feindlichen Ausland ansässigen Unternehmen außer Kraft gesetzt sind, sofern die Zahlung an einen Deutschen erfolgt, der Inhaber oder Teilhaber des Unternehmens ist und anlässlich des Krieges das feindliche Ausland verlassen hat, sind von den beteiligten Auslandsdeutschen vielfach Beschwerden darüber eingelaufen, daß ihre Schuldner sich in unbilliger Weise auf den Stundungseinwand berufen. Eine Bekanntmachung des Bundesrats vom 11. Januar 1917 trägt diesen Beschwerden Rechnung. Sie beseitigt zunächst im Artikel 1 den Stundungseinwand zugunsten solcher Deutschen, die sich im Inland oder innerhalb der verbündeten Staaten oder der von deutschen oder verbündeten Truppen besetzten Gebiete aufhalten, ferner zugunsten von Gemeinschaften oder Gesellschaften, deren sämtliche Teilhaber Deutsche sind, wenn der Anspruch von einem zur Einziehung befugten Teilhaber geltend gemacht wird, der sich in den genannten Gebieten aufhält. Die Stundung soll in diesen Fällen mit dem Ablauf eines Monats nach der Aufforderung zur Leistung als beendet gelten. Zugunsten derjenigen Auslandsdeutschen, bei denen die Voraussetzungen des Artikels 1 nicht vorliegen, wird der Stundungseinwand nur auf Grund des Umstandes, daß sie das feindliche Ausland verlassen haben, nicht beseitigt. Es kommt dabei einmal der Fall in Betracht, daß der Deutsche seinen Aufenthalt in das neutrale Ausland verlegt hat, sodas er einer Kontrolle nicht unterworfen werden kann, ferner, wenn eine Gesellschaft oder Gemeinschaft Gläubigerin ist, namentlich der Fall, daß an ihr außer dem zurückgekehrten Deutschen auch Angehörige feindlicher oder neutraler Staaten beteiligt sind. Hier muß im einzelnen Falle geprüft werden, ob die Aufhebung des Stundungseinwandes gerechtfertigt ist. Die Bekanntmachung macht daher insoweit die Beendigung der Stundung von einer Bewilligung des Reichskanzlers abhängig. Auf Grund einer solchen Bewilligung läßt die Bekanntmachung die Beendigung der Stundung ferner auch zugunsten von Angehörigen der Deutschland verbündeten Staaten zu. Schließlich kann der Stundungseinwand durch den Reichskanzler bezüglich der Ansprüche derjenigen Personen beseitigt werden, die in den von deutschen oder verbündeten Truppen besetzten Gebieten ihren Wohnsitz oder Sitz haben. Für die Dauer der Stundung können die durch die Bekanntmachung besser gestellten Personen oder Personengemeinschaften Zinsen nicht verlangen. Hierbei muß es zunächst bewenden. Eine endgültige Regelung der Zinsfrage ist erst im Zusammenhange mit der allgemeinen Aufhebung der Zahlungsverbote und auf Grund der Ergebnisse der Friedensverhandlungen möglich. Dieser Umstand und die Rücksicht auf die Schuldner läßt es angebracht erscheinen, bei Wechseln und Schecks die Protesterhebung und den Rückgriff in den Fällen, in denen auf Grund der Bekanntmachung die Stundung endet, bis auf weiteres auszuschließen.

Die Dividende der Oesterreichisch-ungarischen Bank.

In der heutigen Sitzung des Generalrates wurden die Rechnungsabchlüsse zur Kenntnis gebracht und auf Grund der vorgelegten Bilanzen beschlossen, aus dem Reinertragnisse des Jahres 1916 auf die für dieses Jahr entfallende Dividende zunächst eine weitere Abschlagszahlung von 100 Kronen zu leisten. Dieser Abschlag wurde daher, da am 1. Juli bereits die übliche Abschlagszahlung von 28 Kronen geleistet worden ist, bis auf weiteres mit 128 Kronen oder 9,143 Prozent des Aktienkapitals festgesetzt.

Der den beiden Staatsverwaltungen zufallende Anteil an dem Reinertragnis sowie die Zuwendungen an den Reservefonds und den Pensionsfonds werden bis zur Genehmigung des Bilanzabchlusses durch die nächste Generalversammlung nur mit den der vorläufigen Dividende von 128 Kronen entsprechenden Beträgen ausbezahlt, beziehungsweise verrechnet werden.

Die Auszahlung der nach dem erwähnten Beschlüsse für das zweite Semester 1916 auf jede Aktie entfallenden Abschlagsdividende von 100 Kronen erfolgt vom 3. Februar 1917 an, und zwar gleich wie im Vorjahre gegen Einlieferung des rechtsseitigen, bei der Umrahmung abzutrennenden kleineren Teiles des 75. Dividendencoupons, während der linksseitige, größere Abschnitt des genannten Coupons behufs Behebung einer später etwa noch erfolgenden Restzahlung auf die Dividende für das Jahr 1916 vorerst bei dem Couponsbogen zu verbleiben hat.

Die rechtsseitigen Couponabschnitte sind mittelst Konsignation einzureichen. Die Konsignationen haben die Couponnummern in arithmetischer Reihenfolge zu enthalten und sind mit Namen und Adresse des Einreichers zu versehen. Blankette zu diesen Konsignationen sind bei den Hauptanstalten und Filialen der Oesterreichisch-ungarischen Bank unentgeltlich erhältlich.

Keine Zinsfußveränderung.

Eine Beschlussfassung über eine Zinsfußveränderung erfolgte in der heutigen Sitzung nicht; es wurden im übrigen nur Gegenstände der laufenden Verwaltung erledigt.

In der heute unter Vorsitz des Gouverneurs Geheimen Rates Dr. Popovics abgehaltenen Sitzung des Generalrates führte Generalsekretär Edler v. Schmid weiter aus daß sich der Anteil am Ertrage wie folgt stellt: Anteil der Aktionäre 19,2 Millionen Kronen, Anteil des Reservefonds 3,7 Millionen Kronen, Anteil des Pensionsfonds 0,74 Millionen Kronen, Anteil der beiden Staatsverwaltungen 21,9 Millionen Kronen, zusammen 45,5 Millionen Kronen.

Im Ertrag nicht eingerechnet sind jene Beträge, die aus dem Verkauf von Gold und Devisen einfließen und die zur Refundierung des Metallschages und des Devisenbestandes verwendet werden.

Der Generalsekretär machte auch Mitteilung über die Tätigkeit der Devisenzentrale und führte aus, daß die neue Devisenordnung einen günstigen Einfluß ausübe. Notensteuer hatte die Bank im Vorjahre nicht zu entrichten.

19./I. 1917

K. k. Bezirksschulrat Wien

Wie es ist und wie es noch werden kann.

Bayrische Blätter brachten unterm 6. d. folgende Mitteilung: „Am juristischen Staatskonkurs nahmen infolge des Krieges im ganzen nur 128 Kandidaten teil. Eine größere Anzahl ist während des Konkurses zurückgetreten. Unter der Gesamtzahl der angemeldeten Kandidaten befanden sich 50 Juden. Von Bayerns Bevölkerung sind 70,6% Katholiken, 28,2 Protestanten, 0,8% (insgesamt 55.065) Israeliten.“ Also 0,8% der Bevölkerung von Bayern, aber über 39% unter den Teilnehmern am Staatskonkurs! Besorgt meint hiezu die „Südd. Con. Korrespondenz (Nr. 4):

Hier haben wir das Schulbeispiel für künftige Entwicklung auf allen geistig und gesellschaftlich führenden Gebieten: ihre vollständige Beschlagnahme durch die jüdische Bevölkerung. Genau so wie auf dem juristischen Gebiet, würde sich bei Gericht, bei der Verwaltung, beim Militär zeigen, wälte man sich lediglich auf die mechanische Auffassung vom Wesen der Gleichberechtigung berufen. Man braucht ja nicht besonders darauf hinzuweisen, daß das massenhafte Erscheinen jüdischer Abiturienten und Anwärter bei den „Staatskonkursen“ nichts mit besonderer Begabung oder besonderem Fleiß zu tun hat; es ist dies lediglich eine Wirkung der an sich auch sehr beachtenswerten sozial-wirtschaftlichen Tatsache, daß die jüdische Bevölkerung durch die Besetzung der handelsmäßig arbeitenden Stellen sich wirtschaftlich und finanziell so stärkt, daß die Absendung der Sprößlinge auf die höheren Schulen lediglich eine Selbstfrage ist, keineswegs eine solche der Begabung. Kann und soll man die jüdische Bevölkerung nicht hindern, die Kinder auf gute Schulen zu schicken, so wird aber eine vernünftig denkende Regierung sie sehr wohl daran hindern, daß aus dieser geistlichen Leistungsfähigkeit die Vorherrschaft der jüdischen Schicht in den wichtigsten Staatsgebieten entsteht. Denn der Staat ist kein Mechanismus, sondern ein Organismus, und es wäre ein geradezu blöder Rückfall ins „Sehen- und Geschehenlassen“, ins Manchesterium, wenn man bedenkliche soziale Erscheinungen einfach zuließe, weil diese aus an sich verfassungsmäßig berechtigten Grundsätzen hervorgehen. . . . Tatsache ist — jeder vernünftige Jude muß das zugeben — daß ein Volk die Vorherrschaft einer nach Rasse und Religion sich abgefordert haltenden, immer nur aus sich selbst sich ergänzenden Schicht niemals erträgt. Wollte man aus hohlem Doktrinarismus heraus eine solche Entwicklung doch zulassen, so wäre die Revolution unvermeidlich. Deshalb darf der Staat im Interesse des Volkes, seiner Entwicklung und nicht zum wenigsten im Interesse der Juden selbst, das wahllose Zutreten jüdischer Aspiranten in die geistig und gesellschaftlich führenden Stellen unter keinen Umständen dulden.

Was würde die bayrische Korrespondenz erst sagen, wenn ihr nicht eine Münchner Statistik, sondern eine solche aus Oesterreich, etwa über die Zusammenfassung der Besucher der Wiener Hochschulen zur Kriegszeit, vorgelegen hätte!

K. k. Bezirksschulrat Wien

6. 2. 3030/17

Staatsfinanzen, Großkapital und Presse.

Eine Rede des Abg. Wollert.

Abg. Wollert hielt letzten Mittwoch im christlichsozialen Wählerverein Neubau eine längere Rede, in welcher er auf Grund eines authentischen Zahlenmaterials die Staatsschulden der Kriegszeit gegenüber der Friedenszeit erörterte. Redner wies nach, daß Oesterreich-Ungarn gegenüber den anderen Ländern verhältnismäßig am billigsten den Krieg führe. Die Kriegsausgaben Englands z. B. betragen monatlich 3 Milliarden Mark, Deutschlands 2,2 Milliarden Mark und Frankreich 2 Milliarden Mark, während sie in Oesterreich-Ungarn von 900 auf 1500 Millionen liegen. Redner bezifferte auch ausführlich die jährlichen Zinsschulden für die Kriegsanleihen, die bis zu 7% steigen. In Zukunft wird aber jeder Monat Kriegsführung sich noch um 1500 bis 1700 Millionen Kronen erhöhen. Es ist weiter zu bedenken, daß es bei Eintritt des Waffenstillstandes technisch und sozial unmöglich ist, alle Soldaten auf einmal nach Hause zu bringen. Es wird eine Uebergangszeit eintreten, die auch noch hohe finanzielle Anforderungen an den Staat stellen wird. Man schätzt die Demobilisierungsdauer auf ein Jahr und hat das Budget für diese Zeit mit ungefähr 600 Millionen berechnet. Eine dauernde (20 bis 25 Jahre dauernd) Belastung des Staatsfädels bildet ferner die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Gefallenen sowie der Kriegsinvaliden. Nach Kriegsschluß fällt in die Verpflichtung des Staates außerdem die Vergütung der Kriegsschäden auf den einzelnen Kampfschauplätzen. Eine gesetzliche Verpflichtung des Staates nach Vergütung besteht zwar nicht, es ist aber seine moralische Pflicht, die Vermissten, die für das Vaterland Gut und Vermögen hingaben, nicht zu Verräter werden zu lassen. Pflicht des Staates wird es ferner sein an die Regelung der brennendsten Staatsangelegenheiten zu schreiten, ein Korps, das sich in diesem Kriege durch besondere Opferwilligkeit und Mehrarbeit hervorgetan hat. Und zwar ist mit dieser Fürsorge nicht die Vermehrung etwa einer Leuzerzuzulage gedacht, sondern der Abbau der unerforschwin gelichen Lebensmittelpreise.

Im folgenden wandte sich Redner der Frage der Bedeckung für die Staats- und Zinsschulden zu, die durch Neueinführung von Steuern gelöst werden soll. Der Staat hat folgende Steuern festgesetzt, die nachstehendes Erträgnis liefern sollen: Die Zündholzsteuer 13 1/2 Millionen Kronen, die Totalisator- oder Rennsteuer 2,12 Millionen Kronen. Die Postgebührenerhöhung von 490 Millionen im Frieden auf ein Mehrerträgnis von 60 Millionen, die Stempelgebühren 70 Millionen. Vom 1. Februar werden auch die Frachtsätze auf den Bahnen und die Eisenbahntarife erhöht, was 300 Millionen ausmacht; die Erhöhung der Grundsteuer ergibt 42 Millionen, Erwerbsteuer 29 Millionen, die besondere Erwerbsteuer der Aktiengesellschaften 39 Millionen, die Personaleinkommensteuer 84 Millionen, Fantiemensteuer 3 Millionen, Rentensteuer 12 Millionen, die Bier-, Tabak- und Branntweinpreiserhöhung 150 Millionen, für Bier allein ein Mehr von 50 Millionen! Dieses Mehrerträgnis wird aber während der Kriegszeit nicht herauszubekommen sein, weil Bier nur etwas mehr als 20% der Friedenszeit erzeugt wird. Von dieser Bluseinnahme wird also der größere Teil wohl erst in Friedenszeit, der kleinere noch während des Krieges herauszubekommen sein. Die Kriegsgewinnsteuer, die noch genauerer staatlicher Erwägung bedarf, hat man einstweilen auf drei Jahre festgesetzt.

Mit der Frage der Erschließung neuer Geldquellen beschäftigt man sich in Deutschland schon längere Zeit. Man denkt an die Erhöhung der Vermögenssteuer um 25% und will damit das bewegliche und unbewegliche Vermögen treffen, man denkt in Deutschland auch an die Einführung von Stempelgebühren für Staatspapiere und Hypotheken. In Oesterreich rechnet man mit der Einführung neuer Monopole wie Branntwein, Kohle, Getreide, Petroleum, Zucker, Stickstoff, Papier usw.; man will dabei nicht ein Produktionsmonopol, wie z. B. bei Salz, sondern den Erzeugern der Gegenstände Höchstpreise festsetzen und den Verschleßern übergeben, wodurch man einen Zwischengewinn von 300 bis 500 Millionen Kronen erwartet. Die Freisetzung von Höchstpreisen wäre nicht schlecht, wenn man ihre Freisetzung Fachleuten überließe. (Zustimmung.)

Sehr ausführlich beschäftigte sich Abg. Wollert mit dem Einfuhrverbot von Luxusgegenständen und Blumen und erinnerte an den Artikel der „N. Fr. Pr.“, in dem sie auch der Kriegserklärung Italiens das Einfuhrverbot italienischer Blumen bedauerte. Bei Besprechung der Kriegsanleiherfolge wies Abg. Wollert auf den Anteil hin, den bei diesen Zeichnungen gerade der Mittelstand habe. Bei 600.000 Zeichnern der 4. Anleihe entfallen 315.000 auf jene, die Beträge bis zu 500 Kronen, also kleinere Leute, zeichneten, weshalb man bei der letzten Anleihe auch Scheine zu 50 Kronen herausgab. Das Bankwesen und das Treiben einzelner Zentralen fand durch Abg. Wollert eine kritische Beleuchtung. Er wies mit vollem Nachdruck auf die Notwendigkeit der Schaffung einer Staatsbank und Kommunalbank und schilderte in treffenden Worten die Notwendigkeit einer starken christlichen Presse und zeigte an verschiedenen Beispielen, was sich gewisse nicht arische Blätter an Haß gegen das Volk, ja den Staat selbst in den letzten Jahren leisteten. Als der Krieg im Jahre 1914 vor der Tür stand, schrieb beispielsweise die „N. Fr. Pr.“, der Friede sei gesichert. Dies offenbar nur zum Zwecke eines großangelegten Börsenmanövers! Während König Eduard VII. von England bei unserem Kaiser in Ischl weilte, um ihn von unserem Bündnis mit Deutschland abwendig zu machen, veröffentlichte dies Blatt einen schamlosen Aufsatz, in dem es uns dies Bündnis einreden wollte. Und für diese Haltung eines österreichischen Blattes soll nun der Herausgeber ins Herrenhaus berufen werden? Es wäre auch verfehlt, Leute, die sich zu den größten Kriegsgewinnern zählen, in gesetzgebende Körperschaften zu wählen, während sich das

christliche Volk auf den Schlachtfeldern verbütet. Diese feindlichen Mächte sind es auch, die die Zeitungen, wie kürzlich seitens einer Bank, das „Prager Tagblatt“ samt drei Ablegern aufkaufen, die Papierfabriker für sich monopolisieren, um den arischen und christlichen Blättern das Reden unmöglich zu machen! (Stürmischer Beifall.) Mit zündenden Worten forderte Redner am Schlusse alle Arier auf sich zu organisieren und für die Interessen des christlich deutschen Volkes zu agitieren, damit die judenliberalen Rest bei den nächsten Wahlen überall hinausgewählt werden. Ostlich erneuernder Beifall folgte den trefflichen Ausführungen, worauf Obmann W. Dhrfandl die Versammlung schloß.

Das Kriegswirtschaftsleben in Polen.

Die alten und neuen Betriebe. — Banken, Valuta. — Die wirtschaftliche Zukunft.

Lublin, im Jänner.

Lebensmittelkommissionen, Ausfuhrverbote, Warenverkehrsbeschränkungen charakterisieren mit ihren Verordnungen und Zuständen auch die durch die kriegerischen Ereignisse betroffenen Gebiete des besetzten Polens. Das Hauptproblem: die Ernährungsmöglichkeit des Volkes aus eigener Kraft zu sichern, liegt auch hier wie bei uns an der Verteilung. Polen war vor dem Kriege Rußland gegenüber ein Land der gewerblichen Ausfuhr. Ueber den Verkehr bestehen keine genauen Daten, denn die russische Ausfuhrstatistik hat so wie jede andere Zollstatistik nur den über die Grenze gehenden Verkehr ausgewiesen. Die polnischen Provinzen waren dabei mit Rußland bekanntlich ein gemeinsames Zollgebiet. Die Grundlage der Daten, die sich in der Fachliteratur befinden, sind mehr oder weniger verlässliche Schätzungen.

Nach diesen Schätzungen war Polen bei Getreide und bei Lebensmitteln im allgemeinen auf die Einfuhr angewiesen. Sehr verlässliche Leute haben mir hier mitgeteilt, und ihr Urteil scheint sehr wahrscheinlich, daß diese Schätzungen unrichtig sind. Polen vermag sich nicht nur bei der durch den Krieg gebotenen Sparsamkeit selbst versorgen, es hätte auch, wäre es im Frieden von der Lebensmittelzufuhr abgeschnitten worden, nicht gehungert. Es hat nicht aus Zwang Getreide eingeführt, sondern weil es damit Tauschhandel, einen regen großen Transithandel ausführte. Polen hat russisches Getreide eingeführt und sein eigenes in die benachbarten deutschen Gebiete ausgeführt. Dieser Umstand ist insbesondere für die bevorstehende wirtschaftliche Einrichtung des unabhängigen Polens sehr wichtig. Ein Staat, der Getreide einführt, muß eine andere Zollpolitik betreiben wie ein solcher, der auf die Einfuhr von Lebensmitteln nicht angewiesen ist.

In landwirtschaftlicher Beziehung ist der südliche und südöstliche Teil Rußisch-Polens, welcher von den österreich-ungarischen Truppen besetzt ist, reicher. Es ist dies eine Gegend von ausgesprochen agrarischem Charakter, immerhin dicht bestreut genug mit solchen Industriezentren (Piotrkow, Kielce, Radom, Lublin), deren Erzeugnisse enge mit dem agrarischen Charakter des Landes verknüpft sind. Die von den Russen zerstörten Betriebe hat das militärische Oberkommando im Laufe der Zeit ebenso in Betrieb zu setzen verstanden, wie die Unternehmungen, welche die Produkte der Landwirtschaft aufarbeiten. Diese Landwirtschaftsindustrie ist sehr bedeutend; im Kreise von Lublin allein arbeiten folgende kleineren und größeren landwirtschaftliche Betriebe: 5 Kartoffeltrockenanstalten, 1 Kraftfutterfabrik, 3 Krautkonservierungsanstalten, 1 Torfanlage, 68 Wassermühlen, 54 Windmühlen, 10 Mühlen (davon 7 große) mit Motorbetrieb, außerdem Zuckerraffinerien und Bierbrauereien.

Ganz neu und eine Schaffung der Militärbehörden sind die Kartoffeltrockenereien, die Kraftfutterfabrik, die Krautkonservierungsanstalten und die Torfgewinnungsanlage; die Konservierungsanstalten für Kraut sind besonders beachtenswerte und nachahmenswürdige Betriebe. Kraut wird im Lubliner Kreise in Riesennengen erzeugt. Dieses ausgezeichnete und vollstündliche Gemüse nimmt aber beim Transport sehr viel Raum ein und unterliegt leicht dem Verderben. Die landwirtschaftliche Sektion der Bezirkshauptmannschaft hat deshalb Krautfäuer- und Pressanlagen ein-

gerichtet. In diesen großen Betrieben werden gegenwärtig täglich ganze Eisenbahnzugsladungen aufgearbeitet. Das Verarbeiten besteht eigentlich in nichts anderem, als in dem auch bei uns vollstündlichen Einsäuern, nur geht der Prozeß in Riesennmassen und mit Hilfe von Maschinen vor sich. Motoren treiben die Krautschneidemaschinen, in Riesenhottischen und Fässern säuert das gereinigte und zerschnittene Kraut. Das Pressen beendet den Prozeß. Der Erfolg ist, daß das konservierte, gepresste Kraut in Verschlägen den zehnten Teil des Raumes beansprucht, wie im Zustande der Einlieferung, also die Transportmittel viel weniger in Anspruch nimmt, zur Zeit des Waggonmangels ein unschätzbarer Vorteil.

Die Industriebesetzung der verschiedenen landwirtschaftlichen Industrieanlagen vermag nur derjenige voll zu würdigen, der Rußisch-Polen mit seinen zerstörten Dörfern und zerstörten Fabriken unmittelbar nach dem Auszuge der Russen gesehen hat. So wie die Russen ihre eigenen Brandabteilungen zur Vernichtung der Dörfer hatten, so suchten sie auch die Zerstörung der Fabrikeinrichtungen sachgemäß zu vollführen. Als von der Wiederherstellung die Rede war, mußten unsere eigenen Sachverständigen überall feststellen, daß die Russen tatsächlich die wichtigsten, oft unerlässlichsten Maschinenbestandteile gesprengt und zerstört hatten. Der Militärverwaltung gelang es trotzdem, jeden wichtigen Betrieb aufzunehmen und noch neue Betriebe aufzustellen.

Rußisch-Polen kann heute von seinen rationell benützten und aufgearbeiteten Produkten nicht nur leben, sondern es hat auch einen Ueberfluß. Freilich auch hier ist es zur raffinierten Aufarbeitung der verschiedenen Stoffe gekommen. Jetzt wird beispielsweise in Lublin eine Anlage geplant, welche den in den Kanälen befindlichen Fettstoff ausscheiden und das sogenannte Kanalfett für technische Zwecke erzeugen wird. Eine landwirtschaftliche chemische Versuchsstation unterstützt die Militärbehörden bei der wissenschaftlichen Vorbereitung derartiger Anlagen.

In bezug auf die Verteilung der Gebrauchsartikel hat Polen keinen Grund zur Klage. Die Verpflegsverhältnisse sind eher etwas günstigere, wie bei uns im Inlande. Die Preise werden monatlich im Einvernehmen mit den Verbrauchern festgesetzt. Ein Anstellen vor den Lebensmittelgeschäften gibt es kaum. Der Mehlverkauf wird in Lublin durch vierhundert sogenannte Mehltrafiken besorgt und glatt abgewickelt.

In finanzpolitischer Beziehung ist die Valutafrage von der ersten Minute der Besetzung an das wichtigste Problem. Mit Oesterreich-Ungarn hatte Polen vor Kriegsbeginn verhältnismäßig wenig Verbindung. Nach der Okkupation wollte von den Kaufleuten jeder, der nur konnte, die Erlaubnis erhalten, nach der Monarchie, in erster Linie nach Wien und Galizien, zu reisen, um einzukaufen. Das Geschäft hatte außer mit den Verkehrshindernissen auch sonst mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Es mußte vorausbezahlt werden, was neben erheblichem Zinsverlust auch sonstiges Risiko bedeutete. Diesen Teil der Verlegenheit behoben rasch die Oesterreichisch-ungarische Bank und die Filialen noch einiger rasch in Betrieb gesetzter Banken. Diese führten dann bei Ankunft der Waren die Geldüberweisung und Absendung durch. Die Valutaschwierigkeiten selbst vermochten sie natürlich nicht verschwinden zu machen. Die polnischen Kaufleute sind gewohnt, in Rubeln zu zahlen, es besteht daher großer Bedarf an Rubeln. Der Kurs des Rubels war im Anfang Kronen 2.—, später Kronen 2.50, jetzt ist er Kronen 2.75. Rubel bekommt

20.7. 1917

45

Die Finanznot Englands.

Drohungen mit der Zwangseenteignung.

Wenn zu Beginn des Krieges irgend jemand gesagt hätte, England werde der erste Staat sein, der genötigt sein würde mit Zwangseenteignungen seine finanzielle Lage aufzubessern, so würde man dies außerhalb Englands bezweifeln, in England aber mit der Keiserklärung für das Irrenhaus beantwortet haben. Und nun kommt es dennoch so. Bonar Law soll bereits mit Zwangsmaßnahmen für den Fall des Mißerfolges der Kriegsanleihe gedroht haben und eine amtliche Mitteilung stellt schon eine Zwangsabgabe der verfügbaren Geldvorräte in Aussicht.

Die Maßnahmen entsprechen durchaus der Natur Lloyd Georges, dem man es nachsagen muß, daß er niemals in seiner Politik vor Rücksichten auf Geldmacht und Rang Halt gemacht hat, ein kühnes Draufgängertum, dem er nicht zuletzt seine ungeheure Volkstümmlichkeit in England verdankt. Nun werden auch die reichen Handelsherren und Fürsten der Londoner City nach und nach zu spüren bekommen, was der Krieg ist, sie, die am Anfang den Feldzug für nicht viel mehr als irgend eine Kolonialunternehmung ansahen, für die man sich eine Armee von Söldnern miete. Es geht jetzt schon an das Blut Englands, aber auch an sein Gold. Daß die englische Regierung genötigt ist, zu Zwangsmaßnahmen zu schreiten, um das nötige Gold zu erhalten, wirft auf die Entschlossenheit und moralische Kraft des Landes, das erklärt, um jeden Preis siegen zu wollen, tiefe Schatten des Zweifels. Dieses Ringen ist nur für den zu gewinnen, der mit einem bis zum äußersten Opfer bereiten Herzen sich der Sache seines Vaterlandes hingibt.

So ist die Drohung der Zwangseenteignung in England schon ein Eingeständnis der Schwäche und verfallender Widerstandskraft. Nur auf den Krücken amerikanischer Geldhilfen bewegt sich England mehr vorwärts. Ein englischer Imperialismus von Gnaden amerikanischer Trustmagnaten und Börsenhäuptlinge.

Frankfurt a. M., 20 Jänner.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus dem Haag: Die englische Regierung wird, wie eine amtliche Mitteilung besagt, zur Enteignung eines Teiles der verfügbaren Goldvorräte schreiten. Jeder Besitzer von Goldvorräten, einerlei welcher Art und welcher Höhe, muß sofort der Regierung darüber Angaben machen.

Rotterdam, 19 Jänner.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: In einer gestern abend in Glasgow gehaltenen Rede drohte Schatzkanzler Bonar Law mit Zwangsmaßnahmen für den Fall des Mißerfolges der Kriegsanleihe.

20. 7. 1917

47

Fusion der Mährisch-Ostrauer Handels- und Gewerbebank mit der Allgemeinen Verkehrsbank.

Aus Mährisch-Ostrau, 19. d., wird uns telegraphiert: In der gestern stattgefundenen Sitzung des Verwaltungsrates der Mährisch-Ostrauer Handels- und Gewerbebank wurde beschlossen, das von der Allgemeinen Verkehrsbank gestellte Anerbieten auf Fusion des Instituts mit der Verkehrsbank anzunehmen. Auf Grund dieses Beschlusses wird in der bevorstehenden Generalversammlung des Mährisch-Ostrauer Instituts der Antrag gestellt werden, den Aktionären desselben nach ihrer Wahl gegen 5 Stück Aktien 9 Stück Aktien der Verkehrsbank oder aber eine Barentscheidung von 675 Kronen per Stück anzunehmen. Die Verkehrsbank übernimmt rückwirkend ab 1. Jänner 1917 die Aktiven und Passiven der Mährisch-Ostrauer Handels- und Gewerbebank und wird unter der Firma „Mährisch-Ostrauer Handels- und Gewerbebank, Filiale der Allgemeinen Verkehrsbank“ die bisherigen Verbindungen für ihre eigene Rechnung weiterführen. In seiner morgigen Sitzung wird der Verwaltungsrat der Verkehrsbank dieses Fusionsübereinkommen beschließen und den bisherigen Direktor des Mährisch-Ostrauer Instituts, Herrn Sigmund Czuczka, als ersten Direktor der neuen Zweigniederlassung mit der Führung der Geschäfte betrauen. Nach dem Stande vom 31. Dezember 1915 verfügt das Institut, seit 19 Jahren bestehend, bei einem Aktientapital von 1,6 Millionen Kronen, über offene Reserven in der Höhe von 1,2 Millionen Kronen. Der letzte Kurs stellt sich auf 640. Die Verkehrsbank, welche vor kurzem das alte Bankhaus Eduard Urban in Brünn in sich aufgenommen und sich damit in der mährischen Landeshauptstadt eine starke Position gesichert hat, gewinnt durch die Fusion mit dem rührigen Ostrauer Bankinstitut, das in den letzten Jahren vor dem Kriege regelmäßig eine 10prozentige Dividende verteilte, festen Fuß in dem größten österreichischen Industriegebiet. Das im Besitze des Instituts befindliche „Hotel National“ wird von Lokalinteressenten übernommen. Die Verkehrsbank verfügt nunmehr neben 15 Wiener Wechselstuben über 20 auswärtige Zweigniederlassungen.

Die Kapitalserhöhungen.

Zahlreich und eigenartig sind bereits die Gründe, durch die der Bevölkerung die Ueberzeugung beigebracht werden soll, daß Kapitalserhöhungen der Aktiengesellschaften gegenwärtig erwünscht, ja sogar durchaus notwendig seien. Besonders beliebt ist der Hinweis auf die großen Bedürfnisse der zukünftigen Friedenswirtschaft, zu deren Deckung, auch nach der erst kürzlich geäußerten Meinung des ungarischen Finanzministers, schon jetzt reichliche Geldmittel bereitgehalten werden müßten. Dieses Argument wäre vielleicht stichhältig, wenn dabei geld- und kreditarme Unternehmungen in Betracht kämen. Aber bei nahe allen Gesellschaften, die ihr Kapital im heurigen Jahre mitunter recht ausgiebig vermehrt haben, würde es mit Rücksicht auf ihr Ansehen, ihre Stellung im finanziellen oder industriellen Leben, auf ihre Reserven und vor allem mit Rücksicht auf ihre großen Kriegsgewinne stets ein leichtes sein, für neue Geschäfte neues Geld zu finden. Sie hätten es nicht notwendig, bis zu dem noch ungewissen Zeitpunkt des Friedens unter Darbringung von Zinsenopfern künstliche Kapitalien zu „hamstern“; solches wäre, wenn auch nicht für andere, so doch für ihre Zwecke immer vorhanden und wird immer vorhanden sein. Im Deutschen Reich ist von einer solchen Notwendigkeit auch nicht eine Spur zu finden. Dort sind Kapitalserhöhungen keineswegs, wie in Oesterreich-Ungarn, eine tagtägliche, sondern eine höchst seltene Erscheinung. Und doch wird niemand behaupten wollen, daß die Deutschen in der Frage der Friedenstrüstung weit hinter uns zurückstehen. Deshalb kann auch die aus der bloßen Vergrößerung der Kapitalstärker sich ergebende Wirkung der gesellschaftlichen Finanzoperationen nicht von Belang sein. Damit wollen wir nicht im mindesten bestreiten, daß selbst nüchterne geschäftliche Entschlüsse aus „Prestitierücksichten“ hervorgehen. Sicherlich hat sich so manches Institut zur Erweiterung der Finanzbasis auch aus dem Grunde entschlossen, weil die mit ihr konkurrierende Firma zur gleichen Maßregel gegriffen hatte.

Zur Verteidigung der Kapitalserhöhungen werden in letzter Zeit, allerdings zumeist ganz verschämmt, auch Steuerrücksichten ins Treffen geführt. Die Art und Weise, wie dies geschieht, läßt aber vermuten, daß die Sache bisher entweder nur recht oberflächlich behandelt und somit als ganz nebensächlich erachtet worden ist, oder daß es sich um ein Argument für solche Kreise handelt, die sich in der Aktiensteuer nicht besonders auskennen und eine Passion für die Erwerbsteuer „nach dem zweiten Hauptstück“ wohl kaum zu Gesicht bekommen haben. Denn schon daraus geht hervor, daß in normalen Fällen nach dem Personalsteuergesetz vom Jahre 1896 die Besteuerungsgrundlage von der Höhe des Anlagekapitals unabhängig ist und sich nur nach dem Ertrag der Unternehmung richtet, nach den bilanzmäßigen Ueberschüssen, von denen gewisse Posten abzuziehen und denen gewisse Posten hinzuzurechnen sind. Und auch auf das Ausmaß der Steuer ist bei bestehenden Gesellschaften das eingezahlte Aktienkapital nur dann von Einfluß, wenn eine über 10 Prozent hinausgehende Dividende ausgeschüttet wird. In diesem Falle sind, bei einer Dividende zwischen 11 und 15 Prozent 2 und bei einer

höheren Dividende 4 Prozent außer der gewöhnlichen Aktiensteuer zu entrichten. Im festeren Zusammenhang mit dem investierten Kapital steht der vor einigen Monaten neben dem Kriegsausschlag eingeführte Rentabilitätszuschlag, indem er progressiv eine bereits 6 Prozent übersteigende Rentabilität der Unternehmung erfasst. Er unterscheidet sich jedoch von der früher erwähnten Dividendenzuschlagsteuer dadurch, daß er nicht wie diese zugleich eine Zuschlagbasis bildet. Somit läßt sich zusammenfassend sagen, daß die Gesellschaften allerdings niedriger bemessene Steuern leisten, wenn durch Vergrößerung des Anlagekapitals ihre Rentabilität auf 6 Prozent oder unter dieses Niveau herabgedrückt wird. Aber von irgendwie entscheidendem Einfluß ist dieser Umstand sicherlich nicht, was schon daraus hervorgeht, daß der Zinsfuß den Kapitalserhöhungen nicht den geringsten Widerstand entgegensetzt, was er sicherlich täte oder wenigstens zu tun versuchen würde, wenn er hieraus einen nennenswerten Schaden zu gewärtigen hätte. Der Steuerzahler wird nämlich auch dann seine Rechnung finden, wenn durch Kapitalserhöhungen die Rentabilität des Unternehmens geringer wird, weil durch den größeren Geschäftsumsatz auch der steuerpflichtige Reinertrag — der von dem wirklichen Reinertrag weit entfernt ist — zunehmen muß. Dieses Plus wird das aus der Anwendung eines niedrigeren Steuersfußes zu gewärtigende Minus reichlich aufwiegen. Die durch Kapitalserhöhungen auf Steuerersparnisse hinzielende Spekulation ist somit sehr verfehlt. Nach diesem Rezept könnte übrigens jede Unternehmung eine noch bedeutendere Steuerersparnis bewirken, wenn sie bei ihrer Geschäftsführung überhaupt auf jeden Gewinn verzichtete oder selbst passiv wirken wollte. Niemand wird deshalb arm werden wollen, weil, wo nichts ist, der Kaiser sein Recht verloren hat.

Die Vermehrung des Industriekapitals, die „Anpassung der eigenen Mittel der Banken an die fremden Kapitalien“ hat sich als ein sehr gutes und, mit Rücksicht auf die Selbstlosigkeit sowie das herrschende Streben nach Aktienenerwerb, auch als ein leicht durchzuführendes Geschäft erwiesen. Trotz zahlreichen, oft bloß vorgetragenen Argumenten dürfte sich aber die Zukunft nicht immer dauernd so günstig gestalten, daß die durch die in Rede stehenden

finanziellen Transaktionen auf sie gezogenen Wechsel jeweils pünktlich honoriert werden könnten. Ueber das wirkliche Bedürfnis hinausgehende Anlagekapitalien können nicht selten als störender Ballast empfunden werden.

21. / 7. 1917

21
49

(Zwangsliquidation insolventer Geldinstitute.) Der G.-N. XIV: 1916, der der Geldinstitutszentrale eine entscheidende Rolle bei der Sanierung von Geldinstituten zugebacht hat, verfügt im § 7, daß in dem Falle, wenn ein Gläubiger um die Eröffnung des Konkurses gegen ein Geldinstitut ansucht oder wenn dieses selbst die Verhängung des Konkurses verlangt, das Konkursgericht eine Verhandlung anzuberaumen hat, zu der auch die Zentrale zu laden ist. Uebernimmt diese die Liquidierung des in Bedrängnis geratenen Instituts, so darf der Konkurs nicht eröffnet werden, sondern das Gericht ordnet die Liquidation des Instituts an und bestellt die Zentrale oder die von ihr namhaft gemachten Personen als Liquidatoren. Das Gesetz ermächtigt gleichzeitig das Ministerium, das in diesem Falle zu befolgende Vorgehen im Verordnungswege zu regeln, hinsichtlich der Rechte, die durch das Institut und gegen dasselbe geltend gemacht werden können, auf den Prinzipien des Konkursrechtes beruhende Normen festzustellen und überhaupt solche Verfügungen zu treffen, die zur Sicherung der ungestörten Abwicklung der Liquidation geeignet sind. In solchen Fällen wickelt sonach die Geldinstitutszentrale an Stelle des Masseverwalters bei Konkursen die Zwangsliquidation des betreffenden Instituts ab. Wie wir vernehmen, wird im Justizministerium an der im Sinne des Gesetzes zu erlassenden Verordnung bereits seit einiger Zeit gearbeitet, so daß ihre Veröffentlichung in naher Zukunft erfolgen wird. In der Praxis wird das vom Gesetz vorgeschriebene Verfahren übrigens auch jetzt schon befolgt. Es ist bereits wiederholt vorgekommen, daß die Geldinstitutszentrale zu ähnlichen Verhandlungen vorgeladen wurde und daß das Gericht statt auf Wunsch des zahlungsunfähigen Instituts oder eines seiner Gläubiger, den Konkurs zu eröffnen, die Zwangsliquidation angeordnet und mit ihrer Durchführung die Geldinstitutszentrale mit deren Zustimmung betraut hat.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

14. Jänner. Erhöhung der Güter- und Personentaxen der österreichischen Eisenbahnen vom 1. Februar an um 30 Prozent. — Vorläufiges Ergebnis der fünften ungarischen Kriegsanleihe 2350 Millionen Kronen. — Verordnung zur Sicherung des Fettbedarfes.

15. Jänner. Finanzminister Rüdöt erklärt in der Deputiertenkammer, daß nach dem Kriege die Lasten Frankreichs ebenso groß sein werden wie während des Krieges.

16. Jänner. Kurssturz der russischen und der englisch-französischen Anleihe in New-York.

17. Jänner. Kundmachung betreffend den Umtausch von Schatzscheinen der ersten und zweiten Kriegsanleihe gegen vierzigjährige amortisierbare Obligationen der fünften Kriegsanleihe. — Hauptversammlung des Österreichisch-deutschen Wirtschaftsverbandes. Einstimmige Stellungnahme zugunsten eines langfristigen Zoll- und Handelsbündnisses mit Deutschland und Aufnahme Bulgariens und der Türkei in das Wirtschaftsbündnis.

18. Jänner. Wirtschaftliche Berliner Konferenzen der beiden Ministerpräsidenten Oesterreichs und Ungarns mit der deutschen Reichsregierung. — Der Eisenabsatz des Jahres 1916 übertrug den des Konjunkturjahres 1912 um 700,000 und den des Vorjahres um 2½ Millionen Meterzentner. — Herabsetzung des englischen Bankzinsfußes auf 5½ Prozent.

19. Jänner. Die neue englische Kriegsanleihe zur Subscription aufgelegt. Androhung von Zwangsmaßnahmen für den Fall des Mißerfolges dieser Anleihe. — Ausverkauf der Donauregulierungsanleihe.

20. Jänner. Ankündigung der englischen Regierung, daß zur Enteignung eines Teiles der Goldvorräte geschritten werden soll.

Friedensborarbeit.

Da es nun wieder erlaubt ist, davon zu sprechen, so sei an zwei vorbereitende Arbeiten erinnert, ohne die das Glück des Friedens nur ein halbes bleiben müßte. Schon oft war von beiden die Rede, aber leider immer, ohne daß sich die, die es in erster Reihe angeht, damit auch nur im geringsten beschäftigt hätten; wohl haben sie die Entschuldigung, daß die Aufgaben des Augenblicks alle Kraft und alle Fähigkeiten in Anspruch genommen haben, aber regieren heißt auch vorjorgen und es geht nicht an, vernichtende Schwierigkeiten sehenden Auges herankommen zu lassen. Sind die Aufgaben des Tages zu groß, so dürfen doch die der Zukunft nicht darunter leiden, sondern es müssen sich mit den einen die Einen, Andere mit den anderen beschäftigen.

Die beiden Aufgaben, nicht zum ersten Male im „Abend“ erwähnt und in ihrer Bedeutung und Tragweite dargestellt, sind die Wohnungsfürsorge und der Arbeitsnachweis. Sie hängen scheinbar nicht zusammen, und tun es doch, wie man sogleich sehen wird. Zunächst dadurch, daß beide erst bei Friedensschluß volle Bedeutung erhalten; wenn die unendlichen Scharen der jetzt unter den Waffen Stehenden nach Hause zurückströmen, was werden sie zunächst suchen und suchen müssen? Ohne Zweifel Obdach und Arbeit, die ihnen die Möglichkeit bieten, friedlich zu leben.

Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, wie groß die Gefahr ist, daß wir Zustände wie nach dem deutsch-französischen Kriege erleben werden, nur wie alle Verhältnisse der proletarischen Klassen ins ungeheuerste gesteigert. Schon jetzt ist der Mangel an Kleinwohnungen groß, sehr begreiflich, da seit dem Jahre 1914 gar keine gebaut worden sind, nachdem schon vorher die Bautätigkeit infolge des Wuchers des Leih- und Bankkapitals sehr gering gewesen war. In einer Stadt wie Wien ist ein jährlicher Zuwachs von fünfzehntausend Wohnungen notwendig, wenn Notstand vermieden werden soll. Wie wird es nun sein, wenn viermal fünfzehntausend Wohnungen nicht gebaut worden sind, und es überdies aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer gesteigerten Nachfrage kommen wird: einmal wird die Zahl derer steigen, die gezwungen sein werden, ihre Wohnung mit einer kleineren zu vertauschen, und dann die sicherlich sehr vielen, die durch die Hoffnung — ach, die wahrscheinlich trügerische Hoffnung — auf leichteren Erwerb verlockt, statt in die ländliche Heimat zurückzukehren, in die große Stadt kommen werden, die Zahl der Arbeit und Wohnung Suchenden vermehrend.

Wenn nicht bald, aber sehr bald alles mögliche geschieht, um dem Mangel an Kleinwohnungen abzuhelfen, so ist ein Notstand ohnegleichen nur zu wahrscheinlich; und geschieht nichts, um einer schrankenlosen Steigerung der Mietzinsse vorzubeugen, so wird der Mangel noch verschärft werden durch die Notlage derer, die zwar eine Wohnung fänden, aber nicht mehr die Mittel, um den steigenden Ansprüchen der Vermieter zu genügen. Förderung der Bautätigkeit und Mieterchutzgesetz sind die dringendsten Forderungen einer Sozialpolitik, die verhüten will, daß der Frieden den Kampf der Besitzenden gegen die Besitzlosen mit verschärfter Grausamkeit bringe. An Vorschlägen, was zu geschehen habe und wie es zu tun sei, mangelt es wahrlich nicht; man wird es mir nicht als Unbescheidenheit anrechnen, wenn ich in erster Reihe auf die Arbeit hinweise, die ich auf Veranlassung der Kriegskommission für Konsumenteninteressen verfaßt habe; ich verweise auf sie, weil ich überzeugt bin, daß sie die notwendigen und durchführbaren Vorschläge in wünschenswerter Vollständigkeit enthält, was mir durch die wertvolle beratende Mitwirkung hervorragender Fachleute gewährleistet scheint.

Fast ebenso wichtig und dringend ist die Schaffung eines allgemeinen Arbeitsnachweises, der sich über das ganze Reich zu erstrecken hätte, oder doch mindestens über die Teile, die wirtschaftlich zusammenhängen. Die Unentbehrlichkeit eines solchen Arbeitsnachweises bedarf kaum einer Ausführung. Wer da weiß, wie schon in engeren Verhältnissen der Ausgleich zwischen Arbeit-suchenden und Arbeitgebenden schwierig, oft unmöglich ist, der stelle sich vor, wie es sein wird, wenn einerseits fast gleichzeitig Hunderttausende Beschäftigung suchen und andererseits ganz große Industrien erst wieder neu aufgebaut werden müssen, gar nicht davon zu reden, daß die Erfahrungen des Krieges, die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung und zahllose andere Umstände ganz neue, kaum noch zu ahnende Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse schaffen werden. Ohne Arbeitsnachweis, der selbstverständlich auf der Grundlage vollster Gleichstellung der beiden Teile, so rasch, einfach und billig wie nur möglich arbeiten muß, kann und wird es sicherlich vorkommen, daß auf der einen Seite ungezählte Tausende aus Mangel an Arbeitsgelegenheit bitterste Not leiden, während auf der anderen Seite Industrien stillliegen müssen, weil sie nicht wissen, wie und wo sie die erforderlichen Arbeiter finden. Insbesondere bedrohlich wird bei mangelndem Arbeitsnachweis das Angebot von Arbeit-suchenden in den Groß- und Industriestädten, und dagegen der Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande und in den kleinstädtischen Industrien und denen auf dem Lande werden. Das ist gewiß keine Schwarzmalerei, sondern einfach das Ergebnis einer Logik, die sich nicht einbildet, die Schwierigkeiten durch Wegdenken weg-

schaffen zu können. So seien denn diese beiden Aufgaben der Friedensvorbereitung denen, die es angeht auf das allerdringendste empfohlen. Es gibt keine dringenderen und keine, die verjämmt zu haben sich so fürchterlich rächen würden, allerdings auch keine, die rechtzeitig und wirksam gelöst zu haben, so lohnend sein könnten; die Ernährungsfragen werden sich, haben wir nur erst Frieden und damit die Möglichkeit, den Übermut der Verweigerer und der Verteuerer zu brechen, fast von selbst erledigen. Anders die Frage des Wohnens und der Arbeitsbeschäftigung, denn hier gibt es keine gütige Mutter Natur, die durch Regen und Sonnenschein und nie verjagende Fruchtbarkeit gutmachen würde, was menschliche Gabsucht und Kurzsichtigkeit gesündigt und verabsäumt haben. Hier aber verjagt auch die Selbsthilfe; nur der Staat kann helfend, ordnend eingreifen und so verhüten, daß die heimkehrenden Krieger vergebens nach den zwei unentbehrlichsten Voraussetzungen des Wiederaufbaues ihres bürgerlichen Daseins suchen, weil ihnen die Heimat, die sie als die ruhmlosen Helden der wortlosen Pflichterfüllung beschützt haben, Obdach und die Gelegenheit zu ehrlichem Broterwerb weigert. Das darf nicht sein und braucht nicht zu sein, wenn nicht wieder der verhängnisvolle Fehler gemacht wird, das, wovon man weiß, daß es schließlich doch geschehen muß, zu spät zu tun. Davor behüte uns alle das gütige Schicksal, das sich jeder selber schmiedet.

24. I. 1917

Preistreiber und Banken.

Mendel Preczep, ein Mühlenbesitzer aus Brody, war gestern wegen Preistreiberei angeklagt. Er hat im Oktober 1915 zweihundert Kisten Seife, das Kilogramm zu K 1.94, gekauft und drei Wochen später an die Zivnostenska banka für K 2.18 weiterverkauft. Er wurde zu einem Monat strengen Arrests und außerdem zu achttausend Kronen Geldstrafe verurteilt.

Also endlich einmal eine Strafe, die dem Gewinne ungefähr gleichkommt.

Wieder ist es eine Bank, die in höchst verdächtiger Weise im Zusammenhang mit Lebensmittelwucher genannt wird. Bei der Zivnostenska Banka geschieht es nicht zum ersten Mal; man erinnert sich noch der St. Pöltner Angelegenheit, über die allerdings der Mantel der mehr oder weniger christlichen Nächstenliebe gebreitet wurde.

Banken haben es sicherlich sehr nötig, für reine Hände zu sorgen, aber daß die Direktoren einer einzigen Bank, und noch dazu keiner von den ganz großen, dazu zweihundert Kisten Seife nötig haben sollten, geht denn doch über das Maß des Wahrscheinlichen weit hinaus.

Wir wüßten deshalb gar zu gerne, wozu die Zivnostenska Banka diese zweihundert Kisten Seife gebraucht und namentlich, wie teuer sie sie wieder verkauft hat. Wäre sie nicht vielleicht geneigt, diese sicherlich von weiten Kreisen, wahrscheinlich auch der Geldeinleger, geteilte berechnigte Neugierde zu befriedigen? Und wenn nicht, dürfte man es nicht von irgend einer Behörde erwarten?

24. / 1. 1917

(Die Kapitalserhöhung der Ungarischen Bank und Handels-Aktiengesellschaft.) Die Meldung von der bevorstehenden Erhöhung des derzeit 66 Millionen betragenden Aktientapitals der Ungarischen Bank und Handels-Aktiengesellschaft durch die Emission von 35.000 Stück neuen Aktien auf 80 Millionen Kronen hat in Finanzkreisen keine Ueberraschung hervorgerufen, denn dieselben Gründe, die für die übrigen Großbanken bei der jüngsten Vermehrung ihres Eigenkapitals maßgebend waren, sprechen in noch erhöhtem Maße für die Notwendigkeit des gleichen Vorgehens von Seiten der Ungarischen Bank. Seit der im November 1913 vorgenommenen Kapitalserhöhung von 60 auf 66 Millionen hat dieses Institut eine außerordentliche Entwicklung aufzuweisen, die namentlich unter dem Regime der gegenwärtigen zielbewußten Leitung ungeahnte Dimensionen angenommen hat. Der Einlagestand ist infolge des der Bank in immer größerem Maße entgegengebrachten Vertrauens laut der Bilanz für 1915 in diesem Jahre allein von 63 5 auf 97 Millionen gestiegen und die im August vorigen Jahres veröffentlichte Semestralbilanz wies trotz der beträchtlichen Abhebungen für Kriegsanleihez Zeichnungen eine weitere Steigerung der Einlagen in der ersten Hälfte 1916 um mehr als 40 Millionen auf. Zu Ende des Jahres 1916 hatten die Einlagegelder bereits die ansehnliche Höhe von 215 Millionen erreicht, während die von dem Institut verwalteten fremden Kapitalien überhaupt sich auf nahezu 400 Millionen Kronen belaufen. Abgesehen von der bedeutenden Zunahme der geschäftlichen Umsätze haben auch die dem Konzern der Bank angegliederten Unternehmungen, deren Zahl sich immer mehr vermehrt, eine kräftige Entwicklung genommen und das Institut zu einem mächtigen Faktor unserer Wirtschaftslebens gestaltet. Es gibt kaum einen Zweig unserer Industrie mehr, an dem sich die Ungarische Bank nicht in erfolgreicher Weise beteiligen würde. Was die kommerzielle

Tätigkeit des Instituts anlangt, so ist es bekannt, daß diese ursprünglich als bloße Handelsgesellschaft von Gabriel Baross zur Förderung des ungarischen Exports gegründete Aktiengesellschaft sich im Laufe der Jahre die weitestverbreiteten Geschäftsverbindungen, namentlich mit dem Orient, zu schaffen wußte. Der Krieg hat diese Beziehungen wohl unterbrochen, allein schon sind diese Fäden wieder angeknüpft worden, und nach Friedensschluß wird die Geschäftstätigkeit der Bank im Orient sicherlich noch kräftiger einsetzen als früher. Denn gleichwie die Leitung der Bank und die unter ihrer Regide stehenden Institute und Unternehmungen auf industriellem und kommerziellem Gebiete mit erstaunlicher Raschheit und Geschicklichkeit sich der Kriegswirtschaft anzupassen wußten, ist die Direktion schon jetzt darauf bedacht, den Uebergang zur Friedenswirtschaft vorzubereiten und alle Anstalten zur Lösung der vielen wichtigen wirtschaftlichen Aufgaben zu treffen, die ihrer nach dem Kriege harren werden. Es ist nur selbstverständlich, daß das Institut die Absicht hat, in den Dienst dieser bedeutsamen Tätigkeit unlichst ihre eigenen Mittel zu stellen und daß es, nachdem das bisherige Aktientapital nicht ausreicht, um den mit der stetigen Erweiterung des Interessentkreises des Instituts verbundenen materiellen Anforderungen Genüge zu leisten, an die Erhöhung des Aktientapitals schreitet, um dem nach dem Kriege zu gewärtigenden wirtschaftlichen Aufschwung entsprechend für die Zukunft auch nach dieser Richtung gerüstet dazustehen. Man kann daher dieses Kräfteammeln des sich auf fast allen Gebieten des Wirtschaftslebens erfolgreich betätigenden Instituts aus dem Gesichtspunkte der Stärkung des ungarischen Kreditorganismus und der ungarischen Volkswirtschaft nur mit Freuden begrüßen.

Konstituierung der Kammer der Wiener Produktenbörse.

In der gestern unter Vorsitz des ersten Vizepräsidenten Kommerzialrates M. Kohn stattgefundenen konstituierenden Kammeritzung wurden mit Stimmeneinhelligkeit gewählt: zum Präsidenten Herrenhausmitglied Paul R. v. Schöeller, zum ersten Vizepräsidenten Kommerzialrat Moriz Kohn, Kaufmann, Firma M. Kohn, Wien und Craiova; zum zweiten Vizepräsidenten Kommerzialrat Franz Marz, freiherrlich Draschescher Zentralinspektor, Wien; zum dritten Vizepräsidenten Kommerzialrat Johann Breunig, Hofbäcker, und zum Kassenerwalter Börsenrat Ludwig Schwitzer, Kaufmann, Teilhaber der Firma S. Schwitzer & Söhne, Wien.

Der Vorsitzende dankte namens des Präsidiums für die Wiederwahl und führte u. a. aus: „Wie der Soldat im Felde mit ungeminderter Begeisterung seine schwere Pflicht erfüllt, haben auch wir im Hinterland die Entbehrungen, die uns der Krieg auferlegt, die Beschränkungen unserer Erwerbstätigkeit und Lebensführung als ein hartes, aber unvermeidliches Opfer zu ertragen. Leider müssen wir uns auch mit dem Gedanken abfinden, daß manche aus der Notwendigkeit des Augenblicks entstandene kriegswirtschaftliche Maßnahmen ihren Zweck besser hätte erfüllen, empfindlich fühlbare Härten hätten vermieden werden können, wenn an der bewährten Ueberlieferung festgehalten worden wäre, daß bei einschneidenden wirtschaftlichen Verfügungen die Sachkunde, kaufmännische Erfahrung und die altbewährten Organisationen der beteiligten Interessentenkreise ausgiebig verwertet werden sollen. Hierin haben die an der Börse für landwirtschaftliche Produkte vereinigten Wirtschaftstgruppen besonderen Anlaß zu berechtigten Klagen. Durch eine kaum noch übersehbare Vielzahl von Verbotsnormen und Beschlagsmaßnahmen — in die Ordnung und System zu bringen eine der wichtigsten Aufgaben des Ernährungsamtes bilden wird — ist, bis auf einen verschwindenden Rest, das ganze einstige Gebiet des börsemäßigen Handels dem freien Verkehr entzogen, und soweit noch eine Betätigung der Kaufmannschaft grundsätzlich zulässig ist, wird sie auf Schritt und Tritt durch lokale Ausfuhrverbote, Durchfuhrverbote, Transporteinstellungen gehemmt. Mit Bedauern müssen wir auch feststellen, daß der solide legitime Handel, der altansässige Kaufmannsstand, sich entmutigt nahezu gänzlich vom Markte zurückgezogen hat und das Gebiet seiner legitimen Betätigung Elementen überlassen muß, die, durch den Krieg ans Tageslicht und in die Höhe gebracht, die Ausschichten der Konjunktur bedenkenlos ausnützen und mit dem Odium ihrer durchaus nicht einwandfreien Tätigkeit den soliden Handel belasten. Gegen diese Zustände im großen wirksam anzukämpfen, scheiterte bisher an der Macht der Verhältnisse. Dennoch werden wir, wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft, unsere Pflicht erfüllen, indem wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln der Regierung und der Öffentlichkeit klarzumachen suchen, daß die Erhaltung eines leistungsfähigen, pflichtbewußten Kaufmannsstandes, des unentbehrlichen Bindegliedes zwischen Erzeugung und Verbrauch und seiner in arbeitsreichen Jahrzehnten geschaffenen Einrichtungen, zu den wichtigsten Aufgaben auch der Kriegswirtschaftspolitik gehört. Wenn der heißersehnte Frieden errungen ist und mit ihm der freie Wettbewerb auf offenem internationalen Markte wiederkehrt, darf die ungestörte, zeitgerechte und bestmögliche Verwertung der Ueberschüsse der heimischen Erzeugung, die klaglose Bedarfsversorgung der konsumierenden Bevölkerung nicht daran scheitern, daß nur mehr die Ruinen des einstigen, wohlorganisierten Handels vorhanden sind.“

Finanzminister Dr. v. Spitzmüller über die Börse.

Wie schon berichtet, hat Finanzminister Dr. v. Spitzmüller am Dienstag eine Abordnung der Wiener Börsekammer empfangen. In der Erwiderung auf die Ansprache des Präsidenten Otto v. Seybel führte der Finanzminister u. a. aus, daß sich das Zusammenarbeiten der Regierung und der Börsenleitung auch in jenem Zeitpunkte als nützlich erweisen werde, in dem die Frage, unter welchen Modalitäten die Wiederaufnahme des normalen Börsenverkehrs ins Auge gefaßt werden könne, zur Lösung gelangen werde.

Nachstehend der Bericht der Börsekammer über den Empfang:

Gestern mittags wurde eine Abordnung der Wiener Börsekammer, bestehend aus dem Präsidenten Otto von Seybel, den beiden Vizepräsidenten Bernhard von Popper und Samuel Steinhübl sowie dem Generalsekretär Dr. Ludwig v. Zinsler, vom Finanzminister Dr. v. Spitzmüller empfangen. Präsident v. Seybel begrüßte den Herrn Finanzminister namens der Börsekammer, indem er der besonderen Freude Ausdruck gab, an der Spitze der Finanzverwaltung einen Mann zu sehen, der

alle Verhältnisse des Wirtschaftslebens in ihren mannigfachen Verästelungen aus eigener Wahrnehmung auf das Genaueste kenne und der auch immer bedacht sei, der Zukunft alle notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern.

Finanzminister Dr. v. Spitzmüller dankte für diese Begrüßung in äußerst liebenswürdiger Weise und hob insbesondere mit Anerkennung hervor, daß die Börsekammer auch im Kriege den allgemeinen Bedürfnissen der Volkswirtschaft Rechnung getragen habe. Er freue sich, konstatieren zu können, daß das Zusammenwirken der Börseleitung mit der Regierung selbst unter den schwierigsten Verhältnissen sich völlig zufriedenstellend bewährt habe und er hoffe zuversichtlich, daß sich dieses Zusammenarbeiten auch in jenem Zeitpunkte nützlich erweisen werde in dem die Frage, unter welchen Modalitäten die Wiederaufnahme des normalen Börsenverkehrs ins Auge gefaßt werden könne, zur Lösung gelangen werde. Er für seine Person stehe auf dem Standpunkte, daß er bei allen zu treffenden wichtigen Verfügungen vorher die Anschauung der davon betroffenen Kreise kennen lernen wolle. Es sei ihm daher immer erwünscht, im Wege des ständigen Kontaktes zwischen der Börseleitung und den berufenen Regierungsorganen rechtzeitig alle erforderlichen Aufklärungen zu erhalten.

An diese Begrüßung knüpfte sich eine längere zwanglose Besprechung vielfacher aktueller Wirtschaftsfragen, aus der die erschienenen Mitglieder der Börsekammer neuerlich die Ueberzeugung gewannen, daß die Wirksamkeit der Kammer beim Finanzminister Dr. v. Spitzmüller auf verständnisvolle Unterstützung rechnen könne.

26. I. 1917.

Der Economist.

Die neuen Anleihen der Ententeländer.

Wien, 25. Januar.

Entschloß sich die englische Regierung nach langem Zaudern jetzt endlich zur Begebung einer dritten Kriegsanleihe, so geschah dies nur unter dem Druck der harten Notwendigkeit. Als der britische Schatzkanzler Anfang Oktober zur Ausgabe von sechsprozentigen Treasury Bonds schritt, war man in England wohl der Meinung, daß die Beschaffung der nötigen Geldmittel auf diese Weise auf lange Zeit hinaus gesichert wäre und die Begebung einer dritten langfristigen Anleihe während des Krieges kaum mehr in Frage käme. Die Rechnung erwies sich jedoch bald als trügerisch. Der Absatz der sechsprozentigen Treasury Bonds mit zweijähriger Laufzeit blieb hinter allen Erwartungen zurück, und bis zum Jahreschluß, der die Einkehrung dieser Schatzwechselmission brachte, waren auf diesem Wege nicht mehr als 187 Millionen Pfund Sterling erlöst worden. Das entspricht ungefähr einem Durchschnitt von 14 Millionen Pfund Sterling in der Woche, wogegen der Bedarf des Schatzamtes, von den Steuererträgen abgesehen, im letzten Viertel 1916 zum mindesten 20 Millionen Pfund Sterling betrug und bis Ende März 1917 auf 30 Millionen Pfund Sterling wachsend sich veranschlagt wird. Ob die Bedingungen der neuen Anleihe der gegenwärtigen Finanzlage Englands voll entsprechen, muß bis zur Bekanntgabe des Anleihergebnisses vorläufig dahingestellt bleiben. Nachdem die englische Regierung jedoch nicht genug Geld zu sechs Prozent auf zwei Jahre aufstreifen konnte, ist immerhin der Zweifel berechtigt, ob sie größere Mittel auf zwölf Jahre oder länger zu 5 1/2 Prozent, oder einkommensteuerfrei zu 4 Prozent wird aufbringen können. Der englischen Bevölkerung dürfte es vielleicht auch auffallen, daß die sonst so hilfsbereiten Amerikaner der englischen Regierung zu diesen Bedingungen keinen Kredit gewähren wollen. Gleich der englischen Oktoberanleihe soll nämlich auch die neue Anleihe des britischen Schatzamtes bei der Morgan Gruppe in der Höhe von 60 Millionen Pfund Sterling bei voller Deckung durch hinterlegte Wertpapiere 5 1/2 Prozent Zinsen bedingen. Wie aus den Guildhallreden Bonar Laws und Lloyd Georges zu entnehmen ist, steht die englische Regierung allerdings auf dem Standpunkte, daß die Langfristigkeit der Anleihe das Opfer an Kapitalkosten wert ist, das der Umtausch der sechsprozentigen Treasury Bonds gegen fünfprozentige Kriegsanleihe, wenn auch zum Kurse von 95, bedingt. Während der Umtausch der 4 1/2prozentigen zweiten Anleihe gegen die neue dem Besitzer je nach der Höhe der Einkommensteuer einen Gewinn von 11 Schilling 5 Pence bis 12 Schilling 11 Pence für je 100 Pfund Sterling abwirft und auch beim Umtausch der fünfprozentigen Schatzscheine sich noch ein Gewinn von 3 Schilling 11 Pence bis 4 Schilling 5 Pence per 100 Pfund Sterling ergibt, ist der Umtausch der sechsprozentigen Schatzscheine gegen die neue Anleihe mit einem Verluste von 11 Schilling 1 Pence bis 12 Schilling 7 Pence für je 100 Pfund Sterling verbunden. Ob der englische Geldmarkt die Langfristigkeit der Anleihe so hoch einschätzen wird, ist fraglich. Vom Premier und vom Schatzkanzler ist sie mit allem rednerischen Aufwande ins hellste Licht gerückt worden, und der bündigen Versicherung, daß sich die englische Regierung weder während des Krieges noch nach demselben zu solchen Anleihebedingungen verstehen werde, folgte die kaum verhüllte Drohung mit einer Zwangsanleihe für den Fall, daß sich das englische Kapital bei der Zeichnung auf die neue Kriegsanleihe allzu großer Zurückhaltung befleißigen sollte. Die betreffende Stelle aus der Guildhallrede des Schatzkanzlers verdient, wörtlich festgehalten zu werden, weil sie für das Niveau bezeichnend ist, auf welches das finanzielle Prestige, um nicht zu sagen die finanzielle Selbstachtung Englands im Laufe des Krieges gesunken ist. „Wenn die Anleihe fehlschlagen sollte“, sagte Bonar Law in seiner Guildhallrede vom 11. Januar, „so sind die Hilfsquellen der Zivilisation damit nicht erschöpft. Es gibt noch andere Methoden, und wenn andere Methoden zur Anwendung gelangen, dann wird der Zinsfuß nicht 5 1/2 Prozent betragen.“ Auf diese Methoden und die in der Zwangsanleihe liegenden „Hilfsquellen der Zivilisation“ hat man bislang selbst in

Weitgehende Erleichterungen werden für die Zeichnung der neuen Anleihe bewilligt; für sie genügt eine fünfprozentige Anzahlung und ihre Tilgung werden von den Banken mit 96 Prozent des Nennwertes zu 5 Prozent (unkündbar bis Kriegsende) belehnt, so daß die Anleihezinsen die Lombardlofen voll decken. Trotzdem wird die dritte englische Kriegsanleihe in der Hauptsache eine Konversionsanleihe sein, die neuen Zeichnungen dürften ganz erheblich hinter den Umtauschanmeldungen zurückbleiben, wie sich schon aus einer Reihe bekannter geordneter großer Zeichnungen ergibt. Der „Manchester Guardian“ veröffentlichte kürzlich eine Liste großer Anleihezeichnungen in der Höhe von zusammen 33 Millionen Pfund Sterling, wovon etwa 20 Millionen auf Umtauscherte und 13 Millionen Pfund Sterling auf neue Zeichnungen entfallen. Das Schlussergebnis dürfte indessen vermutlich für das neue Geld viel ungünstiger ausfallen, als diese ersten Zeichnungen schließen lassen, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß das neue, am 1. April beginnende Verwaltungsjahr in England auch schon wieder neue Schatzwechsel mit sich bringen wird. Daß die englische Regierung selbst kein festestehendes Vertrauen in die neue Anleihe und ihre Zukunft setzt, zeigen die besonderen Vorkehrungen, die gleich bei der Emission zum künftigen Schutz des Börsekursums der dritten Kriegsanleihe getroffen werden. Der Anleiheprospekt enthält die Mitteilung, daß das Schatzamt allmonatlich ein Achtelprozent des Anleihebetrages in einen besonderen „Sinking fund“ einzahlen wird, bis dieser Amortisationsfonds die Höhe von 10 Millionen Pfund Sterling erreicht haben wird, auf welcher er ständig erhalten

werden soll. Der Fonds ist dazu bestimmt, ein Sinken des Anleihekurses durch Regierungskäufe und Tilgungen hintanzuwarten. Ob dies mit den verhältnismäßig geringen Mitteln, die hierfür in den Dienst gestellt werden, erreicht werden kann, hängt von der noch keineswegs klaren Entwicklung ab, welche die finanziellen Dinge in England im ferneren Verlaufe des Krieges und nach seiner Beendigung nehmen werden.

Auch Italien ist an die Begebung einer Konversionsanleihe herangegangen, nicht ohne die leise Hoffnung, bei dieser Gelegenheit dem verarmten, von einer schweren Wirtschaftskrise heimgegriffenen Land noch weitere Geldmittel zur Kriegsführung abzurufen, obgleich nach der letzten italienischen Kriegsanleihe im Januar 1916 die italienischen Zeitungen selbst die Ansicht äußerten, daß weitere Mittel kaum mehr im Inland aufzubringen wären. Die finanzielle Schwäche des Landes äußert sich auch in den Bedingungen der neuen Anleihe. Nicht bloß ist ihr Emissionspreis (90) um 7 Prozent niedriger als bei der Anleihe im Sommer 1915 — die neue Anleihe verzinst sich effektiv mit 5 5/8 Prozent — die Regierung weicht bei dieser Emission auch allen mit der Einlösung verknüpften Lasten aus. Während die bisherigen italienischen Kriegsanleihen nach 25 Jahren rückzahlbar waren, handelt es sich bei der neuen Anleihe um eine fünfprozentige ewige Rente, die 15 Jahre lang auch nicht konvertiert werden darf. Ueber den Umtausch von 4 3/4 Milliarden Lire in Schatzscheinen hinaus dürfte die vierte italienische Kriegsanleihe wohl nur ein lazares Ergebnis liefern.

In Rußland liegt die sechste Kriegsanleihe seit Ende Oktober 1916 zur Zeichnung auf, und nun wird gemeldet, daß die schwachen Zeichnungsergebnisse auf die Anleihe von 3 Milliarden Rubel eine neuerliche Verlängerung der Zeichnungsfrist bis Mitte Februar notwendig gemacht haben. Das russische Publikum hat noch bei allen Anleihen versagt, die zum größten Teil von den Banken übernommen werden mußten. Darüber hinaus muß die Notenpresse für die Deckung der Kriegskosten aufkommen, die der russische Finanzminister eben wieder in Bewegung gesetzt hat. Sollte Herr Bark, wie verlautet, wirklich vor der Emission stehen, so wird sein Nachfolger um die Erbschaft, die er anzutreten hat, kaum zu beneiden sein.

26/I. 1917.

Der Milliardenzauber.

Wirkungen auf die finanziellen Sitten.

Wien, 25. Januar.

Der Krieg hat immer ein Gefolge von finanziellen Kärnern. Der Bankier Sidonia war im Feldlager des Herzogs von Marlborough, des großen Feldherrn, der die Schwäche hatte, Kriegsgewinne von seinen eigenen Siegen haben zu wollen. Der Krieg ist wirtschaftlich die stärkste Verschiebung im Einkommen und Vermögen; er bringt ein Volk in Armut und Wenige in Reichtum. Die Gegensätze zwischen Not und Ueberfluß werden durch ihn noch verschärft und die gesellschaftlichen Reizungen noch vermehrt. Die Vorstellung, daß Millionen von Soldaten in Frost und Schnee die Grenzen des Landes verteidigen, daß manche von ihnen auf einsamem Grate in den hohen Alpen oder in der feuchten Luft russischer Sümpfe eine Winternacht schauernd verbringen, während im Hinterlande anstößiger Luxus sich verbreitet, kann niemand ertragen. Der Einfluß des Krieges auf die Sitten wird desto stärker sein, je länger er dauert und je größer die Summen sind, die in Gegenstände des Bedarfs für die Armee und Flotte umgesezt werden. Niemals hat ein Kampf einen so großen Teil des Volkskapitals, der aus der Arbeit hervorgegangen ist, verschlungen wie der jetzige, dessen Aufwand für beide Mächtegruppen sich der dreihundertsten Milliarde nähert. Dieses Ausströmen des Geldes, dieses Verbranch an Waren, diese beständigen Preiserhöhungen sind eine Verlockung und so breitet sich rings um die Milliarden eine schwüle Luft aus, ein Hang zur Jagd nach dem Glücke, zum Erhaschen mühelosen und schnellen Wohlstandes und auch zum Verlassen der Wege des bürgerlichen Anstandes. Wien und Budapest, wo soeben das Abgeordnetenhaus die Beschuldigung prüft, daß einzelne Mitglieder die Bewerbung um Lieferungen nicht immer aus öffentlichen Gründen unterstützt haben, sind umschwirrt von Erzählungen über Menschen, die aus den einfachsten Verhältnissen plötzlich zu kleinen Montecristos aufgerückt sind. Geschichten gehen von Mund zu Mund über den Absatz in den Läden der Juweliers, über den Kauf der kostbarsten Pelze, über leicht erworbenes und schnell zerrinnendes Geld. Das sind noch verhältnismäßig harmlose Erscheinungen des Einflusses, den der Krieg auf die Gesellschaft hat. Der Kellner, der sich den Gästen als Hausherr vorstellt, der Schreiber, der erklärt, daß er von seinen Zinsen lebe, diese und ähnliche Zeitgenossen können noch immer mit einem Achselzucken hingenommen werden. Wenn ein großer Baumstamm mit der Axt behauen wird, fliegen Späne herum, und das sind nur Abfälle der finanziellen Sitten, aus denen ernstere Gefahren hervorgehen können.

Die Frage, warum gerade der Kriegsgewinn dem Volksgefühle besonders widerwärtig ist, müßte ohne jedes Vorurteil und ohne Leidenschaft geprüft werden. Die Berechtigung des Unternehmergewinnes ist schon darin begründet, daß im Frieden die Person des Unternehmers mit allem, was sie hat und kann, für die Folgen des Betriebes, für die richtige Wahl der Erzeugnisse, für den geeigneten Standort, für das nötige Kapital und für den Absatz einstehen muß. In solchen Schlachten fallen auch im Frieden viele Kämpfer. Der Krieg ändert jedoch in wichtigen Betriebszweigen die Beziehungen des Unternehmers zu den Erzeugnissen. Der Staat muß ihm häufig den Rohstoff, das Halbfabrikat und die Arbeiter zuweisen; der Absatz ist bei öffentlichen Lieferungen von selbst gegeben und der Unternehmergewinn ist daher bei der Eigenart dieses Krieges, wenn es sich um Geschäfte handelt, wo der freie Verkehr ausgeschlossen ist, nicht mit ähnlichen Gefahren verbunden wie im Frieden. Der Unternehmer, der für den Staat arbeitet, wird durch den Krieg oft nicht belastet, sondern entlastet. Der Unterschied zwischen dem Unternehmergewinne im Frieden und dem Kriegsgewinne an öffentlichen Lieferungen mag im Volke nicht immer so deutlich auseinandergelassen werden, aber die Witterung ist

vorhanden. Die Abneigung dürfte häufig bloßer Neid oder die Erregung durch eigenen Kummer sein, aber ein Stück Rechtsbewußtsein ist immer darin zu merken. Deshalb sehen wir auch in Budapest die scharfe Ablehnung der parlamentarischen Befürworter von Lieferungen. Das Abgeordnetenhaus will ohne Unterschied der Parteien die Ranken abschneiden. Graf Tisza verlangt diese schmerzliche Reinigung; er hat, ohne die Verfehlungen zu schonen, gezeigt, wie eine Regierung, die ein Parlament nicht um Ehre und Ruf bringen will, in solchen Krisen vorzugehen hat.

Allein die öffentlichen Lieferungen sind keineswegs die einzige Quelle übermäßiger und sittlich unerlaubter Kriegsgewinne. Wer die Notlage seines Nächsten durch Hinaufschrauben der Preise, durch Vertragsbruch und wie alle die Ränke und Listen heißen mögen, ausnützt, ist der schlimmste Feind der Gesellschaft. Denn der Einzelne vermag sich weniger zu schützen als der Staat und sein Bedarf kann so dringend sein, daß er rettungslos dem Warenwucher verfällt. Diese Geringschätzung von Treu und Glauben, dieses offene Bekenntnis zur gierigen Verwertung der Kriegslage sind für das allgemeine Publikum und für das tägliche Leben noch wichtiger als die Verwüstungen, die sonst im Volksvermögen stattgefunden haben. Wenn die Verwaltung nicht recht weiß, was sie tun soll und wie sie einem Uebel beikommen kann, ruft sie den Richter. Da lesen wir in den Gerichtsverhandlungen die Anklagen wegen eines zu teuer berechneten Kalbsbratens, wegen der Preistreibeerei einer Obsthändlerin auf dem Raschmarke oder von ähnlichem wirtschaftlichen Kleinzeug, das sich durch übertriebenen Nutzen versündigt. Die Verordnungen, die im Kriege veröffentlicht worden sind, füllen bereits zwei Bände und nur Leute von Beruf kennen sie genau. Gesetze und Richtersprüche werden kaum verbessert, was die Schläffigkeit in den finanziellen Sitten, die Nachlässigkeit in der Auffassung von Pflicht und das Gewährenlassen in der Gesellschaft verschlechtern. Wenn die Quelle nicht verunreinigt wird, ist auch das Wasser klar und gut. Wir meinen, daß die wirksamste Strafe der Fingerring wäre, mit dem auf solche Menschen hingewiesen wird, die Geringschätzung, der sie begegnen und das Verhalten der bürgerlichen Gesellschaft, die ihnen den Zugang versperrt und sie fühlen lassen müßte, daß Geld keine Achtung erwerben kann.

Die Stimmungen im Publikum gegen Kriegsgewinne werden noch herber, wenn der Verdacht entsteht, daß sich die Politik in Gestalt von Abgeordneten oder in anderer Form einmengt. Die Debatten im ungarischen Abgeordnetenhaus über die Frage, welche Geschäfte mit dem Mandate verträglich seien, sind immer bewegt. Aber jetzt kommt in solchen Fällen noch die Schärfe der Abneigung gegen die Kriegsgewinne hinzu und gegen die Nutznießer der Milliarden aus dem Volksvermögen. Die Vorfälle im ungarischen Abgeordnetenhaus zeigen jedoch wieder mit schlagender Beweiskraft, wo der Hebel anzusetzen ist, um das Vertrauen in die politischen und finanziellen Sitten zu stärken. Das Parlament hat einen Ausschuß, der Unzukömmlichkeiten prüft und die nötigen Vollmachten hat, Persönlichkeiten, die sich am Gesetze vergangen haben, aus dem Hause zu entfernen. Der Ministerpräsident hat bereits gestern einige Mitglieder der Arbeitspartei ersucht, den Verband der Regierungsmehrheit zu verlassen; einige Abgeordnete haben freiwillig ihre Mandate niedergelegt. Das Abgeordnetenhaus wird jedoch bald vor dem Verdachte geschützt sein, der überall im stillen herumkriecht, wo die Öffentlichkeit fehlt, die auf das Uebel hindeutet, aber zugleich dessen Begrenzung angibt, so daß nur Schuldige getroffen werden und der Ruf der Unschuldigen nicht angetastet werden kann. Die Steigerung des Rechtsgefühles in der Gesellschaft, die Mißachtung des Warenwuchers in jeder Form und vor allem die Freiheit in der Mitteilung und im Urteile vor der Öffentlichkeit sind noch wirksamer als der Richter, dem in der Zeit des Milliardenzaubers aufgebürdet wird, was er nicht immer leisten kann.

26. I. 1917

Der Erlaß zur Vereinfachung der Staatsverwaltungen.

Der Allerhöchste Erlaß vom 19. Januar dieses Jahres, der auf die

Vereinfachung und Verbilligung aller Staatsverwaltungen hinweist, hat folgenden Wortlaut:

Der geschichtlich gewordene Aufbau der Staatsverwaltung trägt nicht mehr allerorts den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung, ist vielfach zu verwickelt und verlangt dadurch mehr Kräfte, als nach dem Kriege zur Verfügung stehen werden. Auch haben die Erfahrungen des Krieges gezeigt, daß eine einfachere Gestaltung und Handhabung der Verwaltung möglich ist. Dazu kommt, daß die öffentlichen Lasten nach dem Kriege eine außerordentliche Steigerung erfahren werden. Mit Rücksicht hierauf wünsche Ich, daß die Frage ernstlich geprüft wird, wie eine Vereinfachung und Verbilligung aller Staatsverwaltungen herbeigeführt werden kann. Die Eisenbahn- und Bergverwaltung nehme Ich hiervon aus. Ich beauftrage das Staatsministerium, ungesäumt in die Vorarbeiten einzutreten, und Mir nach ihrem Abschluß seine Vorschläge zu unterbreiten. Damit das Staatsministerium einheitliche, durch besondere Ressortrückichten nicht beeinflusste Grundlagen für seine Entschlüsse erhält, will Ich zwei erfahrene Staatsbeamte, von denen der eine die Angelegenheiten der Rechtspflege, der andere die übrigen Angelegenheiten zu bearbeiten hat, mit ihrer Beschaffung betrauen. Ich ordne an, daß jeder dieser beiden Beamten befugt sein soll, Auskünfte von Behörden zu erbitten sowie sich seine Mitarbeiter, die nötigenfalls von anderen Dienstgeschäften zu befreien sind, selbständig auszuwählen, und daß weder sie noch ihre Mitarbeiter bei ihren Arbeiten an die Weisungen ihrer Vorgesetzten gebunden sind. Mit der Prüfung der Justizangelegenheiten beauftrage Ich den Unterstaatssekretär im Justizministerium, Dr. M ü g e l, mit der Prüfung der Verwaltungsangelegenheiten den Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Dr. D r e w s.

Die Geldinstitutszentrale über die Kapitalserhöhungen.) Finanzminister Johann v. Teleky hat in einer vor mehreren Wochen im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede, die sich mit der Kapitalserhöhung der Geldinstitute befaßte, gegenüber den immer häufiger werdenden Kapitalvermehrungen der kleineren und insbesondere der Provinz-Geldinstitute aus dem Gesichtspunkte der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen begründete Bedenken geäußert. Bei diesem Anlasse hat der Finanzminister die Absicht kundgegeben, im Notfalle gegen die schädlichen Kapitalserhöhungen einschreiten und hierbei womöglich die Mitwirkung der Zentrale der Geldinstitute in Anspruch nehmen zu wollen. Diese zentrale Organisation des ungarischen Kreditlebens hat nun die Frage der Kapitalserhöhungen zum Gegenstande des Studiums gemacht und ihren Ausschuss für morgen, 28. d., zu einer Konferenz einberufen. Dieser Beratung wird ein Elaborat als Grundlage dienen, in dem die Leitung der Geldinstitutszentrale die Frage der Kapitalserhöhungen der kleineren, namentlich der Provinz-Geldinstitute, von allen Seiten eingehend beleuchtet und die Argumente, die für und gegen die Kapitalvermehrung sprechen, in sachgemäßer Weise zusammenfaßt. Das Elaborat prüft die Gründe, die die Provinzinstitute zu solchen Kapitalserhöhungen bewegen können und behandelt die Zweckmäßigkeit und die Zeitgemäßheit der Kapitalvermehrung aus dem Gesichtspunkte der Aktionäre, der Gläubiger, sowie des allgemeinen Wirtschaftsinteresses. Die Zentrale stellt hierbei als Grundprinzip die These auf, daß die Kapitalserhöhung kleiner und Mittelinstitute unbedingt durch die Heranziehung der bereits angesammelten Kapitalüberschüsse, nicht aber im Wege von Kreditoperationen vorgenommen werden müsse. Ein weiteres Erfordernis ist, daß die Kapitalvermehrung stufenweise und nicht sprungartig erfolge. Aus dem Gesichtspunkte der zukünftigen Geldbedürfnisse könne eine Kapitalserhöhung ihr Ziel nicht erreichen, wenn die neuen Aktien nicht aus Einlagen dauernden Charakters gezeichnet werden. Die Neuemission darf jedoch auch die im Umkreise des Geldinstituts derzeit vorhandenen, sich nur übergangsweise zeigenden Kapitalüberschüsse nicht erschöpfen. Hingegen sind jene Aktienemissionen, die einen Teil der aus Kriegsgewinnen hervührenden, jedoch nicht dauernden Einlagen absorbieren, zulässig und aus allgemeinen volkswirtschaftlichen, insbesondere aus valutapolitischen Interessen sogar erwünscht, denn sie stärken das Vermögen der Geldinstitute gegenüber dem künftigen Geldbedarf und verhüten dadurch eine allzu starke Inanspruchnahme der Notenbank nach dem Kriege. Das Elaborat faßt die Meinung der Zentrale in Sachen der Kapitalserhöhungen dahin zusammen, daß bloß jene Aktienemissionen berechtigt sind, die Kapitalüberschüsse von dauerndem Charakter auffangen. Aber auch solche Kapitalserhöhungen stärken den Stand der Geldinstitute nur insofern, und sie sind vom allgemeinen und valutapolitischen Gesichtspunkte nur von positivem Nutzen, wenn sie hauptsächlich solche Einlagen aus den Kapitalüberschüssen in Anspruch nehmen, die sonst keinen dauernden Charakter hätten. In jenen Fällen aber, in denen die Kapitalserhöhungen zur Herstellung des gesunden Verhältnisses zwischen Eigen- und Fremdkapital beabsichtigt ist, müsse man sich vor Augen halten, daß ein eventuell momentan ungünstiges Verhältnis zwischen dem eigenen und dem fremden Kapital häufig durch die Liquidität der Anlagen sowie dadurch aufgewogen wird, daß die Eskomptieredite nicht in Anspruch genommen werden. Bei jeder Kapitalserhöhung soll ferner die künftige Rentabilität des neuen Kapitals geprüft werden, denn es wird sich häufig die Gefahr ergeben, daß ein Institut wegen sinkender Verzinsung des erhöhten Kapitals sich in gewagte spekulative Geschäfte einläßt. Die Kapitalserhöhung der mit inneren Schwierigkeiten kämpfenden Geldinstitute kann die alten Nebel nicht sanieren, vielmehr ermöglicht sie nur für eine gewisse Zeit die Fortsetzung der Miswirtschaft. Die Zentrale legt den Instituten nahe, daß es in vielen Fällen zweckmäßiger sei, statt eine Kapitalserhöhung vorzunehmen, den erstrebten Zweck durch die Fusion mit anderen Geldinstituten zu erreichen. Das Elaborat legt schließlich den kleineren und den Provinz-Geldinstituten, die die in Frage kommenden allgemeinen Gesichtspunkte selbst nicht gehörig zu erwägen imstande sind, nahe, vor ihrer endgültigen Entscheidung betreffend die Kapitalserhöhung die Geldinstitutszentrale zu Rate zu ziehen, die in vielen Fällen in der Lage sein wird, auf Grund der ihr zur Verfügung gestellten Daten und nach eventueller Prüfung des Status der Institute zur Fest-

stellung der Liquidität und der zu erwartenden Rentabilität den Geldinstituten Ratschläge zu erteilen und ein sachgemäßes Gutachten abzugeben.

28. 7. 1917

Wiener Giro- und Kassenverein.

Die 45. ordentliche Generalversammlung des Wiener Giro- und Kassenvereines wurde gestern unter Vorsitz des Präsidenten Ludwig **Wollheim** und in Anwesenheit des landesfürstlichen Kommissärs Ministerialrat **Attilio Conte Smechia** abgehalten. Der Präsident widmete zunächst dem verstorbenen Mitgliede der Verwaltung und Vizepräsidenten **Adolf Klein**, welcher der Bank durch 26 Jahre als Verwaltungsrat angehört hatte, einen ehrenden Nachruf.

Direktor kaiserlicher Rat **Emil Beutl** verlas sodann den Bericht.

Nach dem vorgelegten Bericht wiesen die Giro-Konti im abgelaufenen Jahre aus im Kredit 24.337,62 Millionen Kronen, in Debet 24.297,468 Millionen Kronen. Es ergibt sich sonach am Jahreschluss ein Requirament im Giro-Verkehr von 48.593,375 Millionen Kronen und ein Guthaben der Kontoinhaber von 40.193,952 Kronen. Das durchschnittliche Giro-Guthaben eines Tages belief sich auf 38,866.322 Kronen gegen 35,170.795 Kronen im Vorjahre 1915. Nur 3% der auf den Giro-Konten erfolgten Gutschriften und 2% der Belastungen wurden durch bare Ein-, respektive Auszahlungen bewirkt, so daß 97% der Kreditierungen und 98% der Debitierungen giromäßig durchgeführt wurden. Im ganzen wurden auf die Bank 96.345 Geldscheide im Betrage von 18.175,050 Millionen Kronen gezogen, wovon 82.804 Schecks im Betrage von 17.737,466 Millionen Kronen durch Verrechnung geordnet. Der Bericht gedenkt einer neuen Einrichtung zur Angekaltung des bargeldlosen Verkehrs, die die Verwaltung eingeführt hat. Im abgelaufenen Jahre erzielte die Bank ein Gesamt-Requirament von 49,844.927 Millionen Kronen. Das größte Tages-Requirament war am 30. Dezember mit 472.061 Millionen Kronen, das kleinste am 19. Jänner mit 84.379 Millionen Kronen. Im Jahre 1915 belief sich das Gesamt-Requirament auf 26,355.062 Millionen Kronen. Die Bilanz weist einschließlich des Gewinnvortrages aus dem Jahre 1915 einen Reingewinn von 414.077 Kronen gegenüber 399.597 Kronen im Vorjahre aus. Von demselben werden 22.815 Kronen dem Reservefonds zugewiesen, 5 Prozent als Dividende an die Aktionäre verteilt, 5085 Kronen den Kontoinhabern zugewiesen und 81.646 Kronen auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Anträge der Verwaltung betreffs Verwendung des Reingewinnes wurden ohne Diskussion einstimmig genehmigt. In den Verwaltungsrat wurden die Herren **Alfred Herzfeld**, **Eugen v. Minkus**, **Doktor Alfons Thorsch** und **Ludwig Wollheim** wieder-, Herr **Philipp Broch** neugewählt und der kooptierte Herr **Gustav Horner** in seiner Funktion bestätigt.

28. II. 1917

Der Milliardenzauber.

Wirkungen auf die finanziellen Sitten.

Wien, 27. Januar.

Die Vermittlung von Staatsgeschäften durch Abgeordnete wird im ungarischen Parlamente scharf getadelt. Diese Vorfälle müssen jedoch von den Einzelheiten und Zufälligkeiten losgelöst und nach ihren allgemeinen Merkmalen beurteilt werden, um eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Eigentümlichkeit der Kriegsjahre beschreiben und feststellen zu können. Wir begegnen in den Berichten des ungarischen Abgeordnetenhauses über Lieferungen fast immer dem Vermittler. Der Abgeordnete ist zuweilen genötigt, zur Rettung seines Mandates mancherlei Schritte zu tun, die unter ein Vergrößerungsglas oder auch Vergrößerungsglas genommen, peinlich ausgelegt werden und ihn zwingen können, seinen Ruf gegen unverdiente Schädigung zu verteidigen. Der Wähler verlangt, daß sein Abgeordneter ein großer Herr sei, der durch seinen Einfluß so ziemlich alles verschaffen könne, eine Stelle für den Sohn, eine Trafik für die verwitwete Schwester und Aufträge staatlicher Behörden mit Umsätzen von Hunderttausenden und sogar von Millionen. Die wirklichen Verfehlungen von Abgeordneten müssen unterschieden werden von solchen Gefälligkeiten, obgleich die Gefahr immer besteht, daß im Geheulassen die Türe zwischen einer bloßen Liebeshwürdigkeit und einer ungehörlichen Handlung aus Selbstsucht nicht immer geschlossen bleibt. Aber der Vermittler war in diesem Kriege eine Gestalt, die häufig abseits der Politik sichtbar wurde, und es ließe sich von einem Einbruche dieser Menschenklasse in ernste Geschäfte sprechen, von einem breiteren Raum, den Persönlichkeiten, ohne durch den Beruf dazu berechtigt zu sein, in dem Getriebe der Milliarden einnahmen. Niemand wird bestreiten, daß es ein angeborenes und ausgebildetes Vermittlertalent geben könne, das in einem besonderen Menschen zur Entwicklung gekommen ist. Diese Vermittler können unter der Voraussetzung, daß sie in einem bestimmten Fache sich ausgebildet haben, im freien Wettbewerbe der Erzeugung und des Handels im Frieden nützlich sein. In der geschlossenen Wirtschaft, die wir jetzt haben, bei der Uebersichtlichkeit der verfügbaren Rohstoffe, bei dem Zwange, unter dem wir leben, und bei dem engen Kreislaufe, den die Milliarden von den Vorräten bis zur Fabrik und von dort zum Verbrauche zu machen haben, ist die Vervielfältigung der Vermittler überflüssig.

Aber der Vermittler, der von den Milliarden einige Brotsamen aufklauben will, gehört doch nur zu dem kleinen Trossen, den die Kriege immer haben. Er hat zuweilen größere Erfolge und diese Fälle sind für die finanziellen Erscheinungen im Kriege wichtiger und ernster. In dem vor einigen Jahren erschienenen Briefwechsel zwischen dem Fürsten Clemens Metternich und dem Freiherrn v. Rübeck erzählt der Staatskanzler ein Gespräch, das er mit dem Baron Salomon v. Rothschild hatte. Eine Frage, die der Minister an den Bankier richtete, versetzt uns plötzlich in die lebendigste Gegenwart. Sollen die italienischen Besitzungen aufgegeben werden? Um Gottes willen, nein, antwortete der Chef des Welthauses. Fürst Metternich erklärte, daß auch er so denke, daß jedoch Geld zur Verteidigung nötig sei. Baron Rothschild fiel ihm in die Rede mit den Worten: So viel Sie brauchen, steht Ihnen zu Befehl; wie viel wollen Sie, ich weise es Ihnen sofort an. Fürst Metternich sagte jedoch, zwischen dem Hofkammerpräsidenten und dem Bankier dürfe niemand stehen und Freiherr v. Rübeck werde selbst an das Haus Rothschild sich wenden,

wenn der Bedarf sich zeigen sollte. Auch der mächtige Staatskanzler, an den keine Mißdeutung herankamte, wollte nicht Vermittler sein. Diese gute Sitte ist in unserer Finanzverwaltung geblieben. Die Verhandlungen werden nur mit den Häusern und Banken, die für die Uebernahme und das Ergebnis verantwortlich sind, ohne Zwischenhände, ohne Vermittler geführt. Die Grundsätze in der Kreditpolitik des Staates haben schon seit vielen Jahrzehnten verhütet, daß sich der Rost von Gerüchten ansetzen könne.

Der Vermittler hat selten ein inneres Verhältnis zu Geschäften, die mehr oder weniger öffentlicher Natur sind. Denn sein Gewinn kommt gewöhnlich aus ganz anderen Wurzeln als aus denen, die den Erfolg des Unternehmens, der Lieferung oder der Anleihe bestimmen. In den alten Finanzhäusern war es Grundsatz, daß ein Buchhalter mit der strengen Aufmerksamkeit für die Form nicht zum Geschäftsführer und ein Vermittler nicht zum Leiter von Banken taugte. Freiherr v. Bruch hat die Creditanstalt gegründet und in der verhältnismäßig kurzen Zeit von etwa sechzig Jahren sind unsere Finanzinstitute entstanden. Die meisten Direktoren und Leiter waren in der ersten Zeit der Creditanstalt hohe Staatsbeamte, wie der Abgeordnete des Kremsierer Reichstages Herr v. Mayer und der gewesene Minister und Fabrikant Herr v. Hornbostel; ferner Männer, die selbst an der Spitze von Bankhäusern gewesen sind oder aus Deutschland geholt wurden, um einen Stab zu erziehen. An die Spitze kamen Persönlichkeiten von ausgezeichneter gesellschaftlicher Stellung wie der Fürst Schwarzenberg. Der Versuch ist jedoch nie unternommen worden, Vermittler damit zu betrauen, daß sie Geschäfte bringen und zugleich ausführen, daß sie ihre besonderen Fertigkeiten dort anwenden, wo das feine Nervengeflecht des Kredits so leicht verletzlich ist.

Denn die Menschen sind meistens ihren eigenen Gepflogenheiten unterworfen, die sich bei den Vermittlern einmischen, aber für den Leiter einer Bank nicht passen. Vermitteln ist kein geschlossener, abgegrenzter Beruf, sondern eine freiere, von Zufallsgeschäften abhängige Tätigkeit. Der Leiter einer Bank ist meistens seit der Jugend gehalten worden, sich strenger Regelmäßigkeit zu unterwerfen, an die Kontrolle, an die Statuten, an die Revisoren, an die Generalversammlung und an die Vorschriften zu denken. Der Vermittler müßte sich Gewalt antun, um die von Rücksichten weniger eingeschränkte Beweglichkeit bis zu dem Grade zu verlieren, daß er die frühere Arbeitsweise vergißt. Er wäre kein Vermittler gewesen, wenn er sich selbst derart umstülpen könnte. Die Ausbreitung, die sich der Vermittler in den Geschäften während des Krieges zu erobern mußte, ist nicht gut und kann schädlich sein, wenn die Gelegenheit sich bietet, daß gerade die Fähigkeiten, die ihm den Erfolg verschafft haben, durch die Unruhe, die von ihm ausgeht, zu einer Gefahr werden. Das ungarische Abgeordnetenhause macht Ordnung vor dem ganzen Lande. Wer, vom Milliardenzauber forgerissen, den rechten Weg verloren hat, wird entfernt und Persönlichkeiten, auf die der Schatten eines unberechtigten Verdachtes gefallen ist, haben die Gelegenheit, vor der Oeffentlichkeit ihre Unschuld zu beweisen. Das Ansehen des Landes wird unter dieser scharfen Musterung nicht leiden, weil das Volk die Entschlossenheit merkt, mit der Politik und Milliarden auseinandergehalten werden. Der parlamentarische Vermittler steht vor der Oeffentlichkeit, behauptet sich oder fällt vor ihr. Wenn der ungarische Ministerpräsident diesen wichtigen Grundsatz nicht hätte, würde das Mißtrauen wie ein Gewürm sich um das Land schlingen. Dann würde auch der Vermittler sprichwörtlich werden.

29. I. 1917

79
674

(Geldinstitutszentrale.) Der Ausschuss der Geldinstitutszentrale hielt heute unter dem Vorsitze des Präsidenten Geheimen Rates Dr. Josef Schmidt eine überaus gut besuchte Sitzung, in der die Frage der Kapitalserhöhung der Geldinstitute erörtert wurde. Als Grundlage der Beratung diente die von der Leitung der Zentrale ausgearbeitete und in unserem heutigen Morgenblatte ihrem wesentlichen Inhalte nach mitgeteilte Denkschrift, außer der den Teilnehmern der Sitzung auch ein reiches statistisches Material sowie Diagramme zur Verfügung gestellt wurden, aus denen die Gestaltung der Kapitalserhöhungen in den Jahren 1905—1916 ersichtlich war. Der Präsident hob in seiner Eröffnungsrede hervor, daß die Geldinstitutszentrale dem Ausschuss pflichtgemäß Gelegenheit bieten wollte, sich mit dieser hochwichtigen Frage zu einer Zeit zu beschäftigen, in der der Ausschuss noch entscheidenden Einfluß auf die Ausgestaltung der Meinungen zu üben vermag, ohne daß die Leitung dieser voreerst vorgreifen wollte. Sodann entwickelte sich über die auf dem Tapet befindliche Frage ein dreistündiger Ideenaustausch, an dem teilnahmen: der Generaldirektor der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank Magnatenhausmitglied Adolf v. Ullmann, der Generaldirektor der Agrarsparkasse in Eger Dezsö v. Kanizs, der Generaldirektor der Kaiser Sparkasse Julius Deák, der ehemalige Ackerbauminister Andreas v. Schörgg, der Generaldirektor des Pester Ersten Vaterländischen Sparkassenvereins Julius v. Balzer, der Generaldirektor des Kisvárdauer landwirtschaftlichen und Kreditinstituts Alexander Kálmán, der Generaldirektor-Stellvertreter der Ungarischen Allgemeinen Sparkasse Dr. Leopold Horváth, der Generaldirektor der Temesvárer Bank und Handels-Aktiengesellschaft Sigmund Szana; ferner von Seiten der Zentrale außer dem Präsidenten der geschäftsleitende Direktor Hofrat Dr. Béla v. Schöber und Rechtsanwalt Hofrat Dr. Aurel v. Egrny. Das Ergebnis der Diskussion läßt sich in folgender einmütigen Ansicht des Ausschusses zusammenfassen: Jene Kapitalserhöhungen, die einem realen Bedürfnisse entsprechen und im Kreise der Interessenten des Instituts auf reale Weise durchgeführt werden können, ohne daß die Fraktionierung des Kapitals des Instituts in Zukunft gefährdet wäre, sind als den lokalen Verhältnissen gemäß motiviert, unter gewissen Umständen sogar als wünschenswert anzusehen. Dagegen sind Kapitalserhöhungen, die dieser Bedingungen entraten, zu vermeiden. Der Ausschuss beschloß, das als Grundlage der Beratung vorbereitete Material, sowie die stenographischen Aufzeichnungen über die Diskussion sämtlichen Mitgliedern der Zentrale, deren Zahl gegenwärtig 1296 beträgt, in Druck zu übermitteln. Aus dem Protokoll werden die Interessenten Einblick gewinnen in jene Gesichtspunkte, die der Ausschuss in der Frage der Kapitalserhöhungen für wichtig hält. Außerdem wird die Leitung der Zentrale dem Beschlusse des Ausschusses gemäß den sich hiefür interessierenden Geldinstituten auch in konkreten Fällen bereitwilligst mit Ratschlägen dienen, wenn die Institute sich zu diesem Behufe an sie wenden. Zum Schlusse beschloß der Ausschuss, im Interesse der aus volkswirtschaftlichem Gesichtspunkte in jeder Weise wünschenswerten Förderung der Fusion der Geldinstitute eine Repräsentation an die Regierung zu richten und sie zu ersuchen, die in Verbindung mit der Fusion erfolgenden Vermögensübertragungen im Verordnungswege oder auf legislativem Wege gebührenfrei zu machen, da die Gebührenpflichtigkeit seiner Erfahrung gemäß ein wesentliches Hindernis der Fusion bildet.

Montägige Geständnisse. In den Schottenring-
Briefen des Scharfschen Montagblattes lesen wir:

Das Telegraphenkorrespondenzbureau meldet aus Budapest vom 23. d. über den Verlauf der Börse wörtlich: „Schon vor Beginn des heutigen Verkehrs wurde an der Börse die Kongressrede Wilsons lebhaft erörtert, und es kam fast allgemein die Meinung zum Ausdruck, daß die Erklärungen des Präsidenten Launeger die friedenswerten Ziele der Weltöffentlichkeit bei der Eröffnung herrschte eine ziemlich angeregte Stimmung.“ Man kann das Wesen der Börse und ihre gegenwärtige Stellung zu den Weltereignissen nicht treffender zeichnen, als es in diesen lapidaren Sätzen geschieht. Die besagen, daß es eine Gruppe von Interessenten gibt, die in „angeregter Stimmung“ Geschäfte abschließen, weil das stärkste Ereignis unserer Tage als kaum geeignet beurteilt wurde, „das Friedenswerk zu fördern“. Für Demagogen und konfessionelle Heber (!) ist das ein gefundenes Fressen, weil ja hier wirklich ein Widerspruch zwischen Empfindung und Tatbestand konstatiert werden muß, an welchem man nur schwer vorübergehen kann. Es ist selbstverständlich, daß die Anteilscheine von Aktiengesellschaften einen Mehrwert bekommen, wenn die betreffenden Unternehmungen große Verdienste lukrieren. In es nicht der A., so ist es der B. oder der C., wie es gerade kommt. Der Anreiz ist zu groß. Kein richtig gehender Mensch, welcher Klasse und welcher Konfession er auch immer angehört, wird widerstehen können, wenn die Versuchung in wirksamer Gestalt an ihn herantritt.

Aber wenn der „zu große Anreiz“ wirklich auf alle ohne Unterschied der Konfession in gleicher Weise wirken würde, dann brauchte sich das Blatt doch nicht vor den „konfessionellen Hebern“ so zu ängstigen. Es sind aber bis auf geringe Ausnahmen immer die gleichen Leute der nämlichen Klasse und Klasse, Rassenklasse und Klassenrasse, der nämlichen „Konfession“, die der Versuchung in wirksamer Gestalt unterliegen. Dies scheint auch ein anderes Montagblatt (M. M. Journal) bekennen zu wollen, wenn es in einer Polemik gegen die Christlichsozialen und Deutschradikalen, welche die Lösung ausgehen hätten, „sich gegen die Juden zusammenschließen“, erzählt:

Die Handhabe für diese Dews geben ihnen die Kriegsgewinner, die gewissenlos Lumpen, die natürlich weder nationalen noch konfessionellen Stempel tragen, sondern nur den internationalen und interkonfessionellen der Krassen Habsucht. Die sind der Kampfruf, mit dem zum Krieg gegen alle Juden aufgerufen wird, auch gegen die, welche auf den Schlachtfeldern redlich gekämpft haben und gegen die, welche daheim ihre Pflicht taten. Diese vielen Tausende existieren für die Hauptprediger der beiden Schriftleiter nicht, wohl aber die paar hundert Kriegsgewinner, die zwar Juden sind, ohne Zweifel aber vom Judentum mit Abscheu von sich gewiesen werden die weiters unter den artigen Kriegsgewinnern ihre ebenso heutzugierigen Kampagne haben. . . Auch darin sind sie einig, daß alle die Juden, die nicht Kriegsgewinner sind, einfach nicht existieren, sondern nur die schlechtesten Juden, die Kriegsgewinner machten. . .

Es ist eine ganz willkürliche Behauptung der jüdischen Presse, daß „der Kampfruf auch gegen die vielen tausende Juden, welche auf den Schlachtfeldern gekämpft haben und damit ihre Pflicht taten“ und die nach der Versicherung des Montagblattes „nicht existieren“, gerichtet sei. Das gerade Gegenteil ist, was uns betrifft, leicht nachzuweisen. Valen wir doch wiederholt festgestellt, der Kampf gegen die Wucherer, Betrüger usw. geschehe auch im Interesse der Juden, die an der Front ihre Schuldigkeit getan, und die Judenheit selber sollte sich gegen die Schänder ihrer Rasse erheben. Aber es geschieht eben leider nicht. Nichts wird „mit Abscheu von sich gewiesen“, alle, die den „internationalen und interkonfessionellen Stempel der Krassen Habsucht“ tragen, werden gerade als Stolz der Rasse behandelt. „Der Anreiz ist zu groß.“ Der ganze Antisemitismus, dessen nahende „Hochflut“ vom bösen Gewissen vorausgesehen wird, wäre nicht nur überflüssig, sondern auch unmöglich, wenn die Judenheit selber gegenüber den paar hundert Kriegsgewinnern, die zwar Juden sind, zum Flehen lähen. Aber davon ist kaum ein Hauch zu spüren. Damit, daß man einige jüdische Frauen, wie die Leer-Angerer und die Rosza Schwimmer, in Versammlung für den Frieden resolutionieren läßt, während die Männer auf der Börse „in angeregter Stimmung“ den „Versuchungen“ des Kriegsgeschäftes erliegen, ist nichts getan. Derlei wird eher als blutiger Hohn empfunden.

Provisorische Forteinhebung der niederösterreichischen Landes- umlagen im Jahre 1917.

Der Statthalter von Niederösterreich hat unter dem 10. d. folgende Kundmachung erlassen:

„Der Kaiser hat den Beschluß des niederösterreichischen Landesauschusses vom 12. Dezember 1916 betreffend die provisorische Forteinhebung der Landesumlagen im Jahre 1917 in dem bisherigen Ausmaße, vorbehaltlich der verfassungsmäßigen endgültigen Festsetzung dieser Umlagen, genehmigt.

Dies wird infolge Erlasses des Ministeriums des Innern vom 3. Jänner 1917 mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß hiernach für das Jahr 1917 die Landesfondszuschläge bei den direkten Steuern in nachstehender Höhe eingehoben werden, und zwar bei der Grundsteuer 30 Heller, bei der Hauszinssteuer 28 Heller und bei der Hausklassensteuer 30 Heller von jeder Steuerkrone; bei der fünfprozentigen Steuer von dem Ertrage jener Hauszinssteuerfreien Häuser, welche die Zinssteuerfreiheit auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 14. Mai 1859 und auf Grund der Gesetze vom 5. April 1893, der kaiserlichen Verordnung vom 21. August 1899 und des Landesgesetzes, vom 5. Oktober 1899 genießen und bezüglich welcher daher eine ideale Hauszinssteuer nicht vorgeschrieben wird, 33 Heller von jeder Steuerkrone; bei der Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen 35 Heller zu jeder Steuerkrone; bei der allgemeinen Erwerbsteuer, und zwar: bei den Erwerbsteuerpflichtigen der ersten Klasse 31 Heller, bei den Erwerbsteuerpflichtigen der zweiten Klasse 28 Heller und bei den Erwerbsteuerpflichtigen der dritten und vierten Klasse (einschließlich Hausier- und Wandergewerbe) 23 Heller von jeder Steuerkrone; endlich bei der Rentensteuer auf Grund von Belegen mit 32 Heller und bei der Besoldungssteuer bei höheren Bezügen der Privatbediensteten 31 Heller von jeder Steuerkrone.“

30./I. 1917

Bodenkreditanstalt.

Der Amtsantritt des neuen Gouverneurs.

Gestern hat der neuernannte Gouverneur der Bodenkreditanstalt, Geheimrat Dr. Karl Ritter v. Leth, sein Amt in diesem Institut angetreten. Um 11 Uhr versammelte sich der Verwaltungsrat im Sitzungssaal. Herr Paul Ritter v. Schoeller, als im Sinne der Statuten gewählter Stellvertreter des Gouverneurs, verlas zunächst den Erlaß des Finanzministers, womit die mit kaiserlicher Entschliebung vom 22. d. erfolgte Ernennung des neuen Gouverneurs zur Kenntnis gebracht wird, und führte nach einigen Begrüßungsworten aus:

Ansprache des Vorsitzenden R. v. Schoeller.

Eure Exzellenz sind keinem von uns ein Fremder, vielmehr aus einer vieljährigen Tätigkeit in herborragenden staatlichen Stellungen allen wohl bekannt. Sie haben in diesen staatlichen Wirkungskreisen die überragende Bedeutung und hohe Wichtigkeit von Industrie, Handel und Verkehr für unser gesamtes vaterländisches Wirtschaftsleben kennen und schätzen gelernt und vermögen auch voll zu ermessen, welch außerordentlich wichtigen Faktor im verwideltsten Getriebe dieses wirtschaftlichen Lebens eine Bank vom Rang und Einfluß der Bodenkreditanstalt bildet; es muß Eure Exzellenz daher mit berechtigter Befriedigung erfüllen, an die Spitze eines solchen Instituts treten und von dieser Stelle aus Ihr Wirken fortsetzen zu können. Die Bodenkreditanstalt hat ihre Position, getragen durch das ausgezeichnete Vertrauen des kaiserlichen Hofes, den sie zu ihrer Klientel zu zählen die Ehre genießt, und maßgebendster Bevölkerungskreise, in jahrzehntelanger vereinter Arbeit der jeweiligen Funktionäre in den Stellungen des Gouverneurs, des Verwaltungsrates und der Direktion erworben; wir erfüllen daher nur eine Ehrenpflicht gegen uns selbst, wenn wir in dem Augenblick, da wir einen neuen Mann an unserer Spitze begrüßen dürfen, unserer früheren Mitarbeiter an diesem Werke dankbarst gedenken und der Ueberzeugung Ausdruck verleihen, daß nur das Festhalten an den von ihnen und von uns selbst bisher befolgten Traditionen imstande sein wird, unsere Anstalt auf der bisherigen Höhe zu erhalten und zu neuen Erfolgen zu führen. Diese Traditionen unserer Anstalt bestehen in der Befolgung einer konservativen, aber gleichwohl fortschrittlichen Geschäftspolitik und in der Pflege eines vertrauensvollen Zusammenarbeitens aller zur Leitung unserer Anstalt berufenen Faktoren, unter denen wohl die wichtigste Aufgabe der bewährten, unser vollstes Vertrauen genießenden Direktion zufällt. Die reiche Erfahrung und große Lebensweisheit, die Eure Exzellenz besitzen, wird den besonderen Wert dieser Traditionen und die Notwendigkeit ihrer weiteren Pflege und Ausbildung unschwer erkennen und Eurer Exzellenz die Ueberzeugung schaffen, daß die Festhaltung des bisherigen Kurses am sichersten zum Ziele führe. Als dieses Ziel möchte ich bezeichnen, daß es unserer Anstalt unter Eurer Exzellenz Führung beschieden sein möge, ihre aufsteigende Entwicklung zu verfolgen.

Nachdem auch der landesfürstliche Kommissär Ministerialrat Dr. Zwierzina an den neuen Gouverneur herzliche Worte der Begrüßung gerichtet hatte, dankte zunächst Geheimrat Ritter v. Leth für die Begrüßung und führte nach einem Hinweis auf die Schwierigkeiten der Aufgaben, die seiner harren, aus:

Erwiderung des Gouverneurs.

Ich glaube, daß die Entwicklung eines solchen Instituts, wie es die Bodenkreditanstalt ist, nur dadurch möglich wird, daß auf dem Gewordenen aufgebaut und Neues auf dieser Basis geschaffen wird. Die künftige Wirksamkeit hängt mit der Wirtschaftspolitik der nächsten Zeit zusammen. Als deren Ziele sehe ich unter anderem den Wiederaufbau der durch eine unverständliche Verblendung unserer Feinde gestörten Welt- und Wirtschaftsordnung, die harnosiische Vereinigung des Gewordenen mit den Anforderungen der Zukunft und die Erfassung und Bewertung der in der Zukunft sich wohl reichlich ergebenden Konjunktur. In diesem Rahmen steht an erster Stelle die Abwicklung der Kriegsanleihen und der großen Finanzoperationen der Zukunft im In- und Ausland, die Ueberleitung der Industrie in eine der Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung angepaßte dauernde Produktion, die Bereitstellung der Mittel für die unaufschiebbaren sozialen Probleme, Invalidentversorgung usw., und endlich die Entspannung der Sorgen um den täglichen Lebensunterhalt im Sinne der Preisbildung, beziehungsweise Herabdrückung des Preises auf ein den wirtschaftlichen Verhältnissen und den Gesetzen der Volkswirtschaft entsprechendes Niveau. Daß die Banken bei ihrer weitverzweigten Organisation und dem ausgedehnten Feld ihrer Betätigung in hervorragender Weise berufen sein werden, bei diesen Aufgaben mitzuwirken, brauche ich in diesem Kreise wohl nicht zu sagen.

Die Tatsache, daß unsere Volkswirtschaft ohne Gefährdung ihres Bestandes den schwierigen Umwandlungsprozeß von der Friedens- in die Kriegswirtschaft übermunden hat, gibt uns auch die feste Zuversicht, daß, wenn dieser schreckliche Krieg dank unserer tapferen Armee und der treuen Waffenbrüderschaft unserer Verbündeten beendet sein wird, auch die Rückbildung von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft sich glatt vollziehen und ein Zeugnis für die wirtschaftliche Kraft unserer altherwürdigen Monarchie ablegen wird. Ich zweifle nicht, daß eine neue Epoche wirtschaftlicher Entwicklung bevorsteht, die lohnende Beschäftigung für Industrie und Kapital nach allen Richtungen schaffen und das Interesse der Allgemeinheit mit jenem der großen kapitalistischen Organisationen und jenem der Privatwirtschaften in volle Uebereinstimmung bringen wird.

Lassen Sie uns im gegenseitigen Vertrauen zur Arbeit schreiten, lassen Sie uns in patriotischer Auffassung unserer höheren gesamtwirtschaftlichen Aufgaben, in gemeinsamer strenger Pflichterfüllung, in objektiver Wahrung der uns anvertrauten privaten Interessen zusammenarbeiten, und lassen Sie mich noch zum Schluß den aufrichtigen Wunsch zum Ausdruck bringen: daß dem Institut auch während meiner Amtswirksamkeit der Erfolg treubleiben möge.

Nach diesen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des neuen Gouverneurs richtete der bisherige Stellvertreter Paul Ritter von Schoeller einige Worte des Dankes an v. Leth, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

31. I. 1917

75

Ein wirtschaftlicher Begutachtungsausschuß neben der Devisenzentrale. Die österreichische und die ungarische Regierung haben die Absicht, neben den Devisenzentralen je einen Begutachtungsausschuß zu gründen, welcher das Ansuchen um die Zuteilung der nötigen Valuta überprüfen und der Devisenzentrale ein Gutachten abgeben soll. Diesen Begutachtungsausschüssen sollen Vertreter des Handels und der Industrie beigezogen werden und die sachmännische Prüfung seitens dieser beiden Ausschüsse soll die Grundlage für die Beschlußfassung der Devisenzentrale über die Bewilligung oder Ablehnung des einzelnen Ansuchens schaffen. Die Errichtung dieser Begutachtungsausschüsse ist bereits in der in Dezember 1916 erlassenen Verordnung über die Regelung des Devisenverkehrs vorgesehen. Ein bestimmter Beschluß über den Zeitpunkt der Errichtung dieser Ausschüsse ist jedoch weder in Oesterreich noch in Ungarn gefaßt. — Von sachmännischer Seite erhalten wir hiezu noch die folgende Darstellung: Vor Jahresfrist er-

folgte die Gründung der Wiener und Budapester Devisenzentralen durch eine freie Vereinbarung der den Auslandszahlungsverkehr hauptsächlich pflegenden Privatbanken und Bankiers mit der Notenbank zum Zwecke der Regelung dieses Verkehrs unter öffentlichen Gesichtspunkten durch Einflusnahme auf die Kundschaft. Als die Regierungen sich in ihren Erwartungen getäuscht sahen, da der Verkehr vielfach unerwünschte Wege eingeschlagen hatte, erfolgte gegen Ende des Vorjahres eine konforme gegenseitige Regelung, die die Durchführung des genannten Zahlungsverkehrs mit dem Auslande gleichgültig ob er in ausländischen oder inländischen Zahlungsmitteln sich vollzieht, den beiden Devisenzentralen übertrug. Da die in denselben tätigen Bankkreise aber nicht alle an sie heranretenden Ansprüche auf ihre unumgängliche Notwendigkeit aus eigener Branchenkenntnis prüfen konnten, ergab sich die Abtugung, Gutachten der Seeresverwaltung und der Branchekreise vor Bewilligung oder Ablehnung einzelner Ansuchen einzuholen. Dies ist offenbar die Veranlassung, den beiden Zentralen je einen Beirat in Wien und Budapest anzugliedern, der ihnen die nötigen Informationen beschaffen soll. An Beiräten leidet zurzeit weder die eine noch die andere Reichshälfte Mangel, doch entspricht ihre Zusammensetzung häufig mehr der guten Absicht der Regierung als den öffentlichen Bedürfnissen, oder denen derjenigen Kreise, zu deren Gunsten sie geschaffen wurden. Das zu erlassende Statut wird dafür Sorge tragen müssen, daß der Beirat in erster Reihe nur eine Vertretung des Gesamtinteresses werde, seine Geschäftsbehandlung aber eine sehr beschleunigte sei und die Zentralen zu diesem Behufe dem Beiräte nur wirklich zweifelhafte Fälle vorlegen, die dann um so rascher beraten werden müssen. Gegenwärtig ist der Bedarf an wirklich nötigen Waren international ein derartiger, daß unsere Importeure, wenn sie nicht eine sehr prompte Erledigung ihrer Anfragen erhalten, gegenüber der Auslandskonkurrenz stets im Nachteil sein werden. Wenn der zu schaffende Beirat seine Aufgabe so auffaßt und die Notenbank dafür sorgt, daß die beiden Zentralen auf Grund der Gutachten ihrer Beiräte in Wien und Budapest gleiche Entscheidungen über vorgelegte Ansuchen treffen, sind diese neuen Organe zur Regelung unseres Zahlungsverkehrs mit dem Auslande mit Befriedigung zu begrüßen.

31. I. 1917

**Requirierung aller ausländischen Wertpapiere
in England.**

Zur Kräftigung der Finanzlage.

London, 26. Januar.

Durch die königliche Verordnung wurde das Schatzamt ermächtigt, alle ausländischen Wertpapiere zu requirieren, um die Finanzlage Englands zu kräftigen. Dadurch wurde der Verkauf und die Verpfändung fremder Wertpapiere an das Schatzamt, die vorher freiwillig waren, obligatorisch gemacht.

31./I. 1917

Die Staatswirtschaft in Oesterreich und in Ungarn.

Oesterreich und Ungarn haben eine getrennte Finanzwirtschaft, aber in der gemeinsamen Gebarung treten sie zu einem Finanzorganismus zusammen. Schon diese teilweise Gemeinsamkeit der Finanzgebarung beider Staaten müßte den Wunsch auch nach einer von einheitlichen, gemeinsamen Gesichtspunkten ausgehenden Betrachtung der Staatswirtschaften Oesterreichs und Ungarns nahelegen. Im Dichte einer solchen einheitlichen Betrachtung wird es ja erst möglich, die Leistungsfähigkeiten jedes der beiden Staaten und ihrer Volkswirtschaft zu erkennen und sie gegeneinander abzuwägen. So ist die Arbeit, der sich Dr. Hans Bazarier in seiner eben erschienenen Schrift: „Oesterreichs und Ungarns Staatswirtschaften“ (Verlag Manz) unterzogen hat, mit Freude zu begrüßen. Bazarier baut darin den Staatsvoranschlag und die Finanzgebarung Oesterreichs und Ungarns auf einheitlichen Grundlagen auf und schafft mit dieser Vergliederung endlich die längst erwünschte Vergleichsmöglichkeit beider Staatswirtschaften. Welch schwierige Arbeit da zu leisten war, das wird vielleicht am klarsten, wenn wir erinnern, daß Oesterreich und Ungarn trotz ihrer vielfach gemeinsamen Finanzgebarung und ihrer so engen Wirtschaftsbeziehungen es bisher zu keiner Statistik gebracht haben, in der die Fragen, die für beide Staaten wechselseitig gleich wichtig sind, wenn sie schon nicht gemeinsam gebart werden, von einheitlichen Gesichtspunkten aus erfaßt und bearbeitet worden wären. Ein Versuch ist auf diesem Gebiete allerdings vor einigen Jahren von der amtlichen Statistik unternommen worden, aber dieser sehr schätzenswerte Beginn eines auf einheitlicher Grundlage aufgebauten statistischen Jahrbuches beider Staaten, in dem auch deren Finanzwirtschaft in ihren allerwichtigsten Teilen behandelt worden war, blieb ohne Nachfolger. So hatte nun auch Bazarier die ganz verschiedenartig angelegten Vorschläge und Rechnungen alsbald in Oesterreichs und Ungarns, zu denen noch jene der gemeinsamen Finanzgebarung kommen, zu durchforschen und auf einheitlicher Grundlage erst neu zu gliedern und in diesen Teilen neu zu gruppieren. Er gliedert hierbei die Staatseinnahmen nicht nach den Verwaltungsressorts, von denen die Einnahmequellen verwaltet und bei denen die Einnahmen verrechnet werden. Dies hätte in den ökonomischen Aufbau der Staatswirtschaft keinen genügenden Einblick gewährt. Der Verfasser hat deshalb nicht das amtliche Ressortsystem, sondern das in der Finanzwissenschaft übliche System gewählt, wobei er zu folgenden Hauptgruppen von Staatseinnahmen: Öffentliche Abgaben, Monopole, Staatsbetriebe, Schatzgebarung und Verwaltungsmaßnahmen, gekommen ist. Wie ungleich Oesterreich und Ungarn bei der Einteilung ihrer Einnahmen vorgehen, dafür bieten die Militärzüge (in Oesterreich bei der Kassenverwaltung, in Ungarn bei den direkten Steuern) und die Fahrkarten- und Transportsteuer (in Oesterreich: Fahrkartensteuer, bei den Gebühren, in Ungarn: Transportsteuer, bei den direkten Steuern) Beispiele. Bei der oben wiedergegebenen Gliederung könnte man allerdings auch wieder fragen, ob gewisse Monopole (so Tabak und Salz) nicht auch als Staatsbetriebe zu bezeichnen wären, so daß bei noch genauerer Fassung eigentlich zwischen monopolistischen und nicht monopolistischen (Staatsbahnen und Bodenseeschifffahrt, da in Oesterreich ja das gemischte System gilt) Staatsbetrieben unterschieden werden könnte. Der Begriff: Schatzgebarung enthält die Anleiheerlöse und die Einnahmen, die keinen auf ein bestimmtes Ressort beschränkten Charakter haben (Zintereseinnahmen), Einnahmen, die in Oesterreich in die „Kassenverwaltung“ fallen, in Ungarn aber überhaupt nicht einheitlich bezeichnet sind.

Auch die Staatsausgaben konnten nicht ressortmäßig, wie dies in den Budgets und Rechnungsabschlüssen geschieht, gegliedert werden, sondern sie sind nach dem in der Verwaltungslehre üblichen System angeordnet: Ausgaben zur Beschaffung der Einnahmen, Verpflichtungen und Verwaltungsaufwand. Die Ausgaben zur Beschaffung der Einnahmen sind bei den Monopolen und Betrieben alle Betriebsausgaben einschließlich der Investitionen und bei den öffentlichen Abgaben der sogenannte besondere unmittelbar mit der Beschaffung der öffentlichen Abgaben zusammenhängende Aufwand. Die „Verpflichtungen“, die auf Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen, umfassen die Ausgaben für den Staatsschuldendienst und für die Pensionen. Alle übrigen Staatsausgaben zusammen bilden die dritte Hauptgruppe: Verwaltungsaufwand, und zwar Ausgaben für: die höchsten Staatsorgane, für Außenschutz und für Innenverwaltung.

Einen sprechenden Beleg für die Wichtigkeit des Versuches, die Staatswirtschaft beider Länder und Bosnien-Herzegowina von einheitlichem Gesichtspunkte aus zu betrachten, bilden die Mitteilungen Bazariers über die Gliederung der Staatsschuld in Oesterreich und Ungarn, ferner seine Angaben über den Staatsbahnbetrieb in beiden Staaten, über die weitgehende Verschiedenheit in der Aufstellung der Betriebsrechnung. Eine Verschiedenheit, die erst gewürdigt werden muß, bevor man unternimmt, die Ergebnisse des staatlichen Bahnbetriebes in Oesterreich mit jenen des Betriebes der ungarischen Staatsbahnen zu vergleichen.

Stellt man nun, wie Bazarier das zum Schlusse seiner überaus wertvollen Arbeit tut, die prozentuellen Anteile der verschiedenen Einnahme- und Ausgabegruppen in Oesterreich und Ungarn nebeneinander, so zeigt sich eine wirklich große Abweichung bei den Einnahmen eigentlich nur bei der Gruppe: „Schatzgebarung“ (Oesterreich 12,84 Prozent aller Einnahmen Oesterreichs, Ungarn aber 21,08 Prozent aller Einnahmen Ungarns). Eine Verschiedenheit, die aber wohl schon daraus zu erklären ist, daß diese Untersuchung, die eben nur ein Verwaltungsjahr (1913) herausgreift, im Berichtsjahre in Ungarn größere Anleiheerlöse zu verzeichnen hatte.

In den übrigen Einnahmegruppen stimmen die Anteilsprozente in großen und ganzen überein. Ebenso bei den Ausgaben in den Gruppen: Einnahmenschaffung und Schuldendienst. Dagegen entfallen in Oesterreich auf die Innenverwaltung nur 19,23 Prozent aller Ausgaben Oesterreichs, in Ungarn 28,64 Prozent der Ausgaben Ungarns, auf den Außenschutz in Oesterreich 22,23 Prozent, in Ungarn 17,84 Prozent und auf den Aufwand für die höchsten Staatsorgane in Oesterreich 0,57 Prozent, in Ungarn 0,06 Prozent. Schon diese Anteilzahlen ermöglichen interessante Schlussfolgerungen, und so kann man nur wünschen, daß Bazarier diese Anteilsberechnungen bei einer etwaigen Ausdehnung seiner Arbeit auf eine längere, zu Durchschnittszahlen berechtigende Jahresreihe auch auf die Untergruppen der von ihm gebildeten Einnahmen- und Ausgaben-Hauptgruppen ausdehne. Die Darlegungen Bazariers gewähren übrigens auch schon in der jetzt vorliegenden Arbeit in ihrer Fülle von vergleichenden Hinweisen und Zahlenangaben reichen Einblick in die Staatswirtschaft Oesterreichs, Ungarns und der Reichslande.

31. I. 1917

(Die Probleme der Uebergangswirtschaft.)
Unter diesem Titel hielt der Wiener volkswirtschaftliche Schriftsteller Dr. Gustav Stolper heute Abends im Lloydsaale einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag, in welchem er unter Anderem ausführte: Die erwähnten Probleme dieses Stadiums der Produktion drehen sich um die Kriegskostenbedeckung und um die Frage der Rohstoffversorgung, wobei auch die Valutaregelung Aktualität gewinnt. Bei einer Dauer des Krieges bis zum Juni l. J. betragen die Kriegskosten Oesterreich-Ungarns über 60 Milliarden Kronen. Das Friedensbudget beider Staaten wird als Zinsendienst nach diesen Kosten rund vier Milliarden Kronen einzustellen haben, ferner zumindest $1\frac{1}{2}$ Milliarden für Kriegsinvaliden-, Kriegswitwen- und Kriegswaisenfürsorge. Angenommen, daß das Plus der normalen Staatshaushaltungskosten bloß eine $\frac{1}{2}$ Milliarde betragen wird, hat man mit einer Last von 6 Milliarden über das Friedensbudget zu rechnen. 1913 haben die Einkünfte der Monarchie an Steuern, Zöllen, aus Monopolen und anderen Einnahmsquellen sich auf 2.4 Milliarden belaufen. Man muß also zur Bilanzierung des Budgets eine fast dreifache Erhöhung der Staatseinnahmen vornehmen. Ein neuer Finanzplan Oesterreich-Ungarns hat vor Allem eine Umschaltung der Staatsschulden in reale Privatschulden vorzusehen. Mit einer fiskalischen Maßnahme allein: Erhöhung der Steuern, Schaffung neuer Monopole, von denen eines für Getreide zu erwarten ist, und der sonstigen Einnahmsquellen, ist nicht gedient. Letzten Endes würden unsere Produkte einen so hohen Preis haben, daß nicht nur eine Ausfuhr unmöglich wäre, sondern daß auch der Innenkonsum trotz aller Einfuhrzölle den Auslandsprodukten sich zuwenden würde. In Anbetracht des Umstandes, daß unsere Zahlungsbilanz bereits im Frieden passiv war und daß ein Theil unserer Staatsschulden im Auslande untergebracht ist, kann man es sich kaum vorstellen, welche arge Wirkung dieser Umstand verursachen würde. Wirtschaftlich muß daher in Oesterreich-Ungarn ein Neuaufbau der Wirtschaft im Zeichen der Mehrproduktion erfolgen. Das Problem der industriellen Mehrproduktion hängt von der Versorgung mit Rohstoffen und dem richtigen Uebergang der Kriegsindustrie in die Friedensindustrie ab. Die künstliche Züchtigung von Industrien ist zu vermeiden, die Industrien, denen in der Monarchie die günstigsten Bedingungen gegeben sind, haben sich auf die Massenproduktion einzurichten. Im Allgemeinen muß das Prinzip: ein Minimum der Rohstoffeinfuhr und ein Maximum der Waarenausfuhr, gelten. Auch die Landwirtschaft hat das Höchste an Produktionsfähigkeit zu leisten. Die Durchführung dieser Gesichtspunkte kann nur bei Aufrechterhaltung der staatlichen Regelung der Industriezentralen während der Uebergangszeit und ihre Ausdehnung auch auf die Landwirtschaft erzielt werden. Die gesammte Wirtschaft hat in den Dienst staatswirtschaftlicher Zwecke organisiert zu werden.

Bankokratie.

Unter der Aufschrift „Die Grundbesitzpolitik der Banken und die Bistümer“ erschien Ende der vorigen Woche im Budapester Leibjournal des ungarischen Hochklerus ein längerer Aufsatz, worin sich Kardinal-Fürstprimas Dr. Johann Csernoch — in Form einer Unterredung mit dem Berichterstatter des Blattes — über das künftige Verhältnis des bankmäßig organisierten Großkapitals zu dem gebundenen Latifundiumbesitz in Ungarn äußert. Den Anlaß zu diesem aufsehenerregenden Interview bot dem Blatte das Flüggewerden verschiedener Gerüchte, die nicht weniger besagten, als daß sich eine besonders kapitalsträchtige ungarische Bankgruppe für den Kreditbedarf unserer Kirchenfürsten interessiert und ihnen zur Vornahme von Investitionen, die eine Hebung des Ertrages der betreffenden Teile unseres vaterländischen gebundenen Grundbesitzes bezwecken, die nötigen Kapitalien zur Verfügung stellen will.

Daß diese Gerüchte den denkfähigen Teil der Bevölkerung Ungarns zu beunruhigen geneigt waren, darf niemand wundern. Wir leben in einer Zeit der ausgelegten Bankokratie. Fast jeder Bissen, den wir zu Munde führen, jedes Kleidungsstück und jeder sonstige Bedarfsartikel, das oder den wir uns einschaffen, stammt von irgend-einer Aktiengesellschaft, deren Zentrale in Budapest waltet und hinter der eine oder die andere unserer Bankgruppen ihr einträgliches Monopol

ausübt. Vor dem Krieg kannte das große Publikum nur das preisdictierende und alles tyrannisierende Treiben der Juderzentrale. Seit Herbst 1914 haben diese „volkswirtschaftlichen“ Knebelorganisationen dermaßen Schule gemacht und an Herrschaftszugewonnen, daß sich auch unsere löbliche Regierung eine Regelung des Verkehrs von Nahrungsmitteln und sonstigen Massenartikeln anders, als durch Errichtung von bankmäßig organisierten Zentralen nicht mehr vorzustellen imstande ist. Selbstverständlich fungieren solche Zentralen, die ihr Dasein der Weisheit und Gnade unserer Regierung zu verdanken haben, ausnahmslos auf „altruistischer“ Grundlage. Das heißt, sie dürfen sich auf Kosten ihrer Abnehmer nicht bereichern, sondern müssen sich mit einem gutbürgerlichen Nutzen ihres Millionengeschäftes begnügen. Diese Art der Bankorganisation haben wir unserem deutschen Bundesgenossen abgekauft. Es ist aber nur ein ganz oberflächlicher Abklatsch der dortigen Einführungen. Die papiernen Formen werden kopiert, das Wesen des gesunden Inhaltes wird durch schlampete Durchführung forumpiert. Wer jemals mit einer ungarischen Zentrale für Lebensmittel oder sonstige Massenbedarfsartikel zu tun gehabt und das Treiben derartiger Unwohlfahrtanstalten zu beobachten Gelegenheit hatte, weiß manch aufregend Lied zu singen von der verbudapesteten Wirtschaft, so da von geschäftstüchtigen, militärbefreiten Jüngeln zum Schaden der ausgewucherten Massenlandschaft ausgeübt wird.

Die Privatbanken haben wieder ihre eigenen Zentralen und ziehen dem p. t. Publikum jenen Rest ihrer Haut, den es bei den verstaatlichten Monopolstaaten noch nicht zu Markt getragen hat, mehr oder minder schmerzlos über die geduldigen Ohren.

wenn ein Bischof zur Besserwertung „seines“ Grund und Bodens Kapital braucht, so findet er Rat und Hilfe bei den Beherrschern des vaterländischen Geldmarktes. Daß nach dem Kriege neue Erwerbsquellen geschaffen werden, ist ein patriotisches Bedürfnis ersten Ranges und weil ein großer Teil des Grundbesitzes der „toten Hand“ nicht gehörig ausgenützt ist, so findet sich die Bankokratie gern bereit, auch noch dieses Opfer zu bringen. Mehr als anderthalb Millionen Katastraljoch geistlichen Besitzes ist in Ungarn nicht gehörig ausgenützt. Das muß anders werden. Bischöfe, Domkapitel und Mönchsorden einerseits, die Großbanken und das ganze liebe Vaterland andererseits haben ein gemeinsames Interesse daran, daß da Wandel geschaffen werde. Selbstverständlich sollen die Eigentumsrechte und die Entschliebungsfreiheit der Kirchenfürsten durch besagte bankmäßige Kreditgewährung keine Einbuße erleiden. (?)

Soweit der skizzenhaft wiedergegebene Inhalt des erzbischöflichen Interviews. Bisher wurden die Kirchengüter von jüdischen Rächtern bewirtschaftet; in Zukunft soll auch das Kirchenvermögen selbst den jüdischen Großbanken tributpflichtig werden. Das ist der große Unterschied zwischen Heute und Moran. Und wer da noch immer Zweifel hegte, daß sich Hochklerus und Judenmacht nur zum Schein schlagen, in Wahrheit aber herrlich vertragen, der mag durch die traurigen Wahrheiten des jüngsten Csernoch-Ullmann-Interviews gründlich eines besseren belehrt werden. Die Bankokratie ist in Ekstase hoffähig geworden. Sie wird einen heroischen Anstrich erhalten. Und davon mag sich die geduldige Masse der denkfaulen Opfer des bisherigen Systems den langersehnten Umschwung der Landespolitik in volksfreundlicher Richtung erhoffen. Nach dem schon erfolgten Thronwechsel und nach dem zu gewärtigenden Kriegsende ist das wahrlich ein wenig verlockendes Zukunftsbild unserer wirtschaftlichen Verhältnisse.

1. II. 1917

Die Gründung der Ottomanischen Nationalkreditbank.] Die angekündigte Gründung der Ottomanischen Nationalkreditbank ist, wie man uns aus Konstantinopel telegraphiert, soeben vollzogen worden. Diese Neugründung wird einen bedeutenden Einfluß auf die künftige finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung der Türkei haben. Die Ottomanische Nationalkreditbank wurde über Anregung des Herrn Viktor Weil geschaffen, der bis vor einigen Monaten an der Spitze der Banque Internationale in Brüssel gestanden ist, welche mit Hilfe deutschen und österreichischen Kapitals unter Mitwirkung österreichischer Bankinstitute gegründet wurde und durch die Erfahrung, die Tüchtigkeit und die großen internationalen Verbindungen ihres Leiters Weil eine bedeutende Rolle in der belgischen und auch in der französischen Finanzwelt spielen konnte. Für die erste Zeit, da das Privilegium der französischen und englischen Einfluß unterworfenen Ottomanbank noch fortdauert, wird das Institut in erster Linie der inneren Entwicklung des türkischen Reiches zu dienen haben, aber nach Ablauf des Privilegiums wird die neue Bank die Rolle der alten Ottomanbank spielen, vor allem mit der Ausgabe der Banknoten betraut werden und eine Staatsbank sein. Zunächst wird die neue Bank das Kreditwesen in der Türkei zu regeln haben, ferner wird sie sich der Förderung der industriellen Entwicklung widmen und ihre Kapitalien der Erschließung der reichen Naturschätze der Türkei zur Verfügung stellen. Unter anderem wird sich das Institut für die Ausbeutung der reichen Kupfermine von Arghana im Wilajet Diarbekir interessieren und die Kontrolle über die zu gründende Minengesellschaft haben. Die Osmanische Nationalkreditbank ist mit einem Kapital von vier Millionen Pfund ins Leben gerufen worden. Es werden 400.000 Aktien zur Subskription aufgelegt, welche nur von ottomanischen Staatsangehörigen gezeichnet und übernommen werden können. Damit soll der streng nationale Charakter der Bank gekennzeichnet werden; aber das auswärtige Kapital soll von der Mitwirkung nicht ganz ausgeschlossen sein. Es wird vorausgesehen, daß das letztere zu neuen Spezial- und technischen Unternehmungen herangezogen werden wird, welche unter der Leitung der Ottomanischen Kreditbank geschaffen werden sollen. Dieselbe wird die Vermittlerrolle bei der Beschaffung des für diese Unternehmungen notwendigen Kapitals im verbündeten und im neutralen Ausland übernehmen. Generaldirektor Weil wurde vom Sultan in Audienz empfangen, um dem türkischen Großherrscher die Bestätigung über die von ihm gezeichneten Aktien persönlich zu überreichen. Präsident der Nationalbank ist der ehemalige Finanzminister Dschawid Bey. Der Verwaltungsrat besteht aus fünf Mitgliedern, welche ausschließlich türkische Staatsangehörige sein müssen. Der neue Generaldirektor Viktor Weil ist ein Oesterreicher, welcher seine Lehrjahre im Wiener Bankhause Thorsch durchgemacht hat, dann nach Rußland kam und während des letzten Dezenniums die Banque Internationale in Brüssel leitete. Vor einigen Monaten hat Direktor Weil noch die Fusionierung der Banque Internationale mit der Banque de Bruxelles durchgeführt.

3. II. 1917

Die Kriegskosten Oesterreichs bis Ende Juni 1916.

Wien, 2. Februar.

Durch den Mittwoch veröffentlichten Bericht der Staatsschulden-Kontrollkommission sind die Kosten der Kriegsführung Oesterreichs während einer fast zweijährigen Periode bekannt geworden. Die Staatsschulden-Kontrollkommission hatte bekanntlich eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden, ehe sie in die Lage kam, die verdienstliche Aufgabe zu erfüllen, den Stand der Kriegskosten weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Heute kennt man den Umfang der Kriegsausgaben bis Ende Juni 1916, und ihre Bedeutung für die künftige Friedenswirtschaft ergibt sich daraus, daß 10,9 Milliarden von nicht fundierten Kriegsschulden zu begleichen sein werden, während der Riesenbeitrag von 13,6 Milliarden durch Anleihen bedeckt ist. Unter Einschuß der letzten stellen sich die gesamten Kriegsschulden Oesterreichs auf 24 Milliarden oder nicht ganz eine Milliarde im Monat.

Außerlich soll eine Aenderung in der Nomenclatur erwähnt werden, indem nicht mehr wie bisher von der „allgemeinen Staatsschuld und von der Staatsschuld der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“, sondern von der „österreichischen Staatsschuld aus der Zeit vor dem Jahre 1867 und jener aus der Zeit nach dem Jahre 1867“ gesprochen wird. Diese Neuerung hängt mit der im Jahre 1916 erfolgten Aenderung des Namens der österreichischen Länder zusammen, da für diese der Gesamttitel Oesterreich festgesetzt worden ist.

Die sogenannte ungarische Blockrente, das ist jener Betrag der allgemeinen Staatsschuld, der seinerzeit aus der Konversion ausgeschieden wurde und auf dem ungarischen Jahresbeitrag zu den Zinsen in der Höhe von 59 Millionen Kronen beruht, ist aus der Aufstellung der österreichischen Staatsschuld ausgeschieden. Bisher war die ungarische Blockrente unter der allgemeinen Staatsschuld enthalten. Diesmal ist sie gar nicht aufgenommen, sondern nur in einer Anmerkung als ungarische Blockrente mit dem Betrage von 1405,7 Millionen Kronen angeführt, offenbar weil die Staatsschuldenkontrollkommission der Ansicht ist, daß diese Blockrente keine österreichische Staatsschuld mehr darstellt.

Der Bericht der Staatsschulden-Kontrollkommission liegt, wie erwähnt, bis zum 30. Juni 1916 vor und es können somit die Geldbeschaffungen für den Krieg für eine Periode, welche nahezu zwei Jahre umfaßt, ziffermäßig übersehen werden. Die Nachweisung über die Kriegskosten gilt bloß für Oesterreich; in Ungarn sind keine derartigen Ziffern veröffentlicht worden und dort ist offiziell nur der Kriegsaufwand in den Detailziffern bekanntgegeben worden, soweit er durch fundierte Kriegsanleihen gedeckt worden ist. Einen ziffermäßigen Anhaltspunkt hat eine Rede des ungarischen Finanzministers im Abgeordnetenhaus zu Anfang Dezember geboten, doch hatte dieselbe keine definitiven Schlussergebnisse enthalten.

Die gesamten Kriegsschulden, welche zur Deckung der Kriegskosten aufgenommen worden sind, betragen 24,56

Milliarden Kronen. Die Staatsschulden-Kontrollkommission veröffentlicht ihre Nachweisungen in halbjährigen Aufstellungen. Bisher liegen vier solche Mitteilungen vor. In der Zeit vom zweiten Semester 1914 bis zum Ende des ersten Semesters 1916 haben sich die Kriegsschulden Oesterreichs in folgender Weise entwickelt:

	Millionen Kronen
Erstes Semester 1914 (Krieg von Anfang August)	5044,7
Erstes Semester 1915	4454,0
Zweites Semester 1915	4641,2
Erstes Semester 1916	10412,6
Gesamte Kriegsschulden	24552,5

Aus dieser Aufstellung ist ersichtlich, daß sich die Kriegsschulden steigend entwickelt und im Jahre 1916 viel rascher zugenommen haben. Der Krieg umfaßte im Jahre 1914 die letzten fünf Monate, da er ungefähr zu Ende Juli begann. In dieser Zeit berechnet sich der monatliche Aufwand mit 1009 Millionen Kronen, da die ersten Kosten der Mobilisierung relativ am größten waren. Im ersten Semester des Jahres 1915 stellte sich durchschnittlich der monatliche Kriegsaufwand, beziehungsweise die Kriegsschuldung, auf 742 Millionen Kronen. Im zweiten Quartal des Jahres 1915 erhöhten sich die auf jeden Monat entfallenden Kriegsschulden, welche den Kriegsbedarf darstellen, auf 773 Millionen Kronen. Im ersten Quartal des Jahres 1916 betrug der Durchschnitt der Kriegsschulden auf den einzelnen Monat gerechnet 1735 Millionen Kronen.

Von den Kriegsschulden, deren Höhe 24,56 Milliarden Kronen ausmacht, sind 13,6 Milliarden Kronen oder 55 Prozent durch Kriegsanleihen fundiert. Durch Vorschüsse bei der Notenbank wurden 6,4 Milliarden Kronen aufgebracht. Bei den Banken des Oesterreicher-Konfortiums wurden 3,2 Milliarden Kronen im Wege eines Kontokorrentvorschusses beschafft. Endlich wurden als Salutaanleihen in Deutschland 1264 Millionen Kronen durch Belegung von Schatzwechseln erzielt. Bei der Notenbank wurden im ersten Semester 1916 rund 2,5 Milliarden Kronen aufgenommen. Mit der Bank wurde, als die Vorschüsse stark stiegen, ein Übereinkommen getroffen, nach welchem diese Vorschüsse nur mehr mit einem halben Prozent zu verzinsen sind, während bis dahin eine Verzinsung von einem Prozent geleistet worden war. Die Zinsen der gesamten Kriegsschulden stellten sich auf 1027 Millionen Kronen oder nicht ganz 4,2 Prozent des Kapitals.

Die Glücksfinder des Kriegselends.

Während furchtbare Entscheidungen heranreifen, während unzählbare Massen in vereisten Gräben zu Lande und auf eisstarrenden Fahrzeugen zur See den Endkampf ringen, vernimmt man, daß die Börsen neutraler Länder die Ankündigung des Tauchbootkrieges mit wilder Spekulation beantwortet haben. Aktien von Schiffsahrtsgesellschaften, deren Kurse durch zweiundeinhalb Kriegsjahre eine schwindelnde Höhe erklimmen hatten, Rüstungspapiere und andere Werte, die durch den neuerlichen Kriegsruf der Entente wie vom Wirbelsturm emporgetragen worden waren, stürzten jählings herab und wie immer bemächtigte sich das Börsenkapital der Erschütterung, um auch den Absturz auszuheulen wie den Aufstieg. Es gibt nichts, dessen sich das Kapital nicht bemächtigen würde. Es hat die seltene Gabe, Glück und Unglück in gleicher Weise auszumünzen, in gleicher Weise sich zu berauschen an Schaumwein wie an Tränen. Unverwundlich ist es und gedeiht im Unheil nicht weniger als im Segen!

Vieles Staunenswerte hat der Krieg gebracht, wahre Wunder der Tapferkeit, des Opfermuts, Wunder der Arbeitskraft und der Organisationsgabe, Wunder der Wissenschaft und der Technik und der Volkswirtschaft. Noch haben wir zu staunen nicht aufgehört, noch nicht all das Neue im Geiste verarbeitet.

Man hat nun über fünfundsiebenzig Monate über den Kriegswucher geklagt, geifert, gekämpft, und er war immer da und lehrte wieder, und für jedes abgeschlagene Haupt wuchsen ihm hundert neue Häupter nach — was also tun? Aller Augen schauen nun aus nach der letzten Entscheidung und sehen ringsherum nichts mehr! Schwindet nur endlich der Nährboden, so verfallen auch seine Wucherungen!

Reider täuscht diese fromme Vermutung...

Der Untere Krieg und die Neutralen.

Berlin, 3. Februar. Das Reichliche Büro meldet vom Abend: In der S o m e und an der S a g e t t e r l i n g s t a r t e s G e n e r .

343.516 — 124.665 — 98.146. Hier hebt das Vergleich jeden Vergleich auf. Besonders eindringlich wird jedoch das Bild überragender Größe, sobald wir mit Friedrich in seiner „Geographie des Welthandels“ die Nettoregistertonnen des gesamten Segler- und Dampferbestandes eines Staates in Vergleich zu dessen Flächenraum stellen. Großbritannien hatte 1909 11,522.000 Nettoregistertonnen seiner Segler- und Dampferflotte und daher entfielen 31,7 auf einen Quadratkilometer. Deutschland hatte bei 2,805.000 Nettoregistertonnen nur 5,2 auf den Quadratkilometer. Auf Frankreich entfallen in gleicher Weise nur 2,7, auf Rußland 0,14, auf die Vereinigten Staaten 0,48. Aber diese Zahlen der Größe sind zugleich Zahlenausdrücke der Abhängigkeit. Sie sagen, daß die Unterbindung des Seehandels für Großbritannien gleichbedeutend wäre mit finanzieller und staatlicher Vernichtung.

So ungeheuer indes noch immer die Überlegenheit der englischen Handelsmarine vor dem Kriege war, so darf man doch nicht übersehen, daß die in der Natur oder in der wirtschaftlichen Entwicklungsstufe begründeten Vorzüge, die einst den britischen Vorsprung als uneinholbar erscheinen ließen, heute nicht mehr gelten. Die Lage der englischen Westhäfen um einige hundert Kilometer näher zu Amerika hin bedeutete im Vergleich zu den deutschen Nordseehäfen einen gewaltigen Vorsprung, solange das Segel bedächtig Menschen und Lasten trieb, bedeutete noch viel in den Anfangszeiten der Dampferreisen. Die „Savannah“, der erste Dampfer, welcher 1819 den Atlantischen Ozean durchquerte, brauchte von Savannah nach Liverpool 840 Stunden, 1840 wurde dieselbe Strecke in 600 Stunden zurückgelegt, im Jahre 1909 in 105 1/2 Stunden. Die bei den raschen, unzähligen Umschlägen in einem Jahre abenteuerliche Gewinne geben. So hat unser Land — wenigstens wird es behauptet — durch den Krieg Amerika einen ausschließenden Vorzug geraubt, so haben wir nun auch Milliarden! Und so haben wir auch, wie die Einkommensteuerstatistik ja bald verraten wird, eine recht ansehnliche Zahl von Millionären. In der einen oder anderen Fabrikstadt der Provinz zählt man ihrer nicht selten ein bis zwei Duzend auf, ohne übrigens Verbürgtes zu wissen. Denn in dem durchsichtigen Rahmen der kleinen Stadt zügelt der Kriegsgewinner geraume Zeit die faustischen Triebe, gehabt sich zunächst bescheiden, sorgt sich ängstlich, wie er seine Rechnung mit dem Himmel und dem Steuerbeamten machen wird, und vertröstet das glückseligende Gemüt auf die Zeit zwei, drei Jahre nach dem Kriege, wo das Gefühl des Besitzes durch die Gewißheit der Sicherheit

Eintritt jeder Wählerliste in Betracht gezogen habe und auf dem Wertung des Reichstanzlers, daß Deutschland alle der militärischen Zerradung. Die aber außerhalb der Stimmen der Speise erstreckt, liegt aber die Einflüsse und Entscheidungen gegeneinander kämpfen, und beidseitigen Sperrenabregeln getroffenen Staaten dieser am unummittelbarsten von den englischen anstehende Galtung ein. Wie in den einzelnen die staatsrechtlichen Staaten zunächst eine abzunehmene; offenbar nehmen England und sein, den günstigsten Fall sofort als den sichersten Dienste Englands. Man darf nicht so bereitwillig die staatsrechtliche Schiffahrt stand zum großen Teil im make gemacht, denn sowohl die holländische als auch eine D a r e , so wäre der Erfolg in dem meisteilen Zus-

6. II. 1917

Fusion zwischen der Ungarischen Agrarbank und der Ungarischen Parzellierungsbank.

Wien, 6. Februar.

Zwischen der Ungarischen Agrar- und Rentenbank und der Ungarischen Ansiedlungs- und Parzellierungsbank schweben Verhandlungen wegen Vereinigung der beiden Institute. Die Ansiedlungs- und Parzellierungsbank soll von der Ungarischen Agrar- und Rentenbank in der Art übernommen werden, daß für eine Aktie der Ansiedlungs- und Parzellierungsbank, die auf 200 K. Nominale lautet, eine Aktie der Ungarischen Agrarbank, die auf 400 K. lautet, gegeben wird. Die Bewertung der beiden Aktien im freien Verkehr ist ungefähr die gleiche. Das Aktienkapital der Ungarischen Agrarbank, das 32 Millionen Kronen beträgt, würde um 16 Millionen Kronen auf 48 Millionen Kronen erhöht werden. Generaldirektor Dr. Eber von der Parzellierungsbank soll, wenn die Verhandlungen zum Abschluß führen, zum Generaldirektor der Ungarischen Agrarbank ernannt werden. Beide Banken standen schon seit Jahren in reger Geschäftsverbindung und gehörten dem Konzern der Ungarischen Hypothekenbank an, die auch in beiden Verwaltungen vertreten ist. Die Ungarische Agrarbank hat vorwiegend Finanzierungen von Eisenbahrentenobligationen und Emission von Rentenscheinen und Weinbauobligationen gepflegt. Die Ansiedlungs- und Parzellierungsbank hat durch Pachtungen größerer Besitzungen, Parzellierung von Gütern auf eigene Rechnung und in Kommission sowie der Finanzierung von Parzellierungen und Investitionen eine größere Tätigkeit entwickelt. Die Ungarische Agrarbank hat einen Umlauf von Pfandbriefen und sonstigen Titres in der Höhe von 135 Millionen Kronen. Die Parzellierungsbank hat nach der letzten Bilanz Darlehen von 35 Millionen Kronen gewährt.

Die wirtschaftlichen Folgen des Abbruchs der deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten bringt für den vom Kriege oder, richtiger gesagt, durch die völkerrechtswidrige Kriegsführung Englands lahmgelagerten Verkehr zwischen beiden Ländern keinerlei Aenderung mit sich. Der in lebhafter Entwicklung begriffene Handel Deutschlands mit Amerika, der in Ein- und Ausfuhr des letzten Friedensjahres den Wert von einer halben Milliarde Dollar überstieg, kam mit Kriegsausbruch fast zum völligen Stillstande. Welcher großer Warenverkehr durch den Krieg unterbunden wurde, erhellt ebenso aus den Ziffern für die amerikanische Ausfuhr nach Deutschland, die im Jahre 1913 Baumwolle für 461 Millionen Mark, Kupfer für 294 Millionen Mark, Weizen für 165 Millionen Mark, Schmalz für 112 Millionen Mark, Felle für 66 Millionen Mark, Petroleum für 53 Millionen Mark usw. umfaßte, wie aus den Daten, betreffend die deutsche Ausfuhr nach Amerika, die im Jahre 1913 als wichtigste Posten Chlorbali für 37 Millionen Mark, Spielzeug für 33, Teerfarben für 28 und Abrammisalz für 23 Millionen Mark in sich schloß. Im Jahre 1915 wies die amerikanische Handelsstatistik noch einen Import aus Deutschland in der Höhe von 40,2 Millionen Dollar aus gegen 159 Millionen Dollar im Jahre 1914, während Daten für einen amerikanischen Export nach Deutschland nicht vorliegen. Der indirekte Verkehr zwischen beiden Ländern ist infolge der englischen, auf die neutralen Staaten ausgedehnten Blockade- und Kontrollmaßnahmen im Jahre 1916 so ziemlich ganz lahmgelagert worden, und es waren nur die beiden hünen Fahrten der „Deutschland“, die einen auf deutsche Farbstoffe und Chemikalien sowie auf Kautschuk, Nickel, Kupfer und Vanadium aus Amerika beschränkten Warenaustausch zwischen den beiden Ländern vermittelte. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen setzt wohl auch dem deutsch-amerikanischen Waren- und Postverkehr durch Handelstauchboote ein Ende.

Für die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs zwischen den beiden Ländern nach Friedensschluß sind seit längerer Zeit umfassende Vorbereitungen im Gange. Nach englischen Meldungen erreichten die deutschen Ankäufe von Waren in Amerika, die sechzig Tage nach Friedensschluß zu liefern wären, bereits Ende 1915 einen Wert von rund 100 Millionen Dollar, wobei es sich vornehmlich um Baumwolle, Schafwolle, Kupfer, Getreide und landwirtschaftliche Maschinen handelte. Diese Warenmengen sollen sich in

Lagerhäusern jener Häfen befinden, in welchen deutsche Handelsschiffe liegen, die in Amerika vom Kriegsausbruch überrascht wurden.

Der europäische Krieg hat den Vereinigten Staaten von Amerika eine Konjunktur beschert, wie sie die Geschichte der Volkswirtschaft bisher nicht gekannt hat. Hatte schon das Jahr 1915 der Union riesige Gewinne gebracht, so wurde das Konjunkturergebnis des ersten Kriegsjahres vom zweiten vollkommen in den Schatten gestellt. Das Wirtschaftsjahr 1916 ist von amerikanischen Zeitungen als „Superlativ Year“ bezeichnet worden. Mit den schon an und für sich glänzenden Resultaten des Jahres 1915 verglichen, hat der amerikanische Binnenhandel im Jahre 1916 eine Steigerung um 40 Prozent, die Einfuhr eine solche von 33, die Ausfuhr eine neuerliche Zunahme um 54 Prozent erfahren. Der Außenhandel der Union ist von 5,3 auf 7,8 Milliarden Dollar gestiegen und das riesige Aktivum der amerikanischen Handelsbilanz von 1768 Millionen Dollar im Jahre 1915 ist im letzten Jahre auf die phantastische Ziffer von 3097 Millionen Dollar gestiegen. Der Krieg hat sonach den Vereinigten Staaten bisher einen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr in der Höhe von fast 5 Milliarden Dollar gebracht. In den letzten zwei Jahren sind 800 Millionen Dollar Gold nach Amerika geflossen und die Union war in der Lage, für 2200 Millionen Dollar amerikanische Effekten zurückzukaufen und ungefähr in gleicher Höhe Anleihen, die zum allergrößten Teil auf die Ententeländer entfallen, dem Ausland zu gewähren. Und zum erstenmal war Amerika in

der Lage, Frachthotten des Auslandes nicht zu seinen Lasten, sondern zu seinen Gunsten zu buchen. Der amerikanische Schiffbau hat während des Krieges den englischen überlügelt, und die Frachtvergütungen, die die Union aus dem Seetransport unter amerikanischer Flagge aus dem Ausland erhielt, lieferten nach amerikanischer Schätzung bereits in Bilanzaktivum von 10 Millionen Dollar. Noch deutlicher zeigt sich die Intensität der Kriegskonjunktur in der Steigerung der amerikanischen Eisenproduktion, die sich im Jahre 1916 um 32 Prozent hob, und in den Dividenden der Industriegesellschaften, deren Gewinne von 157 Millionen Dollar im Jahre 1915 auf 378 Millionen Dollar im Jahre 1916 gestiegen sind.

Der verschärfte Tauchbootkrieg, der nunmehr, ungehemmt von diplomatischen Rücksichten, seinen Lauf nimmt, droht dem Milliardenumsatz des amerikanischen Kriegsgeschäftes ein jähes Ende zu bereiten. Die Newyorker Börse wurde infolge der Ankündigung des verschärften Tauchbootkrieges von einem Kurssturz heimgesucht. Das amerikanische Kapital war wohl weniger besorgt um die Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Deutschland, als um die Fortdauer der „superlativen“ Kriegskonjunktur, die mit der Verschärfung des Tauchbootkrieges ihren Abschluß findet.

Hat man sich schon bisher der Ansicht nicht gut verschließen können, daß ein gewisser Zusammenhang zwischen der amerikanischen Neutralitätsauffassung und amerikanischen Geschäftsinteressen besteht, so scheint der jüngste Schritt der Vereinigten Staaten gegen Deutschland kaum geeignet, dieser Meinung den Boden zu entziehen. Den schroffen Völkerrechtsverletzungen durch England und seine Verbündeten gegenüber hat die amerikanische Bundesregierung stets nur schwächliche Proteste gefunden, deren Ablehnung verbindlichst quittiert wurde. Amerika ließ sich ruhig die Beschlagnahme und aufmerksamste Kontrolle seiner Post durch England gefallen und dies nicht bloß zum Nachteil der amerikanischen, sondern auch zum merklichen Vorteil der englischen Geschäftswelt. Den englischen Schwarzen Listen gegenüber, die dem amerikanischen Kaufmann kategorisch vorschreiben, mit welchen Firmen im neutralen Ausland er Handel treiben dürfe und mit welchen nicht, hat der Kongreß den Präsidenten wohl zu Repressivmaßnahmen ermächtigt, aber Präsident Wilson hat hievon keinen Gebrauch gemacht. Er fand es wohl mit der Würde des Amerikaners vereinbar, sich der englischen Handelsdiktatur zu unterwerfen, aber das Recht des Amerikaners, nach England, jetzt der beste Kunde der Vereinigten Staaten, zu reisen, sollte nicht einmal durch eine amtliche Warnung vor der flagranten Kriegsgefahr verkümmert werden dürfen. Die völkerrechtswidrige Blockade der Mittelmächte jedoch, die Aufhebung der Londoner und Pariser Seerechtsdeklarationen durch England und seine Alliierten sind in Amerika einfach hingenommen worden.

Dann der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland in dem seit Kriegsausbruch ohnehin völlig unterbrochenen Verkehr zwischen beiden Ländern keinerlei Aenderung nach sich ziehen, so kann eine solche im Sinne einer gesteigerten Unterstützung auch kaum in den Beziehungen Amerikas zur Entente erfolgen. Die Vereinigten Staaten haben schon bisher die Entente und ihre Kriegsziele, soweit es ihnen möglich war, gefördert. Amerika hat der Entente nicht bloß amerikanisches Geld und amerikanische Rohstoffe mit uneingeschränkter Bereitwilligkeit zur Verfügung gehalten, es hat auch seine gesamte Industrie auf den Kriegsdarf der Entente und seine Deckung eingestellt. Darüber hinaus könnte Amerika kaum gehen, auch wenn es sich ganz auf die Seite unserer Feinde stellen würde. Aber die deutschen Unterseeboote, deren eines — „U 53“ — vor nicht allzulanger Zeit so erfolgreiche Operationen an der atlantischen Küste der Vereinigten Staaten ausführte, dürften wohl dafür Sorge tragen, daß von nun ab die amerikanische Kriegshilfe den Ententeländern nicht mehr so uneingeschränkt zu Gebote stehen wird wie bisher.

Amerikanische Konjunkturziffern.

Wien, 6. Februar.

Staatssekretär Mac Adoo hat kürzlich seinen Jahresbericht über die Ergebnisse der amerikanischen Einkommensteuerveranlagung in dem mit letztem Juni 1916 zu Ende gegangenen Fiskaljahre erstattet. Den Daten dieses Berichtes zufolge hat sich der Ertrag der Personaleinkommensteuer auf 679 Millionen Dollar gestellt, was gegenüber dem Rechnungsjahre 1914/15 eine Steigerung um 65 Prozent bedeutet, und die Einkommensteuer der Erwerbsgesellschaften lieferte 569 Millionen Dollar oder 45 Prozent mehr als im vorangegangenen Jahre. Staatssekretär Mac Adoo stellt fest, daß die Zunahme im Ertrage der Einkommensteuer in den Vereinigten Staaten durchwegs eine allgemeine war und als Symptom eines durchgreifenden Aufschwunges zu gelten hat, den er mit den Ausdrücken „unprecedented and unparalleled“ kennzeichnet. Tatsächlich steht die amerikanische Kriegskonjunktur in der Volkswirtschaftsgeschichte ohne Beispiel da; haben anfänglich nur einzelne amerikanische Industriezweige Nutzen aus ihr gezogen, so haben sich die Wirkungen der Konjunktur im Laufe des Krieges infolge des steigenden Bedarfes Englands und seiner Verbündeten und der fortschreitenden Anpassung der Vereinigten Staaten an denselben immer mehr verallgemeinert.

Der Export der Vereinigten Staaten, der sich in den letzten Friedensjahren nur wenig über 2 Milliarden Dollar hob, betrug 1915 3547 und 1916 nicht weniger als 5461 Millionen Dollar. Welch enormen Anteil die Kriegslieferungen an dieser Rekordziffer haben, erhellt daraus, daß ihr Wert auf durchschnittlich über 140 Millionen Dollar veranschlagt wird, so daß er nahezu den dritten Teil der amerikanischen Gesamtausfuhr ausmachen dürfte. Die Gesamtbezüge der Alliierten aus Amerika stiegen von 868 Millionen Dollar 1913/14 auf 1564 Millionen Dollar im folgenden und auf 2792 Millionen Dollar im letzten Rechnungsjahr. Amerikanische Blätter haben vor kurzem festgestellt, daß vier Industriezweige in den Vereinigten Staaten, die in der Hauptsache Kriegsbedarfsartikel herstellen oder an Kriegslieferungen beteiligt sind, bereits eine Zunahme von mehr als 800 Millionen Dollar an autorisiertem Kapital aufzuweisen haben. Die betreffenden Industriezweige sind die Petroleum-, Gas-, Schiffbau-, chemische und Farbstoffgesellschaften und solche, die Kriegsmunition und Flugzeuge herstellen. Das wirklich emittierte Kapital dürfte jedoch das autorisierte neue Kapital nicht unwesentlich übersteigen. Mehr als die Hälfte entfällt auf die Öl- und Gasgesellschaften, die sich zu nicht gerinem Teil auch mit der Sprengstoffherzeugung befassen. Die Munitionsfabriken in Amerika haben während des Krieges so ungeheure Gewinne erzielt, daß sie den Wert der Maschinen schon innerhalb 1 1/4 Jahren fast zur Gänze abschreiben konnten. Die Scoville Manufacturing Company, die vor dem Kriege in bescheidenem Umfang Messingwaren erzeugte, hat mit der Produktion von Granaten schon im ersten Kriegsjahr bei einem Kapital von 5 Millionen Dollar einen Nettogewinn von 59 Millionen Dollar oder von 119 Prozent des Aktienkapitals erzielt. Die American Brass Co. hat für das letzte Jahr eine Dividende von 110 1/2 Prozent zur Auszahlung gebracht und die Dividenden amerikanischer Waffenfabrikgesellschaften schwanken zwischen 60 und 80 Prozent.

Das amerikanische Nationalvermögen, das 1915 auf 218 Milliarden Dollar veranschlagt wurde, wird heute auf 230 Milliarden Dollar geschätzt, und der Goldumlauf in den Vereinigten Staaten hat sich von 2260 Millionen Dollar im Jahre 1915 auf 2741 Millionen Dollar im Jahre 1916 gehoben. Die Konurse in Amerika sind im letztverflossenen Jahre um 35 Prozent zurückgegangen, was die Höhe der Verbindlichkeiten anbelangt, und die Nettoeinnahmen der Eisenbahnen sind um mehr als 24 Prozent gestiegen.

In ähnlicher Weise ergab sich eine Stärkung der amerikanischen Finanzen. Die Vereinigten Staaten haben für mehr als 2 Milliarden Dollar amerikanische Wertpapiere zurückgekauft und den Ententestaaten, wenn man die Handelskredite einrechnet, 2 1/2 bis 3 Milliarden Dollar vorgestreckt. Dabei hat sich Amerika die durch die Ausschaltung oder Abschwächung der europäischen Konkurrenz auf dem Weltmarkte entstandene Gelegenheit zur kommerziellen Ausdehnung nicht entgehen lassen und insbesondere in Südamerika und Südafrika damit Erfolge erzielt. Vielsach ist es den amerikanischen Handelsbanken bereits gelungen, den Dollarwechsel an die Stelle des Pfundwechsels zu setzen. Dieser Entwicklung der Dinge entspricht naturgemäß auch der Stand der amerikanischen Wechselkurse. Zu keiner Zeit noch war der Dollar so viel wert als jetzt. Die wichtigsten Newyorker Wechselkurse vom letzten Januar sind die folgenden:

	Parität	Satz
London	486	476 1/2
Amsterdam	40 1/4	40 1/4
Paris	518 1/4	534 1/2
Berlin	95 28	67 1/4

Einzig die Devisen Holland steht in Newyork ein wenig über der Parität, was mit der Schwierigkeit des Goldexportes von Amerika nach Holland während des Krieges zusammenhängt.

Infolge des verschärften Tauchbootkrieges sind nicht bloß die reinen Kriegsindustriezweige, wie die Munitions-, Sprengstoffe und Waffenfabriken, in ihrer Ausfuhr gefährdet, sondern auch zahlreiche Industriezweige, die sich nur durch die Unterbindung des deutschen Wettbewerbes einigermaßen entwickeln konnten, wie die amerikanische Farbstoffindustrie, in die rund 130 Millionen Dollar neu investiert worden sind, sehen dem Kriegsende zaghaft entgegen. Die Vereinigten Staaten sind im Laufe des Krieges Gläubiger Englands, Frankreichs, Italiens und Rußlands geworden. Die Banken der Morgan-Gruppe haben die Vorsicht für nötig erachtet, sich ihre Anleihen

an England durch eine 120prozentige Deckung in neutralen Wertpapieren sicherstellen zu lassen, und die englische Regierung muß jetzt an die Beschlagnahme dieser Effekten in englischem Eigentum schreiten, die ihr die Eigner trotz der besonderen Vergütung für die Ueberlassung und der 10prozentigen Strafsteuer auf das Einkommen aus diesen Anlagewerten nicht freiwillig zur Verfügung stellen wollen. Man scheint auch in Amerika die finanziellen Folgen des verschärften Tauchbootkrieges für England nicht gering einzuschätzen.

7. 11. 1917

[Besitzveränderungen in den österreichischen Bergbaurevieren.] Von wichtigeren Transaktionen im böhmischen Stein- und Kohlenbergbau der letzten Zeit ist der Ankauf der im Pilsner Bergbuche eingetragenen Bergentitäten des Dr. Josef Maria Baernreither und der Karoline Baernreither und des Barons Radhern durch die Mittelsböhmisches Steinkohlenwerksgesellschaft m. b. H. zu erwähnen. Es wurden die Steinkohlengrubenfelder Maria Lichtmesz, Johann Baptist bei Krupa, Georg bei Herrndorf, Donati und Wenzel, die Ergänzungsmaßen Wenzel zur Wenzelsteinkohleneze bei Mutowitz, die Ergänzungsmaßen zum Thomasgrubenfeld, das Alfons Maria Steinkohlenefeld bei Blhottin, das Josef Maria-Grubenfeld und die Thomas-Ergänzungsgrubenfelder durch die genannte Gewerkschaft erworben. Die Braunsteineze Eva bei Puzeried wurde vor einiger Zeit in Betrieb genommen und liefert das Eisenerz für die Eosienhütte des Eisenwertes Wittowiz. Die tagbaumäßig gewonnenen Erze besitzen einen Eisengehalt von 40 Prozent, die tiefer gelegenen Erze sollen 50 Prozent enthalten und werden später schachtbaumäßig gefördert werden. Das Erzvorkommen liegt an der Bahn Taus-Plattau. Von den verschiedenen neuen Grubenfeldverleihungen auf Steinkohle sind zu nennen: im Revier Mies wurden dem Westböhmisches Bergbauaktienverein vier Doppelgrubenmaßen auf Steinkohle, in der Gemeinde Auherzen unter dem Namen „Austria“ verliehen, ferner der Englisch-Böhmischen Steinkohlegewerkschaft vier Doppelmaßen und zwei Ueberscharen auf Steinkohle in der Gemeinde Winholez (Schutznahme Villy I) und drei Doppelmaßen in der Gemeinde Lonie (Villy II) neu verliehen. Die Brüger Kohlenbergbaugesellschaft, die bereits im Vorjahre in den Bezirken Freistadt und Mistel umfangreiche Schürfungen auf Steinkohle durchführte, hat neuerdings zahlreiche Freischürfe auf Steinkohle in mehreren Gemeinden Mährens angemeldet.

Oesterreichische Kriegsfinanzen.

Von unserem ständigen Mitarbeiter.

Wien, 5. Februar.

Die österreichische Staatsschulden-Kontrollkommission setzt ihre Nachweisung über den Stand der österreichischen Staatsschuld bis Ende Juni 1916 fort. Man erhält damit ein genaues Bild über die österreichischen Kriegskosten in den ersten zwei Kriegsjahren und ihre Deckung. Die gesamten Staatsschulden Oesterreichs haben damit Ende Juni 1916 36 028 Mill. Kr. betragen, wovon 24 553 Mill. Kr. auf die Kriegsschulden entfielen. Die gesamten Kriegsschulden der Monarchie haben sich somit, wenn man den Anteil Ungarns nach dem Quotenschlüssel 63,6 : 36,4 umrechnet, auf rd. 38,6 Milliarden Kronen belaufen. Ueber die Aufbringung der ungarischen Kriegskosten fehlen leider so ausführliche Nachweisungen, wie sie Oesterreich gibt. Von den österreichischen Kriegsschulden von 24 553 Mill. Kr. sind 13 591 Mill. Kr. durch die ersten vier Kriegsanleihen gedeckt, die Schuld an die Oesterreichisch-Ungarische Bank beträgt 6425 Mill. Kr., dass kommt ein Kontokorrentvorschuss des österreichischen Bankenkonsortiums von 3772 Mill. Kr. und sechs Schatzwechselanleihen in Deutschland mit zusammen 1082 Mill. Kr., die zur Währungsparität ausgegeben sind. Nach den Mitteilungen der Kontrollkommission hat sich die österreichische Kriegsschuld im ersten Halbjahr 1916 allein um über 10 413 Millionen Kronen erhöht, während die gesamten Kriegsschulden bis Ende 1915, also für die ersten 17 Monate des Krieges, bloß 14 140 Mill. Kr. betragen hatten. Dies ist nur durch eine veränderte Form der Verrechnung zu erklären. Einerseits sind die Kriegsschulden im zweiten Halbjahr 1915 sicherlich zu niedrig ausgewiesen worden, indem damals die Kontrollkommission in ihrer Nachweisung die Voreinzahlungen der Banken auf die nächste Kriegsanleihe ausließ, andererseits dürften die Schuldziffern für das erste Halbjahr 1916 zu hoch eingesetzt sein, indem Kredite bei der Oesterreichisch-Ungarischen Bank auch mit den noch nicht ausgenützten Beträgen aufgenommen zu sein scheinen, so daß die Staatsverwaltung jedenfalls noch über bedeutende Guthaben verfügt hat. Dazu kommt, daß Ende Juni die Einzahlungen auf die vierte Kriegsanleihe noch nicht voll geleistet waren, während der Ausweis der Kontrollkommission den Staat bereits mit dem ganzen Zeichnungsbetrag belastet. Unklar, aber nicht unerheblich ist die Höhe der schwebenden, nicht abgerechneten Lieferantenschulden, die an sich schon bedeutende Differenzen im Schuldenstand zu erklären vermöchten. Unter Vernachlässigung all dieser Momente — die Kontrollkommission unterläßt leider zu ihrem Ausweis jeden Kommentar — ergeben sich für die ersten 23 Kriegsmonate durchschnittliche Kriegskosten von 1068 Mill. Kr. bzw. für die Gesamtmonarchie, wieder quotenmäßig umgerechnet, 1680 Mill. Kronen. Gegenwärtig haben die monatlichen Kriegskosten zwei Milliarden längst überschritten. Im Stand der alten Staatsschulden haben sich keine erheblichen Veränderungen ergeben. Von der gesamten Staatsschuld von 36 028 Mill. Kr. sind 25 077 Mill. Kr. schwebende Schulden, worunter (aus staatsrechtlichen Gründen) auch die vier Kriegsanleihen enthalten sind.

Die Schuld an die Oesterreichisch-Ungarische Bank setzt sich zusammen aus einem Lombarddarlehen von 510 Mill. Kr., das mit 2½jährigen 5proz. Schatzscheinen im Nominalbetrage von 600 Mill. Kr., und einem weiteren Lombarddarlehen von 1272 Mill. Kr., das mit fünfjährigen 5proz. Schatzscheinen im Nominalbetrage von 1696 Mill. Kr. bedeckt ist. Dazu kommen 1780,8 Mill. Kr. Solawechsel und drei Darlehen gegen Schuldschein zu je 954 Mill. Kr., d. i. der quotenmäßige Anteil Oesterreichs an Anleihen der Monarchie von je 1½ Milliarden Kronen. Die Gesamtverschuldung Oesterreichs und Ungarns an die Notenbank berechnet sich auf 10,10 Milliarden Kronen. Im ersten Halbjahr 1916 sind vor allem die zwei Schuldscheindarlehen zu 954 Mill. Kr. zugewachsen, während das erste vor Ende 1915 aufgenommene damals erst mit 391 Millionen Kronen ausgenutzt war. Wie erwähnt, stellt nun die Kontrollkommission die Schuld an die Notenbank mit dem vollen kontrahierten Betrag ein und vernachlässigt den daraus noch vorhandenen Guthabenbestand der Regierung.

An das österreichische Bankenkonsortium wurde eine ältere Schatzwechselemission von 200 Mill. Kr. zurückgezahlt. Damit ist die Schatzwechselschuld an die Banken getilgt. Dagegen haben die Banken als Gläubiger für Kontokorrentvorschüsse zusammen 3272 Mill. Kr. ausgewiesen. Die Vorschüsse der Banken werden mit 4½ pCt. verzinst. Vorübergehend betragen diese Vorschüsse 4934 Mill. Kr., so daß aus dem Erlös der Kriegsanleihen 1662 Mill. Kr. zurückgezahlt erscheinen. Bekanntlich übernimmt die Regierung durch die Postsparkassa fortlaufend die flüssigen Mittel der Banken, noch bevor die nächste Kriegsanleihe eingezahlt ist. Die Banken finden auf diese Weise jederzeit eine relativ günstige Verwertungsmöglichkeit ihrer flüssigen Mittel. Daher richtet sich auch die Höhe des jeweiligen Kontokorrentvorschusses der Banken nicht nach dem momentanen Geldbedürfnis der Regierung, sondern nach der Geldbewegung und den Dispositionen der Banken. Nach der Volleinzahlung der vierten Kriegsanleihe dürfte die Kontokorrentschuld an die Banken beträchtlich zurückgegangen, seither aber, zumal durch die Verzögerung der fünften Kriegsanleihe, wieder stark gestiegen sein. Die Ergebnisse der vier Kriegsanleihen sind bekannt. Offiziell wird mitgeteilt, daß von der vierten Kriegsanleihe, die insgesamt 4520 Millionen Kronen erbracht hat, 2365 Mill. Kr. in 40jähriger Anleihe und 2155 Mill. Kr. in siebenjährigen Schatzscheinen gezeichnet worden sind. Bei der fünften Kriegsanleihe hat sich dieses Verhältnis bekanntlich erheblich zuungunsten der langfristigen Anleihe verschlechtert.

Durch die Kontrollkommission erhält man immer nachträglich einen genauen Ueberblick über die Kreditbeziehungen zu Deutschland. Zu den drei Schatzwechselanleihen, die Ende Dezember vorhanden waren, sind im ersten Halbjahr 1916 vier weitere gekommen. Die neuen Anleihen beim Berliner Bankenkonsortium sind wie die früheren durchwegs einjährig und zu 5 pCt. verzinslich. Ueber die sonstigen Bedingungen fehlen diesmal genaue Angaben, die Provision dürfte weiter ½ pCt. betragen. Die im ersten Halbjahr 1916 aufgenommenen Schatzwechselanleihen lauten auf 127,2, 254,4, 45,1 und 150 Mill. M. Die beiden letztgenannten hatten eine besondere Zweckbestimmung, indem die kleinere Schatzwechselanleihe von 45,1 Mill. M. zur Bedeckung eines älteren Vorschusses, die größere zur Deckung des Markbedarfes der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt diente. Dieser Markbedarf ergab sich aus der Finanzierung der rumänischen Getreidebezüge.

Was die Verzinsung der Kriegsschulden betrifft, so sind von den Schuldscheindarlehen bei der Notenbank das erste mit 1 pCt., die beiden letzten mit ½ pCt. verzinslich. Von den Lombarddarlehen bei der Notenbank wird das erste zum jeweiligen Eskomptezinsfuß der Bank, das zweite mit 1 pCt. verzinst, ebenso die an die Notenbank begebenen Solawechsel. (Daneben laufen spezielle Vereinbarungen über die Notensteuer.) Die Vorschüsse der Banken werden, wie erwähnt, mit 4½ pCt. verzinst, die Kriegsanleihen sind durch

weg 5½ proz. Von den Berliner Schatzwechselanleihen ist nur die erste Emission 6 proz., alle folgenden 5 proz. Das Zinsenerfordernis der Kriegsschuld betrug nach dem Stand vom 30. Juni 1916 jährlich 1027 Mill. Kr. Die normale Belastung aus den bis dahin aufgelaufenen Kriegsschulden wird sich natürlich erheblich höher stellen, sobald die niedrig verzinsliche Schuld an die Notenbank zurückgezahlt werden muß. Schon am Ende des zweiten Kriegsjahres erfordert jedoch der Zinsendienst der Kriegsschuld fast 2½-mal soviel als der Zinsendienst der alten Staatsschulden.

Wien, 7. Februar. (Drahtmeldung.) Die Oesterreichisch-Ungarische Kriegskorrespondenz meldet: Die 5. Kriegsanleihe wurde auch in Serbien und Montenegro zur Zeichnung aufgelegt. Die Zeichnungsergebnisse liegen noch nicht vollständig vor. In Serbien wurden bis Mitte Januar 6 Millionen Kronen gezeichnet. An der Zeichnung beteiligte sich auch die Zivilbevölkerung mit Beträgen bis zu 400 000 Kronen. In Montenegro nahmen alle Schichten und Nationalitäten, auch die montenegrinischen Serben, an der Zeichnung teil. In Podgorica wurden allein über eine halbe Million Kronen und in Plevlje über eine Viertelmillion Kronen gezeichnet.

3 (Ungarische Bank und Handels-A.G.) Das Institut hat heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Grafen Emerich Karolyi eine außerordentliche Generalversammlung abgehalten, welche den Vorschlag der Direktion betreffs Erhöhung des Aktienkapitals des Instituts von 66 Millionen Kronen auf 80 Millionen Kronen verhandelte und annahm. Der der Generalversammlung unterbreitete schriftliche Antrag der Direktion führt aus, daß die Direktion in Folge der überaus bedeutenden Zunahme der geschäftlichen Umsätze des Instituts, der starken Entwicklung der seinem Konzern angehörigen Unternehmungen, sowie zufolge der Einbeziehung neuer Verbindungen in den Interessenkreis des Instituts sich veranlaßt sieht, das Aktienkapital der Bank mit dem erweiterten Umfang seines zahlreiche Gebiete des Wirtschaftslebens umfassenden Thätigkeitskreises in Einklang zu bringen. Bei diesem Beschluß hat auch der Wunsch mitgewirkt, zwischen dem Aktienkapital des Instituts und den von ihm verwalteten angewachsenen fremden Kapitalien ein richtiges Verhältnis herzustellen. Seit der am Ende des Jahres 1913 durchgeführten letzten Kapitalserhöhung in der Höhe von 6 Millionen Kronen ist das Institut befanntlich in starker Entwicklung begriffen. Das Institut hat seine bank- und waarengeschäftliche Organisation weiter ausgebaut. Neben der Ausgestaltung der bisherigen Filialen und affiliirten Institute wurde die Zahl der hauptstädtischen Depositenkassen auf neun erhöht. In Konstantinopel wurde eine großzügige Bankfiliale und in Stambul eine weitere Depositenkasse errichtet, und der bisherigen Waarenabtheilung der Filiale Smyrna eine Bankabtheilung angegliedert. Die dem Konzern des Instituts angehörenden Industrieunternehmungen haben mit der großen Entwicklung, die die Kriegsbedürfnisse hervorrufen, Schritt gehalten, und indem sie ihre Thätigkeit in großem Maßstabe ausgestaltet haben, waren sie auch bestrebt, den an sie gestellten großen Anforderungen gerecht zu werden. Die Einlagen sind seit 1913 von 59.861.000 auf 246.000.000 Millionen Kronen gestiegen. Die Generalversammlung hat im Sinne der Direktionsvorlage beschlossen, das Aktienkapital des

Instituts durch die Emission von 35.000 Stück neuen Aktien zu 400 Kronen Nominale, mit Coupon per 1917, von 66 Millionen auf 80 Millionen Kronen zu erhöhen. Sie beauftragte gleichzeitig die Direktion, die zur Durchführung dieser Emission erforderlichen näheren Bestimmungen zu erlassen, mit der Beschränkung jedoch, daß für 33.000 Stück von den zur Emission gelangenden 35.000 Stück jungen Aktien den bisherigen Aktionären im Wege der amtlichen Kundmachung ein Bezugsrecht im Verhältnisse von 5:1 und zum Emissionskurse von 580 K., zuzüglich 5 Prozent dieses Betrages vom 1. Januar laufenden Jahres bis zum Tage der Einzahlung, sowie gegen Entrichtung des Aktienemissionsstempels von 4 K. per Stück, eingeräumt werde. Mit der bestmöglichen freihändigen Begebung der restlichen 2000 Aktien wurde von der Generalversammlung die Direktion mit der Beschränkung beauftragt, daß der Begebungspreis dieser Aktien nicht weniger als der Emissionskurs von 580 K. betragen kann. Betreffs des anlässlich der Aktienemission über dem Nennwerth der Aktien eingehenden Aufgeldes von 6.300.000 K. hat die Generalversammlung beschlossen, hievon zunächst 300.000 K. zur neuerlichen Stärkung des Pensionsinstituts der Angestellten der Bank zu verwenden, während die restlichen 6 Millionen nach Abzug der Emissionskosten dem Reservefonds zuzuführen sind, wodurch sich der ordentliche Reservefonds auf 26 Millionen Kronen und das eigene Kapital des Instituts auf 106 Millionen Kronen erhöhen wird. Das den Aktionären zugesicherte Bezugsrecht kann vom 9. bis einschließlich 17. d. ausgeübt werden.

Kapitalserhöhung der Ungarischen Bank.

Budapest, 8. Februar.

Die Ungarische Bank und Handels-Aktiengesellschaft hielt heute nachmittags unter dem Vorsitz des Präsidenten Grafen Emerich Karolyi eine außerordentliche Generalversammlung, in der die in großer Zahl versammelten Aktionäre mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen, das Aktienkapital des Instituts gemäß den Vorschlägen der Direktion von 66 auf 80 Millionen Kronen zu erhöhen.

Der Verlauf der Generalversammlung war der folgende:

Präsident Graf Emerich Karolyi eröffnete die Generalversammlung mit der Mitteilung, daß von 82 Aktionären 68.332 Aktien deponiert wurden. Er betraute den geschäftsführenden Direktor Dr. Aurel v. Dobay mit der Führung des Protokolls und die Aktionäre General a. D. Graf Franz Marenzi und Edmund Prammer mit dessen Authentifizierung.

Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildete der Antrag der Direktion betreffend die Erhöhung des Aktienkapitals des Instituts von 66 Millionen Kronen auf 80 Millionen Kronen und die damit zusammenhängende Aenderung der Statuten.

Der der Generalversammlung unterbreitete schriftliche Antrag der Direktion führt aus, daß die Direktion infolge der überaus bedeutenden Zunahme der geschäftlichen Umsätze des Instituts, der starken Entwicklung der seinem Konzern angehörenden Unternehmungen, sowie infolge der Einbeziehung neuer Verbindungen in den Interessenskreis des Instituts sich veranlaßt sieht, das Aktienkapital der Bank mit dem erweiterten Umfang seines zahlreicheren Gebiete des Wirtschaftslebens umfassenden Tätigkeitskreises in Einklang zu bringen. Bei diesem Beschluß hat auch der Wunsch mitgewirkt, zwischen dem Aktienkapital des Instituts und den von ihm verwalteten angewachsenen fremden Kapitalien ein richtiges Verhältnis herzustellen.

Seit der zu Ende des Jahres 1913 durchgeführten letzten Kapitalserhöhung in der Höhe von sechs Millionen Kronen ist das Institut beinahe in starker Entwicklung begriffen.

Das Institut hat seine bank- und waren-geschäftliche Organisation weiter ausgebaut. Neben der Ausgestaltung der bisherigen Filialen und affilierten Institute wurde die Zahl der hauptstädtischen Depositenkassen auf neun erhöht. In Konstantinopel wurde eine großzügige Bankfiliale und in Stambul eine weitere Depositenkasse errichtet und der bisherigen Warenabteilung der Filiale Smyrna eine Bankabteilung angegliedert. Als neue affilierte Institute wurden die Vereinigte Biharer Handelsbank und Zentralsparbank-L.G., die Erste Nagysikindaer Sparkasse und die Diskontobank-L.G. in Budapest in den Interessenskreis des Instituts einbezogen. Das Temesvárer affilierte Institut, die Temesvárer Bank und Handels-Aktiengesellschaft, hat sein Aktienkapital auf drei Millionen Kronen erhöht.

Die dem Konzern des Instituts angehörenden Industrieunternehmungen haben mit der großen Entwicklung, die die Kriegsbedürfnisse hervorrufen, Schritt gehalten, und indem sie ihre Tätigkeit in großem Maßstabe ausgestaltet haben, waren sie auch bestrebt, den an sie gestellten großen Anforderungen gerecht zu werden.

Nach der Direktionsvorlage zeigt die Entwicklung der von der Bank verwalteten fremden Kapitalien seit der Kapitalserhöhung im Jahre 1913 folgendes Bild:

	Einlagen	Sonstige Kreditoren	Zusammen
Ende 1913	59,861.000	97,902.000	157,763.000
„ 1914	63,493.000	109,412.000	172,905.000
„ 1915	97,057.000	154,202.000	251,259.000
„ 1916	zirka 246,000.000	zirka 190,000.000	zirka 436,000.000

Die Generalversammlung beschloß im Sinne der Direktionsvorlage einhellig, das Aktienkapital des Instituts durch die Emission von 35.000 Stück neuen Aktien zu k 400 Nominale mit Kupon pro 1917 von 66 Millionen auf 80 Millionen zu erhöhen. Sie beauftragte gleichzeitig die Direktion, die zur Durchführung dieser Emission erforderlichen näheren Bestimmungen zu erlassen, mit der Beschränkung jedoch, daß für 33.000 Stück von den zur Emission gelangenden 35.000 Stück jungen Aktien den bisherigen Aktionären im Wege der amtlichen Kundmachung ein Bezugsrecht im Verhältnis von 5:1 und zum Emissionskurs von k 580 zuzüglich 5 Prozent Zinsen dieses Betrages vom 1. Januar l. J. bis zum Tage der Einzahlung, sowie gegen Entrichtung des Aktienemissionsstempels von k 4 pro Stück eingeräumt werde. Mit der bestmöglichen freihändigen Begebung der restlichen 2000 Aktien wurde von der Generalversammlung die Direktion mit der Beschränkung beauftragt, daß der Begebungspreis dieser Aktien nicht weniger als der Emissionskurs von k 580 betragen kann. Hinsichtlich des anlässlich der Aktienemission über den Nennwert der Aktien eingehenden Aufgelbes von k 6.300.000 hat die Generalversammlung beschlossen, hiezu zunächst k 300.000 zur neuerlichen Stärkung des Pensionsinstituts der Angestellten der Bank zu verwenden, während die restlichen 6 Millionen Kronen, nach Abzug der Emissionskosten, dem Reservefonds zuzuführen sind, wodurch sich der ordentliche Reservefonds auf 26 Millionen Kronen und das eigene Kapital des Instituts auf 106 Millionen Kronen erhöhen wird.

Die Generalversammlung hat beschlossen, daß das den Aktionären zugesicherte Bezugsrecht vom 9. Februar bis einschließlich 17. Februar an der Budapester Hauptkasse, sowie an der Kasse der Wiener Filiale der Bank ausgeübt werden kann.

Schließlich beschloß die Generalversammlung die infolge der Kapitalserhöhung notwendige Aenderung der Statuten. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Graf Emerich Karolyi dankte den Aktionären für ihr Erscheinen und erklärte die Generalversammlung für geschlossen.

Ungarische Bank und Handels-Aktiengesellschaft. Aus Budapest wird uns berichtet: Die Ungarische Bank und Handels-Aktiengesellschaft hat heute eine außerordentliche Generalversammlung unter dem Vorsitz des Präsidenten Grafen Emmerich Karolyi abgehalten, zu welcher 82 Aktionäre 68.332 Aktien deponiert haben. Zur Führung des Protokolls wurde der geschäftsführende Direktor Doktor Aurel v. Dobay ersucht, während zu dessen Amtsentfremdung über Antrag des Vorsitzenden die Aktionäre General a. D. Graf Franz Maronzi und Edmund Brammer ernannt wurden. Die Generalversammlung hat den Vorschlag der Direktion betreffs Erhöhung des Aktienkapitals des Instituts von 66 Millionen Kronen auf 80 Millionen Kronen veranlaßt und angenommen. Der der Generalversammlung unterbreitete schriftliche Antrag der Direktion führt folgendes aus: Die Direktion sieht sich infolge der überaus bedeutenden Zunahme der geschäftlichen Umsätze des Instituts, der starken Entwicklung der seinem Konzern angehörenden Unternehmungen sowie infolge der Einbeziehung neuer Verbindungen in den Interessentenkreis des Instituts veranlaßt, das Aktienkapital der Bank mit dem erweiterten Umfang seines zahlreichen Gebiete des Wirtschaftslebens umfassen Tätigkeitskreises in Einklang zu bringen. Bei diesem Beschluß habe auch der Wunsch mitgewirkt, zwischen dem Aktienkapital des Instituts und den von ihm verwalteten angewachsenen fremden Kapitalien ein richtiges Verhältnis herzustellen. Seit dem Ende des Jahres 1913 durchgeführte letzten Kapitalserhöhung in der Höhe von 6 Millionen Kronen ist das Institut in starker Entwicklung begriffen. Das Institut hat seine bank- und warenwirtschaftliche Organisation weiter ausgebaut. Neben der Ausgestaltung der bisherigen Filialen und affilierten Institute wurde die Zahl der hauptstädtischen Depositenstellen auf neun erhöht. In Konstantinopel wurde eine großzügige Bankfiliale und in Stambul eine weitere Depositenstelle errichtet und der bisherigen Warenabteilung der Filiale Smyrna eine Bankabteilung angegliedert. Als neue affilierte Institute wurden die Vereinigte Bazarer Handelsbank und Zentralsparkasse U. G., die Erste Raabtkinder Sparkasse und die Discontobank U. G. in Budapest in den Interessentenkreis des Instituts einbezogen. Das Temesvarer affilierte Institut, die Temesvarer Bank und Handels-Aktiengesellschaft, hat sein Aktienkapital auf 3 Millionen Kronen erhöht. Die dem Konzern des Instituts angehörenden Industrieunternehmungen haben mit der großen Entwicklung, die die Kriegsbedürfnisse hervorrufen, Schritt gehalten, und indem sie ihre Tätigkeit in großem Maßstabe ausdehnen konnten, waren sie auch bestrebt, den an sie gestellten großen Anforderungen gerecht zu werden. Nach der Direktionsvorlage zeigt die Entwicklung der von der Bank verwalteten fremden Kapitalien seit der Kapitalserhöhung im Jahre 1913 folgendes Bild:

	Einlagen	Sonstige Kreditoren	Zusammen
Ende 1913...	59,861.000	97,902.000	157,763.000
" 1914...	63,493.000	109,412.000	172,905.000
" 1915...	97,057.000	154,202.000	251,259.000
" 1916... zirka	246,000.000	zirka 190,000.000	zirka 436,000.000

Die Generalversammlung hat im Sinne der Direktionsvorlage beschlossen, das Aktienkapital des Instituts durch die Emission von 35.000 Stück neuen Aktien zu je 400 K. Nominale mit Coupon pro 1917 von 66 Millionen auf 80 Millionen Kronen zu erhöhen. Sie beauftragte gleichzeitig die Direktion, die zur Durchführung dieser Emission erforderlichen näheren Bestimmungen zu erlassen, mit der Beschränkung jedoch, daß für 33.000 Stück von den zur Emission gelangenden 35.000 Stück jungen Aktien den bisherigen Aktionären im Wege der amtlichen Rundmachung ein Bezugsrecht im Verhältnisse von 5:1 und zum Emissionskurs von 580 K. zuzüglich 5 Prozent Zinsen dieses Betrages vom 1. Januar d. J. bis zum Tage der Einzahlung sowie gegen Entrichtung des Aktienemissionsstempels von 4 K. per Stück eingeräumt werde. Mit der bestmöglichen freihändigen Begebung der restlichen 2000 Aktien wurde von der Generalversammlung die Direktion mit der Beschränkung beauftragt, daß der Begebungspreis dieser Aktien nicht weniger als der Emissionskurs von 580 K. betragen kann. Betreffs des anlässlich der Aktienemission über den Nennwert der Aktien eingehenden Aufgebotes von 6.300.000 K. hat die Generalversammlung beschlossen, hievon zunächst 300.000 K. zur neuerlichen Stärkung des Pensionsinstituts der Angestellten der Bank zu verwenden, während die restlichen 6 Millionen Kronen nach Abzug der Emissionskosten dem Reservefonds zuzuführen sind, wodurch sich der ordentliche Reservefonds auf 26 Millionen Kronen und das eigene Kapital des Instituts auf 106 Millionen Kronen erhöhen wird. Die Generalversammlung hat beschlossen, daß das den Aktionären zugehörige Bezugsrecht vom 9. d. bis einschließlich 17. d. an der Budapester Hauptasse der Bank ausgeübt werden kann wie auch an der Kasse der Wiener Filiale. Schließlich beschloß die Generalversammlung die infolge der Kapitalserhöhung notwendige Abänderung der Statuten.

10. / 11. 1917

[Ungarische Agrar- und Rentenbank A. G.] Aus Budapest wird uns berichtet: Die Direktion der Ungarischen Agrar- und Rentenbank A. G. hat über die Bilanz des Instituts für das Jahr 1916 Beschluß gefaßt. Das Gewinn- und Verlustkonto pro 1916 weist einen Nettogewinn von 3,749.452 K. aus gegen einen solchen von 3,503.489 K. im Vorjahre. Die Direktion hat beschloffen, der Generalversammlung vorzuschlagen, die Dividende — gegen 30 K. im Vorjahre — mit 32 K. per Aktie, das ist mit 8 Prozent zu bemessen, so daß 2,560.000 K. an die Aktionäre verteilt werden. Von dem restierenden Reingewinne werden laut § 52 der Statuten, als höchste statutenmäßige Quote 20 Prozent, das ist 364.385 K., dem Reservefonds zugeführt. Für statutenmäßige Lantieme der Direktion sind auszuscheiden 182.192 K. Dem Spezialreservefonds sollen 150.000 K., ferner dem Reservefonds für das Institutsgebäude 100.000 Kronen, dem Pensionsfonds der Beamten und Diener 50.000 Kronen überwiesen und der Restgewinn von 342.574 K. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der erzielte Reingewinn, der ohne Berücksichtigung des vorjährigen Gewinnvortrages einer 10 7/10 prozentigen Verzinsung des Aktienkapitals entspricht, ist ausschließlich das Ergebnis des normalen Geschäftes, und sind sowohl die im Portefeuille der Bank befindlichen Titres eigener Emission als auch die fremden Werte unverändert zu den im Vorjahre aufgenommenen Kursen in die Bilanz eingestellt. Das Zinsertragnis hat sich gegen das Vorjahr um 143.511 K., das Ergebnis an Provisionen und diversen Gewinnen um 314.256 K. erhöht, die Spefen sind mit einem gegen das Vorjahr um 138.221 K., die Steuern und Gebühren aber um 54.795 K. höheren Betrage ausgewiesen. Die Bank hat im abgelaufenen Jahre neue Hypothekendarlehen im Betrage von 4,325.935 K. liquidiert, so daß sich der Stand der Hypothekendarlehen nach Abzug der Rückzahlungen in dem Rechnungsabluß auf 78,947.768 K. belies. Der Stand der Einlagen hat sich um 8,652.141 K. auf 55,984.880 K. erhöht. Hierauf faßte die Direktion den einstimmigen Beschluß, der Generalversammlung die Fusion der Ungarischen Agrar- und Rentenbank Aktiengesellschaft mit der Ungarischen An siedlungs- und Parzellierungsbank Aktiengesellschaft zu proponieren. Die Fusion wäre in der Weise durchzuführen, daß die Agrarbank ihr Aktienkapital von 32 Millionen Kronen auf 48 Millionen Kronen erhöht, sämtliche Aktiven und Passiven der Parzellierungsbank übernimmt und den Aktionären der Parzellierungsbank entsprechend dem inneren Werte beider Aktien für jede Parzellierungsbankaktie eine Agrarbankaktie in Tausch gibt. Ferner wird folgendes erklärt: Bei dieser Entscheidung war die Erwägung maßgebend, daß nach Eintritt des Friedens eine erhöhte Regsamkeit auf agricol. Gebiete und die Möglichkeit weitausgreifender geschäftlicher Betätigung nach dieser Richtung erwartet werden kann. Die im Laufe des Krieges wahrnehmbare höhere Bewertung von Grund und Boden wird naturgemäß zu einer intensiveren Bewirtschaftung und zu neuen Investitionen führen und sind beide Institute, die sich ihrer in den Statuten niedergelegten Bestimmung gemäß der intensiven Pflege der Landwirtschaft lange Jahre hindurch erfolgreich gewidmet haben, gleichmäßig zur Durchführung solcher geschäftlicher Transaktionen berufen, welche im Dienste der Förderung der landwirtschaftlichen Mehrproduktion stehen, und werden diesen Zweck zweifelsohne durch ihre Vereinigung in richtigerer und erspriesslicherer Weise vollziehen können. Der Hypothekengeschäftszweig und das Bahnges der Agrarbank werden eine günstige Wirkung auf die Abwicklung der Parzellierungs-, beziehungsweise der land- und forstwirtschaftlichen Geschäfte ausüben, wogegen die aus dem Stande der Parzellierungsbank zu entnehmenden Unternehmungen das Bankgeschäft der Agrarbank beleben dürfen. Dabei wird auch die Verschmelzung beider Organisationen die Zentralregienkosten verringern, so daß die Vereinigung der beiden Banken sowohl aus dem Gesichtspunkte der intensiveren Betätigung ihrer volkswirtschaftlichen Wirksamkeit als auch hinsichtlich der Rentabilität

bei einheitlichen Aktien als durchaus begründet bezeichnet werden kann."

11. II. 1917

Beschränkung des Verkehrs der Produ-
ktenbörsen auf Mittwoch und Samstag.
Die Kammer der Wiener Produktenbörse erläßt folgende An-
ordnung: Die Börsenversammlungen finden bis auf weiteres
nur am Mittwoch und Samstag statt. An diesen
Tagen werden die Börsenräumlichkeiten für den Verkehr von
9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags offen gehalten. —
Kommerzialrat M. Rohu, erster Vizepräsident der Börse für
landwirtschaftliche Produkte in Wien, schreibt uns hiezu das
Folgende: Die Börse für landwirtschaftliche Produkte in
Wien hat infolge der langen Dauer des Krieges wesentlich
mehr gelitten, als jedes andere österreichische Schwesterinstitut
(von der Budapester Börse gar nicht zu sprechen), weil eben
Wien direkt auf den Export von Getreide aus Ungarn oder
dem Auslande angewiesen war und infolgedessen von den
staatlichen Verfügungen am härtesten betroffen wurde. All-
mählich sind durch Verordnungen die meisten Handelsartikel
dem Verkehr entzogen worden, die Börse begann sich zu ent-
völkern und, was das Allerbedauerlichste ist, gerade die boden-
ständigen Firmen haben sich schon seit langem mit Rücksicht
auf die Unsicherheit des Verkehrs von jeder geschäftlichen
Aktion zurückgezogen. Die wenigen Artikel, die noch dem
Verkehr überlassen blieben, rechtfertigen es aber nicht mehr,
den Börsenverkehr täglich abzuhalten und die Leitung der
Börse hat es infolgedessen für richtig befunden, den Börsen-
verkehr nur auf zwei Tage der Woche, das ist auf Mittwoch
und Samstag, an welchen auch seit jeher die Hauptmärkte
stehen, von 9 bis 1 Uhr vormittags zu beschränken, und
einen diesbezüglichen Entschluß auch bereits gefaßt. Hoffentlich
wird die Börse aber nach Beendigung des Krieges sofort Ge-
legenheit haben, an den Wiederaufbau zu schreiten und die
Börsenräume dem täglichen Verkehr wieder übergeben
können.

13. II. 1917

Verkehrseinschränkungen bei den Banken. Die Wiener Banken haben heute beschlossen, im Hinblick auf die außerordentlichen Verkehrsverhältnisse Erlöse in den Geschäftstotalen, beziehungsweise Wohnungen der Bezugsberechtigten, bis auf weiteres nicht vorzunehmen. Sie werden, insofern Auszahlungen nicht an den Schalter

der Bank selbst oder durch Ueberweisung an eine andere Bank zu erfolgen haben, diese von morgen ab ausschließlich im Wege der Postsparkasse, beziehungsweise der Post, durchführen. Diese Maßregel soll nur für die Dauer der gegenwärtigen Verkehrsschwierigkeiten in Kraft bleiben. In den Kreisen der Banken ist auch die Frage erörtert worden, ob es sich nicht empfehlen würde, die Arbeitszeit ausschließlich auf die Zeit von 8 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags zu verlegen und demnach ununterbrochen durchzuarbeiten. Dieser Plan würde sich aber bei allen Instituten nicht leicht durchführen lassen, zumal die erfahrenen Arbeitskräfte zum großen Teile einberufen sind und für ihren Ersatz durch Neueinstellungen und anderweitige Verteilung der Arbeit gesorgt werden mußte.

Keine Beschlagnahme deutschen Eigentums in Amerika für den Fall eines Krieges.

Von Alexander Weiner.

Direktor der Oesterreichischen Bodenkredit-
anstalt.

Wien, 12. Februar.

Nach einer vorliegenden Newyorker Meldung ließ Präsident Wilson mitteilen, daß im Falle eines Krieges das deutsche Kapital und der deutsche Besitz in den Vereinigten Staaten nicht beschlagnahmt werden soll. Ein solcher Entschluß wäre, wenn er sich bestätigt, wirtschaftlich und politisch von sehr großer Bedeutung. Hauptsächlich wird die Frage überhaupt nicht aktuell werden und der Friede zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten erhalten bleiben. Aber auch wenn dieser im beiderseitigen Interesse nicht genug bedauerliche Kriegsfälle eintreten sollte, würde die Erklärung Wilsons beweisen, daß sich die Vereinigten Staaten von viel richtigeren, mehr vorausblickenden Grundsätzen der Politik leiten lassen, als England, das sofort nach dem Ausbruche des Krieges alles deutsche Eigentum mit Beschlagnahme belegt, die Filialen deutscher Banken zur Liquidation gezwungen, die deutschen Wertpapiere zwangsweise veräußert hat.

Das Vorgehen, welches Wilson ankündigt, wäre eigentlich durch das Völkerrecht vollkommen begründet und sollte gar kein Erstaunen hervorrufen, wenn man sich eben nicht in diesem Kriege bereits daran gewöhnt hätte, den Bruch des Völkerrechtes und die Mißachtung seiner Gebote als das Normale, fast Selbstverständliche anzusehen. Nun sind wir immer gewöhnt, bei Maßnahmen, welche die Vereinigten Staaten ergreifen, nach praktischen Gründen zu suchen, wenn auch die Person des Präsidenten Wilson allen Anlaß gibt, anzunehmen, daß auch moralische Erwägungen von ihm entsprechend gewertet werden. In den Vereinigten Staaten sind viele Hunderte von Millionen deutscher Interessen in jeder Form vertreten; sie bestehen vor allem in einem großen Besitz Deutschlands an amerikanischen Aktien und Obligationen. Dieser Besitz dürfte sich während des Krieges durch Verkäufe, welche, gelockt durch den hohen Stand der Valuta und teilweise unter Einflußnahme der deutschen Regierung, vorgenommen wurden, nicht unerheblich vermindert haben. Dagegen haben sich zweifellos die Interessen Deutschlands dadurch vermehrt, daß bedeutende Massen von Rohstoffen angekauft wurden, die zur Verschiffung nach dem Friedensschluß bestimmt sind. Hinförmäßig lassen sich die Veränderungen der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten nicht erfassen.

Andererseits hat man allen Grund, anzunehmen, daß es der Regierung der Vereinigten Staaten auch darum zu tun ist, die bedeutenden Interessen des amerikanischen Kapitals in Deutschland zu schützen, da sie wohl erwartet, daß die deutsche Regierung die gleichen Grundsätze für die Behandlung amerikanischer Vermögen in Deutschland werde gelten lassen. Die amerikanischen Geschäftsinteressen im Deutschen Reich sind ungeheuer, sowohl was Kapitalinvestitionen, als was Patente anbelangt. Es bestehen innige Zusammenhänge zwischen der elektrischen, der chemischen Industrie, der Farbwarenindustrie beider Völker. Deutschland ist einer der bedeutendsten Absatzmärkte für Rohstoffe und industrielle Produkte der Vereinigten Staaten. Diese Erwägungen erklären gleichfalls die Entschliebung des amerikanischen Präsidenten.

Qualiterlezt oder, besser gesagt, fast in erster Linie dürfte einer solchen Maßnahme die Bedeutung zuzumessen sein, daß der Dollar auf seinem Wege zum Weltzahlungsmittel durch diesen Krieg nicht behindert werden, daß keine Unterbrechung der ausgebreiteten Bankverbindungen zwischen Deutschland und Amerika, keine dauernde Schädigung der bedeutenden finanziellen Beziehungen dieser beiden Länder eintreten soll. Nach dem Kriege werden die Mittelmächte, Deutschland und Oesterreich-Ungarn, England nicht mehr als Zahlungsort für überseeische Bezüge gelten lassen wollen. Die Vereinigten Staaten zeigen bereits seit Jahren das Bestreben, hierin England den Rang abzulaufen; die Regierung der Vereinigten Staaten denkt über den Krieg hinaus und will die privatwirtschaftlichen Beziehungen für den Frieden nicht kompromittiert sehen.

Die Vergütung der Kriegsschäden in Frankreich.

Das französische Parlament hat unter dem Drucke der öffentlichen Meinung beschlossen, daß alle nachweisbaren, direkten und materiellen Kriegsschäden vollständig vergütet werden sollen. In der diesbezüglichen Kammerdebatte wurde auch die Frage gestreift, welcher staatlichen oder privaten Organisation das Aufbringen der hierfür notwendigen Kapitalien anvertraut werden soll, und bei dieser Gelegenheit wurden neuerdings gegen die Pariser Großbanken die schon wiederholt vorgebrachten Anschuldigungen gerichtet, daß sie in der Zeit vor dem Kriege ihre Mission vollständig verfehlt und sich weit mehr auf den leichten Verdienst durch Emission mehr oder minder guter französischer und namentlich auswärtiger Papiere, als auf die Förderung des wirtschaftlichen und industriellen Lebens des Landes verlegt haben. Das hindert natürlich nicht, daß man gerade jetzt, da der Staat ununterbrochen großen Geldbedarf zu decken hat, sich gern an die verfeimten Kreditinstitute wendet, deren Dienste unbedingt notwendig sind. Der „Temps“ weist auf diesen Punkt ganz besonders hin und faßt die Kammerdebatte folgendermaßen zusammen. Finanzminister Ribot zählte zunächst die verschiedenen Mittel auf, die zur Deckung der Kriegsschäden herangezogen werden könnten:

1. Schaffung eines diskontierbaren Papiers, was im Wesentlichen einer Vermehrung des Banknotenumschlages gleichkäme, die um so mehr vermieden werden muß, als die Bank von Frankreich nahezu das Maximum des wiederholt erhöhten Umlaufs erreicht hat und nach Schluß des Krieges notgedrungen noch sehr ansehnliche Ansprüche an die Bank gestellt werden.

2. Ueberweisung von Schuldverschreibungen des Staates an die Geschädigten, die diese verkaufen könnten. Da die Geschädigten sofort Geld nötig haben, so würden alle diese Schuldverschreibungen mit einem Male auf den Markt geworfen und der Kredit des Staates dadurch erheblich geschädigt werden. Aus diesem Grunde mußte auch von diesem Mittel Abstand genommen werden.

3. Direkte Staatsanleihe mit Unterstützung der Kreditinstitute. Diesbezüglich waren die Erklärungen des Finanzministers dem „Temps“ nicht vollständig und nicht entscheidend, was vielleicht dem Umstande zuzuschreiben ist, daß die hierauf bezüglichen Verhandlungen mit den Banken noch nicht abgeschlossen sind. Herr Ribot verwies darauf, daß die erste Anregung, die für die Kriegsschäden erforderlichen Riesensummen aufzubringen, von einer Gruppe in Nancy ausging, wo man eine Föderation der Provinzbanken, mit Ausschluß der Pariser Kreditinstitute, schaffen wollte, was aber als undurchführbar anerkannt wurde. Nun wollte man eine Föderation aller Banken ins Leben rufen, allein Herr Ribot faßte einen noch weit umfangreicheren Plan, indem er auch die französischen Großindustriellen zu dem Aufbringen der Kapitalien heranziehen wollte. Die Bildung einer derartigen Gesellschaft, die mit einem Aktienkapital von hundert Millionen geplant war, stieß aber auf den Widerstand des Crédit Foncier de France, da die geplante Gesellschaft gleichfalls das Recht erhalten sollte, Losobligationen auszugeben, was bisher ein Privilegium des Crédit Foncier gewesen war.

Nun sind aber außer den direkten Kriegsschäden auch die Erfordernisse der Industrien zu berücksichtigen, die nicht in den vom Feinde besetzten Landesgebieten belegen sind, aber gleichfalls unter dem Kriege und den durch diesen hervorgerufenen Störungen schwer zu leiden gehabt haben. Finanzminister Ribot hat den Urhebern dieses Projekts die Unterstützung der Regierung nur unter der Bedingung zugesagt, daß sie auf ihre eigene Gefahr hin einen Betrag von fünfhundert Millionen für die Unterstützung der Industrien aufbringen und verteilen, da die direkte Verteilung durch den Staat mit sehr großen Nachteilen verbunden wäre, vor allem mit der Einmischung der Volksvertreter, die durchwogten für ihre Wähler ansehnliche Unterstützungen erwirken wollten, ohne Rücksicht darauf, ob das auf diese Weise ausgegebene Geld gut angelegt oder endgültig verloren ist.

Der Crédit Foncier, dem eine ansehnliche Beteiligung an diesem Unternehmen zugebracht war, wollte zur Wahrung seines Privilegiums die ganze Angelegenheit auf sich nehmen, allein der Finanzminister bleibt bei seiner Idee, hierüber eine besondere Bank ins Leben zu rufen, die dem längst gefühlten Bedürfnisse entspräche, der kleinen und mittleren Industrie die erforderlichen Kapitalien zur Verfügung zu stellen. Der Staat würde für die von der Gesellschaft ausgegebenen Schuldverschreibungen die Subsidiargarantie übernehmen und vielleicht könnte sich dann mit der Zeit aus dieser Organisation eine Annäherung zwischen den Banken und den Industrien und Gewerben ergeben, die bisher von der Kapitalwelt allzusehr vernachlässigt wurden.

Die Urheber des vorstehenden Projekts haben bereits eine Einkaufszentrale für die Industrien der vom Feinde besetzten Gebiete geschaffen, die die ersten Bedürfnisse der durch die Invasion geschädigten Industriellen decken will. Dieses „Comptoir central“, das mit einem kleinen Kapital gegründet wurde, arbeitet bereits seit mehreren Monaten und hat dank den Subsidien des Staates, der über einen Kredit von 300 Millionen für die vom Feinde heimgegriffenen Departements des Nordens und Ostens verfügt, eine gewisse Anzahl von Bestellungen gemacht.

Für das große Unternehmen sind aber ganz andere Hilfsmittel erforderlich, weshalb nicht nur die Banken, sondern auch die kapitalstärkigen Industrien zu diesem herangezogen werden sollen. Hier wird der Crédit Foncier eine

ganz bedeutende Rolle zu spielen haben, da er nicht nur über den Wert der Grundstücke, sondern auch über die Vertrauenswürdigkeit der Bewohner ganz genau unterrichtet ist und seine Mitarbeiterschaft bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden unentbehrlich ist.

14. II. 1917

— (Oesterreichisches Kreditinstitut für Verkehrsunternehmungen.) Der Verwaltungsrat des Oesterreichischen Kreditinstituts für Verkehrsunternehmungen und öffentliche Arbeiten hat beschlossen, der am 1. März 1917 stattfindenden Generalversammlung vorzuschlagen, von dem pro 1916 zur Verflüssung stehenden Reingewinn von K. 303.234 den Reservefonds mit K. 35.924 zu dotieren, von dem nach Abschlag der statutenmäßigen Lantieme sowie des statutenmäßigen Gewinnanteiles der Staatsverwaltung erübrigen Ueberschuß eine 8 $\frac{1}{2}$ prozentige Dividende, das sind K. 34 pro Aktie, zu verteilen und den Rest von K. 66.691 auf neue Rechnung vorzutragen. Die Bilanz zeigt folgende Ziffern:

Aktiva: Barguthaben K. 1.379.104 (+ 251.629), Wertpapiere und Forderungen: a) Unterlagen für die 4prozentigen gesellschaftlichen Obligationen (Schuldverschreibungen) Kategorie A und B, Emission 1896 und „staatsgarantierte Kategorie“ 83.719.800 (+ 271.200), b) Unterlagen für die 4prozentigen gesellschaftlichen Obligationen (Schuldverschreibungen) Kategorie A, Emission 1901 7.094.000 (— 36.000), c) Unterlagen für die 4 $\frac{1}{2}$ prozentigen gesellschaftlichen Obligationen (Schuldverschreibungen) „pupillarischere Kategorie, Emission 1912“ 11.828.800 (— 498.200), Zinsen von den vorstehend angeführten Unterlagen 1.561.965 (— 5925), Debitoren 12.392.613 (+ 409.543). Zusammen K. 117.976.283 (+ 392.548).

Passiva: Aktienkapital K. 2.000.000 (—), Obligationen Kategorie A und B Emission 1896 und „staatsgarantierte Kategorie“ 83.719.800 (+ 271.200), Obligationen Kategorie A, Emission 1901 7.094.000 (— 36.000), Obligationen „pupillarischere Kategorie, Emission 1912“ 11.828.800 (— 498.200), Zinsen für Obligationen 1.782.411 (— 8906), verlorste, nicht behobene Obligationen 46.400 (+ 3600), nicht behobene Zinsen von Obligationen 230.038 (+ 117.214), Kreditoren 10.556.500 (+ 502.093), Reservefonds 415.050 (+ 35.606), Gewinn per Saldo 303.234 (+ 3839). Zusammen K. 117.976.283 (+ 392.548).

Obchon mit Rücksicht auf die durch die Kriegslage geschaffenen Verhältnisse eine Aktion größeren Umfanges seitens unseres Instituts nicht entriert werden konnte, stimmt das Ergebnis des vorliegenden Rechnungsabschlusses — eine 8 $\frac{1}{2}$ prozentige Dividende — im Endeffekt mit jenem des Vorjahres überein; dasselbe wurde ausschließlich im normalen, laufenden Geschäftsbetrieb erzielt. Das Konto „Wertpapiere und Forderungen“ erscheint um die neu hinzugekommenen Unterlagen abzüglich der Tilgungsplanmäßigen entfallenden Amortisationsquoten erhöht; selbstverständlich zeigen die durch das obengenannte Konto fundierten gesellschaftlichen Obligationen die gleiche Erhöhung. Das Gewinn- und Verlustkonto weist aus:

Erträge: Zinsen K. 4.823.374 (— 26.973), Provisionen und diverse Erträge 182.904 (+ 2003), Gewinn durch Veräußerung von Wertpapieren 39.473 (+ 21.244). Zusammen K. 5.046.251 (— 3724).

Abgaben: Zinsen K. 4.475.494 (— 60.222), Regiespesen 213.090 (+ 28.765), Steuern und Gebühren 107.187 (+ 16.612), Steuerreserve 11.000 (+ 11.000). Zusammen K. 4.806.752 (— 5544). Reinertrag K. 239.499 (+ 2120). Vortrag aus dem vorigen Jahre K. 68.785 (+ 1719). Gewinn per Saldo K. 303.234 (+ 3839).

Die Zinsen weisen gegenüber dem Vorjahre unter den Einnahmen einen Minderbetrag von K. 26.973 und unter den Ausgaben einen solchen von K. 60.222 aus, so daß das Zinsenergebnis für das Berichtsjahr ein um K. 33.249 günstigeres ist.

Berliner Finanzbrief.

— Von unserem Korrespondenten —

Berlin, 12. Februar.

Im Mittelpunkt des gesamten Interesses und aller Erörterungen steht heute die amerikanische Frage. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten wirkte, schon wegen seiner Plöglichkeit, entschieden als eine Ueberraschung; in allen ernsthaften Kreisen war man natürlich schon seit dem 1. Februar, das heißt seit der Ankündigung des ungehemmten Unterseebootkrieges, fest davon überzeugt, daß nunmehr ein Bruch mit den Vereinigten Staaten im Bereich der Möglichkeit, ja sogar der Wahrscheinlichkeit liege, indessen hatte wohl niemand erwartet, daß ein solches Ereignis so schnell eintreten werde. Auch an der Börse wirkte deshalb die Abberufung des Botschafters Gerard von Berlin ziemlich überraschend, und es trat, wenn auch ohne jeden stärkeren Verkaufsanbruch, daraufhin eine allgemeine Abschwächung ein. Besonders empfindlich getroffen wurden naturgemäß Schiffahrtaktien; denn die Interessen der großen deutschen Reedereien in Amerika sind bekanntlich außerordentlich umfangreich. Liegen doch zurzeit nicht weniger als 35 Schiffe der Hamburg—Amerika-Linie in nordamerikanischen Häfen, darunter der stolze Riesendampfer „Waterland“ mit 52.000 Tonnen Gehalt; ferner 13 Dampfer des Norddeutschen Lloyd in Bremen, darunter eines seiner größten Schiffe, die „Kronprinzessin Cecilie“. Die ersten Nachrichten, die von einer sofortigen Beschlagnahme dieser Dampfer zu melden wußten, riefen also naturgemäß eine gewisse Beunruhigung bei den Besitzern von Schiffahrtaktien hervor.

Es erscheint bei dieser Gelegenheit am Platze, einen kurzen Blick auf den finanziellen Aufbau der beiden großen deutschen Reedereien zu werfen. Die größte deutsche Schiffahrtgesellschaft, die Hamburg—Amerika-Linie, besitzt ein Aktienkapital von 180 Millionen Mark, ferner eine Obligationsschuld von 70 Millionen Mark. Der Norddeutsche Lloyd arbeitet mit 125 Millionen Mark Aktienkapital und 67 Millionen Mark Obligationen. Wie der augenblickliche Status der beiden Gesellschaften ist, vermag niemand zu sagen; denn die letzten Bilanzen sind die vom 31. Dezember 1913. Daß aber die Börse den inneren Wert der Aktien verhältnismäßig hoch einschätzte, geht schon zur Genüge daraus hervor, daß ungeachtet der seit 1914 ausgefetzten Verzinsung, beziehungsweise Dividendenzahlung die Aktien der Hamburg—Amerika-Linie im Steuerkurszettel vom 31. Dezember 1916 einen Kurs von 108 Prozent, diejenigen des Lloyd einen solchen von 99 Prozent hatten. Auch heute wird man sich eines Wortes erinnern, das Generaldirektor Ballin, der Gründer und Leiter der „Hapag“, schon vor einer ganzen Reihe von Wochen ausgesprochen hat, und zwar gerade im Hinblick auf die Möglichkeit von Verwicklungen mit Amerika. „Wenn wir den Krieg gewinnen, so steht die deutsche Schiffahrt groß und mächtig da, gleichviel was sich in zwischen ereignen wird; im anderen Falle aber nützen uns alle unsere Schiffe in amerikanischen Häfen nichts.“ Dieses Wort kann man sich gerade heute nicht oft genug wiederholen, und immer wieder muß man den Kernpunkt des großen Problems in dem gewaltigen Weltringen ins Auge fassen: Ein siegreiches Deutschland wird am Kriegsende in jeder Beziehung stark dastehen, nicht nur militärisch, sondern auch in bezug auf seine Finanzen, seinen Handel, seine Schiffahrt; und auch über das endgültige Schicksal der in amerikanischen Häfen liegenden Schiffe fällt die Entscheidung nicht in New York oder Washington, sondern auf den europäischen Schlachtfeldern sowie in den Gewässern um Englands und Frankreichs Küste. Es ist kein Zufall, daß gerade in der alten Hanseatenstadt Hamburg die Aufnahme des ungehemmten Unterseebootkrieges mit der allergrößten Begeisterung begrüßt wurde, und dort wie im ganzen deutschen Volk herrscht die feste Ueberzeugung, daß es auf diese Weise gelingen wird, England und mit ihm die ganze Phalanx der Feinde niederzuringen.

Wie unerwartetermaßen das Vertrauen in den siegreichen Ausgang des Krieges auch trotz Amerika ist, geht unter anderem daraus hervor, daß keine unter den Banken, die gegenwärtig ihre Jahresbilanzen veröffentlichen, daran denkt, etwa unter dem Eindruck der amerikanischen Ereignisse die ursprünglichen Dividendenvorschläge zu ermäßigen. Das gleiche gilt natürlich auch von den Industrie-Gesellschaften, und schon diese Tatsache kann dem In- und Auslande deutlich vor Augen führen, wie ungeschwächt die Zuversicht, wie unerschüttert und unerschütterlich das Vertrauen in einen günstigen Ausgang des Krieges nach wie vor in den führenden Kreisen des deutschen Wirtschaftslebens ist. Daß die Kurse an der Berliner Börse unter dem ersten Eindruck des Abbruchs der Beziehungen eine Abschwächung um drei bis vier Prozent erlitten, fällt demgegenüber in keiner Weise ins Gewicht; es waren immer nur ganz geringfügige Summen, die einen solchen Rückgang bewirkten, und von irgendwelchem drängenden Angebot, von irgenwelcher Erregung war nichts zu bemerken. Die Börse sieht den kommenden Widerstandsfähigkeit hat sie auch diesmal wieder bewährt. War doch ein Tag nach dem ersten Schrecken die Haltung des Marktes bereits ausgesprochen fest, und ein großer Teil der Kursverluste konnte wieder eingeholt werden. Was der Börse dabei zustatten kommt, sind die günstigen Dividendenerklärungen und Jahresabschlüsse, die gegenwärtig auf der Tagesordnung sind. Von den deutschen Banken haben bereits einige der größeren Provinz-institute, so die hannoversche Bank, die Hildesheimer Bank, ihre Jahresbilanzen veröffentlicht und bei dieser Gelegenheit höhere Dividenden als im Vorjahre erklärt. Ebenso werden die Berliner Großbanken fast durchweg höhere Sätze zur Auszahlung bringen, die Dresdener Bank sogar einen solchen von 8 1/2 Prozent gegen sechs Prozent im Vorjahre; all dies ein Beweis für die gleichmütige Ruhe, die man hier allen feindlichen Drohungen gegenüber bewahrt.

Inzwischen beginnen allmählich die Vorbereitungen für die neue, die sechste Kriegsanleihe. Zu diesen Vorbereitungen finanztechnischer Natur gehört es auch, daß man die Ausgabe neuer Aktien und Schuldverschreibungen durch industrielle und andere Aktiengesellschaften nach Möglichkeit beschränken will, um die flüssigen und verfügbaren Gelder des Publikums in erster Reihe auf die Kriegsanleihe zu lenken. Man wird sich entsinnen, daß zu Beginn, das heißt in den ersten Monaten des Krieges, ganz allgemein die Meinung an die Aktiengesellschaften ergangen war, keinerlei Neuemissionen vorzunehmen; je länger der Krieg dauerte, umso weniger ließ es sich indessen vermeiden, daß bei den gewaltigen Leistungen und dadurch notwendig gewordenen Vergrößerungen in der Industrie neue Kapitalien für die Werke auf dem Wege der Aktienausgabe beschafft wurden. Im Zusammenhang mit dieser „Industrialisierung des Krieges“ sind wir allmählich im Laufe der zweieinhalb Kriegsjahre in eine Ära der Kapitalserhöhungen hineingeraten, wie sie vorher selten jemals zu verzeichnen war. Teilweise waren diese Operationen wohl nicht unbedingt geboten, sondern den Verwaltungen nur im Interesse einer Kapitalverwässerung, bei ungewöhnlich hohen Kriegsgewinnen, erwünscht. Neuerdings nun sind einzelne Industrie-Gesellschaften auch zur Ausgabe von Obligationen übergegangen, wobei ein Zinssfuß von 5 Prozent bei niedrigem Emissionskurs gewählt wurde. Zu derartigen Finanzoperationen soll jedoch in Zukunft eine besondere Genehmigung erforderlich sein, damit nur in wirklich dringenden Fällen neue Wertpapiere geschaffen werden, die den Kriegsanleihen Konkurrenz machen könnten. Im übrigen ist — von allen anderen Faktoren abgesehen — die Geldmarktlage zurzeit derart günstig, daß im März, zumal nach der Dividendenzahlung durch Banken und Industrie-Gesellschaften, die flüssigen Mittel außerordentlich umfangreich sein dürften, und man der Zeichnung auf die kommende Kriegsanleihe mit dem denkbar größten Vertrauen entgegenzusehen berechtigt ist; gleichviel, welche Ereignisse sich bis dahin noch auf der Weltbühne abspielen werden.

Der Abend
15. II. 1917

106

Die Banken und der Lebensmittelwucher.

III.

(Vgl. „Der Abend“ vom 7. und 8. b. M.)

Wir nennen die Schafe dumm, aber daß wir Menschen in gewissen Belangen dümmere als sie sind, ist im „Abend“ schon wiederholt nachgewiesen worden; keinem Schafe fiel es ein, das Messer, womit es geschoren wird, dem Schaffcherer zu apportieren, wie wir es tun. Banken, wie die Böhmisches Industriebank und die Adriatische Bank, verwenden ihr Geld dazu, um Spekulanten die Mittel zu geben, die ihnen die verwegsten und strafbarsten Preistreibereien ermöglichen; im „Abend“ wurde gezeigt, wie dies auch durch die Mitschuld der Banken möglich wird. Untersuchen wir nun, wo sie die dazu erforderlichen Gelder hernehmen, so finden wir zwei trübe Wege: der eine ist der Kredit, der ihnen gestattet, die Wechsel mit den Unterschriften der Salami- und Ehrenmänner in Umlauf zu bringen, als bestünde nicht die Gefahr, daß der Bankbote den fälligen Wechsel werde im k. k. Landesgerichte in Strassachen zur Einlösung vorweisen müssen. Das ist der Mißbrauch des Kredits. An dem Zufließen der Barmittel aber ist niemand anderer schuld als wir selbst, Schafe, die die Schermesser selbst zuschleppen und sich dann wundern, daß sie geschoren werden.

Laut dem vortrefflichen finanziellen Jahrbuch „Compaß“, das man jetzt auf den Schreibtischen der Sicherheitsbeamten, Staatsanwälte und Untersuchungsrichter ebenso häufig findet wie auf denen der Bankleute, hatten Ende 1916 Spareinslagen:

die Böhmisches Industriebank K 27.572.094;

die Adriatische Bank K 7.680.088,

jede einzelne Krone ein Selbstmord, denn um $3\frac{1}{2}$ v. S. Zinsen jährlich zu bekommen, gibt man dieser Gesellschaft von — Aktiengesellschaften die Mittel, womit sie uns die Lebensbedürfnisse um ungezählte Hundert v. S. verteuern. Wenn das einen Sinn hat, dann ist es schwer zu sagen, was geschäftlicher Selbstmord hieße.

15. II. 1917

Das kommende Sparen.

Zum Kriegsführen gehören, wie unser alter Haudegen Montecuccoli sagte, vor allem drei Dinge: Erstens Geld, zweitens Geld und drittens wieder Geld. Was würde der Sieger von St. Gotthard wohl sagen, wenn er sähe, in welchem ungeahntem Umfange sein Spruch sich im jetzigen Weltkriege bestätigt hat. Fast alles Geld der Erde arbeitet jetzt mit in diesem riesigsten aller Geschäfte, zu dem dieser Krieg, der Krieg der „silbernen Kugeln“, geworden ist. Vielen ward dieser Krieg zu einem wahren Bombengeschäft, Millionen bringt er freilich dafür die bitterste Heimsuchung. Die ganze Wucht der verlorenen Werte werden wir aber erst zu fühlen bekommen, wenn der Krieg vorüber und das Geld, Geld, Geld, das jetzt zur Fortführung des Krieges um jeden Preis beschafft werden mußte, auf Heller und Pfennig verbraucht ist. Was dann? Was dann, wenn Verzinsung und Tilgung der

ungeheuren Kriegsschulden, wenn die Kriegsbrenten jährlich Milliarden verschlingen? Was dann, wenn es mit der Kriegskostenentschädigung, die uns allenfalls eine Milderung der Lasten zu bringen vermöchte, windig aussieht, wenn des Genossenführers Scheidemann Rat, jeder Staat, ob Sieger oder besiegte, solle seine Kriegskosten selber bezahlen, befolgt würde? Was dann? Dann sind wieder drei Dinge nötig, nämlich: 1. sparen, 2. sparen und 3. sparen. Sparen wird auf lange Jahre hinaus das Feldgeschrei sein und Haushalten die Parole, für den einzelnen wie für die Gesamtheit, für den Privathaushalt wie für die Gemeinde, für das Reich wie für den Einzelstaat. Der Krieg hat uns zum sparen gezwungen. Wir schränkten uns in einer Weise ein, wie wir es früher für unmöglich gehalten hätten. Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, mit dem Kriege hätte alle Not ein Ende. Die schönen, billigen Zeiten, die wir hatten, als noch die sozialdemokratisch-liberalen Junifreier die bekannte Septemberdemonstration gegen die Teuerung veranstalteten, bei der eine Anzahl Verführter den Tod fanden und viele andere sich schwere Kerkerstrafen holten, werden noch lange nach Kriegsende ausbleiben, vielleicht überhaupt nicht mehr wiederkehren. In reichsdeutschen Blättern finden wir folgendes Zukunftsbild:

Wir werden weiter sparen, d. h. uns einschränken müssen. Jede überflüssige Ausgabe muß wegfallen, denn die Allgemeinheit, Reich, Staat und Gemeinde, braucht Geld. Gar mancher wird nicht mehr in den großen Ferien an die See oder ins Gebirge reisen können: das Konto: Ausgaben für Theater und Konzerte, für Vergnügungen und Bücher wird im Haushaltsplan der Bürgerfamilien einen recht geringen Betrag aufweisen; jeder Anzug wird länger getragen werden; die Mutter kocht weit sparsamer als einst: wer acht Zigarren täglich rauchte, raucht jetzt nur noch fünf, dabei durchaus nicht bessere oder greift zur Pfeife, der Abendschoppen wird erheblich eingeschränkt und von dem Weihnachtstisch verschwindet alles, was die Kinder nicht unumgänglich haben müssen: Kurz, unsere äußere Lebenshaltung wird herabgedrückt, langt wieder auf dem Punkte an, wo sie vor 50 Jahren gestanden hat. Unsere Kultur erleidet einen Rückschlag wie nach jedem Kriege. Wir wollen dabei aber nicht vergessen, daß es auch ein Kriegsgewinn ist und zwar nicht der schlechteste, daß soviel unnützes, ja sogar schädliches abgestreift worden ist und daß wir einfacher werden, einfacher im äußeren und inneren Leben. Aber nicht nur der einzelne wird sparen müssen, auch die Allgemeinheit, Reich, Staat und Gemeinde. Manches Theater und Museum, mancher Prunkbau wäre ungebaut geblieben, hätte man mit einer solchen Nähe des Weltkrieges rechnen können. Die luxuriösen Thermen der römischen Kaiserzeit begannen hier und da Auferstehung zu feiern. Man wird sich wieder mit einfachen Bädern begnügen müssen. Manches überflüssige und hindernde Nebeneinander und Nebeneinander von Behörden und staatlichen Einrichtungen muß verschwinden. — Freilich, wenn alles spart, alles sich einschränkt, wird der Luxus der Kriegsmillionäre um so unerträglicher, und aufreizender sein. Man wird mit diesen Herrschaften irgend etwas anfangen müssen, daß sie nicht überall den Weg verstellen und die Stimmung verderben. Vor allem aber wird man rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen haben, daß sie mit ihrem Blutgeld nicht etwa bei der nächsten besten Gelegenheit ins Ausland verdüften und von dort aus unsere Armut verlachen...

15. II. 1917

(Ausdehnung der Tätigkeit der Oesterreichisch-ungarisch-deutschen Gläubigerschutzzentrale auf Rumänien.) Das österreichische Territorialkomitee der Deutsch-österreichisch-ungarischen Gläubigerschutzzentrale für die östlichen Okkupationsgebiete hatte bereits vor einiger Zeit den Beschluß gefaßt, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen, um auch das rumänische Okkupationsgebiet in das Tätigkeitsfeld der Gläubigerschutzzentrale einzubeziehen. Die Gläubigerschutzzentrale hatte auch Schritte nach der Richtung eingeleitet, daß die Einbringlichmachung der Außenstände in Rumänien durch Rückhaltung der von den öffentlichen Kassen liquidierten Requisitionsbeträge zugunsten der österreichischen Gläubiger unterstützt würden. Es sollte nämlich der gleiche Vorgang eingehalten werden, den die deutsche Reichsentschädigungskommission in Berlin bereits für die besetzten Gebiete zur Geltung gebracht hat. Die Erlassung einer analogen Norm ist auch für das Militärgeneralgouvernement in Serbien vorgeesehen. Von Wichtigkeit für das Inkasso der Forderungen wäre es ferner, daß auch die Erteilung von Bewilligungen für die Warenein- und -ausfuhr in Rumänien in der Weise in Verbindung mit dem Gläubigerschutz gebracht würde, daß den Anträgen in der Regel nur dann stattgegeben werde, wenn ein bestimmter Prozentsatz der alten Schulden betragt wird. Die ferneren Anträge des Territorialkomitees betrafen die Uebertragung der Verordnungen über die Zwangsverwaltung, Geschäftsaufsicht und Vermögenssperre, wie sie für Serbien bereits erlassen wurden und für Montenegro in Vorbereitung sind, auch auf Rumänien. Reisebewilligungen zum Zwecke der Eintreibung von Außenständen sollten Privatpersonen auf keinen Fall erteilt werden, um jede einseitige Begünstigung zu vermeiden. Als ein unerlässliches Requisite für das gute Funktionieren der Inkassotätigkeit bezeichnete die Zentrale, daß ihr das ausschließliche Recht zum Inkasso der Außenstände in Rumänien übertragen werden müsse, ähnlich wie es auch für Serbien angeregt worden ist. Das Armeekorpskommando hat nunmehr bei dem deutschen Generalgouvernement in Rumänien Schritte dahin unternommen, daß die Tätigkeit der Gläubigerschutzzentrale auch in Rumänien ehestens aufgenommen werden könne und daß die hierzu erforderlichen gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, wie dies im südöstlichen Okkupationsgebiet bereits zum großen Teile geschehen ist. Die Interessen an der Einbringung von heimischen Forderungen im serbischen Okkupationsgebiete wurden bereits durch die im serbischen Verordnungsblatte kundgemachte Verordnung vom 10. April 1916 betreffend die Frage der Zwangsverwaltung und durch die demnächst in Aussicht stehenden Verordnungen betreffend die Aufhebung des serbischen Moratoriumsgesetzes, ferner die Einführung einer Geschäftsaufsicht und des Zwangsausgleiches außerhalb des Konkurses sichergestellt. Die Erlassung ähnlicher legislativer Maßnahmen für das Generalgouvernement von Rumänien wird ebenfalls in Erwägung gezogen.

Vaterländische Bank Aktiengesellschaft.

Unter dem Vorsitz des Direktionspräsidenten Baron Ernst Daniel fand heute mittag die ordentliche Generalversammlung dieses Instituts statt, zu der 39 Aktionäre in Vertretung von 108.890 Aktien erschienen sind. Der Präsident widmete in seiner Eröffnungsrede dem verstorbenen Mitgliede des Aufsichtsrats Eugen v. Madjics einen warmen Nachruf und auf seinen Antrag beschloß die Generalversammlung, das Andenken des Dahingeshiedenen im Protokoll zu verewigen. Nachdem der Vorsitzende den Direktor Dr. Julius Kelemen mit der Führung und die Aktionäre Eugen v. Szigmondy und Paul v. Sigray mit der Authentifikation des Protokolls betraut hatte, gelangte der Direktionsbericht zur Unterbreitung, der mit Bemütigung feststellt, daß das Geschäftsergebnis des abgelaufenen Jahres die Ertragsziffern der Friedensjahre nicht nur wieder erreichte, sondern sie sogar auch übertrifft. Der Reingewinn des verflossenen Jahres beträgt k 4.610.307.81, beziehungsweise mit Hinzurechnung des Gewinnvortrages von k 362.110.38 k 4.972.418.19, was einer Verzinsung von 21.52 Prozent, beziehungsweise 12.43 Prozent des Aktienkapitals entspricht. Der ausgewiesene Reingewinn ist demnach um k 471.638.08 höher als im Vorjahre. Der Gesamtumsatz betrug k 2.198.056.438.31, der Geldumsatz k 1.509.455.367.98 (gegen k 8.467.092.083.96, beziehungsweise k 1.615.647.358.34 im Vorjahre). Der Mangel eines regulären in- und ausländischen Geschäftsverkehrs, der seit Ausbruch des Krieges ausgefallen erscheint, besonders aber die allgemeine Abnahme der Kreditansprüche, hatten einen bedeutenden Rückgang des Wechselkomptogeschäftes zur Folge. Der Umsatz hat sich in diesem Geschäftszweige von k 809.523.176.95 im Vorjahre auf k 632.433.672.99 und die Höhe der eskomptierten Wechsel von k 256.903.660.20 auf k 138.960.033.67 verringert. Zum Jahresabschluss war der Stand des Wechselportefeuilles k 44.888.053.77. In dem mit k 29.768.856.11 bilanzmäßig ausgewiesenen Effektenbestande sind Staats- und sonstige Anlagewerte im Werte von k 19.897.678.76, Aktien von Banken und sonstige Aktien im Werte von k 235.516.64, Aktien von Industrieunternehmungen im Werte von k 9.835.660.71 enthalten, die zu denselben Kursen aufgenommen wurden, wie sie in den Bilanzen der vorhergegangenen zwei Jahre figurieren. Der Umlauf der 4 1/2prozentigen und fünfprozentigen Eisenbahnobligationen der Bank weist infolge der besonders für den fünfprozentigen Typ sich zeigenden regeren Nachfrage eine Erhöhung gegen das Vorjahr auf. Im Laufe des Jahres wurden außer den zurückgekauften, aber neuerdings platzierten Titres Nominale k 2.903.900 abgesetzt. Der Vorrat war zum Jahresabschluss: Nominale k 407.700 4 1/2prozentige Obligationen, bewertet mit 80 Prozent, und Nominale k 2.607.700 fünfprozentige Obligationen, bewertet mit 90 Prozent, mithin im Bilanzwerte von insgesamt k 2.673.090. Die wesentliche Erhöhung der Post der Debitoren ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß, um die Zeichnung auf die Kriegsanleihen zu er-

leichtern, namhafte Lombardvorschüsse gewährt wurden, was eine ganze Reihe von neuen Kunden herangezogen hat, und daß das Institut das Finanzärer unter dieser Rubrik mit jenen Beträgen belastet hat, die es auf die mit Ende des Jahres noch nicht verrechnete fünfte ungarische Kriegsanleihe im voraus eingezahlt hat. Der Stand der ständigen Einlagen belief sich auf k 159.245.344.21 gegen k 90.014.704.29 des vergangenen Jahres. Der Stand der Kreditoren am 31. Dezember 1916 betrug k 64.775.231.37 gegen k 46.356.065.75 im Vorjahre. Der Gewinn aus einigen im Laufe des Jahres realisierten Verteilungen in der Höhe von k 53.640.14 ist in der Bilanz in der Rubrik „Provisionen“ verrechnet. Die Bank hat sich an der Kapitalserhöhung der Lomäser Waldindustrie-Aktiengesellschaft und der herzoglich Philipp Koburgschen Berg- und Hüttenwerks-Aktiengesellschaft beteiligt. Sie hat ferner mit der Bester Ungarischen Kommerzbank die Kapitalserhöhung der Ersten Ungarischen Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik durchgeführt, und mit der Firma Jg. Deutsch u. Sohn die Kapitalserhöhung der Borsood-Niskolcer und Debreenener Jstván Dampfmühl-Aktiengesellschaft bewerkstelligt. Des weiteren hat sie sämtliche Aktien der Nagypáradar Bierbrauerei von der Biharer Komitatsparkasse zu einem vorteilhaften Preise erworben und ihre Interessensphäre in der Brauindustrie dadurch erweitert. In Gemeinschaft mit den hauptstädtischen leitenden Finanzinstituten hat sie an dem der Haupt- und Residenzstadt Budapest gewährten k 30.000.000 Kontokorrentdarlehen, das inzwischen zurückgezahlt wurde, teilgenommen und sich auch an dem von der Hauptstadt zum Einkauf von Lebensmitteln aufgenommenen Kontokorrentdarlehen in der Höhe von 22 Millionen Kronen an sämtlichen staatlichen finanziellen Transaktionen beteiligt, sowie in Gemeinschaft mit der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank und der Ungarischen Eskompte- und Wechselbank an der Kapitalserhöhung der Ungarischen Fluß- und Seeschiffahrts-Aktiengesellschaft teilgenommen. Gegen Jahresende übernahm die Bank die Garantie für die Durchführung der Kapitalserhöhung der Neuschloßchen Kaiser Lannenfabrik und Dampfägers-Aktiengesellschaft und im Zusammenhange hiemit für die Bewerkstelligung eines anderen Anschlusses der Lomäser Waldindustrie-Aktiengesellschaft an die Kaiser Gesellschaft. Ueber die Abwicklung dieser Transaktion wird in dem im nächsten Jahre vorzuliegenden Berichte Meldung erstattet werden. Die Tätigkeit der Bank hinsichtlich der Vermittlungen von Zeichnungen auf die im Frühjahr emittierten sechsprozentigen Obligationen und 5 1/2prozentigen Staatskassenscheine der vierten ungarischen Kriegsanleihe war von größerem Erfolge begleitet, als bei den vorhergehenden, indem die bei ihr angemeldeten Zeichnungen, gegen Nominale k 54.910.950 der dritten Anleihe, sich diesmal auf Nominale k 61.497.000 erhöht haben. Auf die fünfte Kriegsanleihe wurden bei dem Institut k 62.800.000 gezeichnet. Schließlich meldet die Direktion, daß die von der außerordentlichen Generalversammlung vom 5. Januar l. J. beschlossene Erhöhung des Stammkapitals auf 50 Millionen Kronen inzwischen mit vollem Erfolg durchgeführt wurde, worüber in der nächsten Jahres-Generalversammlung Bericht erstattet werden wird. Das Geschäftsjahr 1916 schließt mit einem Reingewinn von k 4.610.307.81, die in den Statuten normierten Abzüge betragen k 553.236.94, es stehen somit k 4.057.070.87 zur Verfügung der Generalversammlung, beziehungsweise mit Hinzurechnung des Vortrages von k 362.110.38 zusammen k 4.419.181.25. Die Direktion beantragt, hiervon k 16 als Dividende nach jeder Aktie, somit nach 200.000 Stück Aktien k 3.200.000, zur Dotierung des Reservefonds k 550.000, zur Vermehrung der Bankgebäudereferve k 100.000, dem Pensionsfonds k 50.000, dem Aufsichtsrate als Honorar à k 3.000 = k 21.000, den Beamten k 75.000 anzumessen und den Rest von k 423.181.25 zugunsten des Jahres 1917 vorzutragen. Die Generalversammlung genehmigte die Bilanz, stimmte dem auf die Verwendung des Reingewinnes bezüglichen Antrag der Direktion zu und erteilte der Direktion wie dem Aufsichtsrate das Absolutorium. Der Aktienkupon Nr. XXII wird vom 19. d. M. mit k 16 eingelöst. Zum Schlusse wurden in das Aufsichtskomitee Josef v. Angyal (neu), Dr. Philipp Darvai, Ladislaus v. Neugebauer, Emil v. Páspöky, Dr. Josef v. Szabó und Dr. Artur Karl Szilágyi gewählt.

18. 7. 1917.

112

(Übernahme der Klassenlotterie in staatliche Verwaltung.) Durch den G.-N. VII vom Jahre 1897 wurde das Zahlenlotto aufgehoben und statt seiner die Klassenlotterie eingeführt. Das erwähnte Gesetz hat den Finanzminister gleichzeitig ermächtigt, das ausschließlich dem Aerar zustehende Recht der Veranstaltung von Klassenlotterien für die Dauer von zwanzig Jahren gegen einen Pachtzins von mindestens k 2,400.000 einer privaten Unternehmung zu übertragen, wobei bedungen wurde, daß die Gesellschaft nach jedem über 100.000 Lose im Jahre ausgegebenen Los pro Stück k 12 zahle. Auf Grund dieser Ermächtigung hat die Regierung die Konzession der zu diesem Behufe konstituierten königlich ungarischen privilegierten Klassenlotterie-Aktiengesellschaft übertragen, die von der Budapester Spar- und Landes-Pfandleih-Aktiengesellschaft und der Allgemeinen Ungarischen Bankgesellschaft in Straßburg mit einem Aktienkapital von drei Millionen Kronen gegründet wurde, das im folgenden Jahre auf k 3,600.000 erhöht wurde. Da diese Konzession Ende November dieses Jahres abläuft, hat der Finanzminister schon im Juni vorigen Jahres einen Gesetzentwurf unterbreitet, durch den er ermächtigt werden sollte, den Vertrag der Klassenlotterie bei einer 25prozentigen Steigerung der Beteiligung des Staatsärars auf weitere vier Jahre zu verlängern. In oppositionellen Kreisen erweckte dieser Gesetzentwurf großen Widerwillen und da vorauszu sehen war, daß seine Verhandlung zu langwierigen Debatten Anlaß geben wird, ließ der Finanzminister die Vorlage nicht auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses setzen, sondern ordnete im Schoße seines Ministeriums die Vorarbeiten für die Übernahme der Klassenlotterie in ärarische Verwaltung an, obgleich er im Motivenbericht zu dem erwähnten Gesetzentwurfe der Ansicht Ausdruck gegeben hatte, daß die Zeit während des Krieges und nach dem Kriege nicht jene Rentabilität dieses Geschäftes verspreche, die unter normalen Verhältnissen von ihm zu erwarten sei. Die Lottogesellschaft des Finanzministeriums hat ihre Vorstudien vor einiger Zeit beendet und auf Grund ihrer Unterbreitung ist Herr v. Teleky zu dem Entschlusse gekommen, den dem Abgeordnetenhause unterbreiteten Gesetzentwurf zurückzuziehen und die Klassenlotterie in staatliche Verwaltung zu übernehmen. Der Finanzminister hat sich zu diesem Schritte um so leichter entschlossen, als er ein geeignetes Institut zur Verwirklichung dieser Absicht gefunden hat. Es ist dies die Geldinstituts-Zentrale, die vermöge ihrer Verbindungen mit den ihrem Verbaude angehörenden Gelbinstituten leichter als irgendein anderes Unternehmen in der Lage ist, das staatliche Klassenlotteriewesen zu organisieren und für den entsprechenden Absatz der Lose zu sorgen. Die Geldinstituts-Zentrale tritt jetzt mit den Hauptkollektoren in Verbindung, um sich ihrer Mitwirkung zu versichern. Als Leiter der staatlichen Klassenlotterie ist der Prokurist und Oberbuchhalter der Klassenlotterie-Aktiengesellschaft Madár Vas ausersehen, der als hervorragender Sachmann auf diesem Gebiete gilt und seine Erfahrungen in den Dienst der staatlichen Klassenlotterie stellen wird.

18. 7. 1917.

(Zentrale der Geldinstitute.) Die Direktion der Zentrale der Geldinstitute hat in ihrer heutigen Sitzung die Bilanz für das unvollständige Geschäftsjahr 1916 festgestellt, die nach Ueberprüfung durch den Aufsichtsrat der Generalversammlung unterbreitet werden wird. Das Geschäftsjahr hat formell am 1. Juni begonnen und somit sieben Monate umfaßt; die Organisation konnte erst am 1. Juli, die ordnungsmäßige Geschäftstätigkeit aber erst nach der Uebersiedlung in die ständigen Lokalitäten, Ende November, ihren Anfang nehmen. Die Daten der Bilanz sind die folgenden: Aktiva: Kassevorrat k 2,910.953.37; Bankguthaben und sonstige kurzfristige Kapitalsanlagen k 114,939.453.17; Debitoren gegen Effekten- und sonstige Deckung sowie Staatsstammenscheine k 29,326.278.38, zusammen k 147,176.684.92. — Passiva: Eigene Kapitalien: Geschäftsanteile Serie „A“ k 3,414.000 (als die ersten eingezahlten zehn Prozent der Geschäftsanteile Serie „A“ im Betrage von Nominale k 34,140.000); Geschäftsanteile Serie „B“ k 100,000.000; Verlustreserve k 25,000.000; gesamtes Eigenkapital k 128,414.000; fremde Kapitalien k 17,397.100.51; Transitposten und Zinsen k 198.700.13; Gewinn k 1,166.884.28, zusammen k 147,176.684.92. — Die Daten der Gewinn- und Verlustkontos sind die folgenden: Ausgaben: Spejen k 508.503.09; Wohltätigkeitspenden k 32.187.50; Gebühren der Geschäftsanteile k 421.640; sonstige Gebühren und Steuern k 305.139.30; Organisations-spejen k 199.350.73; Einrichtungsspejen k 190.467.81; Gewinn k 1,166.884.28, zusammen k 2,824.172.71. Einnahmen: Zinsen k 2,824.172.71, zusammen k 2,824.172.71. Bezüglich der Verwendung des Reingewinnes wird die Direktion der Generalversammlung beantragen, den Statuten entsprechend als sechsprozentige Dividende nach den Geschäftsanteilen der Serie „A“ k 118.849.14 auszubezahlen; dem ordentlichen Reservefonds als zehnprozentige Dotierung k 116.688.42, der Verlustreserve als zehnprozentigen Beitrag ebenfalls k 116.688.42, dem Pensionsfonds drei Prozent, das ist k 35.006.52 zuzuweisen und den Rest von k 779.651.78 dem königlich ungarischen Staatsrath nach den Geschäftsanteilen der Serie „B“ ausbezahlen. Hierauf nahm die Direktion mehrere Meldungen der Geschäftsleitung genehmigend zur Kenntnis, unter anderem, daß die Zentrale der Geldinstitute ihren Mitgliedern das Angebot gemacht hat, die Einlösung ihrer Dividendenkupons vorzunehmen. Nach dieser Richtung hat die Zentrale bisher von etwa 200 Instituten Aufträge erhalten. Weiter meldete die Geschäftsleitung, daß die Zentrale bisher in 54 Fällen um Revisionen ersucht wurde, und zwar zum Teil zur Vorbereitung von Sanierungen oder Fusionen; doch gab es darunter auch Institute, die ohne jede Sanierungsabsicht ihre Geschäftsgebarung von der Zentrale überprüfen zu lassen wünschten. Hierauf bewilligte die Direktion mehreren Geldinstituten außerordentliche Kredite, sie erbrachte Beschlüsse bezüglich der Uebernahme mehrerer Liquidierungen und ernannte zum Schluß auf Antrag der Geschäftsleitung Herrn Koloman Sándor, den bisherigen Prokuristen der Budapester Filiale der Anglo-Oesterreichischen Bank, zum Direktor-Stellvertreter. Den Tag der Generalversammlung stellte die Direktion einstweilen nicht fest, es wurde jedoch beschlossen, die Generalversammlung gegen Mitte April abzuhalten, da in diesem Zeitpunkte die Generalversammlungen der meisten Geldinstitute bereits stattgefunden haben, und es wünschenswert ist, daß in der Generalversammlung der Geldinstitutszentrale schon die Geschäftsgebarung und die Ergebnisse der vaterländischen Geldinstitute im vorhergehenden Jahre überblickt werden können. Den Tag der Generalversammlung und den Text des ihr vorzulegenden Berichtes wird die Direktion später feststellen.

18./II. 1917

Wirtschaftliche Wochenchronik.

12. Februar. Erhöhung des Notentontingents der Bank von Frankreich auf 20 Milliarden. — Der französische Finanzminister schreitet zur Emission neuer Landesverteidigungs-Obligationen und fünfjähriger Prämienobligationen.

13. Februar. Das englische Parlament votiert eine neue Kriegsanleihe von 550 Millionen Pfund Sterling. — Das amerikanische Repräsentantenhaus votiert Marinekredite im Betrage von 369 Millionen Dollar. — Die türkische Regierung wird vom Senat ermächtigt, mit der deutschen Regierung eine Vorschußanleihe im Betrage von 2 1/2 Millionen Pfund abzuschließen.

14. Februar. Deutschlands bisherige Kriegskosten offiziell mit 60 Milliarden Mark beziffert. — Maßnahmen zur Linderung der Kohlennot und Ermöglichung eines ganztägigen beschränkten Wiener Straßenbahnverkehrs. — Gründung einer Berliner Motorenengesellschaft unter Mitwirkung der Stadtwerke.

15. Februar. Aktivierung des Sacharinmonopols. — Eine Einschränkung der englischen Biererzeugung im Parlament angekündigt.

16. Februar. Maßnahmen des Amtes für Volksernährung zur Sicherung des Frühjahrsanbaues.

17. Februar. Die Bank von Frankreich wird durch ein Gesetz ermächtigt, die Vorschüsse an den Staat von 9 auf 12 Milliarden zu erhöhen. — Die französische Regierung verlangt von der Kammer für das zweite Vierteljahr 1917 einen Kriegskredit von 4574 Millionen und außerdem Nachtragskredite von 226 Millionen.

(Vaterländische Bank A.-G.) Die Vaterländische Bank A.-G. hat gestern unter Vorsitz des Direktionspräsidenten Baron Ernst Daniell ihre zweiundzwanzigste ordentliche Generalversammlung abgehalten. Zu der 41 Aktionäre in Vertretung von 100.948 Aktien erschienen waren. Wie aus dem Direktionsbericht hervorgeht, beträgt der Reingewinn des Geschäftsjahres 1916, der das vorjährige Ergebnis um R. 474.638 übersteigt, mit Hinzurechnung des Gewinnvortrages R. 4.972.418, was einer 12,43prozentigen Verzinsung des Aktienkapitals entspricht. Die Generalversammlung nahm den Bericht gütlich zur Kenntnis, erteilte der Direktion und dem Aufsichtsausschuss das Absolutorium und beschloß, von dem Reingewinn, der nach Abschlag der statutenmäßigen Abzüge zur Disposition verbleibt, den Aktiencoupon Nr. 22 vom 19. d. an mit R. 16.— einzulösen, den Reservefonds mit R. 550.000 zu dotieren, der Bankgebäudereserve R. 100.000 zuzuführen, R. 75.000 zugunsten der Beamten zu verwenden, dem Reservefonds R. 50.000 zu überweisen und den Restbetrag von R. 423.181 auf neue Rechnung vorzutragen. Hierauf wurden die Mitglieder des Aufsichtsausschusses auf drei Geschäftsjahre gewählt. Auf Antrag des Aktionärs Josef von Stetina votierte die Generalversammlung der Direktion, besonders dem Generaldirektor Edmund v. Sztanji, den beiden geschäftsführenden Direktoren sowie den Beamten für ihre erfolgreiche Tätigkeit Dank und Anerkennung.

20. II. 1918

118

Feinde, die geschont werden. In der „Grazer Tagespost“ schreibt Steinwender: Vor zwei Jahren haben wir verlangt, daß die Angehörigen feindlicher Staaten aus der Verwaltung der österreichischen Aktiengesellschaften ausgeschlossen werden. Sie sind aber noch immer darinnen und beziehen ihre Löhnen aus österreichischer Arbeit und aus österreichischem Verbrauch, Franzosen, Engländer, Reichsitaliener und Belgier sitzen, um nur einige Beispiele anzuführen, in der Bodenkreditanstalt, der Länderbank, der Lombard- und Eskomptebank, der Assicurazioni Generali, der Rionione Adriatica, der Südbahn, der Staatseisenbahngesellschaft, der Triester Kohlenwerke, der Gesellschaft zur Ausbarmachung der Wasserkräfte Dalmatiens. Wir schicken ihnen zwar das Geld nicht zu, aber wir lassen es auf Zinsen anlegen, damit die Herren Gottinguer, Chaudoir, Treves, Besso, Germini, Pereire, Griolel u. s. w. ja nicht böse seien auf uns. Zwar hat die Banca commerciale in Mailand schon vor der italienischen Kriegserklärung die österreichischen Verwaltungsräte hinausgeschmissen, aber für uns schicken sich offenbar dergleichen unartige Manieren nicht. Länger als zwei Jahre nach Kriegsbeginn wurde der englische Direktor der Zellulosefabrik im Gallein belassen, obwohl uns die Zellulose unentbehrlich ist und obwohl man darauf gekommen ist, daß Mister Davis mindestens 1,200.000 Kronen an Steuern defraudiert hat. Endlich hat man ihn beseitigt, aber es wäre vielleicht nicht zu viel gewesen, wenn man sich bei mir bedankt hätte . . .

Der Abend
20. VII. 1917

119

Böhmische Industrialbank.

Immer und bei jedem Anlasse auf die dunklen Beziehungen der Banken untereinander hinzuweisen, ist die dringende Pflicht der wenigen Zeitungen, die den Dienst des öffentlichen Wohles höher als den der Geldmächte stellen und Aufklärung zu verbreiten suchen. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß die Böhmisch-ungarische Industrialbank in Budapest, deren Redaktionsbericht die Zeitungen — selbstverständlich einzig und allein in der Absicht, seine günstigen Ergebnisse anzupreisen — gestern mitgeteilt haben, in der innigsten Beziehung zu der Böhmischen Industrialbank steht, deren Geschäftsbeziehung zu einigen verhafteten Preistreibern so peinliches Aufsehen gemacht haben. Die Direktoren der einen Bank gehören nach bekannten Mustern der anderen als Verwaltungsräte an, und insbesondere gilt das von dem Direktor der Wiener Zweigniederlassung, Herrn Anton Spitalsky, der es bisher nicht notwendig gefunden hat, sich von den Beschuldigungen, die gegen ihn erhoben worden sind, zu reinigen. Ein ganz unmöglicher Versuch, es durch eine sogenannte Berichtigung zu versuchen, scheiterte Mäglich; offenbar hat sich der Herr entschlossen, es nun der alles heilenden Zeit zu überlassen; sie soll auch die Wunden heilen, die dem Ansehen und dem Vertrauen zu seiner Bank geschlagen worden sind. Da es sich aber um die Beteiligung an Preistreibern mit Lebensmitteln handelt, wird dafür gesorgt werden müssen, daß man sich nicht hinter dem kurzen Gedächtnis der Öffentlichkeit verkriechen könne, weder diese kleine und deshalb weniger schädliche Bank noch die Allgemeine Verlehrsbank, die auch glaubt, wenn sie sich allen Fragen und Vorwürfen gegenüber taub stelle, werde man ihre Geschäftsbeziehungen zum Herrn Bosel vergessen. Aber auch das wird nicht gelingen, denn wenn sie jetzt selbst dort Bundesgenossen und Beschützer haben sollte, wo man es am wenigsten erwarten möchte, so werden doch wieder Zeiten kommen, wo man sogar an die großmächtigsten Banken wird Fragen richten dürfen, ohne an diesem gemeinnützigen, die Öffentlichkeit vor Schaden bewahrenden Beginnen gehindert zu werden.

Für den Fall, daß die dunkeln Geschäfte geleugnet werden sollten — die Wahrheit totschweigen und die Tatsachen ableugnen gehört ja zu den beliebten Geschäftspraktiken — wird der Böhmischen Industrialbank nachstehend mit dem wortgetreuen Abdruck eines Mundschreibens aus der allerjüngsten Zeit geantwortet, Brünn, 16. Februar, also lange nachdem die Wiener Zweigniederlassung durch die Verhaftung ihres Geschäftsfreundes ein deutliches Warnungszeichen erhalten hatte. Es ist in Maschinschrift hergestellt und lautet:

Herrn

Mit unserem ergebenen Schreiben gestatten wir uns Sie wiederholt auf unser Institut höflichst aufmerksam zumachen und empfehlen Ihnen unsere Dienste für Ihre gesamten Geldtransaktionen.

Zu diesem Behufe proponieren wir Ihnen sich in unseren Büchern ein provisionsfreies Giro-Konto eröffnen zu lassen auf welchem wir Ihnen an Zinsen bis auf Weiteres

3 ½ %

vergüten werden.

Wir sind überzeugt, dass Sie durch volle Ausnützung dieses Girokontos viel an Zinsen gewinnen würden.

Bei dieser Gelegenheit teilen wir Ihnen höflichst mit, dass wir uns auch mit der Finanzierung ärarischer sowie auch Warenlieferungen befassen und wäre es uns sehr angenehm, wenn Sie im

Bedarfsfalle sich an uns wenden wollten.

Auch in allen Kreditangelegenheiten verbunden mit Wertpapieren empfehlen wir Ihnen sich an unsere Anstalt vertrauensvoll zu wenden.

Ihren werten baldigen Nachrichten mit Interesse entgegensehend, zeichnen wir

hochachtungsvoll

BÖHMISCHE INDUSTRIAL-BANK
Filiale in Brünn.

Unterschriften unleserlich.)

(Was allerdings in gewissen Fällen die Ermittlung der Täter nur erschwert, aber nicht vereitelt.)

23. II. 1917

122

(Oesterreichisch-ungarische Bank.) In der gestern in Budapest unter dem Vorsitz des Gouverneurs Dr. Popovics abgehaltenen Generalratsitzung der Oesterreichisch-ungarischen Bank erstattete, wie telegraphisch gemeldet wird, Generalsekretär v. Schmid den üblichen Bericht über den Stand der Bank. Ein Antrag auf eine Zinsfußänderung wurde nicht gestellt. Im übrigen wurden nur Gegenstände der laufenden Verwaltung erledigt. In seinem Bericht führte Generalsekretär v. Schmid unter anderem aus: „Die mit dem 1. d. eingetretene Verschärfung des U-Bootskrieges dürfte eine Anzahl von neutralen Staaten, wie Holland, die Schweiz und die drei nordischen Königreiche, nötigen, verschiedene Bedarfsartikel, wie Kohle, Holz, Petroleum und andre, welche sie sich bisher vornehmlich aus England und Amerika beschafft haben, aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu beziehen, so daß die Hoffnung vielleicht nicht ungerechtfertigt ist, daß es gelingen wird, einem weiteren Steigen der Devisenkurse dieser Staaten vorzubeugen. Der Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika hat bei uns zunächst eine Beunruhigung und eine etwas schwächere Haltung des Anlagemarktes zur Folge gehabt. Eine Ausnahme machten die Kriegsanleihen der beider Staaten der Monarchie. Die beiden ersten österreichischen Kriegsanleihen sind mit Rücksicht auf die günstigen Bedingungen, die für ihre Konversion in die Titres der fünften Kriegsanleihe geboten wurden, etwas gestiegen, während sich die ungarischen Kriegsanleihen in der Zeit vom 16. Jänner bis 20. Februar d. J. um 80 Heller bessern konnten. Die dreiprozentige, die 3½prozentige und die vierprozentige deutsche Reichsanleihe sind in demselben Zeitraum durchweg um ½ Prozent gestiegen. Dagegen haben die englischen Konsols ihre scharf rückgängige Bewegung weiter fortgesetzt. Sie sind in der Zeit vom 16. Jänner bis 20. Februar d. J. um weitere 1¼ Prozent, und im Laufe der beiden letzten Monate, vom 19. Dezember 1916 20. Februar d. J. um 3¾ Prozent zurückgegangen. Bei ihrem gegenwärtigen Kurs von 52 Pfd. St. verzinzen sie sich bereits mit 481 Prozent, also beträchtlich besser als die Titres der deutschen Reichsanleihen, von denen die dreiprozentige zu ihrem demaligen Kurs von 66½ Mark nur 452 Prozent trägt. Die dreiprozentige französische Rente und die fünfprozentige französische Kriegsanleihe waren gleichfalls rückgängig. Letztere trägt zu ihrem jetzigen Kurs von 87.70 Franken 57 Prozent.

25. / II. 1917

Wirtschaftliche Wochenchronik.

18. Februar. Konstituierung des ungarisch-deutschen Wirtschaftsverbandes. — Die Bank von Frankreich wird zur Erhöhung der Vorschüsse an den Staat von 9 auf 12 Milliarden Franken ermächtigt.

19. Februar. Verlängerung der Umlaufzeit der französischen Landesverteidigungsobligationen auf zwanzig Jahre. — Gesamtergebnis der letzten italienischen Kriegsanleihe 1740 Millionen Lire, davon nur 1150 Millionen neues Geld. — Der Jännerausweis des englischen Außenhandels zeigt ein Handelspassivum von 44 Millionen Pfund Sterling. — Auflösung der Verstaatlichung der ungarischen Klassenlotterie.

20. Februar. Schaffung eines praktischen Beirates des Volksernährungsamtes. — Der Wiener Gemeinde wird ein Angebot auf Übernahme einer 4½prozentigen Kommunalanleihe von 250 Millionen Kronen gemacht, davon 100 Millionen zur Rückzahlung der 5½prozentigen Kassenscheine von 1916. — Der türkische Senat genehmigt die Gründung der Ottomanischen Nationalkreditbank, die später an Stelle der Banque Ottomane Staatsbank werden soll.

21. Februar. Dem deutschen Reichstag wird ein neuer Kriegskredit von 15 Milliarden Mark vorgelegt, ferner ein Gesetzentwurf betreffend einen 20prozentigen Zuschlag zur Kriegsgewinnsteuer und ein Gesetzentwurf, wonach eine 20prozentige Kohlensteuer vom Werte der im Inland gewonnenen und auch der aus dem Ausland kommenden Kohle eingeführt werden soll.

22. Februar. Anordnung einer beschleunigten Liquidierung der Geschäfte feindlicher Untertanen in England.

23. Februar. Der Wiener Gemeinderat genehmigt das Anleiheangebot des Bankensyndikats. — Der deutsche Reichstag votiert fast einstimmig den neuen Kriegskredit von 15 Milliarden.

24. Februar. Der Ausweis über den Eisenabfab im Monat Jänner zeigt gegen den gleichen Monat des Vorjahres keine weitere Vermehrung. — Die Vorschüsse der Bank von Frankreich an den Staat auf 9 Milliarden gesteigert. — Weitgehende Aus- und Einfuhrverbote in England.

Die Waffenbrüderliche Vereinigung.

Ein österreichischer Vortragsabend.

Berlin, 24. Februar. (Privattelegramm.) Die Waffenbrüderliche Vereinigung veranstaltete heute abends 8 Uhr im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses einen österreichischen Vortragsabend, für dessen außerordentlich eindrucksvollen Verlauf schon die Namen der österreichischen Gäste, Geheimen Rates Dr. Klein und Professor der Wiener Universität Dopich, bürgten. Mit Bedauern mußte die glänzende Versammlung, die den großen Saal in allen Teilen füllte, auf die Vorträge zweier anderer angemeldet gewesener Gäste verzichten. So war Bürgermeister Dr. Weiskirchner beruflich verhindert, zu erscheinen.

Dr. Klein entwarf ein großzügiges Bild vom Parallelismus in beiden Reichen in allen wirtschaftlichen Grundrichtungen. Er hob neben der Uebereinstimmung auch die früheren Gegensätze hervor, vor allem den Uebergang Bismarcks zu einem Zollsystem, welches der deutschen Produktion in ihrer Gesamtheit eine Vorzugsstellung vor der ausländischen geben sollte. Er besprach sodann den Uebergang zu dem Bestehen der mitteleuropäischen Handelsverträge, welche die Unentbehrlichkeit und den politischen Nutzen des mitteleuropäischen Gedankens vorausahnten. Im Rückblick erscheint, so sagte der Redner, die damalige Begründung des jetzigen zollpolitischen Verhältnisses als große politische Tat. Die neuere österreichische Wirtschaftspolitik ist noch klein, in ihren Grundzügen aber in vielen Einzelheiten von der des Deutschen Reiches nicht wesentlich verschieden. Beide Länder wenden ihre Sorgfalt gleichmäßig dem gesamten Erwerbs- und Verkehrsleben zu. Landwirtschaft und Handwerk sind auf beiden Seiten die Sorgenkinder, und auch die Anstalten und Einrichtungen des allgemeinen Wirtschaftslebens stimmen in der Hauptsache überein. In einzelnen Beziehungen, so in bezug auf die Aktiengesellschaften und die gewerblichen Verbände, gehen die Bindungen in Oesterreich weiter als in Deutschland.

Dann fuhr Dr. Klein fort: Die Organisation und die wesentlichsten Anstalten der Kriegswirtschaft sowie die ganze Kriegswirtschaftspolitik sind in Oesterreich und im Deutschen Reich gleich. Der Krieg fügt aber eine weitere Uebereinstimmung hinzu: die Gleichheit der wirtschaftlichen Aufgaben der nächsten Zukunft. Die Mittelmächte standen vor dem Kriege verschieden äußeren Handelspolitik. Angesichts der ihnen an Leben gehenden Absichten der Feinde verschwinden aber diese Unterschiede. Es gibt nur die Wahl, sich zu unterwerfen oder im Kriege gemeinsam vorzugehen und für den Frieden die Zulassung der ungeheuren Gebieten durchzusehen, welche die Feinde kontrollieren, und zwar nicht nur wegen der Ausfuhr, sondern noch mehr als Bezugsquelle für anders nicht erreichbare unentbehrliche Rohstoffe. Gegenüber der Notwendigkeit solcher gemeinsamen

Handelspolitik dürfen zwischen den beiderseitigen Volkswirtschaften etwa bestehende Wettbewerbsverhältnisse nicht ins Gewicht fallen. Ein engeres wirtschaftliches Verhältnis muß ein gesunder lebenskräftiger Gedanke sein, sonst würde er nicht durch ein halbes Jahrhundert immer wiederkehren und stets überzeugte Anhänger finden. Die gegenwärtige österreichische Regierung hat gleichfalls die Umbildung solcher enger wirtschaftlicher Beziehungen in ihr Programm aufgenommen, und eine maßgebende Persönlichkeit der deutschen Regierung hat vor einigen Wochen geäußert, daß die Einigkeit des Bündnisses auch auf dem Gebiete der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen mehr und mehr zum Ausdruck kommen müsse. Die Wirtschaftspolitik dient nicht bloß der Volkswirtschaft, sondern auch höheren außerswirtschaftlichen Zwecken. Diese sind technischer, geistiger, sittlicher und staatlicher Fortschritt oder mit einem andern Worte: Kultur. Die Wirtschaftspolitik verrichtet Kulturarbeit. Große Wirtschaftspolitik ist große Kultur. Die neuere Wirtschaftspolitik verstärkt daher das Band reicher Kultur, welches die beiden Reiche umschließt. Sie ist ein Zeichen mehr für die Kulturgemeinschaft und fördert sie. Große Kultur der beiden Ländergebiete ist der geistige Unterbau und die Erklärung ihrer großen Wirtschaftspolitik.

Von den beiden angestrebten Zwecken der Waffenbrüderlichen Vereinigung wird das gegenseitige Bekanntheitwerden zwischen Oesterreich und Deutschland nicht schwer sein. Dagegen steht außerhalb des politischen und militärischen Gebietes ein Engergestalten des Zusammenschlusses, wenn er nicht etwa rein oberflächlich sein soll, vorläufig noch auf den Streit der Wirtschaftsgruppen um den Markt. Er hat im Laufe des Krieges einiges von seiner Schärfe verloren, namentlich in österreichischen Wirtschaftskreisen. Bevor er aber nicht befriedigend ausgetragen ist, haben die andern Ausgleichungen bei der rechtlichen Aufschauung und dem Zueinandergreifen sozialpolitischer Einrichtungen nur geringen Wert. Die waffenbrüderlichen Vereinigungen werden nicht über irgendeine Formel der wirtschaftlichen Verständigung zu werben haben, sie müssen vielmehr das Bewußtsein der alten geschichtlichen Gemeinschaft und der gegenwärtigen zahlreichen materiellen und geistigen Verflechtungen so lebendig machen, daß nach andern Richtungen zeigende wirtschaftliche Sonderinteressen nicht anders können, als sich wie sonst im eigenen Staate auch jetzt der höheren überstaatlichen Gemeinschaft und den Erfordernissen ihrer Erhaltung unterzuordnen. Diese Arbeit findet die Oesterreicher in Reich und Glied mit den Deutschen in hoffnungsvoller Zuversicht. Die Verbündeten müssen im Frieden ebenso stark wie ihre tapferen Heere und Truppen im Kriege werden, um der unerschöpflichen Verlogenheit und Heuchelei und dem bösen Willen der vielen Feinde nicht zu erliegen und ihre politischen Daseinsrechte sowie ihren Anteil an den Gütern der Erde und der Selbstkultur wie am Fortschreiten der Menschheit zu erwerben.

25. II. 1917

Vereinigte Budapester Hauptstädtische Sparkasse.

Die Vereinigte Budapester Hauptstädtische Sparkasse hielt um 4 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz des Geheimen Rates Barons Friedrich Sarkányi ihre 70. ordentliche Generalversammlung, der 94 Aktionäre mit 4032 Aktien anwohnten. Der Präsident gedachte in seiner Eröffnungsrede des schweren Verlustes, den die Nation vor einiger Zeit durch das Hinscheiden des Königs Franz Josef I. erlitt, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es seinem glorreichen Nachfolger in Bälde gelingen wird, den schon seit so langer Zeit währenden Weltkrieg ruhmreich zu beendigen und dem Lande eine glückliche Zukunft zu sichern. Nach dieser von den Versammelten stehend angehört und mit lebhafter Zustimmung aufgenommenen Rede beehrte der Präsident den Subdirektor Dionys Szénássy mit der Führung, die Aktionäre Dr. Karl Bocklor und Michael Vápló aber mit der Authentifikation des Protokolls. Hierauf gelangte der Bericht der Direktion zur Vorlage, der sich in eingehender Weise mit den wirtschaftlichen Vorgängen im dritten Kriegesjahre beschäftigt und feststellt, daß das Institut seinen Interessentkreis unter den unsicheren Verhältnissen nicht erweitert, sondern seiner Traditionen getreu und den reinen Sparkassencharakter des Instituts beständig vor Augen haltend, alle seine Kräfte — bei sorgfältiger Bewahrung der Mobilität des Instituts — beinahe ausschließlich der Besorgung und Pflege seiner bestehenden gesunden laufenden Geschäfte gewidmet hat. Die in dieser Richtung entfaltete Arbeit des Instituts lieferte trotz der schweren wirtschaftlichen Verhältnisse ein befriedigendes Geschäftsergebnis, das die unveränderte Aufrechterhaltung der im Vorjahre erhöhten Dividende ermöglicht. Von den Geschäftszweigen des Instituts konnte sich der Verkehr des Wechselkomptagegeschäftes im Hinblick darauf, daß die Kreditansprüche sich wesentlich verringert haben, nur in engen Grenzen bewegen. Das Hypothekendarlehensgeschäft aber konnte sich infolge der gänzlichen Stagnation des Baugewerbes nicht weiter entwickeln. Gingen war der Verkehr in Vorschüssen auf Wertpapiere außerordentlich lebhaft, der Stand der Einlagen des Instituts aber hat sich stark erhöht. Auf die bisher zur Subscription gelangten fünf Kriegsanleihen hat das Institut samt der eigenen Zeichnung von 18 Millionen Kronen Zeichnungen im Betrage von über 121 Millionen Kronen gesammelt. Für Kriegswohltätigkeitszwecke hat das Institut bisher annähernd eine Viertelmillion Kronen geopfert. Die Generalversammlung nahm den Bericht beifällig zur Kenntnis, akzeptierte die auf die Verwendung des Reingewinnes bezüglichen sämtlichen Anträge der Direktion, erteilte das Absolutorium und votierte auf Antrag des Aktionärs Dr. Karl Bocklor der Direktion, dem Generaldirektor Ludwig Szécsi und dem Beamtencorps Dank und Anerkennung. Ferner beschloß die Generalversammlung, von dem Reingewinn des vergangenen Jahres im Betrage von k 3.483.544.45 nach Ausschreibung der statutenmäßigen Abzüge im Betrage von k 296.842.55 als außerordentliche Remuneration für die Instillationsbeamten und Diener k 30.000 zu bewilligen, zur Einlösung des am 1. April l. J. fälligen Kupons der im Umlauf befindlichen 25.000 Stück gesellschaftlichen Aktien je k 100, daher k 2.500.000 als Dividende unter die Aktionäre zu verteilen und den Rest von k 556.701.90 als Gewinn für das Jahr 1917 zu übertragen. Nachdem die Generalversammlung noch das Andenken des auf dem Felde der Ehre gefallenen Anstaltsbeamten Anton Gohmann im Protokoll verewigt hatte, erinnerte Aktionär Dr. Bocklor daran, daß der allgemein verehrte Präsident der Sparkasse Geheimer Rat Baron Friedrich Sarkányi in seltener körperlicher und geistiger Frische sein 90. Lebensjahr vollendet hat, und gab unter allgemeiner begeisterter Zustimmung dem Wunsch Ausdruck, daß die Vorsehung ihm noch recht lange gesund und frisch erhalten möge. Unter lebhaften Ovationen dankte Baron Sarkányi für die Ehrung und erklärte die Generalversammlung hierauf für geschlossen. — Die Dividende von k 100 pro Aktie gelangt vom 26. Februar an bei den Institutskassen zur Auszahlung.

26. II. 1917

**Ein Warenkredit Oesterreich-Ungarns
an die Türkei.**

Konstantinopel, 21. Februar. Die Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf unterbreitet, womit der Finanzminister ermächtigt wird, mit Oesterreich-Ungarn einen Vorschuß von 240 Millionen Kronen behufs Bezahlung von in Oesterreich-Ungarn hergestellten Warenläufen abzuschließen.

Zeitsähe für die Uebergangswirtschaft.

Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat an den Reichskommissar für die Uebergangswirtschaft Zeitsähe gerichtet, deren Inhalt kurz wiedergegeben werden mag. Grundsätzlich wird gefordert, daß die kriegswirtschaftlichen Einrichtungen sofort nach Friedensschluß aufgelöst werden. Wo das aus triftigen Gründen nicht möglich ist, soll wenigstens ein möglichst schneller Abbau stattfinden. Um Preisstrebereien zu verhüten, soll als Uebergangsmäßnahme eine Regelung des Verkehrs im Einvernehmen mit den wirtschaftlichen Berufsständen, insbesondere mit dem organisierten Großhandel erfolgen, und in rascher Folge zugunsten des ungehinderten Außenhandelsverkehrs gelockert werden. — Was den Außenhandel anbelangt, so ist die möglichst rasche Einfuhr möglichst großer Mengen der notwendigen Waren anzustreben. Um die Bausfrage brauche man sich nicht allzu sehr zu sorgen, sie sei vorwiegend eine Kreditfrage, und sowohl die deutschen Privaten wie die deutschen Banken und Firmen würden nach Friedensschluß die erforderlichen Kredite leicht erhalten. Allerdings sei dazu die möglichste Wiederbelebung der Ausfuhr erforderlich. Ausführverbote und Ausführbeschränkungen seien schnellstens zu beseitigen, die Ausfuhr noch im Kriege sei nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten; ebenso seien schon jetzt womöglich Ausfuhrwaren, z. B. Kali, Chemikalien usw., bereitzustellen. Bei der Kontingentierung der Einfuhrmengen müsse dem Großhandel sein relatives Friedenszufuhr-Kontingent überwiesen werden; er allein sei imstande, eine gleichmäßige Versorgung durchzuführen. — Der zentralisierte Einkauf im Auslande nach dem Muster der R. E. G. wird unter allen Umständen abgelehnt. Der freie Handel könne auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen und Beziehungen viel mehr leisten. Sollte ausnahmsweise dennoch zentralisierter Einkauf notwendig erscheinen, so solle er nicht durch monopolistische Kriegsgesellschaften, sondern durch freiere Einkaufsvereinigungen der beteiligten Wirtschaftsgruppen vorgekommen werden. Die Gefahr der Preissteigerung bestehe für die meisten Waren nicht; schon die Kontingentierung der Einfuhr verhindere sie. Wo sie dennoch befürchtet werden müsse, könnten vörsenmäßig organisierte Preiskontrollstellen eingerichtet werden, die dem deutschen Einkäufer Richtpreise vorschreiben. Die Einrichtung, Ausgestaltung und Leitung dieser Preiskontrollstellen sei unbedingt dem organisierten Fachhandel vorzubehalten. — Was den inneren Warenverkehr anlangt, so sei die Gefahr einer spekulativen Einlagerung der Waren gering, da die Preise fallende Tendenz haben werden; der organisierte Fachgroßhandel sei übrigens zur Kontrolle dafür, daß die kontingentierten Einfuhrwaren dem Verbrauch nicht vorenthalten werden, fähig und bereit. Das System der Höchstpreise würde versagen. Es sei auch überflüssig, da die Preise allgemein fallende Tendenz haben müssen. Außerdem haben die Behörden in der Freigabe ihrer aufgehäuften Vorräte das wirksamste Mittel der Preisregelung an der Hand. Dazu kommt, daß die Rationierung, die noch eine Zeit lang für eine Reihe von Waren wird beibehalten werden müssen, den Verbrauch einschränkt, und daß die Käufer selbst in Erwartung fallender Preise sich zurückhalten werden. — Schließlich wird hier und da auch eine Kontingentierung des inneren Warenverkehrs erforderlich sein, damit die Halbfabrikate der weiter verarbeitenden Industrie gleichmäßig zugeführt werden. Auch hier sei der Großhandel mindestens mit seinem Friedensprozentatz zu beteiligen. — Was die Wiedereingliederung der Arbeitskräfte anlangt, so sei der Großhandel bereit, im Einvernehmen mit den Verbänden der Handelsangestellten sein Möglichstes in dieser Richtung zu leisten. Ein gesetzlicher Zwang zur Wiedereinstellung sei aber undurchführbar und unannehmbar.

Breistreibereien bei der Depositenbank.

Eine Anklage gegen „Funktionäre“.

Die allerweltsoffiziöse Korrespondenz Wilhelm meldet heute:
Strafverfahren gegen Funktionäre der Depositenbank wegen Breistreiberei.

Wie wir erfahren, ist gegen mehrere Funktionäre der Allgemeinen Depositenbank von der Staatsanwaltschaft die Anklage wegen Breistreiberei erhoben worden. Es soll sich hierbei um durch die vor kurzem errichtete Warenabteilung der Bank vorgenommene Aufkäufe von Waren handeln, die zu ungerechtfertigt hohen Preisen weiter veräußert wurden.

Diese Mitteilung ist in sehr mannigfacher Beziehung bemerkenswert. Erstens schon deshalb, weil sie erfolgt. Es ist doch ganz unüblich, von Anklagen, die die Staatsanwaltschaft erhoben hat, den Zeitungen Mitteilung zu machen. Warum geschieht es aber hier? Das hat natürlich seinen besonderen Grund! Man hat nämlich bisher und seit langem die Mitteilungen über diese „Affaire“ unterdrückt; zum Beispiel in der Arbeiter-Zeitung am 30. Jänner; nun soll diese offiziöse Mitteilung das Unterdrücken vertuschen helfen. Erstaunlich ist weiter, daß man von „mehreren Funktionären der Depositenbank“ spricht, statt sie, was doch auch nicht sehr kompliziert wäre, zu nennen! Auf der einen Seite werden die Zeitungen von dem Herrn Statthalter eingeladen, für die kleinen Breistreiber einen öffentlichen Pranger zu eröffnen; die „mehreren Funktionäre der Depositenbank“ dürfen aber nicht genannt werden! Häßlich ist auch die Unbekanntschaft, die die offiziöse Mitteilung vorspielt („es soll sich handeln“), obwohl das, was geschehen ist, denen, die die Anklage kennen, doch genau bekannt sein muß. Eine nette Sache ist auch, daß der offiziösen Mitteilung von den Schwindeleien in der Depositenbank folgende Versicherung angefügt wird: „Diese Vorgänge stehen jedoch mit der übrigen Gebarung dieses Instituts nicht im geringsten Zusammenhang.“ Erste Frage: Da die Mitteilung vorgibt, nicht zu wissen, was geschehen ist, wie kann sie wissen, was nicht geschehen ist, nämlich, daß die „Vorgänge“, die sie nicht kennt, mit der „übrigen Gebarung“ nicht im Zusammenhang stehen? Zweite Frage: Was geht die „übrige Gebarung“ jene Amtsstelle, die die Mitteilung veranlaßt hat, an? Sind Amtsstellen dazu da, der Depositenbank ihre nichtkriminelle „Gebarung“ zu bestätigen?

Über alles sonstige Erstaunliche dieser Affaire werden wir uns später einmal unterhalten . . .

**Zu den Vorgängen bei der
Depositenbank.**

Herr Direktor Dr. Franz Schönwald von der Wiener Depositenbank teilt uns mit, daß die Meldung in unserem Morgenblatt, daß der Präsident des Verwaltungsrates Dr. Josef Franz verhaftet worden sei, nicht richtig sei. — Wir geben diese Mitteilung mit dem Bemerken wieder, daß die Nachricht von einer Stelle stammt, von der wir annehmen mußten, daß sie mit den Vorgängen in der Depositenbank auf das allernäueste vertraut sei. Wie wir von anderer Seite in Bestätigung dieser Richtigstellung erfahren, ist die Anklage erhoben, aber gegen die von uns Genannten mit einer Verhaftung nicht vorgegangen worden.

1. III. 1917

(Die österreichisch-ungarischen Kriegskosten.) Die Gazette de Lausanne vom 9. Februar bringt einen Artikel, gezeichnet Emile C., in dem berechnet wird, daß die Kriegskosten der Monarchie, falls der Krieg noch bis zum Schluß des Jahres 1917 dauern sollte, die Höhe von 120 Milliarden Kronen erreichen werden. Die Chiffre „Emile C.“ weist auf den Tessiner Journalisten Colombi, der, um der Verurteilung wegen im Interesse der Entente geübter Spionage zu entgehen, aus der Schweiz geflüchtet ist und nun in Mailand nicht nur gegen die Zentralmächte, sondern auch gegen sein Vaterland arbeitet. Er stützt sich auf den letzten Bericht der österreichischen Staatsschuldenkontrollkommission, der für Ende Juni 1916 einen Kriegsschuldenbestand von 24,5 Milliarden Kronen, um 10 Milliarden Kronen mehr als Ende Dezember 1915, aufweist. Dieses Plus von 10 Milliarden Kronen für sechs Monate bildet die Grundlage seiner Schlussfolgerungen. Er berechnet daraus die monatlichen Kriegskosten des ersten Semesters 1916 für Oesterreich allein auf 1,7 Milliarden Kronen, dekretiert, daß sie im zweiten Semester auf weit mehr als 2 Milliarden gestiegen sein müssen, und kommt auf diese Weise für Ende 1916 auf 40 Milliarden Kronen für die österreichische Reichshälfte allein. Für 1917 läßt er dann seiner Phantasie vollständig freien Spielraum und schwingt sich — unter Einbeziehung der alten österreichischen Staatsschuld — zu der Höhe von 80 Milliarden empor. Hierzu addiert er dann, indem er auch den Ungarn die entsprechende Phantasiequote einräumt, 40 Milliarden Kronen für Ungarn. Auf diese Weise gelangt er zu der oben erwähnten Ziffer von 120 Milliarden. In Wirklichkeit ist schon der Ausgangspunkt seiner Darstellungen unrichtig. Dem Schuldenzuwachs des ersten Semesters 1916 von 10 Milliarden Kronen steht nämlich ein Zuwachs an Aktivaforderungen und Kassenbeständen von mindestens 3½ Milliarden gegenüber. Ende Juni 1916 war die vierte Kriegsanleihe im Betrage von 4½ Milliarden bereits begeben, und sie figuriert daher zur Gänze im Schuldenstande Oesterreichs; die auf mehrere Monate gestapelten Einzahlungen auf diese Anleihe waren aber erst zum kleineren Teil eingeflossen; tatsächlich sind in den folgenden Monaten Juli bis September 1916 noch 2½ Milliarden auf die vierte Kriegsanleihe eingezahlt worden. Ferner ist zu berücksichtigen, daß zu Ende des Jahres 1915, als die Einzahlungen auf die dritte Kriegsanleihe im Gange waren, ein großer Teil der Kassenbestände zu einer teilweisen Abstattung auf das Darlehen der Regierungen bei der Notenbank verwendet worden war, während im Juni 1916 eine solche Transaktion nicht vorgenommen wurde; infolgedessen waren im Juni 1916 die baren Kassenbestände und Giroguthaben der Zivilstaatskassen und Militärkassen zirka 1 Milliarde Kronen höher als zu Ende des Jahres 1915. Daraus ergibt sich, daß der im Wege des Kredits bedeckte Staatsaufwand Oesterreichs im ersten Semester 1916 nicht 10 Milliarden, sondern höchstens 6½ Milliarden

betragen hat. Damit steht auch im Einflange, was der ungarische Finanzminister im abgelaufenen Jahre über die Kriegskosten Ungarns mitgeteilt hat, die er für die ersten 23 Monate auf 440 bis 460 Millionen Kronen im Monat geschätzt hat; legt man selbst die höhere Ziffer zugrunde, so ergibt sich auf Grund des Quotenverhältnisses für die ganze Monarchie erst ein Monatsdurchschnitt von 1264 Millionen Kronen. Und man kann annehmen, daß die Kriegskosten der Gesamtmonarchie zu Ende 1916 jene Summe, die Colombi für Oesterreich allein herausgebracht hat, nicht gar zu wesentlich überschritten haben. Mit den Zukunftskombinationen Colombis sich auseinanderzusetzen, hätte keinen Sinn, da sie ganz willkürlich sind, und wie gezeigt wurde, schon seine Darlegungen über die bisherigen Ergebnisse der Kriegswirtschaft sich als Schlussfolgerungen aus falschen Prämissen darstellen. Ueberdies ist die Behauptung Colombis falsch, daß in Oesterreich bisher kaum etwas geschehen ist, um für die Deckung der Kriegskosten in normalen Budgets vorzuzorgen. Vielmehr ist es die stete Sorge der österreichischen Regierung gewesen, für die durch den Schuldenzuwachs bedingten neuen Zinsfordernisse durch Er-

höhung der Einnahmen schon während des Krieges Deckung zu schaffen. Komisch wirkt es, wenn uns Colombi vorkhält, daß die Aufnahme von reichsdeutschen Anleihen im Betrage von 1284 Millionen Kronen nicht genügt hat, um unsere Devisenkurse in Ordnung zu bringen. Italien, das zehn Monate später in den Krieg eingetreten ist als wir, hat mehr als 3 Milliarden Lire im Ausland aufgenommen, und wie sehen die italienischen Devisenkurse aus!

2. III. 1917

(Die Temesvárer Bank und Handels-Aktiengesellschaft) hat am 28. Februar ihre X. ordentliche Generalversammlung abgehalten. Die ihr vorgelegten Schlussrechnungen weisen einen Gewinn von k 476.682.27 aus. Die Generalversammlung hat beschlossen, hievon zur Bezahlung einer achtprozentigen Dividende pro Aktie k 40 k 240.000 zu verwenden, den Reservefonds mit k 100.000 zu dotieren, wodurch die sichtbaren Reserven und Gewinnvortrag k 1.900.977.26 erreichen, was 63.36 Prozent des Aktienkapitals entspricht und pro Aktie k 316.80 beträgt, und die nach Abzug der statutenmäßigen Tantieme verbleibenden k 100.977.26 auf neue Rechnung vorzutragen. Der der Generalversammlung vorgelegte Jahresbericht weist darauf hin, daß die dem Institut nahestehenden Industrieunternehmen und Affiliationen durchweg ein günstiges Resultat aufweisen. Die Einlagen der Anstalt haben sich von k 7.311.563.74 auf k 12.893.317.38 erhöht. Auf die fünfte Kriegsanleihe wurden bei der Anstalt durch 1510 Parteien k 6.200.000 gezeichnet. Die Direktion des Instituts wurde durch die Neuwahl des Geheimen Rates Grafen Julius A m b r o z y ergänzt, der in der der Generalversammlung folgenden Direktionsitzung zum Präsidenten der Direktion gewählt wurde.

4. III. 1917

[Eine provisorische Verlängerung des Bankprivilegiums.] In der kürzlich veröffentlichten Besprechung über den Stand der Ausgleichsfrage ist mitgeteilt worden, daß eigentliche Verhandlungen über das Bankprivilegium bisher noch nicht aufgenommen wurden und die Frage der Erneuerung des mit Ende 1917 ablaufenden Privilegiums bisher nur flüchtig gestreift worden ist. Da heute niemand daran denkt, die Bankgemeinschaft aufzulösen, werden beide Staaten gewiß über-

einkommen, in dieser Richtung die bestehende Einrichtung aufrecht zu erhalten. Andererseits hat der Krieg im Verhältnis zwischen beiden Staaten und der Bank durch die neuen Schuldverpflichtungen der Regierungen so wichtige Veränderungen herbeigeführt, daß eine Klärung erst erfolgen kann, wenn es möglich ist, die Lasten des Krieges vollständig zu überblicken. Unter solchen Umständen versteht es sich von selbst, daß der Gedanke an eine provisorische Verlängerung des Bankprivilegiums vom 1. Januar 1918 ab aufsteht. Da bis dahin eine volle Klärung der Verpflichtungsfrage zwischen den beiden Staaten der Monarchie und der Bank kaum zu erwarten ist, dürfte wohl das Bankprivilegium auf ein Jahr bis Ende 1918 provisorisch verlängert werden.

Z. III. 1917

(Die Zwangsverwaltung der Rumänischen Nationalbank.) Die Deutschen haben in Belgien, die Oesterreicher in Serbien nach der Okkupation Ordnung in den Geldumlauf gebracht, nachdem die in Betracht kommenden Noteninstitute durch Flucht der maßgebenden Faktoren und Wegbringung des Goldschatzes eigentlich außer Funktion getreten waren. Nunmehr wird, wie mitgeteilt, auch in Rumänien seitens der Militärverwaltung eine Verfügung getroffen, die geeignet ist, die monetären Verhältnisse wieder auf eine feste Grundlage zu stellen. Die Rumänische Nationalbank ist in Zwangsverwaltung genommen worden, nachdem die Mehrzahl der leitenden Bankfunktionäre sich außerhalb des besetzten Gebietes befinden. Der Goldschatz ist weggebracht worden. Die eingesetzte Zwangsverwaltung ist mit den Befugnissen der früheren Bankleitung ausgestattet worden und wird demnach auch jene Vermögensbestandteile der Rumänischen Nationalbank zu verwalten haben, die sich noch im Bereiche der verbündeten Mächte befinden. Zu diesen Vermögensbestandteilen gehören in erster Linie Wechselforderungen der Bank, durch welche ein Teil der Notenemission fundiert ist. Die Forderungen sind durch das erlassene Moratorium gestundet worden. Die Notenausgabe ist bekanntlich jüngst in den okkupierten Gebieten geregelt worden, und zwar durch Ausgabe von neuen Lei, mit deren Emission die Banca Generala betraut wurde. Die neuen Lei sind durch Mark- und Kronendepois bei der Deutschen Reichsbank fundiert.

Böhmische Industrialbank.

Prag, 6. März. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) Der Verwaltungsrat der Böhmischen Industrialbank hielt heute seine Bilanzsitzung für 1916 ab. Die Bank weist einschließlich des Uebertrages vom Jahre 1915 nach Abzug der Verwaltungskosten, Steuern und Abschreibungen einen Reinertrag von 2.564.900 Kronen (+ 768.735 Kronen gegenüber dem Vorjahre) aus. Es wurde beschlossen, der am 22. März stattfindenden Generalversammlung nach Dotierung des Reservefonds die Gewährung einer Dividende von 5 Prozent (gegen 4 Prozent im Vorjahre), d. i. 20 Kronen per Aktie, vorzuschlagen und den Rest von 157.809 Kronen auf neue Rechnung vorzutragen.

Pester Ungarische Kommerzialbank.

Budapest, 6. März.

Die Direktion der Pester Ungarischen Kommerzialbank hat infolge der durch den Krieg verursachten Arbeitsschwierigkeiten viel später denn sonst die Schlussrechnungen der Anstalt für das verflossene Geschäftsjahr festgestellt und gibt diese in der folgenden gedrängten Zusammenfassung bekannt:

Der Bruttogewinn beträgt unter Hinzurechnung des Vortrages aus dem vorigen Jahre k 26.836.055,63 (im Vorjahre k 23.303.033,30), die Geschäftskosten belaufen sich auf k 6.777.757,77 (im Vorjahre k 5.215.518,95), so daß als Reingewinn den Vortrag miteingerechnet, k 20.058.297,86 verbleiben (im Vorjahre k 18.087.514,35); nach Abzug der aus dem Jahre 1915 vortragenen k 2.053.291,30 stehen als Reinertrag des Berichtsjahres k 18.005.006,56 vor uns. Dies entspricht einer Verzinsung des 64 Millionen Kronen betragenden Aktienkapitals mit 28,13 Prozent, während das Vorjahr 24,99 Prozent von dem 62,5 Millionen Kronen betragenden Aktienkapital brachte. Die Bank hat dieses Ergebnis nach weiteren strengen Reservierungen erreicht, obgleich ihre Geschäftskosten um k 577.226,04 angewachsen sind und sie Kriegsfürsorgezwecken und Kriegsausgaben nicht weniger als k 1.657.899,05 (außer der Halbmillionenstiftung für die Kriegsinvaliden) zugewendet hat.

Die Kriegslage hat sowohl in den kommerziellen Placements als auch im Devisengeschäft einen Ausfall verursacht, der jedoch durch die große Ausbreitung des Kommittententrefees, aus dem Anwachsen der Einlagen um mehr als 500 Millionen und aus der sehr großen Zunahme des Verkehrs wettgemacht wurde, die sowohl das Zinsen- und Provisionkonto als auch das Geschäftsergebnis der Filialen anwachsen ließen. Die Bilanz verrechnet außer dem Nutzen des laufenden Geschäftes den Gewinn mehrerer Finanztransaktionen, namentlich:

der IV. und V. ungarischen Kriegsanleihe; des Schnidats zur Emission der 5 $\frac{1}{2}$ prozentigen Staatsklassenscheine vom Jahre 1915; der 4 $\frac{1}{2}$ prozentigen amortisablen Rente vom Jahre 1914; der Uebernahme der fünfprozentigen auf Mar. lautenden und der 5 $\frac{1}{2}$ prozentigen auf Kronen lautenden Staatsklassenscheine vom Jahre 1916; der Emission des sechsprozentigen Anlehens der Haupt- und Residenzstadt Budapest; der Schaffung einer Interessengemeinschaft der Ersten Budapester Dampfmühlen A.-G. einerseits mit der Pester Walzmühle A.-G., andererseits mit der Provinzmühlengruppe der Bank; die Mitwirkung an der Kapitalserhöhung der Ersten Budapester Dampfmühlen A.-G., der Ersten Ungarischen Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik A.-G., ferner der Oberungarischen Berg- und Hüttenwert-A.-G., der Vereinigten Glühlampen- und Elektrizitäts-A.-G. und der Vereinigten Elektrizitäts-A.-G.; den Verkauf der Aktien der Zagreber Elektrischen Tramway A.-G. und der Bukarester Luther Bierbrauerei A.-G., sowie die Durchführung der Fusion der „Königs-Bierbrauerei“ in Nagyhantizsa und der Nagyhantizsaer Bierbrauerei.

Die Direktion wird der am 26. März L. Z. abzuhaltenden Generalversammlung, in der sie gleichzeitig den fünfundsiebzigjährigen Bestand der Anstalt feiert, den Antrag stellen, von dem k 20.058.297,86 betragenden Reingewinn k 180 pro Aktie als Dividende (im Vorjahre k 170) auszuschütten, der Dividendenreserve k 1.500.000 zuzuführen (im Vorjahre k 1.750.000), als Abschreibung auf die Gebäude der Bank weitere k 700.000 (im Vorjahre k 834.000) zu verwenden. Außerdem hat die Direktion aus Anlaß des Jubiläums Kriegsfürsorgezwecken eine Million Kronen, als Jubiläumsgeschenk für den Beamtenförder sowie der Bedeckung der mit dem Jubiläum zusammenhängenden Spefen k 600.000 zugedacht. Schließlich wurden aus den latenten Reserven 2,5 Millionen Kronen zur Stärkung des Pensionsfonds verwendet. Als Gewinnvortrag für das Jahr 1917 verbleiben k 2.025.446,75 (im Vorjahre k 2.553.291,30). Nach dieser Dotation erhöhen sich die gesamten sichtbaren Reserven der Bank auf Grund der Durchführung der Kapitalserhöhung auf rund 153 Millionen Kronen, der Wertverminderungsfonds des Bankgebäudes jedoch auf k 8.399.000; die ausgewiesene Zunahme des inneren Wertes beträgt daher pro Aktie k 23,5, in der die auf das kommende Jahr übertragene und für jede Aktie k 25 ergebende Summe nicht inbegriffen ist.

10. III. 1917

Das türkische Vorschußgeschäft mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Konstantinopel, 8. März. Die zwischen der Kammer und dem Senat entstandene Meinungsverschiedenheit in bezug auf die Notwendigkeit der parlamentarischen Genehmigung der Gesetzesverordnung über den Abschluß des ersten Vorschußgeschäftes mit Oesterreich-Ungarn in der Höhe von 47,025,000 K. und mit Deutschland in der Höhe von 80 Millionen Kronen, die zur Ausgabe der ersten Serie des türkischen Papiergeldes, der sogenannten Goldscheine, dienen, ist nunmehr ausgeglichen worden, indem auch der Senat die Gesetzesverordnung nachträglich genehmigte, die nunmehr im Amtsblatt als definitives Gesetz erscheint.

10. III. 1917

**Das österreichisch-ungarisch-deutsche Vorschn-
geschäfte an die Türkei.**

Konstantinopel, 8. März.

Die zwischen der Kammer und dem Senat entstandene Meinungsverschiedenheit in bezug auf die Notwendigkeit der parlamentarischen Genehmigung der Gesetzesverordnung über den Abschluß des ersten Vor-
schußgeschäftes mit Oesterreich-Ungarn in der Höhe von 47,025.000 Kronen und mit Deutsch-
land in der Höhe von 80 Millionen Kronen, die zur Ausgabe der ersten Serie des türkischen Papiergeldes, der sogenannten Goldscheine, dienen, ist nunmehr aus-
geglichen worden, indem auch der Senat die Gesetzes-
verordnung nachträglich genehmigte, die nunmehr im
Amtsblatt als definitives Gesetz erscheint.

10. / III. 1917

[Kommerz- und Diskontobank.] Aus Berlin wird gemeldet: Die Rechnungsabschlüsse der Kommerz- und Diskontobank Hamburg-Berlin für das Jahr 1916 werden veröffentlicht. Die Dividende wird mit 6 Prozent gegen 4 1/2 Prozent im vorigen Jahre vorgeschlagen. Während der beiden ersten Kriegsjahre hatte nämlich die Kommerz- und Diskontobank ihre Dividende auf 4 1/2 Prozent herabgesetzt und sie kehrt jetzt zu der Dividende von 6 Prozent zurück, die in den fünf Jahren vor dem Kriege gezahlt worden war. Das Gewinn- und Verlustkonto zeigt die folgenden Ziffern:

Einnahmen: Gewinnvortrag 634.301 (+ 141.011) Mark, Zinsen 2.423.920 (+ 1.277.052) Mark, Provision 5.010.260 (+ 161.115) Mark, Kursgewinn auf Wechsel —, Gewinn auf Sorten und Zinscheine 213.792 (+ 20.306) Mark; zusammen 15.285.275 (+ 852.015) Mark.

Ausgaben: Unkosten 5.892.711 (— 550.347) Mark, Steuern 685.879 (+ 71.218) Mark, Abschreibung auf Banengebäude und Inventar 476.782 (— 15.610) Mark, Reingewinn 8.228.901 (+ 1.346.053) Mark; zusammen 15.285.275 (+ 852.015) Mark.

Die Verteilung des Reingewinnes wird wie folgt vorgeschlagen: Dividende 6 Prozent gegen 4 1/2 Prozent 5.100.000 (+ 1.275.000) Mark, Extraabschreibungen (— 2.000.000) Mark, Rückstellung für Talonsteuer 85.000 Mark (unverändert), in den Reservefonds II 547.828 (+ 493.351) Mark, in den Beamtenpensions- und Unterstützungsfonds 150.000 (+ 30.000) Mark, Gewinnanteil an den Aufsichtsrat 233.177 (+ 159.670) Mark, Gewinnanteil an den Vorstand 373.083 (+ 277.523) Mark, Gewinnanteile und Gratifikationen an die stellvertretenden Direktoren, Filialdirektoren, Prokuristen und Beamten 1.080.000 (+ 1.080.000) Mark, Vortrag 659.313 (+ 25.512) Mark; zusammen 8.228.901 (+ 1.346.053) Mark.

Der Reingewinn ist um 1.346.053 Mark höher als im Vorjahre. Für die Steigerung der Dividende sind 1.275.000 Mark erforderlich. Die Extraabschreibungen an Effekten und sonstigen Beteiligungen, die im vorigen Jahre mit zwei Millionen Mark vorgenommen worden waren, sind diesmal entfallen. Andererseits hatte die Gesellschaft Tantiemen und Gewinnanteile mit zusammen anderthalb Millionen Mark zu leisten, während im vorigen Jahre nur 168.000 Mark zu zahlen waren. Ferner wurde die Dotierung des Reservefonds und des Pensionsfonds um 530.000 Mark aufgebeffert. Im vorigen Jahre war ein Teil dieser Gewinnanteile und Gratifikationen unter den Spesen enthalten. Durch die erhöhten Zuweisungen dieser Art wurde der größte Teil der Ersparnis aus der unterbliebenen Abschreibung aufgezehrt. Die Erhöhung des Reingewinnes ist zum größten Teile eine Folge gebesserter Zinsen. Der Gesellschaft sind nämlich um 210 Millionen Mark mehr fremder Gelder zur Verfügung gefunden, und die Zwischenzinsen aus ihrer Verwertung ergaben eben die angeführte Steigerung des Zinskontos. Die übrigen Geschäftszweige blieben im Gesamtertrage so ziemlich unverändert.

Die Bilanz per 31. Dezember 1916 weist im Vergleiche mit dem Vorjahre folgende Veränderungen auf:

Aktiven: Kasse, fremde Geldsorten, Zinscheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken 18.493.829 (+ 2.100.314) Mark, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen 239.022.089 (+ 182.455.366) Mark, Kollatoguthaben bei Banken und Bankfirmen 51.765.386 (+ 15.391.526) Mark, Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere 126.492.203 (+ 18.110.447) Mark, Vorkasse auf Waren und Warenverschiffungen 4.241.802 (+ 1.785.582) Mark; davon 1916 am Bilanztage gebüht: a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine 4.024.653 Mark, b) durch andere Sicherheiten 121.000 Mark. Eigene Wertpapiere: a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten 10.219.561 (— 8.039.319) Mark, b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere 471.345 (— 533.043) Mark, c) sonstige börsengängige Wertpapiere 12.875.001 (— 4.589.309) Mark, d) sonstige Wertpapiere 3.649.578 (— 577.369) Mark, Konjunktalbeteiligungen 16.424.924 (— 726.800) Mark, dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen 72.932.040 Mark (unverändert), Debitoren in laufender Rechnung: a) gebüht 172.433.598 (+ 17.440.847) Mark, b) ungedeckte 45.681.552 (— 18.486.605) Mark; außerdem Wechsel- und Bürgschaftsdebitoren 31.173.539 (— 161.803) Mark, Bankgebäude und Inventar in Hamburg, Berlin, Kiel, Hannover, Altona, Leipzig und Altenburg 6.740.000 (— 370.000) Mark, sonstige Immobilien und Hypotheken 1.148.800 (— 422.500) Mark, zusammen 754.991.715 (+ 203.539.138) Mark.

Passiven: Aktienkapital 85.000.000 Mark (unverändert), Reservefonds I 8.500.000 Mark (unverändert), Reservefonds II 6.550.731 (+ 50.731) Mark, Talonsteuerrückstellung 651.490 (— 100.000) Mark, Schreienerrückstellung (— 70.571) Mark, Beamtenpensions- und Unterstützungsfonds 1.474.902 (+ 13.502) Mark, Kreditoren 616.911.020 (+ 210.792.683) Mark, davon a) Kostoverpflichtungen 17.735.322 (+ 15.611.739) Mark, b) seitens der Kundschaft bei Dritten bewilligte Kredite 2.755.518 Mark (unverändert), c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen 49.118.559 (+ 12.572.597) Mark, d) Einlagen auf provisorische Rechnung: 1. innerhalb 7 Tagen fällig 135.127.135 (+ 39.233.591) Mark, 2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig 107.693.716 (+ 42.981.997) Mark, 3. nach 3 Monaten fällig 17.998.980 (+ 9.305.925) Mark, e) sonstige Kreditoren: 1. innerhalb 7 Tagen fällig 167.495.000 (+ 38.246.177) Mark, 2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig 76.802.958 (+ 24.390.410) Mark, 3. nach 3 Monaten fällig 42.183.826 (+ 27.750.247) Mark, Akzente und Schecks: a) Akzente 26.138.696 (— 8.498.387) Mark, b) noch nicht eingelöste Schecks 1.488.076 (— 204.932) Mark, außerdem Wechsel- und Bürgschaftsverbindlichkeiten 31.173.539 (— 161.803) Mark, Dividendenvorschüsse 47.896 (+ 10.057) Mark, Reingewinn 8.228.901 (+ 1.346.053) Mark, zusammen 754.991.715 (+ 203.539.138) Mark.

Die Kreditoren, hauptsächlich die Einlagen auf kurze Frist, sind um 210 Millionen Mark gestiegen. Der größte Teil dieses Zustusses, nämlich 182 Millionen Mark, wurde in Wechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen angelegt, somit überwiegend in Vorschüssen an das Reich für die Kosten des Krieges. Das kommerzielle Kreditgeschäft ist dagegen allem Anscheine nach zurückgegangen, worauf die Abnahme der ungedeckten Debitoren und der im ganzen unveränderte Stand der gesamten Debitorensomme hindeutet.

11. III. 1917

Ungarische Allgemeine Kreditbank.

Die Bilanz der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank, welche heute festgestellt wird, schließt mit einem Reingewinn von 13 1/2 Millionen Kronen, welcher um rund eine Million Kronen höher ist als im vorigen Jahre. Die Dividende wird mit 48 Kronen gegen 45 Kronen im vorigen Jahre in Vorschlag gebracht. Der Gewinn, von welchem 90 Prozent aus dem laufenden Bank- und Warengeschäfte stammen, ist der höchste, der bei diesem Institut verzeichnet wurde. Eine Dividende von 48 Kronen bestand zum letztenmal im Jahre 1906. Ueber das Ergebnis wird die folgende Mitteilung verlaublich:

Die Direktion der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank hat in ihrer heute abgehaltenen Sitzung die Bilanz pro 1916 festgestellt, welche mit einem Reingewinn von 16,431,203 K. schließt. Bezüglich der Gewinnverwendung wurde beschlossen, der am 19. März l. J. stattfindenden Generalversammlung der Aktionäre zu beantragen, daß als Dividende pro 1916 per Aktie 48 K. vom 1. April l. J. an verteilt, 1,000,000 K. zur Dotierung des ordentlichen Reservefonds, weitere 1,000,000 K. zur Vermehrung der Immobilienreserve verwendet, schließlich 3,893,400 K. (gegenüber den vorjährigen 3,053,174 K.) auf neue Rechnung vorgetragen werden. Da auf dem Gewinn- und Verlustkonto unter den Lasten als „außerordentliche Spenden“ 1,069,088 K. eingestellt wurden, in welchem Betrage die dem „Stephanie-Bund für Mutter- und Säuglingschutz“ zugedachten 50,000 K. inbegriffen sind, repräsentiert der oben ausgewiesene Betrag den mit diesem Posten bereits herabgeminderten Reingewinn.

Das Gewinn- und Verlustkonto wird in der folgenden Aufstellung ausgewiesen:

Erträgnisse:	1916	gegen 1915
	K r o n e n	
Gewinnvortrag vom Vorjahre	3,053,174	+ 524,989
Zinsen	15,017,366	+ 2,325,809
Provisionen	5,035,659	+ 715,177
Gewinn an Konfortialgeschäften	1,040,535	+ 723,326
Gewinn an Effekten	839,719	+ 619,260
Gewinn an Devisen und Valuten	403,503	+ 13,379
Gewinn an Waren	2,116,797	+ 775,240
Realitätenenerträgnisse	431,764	- 23,711
Summe der Erträgnisse	27,938,517	+ 4,122,989
La s t e n:		
Gehalte	2,366,347	+ 285,647
Sonstige Personalauslagen	2,667,304	+ 774,376
Speisen	2,269,531	+ 310,662
Verluste und Reservierung an Forderungen	186,179	- 506,780
Steuern	2,948,914	+ 1,649,427
Außerordentliche Spenden	1,069,089	+ 69,089
Summe der Lasten	11,507,314	+ 2,581,071
Summe der Erträgnisse	27,938,517	+ 4,122,989
Reingewinn	16,431,203	+ 1,541,918

Von dem Bruttogewinne, welcher ohne Vortrag 24 1/2 Millionen Kronen beträgt, stammen 22 1/2 Millionen Kronen aus dem laufenden Geschäft, das auch im Jahre 1916 eine kräftige Entwicklung genommen hat. Das in den vorigen Jahren festgesetzte Prinzip, daß die Dividende nicht über jene der letzten Friedensjahre hinausgehen soll, wurde heuer mit staatlicher Genehmigung aufgegeben, und so werden den Aktionären um 3 K. für die Aktie mehr als im vorigen Jahre zugewiesen. Die Reserven werden wie im vorigen Jahre mit 2 Millionen Kronen dotiert, der Vortrag wird um 863,000 K. erhöht und umfaßt 19 K. für jede Aktie. Zu der Erhöhung des Bruttogewinnes haben die Zinsen 2 3/4 Millionen Kronen beigetragen. Die Ungarische Kreditbank hatte 340 Millionen Kronen mehr Einlagen als im Vorjahre zur Verfügung, und diese neuen Gelder haben sich etwa mit 1/2 Prozent verzinst. Die Provisionen sind infolge der Entgeltung des Bankkommissionsgeschäftes um 715,000 K. gestiegen; dagegen sind die Warengewinne um 775,000 K. zurückgegangen, weil exzeptionelle Gewinne aus dem Warengeschäfte diesmal nicht wie im Vorjahre zur Verfügung standen und die Warenvorräte der Warenabteilung zum großen Teile aufgezehrt sind. Die Effektengewinne haben sich gegenüber dem vorigen Jahre fast vervierfacht, weil größere Posten namentlich von Anlagewerten abverkauft worden sind. Von dem Bruttogewinne werden etwa 40 Prozent durch die Lasten aufgezehrt, und diese zeigen eine Zunahme um 2 1/2 Millionen Kronen. Die maßgebende Ursache bildet die Bezahlung der Bezüge der zum Kriegsdienste eingetriebenen Angestellten und des Ersparpersonals sowie die außerordentlichen Kriegsauslagen, an denen die Kreditbank seit Kriegsbeginn 3 Millionen Kronen geleistet hat. Die Steuerlast hat sich um 1 1/2 Millionen Kronen erhöht und somit mehr als verdoppelt, sie repräsentiert jetzt etwa 12 Prozent des Bruttogewinnes und 22 Prozent des Reingewinnes. Die affilierten Geldinstitute haben eine günstige Entwicklung geliefert. Die Bilanz wird im Vergleiche mit dem vorigen Jahre in der folgenden Aufstellung ausgewiesen:

	1916	gegen 1915
	K r o n e n	
A k t i v e n:		
Kassenbestände	18,440,417	+ 6,025,925
Portefeuille	432,966,834	+ 103,948,779
Effekten	56,162,039	+ 21,527,618
Debitoren	402,795,511	+ 59,727,902
Kriegsanleihekonti	318,860,058	+ 148,931,758
Beteiligung an Konfortialgeschäften	27,894,384	+ 2,552,108
Warendorräte	86,382	- 1,687,874
Diverse Aktiven	20,268,097	+ 8,478,361
Realitäten	12,781,797	+ 883,284
Inventar	1,000	unverändert
Summe der Aktiven	1,289,206,519	+ 331,664,679
Pa s s i v e n:		
Aktienkapital	80,000,000	unverändert
Reservefonds	57,500,000	+ 1,000,000
Immobilienreserve	3,000,000	unverändert
Unabehobene Dividenden	53,457	+ 11,971
Altepte	12,207,209	+ 12,000,000
Spareinlagen und Kassenscheine	154,150,522	+ 60,113,961
Kreditoren	952,978,489	+ 279,410,413
Diverse Passiven	12,856,648	+ 1,586,416
Reingewinn inklusive Vortrag	16,431,203	+ 1,541,918
Summe der Passiven	1,289,206,519	+ 331,664,679

Die Bilanzsumme ist um 331 Millionen Kronen, somit um mehr als 30 Prozent, gewachsen. Ein Teil davon ist allerdings durchlaufender Natur, nämlich die Kriegsanleihekonti von 148 1/2 Millionen Kronen, als Einzahlungen auf die fünfte Kriegsanleihe. In großem Umfange ist die Bilanz auf die staatliche Geldbeschaffung abgestellt. Die Steigerung des Portefeuilles um 103 1/2 Millionen Kronen hat ihre Ursache in der Eskontierung von Wechseln und Schatzscheinen der Finanzverwaltung. Die Erhöhung des Effektenbestandes um 21 1/2 Millionen Kronen betrifft zum Teil eigene Zeichnungen von Kriegsanleihen. Die Vermehrung der Debitoren um 59 1/2 Millionen Kronen hat ihre Ursache in vorübergehenden Kreditansprüchen einiger wirtschaftlicher Kriegsinstitutionen in größerem Umfange. Der Betrag der Einlagen hat sich um 340 Millionen Kronen erhöht und stellt sich zu Ende des Jahres auf 1107 Millionen Kronen. Das eigene Vermögen der Ungarischen Kreditbank beträgt 160 Millionen Kronen und wird sich durch die im Zuge befindliche Kapitalvermehrung auf 231 Millionen Kronen erhöhen. Die fremden Mittel belaufen sich auf 1122 Millionen Kronen. Der Gesamtumsatz im Kontokorrent- und Kommissionsgeschäft betrug 24 Milliarden, die Kassabewegung 9 1/2 Milliarden Kronen. Gleichzeitig hat die Direktion in der Sitzung dem Vizepräsidenten G. Joltan u. Urbanovics den Titel eines Direktors verliehen, ferner die Proturisten Rudolf Dallos, Julius Galasz und Ferdinand Planer zu Vizepräsidenten, die Oberbeamten Julius Abrahami, Eugen Balassa, Emil Kugel, Dezider Kemcs und Ladislaus Roma sowie den Chef der Elisabethstädter Filiale Geza Kollner zu Proturisten ernannt.

Ungarische Bank und Handelsaktiengesellschaft.

Budapest, 10. März.

Die Ungarische Bank und Handelsaktiengesellschaft hielt heute in Abwesenheit des durch Krankheit verhinderten Präsidenten Grafen Emmerich Karolyi unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Hofrates Franz Szekely ihre 26. ordentliche Generalversammlung ab, zu welcher 88 Aktionäre 92.885 Aktien besaßen. Der Vorsitzende betraute den geschäftsführenden Direktor Dr. Aurel v. Dobay mit der Führung des Protokolls, während zur Authentifizierung desselben über Antrag des Vorsitzenden die Aktionäre Hofrat Dr. Miklos v. Eszcsik Nagy und Anton Strausz von der Generalversammlung entsandt wurden.

Der der Generalversammlung vorgelegte Direktionsbericht hebt nach Schilderung der allgemeinen Verhältnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres folgendes hervor: Die Arbeitstätigkeit der Anstalt hat sich auch im abgelaufenen Jahre in zwei Hauptrichtungen entwickelt. Die eine stellte das ganze Gesäße der Bank — von den ihrem Interessenkreise angehörenden Unternehmungen wirksam unterstützt — mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln in den Dienst der Kriegsziele, die andere galt der Sicherstellung der Stetigkeit unseres wirtschaftlichen Lebens, der Vorbereitung des Ueberganges der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft und der Kräftesammlung, die es der Nation ermöglichen soll, jene schweren Lasten zu tragen, welche ihrer auch nach dem Kriege harren. Sodann erstattet der Bericht Meldung über die vor kurzem durchgeführte Erhöhung des Aktienkapitals auf 80 Millionen Kronen, welche Transaktion mit vollem Erfolge abgewickelt wurde, indem die Aktionäre, abgesehen von einem geringen Teilbetrage, ihr Bezugsrecht ausgeübt haben. Der Bericht gedenkt nachher der Tätigkeit, die das Institut auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge entfaltet hat.

Auf die dritte und vierte ungarische Kriegsleihe erfolgten bei dem Institut Zeichnungen im Gesamtbetrage von 109, beziehungsweise 132 Millionen Kronen. Ferner besagt der Bericht folgendes: Auf die Einzelheiten der Tätigkeit des Instituts übergehend, ist aus dem laufenden Bankgeschäft die Erhöhung des Einlagenstandes hervorzuheben, welcher trotz der zu Zwecken von zwei Kriegsleihezeichnungen erfolgten Abhebungen um 134 Millionen Kronen auf 230.6 Millionen Kronen angewachsen ist, was unbedingt als Zeichen der Anstalt gegenüber offenbarem großen Vertrauens zu werten ist. Die Post „Kreditoren“ weist eine Steigerung von 78 Millionen Kronen auf; in dieser Summe ist auch der Gegenwert der seitens des Fürsten Donnerösmark angelegten 30 Millionen Mark enthalten. Aus der Zusammenfassung der Posten „Einlagen“ und „Kreditoren“ ergibt sich, daß die Anstalt Ende 1916 fremde Gelder im Betrage von 420 Millionen Kronen verwaltete, welche Summe sich seither noch erhöht hat. Von den seitens der Bank durchgeführten Finanztransaktionen ist das der Hauptstadt Budapest gewährte Obligationdarlehen von 13 Millionen Mark zu erwähnen, wodurch es der Hauptstadt ermöglicht wurde, für die Deckung des Zinsenbedarfes auf ihre in früherer Zeit aufgenommene Markanleihe ohne Inanspruchnahme des Devisenmarktes sorgen zu können. Die Bank ist dem Orientsyndikat der österreichischen und ungarischen Banken beigetreten. Die Anzahl der hauptstädtischen Filialen des Instituts wurde durch die Eröffnung einer Filiale, 2. Bezirk, Margit-büdrut 31/33, auf neun erhöht. Die Filiale Wien kann auf günstige Ergebnisse zurückblicken; dieser Filiale wurde eine Warenabteilung angegliedert. Die Filiale Konstantinopel, deren Bankabteilung jetzt in Galata ihren Sitz hat, ist zu großer Bedeutung angewachsen und hat auch in dem Stadtteile Stambul eine Filialabteilung errichtet. In Würdigung der großen Bedeutung, die der Verbindung mit dem Orient beizumessen ist, und um diese Verbindung auszubauen, wurde die in Smyrna seit langen Jahren bestehende Warengeschäftsfiliale mit einer Bankabteilung ergänzt.

Von den affilierten Provinzinstiuten hat die Temesvarer Bank und Handelsaktiengesellschaft ihr Aktienkapital auf 3 Millionen, die Pöszonyer Handels- und Kreditbank Aktiengesellschaft auf 1 1/2 Millionen Kronen erhöht. Zweck des weiteren Ausbaues ihrer Verbindungen mit den Finanzinstiuten in der Provinz hat die Bank eine Interessengemeinschaft geschaffen mit der über ein eigenes Kapital von 10.2 Millionen Kronen verfügenden Vereinigten Bank- und Sparkassen-Aktiengesellschaft in Nagymaros. Ferner hat die Bank die seit 48 Jahren bestehende Erste Nagyhikindaer Sparkasse, die seit 44 Jahren bestehende Nagyhikindaer Erste Distrikts-Sparkasse und die seit 46 Jahren bestehende Makoer Industrie- und Handelsaktiengesellschaft in ihren Interessenkreis einbezogen. Die mit der Bank in Interessengemeinschaft befindlichen Geldinstiute verfügen insgesamt über 21.6 Millionen Kronen eigene Gelder und über 5.5 Millionen Kronen Rücklagen; ihr Einlagenstand erreicht fast 60 Millionen Kronen. Die Bank beteiligte sich bei der Gründung der Geldinstiutzentrale.

Die Dr. Piptak & Co. A.G. für Bau- und Eisenindustrie hat ihren Betrieb in großem Umfange orientiert; sie gründete im Verein mit der Enzesfelder Munitions- und Metallwerke A.G. die Ungarische Munitionsfabrik A.G. mit einem Aktienkapital von 2 1/2 Millionen Kronen. Die Ungarische Maschinenfabrik für chemische Industrie A.G. und die Ungarische Bleiwarenfabrik A.G. erhöhten ihr Aktienkapital auf je 1 Million Kronen; im Zusammenhange mit der letzteren wurde die Ungarische „Schoop“ Metallfabrik A.G. gegründet. Behufs weiterer Ausbreitung ihrer Beteiligung an der Industrie für Baumaterialien hat die Bank die Aktienmajorität der Neufelder Ziegel- und Kalkbrennerei A.G. und der „Istvan“ Ziegelei A.G. erworben. Die Steinbrücker Dampfziegelei Aktiengesellschaft fusionierte mit der Budapest Ziegel- und Kalkbrennerei A.G. und erhöhte ihr Aktienkapital auf 3.645.000 K. Die Beteiligungen in der Holzindustrie wurden mit der Graf Mikos Zabolaer Forstwirtschafts- und Sägewerke A.G. erweitert, außerdem wurde die Ungarische Forst- und Holzbetriebs-A.G. gegründet. Von den Beteiligungen in der Industrie zur Verwertung der tierischen Nebenprodukte wurde die Firma Josef Böbl & Sohn mit einem Kapital von 2 1/2 Millionen Kronen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, welche im Ausstufte ihrer Entwicklung ihr Aktienkapital auf 3 Millionen Kronen erhöhen wird. Die Knochenverarbeitungs-A.G. der Budapest Fleischhauer und Secher hat der Betriebsausbehnung entsprechend ihr Aktienkapital auf 2 Millionen Kronen erhöht. Ein unter der Führung des Instituts stehendes Syndikat hat die Aktienmehrheit der Ersten Bester Spodikum- und Leimfabrik A.G. erworben. Unter Mitwirkung der Bank wurden die Ungarische Hornwarenfabrik A.G. und die „Union“ Futtermittelfabrik A.G. gegründet. Die Vereinigte Wernstädter und Gódrer Textilindustrie A.G. hat ihr Aktienkapital von 2 auf 4 Millionen Kronen erhöht; die Aktien der Gesellschaft wurden an der Budapest Börse eingeführt. Die Beteiligung an der Mühlenindustrie wurde durch die Erwerbung der Gellert-Dampfmühle A.G. in Mako und der Temesvarer Hungaria-Dampfmühle A.G. erweitert. D. Serbische Stofffabrik A.G. in Fiume erhöhte ihr Aktienkapital auf 2 Millionen Kronen. Die Bank hat auch an der Gründung der Ungarischen Erdgas-A.G. teilgenommen. Da die Anstalt bei dem Eintritte normaler Verhältnisse einen Einfluß gewinnen wollte auf die Sache des von dem Standpunkte unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung und der Besserung unserer Zahlungsbilanz sehr wichtigen Fremdenverkehrs, hat sie auf diesem Gebiete einen großangelegten Arbeitsplan aufgestellt, als dessen erstes Mittel sie in dem abgelaufenen Jahre die Aktien der Fremdenverkehrs- und Reiseunternehmens-A.G. erworben hat. Zum Teile gehörte es zu dem mit dem Fremdenverkehre in Verbindung stehenden Arbeitspläne, die Entwicklung der schöneren Teile der Umgebung der Hauptstadt zu fördern; hierdurch soll

auch dem Umstande gesteuert werden, daß so viele Familien zur Sommerfrische nach dem Auslande wandern. Deshalb wurde die Parkstadt-A.G. gegründet, die ausgedehnte Gründe in der Umgebung der Hauptstadt angekauft hat. Die Bank hat jüngst die Aktien der Schwabenberger A.G. erworben. Die Domänen- und Terrainbank A.G. hat ihr Aktienkapital von 5 auf 15 Millionen Kronen erhöht und ihren Firmennamen auf „Ungarische Bank für Grundbesitz A.G.“ abgeändert und beschlossen, in den Dienst jener hochwichtigen Gemeinziele zu treten, die der Bodenpolitik in der nahen Zukunft zur Aufgabe gestellt sind.

Der waren-geschäftliche Gewinn der Bank bewegt sich auf dem Niveau des Vorjahres. Von den ständigen Warengeschäften der Bank vermochte die bewährte, ausgezeichnete Organisation der Salzabteilung sowohl in dem inländischen, als auch im serbischen, beziehungsweise bulgarischen Geschäfte erfolgreich die immerfort auftauchenden Schwierigkeiten zu bekämpfen, und gelang es ihr trotz dieser Schwierigkeiten, den Umsatz in dem Rahmen der vorhergegangenen Jahre aufrechtzuerhalten. Die Maschinenabteilung kann auf ein günstiges Geschäftsjahr zurückblicken. Die Tätigkeit der Ausfuhr- und Einfuhrabteilungen konnte sich infolge der Verhältnisse nur in engerem Rahmen bewegen. Das Vermögen des Pensionsfonds der Angestellten ist auf 6.375.000 K. angewachsen, in welcher Summe die 300.000-Kronen-Spende nicht inbegriffen ist, die bei der Ausgabe der neuen Aktien zur Stärkung des Pensionsfonds verwendet wurde. Laut den dem Bericht beigefügten Schlussrechnungen schließt die Bilanz mit einem Reingewinn von 8.238.915 K. Die Generalversammlung beschloß auf Antrag der Direktion, von diesem Gewinne für eine 8 1/2 prozentige Dividende, das ist 34 K. per Aktie, von 12. d. angefangen 5.610.000 K. auszuzahlen, den Reservefonds an Stelle der statutenmäßigen 5prozentigen Zuweisung mit 1 Million Kronen zu dotieren, wodurch sich der in der Bilanz ausgewiesene Reservefonds auf 21 Millionen Kronen, beziehungsweise mit dem bei der Kapitalerhöhung erzielten Preisüberschusse auf 27 Millionen Kronen erhöht, und die verbleibenden 1.258.997 K. auf neue Rechnung vorzutragen. Nach Genehmigung der Bilanz und des Geschäftsberichtes wurde geschäftsführender Direktor Julius Berin in die Direktion neu gewählt. Zum neuen Mitgliede des Aufsichtsrates hat die Generalversammlung Herrn Grafen Franz Karl Marazzi gewählt. In der nach der Generalversammlung abgehaltenen Direktionsitzung wurde Herr Graf Emmerich Karolyi zum Präsidenten und Herr Hofrat Franz Szekely zum Vizepräsidenten der Direktion wiedergewählt.

11. III. 1917

Die Beschränkung der Wertpapier-Emissionen in Deutschland.

Die bereits angekündigte Bundesratsverordnung, nach der die Ausgabe von Teilschuldverschreibungen, auch wenn sie nicht auf den Inhaber lauten, und von Vorzugsaktien mit nach oben begrenzter Dividende von einer staatlichen Genehmigung abhängig gemacht wird, ist jetzt erschienen. Zuständig für die Erteilung der Genehmigung sind die Landeszentralbehörden. Zuwiderhandlungen werden unter Strafe gestellt.

Der Zweck der Bundesratsverordnung, die als Kriegsmassnahme gedacht ist, liegt, wie aus Berlin berichtet wird, im wesentlichen darin, den Kriegsanleihen einen Wettbewerb privater Kapitalanlagen zu erschweren. Und zwar erfasst die Bundesratsverordnung die Wertpapiere, die infolge ihrer festen oder annähernd festen Verzinslichkeit besonders geeignet wären, einen solchen Wettbewerb herbeizuführen. Die Industrie-Obligationen gehörten vor dem Kriege ihrer höheren Zinsen und ihrer häufig über Pari liegenden Auslosungskurse wegen zu den beliebtesten Anlagen. Dabei hat man sich in der Praxis fast nie der sogenannten Inhaberschuldverschreibungen bedient, für deren Ausgabe schon stets nach § 795 des Bürgerlichen Gesetzbuches die bundesstaatliche Genehmigung erforderlich war. Man wählte vielmehr fast regelmäßig Schuldverschreibungen auf den Namen, und zwar wurden die Papiere meistens auf den Namen einer Bank oder eines Treuhänders ausgegeben, wobei auf dem Wege einer Blanko-Order der bequeme Weiterverkauf an beliebig viele Erwerber möglich war. Diese Order-Schuldverschreibungen sind es denn auch, für die jetzt die Genehmigung der Landeszentralbehörden vorgeschrieben wird.

Vorzugsaktien mit nach oben fest begrenzter Dividende, deren Ausgabe derselben Genehmigung unterliegen soll, sind solche, denen ein Anspruch auf eine Vorzugsdividende — praktisch gewöhnlich in Höhe von etwa 4% Prozent, 5 oder auch 6 Prozent — eingeräumt zu werden pflegt, während ihnen darüber hinaus kein Anteil an einem noch so hohen Gewinn gebührt. Dieser Typ der Vorzugsaktien, der schon vor dem Kriege nicht gerade häufig gewesen ist, wurde während der Kriegszeit kaum angewendet. Auch die Ausgabe industrieller Obligationen hielt sich im allgemeinen in engen Grenzen.

Die Kapitalbeschaffung der industriellen Unternehmungen hat sich vielmehr während des Krieges fast ausschließlich auf dem Wege der Ausgabe gewöhnlicher Aktien vollzogen, wobei meistens durch die Bemessung niedriger Emissionskurse wertvolle Bezugsrechte den Aktionären gewährt wurden. Eine offizielle Genehmigung für derartige Kapitalserhöhungen war bislang nicht erforderlich, doch hat sich die Gewohnheit herausgebildet, daß in solchen Fällen die Zustimmung der Reichsbank nachgesucht wurde. In neuester Zeit hat sich aber doch der preussische Handelsminister genötigt gesehen, in einem Erlaß an die Handelskammern gegen die unzeitgemäße Ausgabe von Aktien Stellung zu nehmen.

Niederösterreichische Eskompte- gesellschaft.

Bilanz pro 1916.

Gestern fand eine Verwaltungsratsitzung der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft statt, in welcher der Rechnungsabschluss für das verflossene Jahr vorgelegt wurde. Die Bilanz, die der bisherigen Leitung gemäß unter Beobachtung aller von den Zeitverhältnissen gebotenen Vorsicht aufgestellt wurde, trägt auch nicht entfernt das Gepräge der schweren Kriegsnot, unter welcher die Welt schon das dritte Jahr zu leiden hat. Das Institut hat vielmehr auch in der abgelaufenen Periode glänzende Ergebnisse erzielt, die es ihm gestatten, nach Bormahme der statutarischen Dotierungen, Zuwendung eines gleich hohen Betrages von einer Million an den außerordentlichen Reservefonds wie im Vorjahre und Steigerung des Gewinnvortrages um 121,000 K., die Dividende abermals um 2 K. auf 46 K. pro Aktie zu erhöhen. Bei diesem Ausmaß geht dies Erträgnis über die bisherige höchste Friedensdividende (42 K.) um ein Prozent oder 4 K. pro Aktie hinaus. Der ins Verdienen gebrachte Gewinn hätte übrigens auch die Verteilung eines wesentlich höheren Erträgnisses ermöglicht, doch liegt es in der Absicht der Leitung, aus Gründen der Stabilität in der Steigerung der Dividende nur schrittweise vorzugehen.

Ueber die gestrige Verwaltungsratsitzung geht uns die nachstehende Mitteilung zu:

Die in der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft vorgelegte Bilanz für das Jahr 1916 ergibt einen Gewinn von 14,185,939 K. gegen 13,500,649 K. im Vorjahre. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, der am 3. April d. J. stattfindenden Generalversammlung vorzuschlagen, daß der nach Abschlag der Dotierung des ordentlichen Reservefonds mit 709,229 K. (gegen 665,032 K. im Vorjahre) und der übrigen statutarischen Quoten sowie nach Einbeziehung des Gewinnvortrages aus dem Jahre 1915 per 426,357 K. zur Verfügung der Generalversammlung stehende Gewinn zur Verteilung einer Dividende von 11½ Prozent gleich 46 K.

pro Aktie (gegen 11 Prozent gleich 44 K. im Vorjahre) verwendet und von dem erübrigenden Gewinn per 1,547,382 K. (gegen 1,426,357 K.) der Betrag von 1,000,000 K. wie im Vorjahre dem außerordentlichen Reservefonds zugeführt sowie der Rest per 547,382 K. auf neue Rechnung vorgetragen werde.

Nachstehend das Gewinn- und Verlustkonto:

	1916	1915	Differenz
Einnahmen:			
Gewinnvortrag aus dem Vorjahre	426,357	395,632	+ 30,724
Zinsen:			
Zinsen von Wechseln	2,943,434	3,074,429	- 130,995
Sonstige Zinsen	13,151,381	10,268,967	+ 2,882,413
Provisionen	3,727,580	3,548,486	+ 179,094
Gewinne an Devisen, Effekten und Konfortialgeschäften	2,408,025	1,189,297	+ 1,218,727
Erträgnisse des Bank- u. Wechselgeschäftes u. der Kommanditen	1,741,760	1,065,254	+ 676,505
Erträgnisse d. Realität	344,783	117,832	+ 226,951
Kabuzierte Coupons	—	40	- 40
Zusammen	24,743,321	19,659,939	+ 5,083,382

	1916	1915	Differenz
Ausgaben:			
Gehalte	2,748,532	2,070,477	+ 678,054
Pensionen	379,439	406,641	- 27,202
Spesen	1,325,729	522,080	+ 803,649
Steuern und Gebühren	5,208,192	2,717,617	+ 2,490,574
Abschreibung dubioser Forderungen	223,713	46,889	+ 176,823
Abschreibung an Realitäten	245,364	—	+ 245,364
Reingewinn zuzüglich Gewinnvortrag vom Vorjahre	14,612,350	13,896,281	+ 716,068
Zusammen	24,743,321	19,659,939	+ 5,083,382

Hievon ab:

Dotation des Reservefonds	709,229	675,032	+ 34,267
Quoten und Tantiemen	855,667	794,892	+ 60,775
11½ Proz. Dividende	11,500,000	11,000,000	+ 500,000
Dotation des außerordentlichen Reservefonds	1,000,000	1,000,000	—
Vortrag für	1917	1916	
	547,382	426,357	+ 121,025
	14,612,350	13,896,281	+ 716,068

Die Bruttoeinnahmen ohne Vortrag betragen 24.74 Millionen Kronen und zeigen eine Steigerung gegen das Vorjahr um 5.08 Prozent, aber auch die Ausgaben haben in sehr bedeutendem Ausmaße, und zwar um 4.36 Prozent, zugenommen. Die Erhöhung der Zinsen um 2.75 Millionen Kronen erklärt sich aus dem gewaltigen Anwaschen der Kreditoren und Debitoren, die der Provisionen um 0.18 Millionen aus der Erweiterung des laufenden Geschäftes. Die Steigerung des Gewinnes an Devisen, Effekten und Konfortialgeschäften um 1.21 Millionen Kronen ist hauptsächlich auf die Abwicklung der Konfortialgeschäfte und in erster Linie auf die Beteiligung an der Kapitalvermehrung von Industrieunternehmungen zurückzuführen. Der Gewinn an Devisen, aus welchem seit der Konzentrierung des Devisenhandels bei der Devisenzentrale nur die normalen Provisionen abgefallen sind, war naturgemäß ein geringer. Das um 0.67 Millionen Kronen höhere Erträgnis des Bank- und Wechselgeschäftes und der Kommanditen rührt aus dem außerordentlich großen, in einem solchen Umfange noch nicht dagewesenen Umsatz in Anlagepapieren, die hauptsächlich im Zusammenhang mit der Emission der Kriegsanleihe erzielt wurden, her. Im Plus von 0.22 Millionen Kronen im Erträgnis der Realitäten ist der gemäß den Forderungen der Steuerbehörde eingesezte Mietzins der Bank selbst im neuen Anstaltsgebäude sowie der Zins für die zum Teile vermieteten Lokalitäten verrechnet.

Auf der Lastenseite zeigen die Gehalte eine Vermehrung um 0.67 Millionen Kronen, nachdem in dieser Post neben dem normalen Avancement auch die Teuerungszahlungen und die fortlaufende Auszahlung der Gehalte an die Eingekündigten sowie an die Ersatzkräfte in Betracht kommen. Die Entlastung des Pensionsetats um 27,200 K. ist damit zu erklären, daß einige ältere pensionierte Beamte mit Tod abgegangen sind, während die Steigerung der Spesen um 0.80 Millionen Kronen durch die Mehrauslagen für Kriegsfürsorgezwecke und die höhere Zinsquote im neuen Gebäude bedingt wurde. In der beträchtlichen Zunahme der Steuern und Gebühren um 2.49 Millionen Kronen kommen neben dem höheren Gewinn des Vorjahres die Kriegs- und Rentabilitätszuschläge zum Ausdruck. Die Abschreibungen an dubiosen Forderungen mit einem Mehrbetrag von 0.17 Millionen Kronen betrifft Forderungen, die zwar noch nicht verloren, aber immerhin zweifelhaft sind. Die Abschreibung an Realitäten per 0.24 Millionen Kronen ist eine neue Post und bezieht sich auf die Abschreibungen vom

Wiederherstellung des Bankensystems

Inventar des neuen Anstaltsgebäudes nach dem mit der Steuerbehörde vereinbarten Schlüssel.

Die Hauptbilanz zeigt nachstehende Posten:

Activa:	1916	1915	Differenz
Kassa	11,176,586	29,296,134	- 18,119,548
Wechsel	82,661,297	71,331,433	+ 11,329,863
Reportgeschäft	3,984,141	4,064,492	- 130,351
Effekten	14,026,711	5,445,210	+ 8,581,501
Einzahl. auf Konfortialgeschäfte	19,125,965	10,063,116	+ 9,062,849
Kommanditeinlagen	675,464	675,464	-
Debitoren	654,474,048	407,646,857	+ 246,827,190
Verrechnungskonto			
öster. Kriegs- anleihen	329,958,722	224,139,207	+ 105,819,514
Realitäten u. Mobilien	7,970,635	8,216,000	- 245,364
29,998 Aktien der Böhm. Est.-B.	29,998,000	29,998,000	-
Totale	1,154,001,572	790,875,916	+ 363,125,655
Passiva:	1916	1915	Differenz
Aktienkapital	100,000,000	100,000,000	-
Reservefonds	8,882,311	8,207,279	+ 675,032
Außerordentl. Reservefonds	6,500,000	5,500,000	+ 1,000,000
Kapital-Reservefonds	31,339,651	31,339,651	-
Pensionsfonds	2,054,852	1,911,401	+ 143,451
Reservefonds d. Kreditinhab.	237,180	200,706	- 36,473
Sicherstellungskonto d. Kreditinhaber	1,039,700	1,127,700	- 88,000
Kreditoren	607,783,467	348,560,923	+ 259,222,543
Verrechnungskonto			
öster. Kriegs- anleihen u. Kassenscheine	308,365,800	218,894,838	+ 89,470,962
Einlagebüch.	58,951,697	41,940,374	+ 17,011,322
Uebersch.	14,169,877	19,268,209	- 5,098,331
Unbelebene Dividenden	64,684	28,552	+ 36,132
Gewinn zuzügl. Gewinnvortr. vom Vorjahre	14,612,350	13,896,281	+ 716,068
Totale	1,154,001,572	790,875,916	+ 363,125,655

Unter den Passiven ist zunächst die Verminderung der Kassenbestände um 18-12 Millionen bemerkenswert; der Rückgang ist als Folge der Veruhigung anzusehen, welche im letzten eingetreten ist und das Halten übergroßer Barbestände unnötig machte. Die Zunahme des Wechselportefeuilles um 11-33 Millionen Kronen trotz des Fehlens kommerziellen Papiers findet seine Erklärung hauptsächlich im Zufluss von Scheckwechseln, namentlich ungarischer Provenienz. Das Reportgeschäft, das unter den gegebenen Börseverhältnissen seine Bedeutung immerhin einbüßt, hat sich um 0-13 Millionen verringert und ist auf den Betrag von 3-93 Millionen Kronen zusammengeschumpft. Die Steigerung des Effektenkontos um 8-58 Millionen resultiert, abgesehen von der Dotierung des Bank- und Wechselgeschäftes mit Anlagepapieren im wesentlichen aus dem Besitz insbesondere der fünften Kriegsleihe, die erst sukzessive bei der Kundschaft placiert wird. Die Einzahlungen auf Konfortialgeschäfte haben sich auf Grund der Beteiligung insbesondere an ungarischen Staatsgeschäften, die im verfloßenen Jahre neu abgeschlossen wurden, um 9-06 Millionen gesteigert. Im Anwachsen der Debitoren um 246-82 Millionen kommen die Befehlungen der älteren Kriegsleihe an die Kundschaft und die Vorschüsse an den Staat zum Ausdruck. Das Verrechnungskonto der Kriegsleihe mit einem Mehrbetrag von 105-82 Millionen enthält die der Postparlase auf die fünfte Kriegsleihe noch einzuzahlenden Beträge. Das Realitätenkonto umfaßt das neue Anstaltsgebäude Am Hof und das Wechselhaus in der Kärntnerstraße. Die regelmäßigen Abschreibungen am neuen Gebäude haben, wie bereits erwähnt, mit dem Betrag von 0-24 Millionen begonnen.

Die Zunahme der Kreditoren um 259-22 Millionen, welche zum großen Teil auf den Anfall neuer Kommittenten zurückzuführen ist, sowie der Kassenscheine und Einlagebücher um 17-02 Millionen verdient um so mehr Beachtung, als das Institut keine Filialen und Depositenklassen besitzt. Die Reserven werden nach den beantragten Dotierungen 48-43 Millionen Kronen betragen.

In der gestrigen Verwaltungsratsitzung der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft wurde beschlossen, den Leiter des Bank- und Wechselgeschäftes Direktor Heinrich Friedländer zum Mitglied der Direktion der Centrale und den bisherigen Oberbuchhalterstellvertreter Ferdinand Blaschowitz zum Oberbuchhalter zu ernennen.

13. III. 1917

Denen der Krieg gut anschlägt.

Die Niederösterreichische Eskomptegeellschaft erzielte im Jahre 1916 einen Gewinn von 14,185.993 Kronen gegen 13,500.649 Kronen im Vorjahre. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, der am 3. April 1917 stattfindenden Generalversammlung vorzuschlagen, daß nach Beteiligung des ordentlichen Reservefonds mit 709.299 Kronen (gegen 675.082 Kronen im Vorjahre) und der übrigen sachungsgemäßen Zuwendungen — unter welcher diplomatischen Wendung zunächst die Tantiemen zu verstehen sind — eine Dividende von $11\frac{1}{2}$ v. S. gleich 46 Kronen (gegen 11 v. S. gleich 44 Kronen im Vorjahre) bezahlt und von dem erübrigen Gewinn per 1,547.382 Kronen (gegen 1,426.357 Kronen im Vorjahre) der Betrag von 1,000.000 Kronen wie im Vorjahre dem außerordentlichen Reservefonds zugeführt sowie der Rest von 547.382 Kronen auf neue Rechnung vorgetragen werde.

Die Eskomptegeellschaft ist die einzige Wiener Bank, der es im Kriege immer gut ging, was offenbar auf ihre innigen Beziehungen zur Eisenindustrie zurückzuführen ist. Sie hat, wie die „N. Fr. Pr.“ rühmend hervorhebt, „im Kriege allein unter den Wiener Banken die Dividende nicht ermäßigt, sondern für das erste Kriegsjahr unverändert mit 42 Kronen festgehalten. Im zweiten Kriegsjahre erfolgte eine Erhöhung auf 44 Kronen, und diesmal wird die Dividende für das Jahr 1916 neuerlich um zwei Kronen, das ist auf 46 Kronen oder $11\frac{1}{2}$ v. S. hinausgesetzt.“

An dem um 685.343 Kronen höheren Reingewinne

ist bemerkenswert, daß er erzielt werden konnte, obwohl die um rund $2\frac{1}{2}$ Millionen Kronen höheren Steuern schon in die Betriebsrechnung eingestellt wurden. Dagegen muß anerkennend hervorgehoben werden, daß die Eskomptegeellschaft zu den außerordentlich wenigen Bankenghörern gehört, die — soweit bekannt — ihre Finger von schmutzigen Lebensmittelwergeschäften rein gehalten haben. Es ist traurig, daß es notwendig geworden ist, so etwas ausdrücklich zu erwähnen, statt daß es bei den großen Banken selbstverständlich wäre; aber leider ist es so, und es wäre unbillig, eine so seltene Ausnahme zu verschweigen.

Ungarische Allgemeine Kreditbank.
Reingewinn 16,431.203 Kronen = 2054 v. S. (Plus gegen das Vorjahr 1,541.918 Kronen), Dividende 48 Kronen = 12 v. S. (im Vorjahre 45 Kronen = $11\frac{1}{4}$ v. S.). Der Gewinn ist der höchste, der seit dem Bestande der Bank ausgewiesen wurde. Der zugestandene Gewinn an Waren ist 2,116.797 Kronen.

13. / III. 1917

*(Ungarische Allgemeine Kreditbank.) Die
Ziffern der Bilanz per 1916, welche wir in unserer
vorigen Nummer auszugsweise bereits veröffentlich-
ten, sind die folgenden:

Activa: Kassebestände 18.440,417 K., Portefeuille 432.966,834 K., Effekten 56.162,088 K., Debitoren 402.795,511 K., Kriegsanleihe 318.360,058 K., Vertheilung an Konfortialgeschäften 27.394,384 K., Waarenvorräthe 36,352 K., diverse Activa 20.268,096 K., Realitäten 12.781,796 K., Inventar 1000 K., Totale 1.289.206,519 K. Passiva: Aktienkapital 80.000,000 Kronen, Reservefonds 57.500,000 K., Immobilienreserve 2.000,000 K., unbehobene Dividenden 53,457 K., Accente 12.207,200 K., Spareinlagen und Kassascheine 154.150,521 K., Creditoren 952.978,489 K., diverse Passiva 12.885,648 K., Reingewinn 16.431,203 K., Totale 1.289.206,519 K., Erträge: Gewinnvortrag 3.053,174 K., Zinsen 15.017,366 K., Provisionen 5.035,659 K., Gewinn an Konfortialgeschäften 1.040,535 Kronen, Gewinn an Effekten 889,719 K., Gewinn an Devisen und Valuten 403,502 K., Gewinn an Waaren 2.116,796 K., Realitätenerträge 431,768 K., Totale

27.938,517 K. Lasten: Gehälter 2.266,246 K., sonstige Personalauslagen 2.667,303 K., Spesen 2.269,531 K., Verluste und Reservierung an Forderungen 186,179 K., Steuern 2.943,914 K., außerordentliche Spesen 1.069,038 Kronen, Reingewinn 16.431,203 K., Totale 27.938,517 K.

Der in der obigen Bilanz ausgewiesene Gewinn von 16.431,203 K. ist um 1.541,918 K. und unter Berücksichtigung der Differenz der Gewinnvorträge um 1.016,929 K. günstiger als der vorjährige. Dieser Gewinn stammt auch diesmal in erster Linie aus dem seit Jahren mit großer Sorgfalt gepflegten, sich sehr befriedigend entwickelnden laufenden Geschäft, zu welchem sowohl das durch die Waarenabtheilung erzielte günstige Ergebnis, als auch der stetig steigende Ertrag der hauptstädtischen und Provinzialfilialen beigetragen hat.

Die ständige Entwicklung des laufenden Geschäftes zeigt sich auch in der bedeutenden Steigerung der Zahl der Kommitenten des Instituts und in der starken Vermehrung der demselben anvertrauten Kapitalien; der Betrag der Einlagen hat sich im verflossenen Jahre — trotz der zum Zwecke der Zeichnung auf die Kriegsanleihen abgehobenen großen Beträge — um 340 Millionen Kronen erhöht und belief sich am Ende des Jahres auf 1107 Millionen Kronen. Im Effekengeschäfte und auf dem Gebiete der Konfortialtransaktionen konnte die Bank im verflossenen Jahre eine lebhaftere Thätigkeit entwickeln. Die affiliirten Geldinstitute der Bank — deren Anzahl wieder um sechs vermehrt wurde — haben günstige Ergebnisse erzielt. Das Wechselportefeuille, in welchem ein namhafter Betrag von Schatzwechseln und Staatskassenscheinen enthalten ist, ist von 329 Millionen auf 433 Millionen Kronen, der Stand der Effekten von 35 Millionen auf 56 Millionen Kronen gestiegen. Die Summe der anderen Debitoren erhöhte sich von 343 Millionen auf 403 Millionen. In dieser Steigerung gelangen auch vorübergehende Kreditansprüche größeren Umfangs einiger wirtschaftlicher Kriegsinstitutionen zum Ausdruck. Die Waarenvorräthe verminderten sich von 1.724,000 auf 36,000 K. Dieser verschwindend kleine Bestand ist eine natürliche Folge der durch den Krieg verursachten, allgemein bekannten Verhältnisse. Die bilanzmäßig ausgewiesenen gesammten eigenen Kapitalien des Instituts übersteigen einschließlich der im Wege der Anfangs dieses Jahres erfolgreich durchgeführten Kapitalserhöhung zugestossenen neuen Kapitalien den Betrag von 231 Millionen Kronen. Die eigenen Kapitalien und die dem Institute anvertrauten fremden Gelder sind im Laufe des Geschäftsjahres 1916 — die auf die Anfangs dieses Jahres emittirten neuen Aktien eingezahlten 85 Millionen Kronen naturgemäß nicht mitgerechnet — von 908 Millionen auf 1250 Millionen Kronen gestiegen.

13./III. 1917

Eine Million Kronen für eine volkswirtschaftliche Universität.

Die Generalversammlung der Konsumgenossenschaft „Gangya“ hat heute die Leitung dieses Instituts ermächtigt, eine Eingabe an die Regierung zu richten, in der das Institut der Regierung eine Million Kronen zur Verfügung stellt, damit diese Summe der Errichtung einer volkswirtschaftlichen Universität zugewendet werde. In der Eingabe, in der der Regierung diese Widmung bekanntgegeben wird, wird darauf hingewiesen, daß die Mängel der ungarischen Volkswirtschaft in erster Reihe auf die Tatsache zurückzuführen seien, daß wir über ausreichendes, kundiges Personal im Wirtschaftsbetrieb nicht verfügen. Die Fragen der Mehrproduktion und der allgemein notwendigen Ertragssteigerung unseres Wirtschaftslebens können nur gelöst werden, wenn ein entsprechend zahlreiches, fachkundiges Beamtenmaterial unseren Betrieben zur Verfügung gestellt wird. Die Erziehung einer solchen tüchtigen und leistungsfähigen Beamtenschaft ist nur möglich, wenn im Inlande für zulänglichen Hochschulunterricht gesorgt wird. Die Verbindung der Magyaróvári landwirtschaftlichen Akademie mit der Bozsonyer Universität kann nicht als ausreichend betrachtet werden. Nach wie vor besteht die Tatsache, daß unsere Jugend, die sich der Landwirtschaft oder dem Wirtschaftsleben überhaupt beruflich zuwenden will, im Auslande höheren Unterricht suchen muß. Diese Umstände haben die Genossenschaft „Gangya“ bewogen, die bezeichnete Millionenspende, die das Andenken des Grafen Alexander Rá-
rothi verewigen soll, zu stiften. Die Zuwendung soll aus den Reserven des Instituts genommen werden.

Man wird der Genossenschaft „Gangya“ für diese Stiftung verdienten Dank zuerkennen. Es wurde mit dieser Schenkung ein Beispiel gegeben, das wohl in allen Kreisen unseres Wirtschaftslebens die Opferwilligkeit zur Tat anregen wird. Damit hätte die Wirtschaftskonjunktur des Krieges auch unserem wirtschaftlichen Bildungswesen gute Dienste geleistet.

14. III. 1917

(Die Stempelgebühr der Viehpässe.) Das neue Veterinärsgesetz, das der Ackerbauminister in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses unterbreitet hat, wird erhebliche Mehrkosten verursachen, die der Finanzminister durch die Erhöhung der Stempelgebühren der Viehpässe zu decken wünscht. Zu diesem Behufe hat er heute einen Gesetzentwurf vorgelegt, der diese Stempelgebühr folgendermaßen feststellt: für Schafe, Ziegen oder Schweine 6 h pro Stück, für Pferde, Rinder oder Büffel, die jünger als zwei Jahre sind, sowie für jeden Esel oder Maulesel, ohne Rücksicht auf das Alter, 80 h pro Stück, für Pferde, Rinder oder Büffel, die älter als zwei Jahre sind, 50 h pro Stück. Diese Gebühr ist auch dann zu entrichten, wenn das Eigentumsrecht des bereits mit einem Viehpas versehenen Tieres auf einen anderen übertragen wird. Die Form, die Zeit der Gültigkeit, die Modalitäten der Behandlung der Viehpässe, sowie die Frage, unter welchen Bedingungen die im Auslande ausgestellten Viehpässe im Inlande verwendet werden können, stellt der Ackerbauminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister, beziehungsweise für Kroatien-Slawonien und Dalmatien, auf das sich das Gesetz gleichfalls erstreckt, mit dem Kaiser fest. Den Tag des Inkrafttretens dieses mit der entsprechenden Strafsanktion versehenen Gesetzes wird der Finanzminister im Verordnungswege feststellen. Der Finanzminister veranschlagt das aus diesem Gesetze zu gewärtigende Mehreinkommen auf 5 Millionen Kronen. Da der Viehverkehr jedoch infolge des durch den Krieg verringerten Viehstandes einigermaßen abgenommen hat, kann wohl erst vier bis fünf Jahre nach dem Kriege auf das Einfließen der erwarteten 5 Millionen Kronen in ihrer Gänze gerechnet werden.

14. III. 1917

Allgemeine Depositenbank.

Man war einigermaßen erstaunt, als die „N. Fr. Pr.“ kürzlich ihren mehr oder weniger leichtgläubigen Lesern zu berichten wußte, der Verwaltungsrat der Depositenbank werde Herrn Adolf Schönwald zum Vizepräsidenten wählen; wußte man doch, daß dieser Herr, an Unbeliebtheit vielleicht nur noch von seinem Sohne Paul erreicht, sicherlich aber von niemand übertroffen, derzeit weniger als je zuvor zu einer solchen Stellung berufen sei. Weniger hat sich das Blatt aller Börsenachrichten beeilt, seinen Lesern mitzuteilen, wie diese Wahl ausgefallen ist. Es freut uns, diese Lücke in sonst auf ihre Vollständigkeit so stolzen Zeitung für Börsenjobber ausfüllen zu können: in der vor einigen Tagen stattgefundenen Sitzung des Verwaltungsrates wurde, „wie man uns mitteilt“, der Antrag des Herrn Adolf Schönwald, den Herrn Adolf Schönwald, Prokurist und früher auch Vertrauensmann der Firma S. & M. Reihes, zum Vizepräsidenten der Depositenbank zu wählen, mit allen Stimmen gegen die des Herrn Schiff v. Subaro, Schwager des Freiherrn v. Reihes, sagen wir höflich: nicht im Sinne des Antragstellers erledigt. Auf der Börse wurde diese Nachricht mit einer nicht unerheblichen Kursberholung begrüßt.

Man erzählte uns bei dieser Gelegenheit einige Züge aus dem geschäftlichen Leben der Herren Schönwald, dem Älteren und Jüngeren, die allerdings die eigenartige Vollständigkeit der beiden Herren erklären. So wurde z. B. anlässlich des vorjährigen Rechnungsabchlusses der Oberberger Reichs-Altiengeellschaft, deren Aktien sich zum großen Teil im Besitze des Hauses Reihes befinden, von Herrn Schönwald d. Ä. der Antrag gestellt, der Verwaltungsrat möge aus dem Reingewinn dem Exekutivkomitee eine Entschädigung für besondere Dienste in der Höhe von 35.000 Kronen bestimmen; nachdem man darauf eingegangen war — eine Verwaltungsratshand wäscht bekanntlich die andere, und die Aktionäre wurden nicht gefragt — wußte es Herr Schönwald d. Ä. in väterlicher Fürsorge so einzurichten, daß von diesen 35.000 Kronen — es mögen vielleicht auch 40.000 Kronen gewesen sein, aber wir wünschen deshalb uns keine Verichtigung zuzuziehen — seinem Sohne Schönwald d. J. 30.000 zugewiesen wurden, während auf jedes andere Mitglied erheblich weniger entfiel, wie man sich unschwer ausrechnen kann. Ein Mitglied des Verwaltungsrates und Exekutivkomitees, das nicht fand, daß die besonderen Leistungen des jüngeren Herrn Schönwald so unverhältnismäßig mehr als die der anderen Mitglieder oder zumindest seine wert seien, trat deshalb sogar aus dem Verwaltungsrate aus, die anderen, weniger wehleidig, begnügten sich mit dem geringen Anteil und mit dem, was auch andere taten: sie dachten sich ihr Teil, während Herr Schönwald d. J. es hatte.

15./III. 1917

Die türkische Vorschußtransaktion der österr.-ung. Orientgruppe.

K. Konstantinopel, 13. März. (Kammer.) Der Großwesir verlas ein kaiserliches Traktat, wodurch die mit dem heutigen Tage ablaufende Parlamentssession bis zum 31. März verlängert wird, um der Kammer die Erledigung des Budgets zu ermöglichen. Die Kammer hat das Gesetz betreffend den Abschluß eines Vorschusses von 240 Millionen Kronen mit einer österreichisch-ungarischen Bankengruppe genehmigt.

Finanzminister Dschawid Bey legte in Begründung des Entwurfes dar, der Vorschuß, über den vor einem Jahre Verhandlungen angeknüpft worden seien, sei abgeschlossen worden, um die für Einkäufe in Oesterreich-Ungarn aufgelaufenen Beträge und die den orientalischen Eisenbahnen geschuldete Summe von 40 Millionen Kronen zu begleichen. Die Bestimmungen des Uebereinkommens, führte der Minister aus, sehen eine Umwandlung des Vorschusses in eine langfristige Anleihe vor, deren Grundlagen bereits festgelegt sind. Die Zinsen sollen auf Grund des Ertragnisses der Lires der unisizierten türkischen Anleihe auf dem Pariser Plage bestimmt werden, dürfen jedoch niemals unter 6 Prozent betragen, wach 7 Prozent übersteigen. Der Minister stellte fest, daß dieser Vorschuß das erste Geschäft sei, das mit einer der zwei in Oesterreich-Ungarn für Geschäfte in der Türkei gegründeten mächtigen Gruppen, die über je eine Milliarde verfügen, abgeschlossen worden sei, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Lande zu großem Vorteil gereichen werde, wenn auch österreichische und ungarische Kapitalien an Unternehmungen in der Türkei beteiligt werden.

Ungarische Eskompte- und Wechselbank.

Budapest, 15. März.

Die Direktion der Ungarischen Eskompte- und Wechselbank hat in ihrer unter Vorsitz des Präsidenten Baron Nag Madarassy-Béla abgehaltenen Sitzung die Schlussrechnungen der Bank für das Jahr 1916 festgestellt. Die Bilanz und das Gewinn- und Verlustkonto weisen unter Hinzurechnung des Gewinnvortrages ein Bruttoerträgnis von 11,321.737 K. auf, während der Reingewinn nach Abzug sämtlicher Spesen und Steuern, der für Kriegsvorsorgezwecke verausgabten Beträge und der Abschreibungen 6,530.149 K. beträgt gegen 5,132.188 K. im Vorjahre. Ohne Berücksichtigung des Gewinnvortrages beträgt das heuer erzielte Reinerträgnis 792.821 K. Die Direktion

hat beschlossen, der für den 31. März einberufenen Generalversammlung die Ausschüttung einer Dividende von 7½ Prozent gleich 30 K. per Aktie (gegen 7 Prozent gleich 28 K. im Vorjahre) in Vorschlag zu bringen und zu beantragen, daß dem Reservefonds außer der bilanzmäßigen Dotierung der Spezialreserve mit 71.966 K. 400.000 K. (gegen 250.000 K. im Vorjahre), dem Pensionsfonds der Angestellten 250.000 K. (gegen 50.000 K. im Vorjahre) und dem Unterstützungsfonds der Angestellten 20.000 K. (gegen 10.000 K. im Vorjahre) überwiesen werden. Bei Annahme dieser Anträge würde nach Abzug der Direktionstantieme der Gewinnvortrag für das laufende Geschäftsjahr 1,818.152 K. (gegen 1,110.173 K.) betragen. Das Bilanzkonto sowie das Gewinn- und Verlustkonto weisen folgende Ziffern auf:

Aktiven: Kassaabende 8,849.741 (+ 2,456.202) K., Schatzscheine, Renten und sonstige Effekten 83,565.692 (+ 17,709.864) Kronen, Wertpapiere des Pfandbriefsicherstellungsfonds 5,664.636 (+ 47.066) K., Wertpapiere des Kommunalobligationen-Sicherstellungsfonds 3,380.464 (+ 59.200) K., Wertpapiere des Pensionsfonds 3,873.686 (+ 86.446) K., Realitätenbesitz des Pensionsfonds 1,355.303 (+ 806.308) K., Vorrat an eigenen Pfandbriefen und Kommunalobligationen 6,362.755 (- 2,638.097) K., Wechselportefeuille 59,561.869 (- 6,181.121) K., Devisen und Kontopapiere 796.613 (- 418.178) K., Vorkäufe im Lombardgeschäft 45,128.157 (- 400.245) K., Vorkäufe auf ungarische Kriegsanleihe 132,600.652 (+ 32,513.672) K., Konfortialanzahlungen 15,441.364 (+ 4,244.731) Kronen, diverse Debitoren 149,153.042 (+ 54,728.946) K., Hypothekendarlehen in Pfandbriefen 107,803.744 (- 940.947) K., Kommunaldarlehen 13,093.820 (- 118.300) K., Pachtkaufschale der Budapester Lagerhäuser 7,470.180 K. (unverändert), Warenabteilung und deren Unternehmungen 20,090.577 (+ 13,936.017) K., Realitätenkonto 2,750.000 K. (unverändert), Realitäten- und Mobilienkonto der Filialen 228.765 (- 47.220) K., zusammen 667,169.060 (+ 115,667.447) K.

Passiven: Aktienkapital 65,000.000 (+ 15,000.000) K., Reservefonds 10,931.115 (+ 4,000.000) K., Spezialreserve 2,408.655 (+ 71.967) K., außerordentliche Reserve 2,326.387 K. (unverändert), Budapester Lagerhäuser-Amortisationskonto 2,038.388 (+ 112.751) K., Pensionsfonds der Angestellten 6,065.115 (+ 326.137) K., Akzeptationskonto 22,052.600 (- 2,269.600) K., Sparkassen-, Scheck- und Kontokorrenteinlagen sowie Kassenscheine 352,569.166 (+ 127,270.281) K., diverse Kreditoren 75,706.085 (+ 27,733.976) K., Guthaben des ungarischen Finanzministeriums (- 56,910.569) K., Pfandbriefe im Umlauf 108,386.520 (- 904.356) K., Kommunalobligationen im Umlauf 13,155.000 (- 161.100) K., Reingewinn inklusive Vortrag 6,530.149 (+ 1,397.960) K., zusammen 667,169.060 (+ 115,667.447) K.

Einnahmen: Gewinnvortrag vom Jahre 1915 1,110.173 (+ 598.139) K., Zinsenkonto 5,463.431 (+ 511.345) K., Provision und Kommission 1,436.035 (+ 163.635) K., Effekten und Konfortialgewinne 369.698 (+ 266.639) K., Gewinn an Devisen 254.436 (- 47.937) K., Ertrag der Filialen 964.590 (+ 245.837) K., Ertrag diverser Unternehmungen 520.094 (+ 255.813) K., Gewinn im Hypothekar- und Kommunaldarlehensgeschäft 627.983 (+ 9621) Kronen, Häuserertrag 110.136 (- 1200) K., Ertrag der Budapester Lagerhäuser 464.860 (- 57.356) K., Summe der Erträgnisse 11,321.737 (+ 1,944.535) K.

Ausgaben: Gehaltkonto 2,205.840 (+ 425.041) K., Spesenkonto 1,124.461 (+ 192.551) K., Kriegsvorsorge-Spesenkonto 237.879 (+ 82.581) K., Abschreibung dubioser Forderungen 511.287 (- 105.326) K., Steuerkonto 712.121 (+ 120.497) K., Abschreibungen an Mobilien - (- 168.769) K., Reingewinn inklusive Vortrag 6,530.149 (+ 1,397.960) K., zusammen 11,321.737 (+ 1,944.535) K.

Auf dem Aktienkapitalkonto erscheint das Aktienkapital der Bank infolge der Ende Dezember 1916 erfolgreich durchgeführten Kapitalerhöhung bereits mit 65 Millionen Kronen und die Reserven mit 15,666.036 K. ausgewiesen, doch hatten diese der Bank erst im letzten Tagen des Jahres zugeflossenen neuen Mittel naturgemäß noch keinen Einfluß auf das Geschäftsergebnis, und die neuen Aktien partizipieren dementsprechend erst an der Dividende des nächsten (1917) Geschäftsjahres.

Das Effektenportefeuille der Bank figuriert heuer mit 83,566.691 K. in der Bilanz gegen 65,855.828 K. im Vorjahre, während sich der Saldo des Syndikatsanzahlungskontos von 11,196.632 K. auf 15,441.364 K. erhöhte. Diese Steigerungen sind auf Uebernahme von Aktien einiger dem Konzern der Bank neu angegliederten Unternehmungen und diverser Posten von Renten- und Kassenscheinemissionen des ungarischen Staates, ferner auf Kapitalerhöhungen verschiedener, dem Interessenkreise des Instituts angehöriger Aktiengesellschaften zurückzuführen. Die Bewertung der Effekten- und Konfortialbestände erfolgte auch diesmal unverändert zu den niedrigen Kursen der ersten, nach Kriegsausbruch verfaßten Bilanz (1914); in dem Mehrwert der Bestände erscheint eine auch dem Vorjahre gegenüber wesentlich gestärkte Rücklage geschaffen. Das Wechselportefeuille erfuhr dem Vorjahre gegenüber auch diesmal einen Rückgang, und zwar von 65,742.990 K. auf 59,561.868 K. Das Konto der Vorkäufe im Lombardgeschäft weist einen dem Vorjahre gegenüber fast unveränderten Saldo von 45,128.157 K. auf, während die auf Kriegsanleihetitres gewährten Vorkäufe eine Zunahme von 100,086.980 K. auf 132,600.652 K. erfuhr. Einlagen und sonstige Kreditoren erscheinen mit 428,275.250 K. gegen 273,270.993 K. im Vorjahre ausgewiesen, was einer Zunahme von zirka 155 Millionen Kronen, dem Jahre 1914 gegenüber sogar einer solchen von zirka 237 Millionen Kronen entspricht.

Zinsen- und Provisionskonto weisen dem Vorjahre gegenüber mit einem Gewinnsaldo von 5,463.431 K., respektive 1,436.035 K. auch diesmal erhöhte Erträgnisse auf und ist die Zunahme auf die insbesondere im Zusammenhang mit den Kriegsanleihetransaktionen wesentlich gesteigerten Umsätze zurückzuführen. Auch das Erträgnis der Filialen hat eine Zunahme erfahren und erscheint mit 964.590 K. gegen 718.753 K. im Vorjahre ausgewiesen. Diese Steigerung ist auf die mit dem Zuwachs des Einlagenstandes zusammenhängenden gesteigerten Umsätze und die intensive Pflege des laufenden Geschäftes zurückzuführen. Die im Vorjahre gemeinsam mit der Oesterreichischen Länderbank im polnischen Okkupationsgebiet in Dombrowa errichtete Filiale hat ihre erste Jahresbilanz mit befriedigendem Erfolg abgeschlossen. Im Berichtsjahre hat die Bank ihr Filialnetz durch Errichtung einer Expositur in Belgrad erweitert. An Syndikaten sowie im Effekten- und Effektenkommissionsgeschäft wurden heuer 369.698 K. gegen 103.058 K. im Vorjahre ausgewiesen. Die Konti der Handlungskosten und Gehälter weisen auch diesmal beträchtliche Erhöhungen auf, ersteres infolge von mit dem Kriege zusammenhängenden Ausgaben, letzteres aus dem Grunde, weil die Bank auch diesmal darauf bedacht war, die materielle Lage ihrer Angestellten nach Tüchtigkeit zu verbessern und ihnen heuer außer der bereits seit einer Reihe von Jahren liquidierten Teuerungszulagen eine wesentlich erhöhte Kriegszulage bewilligte hat. Das Institut gewährt seinen zu Militärdienst eingetragenen Angestellten die vollen Bezüge und den Angehörigen derselben auch Kriegsteuerzulagen. Die durch den Krieg bedingten außerordentlichen Auslagen des Instituts beziffern sich seit Ausbruch des Krieges auf über 1,800.000 K.

Auf die im Berichtsjahre zur Ausgabe gelangte vierte und fünfte Kriegsanleihe wurden bei der Bank zirka 236 Millionen Kronen gezeichnet, wodurch die durch das Institut bisher angebrachten Kriegsanleihezeichnungen die stattliche Höhe von zirka 600 Millionen Kronen erreichten. Die Bank betriehte

ich im abgelaufenen Geschäftsjahre an der Emission von Nominal 150 Millionen Mark 5prozentiger ungarischer Staatskassenscheine, Nominal 80 Millionen Kronen 5prozentiger amortisierbare Anleihe der Haupt- und Residenzstadt Budapest, an dem Vorkauf im Betrage von 30 Millionen Kronen an die Haupt- und Residenzstadt Budapest, ferner an der Konversion von Nominal 250 Millionen Kronen königlich ungarischer Staatskassenscheine vom Jahre 1913 und der Emission von Nominal 600 Millionen Kronen 5½prozentiger Staatskassenscheine. Außerdem partizipiert das Institut an der Gründung der Ungarischen Erdgas-A.G., der Gelbsteinzentrale, der „Mitropa“, Mitteleuropäischen Schlafwagen- und Speisewagen-A.G., der Erdöl-, Bergbau- und Industrie-A.G., der Kapitalerhöhung der königlich ungarischen Fluss- und Seeschiffahrts-A.G., der Ungarischen Realitätenbank A.G., der Ungarischen Verkehrsbank A.G., der Ungarischen Anstalt für die Parzellierungsbank A.G. und der Südungarischen Zuckerindustrie A.G. Schließlich erwartet die Bank die Majorität der Aktien der Gisela-Mühle, der Boni Fabrikshof- und Landwirtschaftlichen A.G. und der Budafoker Stanz-, Emaillewerk und Metallwarenfabrik Herz & Sohn A.G. Die Warenabteilung der Bank betätigte sich auch im abgelaufenen Jahre im Rahmen des intensiven und ausschließlich gepflegten Kommissionsgeschäftes und hatte hauptsächlich die Abwicklung der ihr seitens der Kriegsproduktions-A.G. und verschiedener Behörden anvertrauten Transaktionen zu besorgen. Die von der Bank betriebenen hauptstädtischen Lagerhäuser hatten unter Transportschwierigkeiten und Arbeitermangel zu leiden und weisen, ebenso wie die Barceher Lagerhäuser, ein weniger günstiges Ergebnis auf als im Vorjahre, während die Fiumaner Oesterreichische Lagerhaus A.G. ein günstigeres Ergebnis erzielte und eine höhere Dividende zur Verteilung bringen wird. Die Ungarische Verkehrsbank A.G., deren Geschäftsumfang sich andauernd stark entwickelt, hat ihr Aktienkapital im abgelaufenen Geschäftsjahre auf 10 Millionen Kronen erhöht und wird nach dem erhöhten Aktienkapital eine höhere Dividende zur Ausschüttung bringen als im Vorjahre.

Pester Ungarische Kommerzialbank.

Budapest, 16. März.

Die Pester Ungarische Kommerzialbank weist in dem jetzt abgelaufenen 75. Geschäftsjahre ohne Vortrag einen **Reingewinn** von k 18,005.006.56 aus, um k 2,386.047.20 mehr als in dem Vorjahre (k 15,618.959.36), doch wird dieser Ueberschuss durch die in Verbindung mit dem Jubiläum diesmal mehr als k 4,000.000 betragende Zuwendung für wohltätige Zwecke absorbiert. Am stärksten ist laut der Schlussrechnungen der reine Zinsenertrag angewachsen, und zwar um k 2,290.657.99, was ausschließlich dem außerordentlich angewachsenen Verkehr und dem stark erweiterten Geschäftskreise der Bank zugeschrieben werden kann.

Im Hypothekar- und Kommunalanlehengeschäfte beträgt der Reingewinn k 2,170.455.04 (k 2,124.673.18), die Erhöhung daher k 45.781.91, was eine Folge der natürlichen Entwicklung des Geschäftes ist, und dadurch erzielt werden konnte, weil besonders in der letzten Hälfte des Jahres die Bank infolge der großen Nachfrage nach Pfandbriefen den Kurs ihrer Titres erhöht hat und so imstande war, auch die Konditionen des Hypothekarcredits zu verbessern. Der Stand der Hypothekendarlehen hat sich infolge der Rückzahlungen um k 2,714.492.46 verringert (1916: k 307,194.516.40, 1915: k 309,909.008.63), der der Kommunaldarlehen jedoch gesteigert (1916: k 269,780.105.89, 1915: k 268,714.418). Die Summe sämtlicher im Umlauf befindlichen Obligationen der Kommerzialbank beträgt k 578,703.800; mit dem Wiederverkauf der zurückgekauften Titres hat die Bank im Berichtsjahre Titres im Gesamtbetrage von k 11,250.300 placiert.

Das Konto „Provisionen“ ist mit k 413.992.36 auf k 2,070.924.26 (1,656.931.90) angewachsen; die Bank hat hier seinerlei außerordentlichen Gewinn verrechnet, so daß die Erhöhung nur ein Ergebnis des regulären Geschäftes ist. Infolge Errichtung der Devisenzentrale hat sich der in dem Devisengeschäfte erreichte Gewinn vermindert; er betrug in dem Jahre 1916 k 374.481.62 (k 508.398.12), während sich an den Wertpapieren und Syndikaten ein Ertragsplus von k 1,101.826.41 zeigt (1916: k 1,561.867.31, 1915: k 1,460.041.20). Hier wurde der Ertrag einiger größeren Syndikatsgeschäfte und Finanztransaktionen verrechnet. Während sich die Post „Verschiedene Gewinne“ kaum verändert hat (1916: k 768.021.29, 1915: k 755.658.17), widerpiegelt der Gewinn der Wechselstube und der Filialen anschaulich die Ergebnisse des planmäßigen Ausbaues des Filialennetzes, der in dem gesteigerten Umlauf unserer Zweigniederlassungen zum Ausdruck gelangt, da der Reingewinn von k 820.040.60 (k 646.714.55) ein Plus von k 173.326.05 bedeutet.

Gegenüber dem Anwachsen der Einnahmen ist auch eine beträchtlichere Steigerung bei den Ausgaben festzustellen: so bei den Gehältern der Angestellten k 152.293.27 (1916: k 2,808.302.90, 1915: k 2,656.009.63), während bei den Speje und Steuern die Mehrausgabe nicht weniger als k 424.932.77 beträgt, nachdem diese Post k 2,112.524.51 erreichte (k 1,687.591.74). Die größte Erhöhung zeigen jedoch die Spenden für Kriegszwecke und die durch den Krieg verursachten Ausgaben, welche gegenüber dem Vorjahre eine Mehrausgabe von k 1,047.694.84 aufweisen. Diese verteilt sich derart, daß auf Kriegsausgaben in erster Reihe zur Binderung der erschwereten Lebensverhältnisse der Beamten k 1,135.326.34 (k 410.956.13), auf Spenden jedoch k 522.572.71 (k 190.248.08) verwendet wurden. Die gesamten Ausgaben der Bank für Zwecke der Kriegsjürsorge seit Beginn des Krieges übersteigen — die Jubiläumsspenden hinzugerechnet — k 5,000.900. Die Post „Abschreibungen“, die schon im Vorjahre eine wesentliche Verminderung erfahren hat, hat sich weiter verringert, da sie insgesamt nur k 158.622.79 ausmacht, daher mit k 62.682.06 unter der vorjährigen (k 221.304.85) geblieben ist.

Bei Durchsicht des Bilanzkontos ist vor allem festzustellen, daß die **Passeibestände** entsprechend der Geldfälligkeit k 21,298.444.46 (k 21,505.026.30) betragen; wie bei den übrigen Banken, weist das Wechselportefeuille auch hier eine der Finanzwirtschaft des Krieges entsprechende Verminderung auf, indem der Betrag der Geschäftswechsel auf k 78,258.922.95 (k 95,588.189.89) gesunken ist. Eine weitere Erscheinung des Kriegskreditzustandes ist das neuerliche Hinausschnellen der auf ungarische Kriegsanleiheobligationen gewährten Vorschüsse um k 22,065.489, womit diese Vorschüsse die Summe von k 263,509.500 (k 241,444.011) erreichten. Die Belebung des Börsenverkehrs und das gesteigerte Effektengeschäft werden durch die Erhöhung der Lombardvorschüsse illustriert, die k 107,594.660.25 betragen, daher die Summe von k 71,283.306.38 des Vorjahres um k 36,311.358.87 übersteigt. Hingegen weist das Reportgeschäft eine naturgemäß ansehnliche Verminderung auf, indem es von k 8,916.840.37 des Vorjahres auf eine Glotierung von k 4,372.922.99 herabgesunken ist.

Das Effektenportefeuille ist entsprechend der Zunahme des Interessenkreises der Bank neuerlich um k 45,740.018.02 auf k 118,716.981.90 (k 67,976.913.88) gewachsen. Am wesentlichen ist die Veränderung in der Rubrik „Vorschüsse an den Staat und Emission staatlicher Obligationen“, welche einen anschaulichen Beweis bietet für die großen Mittel, welche die Bank in den Dienst des ungarischen Staatskredits stellte. Diese Clozierung hat die Summe von k 616,693.942.69 erreicht und so die vorjährige Summe (k 167,149.300.75) um nicht weniger als k 449,544.641.94 überflügelt. Neben der fast unveränderten Post der „Einzahlungen auf die Syndikate“ weist das Konto der Debitoren, der Entwicklung des Geschäftes entsprechend, die Summe von k 239,137.082.30, daher eine um k 71,026.681.49 größere Clozierung auf als die ähnliche Post des vorhergehenden Jahres (k 168,111.400.81).

In der Vermögensbilanz figurieren das nunmehr fertiggestellte neue Zentralgebäude, sowie die für die verschiedenen Stadtfilialen erworbenen Häuser auf der Károlykirály-ut, auf der Szécska, auf der Andrássy-ut, zusammen mit dem Gebäude der Naopkanyzaer Filiale mit einer Gesamtinvestition von k 18,463.073.73, während sie nach der bisherigen großen Abschreibung mit k 10,764.073.73 in die Bilanz aufgenommen wurden; nach Durchführung der vorgeschlagenen Wertverminderungsreservierungen sinkt diese Post auf k 10,064.073.73.

Die mächtigste Verschiebung zeigt sich bei der Post „Einlagen“: hier beträgt die Hauptsumme 1285 Millionen Kronen, daher die Steigerung

k 542,507.510.99, die im engsten Sinne genommenen ständigen Einlagen belaufen sich auf k 811,525.170.68 (k 513,523.328.53), die Summe der verschiedenen Kreditoren auf k 413,096.821.74 (k 202,120.015.61), die Guthaben der Ministerien, Komitate und Gemeinden sowie der Postsparkasse auf k 61,102.801.32 (k 27,573.938.61). Dieses außerordentliche Anschwellen der der Bank anvertrauten fremden Gelder erfolgte, trotzdem die vierte und die fünfte Kriegaanleihe der Anstalt Einlagen in der Höhe von mehr als 210 Millionen Kronen entzogen haben. Das Gesamtvermögen der von der Anstalt verwalteten eigenen Kapitalien gegenüber den vorjährigen k 1,565,544.809.88 beträgt k 2,154,819.417.82; sie verfügte daher in dem Berichtsjahre über eine um k 589,274.607.94 größere Summe.

Die traditionelle große Mobilität der Kommerzialbank beleuchtet die Tatsache, daß die Anstalt gegenüber Einlagen und anderen kurzfristigen Passiven im Betrage von k 1,818,218.000 über k 1,629,925.000 leicht mobilisierbare Aktiven verfügt. Zur weiteren Verstärkung ihrer Reserven hat die Bank heuer dem Dividendenreservofonds 1.5 Millionen Kronen, dem Wertverminderungskonto der Immobilien k 700.000 zugewiesen, aus dem Bilanzvertrage auf das kommende Jahr k 2,025.446.75 vorgetragen, während der vorjährige Vortrag k 2,553.291.80 betrug, aus welchem sie k 500.000 dem Sanatorium für lungenfranke Invaliden zugewendet hatte. Die Direktion beantragt außerdem, als Jubiläumsspenden eine Million Kronen für Wohltätigkeitszwecke, k 600.000 als Jubiläumsgeschenk für ihre Beamten und zur Deckung der Spesen der Jubiläumsmemorie zu verwenden. Der Gesamtumsatz der Kommerzialbank weist ein außergewöhnliches Anwachsen auf, derselbe stieg auf k 37,737,278.900 gegenüber k 26,553,882.200 des Vorjahres, daher das diesjährige Anwachsen ihres Verkehrs 11 Milliarden Kronen übersteigt.

17. III. 1917

Die Heilkunst auf Aktien.

Amtslich wird verlautbart: Das Ministerium des Innern hat der Oesterreichischen Länderbank in Wien die Bewilligung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft unter der Firma „Wiener Cottage-Sanatorium-Aktiengesellschaft“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Sanatorien sind ein gutes Geschäft, wie dieser Tage im „Abend“ ausführlich zu lesen war. An Kranken, die so gesund sind, daß sie an einem einzigen Abend dreißigtausend Kronen im Bakkarat verspielen können, läßt sich Geld verdienen. Es ist deshalb nur logisch, daß man die Allgemeinheit als Aktionär an den reichen Erträgen teilnehmen läßt. Jetzt fehlt nur noch, daß man auch den erfolgreichen Professor finanziert. Aber nur Geduld! Auch das wird kommen. Wenn die ganze Welt eine Aktiengesellschaft wird, warum sollte nicht auch die erhabenste der Wissenschaften Dividenden und die leidende Menschheit Lantidemen tragen?

Der Abend

17/III. 1917

174

Zahlungsschwierigkeiten der Dianabad A. G.

In Wiener Bauhandwerkerkreisen wird hartnäckig das Gerücht verbreitet und fest geglaubt, daß die Verkehrsbank, die bekanntlich der Geldgeber der Dianabad-Aktiengesellschaft ist, weitere Geldzuschüsse an das Unternehmen eingestellt habe und daß bei einem bevorstehenden Niederbruch alle kleinen Gläubiger schwer zu Schaden kommen würden. So schlimm steht nun die Sache tatsächlich nicht. An eine Einstellung der Zahlungen ist, wie wir verlässlich erfahren, nicht zu denken. Niemand von den Bauhandwerkern, die kleine Forderungen haben, wird zu Schaden kommen. Die Sache verhielt sich folgendermaßen:

Durch den Ausbruch des Krieges ist die Vollendung des Dianabadbaues um 1½ Jahre verzögert und gegen die ursprünglichen Kostenvoranschläge beträchtlich verteuert worden. Die Verkehrsbank, die der Baukreditgeber ist, mußte daher über den ursprünglich beabsichtigten Baukredit von K 3.500.000 weit hinausgehen, indem dieser Kredit fast verdreifacht wurde. Ihre Forderung beträgt jetzt 9.100.000 K und setzt sich aus vier Posten zu 3.500.000 K, 2.500.000 K, 1.500.000 K und 1.600.000 K zusammen. Von den 9.100.000 K sind nicht weniger als sieben Millionen an erster Stelle im Grundbuch vorgemerkt, während zwei Millionen durch persönliche Gutstellungen der Verwaltungsratsmitglieder vollständig sichergestellt erscheinen.

Neben der Verkehrsbank gibt es eine Anzahl von Firmen, die beim Bau des Dianabad große Lieferungen hatten und an diesen viel verdient haben, derzeit aber noch nicht ganz ausbezahlt sind. Die Ursachen dieser Zahlungsstockung der Dianabad-Aktiengesellschaft sind bekannt. Sie sind ausschließlich in den Zeitverhältnissen begründet und keinen der verantwortlichen Leiter des Unternehmens trifft ein Verschulden. Die Fertigstellung des Baues hat sich eben, wie schon bemerkt, nicht nur verzögert, sondern auch verteuert und als das Bad fertiggestellt war, brachte die Schwierigkeit der Kohlenbeschaffung den Betrieb zeitweise zum Stoden. Dies alles, dazu die Tatsache, daß Teile des Dianabadbaues noch nicht fertiggestellt und betrieben werden können, haben die Dianabad-Aktiengesellschaft veranlaßt, die Verkehrsbank und die großen Lieferanten zu ersuchen, in Abstriche von etwa 15 v. S. ihrer Forderungen einzuwilligen. Die kleinen Lieferanten dagegen, die insgesamt 300.000 Kronen zu fordern haben, sollen nach dem Ausgleichsplan der Gesellschaft voll befriedigt werden. Man ersieht schon daraus, daß die Absichten der Schuldner durchaus anständig sind. Auch haben sie es bei der guten Absicht nicht bewenden lassen, sondern auch Opfer gebracht, indem die Verwaltungsratsmitglieder aus eigenen Mitteln drei Millionen Kronen zur Befriedigung der Gläubigeransprüche im Ausgleichswege aufbrachten.

Man sollte meinen, daß nun alles in bester Ordnung sei. Die Hauptgläubigerin, die Verkehrsbank, und die großen Lieferanten hätten einen Nachlaß zu gewähren, der im Wesen bloß einer Minderung ihres Verdienstes gleichkommt. Die großen Lieferanten scheinen damit einverstanden. Die Verkehrsbank wieder sagte

nicht nein, durch ihr Verhalten verzögert sich aber der Ausgleich und die kleinen Gläubiger, für die jeder Tag längeren Wartens zu einer Katastrophe führen kann, sind die Opfer.

Es ist unter solchen Umständen begreiflich, daß die Meinung aufkommen konnte, die Verkehrsbank wolle die Dianabad-Aktiengesellschaft zum Konkurs treiben, um als Hauptgläubigerin die Gesellschaft unter dem Hammer billig an sich zu bringen. Das wäre ganz im Stil der Friedenspolitik der Banken, zuerst höhere Kredite zu geben als man hätte verantworten können und dann den Schuldner im Konkurs billig aufzukaufen. Wir sind sicherlich keine Anhänger der Verkehrsbank, aber daß sie im Kriege dergleichen beabsichtigen sollte, wollen selbst wir nicht glauben. Daß die kleinen Lieferanten der Dianabad-Aktiengesellschaft warten und wieder warten müssen, wird hoffentlich in den nächsten Tagen ein Ende gefunden haben.

(Wiener Kommerzbank.) Der Verwaltungsrat der Wiener Kommerzbank hat in seiner gestrigen Sitzung die Bilanz für die Betriebsperiode 1916, die mit einem Reingewinn von K. 1.095.064 abschließt, genehmigt. Auf Antrag der Direktion hat der Verwaltungsrat beschlossen, der für den 31. d. einzuberufenden Generalversammlung den folgenden Vorschlag bezüglich der Verteilung des Reingewinnes zu erstatten: K. 562.500 zur Ausschüttung einer Dividende von K. 15.— pro Aktie, K. 150.000 zur Dotierung des Reservefonds, K. 249.748 zur Abschreibung des Einrichtungsfonds, K. 25.000 zur Bildung eines Beamten-Unterstützungsfonds zu verwenden und K. 107.821 auf neue Rechnung vorzutragen. Das Gewinn- und Verlustkonto der Betriebsperiode 1916 wird wie folgt ausgewiesen:

Erträge: Zinsen K. 1.005.785, Effekten, Saluten und Devisen 189.178, Provisionen und Kommissionen 551.736. Zusammen K. 1.746.648.

Laften: Gehalte K. 123.839, Spesen und Miete 206.755, Steuern und Gebühren 225.500, Gründungskostenkonto 95.489, Reingewinn 1.095.064. Zusammen K. 1.746.648.

Die Wiener Kommerzbank hat ihre konstituierende Generalversammlung im Monat März 1916 abgehalten und ihre geschäftliche Tätigkeit mit April des Jahres 1916 begonnen. Die ausgewiesenen Riffen erstrecken sich daher auf eine neunmonatige Betriebsperiode. Der Bruttogewinn beträgt 175 Millionen Kronen oder 146 Prozent des Aktienkapitals, der Reingewinn 1095 Millionen Kronen, das sind 913 Prozent des Aktienkapitals, beziehungsweise K. 36.50 pro Aktie und Jahr. Hierbei ist berücksichtigt, daß von dem derzeit 20 Millionen Kronen betragenden

Aktienkapital der Bank nur ein Betrag von 15 Millionen Kronen im Jahre 1916 gearbeitet hat und dividendenberechtigt war, da die letzte Kapitalvermehrung von 5 Millionen Kronen erst im Dezember des Jahres 1916 durchgeführt wurde und die Aktien dieser Emission erst den Coupon pro 1917 tragen. Die ausgewiesenen Zinsen setzen sich aus K. 898.000 Kontokorrentzinsen, K. 26.000 Wechselzinsen und K. 99.000 Effektzinsen zusammen. Als Abzugspost von diesen Zinseneinnahmen werden die Zinsen auf Einlagebücher mit K. 17.000 angeführt. Der Effektengewinn von K. 143.000 resultiert zum größten Teil aus der Mitwirkung der Bank bei dem Placement von Anlagewerten. Die Laften erfordern ungefähr 40 Prozent des Bruttogewinnes. Die Abschreibung der Gründungskosten — in diesen sind der Aktienemissionsstempel, die Kosten des Aktiendruckes usw. enthalten — erfordert K. 95.000. Für Steuern ist das vorliegende Gewinn- und Verlustkonto mit K. 225.500 belastet. Die Steuern sind bereits auf Grund des erzielten Jahresertrages berechnet. Die Bilanz zeigt folgende Riffen:

Aktiva: Kassenbestände K. 1.124.683, Vorkaufe 429.729, Effekten 2.198.485, Vorkäufe auf Wertpapiere und Reports 7.424.598, Debitoren 42.567.675, Kriegasanleiheverrechnungsfonds 12.102.860, Inventarkonto 249.748. Summe K. 66.098.272.

Passiva: Aktienkapital K. 20.000.000, Agio-Reservefonds 280.287, Geldeinlagen gegen Einlagebücher 1.211.547, Kreditoren 24.816.484, Kriegasanleiheverrechnungsfonds 18.994.937, Reingewinn 1.095.064. Summe K. 66.098.272.

Die Bilanzsumme beträgt K. 66.098.272. Die Umsätze im Bankkommissionsgeschäft haben in den neun Betriebsmonaten des Jahres 1916 insgesamt die Höhe von 1023 Millionen Kronen erreicht. Die verfügbaren Gelder belaufen sich abzüglich des Kriegasanleihe-Verrechnungsfonds auf K. 45.354.965. Davon betragen die eigenen Mittel der Bank K. 20.280.287, während die der Bank zur Verwaltung übergebenen Gelder die Höhe von K. 25.074.678 erreichen. Das Verhältnis des eigenen Kapitals zu den fremden Mitteln beträgt daher 1 zu 1,2. Von den fremden Geldern sind K. 7.424.598 im Report, K. 3.753.899 in Effekten, Darbeständen und Wechseln und K. 13.896.185 in Debitoren angelegt. Der Effektenbestand repräsentiert zum größten Teil den Gegenwert der von der Bank für eigene Rechnung geschlossenen Kriegasanleihen. Die sichtbaren Reserven des Instituts werden nach Genehmigung der Anträge der Verwaltung durch die Generalversammlung und nach vollkommener Abschreibung des Inventar- und Gründungskostenkontos ungefähr K. 11 pro Aktie betragen. Hierbei sind die im Jahresbericht als unverrechnet angegebenen Geschäfte nicht berücksichtigt. Die Verwaltung wird der Generalversammlung einen Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals der Bank von 20 auf 30 Millionen zur Beschlußfassung unterbreiten.

Die Umwälzung in Rußland und die Börse.

Die Börse befließigt sich bei Beurteilung der durch die Revolution in Rußland geschaffenen neuen Lage der größten Vorsicht; ihr akwartender Standpunkt erscheint um so gerechtfertigter, als die im englischen Unterhause mit lautem Beifall begrüßten Aeußerungen des Schatzkanzlers über die revolutionäre Bewegung nichts weniger als die Deutung zulassen, daß durch den Umsturz die Sache des Friedens an Terrain gewonnen habe. Es ist begreiflich, daß unter solchen Umständen die Unternehmungslust des Marktes stark herabgesetzt ist und der Verkehr auf ein Minimum beschränkt bleibt. Desto mehr verdient hervorgehoben zu werden, daß die finanziellen Kreise den schwerwiegenden Ereignissen gegenüber von der bisherigen züversichtlichen Auffassung der Gesamtlage auch nicht um einen Schritt abgewichen sind, daß sich auf keinem Gebiet ein Gefühl der Mangellichkeit kundgibt, die Stimmung vielmehr den festen Grundcharakter bewahrt und die Kurse ihren hohen Stand mit Leichtigkeit behaupten. Man hörte vielfach die Ansicht äußern, daß trotz der angeblich kriegerischen Ziele der jetzigen Machthaber in Petersburg die Revolution schließlich doch eine günstige Rückwirkung auf die Lage ausüben und die Welt dem Frieden näherbringen werde. In dieser Erwartung verkehrte die gestrige Börse bei aller Zurückhaltung in fester Stimmung.

Von den ausländischen Börsen liegen die nachstehenden telegraphischen Meldungen vor:

Budapest, 16. März. Die Nachricht von der Abdankung des Zaren und die sonstigen politischen Meldungen wirkten auf die Tendenz der heutigen Börse günstig ein, so daß sich auf allen Marktgebieten ein lebhaftes Geschäft entwickelte, wobei die Nachfrage das Ausgebot weit überwog. Auf dem Bankenmarke waren neben Solobankaktien, die im Vordergrund des Interesses standen, auch Ungarische Kredit- und Hypothekbankaktien höher gefragt. Eskompte- und Wechselbankaktien zogen aus dem günstigen Jahresabschluß Nutzen. Kohlenwerte lagen ebenfalls fest. Von Schiffsaktien konnten namentlich Adria- und Atlanticaaktien im Kurse anziehen, während von Mühlenwerten Vittoria- und Borjod-Miskolczer Aktien zu höheren Kursen in den Verkehr kamen. Munitions- und Ausrüstungswerte verkehrten preis haltend. In einigen Industriewerten, wie Ungarischen Zuderindustrie-, Schlid- und Mothübeaktien, fanden gleichfalls einige Abschlüsse zu behaupteten Kursen statt. Auf dem Anlagemarkte wurde eine zuwartende Haltung beobachtet. Der Schluß war angerogt.

Berlin, 16. März. Gegenüber den Meldungen aus Rußland legte sich die Börse weitgehende Zurückhaltung auf, um vorerst die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Die Kurse zeigten anfangs die Neigung zu Abschwächungen, doch machte sich die feste Grundstimmung des Marktes bald wieder geltend, und die wenigen Umsätze, die zustande kamen, vollzogen sich vorwiegend zu den gestrigen Kursen. Hochmer Aktien zeichneten sich durch ihre gute Haltung aus. Bemberg- und Spinnaktien erzielten im Zusammenhange mit Fusionsgerüchten eine beträchtliche Steigerung. Die russischen Werte neigten zur Schwäche, waren aber wenig verändert. Deutsche Anleihen konnten sich behaupten.

18. III. 1917

— (Wiener Kreditgesellschaft für Industrie und Handel.) Gestern hat unter zahlreicher Beteiligung der genannten Gesellschaft unter dem Vorsitz des Präsidenten **Isidor Mautner** stattgefunden. Dem Bericht über das Geschäftsjahr 1916 entnehmen wir folgende Daten: Es wurden Buchforderungen in der Höhe von 34 Millionen Kronen eskontiert; der Reingewinn beträgt K. 172.149. Ende 1916 belief sich die Summe der bewilligten Kredite auf K. 21.820.000 und die Summe der benützten Kredite auf K. 6.240.000, denen Sicherheiten in Anteilscheinen und Reservefonds in der Höhe von K. 3.120.000 und in Rückläufen in der Höhe von K. 889.000 gegenüberstehen. Das Berichtsjahr verlief ohne jeden Verlust. Die Gesellschaft hat seit ihrem Bestand offene Buchforderungen im Betrage von weit mehr als einer Milliarde Kronen eskontiert. Die Anteilscheine werden wie bisher mit dem statutenmäßigen Maximalsatz von 4 Prozent verzinst. In den Vorstand wurden Herr **Hermann Bujatti**, Präsident der Seidenindustrie-A.G. vormalig Franz Bujatti, Herr **Mois Demberger**, öffentlicher Gesellschafter der protokollierten Firma **Mois Demberger**, Herr **Isidor Mautner**, Präsident der Oesterreichischen Textilwerke-A.G. vormalig **Isidor Mautner & Sohn**, die Firma **August Schneider**, vertreten durch den öffentlichen Gesellschafter **Herrn Robert Schlumberger Edlen v. Goldeck**, und als Revisoren die Firma **Josef Winker**, vertreten durch den öffentlichen Gesellschafter **Herrn Josef Karl Winker**, die Firma **Brüder Klein**, vertreten durch den öffentlichen Gesellschafter **Herrn Karl Klein**, als Ersatzmann die Firma **K. B. Mautner**, vertreten durch den öffentlichen Gesellschafter **Herrn Josef Elbogen**, wiedergewählt.

Generalversammlungen.**Ungarische Allgemeine Kreditbank.**

Unter dem Voritze des Geheimen Rates Grafen Anton Cziráky hat heute vormittag die ordentliche Generalversammlung der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank stattgefunden, zu der sich die Aktionäre, wie immer auch diesmal, in großer Zahl eingefunden haben. Der Präsident konnte nach Eröffnung der Generalversammlung und Begrüßung der Anwesenden melden, daß in Vertretung von 126.448 Aktien 82 Aktionäre mit 5895 Stimmen erschienen sind. Nachdem der Vorsitzende den Direktor Klaudius Sebesta mit der Führung, die Aktionäre Graf Géza Majláth und Baron Ludwig Lévaß aber mit der Authentifizierung des Protokolls betraut hatte, gelangte zunächst der Bericht der Direktion zur Unterbreitung. Infolge der mißlichen Papierverhältnisse sind wir leider nicht in der Lage, den interessanten Bericht in jener Ausdehnung zu veröffentlichen, die ihm vermöge der großen Bedeutung dieses Instituts zukommen würde. Wir beschränken uns daher, nur das Folgende aus ihm mitzuteilen:

Die am 23. Dezember 1916 beschlossene Erhöhung des Grundkapitals von 80 Millionen Kronen auf 120 Millionen Kronen ist erfolgreich durchgeführt worden. Das ziffermäßige Ergebnis der Kapitalserhöhung ist das folgende: Von den zum Kurse von k 850 zur Emission gelangten 100.000 Stück neuen Aktien im Nominalwerte von je k 400 haben die Aktionäre das Bezugsrecht auf 99.085 Stück ausgeübt, während die restlichen 15 Stück Aktien unter den vereinbarten Bedingungen von dem zu diesem Behufe gebildeten Syndikat übernommen wurden. Von dem eingeflossenen Betrage wurden dem Nominalwert der 100.000 Stück neuen Aktien entsprechend zugunsten des Aktientapitals vierzig Millionen Kronen verwendet, während der den Nominalwert übersteigende Mehrerlös von 45 Millionen Kronen dem ordentlichen Reservefonds zugeführt wurde. Dadurch erhöht sich das Aktientapital des Instituts auf 120 Millionen Kronen, während seine ausgewiesenen Reserven, mit Berücksichtigung des Gewinnvortrages, 111 Millionen Kronen, die gesamten eigenen Kapitalien aber 231 Millionen Kronen übersteigen. Die Bilanz für das Jahr 1916 weist einen Reingewinn von k 16.431.208,38 gegenüber k 14.889.284,78 im Vorjahre auf. Dieser Gewinn stammt aus diesmal in erster Reihe aus dem sich sehr befriedigend entwickelnden laufenden Geschäft. Beigetragen zu diesem Gewinne hat der günstige Ertrag der Warenabteilung und das gute Ergebnis, das die hauptstädtischen und Provinzialfilialen der Bank erzielten. Der Einlagestand ist um 340 Millionen Kronen gestiegen und belief sich zu Ende des Jahres auf 1107 Millionen Kronen. Im abgelaufenen Jahre konnte die Bank auch im Effektengeschäft eine lebhaftere Tätigkeit entwickeln. Die Warenabteilung hat auch im abgelaufenen Jahre ein günstiges Ergebnis erzielt, abgleich ihre Tätigkeit infolge der durch den Krieg verursachten Beschränkung sich in engerem Rahmen bewegte. Die hauptstädtischen Filialen der Bank arbeiten in befriedigender Weise. Die Provinzialfilialen geben von einer weiteren erfreulichen Entwicklung Zeugnis. Sie haben insbesondere bei den Zeichnungen auf die Kriegsanleihen eine hingebungsvolle und erfolgreiche Tätigkeit entwickelt und erzielten auch sonst einen wesentlich höheren Gewinn als im Vorjahre. Die Tätigkeit der zu Beginn des vorigen Jahres in Belgrad errichteten Expositur entspricht den Erwartungen der Direktion.

Was die staatlichen Kreditoperationen anlangt, so wurde die Emission der 150.000.000 Mark fünfprozentiger königlich ungarischer Staatskassenscheine zum größten Teil durch den Umtausch der abgelaufenen alten Kassenscheine erfolgreich abgewickelt. Das unter Leitung des Instituts stehende Konsortium hat im Monat September des verflossenen Jahres die an Stelle der am 1. Oktober 1916 fällig gewordenen k 250.000.000 4 1/2-prozentigen königlich ungarischen Staatskassenscheine im gleich hohen Betrage emittierten 5 1/2-prozentigen dreijährigen Staatskassenscheine übernommen. Anlässlich des Umtausches haben die Eigentümer der alten Kassenscheine nahezu sämtliche neue Kassenscheine übernommen und auch die restliche geringe Summe wurde binnen kurzem freihändig untergebracht. Von den fünf Kriegsanleihen wurden bei der Bank und bei den ihr angeschlossenen Geldinstituten insgesamt 1638 Millionen Kronen, sonach mehr als ein Fünftel des Gesamtresultates

gezeichnet, wobei die für das eigene Portefeuille übernommenen namhaften Summen mitbegriffen sind. In Verbindung mit der fünften Kriegsanleihe haben die ungarischen und die österreichischen Mitglieder des unter der Leitung der Bank stehenden Konsortiums von der ungarischen Regierung 800 Millionen Kronen 5 1/2-prozentige kündbare königlich ungarische Staatskassenscheine übernommen. Dieses Geschäft wurde zu Beginn des laufenden Jahres abgewickelt. Die im Sommer des verflossenen Jahres im Vereine mit Vereinen mit mehreren hauptstädtischen Geldinstituten von der Haupt- und Residenzstadt Budapest übernommenen 80 Millionen Kronen sechszehnzehntiger amortisierbarer Anleiheobligationen wurden im Wege einer öffentlichen Subskription in erfolgreicher Weise placiert. Im Wege ihrer Wiener Geschäftsfreunde hat die Bank im abgelaufenen Jahre eine mäßige Beteiligung an der Uebernahme der 100 Millionen Kronen 5 1/2-prozentiger Kassenscheine der Stadt Wien übernommen.

Das Geschäft ist noch im Laufe des vorigen Jahres zur Abwicklung gelangt.

Die Direktion berichtet dann über die neuen Beteiligungen an Finanzinstituten und die Teilnahme an neuen Unternehmungen und fährt dann fort:

Die im Weltkriege zutage getretenen Erfahrungen haben auch die Kreditbank bestimmt, dazu beizutragen, die wirtschaftlichen Bande zwischen den verbündeten Staaten je inniger zu gestalten und zweckbewußt auszubauen. Zu diesem Behufe wünscht sie den wirtschaftlichen Verbindungen mit den Balkanstaaten besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Ueber ihre nach dieser Richtung bisher entwickelte Tätigkeit meldet der Bericht die Gründung der Oesterreichisch-Ungarischen Orientgruppe im Vereine mit anderen Instituten, die Aktienbeteiligung der Deutschen Orientbank, an der Banque Balkanique, Sophia, an der Zuckersabrik Sophia, an der Zuckersabrik Philippopol und an der Bulgarischen Nationalen Bergwerksgesellschaft.

Der buchmäßige Wert der Konsortialbeteiligung der Bank beträgt k 27.394.384,17, hievon entfallen auf Staatsschulden, öffentliche Anleihen, Obligationengeschäfte und Verkehrsunternehmungen k 13.866.253,06 und auf Beteiligungen an Industrie, Bank, Asseluranz- und sonstigen Unternehmungen k 13.528.131,11. Von dem k 56.162.033,20 betragenden Effektenstand sind k 33.016.526,07 in Staatsschulden, öffentlichen Anleihen, Handelsbrieven und Schuldverschreibungen angelegt. Die Reserven für die Syndikatsbeteiligungen und die im Besitze der Bank befindlichen Aktien wurde neuerlich wesentlich vermehrt.

Gaut des Gewinn- und Verlustkontos beträgt der Reingewinn für das Jahr 1916 k 16.431.208,38, nach Abzug des vom Jahre 1915 übernommenen Gewinnvortrages von k 3.053.174,91 verbleiben k 13.378.028,47. Die Direktion beantragt, nach den statutengemäßen Abzügen k 48 pro Aktie als Dividende pro 1916 an die Aktionäre zu verteilen, von dem verbleibenden k 5.893.400,58 dem ordentlichen Reservefonds k 1.000.000 zuzuführen, zur Dotierung der Jubiläumsreserve weitere k 1.000.000 zu verwenden und den Rest von k 3.893.400,58 auf das Gewinn- und Verlustkonto des Jahres 1917 vorzutragen.

Die Generalversammlung nahm sowohl den Direktionsbericht wie den vom Direktor Sebesta verlesenen Bericht des Aufsichtsrates einstimmig zur Kenntnis, akzeptierte die auf die Verwendung des Reingewinnes bezüglichen Anträge und erteilte das Absolutorium. Bei den hierauf vorgenommenen Wahlen wurden Dr. Aurel v. Egrý (neu), Baron Leopold Eugen Haupt-Stammer, Baron Louis Rothschild und Dr. Edmund v. Wagner auf fünf Jahre in die Direktion und Koloman Belcsák, Koloman v. Dobólah, Desider Havassy, Ludwig v. Hegeshalm (neu), Franz Kertler und Baron Emerich Szalay auf ein Jahr in das Aufsichtskomitee gewählt.

Zu der nach der Generalversammlung stattgefundenen Sitzung der Direktion wurden Herr Graf Anton Cziráky zum Präsidenten und die Herren Julius Blum und Adolf v. Ullmann zu Vizepäsidenten der Direktion wiedergewählt.

20. VII. 1917

Verbindung österreichischer und ungarischer mit südamerikanischen Banken.

In der nächsten Zeit werden Mitglieder der Hochfinanz von Oesterreich und Ungarn in die Verwaltung zweier südamerikanischer Institute eintreten. Ein Direktor der Oesterreichischen Creditanstalt wird in den Aufsichtsrat der Brasilianischen Bank, ein Vertreter der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank in den Aufsichtsrat der Bank für Chile und Deutschland gewählt werden. Die beiden genannten südamerikanischen Banken sind Gründungen der Berliner Diskontogesellschaft, welche auch die finanzielle Führung besitzt. Die Brasilianische Bank für Deutschland hat ihren Sitz in Hamburg und besteht seit dem Jahre 1887. Sie betreibt Niederlassungen in Rio de Janeiro, San Paulo, Santos, Bahia und Porto Alegre. Ihr Zweck ist der Abschluß von Bank- und Handelsgeschäften mit und in Brasilien. Das Aktienkapital beträgt 15 Millionen, die Reserven $6\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Die Bank hat ein bedeutendes Geschäft, wies in der letzten Bilanz Einlagen von 93 Millionen Mark auf und zahlte bis vor dem Kriege Dividenden von regelmäßig 10 Prozent. Im Kriege wurde keine Dividende bezahlt. Die Bank von Chile und Deutschland hat gleichfalls ihren Sitz in Hamburg und Zweigniederlassungen in Valparaiso, Santiago und fünf anderen Städten Chiles. Sie besteht seit dem Jahre 1895. Das Aktienkapital beträgt zehn Millionen Mark, wovon die Hälfte eingezahlt ist. Ihr Geschäft wurde auch auf Bolivia ausgedehnt. Sie verteilte vor dem Kriege Dividenden von 6 Prozent und hat im Kriege die Dividendenzahlung eingestellt.

Der Eintritt der österreichischen und ungarischen Bankleiter verfolgt den Zweck, für eine künftige Ausgestaltung der Handelsbeziehungen zwischen der Monarchie und Südamerika die Grundlage zu schaffen. Diese Beziehungen kommen sowohl für den Export als für den Import in Betracht. Die Pflege und Ausgestaltung des Exportes soll nach den bestehenden Absichten im gemeinsamen Einvernehmen mit Deutschland erfolgen, und deshalb soll das österreichische und ungarische Finanzkapital sich an den in dieser Richtung in Deutschland geschaffenen Organisationen beteiligen. Südamerika wird aber auch als Bezugsquelle für Rohstoffe der industriellen Produktion und für überseeische Konsumartikel in stärkerem Maße als vor dem Kriege herangezogen werden. Für Zwecke dieser Art ist auch die Beschaffung der Valuta erforderlich, der in Zukunft ein großes Augenmerk zugewendet werden muß, da die Finanzierung dieser Bezüge nicht mehr auf dem Umwege über London, sondern direkt in Südamerika erfolgen soll. Auch in dieser Richtung wird eine Kooperation mit dem deutschen Kapital als Notwendigkeit bezeichnet. Die Aktion der österreichischen und ungarischen Banken wird in Anlehnung an die schon bestehenden deutschen Organisationen erfolgen. Die Creditanstalt und die Ungarische Kreditbank werden sich an den beiden von der Diskontogesellschaft gegründeten überseeischen Banken durch Aktienübernahme beteiligen. Hierüber werden die nötigen Abmachungen erst getroffen werden.

Ueber den Eintritt in die beiden südamerikanischen Banken wird die folgende Mitteilung versendet:

„Die Creditanstalt und die Ungarische Allgemeine Kreditbank haben in der Erwägung, daß die Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege eine innigere Fühlungnahme zwischen der Monarchie und Südamerika anstrebenswert erscheinen läßt, mit der Direktion der Diskontogesellschaft in Berlin Abmachungen dahingehend getroffen, daß ein engeres Zusammengehen zwischen den genannten Instituten und den seitens der Diskontogesellschaft gegründeten Banken, nämlich der Brasilianischen Bank für Deutschland und der Bank für Chile und Deutschland, Platz greifen soll. In der nächsten Generalversammlung der genannten Banken wird ein Vertreter der Creditanstalt in den Aufsichtsrat der Brasilianischen Bank eintreten, während ein Vertreter der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank in den Aufsichtsrat der Bank für Chile und Deutschland gewählt werden wird.“

Eintritt österreichischer und ungarischer Institute in die Verwaltung südamerikanischer Banken.

Wir erhalten die nachstehende Mitteilung:

Die Kreditanstalt und die Ungarische Allgemeine Kreditbank haben in der Erwägung, daß die Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege eine innigere Fühlungnahme zwischen der Monarchie und Südamerika anstrebenswert erscheinen läßt, mit der Direktion der Diskontogesellschaft in Berlin Abmachungen dahingehend getroffen, daß ein engeres Zusammengehen zwischen den genannten Instituten und den seitens der Diskontogesellschaft gegründeten Banken, nämlich der Brasilianischen Bank für Deutschland und der Bank für Chile und Deutschland Platz greifen soll. In der nächsten Generalversammlung der genannten Banken wird ein Vertreter der Kreditanstalt in den Aufsichtsrat der Brasilianischen Bank eintreten, während ein Vertreter der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank in den Aufsichtsrat der Bank für Chile und Deutschland gewählt werden wird.

Die vorstehende Meldung ist aufrichtig zu begrüßen. Wie die Errichtung der Orientgruppe so zeigt auch diese nun mit Südamerika einzuleitende innigere Fühlungnahme, daß die Banken der Monarchie und unter ihnen wieder speziell die Kreditanstalt und die Ungarische Allgemeine Kreditbank inmitten des Weltkrieges und seiner Schwierigkeiten nicht nur nicht müßig bleiben, sondern rührig und tatkräftig schon jetzt den erst kommenden Anforderungen Rechnung tragen, daß sie schon jetzt die Grundmauern für das Gebäude der Zukunft auführen. Und da es sich zunächst vor allem um die Uebergangswirtschaft handelt, die schon hinsichtlich der Rohstoffbeschaffung größte Anforderungen stellen wird, haben die Kreditanstalt und die Ungarische Kreditbank mit dem Anschlusse an das südamerikanische Geschäft der Diskontogesellschaft im Interesse der Volkswirtschaft der Monarchie gehandelt.

Sowohl die Brasilianische Bank wie die Bank für Chile sind vollbewährte, im Handel und Bankwesen jener beiden Länder führende Institute. Die Brasilianische Bank hat es verstanden, selbst während des Weltkrieges, trotz all der von ihm dem Seehandel auferlegten Hemmungen, mit gutem Erfolge weiter zu arbeiten. Sie erreichte nach reichlichen Rückstellungen und vorsichtigster Aktivbeurteilung ein befriedigendes Ergebnis. Der auch in Brasilien von den Engländern gegen das Deutschtum geführte Verleumdungsfeldzug prallte an ihr dank ihrer Solidität wirkungslos ab. Ja, sie hat allen Anlaß zur Erwartung, daß sie in der Lage sein wird, nach Beendigung des Krieges einen Teil des internationalen Bankgeschäftes, für das früher London der Mittelpunkt war, endgiltig nach Deutschland lenken zu können. Im Jahre 1914/15 erzielte sie trotz der fünf Kriegesmonate 2,77 Millionen Mark Reingewinn und gewährte 8 Prozent Dividende. Sie und die Bank für Chile und Deutschland haben ihren Sitz in Hamburg. Die Bank für Chile und Deutschland hat wie die Brasilianische Bank zahlreiche Zweigniederlassungen in Valparaiso, Santiago, Concepcion, Temuco, Antofagasta, Victoria und Valdivia. Ihr Aktientkapital beträgt 10 Millionen Mark. In beiden Instituten ist die Diskontogesellschaft durch Mitglieder ihres Aufsichtsrates vertreten. Der Reingewinn der Centrale und der südamerikanischen Zweigniederlassungen der Bank für Chile und Deutschland hat im Jahre 1915 1,362.828 Mark betragen.

Für die Einfuhr aus Brasilien kommen selbstverständlich vor allem Kaffee, Gummi, Kakao, Tabak, Häute und Felle, für die Einfuhr aus Chile Getreide, Kupfer und Kupfererze und ganz besonders Salpeter in Betracht. Der Salpeterbedarf Deutschlands und Oesterreich-Ungarns wird allerdings dank dem Erstarken der Kalkstickstoffindustrie künftig wohl nicht mehr so großen Bedarf besitzen, wie er ihn bis zum Kriegsausbruche gehabt hat.

Im übrigen ist dieses nunmehr angebahnte Zusammenwirken der Kreditanstalt und der Kreditbank mit der Diskontogesellschaft, sowie mit der Brasilianischen Bank und der Bank für Chile und Deutschland, mit jenen Instituten, die in Südamerika schon festen Fuß gefaßt haben, also nicht erst herumtaufen müssen, auch für die Ausfuhr-Interessen der Monarchie von ganz hervorragender Bedeutung. Von umso größerer, als Oesterreich-Ungarn ja bisher nur in allzu loser Verbindung mit Südamerika gewesen ist. Die Handelsstatistik bewertete unsere Ausfuhr nach Brasilien für das Jahr 1913 nur auf — 105.796 Kronen und die nach Chile auf 1.955.870 Kronen. Allerdings mag da ein viel größerer Export über Hamburg, Bremen u. unter fremder Herkunftbezeichnung abgewickelt worden sein, wonach die Ausfuhr der Monarchie nach den beiden Ländern in Wirklichkeit wesentlich größer gewesen sein muß. Und da sich dort in den letzten Jahren auf vielen Gebieten ein lebhafter Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens eingestellt hat, so hat gewiß auch die Kaufkraft, ihr Einfuhrbedürfnis, der Bevölkerung noch weitere Fortschritte gemacht. Die nun eingeleitete Fühlungnahme der Kreditanstalt mit den beiden südamerikanischen Institutionen ist mit ungeteilter Befriedigung und Genugtuung zu begrüßen.

20. III. 1917

Vorbereitungen für den Ultimo bei der Deutschen Reichsbank.] Aus Berlin wird telegraphiert: Der Reichsbankausweis vom 15. d. zeigt eine ungewöhnlich starke Zunahme der Anlagekonti, die aber in ihrer Wirkung auf den Gesamtstand durch eine noch größere Vermehrung der fremden Gelder ausgeglichen wurde. Die gesamte Kapitalanlage nahm nämlich um 331,2 auf 9471,7 Millionen Mark zu. Der Zufluss der fremden Gelder beläuft sich hingegen auf 600,3 Millionen Mark, so daß diese mit 4436,8 Millionen Mark

mehr als doppelt so hoch sind wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Ursache dieser beträchtlichen Steigerung der Anlage und der fremden Gelder ist im Herannahen des Ultimo und in den Vorbereitungen für die Einzahlungen auf die sechste Kriegsanleihe zu suchen. Die Darlehensbanken übergaben entsprechend der Vergrößerung des Darlehensbestandes 92,9 Millionen Mark Darlehenssaffenscheine der Reichsbank, wovon letztere 48,8 Millionen Mark in den Verkehr setzte. Im Vorjahre konnte der Verkehr per Saldo auf ungefähr 45 Millionen Mark Zahlungsmittel verzichten. Der Notenumlauf stieg auf 8164,4 Millionen Mark infolge des noch immer recht großen Bedarfes an Zahlungsmitteln. Der Goldvorrat nahm um 0,14 Millionen auf 2529,11 Millionen Mark zu. Der Ausweis lautet:

Aktiven: Metallbestand an kurefähigem deutschen Gelde, an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kilogramm fein zu 2784 Mark berechnet, 2.544.784.000 (+ 213.000) Mark, darunter Gold 2.529.118.000 (+ 140.000) Mark, Reichs- und Darlehenssaffenscheine 334.724.000 (+ 45.223.000) Mark, andere Banknoten 4.206.000 (- 1.043.000) Mark, Wechsel, Saffens und diskontierte Saffensweisungen 9.342.912.000 (+ 326.376.000) Mark, Lombardforderungen 11.418.000 (+ 789.000) Mark, Effekten 117.376.000 (+ 4.035.000) Mark sonstige Aktiven 1.075.200.000 (+ 49.977.000) Mark. Passiven: Grundkapital 180.000.000 Mark (unverändert), Reservefonds 85.471.000 Mark (unverändert), Notenumlauf 8.164.354.000 (+ 384.000) Mark, sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten 4.436.793.000 (+ 396.223.000) Mark, sonstige Passiven 564.102.000 (+ 28.963.000) Mark.

Reichspost *Obwohl* 184
22. III. 1917

Ein Ausschrei.

Selbst die Gefangensetzung des Zarenpaares durch die Petersburger Umsturz männer wird in den Schatten gestellt von dem Weltreignis der kaiserlichen Verordnung, welche den Steuerbetrug mit Freiheitsstrafen bedroht. Ihr gilt der erste Gedanke und erste Artikel der „N. F. Br.“, die Gefangennahme des Zarenpaares, dem doch der Zorn von hunderten Bogroms nachflucht, muß hinter dem Wichtigeren sich „anstellen“. Nach den ersten alarmierenden Ausschreien über den Tatbestand liest man:

Die Frage, ob Steuerstrafen ein taugliches Werkzeug im Finanzwesen sind, geht durch die Jahrhunderte und die Parlamente der meisten Länder hatten eine starke Abneigung, sich darauf einzulassen... Jetzt weht in vielen Ländern ein rauherer Wind. Das stärkere Anlassen und der Durchbruch des Strafgesetzes in das Steuergesetz ist nicht bloß die Wirkung des größeren Bedarfs für die Finanzen der Mächte. Die in sämtlichen Völkern, bei den Mittelmächten und bei der Entente, sich zeigende Auflehnung gegen die Kriegsgewinne, gegen Menschen, die aus der Volksverarmung ohne Unternehmungsgefahr so große Reichtümer ziehen, hat die Steuerpolitik auf Wege gedrängt, in die sie früher nicht eintreten wollte. Die Blicke, die von diesem Hasses geschleudert werden, liegen herum und schädigen auch Steuerpflichtige, die nicht Kriegsgewinner, sondern vielleicht Kriegsverlierer sind und deren Ersparnisse dennoch so getroffen werden, als wären sie aus Lieferungen oder aus gebrochenen Verträgen oder aus den unerschwinglichen Preisen von Vorräten und nicht aus der Lebensführung entstanden. Auch in die Wirtschaftsbücher will der Fiskus hineinschauen, und sollte dem bichten Maschenneke irgend eine Wahrheit dennoch entriunen, drohen Geldstrafen und Arreststrafen dem Schuldigen und dessen Ratgebern. Bei dem Trommelfeuer auf die Kriegsgewinner fliegen die Geschosse nach allen Seiten. Wir stellen uns einen von der Krankheit befallenen Steuerträger vor, welche die Ärzte in Wien als besondere Erscheinung des fürperlichen Leidens, als Steuernervosität festgestellt haben. Er will um keinen Preis hinterziehen, hat nie hinterzogen, kann sich jedoch, wie die ihm zugestellten Vorbehalte beweisen, irren.

Das ist gewiß alles rührend, ergreifend, erschütternd, jeder Satz eine Tragödie, aber der Hauptschmerz kommt erst am Schlusse:

Die kaiserliche Verordnung berührt auch die Frage der stillen Rücklagen bei den öffentlichen Gesellschaften. Wieder die Kriegsgewinner, wieder die Jaad, bei der auch harmlose getroffen werden können! Die stillen Rücklagen haben Oesterreich über die Erschütterung der ersten Kriegszeit glatt und sicher hinübergebracht. Was hätte geschehen können, als kein Mensch die unmittelbaren Folgen des Krieges zu übersehen vermochte, Galizien vom Feinde besetzt war, geschädigte Vermögensstücke inländischer und ausländischer Herkunft abgeschrieben werden mußten! Das Vertrauen des Publikums in die Gesellschaften und die Leistungsfähigkeit des Staatskredits wurden durch die stillen Rücklagen geschützt. Die Heraushebung der Kriegsgewinne ist bei den schrankenlosen Befugnissen der Behörden und bei den ihnen nach der kaiserlichen Verordnung zustehenden Rechten sehr leicht. Die nicht aus solchen Quellen herrührenden, aber der inneren Kräftigung dienenden Rücklagen brauchen jedoch Schonung. Sie waren immer einer der Vorzüge unserer Aktiengesellschaften und die Steuerpolitik sollte durch Klugheit und Mäßigung vermeiden, den Anstoß zu einer die Unternehmungen schwächenden Auszahlung von höheren Reingewinnen zu sein.

Also eigentlich verdankt die Monarchie ihren Fortbestand den „stillen“ Rücklagen der Aktiengesellschaften. Gäßen diese nicht einen Teil ihrer großen Gewinne vor den unheiligen Blicken der robotenden Oeffentlichkeit verheimlicht, es wäre um uns geschehen gewesen. Rast überläuft es einen bei dem Gedanken. Und jetzt soll in diese Heimlichkeiten des bequemen Reichverdens hineingeleuchtet werden! Ach ja, es weht „ein rauherer Wind“. Und der ihn wehen läßt, der Finanzminister, war früher Bankdirektor. Da soll die Krankheit der „Steuernervosität“ nicht zur Epidemie werden.

Unter dem Vorsitz des Verwaltungsratspräsidenten Max Ritter v. Kähler fand heute die 45. ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Böhmischen Unionbank statt. Direktor Emil Kug verlas den Geschäftsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, der folgendes besagt: Das abgelaufene Geschäftsjahr 1916 steht leider weiter unter dem Zeichen dieses furchtbaren Krieges. Die bereits im Vorjahre in Erscheinung getretene allgemeine Geldknappheit hat eine weitere Steigerung erfahren und die Geschäfte der Bank haben wiederum wesentlich an Umfang zugenommen. Die Bilanzsumme, welche im letzten Friedensjahre 1913 340 Millionen Kronen betragen hat, hat zu Ende des Berichtsjahres die Höhe von fast 820 Millionen Kronen erreicht. Bei dem empfindlichen Mangel an geübten Kräften konnte die durch diese außerordentliche Zunahme der Geschäfte verursachte Mehrarbeit nur unter großen Schwierigkeiten bewältigt werden. Die uns im Berichtsjahre neu zugeflossenen fremden Mittel konnten durch die Lombardierung großer Posten von Staatsanleihen Verwertung finden. Das sonstige Bankgeschäft hat eine weitere Ausdehnung erfahren. Wie stets waren wir auch im verfloffenen Jahre bemüht, Industrie und Handel in weitestgehendem Maße zu unterstützen. Bei den beiden im Berichtsjahre zur Durchführung gelangten Kriegsanleiheemissionen hatten wir abermals große Erfolge zu verzeichnen. Es wurden bei unserem Institute auf die vierte Kriegsanleihe 264,300.000 K., auf die fünfte Kriegsanleihe 278,200.000 K., zusammen 542,500.000 K. subskribiert. Mit den früheren Kriegsanleihen haben wir sonach Zeichnungen in der Gesamthöhe von 1.036,000.000 K. aufgebracht, ein Ergebnis, das selbst die kühnsten Erwartungen übertroffen hat. Der Reingewinn von 8,460.815 K. übersteigt den des Vorjahres um 1,100.070 K. und entspricht einer Verzinsung des Aktienkapitals von 13,02 Prozent gegen 11,24 Prozent im Vorjahre. Auf Zinsenkonto resultiert ein Ertragnis von 1,108.332 K., da der Zuwachs an fremden Geldern einen entsprechenden Mehrertrag zur Folge hatte. Der Mehrertrag an Provisionen von 393.258 K. ist eine Folge des wesentlich vermehrten Umlages. Unsere Warenabteilung hat ein den Verhältnissen angemessenes Ertragnis abgeworfen. Wir bemerken hierbei, daß sich unsere Warenabteilung während der Kriegsdauer lediglich mit dem kommissionarischen Verkauf von Ruder und der Führung der Kontrollbureauz befaßt hat.

Der Mehrertrag des Devisen-, Effekten- und Konsozialgeschäftes von 777.021 K. resultiert — der Nutzen im Devisengeschäft hatte einen Ausfall zu verzeichnen — aus dem sehr umfangreichen Geschäfte in Anlagewerken, dem wir stets unsere größte Aufmerksamkeit zuwenden. Auch kamen einige Konsozialgeschäfte mit Nutzen zur Auflösung. Die Lasten haben eine weitere Steigerung erfahren.

Das Gehaltkonto ist um 192.123 K., das diverse Spenkonto um 492.662 K. gestiegen. Das Plus auf Gehaltkonto hat sich durch die abermalige Einstellung zahlreicher provisorischer Ersatzkräfte und durch die automatische Gehaltsvorrückung der Beamtenschaft ergeben. Die Erhöhung auf diverse Spenkonto ist auf den Umstand zurückzuführen, daß wir unseren Angestellten erhöhte Teuerungsbeträge bewilligten und neuerdings namhafte Beträge Kriegsjorgezwecken gewidmet haben. Die Mehrlast an Steuern und Gebühren wurde durch die Erhöhung der vorjährigen Gewinnziffer gegenüber jener des vorangegangenen Jahres verursacht. Zu den einzelnen Ziffern des Bilanzkontos möchten wir folgendes bemerken: Die Debitoren betragen im ganzen 581,839.365 K. gegen 477,655.520 K. im Vorjahre. Von diesem Betrage entfallen zirka 136,000.000 K. auf Guthaben bei Banken und Bankiers. Die Zunahme auf Effektenkonto findet in der Ausbreitung unseres Geschäftes in Anlagewerten und Kriegsanleihen ihre Begründung. Das Syndikat- und Kommanditbeteiligungskonto hat gegenüber dem Vorjahre eine Ermäßigung um 942.779 K. erfahren, da im Berichtsjahre einige Syndikate zur Auflösung gelangten. Der Rückgang des Wechselportefeuilles erklärt sich aus den bekannten, gegenwärtig herrschenden Zahlungsverhältnissen. Das Konto Realitäten und Bankgebäude weist eine Erhöhung um 2,710.000 K. auf, da wir im verfloffenen Jahre das Gebäude in Prag, die „Schwarze Rose“ am Graben, erworben haben, um für ein später eintretendes Bedürfnis nach Erweiterung der Bureaulokaltäter Vorproje zu treffen. Das Verrechnungskonto 5 1/2-prozentiger österreichischer Kriegsanleihe hat im heurigen Jahre seine Erledigung gefunden. Die Geldeinlagen sind von 84,571.396 K. auf 116,794.015 K. und die Kreditoren von 304,153.412 K. auf 372,194.051 K. gestiegen. Die Zahl der Kundenkonti hat auch im verfloffenen Jahre eine wesentliche Erhöhung erfahren.

Das Kassenbuch, das am 31. März 1916...

Die Bilanzsumme...

Die Bilanzsumme hat zu Ende des Berichtsjahres die Höhe von fast 820 Millionen Kronen erreicht. Bei dem empfindlichen Mangel an geübten Kräften konnte die durch diese außerordentliche Zunahme der Geschäfte verursachte Mehrarbeit nur unter großen Schwierigkeiten bewältigt werden. Die uns im Berichtsjahre neu zugeflossenen fremden Mittel konnten durch die Lombardierung großer Posten von Staatsanleihen Verwertung finden. Das sonstige Bankgeschäft hat eine weitere Ausdehnung erfahren. Wie stets waren wir auch im verfloffenen Jahre bemüht, Industrie und Handel in weitestgehendem Maße zu unterstützen. Bei den beiden im Berichtsjahre zur Durchführung gelangten Kriegsanleiheemissionen hatten wir abermals große Erfolge zu verzeichnen. Es wurden bei unserem Institute auf die vierte Kriegsanleihe 264,300.000 K., auf die fünfte Kriegsanleihe 278,200.000 K., zusammen 542,500.000 K. subskribiert. Mit den früheren Kriegsanleihen haben wir sonach Zeichnungen in der Gesamthöhe von 1.036,000.000 K. aufgebracht, ein Ergebnis, das selbst die kühnsten Erwartungen übertroffen hat. Der Reingewinn von 8,460.815 K. übersteigt den des Vorjahres um 1,100.070 K. und entspricht einer Verzinsung des Aktienkapitals von 13,02 Prozent gegen 11,24 Prozent im Vorjahre. Auf Zinsenkonto resultiert ein Ertragnis von 1,108.332 K., da der Zuwachs an fremden Geldern einen entsprechenden Mehrertrag zur Folge hatte. Der Mehrertrag an Provisionen von 393.258 K. ist eine Folge des wesentlich vermehrten Umlages. Unsere Warenabteilung hat ein den Verhältnissen angemessenes Ertragnis abgeworfen. Wir bemerken hierbei, daß sich unsere Warenabteilung während der Kriegsdauer lediglich mit dem kommissionarischen Verkauf von Ruder und der Führung der Kontrollbureauz befaßt hat.

Der Präsident unserer Bank, Herr Max Ritter v. Kähler, hat im verfloffenen Jahre sein 70. Lebensjahr erreicht. In Würdigung der hohen Verdienste, welche sich der Genannte im Verlaufe seiner jahrzehntelangen Tätigkeit um die Entwicklung unserer Anstalt erworben hat, hat der Verwaltungsrat beschlossen, zur Ehrung des Präsidenten aus den laufenden Ertragnissen des heurigen Jahres einen Betrag von 100.000 K. humanitären Zwecken zu widmen.

Der Verwaltungsrat beantragt, im Sinne des § 31 der Statuten vom Reingewinne per 8,460.815 K. zunächst zur Zahlung von 5 Prozent Dividende den Betrag von 3,250.000 K. zu verwenden. Es erübrigt demnach ein Rest von 5,210.815 K. Davon beantragt der Verwaltungsrat, dem bestehenden ordentlichen Reservefonds 500.000 K., dem Spezialreservefonds zur abschließlichen Liquidation von Abgängen und Verlusten aus Vorschüssen auf Wertpapiere, welcher niemals zu einem anderen Zweck verwendet werden darf, 500.000 K., dem Pensionsvereine unseres Institutes 500.000 K. zuzuwenden, von den Bankgebäuden 200.000 K. in Abschreibung zu bringen, weiter auszuführen: die statutenmäßige Tantieme des Verwaltungsrates und die Tantieme der Direktion 846.645 K., zusammen 2,546.645 K. Ferner von den orbliebenden 2,664.170 K. eine Superdividende von 3 1/2 Prozent mit 2,275.000 K. zu verteilen und den schließlichen Restbetrag von 389.170 K. auf

neue Rechnung vorzutragen. Das Jahresergebnis stellt sich somit auf 17 Millionen per Aktie und beantragt der Verwaltungsrat, dasselbe ab 24. März d. J. gegen den Coupon Nr. 37 der Aktien zur Auszahlung zu bringen. Bei der sodann vorgenommenen Abstimmung wurden vorstehende Anträge von der Generalversammlung einstimmig angenommen.

Die ausscheidenden Verwaltungsräte, die Herren Max Ritter v. Kähler, Dr. Eugen Graf Ledebur-Wicheln, Theodor Freiherr v. Viebig und Direktor Rudolf Tischler wurden wiedergewählt und die Kooptation des Herrn Rudolf Bloch Ritter v. Brodnegg bestätigt. Als Revisoren wurden berufen die Herren J. U. Dr. Karl M. Herrmann, August Gustav Stranek und J. U. Dr. S. Reichenstein und als deren Ersatzmänner die Herren Rudolf Mehlichmidt und Direktor Johann Fischei.

Namens der Aktionäre sprach Direktor Bertheimer unter dem Beifall der Versammlung dem Verwaltungsrat, insbesondere seinem Präsidenten sowie der Direktion für die zielbewusste und erfolgreiche Leitung des Unternehmens den Dank aus. Er gedachte auch der ausgezeichneten Tätigkeit des Beamtenkörpers. In der nach der Generalversammlung abgehaltenen konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrates wurde Herr Ritter v. Kähler zum Präsidenten und Doktor Friedrich Kaufmann zum Vizepräsidenten des Verwaltungsrates wiedergewählt.

Die österreichischen und deutschen Banken in London.

Nast zweieinhalb Jahre schon währt die „Liquidation“ der österreichischen und deutschen Banken in London. Es handelt sich dabei um die Länderbank, die Anglobank, die Deutsche Bank, die Diskonto-Gesellschaft und die Dresdner Bank. In den letzten Monaten hat eine außerordentliche Hebe eingesetzt, von Lord Northcliffe's „Times“ und der erzkonservativen „Morning Post“ nach Kräften unterstützt, die genannten Banken nicht nur so bald als möglich zu schließen, sondern auch ihre Wiedereröffnung im Friedenszustand unmöglich zu machen. Ihre Tätigkeit hätte für das Inland bereits eine große Gefahr bedeutet und würde nach dem Kriege eine neue Gefahr bedeuten. Nur wenn sie für den britischen Handel unbedingt nötig seien, dürfe man sich mit dem Gedanken einer etwaigen Wiedereröffnung nach Friedensschluß befassen. Neben diesen Hebern, denen kein Mittel zu schlecht ist, die Zentralstaaten zu schädigen, lassen sich aber auch besonnene Stimmen hören. Führende Finanzautoritäten erklären immer wieder, die österreichischen und deutschen Banken seien für den englischen Handel eine Notwendigkeit gewesen und ihre Fortführung werde auch in Zukunft unerlässlich sein. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Verhältnisse gestalten werden. Inzwischen macht die Liquidation der genannten Banken starke Fortschritte. Nach einem vor kurzem veröffentlichten Weißbuche nähert sich die Liquidation der Londoner Anglobank-Filiale ihrem Ende, das Ende März erfolgen dürfte. Wegen der Notwendigkeit des Einvernehmens mit der Direktion in Wien könnten die Länderbank-Geschäfte erst nach Friedensschluß vollkommen abgewickelt werden. Die deutschen Institute seien bereits so gut wie „erledigt“.

Es ist nun interessant, die Bedeutung der österreichischen und deutschen Bankfilialen in London und ihre Geschäfte näher zu untersuchen, sowie auch die Frage zu erörtern, warum man sie so lang bestehen ließ. Festgestellt sei gleich, daß schon in Friedenszeiten die Engländer den ausländischen Banken keine Schwierigkeiten in den Weg legten, weil die letzteren dazu beitrugen, eine stets wachsende Anzahl von Transaktionen nach der britischen Hauptstadt zu ziehen und sie dergestalt zum geschäftlichen Mittelpunkt der Welt zu machen. Die österreichischen und deutschen Bankfilialen finanzierten Export- und Importgeschäfte durch Bescheinigung von Konnossementen. Sie gewährten bedeutende Vorläufe und die Ziffern der von ihnen eingeräumten gedeckten und ungedeckten Kredite sind sehr beträchtlich: vor August 1914 beliefen sich die gedeckten Kredite auf 35, die ungedeckten auf 7½ Millionen Pfund Sterling. Auch den billigen englischen Kredit nützten die genannten Bankfilialen aus — bei dem verhältnismäßig niedrigen Londoner Zinsfuß verschafften sie sich durch reichliche Wechseldiskontierungen auf leichte Weise Geld. Es versteht sich von selbst, daß angesichts solcher bedeutenden Umsätze die österreichischen und deutschen Finanzinstitute auch bei den einheimischen in hohem Ansehen standen. Ganz besonders befaßten sie sich endlich mit der Placierung von Minenindustriepapieren, vornehmlich südafrikanischen und australischen. Diesen Unternehmungen führten sie viel österreichisches und deutsches Kapital zu. Da das englische Gesetz die Ausgabe von Ein-Pfund-Aktien und manchmal auch noch kleinerer Nominalbeträge gestattet, gelang es den Banken, die betreffenden Unternehmen auf dem Kontinent zu Popularität zu bringen. Wie groß der Umsatz dieser Filialen gewesen sein muß, geht schon daraus hervor, daß die Deutsche Bank in London vor Kriegsausbruch 400 Beamte beschäftigte.

Während die britische Regierung nun alle Geschäfte „feindlicher Untertanen“ (alien enemies) zur Liquidierung zwang, ließ sie, wie gesagt, die „feindlichen Banken“ bestehen, und zwar nicht ohne gute Gründe. Knapp nach Ausbruch des Krieges wurde bekanntlich die Parole von der „Beschränkung des deutschen Handels“ auf die britische Fahne gesetzt. Ein öffentlicher Kurator („Public trustee“) wurde ernannt, der alle Geschäfte der feindlichen Untertanen kontrollieren und deren Aktiven mit Beschlagnahme belegen mußte. Die Schulden dieser Firmen an Engländer und Neutrale mußten vor der endgültigen Abwicklung ihrer Geschäfte beglichen werden. Bei den Banken zog sich der Liquidationszustand naturgemäß sehr in die Länge, da es sich hierbei meist um recht komplizierte, oft den ganzen Erdball umspannende Transaktionen handelte. Der frühere Schatzkanzler Mac Kenna gestattete ihnen sogar die Verwertung ihrer Aktiven, weshalb es Angriffe auf ihn hagelte. Dies schien ihm jedoch nötig, damit die Banken allen ihren Verpflichtungen nachkommen könnten. Der Deutschen Bank blieb am Ende ein Betrag von nur 400.000 Pfund Sterling. Das Geld mußte an die Bank von England abgeführt werden, und zwar zur Deckung etwaiger noch ungelöster Außenstände, die sich erst nachträglich zeigten. Ferner sah sich die Deutsche Bank gezwungen, ihre sämtlichen Wertpapiere anzupflegen. Da aber die Geschäfte der Institute noch immer nicht zur Gänze abgewickelt sind, sehen sich die britischen Behörden gezwungen, eine kleine Zahl „feindlicher Beamten“ in die City kommen zu lassen (die Engländer finden sich nämlich nicht zurecht!), worüber die Leiter der „Times“ und „Morning Post“ sehr rasend werden. Sie weitem und zeteren in allen Tonarten und haben selbstredend gleich das Schlagwort von den „deutschen Spionen und Schnüßlern“ zur Hand.

Die schwerwiegendsten Gründe aber, warum die österreichischen und deutschen Banken bestehen konnten, sind die folgenden: Zur Deckung seiner amerikanischen Anleihen benötigte England immer mehr amerikanische und sonstige neutrale Wertpapiere. Im Juni 1916 verlangte die englische

Regierung von den „feindlichen“ Bankfilialen, ihre Kundenschaften im feindlichen Ausland zu veranlassen, bis längstens 31. Juli alle Beträge zu begleichen, die auf bei den Filialen deponierten Wertpapieren vorgeschrieben waren. Das erwies sich als Unmöglichkeit und damit hatte die Regierung geredet. Sie erklärte nun, die betreffenden Wertpapiere müßten verkauft und der Erlös teilweise zur Deckung verwendet werden, den Rest würde vorläufig der öffentliche Kurator in Verwahrung nehmen. Auf diese Art und Weise setzte sich die britische Regierung in den Besitz von mehreren Millionen Livres Sterling amerikanischer und neutraler Papiere, besonders amerikanischer Eisenbahn- und Stahlwerk-Shares. Fragt man, wieso die österreichischen und deutschen Bankfilialen über einen so großen Effektenhaushalt verfügten, so liegt die Erklärung darin, daß vor Kriegsausbruch die Kunden eine hohe Zahl von Kaufaufträgen auf die erwähnten Papiere an ihre Banken in Oesterreich und Deutschland gaben, die dann von den Zentralen an ihre Filialen in London weitergegeben wurden. Diese nahmen nach vollzogenem Kauf die Wertpapiere in Depot, da die Aufbewahrung in Oesterreich oder Deutschland sehr hohe Sempelkosten nach sich gezogen hätte. — Die Maßnahme des englischen Handelsamtes hatte jedoch noch eine zweite beabsichtigte Wirkung: durch die bedeutenden Effekten sendungen nach Amerika gelang es — wenigstens teilweise — die englische Valuta zu heben und den Sterlingkurs zu bessern.

Die britischen Schwarzseher aber sind mit der Verdrängung der deutschen Banken allein nicht zufrieden. Sie haben vor der Konkurrenz auch der Neutralen Angst und besonders die zunehmende Machtstellung Amerikas raubt ihnen nachts den Schlaf. Schon jetzt — und trotz der Sympathien der Vereinigten Staaten! — fordern sie Maßnahmen gegen Amerika, die New-York verhindern sollen, nach dem Kriege das Finanz- und Bankzentrum der Welt zu werden. Es ist für sie ein erdrückendes Bewußtsein, daß, während sie den einen Konkurrenten zu erdrücken versuchen, ein neuer, weit fürchtbarer emporkommt. Man erwäge nur, wie sehr Abion bereits an Amerika verschandelt ist. Grund genug, die Freude an der etwaigen Bundesgenossenschaft gründlich zu vergällen. Ueber die wirtschaftliche Seite dieses hochinteressanten und bedeutenden Problems soll bei nächster Gelegenheit gesprochen werden.

24. III. 1917

Generalversammlungen.

**Ungarische Hagel- und Rückversicherungs-
Aktiengesellschaft.**

Unter dem Vorsitz des Direktionspräsidenten Geheimen Rates Viktor v. Molnár fand heute mittag die XXVII. Generalversammlung dieser Gesellschaft statt. Der zur Unterbreitung gelangte Bericht der Direktion meldet, daß die Bilanz des Hagelversicherungsgeschäftes infolge der ungewöhnlich schweren Hagelwetter, die im abgelaufenen Jahre nieder-

gingen, mit erheblichem Verluste schließt. In der Hagelversicherungsbbranche wurden 8793 Polizzen über k 110.544.305 Versicherungssumme ausfertigt und hiefür abzüglich Storni und Rückzahlungen k 3.277.831.19 vereinnahmt. Hierauf waren 3609 Hagelschadenanmeldungen zu verzeichnen, somit zuzüglich der im Vorjahre pendent gebliebenen 103 Schadenangelegenheiten 3712 Hagelschäden, für welche k 3.083.631.40 für 3610 Schäden zur Auszahlung gelangten und k 13.500.05 für 102 pendent verbliebene Schäden in Reserve gestellt wurden. Die Barprämienreserve für mehrjährige Versicherungen stellt sich, frei von jeder Belastung, auf k 369.394.01 gegen 292.028.51 im Vorjahre; für die fällig gewordene Prämienreserve wurden k 104.299.33 zur Ausschüttung gebracht. In der Feuerrückversicherungsbranche wurden 65.889 Posten verbucht, auf die k 885.412.01 an Prämien eingenommen wurden; hierauf entfallen k 377.339.70 auf liquidierte und k 607.695.16 auf pendente Schäden. Die zur Deckung der noch laufenden Versicherungen in dieser Branche eingestellte Barprämienreserve beläuft sich, frei von jeder Belastung, auf k 637.496.65; diese Reserve beträgt unverändert 72 Prozent der Barprämieeinnahme. In der Transportrückversicherungsbranche wurden 3636 Posten verbucht und k 21.384.52 an Prämien eingenommen, dagegen k 63.744.97 für Schäden bezahlt und k 141.458.63 für pendente Schäden zurückgestellt. Die zur Deckung der noch laufenden Versicherungen dieser Branche eingestellte Barprämienreserve beträgt k 15.000. Die im Besitze der Gesellschaft befindlichen Wertpapiere — erstklassige Anlagewerte — ergeben einen buchmäßigen Ueberschuß von k 108.174, welcher der Kurschwankungsreserve zugewiesen wurde. Der Verlust im Hagelversicherungsgeschäfte beträgt k 937.499, der um den vorjährigen Gewinnvortrag von k 86.920.31 gelirzt wurde. Der verbleibende Verlust im Betrage von k 850.578.69 wurde statutengemäß aus der Hagelversicherungs-Risikenreserve gedeckt. Die der Generalversammlung zur Verfügung stehenden sonstigen Einnahmen betragen k 412.148.90. Die Direktion beantragt, hievon k 150.000, das sind k 10 pro Aktie, zur Einlösung des Kupons Nr. 4 zu verwenden und den Restbetrag von k 262.148.90 der Hagelversicherungs-Risikenreserve zuzuführen. Die Generalversammlung nahm den Bericht zustimmend zur Kenntnis, akzeptierte die auf die Verwendung des Ueberschusses bezüglichen Anträge, beschloß die Dividende vom 26. d. an zur Auszahlung zu bringen und erteilte den Funktionären das Absolutorium.

Einlösung staatlicher Aprilfälligkeiten.

Die Staatszentralasse ist angewiesen, eine Voreinlösung der am 1. April 1917 fällig werdenden Coupons der Effekten der allgemeinen Staatsschuld und der Staatsschuld der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder am 31. März 1917 ohne Abnahme von Eskomplezinsen vorzunehmen. Hierbei sind die Coupons der Goldrente, dann der vierprozentigen Mark-Prioritätsobligationen vom Jahre 1883 der Kaiserin Elisabeth-Eisenbahn und der vierprozentigen Mark-Prioritätsobligationen vom Jahre 1884 der Kronprinz Rudolf-Eisenbahn in Zahlungsmitteln der Kronenwährung mit Ausschluß von Goldmünzen, und zwar nach dem auf Grund des § 2 der kaiserlichen Verordnung vom 20. März 1915 festgesetzten Umrechnungsmaßstab von 100 Franc (40 Goldgulden) = 100 Kronen 50 Heller, beziehungsweise 100 Mark = 124 Kronen einzulösen.

Wochenschau.

H. A.—r. Mehr als vierfach ist die 250 Millionen-Anleihe der Stadt Wien gezeichnet worden: ein Massenandrang des Kapitals, der im günstigsten Sinne auf dessen brennendes Anlagebedürfnis zurückschließen läßt. Und auch dem Finanzminister wird diese Nachricht wie heitere Musik in Ohren tönen, obwohl, oder besser: gerade weil die Anmeldungen durchaus nicht Konzertzeichnungen, sondern ganz ernst, wirklich aufs Ganze des Anmeldebetrages gerichtet waren. Auch da tritt die Geldfülle wieder so recht deutlich zutage, und wenn sich die beiden Regierungen dereinst von neuem an den Anleihemarkt wenden werden, so wird gewiß auch ihr Ruf tausendfältigen Widerhall wecken und finden.

Von hoher Bedeutung für den Erfolg künftiger Kreditoperationen ist es, daß der Krieg die Steuerkraft des Volkes keineswegs so geschwächt hat, wie man das sonst befürchtet haben mag. Nein, auf diesem Gebiete hat sich der Krieg wirklich nicht als Zerstörer gezeigt, sondern weit eher als Mehrer und Förderer. Mindestens bei einer ganzen Reihe von rechnungspflichtigen Unternehmungen und Individualbetrieben! Ja, bei der ziemlich allgemeinen Steigerung des Lohnniveaus läßt es sich voraussetzen, daß auch viele tausend Arbeiter, deren Einkommen sich bis zum Kriegsausbruche unter dem steuerbefreiten Mindestfusse — 1600 Kronen — gehalten hatte, dank der Lohnsteigerung jetzt ansehnlich hoch über diesen steuerfreien Satz gelangt, also unter die besteuerten Zensiten getreten sein müssen. Nur ein Beispiel: bei der Oesterreichischen Berg- und Hüttenwerksgesellschaft hat sich der Tagesverdienst der Grubenarbeiter von 4,4 auf 7,5 Kronen, also das Jahreseinkommen — bei Annahme von 300 Arbeitstagen — von den noch steuerfreien 1320 Kronen auf den bereits steuerpflichtigen Betrag von 2250 Kronen gesteigert. Nach dem Personalsteuergesetze wäre dieses Einkommen jetzt also schon der Personaleinkommensteuer zu unterziehen.

Fraglich, durchaus fraglich erscheint es uns, ob diese Besteuerung wirklich auch dem Geiste des Steuergesetzes entsprechen würde. Nach unserer Meinung wäre diese Frage vielmehr mit Nein! zu beantworten und wir sind dessen so sicher, daß wir weit eher eine zeitweilige, mindestens 50prozentige Erhöhung des steuerfreien Mindesteinkommens voraussetzen würden. Eine Erhöhung für die Zeit des Fortbestandes der ganz abnormalen Kosten der Lebenshaltung! Wie für den Grundsteuer-Kataster die sogenannte Reambulierung vorgesehen ist, die bestimmt ist, den Ertragsverschiebungen im Steueransatz Rechnung zu tragen, so wäre es, glauben wir, durchaus folgerichtig auch gegenüber der tiefgehenden Preisrevolution, die der Weltkrieg für die Lebenshaltung jedes von uns und vollends der weniger Bemittelten gebracht hat, in der Handhabung der Steuergesetze nicht achlos vorüberzugehen.

Niemand wird bestreiten, daß die 2250 Kronen Jahreslohn des Häuers der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft für diesen unter den Preisverhältnissen des Krieges auch nicht entfernt so viel bedeuten können wie sein früheres Durchschnittseinkommen, der Betrag von 1320 Kronen. Auch die Steuerpraxis darf über den Gedanken der Relativität doch gewiß nicht zur Tagesordnung übergehen. Satten und haben jetzt 2250 Kronen wirklich weniger Kaufkraft als sie früher jenen 1320 Kronen oder dem steuerfreien Einkommen von 1600 Kronen zumal, dann wird es also nur als ganz selbstverständlich erscheinen müssen, daß nun auch die Grenze der Steuerbefreiung aufwärts verschoben werde. Die Festsetzung jener Grenze beruhet ja auf der Erkenntnis, daß die Erhebung einer Einkommensteuer bei diesen Einkommen, die gerade nur das nackte Leben erhalten lassen, unbillig wäre. Umso unbilliger, als diese Volksschichten ohnedies schwer genug mit indirekten Steuern belastet sind. Wenn die Preise nun, wie das jetzt zutrifft, auch bei den unentbehrlichsten Waren ins Ungemessene, auch auf das Doppelte und Dreifache des Friedensjahres gesteigert worden sind, so wird — steuernmäßig gesprochen: die Reambulierung auch da als nur ganz selbstverständlich anzuerkennen sein.

Der Staat, der hier die Zahl der Zensiten in den untersten Einkommensstufen entsprechend der Revolution der

Kosten der Lebenshaltung verringern soll, findet übrigens eine vielfältige Entschädigung in den obersten Einkommensstufen. In diesem Einkommensbereich hat der Krieg ja in dem Gesamtbeitrag der Einkommen und damit des Steuerbetrages gewiß eine viel größere Verschiebung, eine Verschiebung zum Besten des Steuerfächels gebracht. Damit aber auch die Möglichkeit der reichen, ja, der reichlichsten Schadenslosaltung für den Entgang an Steuergeld, den das zeitweilige Hinausschieben der Grenze des steuerbefreiten Einkommens bringen würde. Was also am Unterbau der Steuerpyramide verloren gehen würde, das würde und wird durch das Ansehen neuer, höherer Einkommensstufen auch zehnfach eingebracht werden.

Das steuernmäßige Erfassen dieser vom Kriege gebrachten Steigerung der größeren Einkommen und der Entstehung neuer Rieseneinkommen liegt auch schon den Kriegszuschlägen zu den bisherigen Steuern und der Kriegsgewinnsteuer zugrunde. Und wenn man das etwa bestreiten und einwenden will, diese Steueränderungen seien vor allem im Mehrbedarf des Staates und erst in zweiter Linie in den Einkommensverschiebungen begründet, so wollen wir damit nicht rechten. Denn ebenso klar ist es, daß diese Vergrößerung der Steuerbelastung ja doch erst so recht durch jenes Wachsen der Einkommen und durch das Entstehen ganz neuer Einkommen ermöglicht worden ist.

Auch die vor einigen Tagen verfügte Abänderung einiger Steuerbestimmungen im Sinne des stärkeren Anziehens der Steuerfahne ist ebenso sehr in der Zunahme des staatlichen Geldbedarfes wie in der auf ihm beruhenden Erhöhung der geltenden Steuerfätze und in der Schaffung neuer Steuern begründet, die das vorige Jahr gebracht hat. Denn unzweifelhaft muß diese Zunahme des Steuerbedarfes den Staat ebenso veranlassen, auf das möglichst vollständige Erfassen der Steuerquelle hinzuwirken, wie andererseits diese Vergrößerung der Steuerlast bei dem Besteuernden die Versuchung zur Umgehung der Steuervorschriften in so manchen Fällen steigern dürfte. Ganz so, wie die Schmuggelgefahr oft im gleichen Verhältnisse mit der Zollserhöhung wächst! Und so haben auch die Steueränderungen, die Steuererhöhungen und neuen Steuern des Vorjahres jetzt zur Verschärfung der Ueberwachung der Steuerpflichtigen geführt. Die Gefahr der Steuerhinterziehung wächst ja mit der Erhöhung des Steuerausmaßes.

Wünschenswert wäre, daß die jetzt durchgeführte Abänderung der Bucheinsicht auch wirklich gegenüber allen jenen Produzenten, die von der Kriegskonjunktur in reichem Maße begünstigt waren, Anwendung fände, also auch gegenüber den Urproduzenten! Aber sie, der kleinere und mittlere Landwirt, die bäuerlichen Besitzer für den Zwang der Bucheinsicht keine Handhabe, weil sie kaum je Wirtschaftsbücher führen. Mit dem Zwange der Bucheinsicht ist in diesem Falle also nur ein Luftziele geführt.

So müßte man, wollte man Gleiches wie in Gewerbe, Industrie und Handel erreichen, die ja Bücher führen, einen anderen Weg betreten. Vielleicht würde man dieser hier unzulänglich vorhandenen Schwierigkeiten noch am besten Herr werden, wenn man auch da die Preisrevolution des Krieges würdigen würde. Derart, daß man bei den Urproduzenten, deren Betriebsgröße den Uebergang von der Natural- zur Geldwirtschaft, also die marktmäßige Verwertung der Wirtschaftserzeugnisse ermöglicht hat, die Verschiebung in den Preisen dieser letzteren berücksichtigt. Durch Festsetzung eines prozentuellen, der Preissteigerung bemessenen Zuschlages, wobei freilich auch der gleichzeitigen Verteuerung des Betriebes Rechnung zu tragen wäre. Durch Festsetzung eines solchen Prozentzuschlages zu den Einkommenserklärungen der Friedenszeit bei der amtlichen Ueberprüfung der jetzt erstatteten Fassionen. Mit anderen Worten: Vergleich der jetzt abgegebenen Fassionen mit jenen des Friedens, nachdem den Beträgen dieser letzteren jener Kriegskonjunktur-Zuschlag hinzugefügt worden ist. Dieser Gedanke ist ja auch schon im vorigen Jahre, damals, als der Zuschlag zur Grundsteuer angeordnet wurde, durchgedrungen.

Der neueste Ausweis über die Steuereingänge Wiens läßt eine Zunahme von 15,7 Millionen Kronen gegenüber jenen des gleichen Vorjahresmonates, also des Februar 1916 wahrnehmen. Von diesem Betrage treffen nun freilich schon 10,7 Millionen Kronen auf den Erfolg der neu eingeführten, also im Februar des Vorjahres noch nicht bestandenen Abgaben. Die wirkliche Steigerung beläuft sich also nur auf 5 Millionen Kronen oder 13 Prozent. Indes, auch diese Zahl spricht schon gewiß für die vorzügliche Entwicklung der Steuerkraft der Bevölkerung, eine Erscheinung, die umso höher zu werten ist, als sie sich inmitten der Zeit des Krieges zeigt.

Banken und Import.

Vorbereitungen zur zukünftigen Rohstoff-einfuhr.

Die Kooperation der Oesterreichischen Kreditanstalt und der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank mit zwei südamerikanischen Bankinstituten, über die kürzlich berichtet wurde, ist aus zwei Gründen als eine beachtenswerte Erscheinung anzusehen. Fürs erste geht daraus hervor, daß man auch bei uns allmählich den innersten Weisensfern der zukünftigen Rohstoffeinfuhr zu erkennen beginnt. Sie wird jedenfalls mehrere Jahre hindurch weit hinter dem ungeheueren Bedarf zurückbleiben müssen, der zur Auffüllung unserer dezimierten Vorräte notwendig ist. Dabei wird sich die verkehrstechnische Seite der Frage — mangelnder Schiffsraum und geringere Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen — gegenüber den valutarischen Hemmungen als ein viel leichter zu überwindendes Hindernis erweisen. Wir werden in den ersten Jahren nach Friedensschluß bedeutend weniger Metalle, Baumwolle, Wolle, Gummi usw. beziehen können, als Schiff und Bahn herbeizuschleppen vermögen, denn die Preise dieser Artikel würden sonst, da sich unser Export nur langsam erholen kann, rasch ins Ungemessene steigen und den Geldwert der Krone noch weiter herabdücken. Es ist daher — und darüber sind sich alle einig — eine weitere Beschränkung der Einfuhr notwendig. Wer soll sie aber durchführen?

Etwa die bisherigen Zentralen? Ob sie sich während des Krieges bewährt haben, soll hier nicht näher untersucht werden. Sie waren in dem geschlossenen Wirtschaftsstaat, den jetzt die Monarchie darstellt, vielleicht unentbehrlich, sie haben sich aber jedenfalls als große, komplizierte und überdies sehr kostspielige Apparate erwiesen, die durchaus nicht befähigt sind, erweiterten Aufgaben gerecht zu werden. Der Einfuhrhandel war seit jeher das ausschließliche Betätigungsfeld des selbständigen wagemutigen Kaufmannes. Sein Spekulationstrieb, sein Streben nach Erreichung der besten und billigsten Bezugsquellen, sein rasches Anpassen an die allgemeine Lage des Weltmarktes — diese und andere höchstpersönliche Eigenschaften vermag eine noch so gute Organisation, die wie wir in der Kriegszeit erfahren haben, allzu leicht in eine Ueberorganisation ausartet, einer halbamtlichen Zentralstelle nicht zu verleihen. Aus demselben Grunde können auch bloße Verteilungsstellen (Verteilungssyndikate), die vielfach statt der jetzigen Einfuhr- und Verkaufszentralen für die Regelung der zukünftigen Importe vorgeschlagen werden, kaum in Betracht kommen. Denn, wenn auch diese dem Kaufmann die ungehinderte Einfuhr von Rohstoffen aus allen Weltgegenden wieder ermöglichen, so beschränken sie doch in außerordentlichem Maße seine Kaufmannsqualität. Er muß die wann immer und woher immer bezogene Ware dem Verteilungssyndikat abliefern, kann also zwar frei kaufen, aber nicht frei verkaufen. Der Spekulations- und Wagetrieb wird im vorhinein gelähmt. Der Kaufmann verwandelt sich, mag er noch so große Geschäfte durchführen, noch so erhebliche Umsätze erzielen, sehr rasch in einen Agenten, bestenfalls in eine Art von Kommissionär. Ist somit schon beim Beziehen der Rohstoffe das Verteilungssyndikat der Einzelperson gegenüber im Nachteil, so wird die Frage einer zweckmäßigen Verteilung der (durch Kaufleute bezogenen) Rohstoffe zu einem nahezu unlösbaren Problem. Nach welchem Schlüssel soll beispielsweise verteilt werden? Geschieht das nach der früheren oder nach der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit, so bildet sich auf allen auf die Rohstoffeinfuhr angewiesenen Kontraktionsgebieten ein schädliches Monopol heraus. Die Produzenten hätten gar keinen Anlaß, sich gegenseitig zu unterbieten. Und die zukünftige Leistungsfähigkeit, die Möglichkeit von Erweiterungsbauten und Neugründungen kann nach diesem System schon aus technischen Gründen gar nicht berücksichtigt werden, so daß jedes Entstehen einer Konkurrenz ausgeschlossen wäre.

Es ist überhaupt sehr fraglich, ob irgendwelchen Organisationsstellen auch nach dem Kriege die tatsächliche Herrschaft über gewisse Güter weiter belassen oder übertragen werden kann. Mit Recht wird während der Kriegszeit darüber Beschwerde geführt, daß manche Waren zuerst von einem Orte abgezogen werden, um dann nach einiger Zeit wieder dahin zurückzuwandern, oder daß sie von weit her nach einem bestimmten Punkte dirigiert werden, während sie in der aller-nächsten Umgebung reichlich vorhanden wären. Derartige überflüssige, zeitraubende und kostspielige Transporte kann man sich später, wo auch der Preis des Weltmarktes zu berücksichtigen ist, nicht erlauben. Stets wird als oberster Grundsatz gelten müssen, daß nach Befriedigung der dringlichsten Erfordernisse für Zwecke der Volksernährung und für das Militär die Einfuhr nach der aus verkehrstechnischen Gründen gebotenen Rangordnung nur so lange und so weit beschränkt werden darf, als dies valutarische Erwägungen gebieten. Mithin dürfen Rohstoffe und Halbfabrikate, die sehr bald in Exportgüter umgewandelt werden können, in viel größerem Ausmaß ins Inland zugelassen werden, als solche, die hauptsächlich zur Konsumtion im Inland bestimmt sind. Zwischen Einfuhr und Ausfuhr, zwischen den einlaufenden und auslaufenden Zahlungsmitteln ist ein inniger Zusammenhang herzustellen — und dies vermögen nur die Banken. Die sind auch in der Lage, die Zahlung für Importgüter auf eine geraume Zeit nach deren Ablieferung zu verschieben, so lange, bis der Gezwert für die Exportgüter

verfügbar ist, wodurch jeder nachteilige Einfluß auf die heimische Währung beseitigt werden kann. So wird mit der gewaltigen Rohstoffeinfuhr der Zukunft sich eine Fülle zum Teile neuartiger Geschäftsmöglichkeiten den Banken darbieten, und wenn sich diese schon jetzt darauf vorbereiten, so ist dies nur zu begrüßen.

Die Kooperation österreichischer und ungarischer Finanzinstitute mit südamerikanischen Banken, die von der Berliner Diskontogesellschaft gegründet wurden und ihrer finanziellen Führung noch immer unterstehen, ist aber auch aus einem anderen Gesichtspunkt zu betrachten. Sie zeigt, daß auch in Fragen der Rohstoffeinfuhr an ein Zusammenarbeiten beider Reiche gedacht wird. Nichts Nützlicheres, nichts Zweckmäßigeres könnte es geben. Was geschähe, wenn jeder Staat in dieser Hinsicht getrennt marschieren wollte? Beide würden nicht gemeinsam siegen, sondern gemeinsam geschlagen werden. Bei dem immerwährenden Rohstoffhunger der Zukunft wird für längere Zeit die Nachfrage das Angebot reichlich überwiegen. Die beiden Mächte würden sich gegenseitig zu überbieten trachten, und wie hoch bei derartigen Vorgängen des Kauflustigen von dem Rohwarenbefitzer die Preise in die Höhe geschmetzelt werden können, darüber haben wir in den abgelaufenen Jahren immer lieblicher Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit gehabt. Nun haben aber weder die Bewohner Oesterreich-Ungarns noch die des Deutschen Reiches irgendein Interesse daran, die erottischen Besitzer von Baumwoll-, Kaffee-, Gummipflanzungen usw. überflüssigartweise zu bereichern und ihnen zu ungeheueren Friedenskonjunkturen zu verhelfen. Dies können sie aber viel leichter vermeiden, wenn sie einträchtig vorgehen, wenn sie den unbegrenzten Profitabsichten der Verkäufer die Organisation einer mächtigen Käufergruppe entgegenstellen. Auch diese Aufgabe kann nur durch Vermittlung hervorragender Banken durch internationalem Wege erfolgreich gelöst werden.

27. III. 1917

**Das türkische Vorschußgeschäft mit der
österreichisch-ungarischen Gruppe.**

K. Konstantinopel, 24 März. (Verspätet eingetroffen.) Der Senat hat das Gesetz, womit die Regierung zum Abschluß eines Vorschußgeschäftes von 240 Millionen Kronen mit der österreichisch-ungarischen Bankengruppe ermächtigt wird, angenommen. Weiters hat der Senat mit allen gegen eine Stimme bei zwei Stimmenenthaltungen das Budget genehmigt. Hierauf gelangte der Nachtrags-Militärkredit von 15 Millionen Pfund einstimmig zur Annahme.

28. III. 1917

Jahresbericht der Budapester Börse.

Budapest, 27. März.

Die Budapester Waren- und Effektenbörse hält ihre heutige Generalversammlung am 29. d. M. Der bei dieser Gelegenheit zur Unterbreitung gelangende Jahresbericht gedenkt vor allem des Thronwechsels und zollt dem Andenken König Franz Josefs den Tribut der Pietät. Zum immerwährenden Andenken an den verbliebenen König wird der Generalversammlung vorgeschlagen, einen Hunderttausend-Kronen-Börsenhilfsfonds zu errichten. In homagialer Treue begrüßt sodann der Bericht mit Begeisterung den neuen Monarchen König Karl IV.

Auf die wirtschaftlichen Vorgänge des Jahres 1916 übergehend, konstatiert der Bericht, daß sich in ganz Europa wenig für die Zukunft hoffnungsvolle Symptome zeigen. Wohl wird überall fieberhaft gearbeitet, es werden doch nur die Kriegsfurien alimentiert und wenig neue Werte geschaffen oder Zerstücktes wieder hergestellt. Durch die Seesperre und die Ein- und Ausfuhrverbote ist der Handelsverkehr zur Untätigkeit genötigt, im Inlandsverkehr aber ist der Handel lahmgelegt, weil insolge zwingender Umstände die wichtigsten Artikel der Staat in seine Machtsphäre einbezogen hat. Die Warenbörse konnte daher ihren Beruf nicht erfüllen; nur sporadisch kamen in gewissen Artikeln Abschlüsse vor oder wurden Differenzen bei der Getreideabnahme geschlichtet. Die Tätigkeit der Börse hat jedoch geruht und die Energien der Getreidehändler werden bis zur Wiederherstellung des freien Verkehrs untätig bleiben.

Zum Privatverkehr der Effektenbörse wurde nur die Einhaltung der festgestellten Normen kontrolliert. Der Verkehr, der sich entwickelte, rechtfertigte die Verfügung, die es ermöglichte, daß der Effektenverkehr sich auf einem zentralen Markt abwickle, wodurch auch die Placierung der Anlagewerte und Kriegsanleihen namhaft gefördert wurde. Die Wiederherstellung des offiziellen Börsenverkehrs ist noch immer nicht aktuell. Die Geldfülle hat einerseits die Kurse der Lokalwerte günstig beeinflusst, andererseits die Banken und Industrieunternehmen zu Neuemissionen angeregt, die auf unserem Markte einer bisher nicht wahrgenommenen Aufnahmefähigkeit begegneten. Es wäre verfrüht, zu entscheiden, ob diese Symptome im Endergebnis vom allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkt lauter Vorteile in sich bergen.

Hinsichtlich der Zukunft spricht sich der Bericht zuversichtlich aus. Er verweist darauf, daß wir uns im Weltkrieg über Erwarten hart erwiesen haben, daß keine Spur von Erschlaffung wahrzunehmen ist, so daß bei Friedensschluß, nach einem gewissen Uebergang, die geschlagenen Wunden wohl rasch heilen werden. Eine Vorbedingung hiezu ist die möglichst baldige Wiederherstellung der wirtschaftlichen und kommerziellen Freiheit. Sodann redet der Bericht der Mehrproduktion und der notwendigen Sparsamkeit das Wort; der Krieg dürfe nicht vorübergehen, ohne daß wir seine um so hohen Preis erworbenen Erfahrungen verwerten. In Angelegenheit des Ausgleichs mit Oesterreich richtete der Börsenrat eine Denkschrift an die Regierung.

Die Zahl der Börsenmitglieder betrug mit Jahreschluß 1908. Die Schlußrechnungen schließen bei k 1,179.188.97 Ausgaben mit einem Ausfall von k 169.024.34. Das Rein-

vermögen der Börse beträgt k 3,291.185. Dem Börsenschiedsgericht sind 1133 neue Klagen zugekommen, erledigt wurden 2295, 3897 Klagen blieben unerledigt, doch befinden sich darunter 1486 pendente Angelegenheiten vor eingerückten Personen oder sonst auf Wunsch der Parteien suspendierte Klagen. Zum Schluß stellt der Bericht fest, daß die im Zusammenhange mit kriegswirtschaftlichen Rechtsfällen erlassenen Entscheidungen des Schiedsgerichtes auch in der Judikatur der ordentlichen Gerichte vollinhaltlich bekräftigt wurden.

29. III. 1917

(Die Erneuerung des Bankprivilegiums.)
Die Oesterreichisch-ungarische Bank hat im Sinne ihres Statuts zwei Jahre vor Ablauf des Bankprivilegiums, das ist Ende 1915, bei beiden Regierungen das Ansuchen um Verlängerung des Privilegiums eingebracht. Da das Privilegium Ende 1917 abläuft, so werden die Verhandlungen der beiden Regierungen mit der Bank wegen Erneuerung des Notenprivilegiums aktuell. Eine Aufforderung an die Bank zu einschlägigen Verhandlungen ist bisher nicht ergangen und demnach auch noch kein Verhandlungskomitee seitens des Generalrates gewählt worden. Wohl aber dürften die Funktionäre der Bank die bei der Erneuerung des Privilegiums in Betracht kommende Materie einer internen Beratung unterzogen haben, um zeitgerecht in die Verhandlungen mit den beiden Regierungen eintreten zu können.

31. III. 1917

Generalversammlungen.

Ungarisches Bodenkreditinstitut.

Unter dem Vorsitze des Geheimen Rates Grafen Aurel Deseffly fand heute die Jahresgeneralversammlung dieses Instituts statt, an der 31 Mitglieder mit 92 Stimmen teilnahmen. In Vertretung der Regierung war Ministerialrat Dr. Emerich Molnár, in Vertretung der Staatskasse Baron Vinzenz Bongrácz erschienen. Nachdem der Präsident Dr. Géza Lukács mit der Führung Alexander Beklerle und den Grafen Georg Mailáth aber mit der Authentifikation des Protokolls betraut hatte, brachte Direktor Roland v. Csengery den Direktionsbericht zur Verlesung. Der Bericht gedenkt in warmen Worten der Pietät des Hinscheidens weiland des Königs Franz Josef I., dessen väterlichem Wohlwollen die Konstituierung des Instituts zu danken ist und begrüßt seinen Nachfolger König Karl IV., auf den die Nation ihre Liebe, Anhänglichkeit und Treue übertragen hat. Auf die bisherigen Kriegsanleihen hat das Institut für seinen Reserve- und Pensionsfonds 15 Millionen gezeichnet. Für Kriegsfürsorge- und wohltätige Zwecke hat es seit Kriegsausbruch k 654.917 gespendet. Die Geldflüssigkeit hat sich im Jahre 1916 noch fühlbarer gemacht als im Vorjahre. Die Katenrückstände haben abermals um eine halbe Million abgenommen und die Summe der außerordentlichen Amortisationen ist erheblich gestiegen. Im abgelaufenen Jahre wurden 69 Parteien Hypothekendarlehen im Betrage von k 10,062.000 liquidiert. Die Summe der Hypothekendarforderungen zu Ende des verflossenen Jahres belief sich auf k 411,801.467.44, jene der Wasserregulierungs- und Bodenameliorationsdarlehen auf k 95,823.000. Das Geschäftsergebnis weist nach den statutenmäßigen Abzügen ein Reinerträgnis von k 710.816 auf, die dem Reservefonds zugeführt wurden. Seit der Gründung des Instituts hat dasselbe k 38,210.814.03 erworben und reserviert. Infolge des Eintritts des Ungarischen Bodenkreditinstituts in die Geldinstitutzentrale ist eine Ergänzung des § 120 der Statuten notwendig geworden. In Verbindung damit schlug die Direktion der Generalversammlung auch einige Änderungen vor, die einhellig angenommen wurden. Ebenso akzeptierte die Generalversammlung die Bilanz und erteilte das Absolutorium. Auf Antrag des Geheimen Rates Ignaz Darányi wurde dem Präsidenten und der Direktion Dank votiert. Bei den zum Schlusse vorgenommenen Wahlen wurde Graf Aurel Deseffly zum Direktionspräsidenten wiedergewählt. In den Aufsichtsrat wurde außer den bisherigen 17 Mitgliedern als neues Mitglied Johann Janlovács gewählt.

„Nationale“ Unfallversicherungs-A.-G.

Die „Nationale“ Unfallversicherungs-Aktiengesellschaft in Budapest hielt gestern unter dem Vorsitze des Magnatenhausmitgliedes Wilhelm v. Ormody ihre vierundzwanzigste ordentliche Generalversammlung ab. Der zur Verlesung gebrachte Jahresbericht konstatiert, daß das abgelaufene Jahr trotz des Kriegszustandes ein recht befriedigendes Geschäftsergebnis ergeben hat. In der Unfallversicherungsbranche wurden an Prämien k 2,054.870.52, in der Feuerrückversicherungsbranche k 244.648.71, und in der Volksversicherungsbranche k 1,129.153.16 vereinnahmt. Für definitiv erlebte Schäden wurden in allen Branchen nach Abzug des Anteils der Rückversicherer k 622.940.05 ausbezahlt, während für schwebende Schäden k 443.647.51 reserviert worden sind. Die Gesamtgewährleistungsfonds der Gesellschaft belaufen sich mit Ende des Berichtsjahres auf k 7,329.482.96. Bezüglich der Aufteilung des Gewinnes des Jahres 1916 im Betrage von k 370.563.09 wurde der gemeinschaftliche Vorschlag der Direktion und des Aufsichtsrates, wonach als Dividende nach Kupon 24 der Aktien je k 15 = 7½ Prozent, d. i. zusammen k 150.000 zur Aufteilung gebracht werden, von der Generalversammlung einstimmig akzeptiert und beschlossen, daß von den nach Abzug der statutarischen Direktionsanteile verbleibenden k 183.506.79 der Kapitalreserve k 37.056.30, der Immobilienreserve k 11.998.17, und dem Beamtenpensionsfonds k 15.000 zugeführt, ferner für durch das Moratorium noch entstehende Dubiosen k 119.452.32 in Reserve gestellt werden.

Zionostenska Banka.

Der vor heute stattfindenden Generalversammlung der Zionostenska Banka vorliegende Geschäftsbericht besagt u. a.: Unter außerordentlichen, äußerst schwierigen Verhältnissen erstatten wir Ihnen Bericht über die Tätigkeit unseres Instituts für das Jahr 1916, das dritte Kriegsjahr. In vollem Maße und mit dem richtigen Verständnis für die Bedürfnisse der Staaten entsprach unser heimisches Wirtschaftsleben im vergangenen Jahre allen Anforderungen der schweren Zeit. Die industrielle Produktion war, soweit es sich um Kriegslieferungen handelte, auch im verfloßenen Jahre bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit beschäftigt. Dagegen stockte die Arbeit dort, wo es an Rohmaterial mangelte. Einzelne Produktionszweige sind daher schon das zweite Jahr mehr oder minder zur Untätigkeit verurteilt. Die lange Dauer des Krieges hat auch der geschäftlichen Tätigkeit ihren Stempel aufgedrückt. Verschiedene Waren, welche überhaupt fehlten, wurden durch Surrogate ersetzt.

Die Tätigkeit unseres Instituts litt durch Mangel an Kreditgeschäften, die in normaler Zeit unser hauptsächlichstes Arbeitsgebiet bilden. Die Barbeträge häuften sich daher bei uns an und konnten nicht in geeigneter Weise placiert werden. Infolge der außergewöhnlichen Produktionsgewinne wurden zahlreiche Schuldner sogar zu unseren Gläubigern. Die wachsenden baren Uberschüsse suchten wir nach Möglichkeit und auf passende Weise zu placieren, wobei wir allerdings das Gebot der absoluten Bankmobilität nicht außeracht lassen konnten. Der wesentlich höhere Lombard von Wertpapieren, namentlich der Kriegsanleihen, sowie auch der bedeutende Beitrag an Forderungen bei fremden Geldinstituten, legen bereites Zeugnis davon ab. Ein sehr umfangreicher Verkehr fand in Wertpapieren, namentlich in Anlagewerten, statt. Und im Zusammenhange mit den zahlreicheren Kautobrennengeschäften ist auch der Ertrag der Bankprovisionen gestiegen. Demgegenüber wies das Gekontopgeschäft eine weitere empfindliche Einbuße auf. Warenwechsel sind nahezu vollkommen aus dem Verkehr verschwunden. An den beiden Kriegsanleihen, die im Laufe des verfloßenen Jahres aufgelegt worden sind, beteiligten wir uns, abgesehen von unserer eigenen ausgiebigen Subskription von je 15 Millionen Kronen, durch eine sehr erfolgreiche und insofern der früher bereits gewonnenen Erfahrungen vertiefte Subskriptionsaktion, die zu unserer Befriedigung ein sehr günstiges Resultat zeitigte. Die unter unserer Mitwirkung gegründete und organisierte Sammelstelle der böhmischen Behrenschaft für die Zeichnung der 5. Kriegsanleihe trug wesentlich zur Erhöhung der Gesamtschubskription bei. Die Subskription bei unserem Institut ergab folgendes Resultat: auf die 4. österreichische Kriegsanleihe wurden im ganzen 183,471.600, auf die 5. österreichische Kriegsanleihe wurden im ganzen 157,742.850 Kronen gezeichnet. Die Gesamtschubskriptionsziffer auf alle bisherigen fünf österreichischen Kriegsanleihen bei unserem Institut beträgt mehr als eine halbe Milliarde Kronen.

Sehr befriedigende Resultate erzielte im Vorjahre wieder unser ausgedehntes Zuckerkommissionsgeschäft, das Kohlengeschäft, sowie die Warenabteilungen unserer Filialen. Die Eisenwarenabteilung unserer Zentrale wies ebenfalls sehr günstige Erfolge auf.

Ueber die Gesellschaften und Industriunternehmungen, an denen das Institut beteiligt ist, wird berichtet: Die Böhmisches Zuckerindustrie-Gesellschaft hat für das Jahr 1916/17 eine Dividende von 15 Prozent ausgeschüttet. Die Elektrotechnische Aktiengesellschaft früher Kolben u. Comp. hat fast ausschließlich für das Militärärar gearbeitet und übermalls sehr günstige Erfolge erzielt. Bei bedeutenden Abschreibungen schüttet sie eine Dividende von 9 1/2 Prozent aus. Die Westböhmischen Kaolin- und Chamottewerke in Ober-Briz weisen günstigere Resultate als im vorhergegangenen Jahre auf, so daß mit einer höheren Dividende gerechnet werden darf. Die „Molbauwerk“ Brüder Poraz, Papier- und Pappfabriken-A.G. in Rieznberg erzielte für das verfloßene Jahr ausgezeichnete Erfolge und schüttet eine Dividende von 15 Prozent aus. Die Aktien-Maschinenfabrik Koval u. Jahn in Prag weist ebenfalls ein befriedigendes Resultat aus; sie hat 4 Prozent Dividende ausgeschüttet. Das Böhmisches Pilsener Aktien-Brauhaus in Pilsen, dessen Produkt voll gewürdigt wird und sich steigender Nachfrage erfreut, ist in günstiger Entwicklung begriffen. Die Zündwaren-Aktiengesellschaft „Solis“ in Wien, an deren Gründung sich unser Institut beteiligte, weist ebenfalls sehr günstige Erfolge auf und wird nach umfangreichen Abschreibungen eine wesentlich höhere Dividende ausschütten als im Vorjahre. Die „Moldavia“, Aktien-Versicherungsanstalt in Prag vermochte sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen keineswegs im vollen Maße zu entwickeln; nichtdestoweniger erwecken die erzielten Erfolge die beste Hoffnung für die Zukunft. Die Kroatische Landesbank in Elegg erzielte samt ihren Filialen im verfloßenen Jahre sehr günstige Erfolge. Die Bank beabsichtigt, eine Dividende von 8 Prozent auszuschütten und eine Erhöhung des Aktienkapitals von 5 auf 10 Millionen Kronen vorzunehmen. Die

Laibacher Kreditbank weist gute Erfolge auf; sie wird eine Dividende von 7 Prozent ausschütten und nimmt die Erhöhung ihres Aktienkapitals von 8 Millionen auf 10 Millionen Kronen vor. Die Kustienländische Bank und Sparkasse in Sanjevo mit der Filiale in Hume wird eine Dividende von 6 Prozent (gegen 5 Prozent im Vorjahre) ausschütten und eine Erhöhung des Aktienkapitals von 4 Millionen auf 6 Millionen vornehmen. Die Erste kroatische Slav. Zuckerindustrie-A.G. in Elegg hat für das Jahr 1915/16 eine Dividende von 8 Prozent ausgeschüttet. Die Zuckerfabrik in Spinal wird eine etwa 5prozentige Dividende ausschütten. Zuckerfabrik in Uj Verbak. Die Verhältnisse dieses Unternehmens, das unter dem Kriege viel zu leiden hatte, zeigen nun eine Besserung. Die Ungarische Papierfabrik in Rosenbergr wird eine Dividende von 8 Prozent für die Stammaktien und von 6 Prozent für die Prioritätsaktien ausschütten. Die „Union“, Dampfmühl-A.G. in Elegg, weist sehr befriedigende Erfolge auf und wird eine höhere Dividende als im Vorjahre zur Auszahlung bringen. Der Bericht wendet hierauf dem Präsidenten kaiserlichen Rat Otto einen warmen Nachruf und teilt mit, daß Anfang März 1917 der Oberdirektor-Stellvertreter Jur.-Dr. Jaroslav Kreiß auf seine Stelle in der Anstalt resignierte. Wie im übrigen, so hat das Institut auch im heutigen Jahre größere Beträge für Wohltätigkeitszwecke, namentlich im Hinblick auf die Kriegswunden, gewährt.

Von der Mobilität unserer Anstalt zeugen folgende Bilanzposten: Die Einlagen auf Büchel und Kassascheine betragen am 31. Dezember 1916 148,412,413 Kronen. Die Gesamtsumme der Kreditoren belief sich am 31. Dezember 1916 auf 305,781,140 Kronen.

— (Ungarische Eskompte- und Wechselbank.)
Aus Budapest, 31. März, wird uns telegraphiert: Die Ungarische Eskompte- und Wechselbank hat heute unter Vorsitz des Direktionspräsidenten Baron Max Madarassy-Deel ihre Generalversammlung abgehalten. Vor der Tagesordnung gedachte Präsident Baron Max Madarassy-Deel in warmen Worten des kürzlich verchiedenen verdienten Vizepräsidenten des Instituts, des Herren Ludwig August Lohnstein. Die Generalversammlung nahm den Bericht der Direktion einstimmig zur Kenntnis, erteilte nach Feststellung der Bilanz der Direktion und dem Aufsichtsrat das Absolutorium und beschloß, im Sinne des Direktionsantrages von dem K. 6.530.149 betragenden Reingewinn K. 8.750.000 als 7½-prozentige Dividende zur Ausschüttung zu bringen, die ordentliche Reserve der Bank mit K. 400.000 zu dotieren, K. 291.997 als statuten-gemäße Lantieme der Direktion zu verwenden, K. 250.000 dem Pensionsfonds der Angestellten, K. 20.000 dem Unterstützungsfonds der Angestellten zuzuführen und den erübrigenden Restbetrag pro K. 1.818.152 auf neue Rechnung vorzutragen. Im Sinne dieses Generalversammlungsbeschlusses gelangt der Dividendencoupon Nr. 47 ab 2. April mit K. 30 zur Einlösung. Nach der im Sinne der Tagesordnung vorgenommenen Statutenänderung wurden die Herren Generaldirektor Dr. Stephan Freund, Direktor Maximilian Kraus von der Oesterreichischen Länderbank, Generaldirektor Adolf Lebai und Oskar Ritter v. Wahl (in Firma Manfred Weisk) für die Funktionsdauer der gegenwärtigen Direktion mit Akklamation zu neuen Mitgliedern der Direktion gewählt.

28.7.1916

26
u
3

deputation im großen Zeremonienaal. Bevor der König eintrat, erschien Königin Zita, den Kronprinzen Otto an der Hand führend, in Begleitung ihrer Hofdamen. Die Königin, die ein schwarzes Kleid und einen großen Hut mit Straußfedern trug, wurde von brausenden Eisenrufen empfangen. Sie nahm auf einer dem Throne gegenüber befindlichen mit rotem Tuch

bedeckten Bank Platz. Die Königin war in Begleitung ihrer Hofdamen. Die Königin, die ein schwarzes Kleid und einen großen Hut mit Straußfedern trug, wurde von brausenden Eisenrufen empfangen. Sie nahm auf einer dem Throne gegenüber befindlichen mit rotem Tuch bedeckten Bank Platz.

erlaubt werden, wenn es sich um die Erfüllung von Verpflichtungen handelt, welche vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung entstanden sind und die ohne Verletzung ihrer nommenen Verpflichtungen weder rückgängig gemacht noch auf andere Weise als durch Zahlung in Kronenwährung abgewickelt werden können.

Verpflichtung zur Ablieferung der Valuta aus Exportgeschäften.

§ 11. Der Exporteur im Bezirke von mehr als 300 Kronen nach dem Ausland anzuhören, dann Zensuren in der Sache der Valuta übergeben werden in der Abführung des Bestimmungsortes der Ausfuhrsendung sofort nach Eingang an eine der Zentralen angehörende Firma abzugeben, wenn er nicht von der Devisenrichtungsungartigen Abnahme zweifei aus wichtigen Gründen dieser Verpflichtung entgehen kann. Zum Zweck der vollständigen Festlegung der Ausfuhrwaren ist eine von der Devisenrichtungsungartigen Abnahme ausgehende oder mit der Devisenrichtungsungartigen Abnahme zusammenhängende Eintragung bei den Zentralen anzuführen, in welcher die Devisenrichtungsungartigen Abnahme eingetragen ist.

§ 12. Der Exporteur kann nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung die Valuta in Form von Guthaben bei einer der Zentralen abgeben, wenn er nicht die Valuta in Form von Guthaben bei einer der Zentralen abgeben kann.

Regelung des Devisenhandels.

Heute wird eine Verordnung des Finanzministers vom 19. d. „betreffend den Handel und Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln und Beschränkungen im Verkehr mit dem Auslande“ publiziert, welche die gesetzliche Regelung des Devisenhandels bezweckt und folgende wesentliche Bestimmungen enthält:

§ 1. Der Handel und Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln (Devisen und Valuten) und der Verkehr mit dem Auslande wird für die Dauer der durch den Krieg verursachten außerordentlichen Verhältnisse den in dieser Verordnung vorgesehenen Beschränkungen unterworfen.

§ 2. Ausländische Geldsorten (Münzen und Noten) und inländische Handelsmünzen sowie Auszahlungen, Schecks und Wechsel auf das Ausland dürfen nur bei Firmen, welche der Zentralstelle für den Verkehr in ausländischen Zahlungsmitteln (Devisenzentrale) angehören, gekauft, umgetauscht oder darlehensweise erworben und nur an sie verkauft, verpfändet oder darlehensweise abgegeben werden. — Ueber Guthaben im Auslande darf zum Zwecke der Erwerbung von Geldsorten (Münzen und Noten), Guthabungen, Auszahlungen, Schecks und Wechseln in anderer als derjenigen Währung, auf welche das Guthaben lautet, oder zum Zwecke der Erwerbung inländischer Handelsmünzen nur verfügt werden, sofern die Erwerbung bei einer der Firmen erfolgt, welche der Devisenzentrale angehören.

§ 3. Die Geschäfte mit den der Devisenzentrale angehörigen Firmen können auch durch Kommissionäre vermittelt werden; der Kommissionär darf jedoch bei Geschäften dieser Art — wenn gleich sonst die im Artikel 376 des Handelsgesetzbuches vorgesehenen Voraussetzungen vorliegen — nicht selbst in das Geschäft eintreten.

§ 4. Der Geschäftsbetrieb der im § 2 bezeichneten Firmen ist im Einklange mit dem Zweck der Devisenrichtungsungartigen Abnahme zu betreiben. Die Devisenrichtungsungartigen Abnahme ist im Einklange mit dem Zweck der Devisenrichtungsungartigen Abnahme zu betreiben.

§ 5. Die Firmen, welche der Devisenzentrale angehören, sind im Einklange mit dem Zweck der Devisenrichtungsungartigen Abnahme zu betreiben. Die Devisenrichtungsungartigen Abnahme ist im Einklange mit dem Zweck der Devisenrichtungsungartigen Abnahme zu betreiben.

Die Neuregelung des Devisenverkehrs.

Von Artur Adler.

Direktor der Oesterreichischen Länderbank.

Wien, 28. Dezember.

Im Zusammenhange mit der Schließung der Effektenbörsen haben sich im ersten und zweiten Kriegsjahr im Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln Erscheinungen gezeigt, die eine Organisation dieses Verkehrs dringend wünschenswert erscheinen ließen.

Der Umstand, daß zur gleichen Stunde in verschiedenen Bankbureaux Abschlüsse zu stark abweichenden Preisen getätigt wurden, die Nachfrage eines einzigen Käufers, der sich an mehrere Bankiers wegen Erlangung derselben Summe gewendet hatte, durch den Anschein eines vervielfachten Bedarfes zu einer sachlich ungerechtfertigten Steigerung der fremden Wechselkurse geführt hatte, verlangten gebieterisch eine Regelung des Marktverkehrs durch Konzentration von Nachfrage und Angebot.

Ähnliche unerwünschte Begleiterscheinungen des Krieges hatten sich auch bei unseren deutschen Verbündeten gezeigt und zu Beginn des laufenden Jahres zu einer gesetzlichen Verfügung geführt, die den Zahlungsverkehr mit dem Ausland in radikaler Weise regelte.

In unserer Monarchie konnte man sich zu gleich einschneidenden Maßnahmen nicht sogleich entschließen. Man gründete gleichfalls Zentralinstitutionen für den Devisenverkehr, meinte aber, da man sich den Anschluß der Banken und größeren Bankfirmen im vorhinein gesichert hatte, freie Vereinbarungen der den Devisenverkehr in normaler Zeit regelnden Faktoren an Stelle gesetzlicher Maßnahmen von zwingender Kraft setzen zu können.

Den am 24. Februar 1916 ins Leben getretenen zwei Devisenzentralen in Wien und Budapest, die von dem ersten Augenblick ihres Bestandes im engsten Anschluß an die in Berlin geschaffene Zentralstelle für das Deutsche Reich arbeiteten, gelang es, entsprechend den bei ihrer Gründung herrschenden Absichten eine Stabilisierung der fremden Wechselkurse während einer längeren Periode herbeizuführen.

Nach einiger Zeit zeigte sich jedoch, daß die Befürchtungen vieler Fachkreise, die getroffenen Bestimmungen würden nicht einschneidend genug sein, zutreffend waren. Ergänzende Verfügungen erwiesen sich in dem Maße immer notwendiger, als Anschaffungen gegen illegitime Importe, das heißt in der Kriegszeit nicht unbedingt nötiger Waren gegen Käufe ausländischer Wertpapiere unter Umgehung der Teilnehmer an der Devisenzentrale in steigendem Maße erfolgten.

Eine Neuregelung mußte daher die Materie von mehreren Seiten anfassen. Sie mußte vor allem, da es sich gezeigt hatte, daß unerwünschte Importe auch bei Nichtgewährung fremder Zahlungsmittel den Weg hereinfinden, ihre Einfuhr durch ein weitgehendes Verbot verhindern. Es geschah dies durch das am 23. Dezember verlautbarte „Verbot zur Einfuhr entbehrlicher Gegenstände“. Die Neuregelung mußte ferner den sehr beträchtlichen Effektenverkehr mit dem Auslande ins Auge fassen. Es geschah dies analog den Bestimmungen über den Warenexport im Zusammenhange mit den erlassenen Vorschriften über die Anmeldung ausländischer „Wertpapiere im Besitze von Oesterreichern“ durch die Verordnung vom 14. Dezember vorigen Jahres sowie eine übereinstimmende ungarische Verfügung teilweise dadurch, daß eine im Auslande erfolgende Veräußerung und Verpfändung von ausländischen Effekten an die Bedingung der Einlieferung des Gegenwertes in ausländischer Währung an die Devisenzentrale geknüpft wurde.

Die Neuordnung hat sodann an Stelle des durch die Teilnehmer an der Devisenzentrale bisher geübten moralischen Zwanges gesetzliche Normativbestimmungen für alle mit fremden Zahlungsmitteln arbeitenden Inländer und im Inlande tätigen Ausländer gesetzt. Sie statuiert, daß jeder Handel, jeder Tausch, jede Verpfändung oder Darlehensgewährung von fremden Zahlungsmitteln ausschließlich durch die Vermittlung der der Devisenzentrale angehörigen Banken und Bankiers, die freiwillig bereits vorher weitgehende zweckdienliche Verpflichtungen übernommen hatten, erfolgen darf. Die Intervention eines Kommissionärs wurde zwar als zulässig erklärt, ihm jedoch zur Vermeidung unerwünschter Manipulationen für diese Gattung Geschäfte der Selbsteintritt untersagt und dem Finanzminister das Recht gewährt, nötigenfalls unverlässliche berufsmäßige Kommissionäre „aus Rücksichten des öffentlichen Interesses“ von dieser Gewerbeberechtigung gänzlich auszuschließen.

Dadurch, daß selbst über eigene Guthaben im Auslande nur in beschränktem Maße verfügt werden darf, wird für viele Nichtangehörige der Devisenzentrale ein Anlaß gegeben werden, bestehende Guthabungen nicht weiter für eigene Rechnung zu unterhalten, sondern sie der Allgemeinheit im Wege der Devisenzentrale zur Verfügung zu stellen.

Bei Verweigerung von Zahlungsmitteln für unerwünschte Auslandszahlungen wurde vielfach der Weg gewählt, durch einen im Auslande erfolgenden Verkauf von Zahlungsmitteln der Kronenwährung sich ausländische Zahlungsmittel zu beschaffen. Angesichts dieser Erscheinung wurde — wenn nicht alle sonstigen Maßnahmen im Werte vermindert werden sollten — ein weitgehendes Verbot aller diesen Effekt erzielenden Anschaffungsarten zu absoluter Notwendigkeit.

Es wird daher außer der Feststellung einer weitgehenden Aushunstpfllicht für alle am Auslandzahlungsverkehr Beteiligten verfügt, daß eine vorübergehende, unter Vorlage von Belegen einzuholende Genehmigung der Devisenzentrale zu einer Reihe von Anschaffungsarten notwendig sei, und zwar zur Ausfuhr von Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank, von auf Kronenwährung lautenden Wechseln und Schecks, endlich der Vollständigkeit halber von Kassenscheinen der Kriegsdarlehenskassen, ferner zur Anschaffung von Kronenbeträgen durch Ueberweisung nach dem Auslande, Einzahlung oder Ueberweisung von Kronenbeträgen auf ein im Inlande geführtes Konto ausländischer Personen

oder Firmen. Ausgenommen hiervon sind direkte oder indirekte Verfügungen von dauernd im Auslande ansässigen Ausländern gegen ihr Guthaben, ferner Einzahlungen und Ueberweisungen bis zum geringen Betrage von 200 Kronen, endlich im Reisenden- und Grenzpassantenverkehr die Mitnahme von Noten bis 500 Kronen. Für größere Beträge sowie gemünztes und ungemünztes Gold und Silber über 20 Kronen und Scheidemünze über 10 Kronen bedarf jedermann einer besonderen Bewilligung.

Eine Zuwiderhandlung gegen diese Verfügungen wird unter einem mit strengen Geld- oder Arreststrafen bedroht.

Sehr wichtig ist, daß die neue Verordnung die Gewährung der Zahlungserlaubnis seitens der Devisenzentrale für die mit Zustimmung derselben eingegangenen früheren Auslandsverpflichtungen, ferner für die vor Erlassung dieser Verordnung eingegangenen, nicht anders erlebigen Verpflichtungen außer Frage stellt. Dann wird die Verpflichtung zur Einlieferung des Gegenwertes an die Devisenzentrale jeder auch an keine Ausfuhrbewilligung gebundenen ausgeführten Ware, soweit sie den Wert von 300 Kronen übersteigt, für alle Normalfälle statuiert und zum Zwecke einer vernünftigen, stets sinngemäßen Durchführung der Verordnung dem Finanzminister das Recht eingeräumt, für spezielle Fälle Ausnahmen zuzulassen.

Schließlich wird in sehr richtiger Weise noch verfügt, daß inländische Niederlassungen von Ausländern in Rücksicht auf dieses Gesetz den Inländern gleichgehalten und österreichisch-ungarischer Untertanen wegen einer Zuwiderhandlung gegen die neue Verordnung auch gestraft werden können, wenn sie dieselbe im Ausland begangen haben.

Jedenfalls ist die neue Verordnung berufen, eine bestehende empfindliche Lücke unserer wirtschaftlichen Kriegsgesetze auszufüllen und einen Teil der Ursachen des ungerechtfertigt hohen Standes der fremden Wechselkurse zu beseitigen. Mögen günstige wirtschaftliche Verhältnisse unseres Vaterlandes es in kurzer Frist nach dem Friedensschluß gestatten, die vorstehend behandelten und viele andere, unseren Wirtschaftsverkehr mit dem Auslande einengende Maßnahmen der Kriegszeit wieder aufzuheben!

Erläuterungen zur Devisenverordnung.

Wien, 29. Dezember.

Zu der gestern veröffentlichten Devisenverordnung gehen uns die nachstehenden wichtigen Erläuterungen über den Zweck und im Zusammenhang damit über die in Aussicht genommene Art der Durchführung der Vorschriften zu.

Die wichtigste inhaltliche Änderung gegenüber dem jetzigen Zustand besteht darin, daß bisher ein Devisenverkehr auch außerhalb der Devisenzentrale zulässig war. Dieser Verkehr hatte einen großen Umfang angenommen, und zwar mit einer Verschiedenheit der Bewertung der ausländischen Zahlungsmittel bei der Zentrale selbst und außerhalb derselben. Zugleich bot das Geschäft außerhalb der Zentrale die Möglichkeit, sich für Zahlungen nach dem Auslande, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht notwendig und unerwünscht waren, die Valuta zu beschaffen. Alle Kreise, die auf eine Befriedigung ihrer Ansprüche bei der Devisenzentrale erfahrungsgemäß nicht rechnen konnten, haben außerhalb derselben ihren Bedarf zu decken gesucht. Sie mußten hierbei höhere Preise zahlen, waren aber dazu mit Rücksicht auf die Art ihres Geschäftsbetriebes auch in der Lage. Wenn nicht genügend Valuta vorhanden war, hat man einfach Kronen hinausgeschickt oder man hat hier einer ausländischen Firma in Kronen eine Anzahlung in der Höhe des fremden Valutenbedarfes geleistet, die Firma hat dann den entsprechenden Kronenbetrag verkauft und den Gegenwert an ausländischer Valuta dem betreffenden Geschäftsfreunde gutgebracht. Der Hauptzweck der Verordnung liegt nun darin, einen solchen Verkehr außerhalb der Devisenzentrale unmöglich zu machen, indem die gesamte Devisenbearbeitung bei denjenigen Instituten vereinigt wird, die der Zentrale angehören. Damit soll die Kontrolle der Verwendung der Valuta für Auslandszahlungen eine effektive werden und sich auf den ganzen Kreis der Eingänge erstrecken. Eine Verpflichtung zur Ablieferung der vorhandenen Guthabungen an ausländischen Zahlungsmitteln ist zwar durch die Verordnung außer für die Mitglieder der Zentrale, die schon bisher diese Verpflichtung übernommen hatten, nicht ausgesprochen, sie sind aber die einzigen Stellen, welche die Valuta für eigene Rechnung abgeben können, und zwar unter den in der Geschäftsordnung der Devisenzentrale enthaltenen Normen. Alle übrigen Stellen dürfen jedoch künftighin nur mehr als Kommissionäre auftreten und sind daher gebunden, sich an die geschäftlichen Bedingungen der Devisenzentrale zu halten.

Die Neuregelung des Verkehrs deckt sich im großen und ganzen mit jener, die in Deutschland bereits im Frühjahr in Kraft getreten ist, wobei jedoch naturgemäß gewisse Abweichungen bestehen. So wird in § 2 der österreichischen Verordnung verfügt, daß auch der Verkehr in inländischen Handelsmünzen nur durch die der Zentrale angehörenden Firmen erfolgen darf. Die Erwähnung der inländischen Handelsmünzen konnte in Deutschland unterbleiben, während hier ja bekanntlich solche Handelsmünzen aus Gold, Dukaten, Vier- und Achtgulden-Goldstücke bestehen. Ein Unterschied gegenüber den deutschen Verhältnissen liegt auch darin, daß der Kreis der der Devisenzentrale angehörenden Firmen hier größer ist. Berücksichtigt man allerdings die starke Entwicklung des Filialwesens in Deutschland, so tritt der Unterschied hinsichtlich der Zahl der Teilnehmer der Zentrale nicht mehr so auffallend hervor. Die Absicht, hierzulande über den bisherigen Kreis der Mitglieder der Devisenzentrale hinauszugehen, dürfte wohl nicht bestehen.

Neue, besonders wichtige Verfügungen, die auch von den in Deutschland geltenden Bestimmungen abweichen, enthalten die Paragraphen 8 und 11, die ein Ausfuhrverbot für die Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank festsetzen. Dieses Verbot gilt ebenso für die Kassenscheine der Kriegsdarlehenkasse, die zwar bisher im Verkehr nicht vorkommen, aber doch genannt werden mußten, weil man sie sonst subsidiär für die Banknoten benützen könnte. Das Ausfuhrverbot erstreckt sich auch auf die auf Kronenwährung lautenden Schecks und Wechsel nach dem Auslande. Selbstverständlich soll dieses Ausfuhrverbot kein unbedingtes sein, sondern nur der Verkehr der Kontrolle der Devisenzentrale unterliegen. Auch diese Bestimmung über das Ausfuhrverbot verfolgt in erster Linie den Zweck, die Beschaffung von ausländischen Zahlungsmitteln für solche Importe zu verhindern, die aus öffentlichen Gesichtspunkten unerwünscht sind, beispielsweise weil sie ausgedehnten Luxusbedürfnissen dienen. Dieser Verkehr hat sich bisher in großem Maßstabe außerhalb der Devisenzentrale entwickelt. Eine Folge des Ausfuhrverbotes sind dem die weiteren Bestimmungen, welche die Ueberweisung von Kronenbeträgen nach dem Auslande und im Zusammenhange damit auch schon die Einzahlungen oder Ueberweisungen von Kronenbeträgen auf im Inlande geführte Rechnungen (Konti) ausländischer Personen der Kontrolle der Devisenzentrale unterwerfen. Gerade diese Kroneneinzahlungen auf die Konti von Ausländern haben, wie schon erwähnt wurde, bisher die Handhabe gebildet, um den Gegenwert in fremden Zahlungsmitteln im Auslande zur Verfügung gestellt zu erhalten, wodurch die Kontrolle der Bautatverwendung durch die Devisenzentrale ausgeschlossen wurde. Um aber nicht etwa die Gehörung von Ausländern zu behindern, die hier Kronenkonti besitzen, was ja nicht beabsichtigt sein konnte, wurden diejenigen Fälle ausgenommen, in denen es sich um die eigenen Dispositionen dieser Ausländer über ihre hiesigen Konti handelte. Ebenso wurden kleine Einzahlungen oder Ueberweisungen bis zu 200 Kronen ausgenommen, weil sie keinen erheblichen Einfluß haben und andererseits die ohnedies große durch die Devisenzentrale zu bewältigende Arbeit nicht unnötig gesteigert werden sollte. Allerdings hat man erwogen, ob nicht durch massenhafte Ueberweisungen von 200 Kronen einer der Zwecke der Verordnung umgangen werden könnte; die Bankinstitute haben jedoch erklärt, daß ein solcher Vorgang sofort auffallen müßte und sie derartige Vorkommnisse selbst zu verhindern sich für verpflichtet halten.

Im § 10 der Verordnung ist zum Ausdruck gebracht, daß die Devisenzentrale die Rücksichten des öffentlichen Interesses bei ihren Entscheidungen als maßgebend betrachten werde. Zugleich wurde aber auch ausgesprochen, daß jedenfalls Verbindlichkeiten, die mit Genehmigung der Devisenzentrale übernommen wurden, zur Erfüllung kommen werden. Das geschieht entweder dadurch, daß die Devisenzentrale ausländische Valuten zur Verfügung stellt oder daß sie die Kronenüberweisung zuläßt. Die Verordnung tritt mit dem 1. Januar 1917 in Kraft und die Erfüllung von Verbindlichkeiten, die vor diesem Termin entstanden sind, wird nicht behindert werden, wenn sie ohne Verletzung übernommener Rechtspflichten weder rückgängig gemacht, noch auf andere Weise als durch Kronenzahlung abgewickelt werden können. Die Voraussetzung bildet jedoch der Umstand, daß der Abschluß dem öffentlichen Interesse nicht zuwiderläuft. Hierbei ist an verschiedene Möglichkeiten zu denken. Wenn beispielsweise jemand vor der Wirksamkeit der Verordnung Abschlüsse gemacht hätte, die sich als nicht rationell erweisen, indem zum Beispiel für Millionen Zinveln erworben worden wären, würde der Käufer aus öffentlichen Interessen verhalten werden, das Geschäft rückgängig zu machen oder die Ware im Auslande zu verkaufen. Es wird also jeder einzelne Fall individuell beurteilt werden. Auch dort, wo die Erfüllung der Verbindlichkeit nicht unmöglich gemacht werden wird, wird nicht immer notwendigerweise eine Kronenüberweisung zugelassen sein, denn in der Regel werden Kaufleute, die derartige Abschlüsse gemacht haben, sich die ausländische Valuta bereits gesichert haben und über solche Guthaben verfügen, die sie eben zu dieser Verwendung werden heranziehen müssen.

Durch den § 11 wird jedermann, der Waren von mehr als 300 Kronen nach dem Auslande ausführt, verpflichtet, den Gegenwert in der betreffenden ausländischen Währung sofort nach dem Eingange an eine der Devisenzentrale angehörende Firma abzugeben, wenn er nicht von der Oesterreichisch-ungarischen Bank ausnahmsweise aus wichtigen Gründen von dieser Verpflichtung entbunden wurde. Bisher war die Ablieferung der Valuta als Voraussetzung an Exportbewilligungen geknüpft worden, diese Pflicht bestand jedoch nicht bei Artikeln, deren Export frei war und sie wird nun durch die Verordnung ausgedehnt und verallgemeinert, um die Zuflüsse ausländischer Valuta an die Devisenzentrale zu steigern. Es wurden nämlich bisher Artikel, deren Export keiner Beschränkung unterlag, häufig gegen ausländische Valuta veräußert, die in der freien Verfügung der Exporteure blieb und entweder reserviert oder außerhalb der Devisenzentrale für anderweitige nicht kontrollierte Verwendungen zur Verfügung sein konnte. Auch das wird durch die Verordnung abgestellt werden, was um so notwendiger war, als nunmehr an die Devisenzentrale auch Anforderungen herangetragen dürften, die bisher außerhalb derselben Berücksichtigung gefunden haben.

Für das Geldwechslergeschäft werden naturgemäß gewisse Beträge von den beschränkenden Vorschriften der Verordnung frei bleiben. Die Oesterreichisch-ungarische Bank wird für jede Firma den Umfang dieses Verwechslungsverkehrs festsetzen. Für den Postanweisung-, Nachnahme- und Auftragsverkehr finden nicht die jetzt veröffentlichten Bestimmungen, sondern besondere Vorschriften Anwendung, die im Anschlüsse an die Verordnung erlassen werden sollen. Außer der Kursregulierung bei der Post dürften noch andere Kontrollen geschaffen werden. In Deutschland muß man bei der Verwendung von Postanweisungen nach dem Auslande das zugrunde liegende Geschäft nachweisen.

Im Reisenden- und Grenzpassantenverkehr ist die Mitnahme von Banknoten bis zum Betrage von 500 Kronen gestattet. Was der Reisende an ausländischen Zahlungsmitteln, zum Beispiel an Mark, für die Dauer des Aufenthaltes in Deutschland braucht, wird er sich — wenigstens ist dies der Wunsch und die Absicht der Verordnung, ohne daß sie eine diesbezügliche Verpflichtung statuieren würde — hier zu beschaffen haben. Dadurch würde man auch einen Einfluß auf die Bemessung der Beträge gewinnen. Die Mitnahme eines gewissen Kronenbetrages ist eigentlich mehr unter dem Gesichtspunkt gedacht, daß der Reisende auf der Rückfahrt ins Inland über Zahlungsmittel der heimischen Währung verfügt, damit nicht die Verwechslung der fremden Valuta an der Grenze unter preisdrückenden Bedingungen vor sich gehe. Es ist nicht zu leugnen, daß der Reiseverkehr dadurch eine Einschränkung erfahren kann und wohl auch wird. Es wird vorkommen, daß jemand, der fortreisen will, bei der Beschaffung der genügenden Menge von Mark in der Wechselstube Schwierigkeiten findet, es können auch Verzögerungen bei Geschäftsreisen eintreten. Die Verordnung glaubte jedoch höhere Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen zu müssen.

Was die Kontrolle für die Einhaltung der Vorschriften betrifft, so ist sie hinsichtlich der Teilnehmer der Devisenzentrale in der Geschäftsordnung vorgesehen. Für Firmen außerhalb der Devisenzentrale bestimmt § 7, daß der Finanzminister Kontrollen einführen kann. Hierbei wird es wesentlich auf die Erfahrungen ankommen, die man bei der Durchführung der Verordnung macht, und ob die Zentrale dem Finanzminister etwa neue Anträge in dieser Richtung unterbreitet. Eine strenge, aber zur Ergänzung der Strafbestimmungen des § 13 notwendige Verfügung liegt in der Berechtigung des Finanzministers, Firmen auch vom kommissionsweisen Betrieb des Devisengeschäftes auszuschließen. Es besteht die Absicht, von dieser Berechtigung bei Zuwiderhandlungen neben den Strafbestimmungen des § 13 Gebrauch zu machen.

Die Letztüre der Verordnung zeigt, daß sie einschneidende Maßregeln bringt und in ihrer Folge zu einer vollständigen Kontrolle und Drosselung des Auslandsverkehrs führt. Eine wichtige Andeutung enthält auch die Bestimmung über die Erfüllung der Verbindlichkeiten, die mit Zustimmung der Devisenzentrale eingegangen werden. Damit soll wohl gesagt sein, daß, wer sich die Valuta nicht vorher sichert, nicht mehr, wie bisher darauf rechnen kann, Berücksichtigung zu finden. Bisum hatte man, wie früher dargestellt wurde, die Möglichkeit, wenn die Valuta nicht vorhanden war, dieselbe

zu beschaffen. In Zukunft wird man sich rechtzeitig darum kümmern müssen, ob die Valuta für den Import der betreffenden Ware zu haben ist, und man wird anderfalls Verpflichtungen nicht eingehen können. Es soll nicht in brede gestellt werden, daß die Verordnung weitgehende Beschränkungen enthält. Auch sie gehören zu den Härten des Krieges, die aus eiserner Notwendigkeit entspringen und her getragen werden müssen.

Die finanzielle Zukunft.

Knapp an der Schwelle des neuen Jahres hat Finanzminister Dr. v. Spitzmüller gelegentlich der Begrüßung der leitenden Beamten in einer alle Verwaltungsweige des Ressorts umfassenden Ansprache ein Bild der finanziellen Zukunft Oesterreichs nach dem Kriege entworfen, um zugleich die schwereren Aufgaben zu kennzeichnen, welche der Staatswirtschaft in der Zeit nach dem Friedensschluß erwachsen werden. Daß dieses Bild zunächst der hellen Farben ermangelt, erscheint nach einem Kriege, der in das dritte Jahr sich erstreckt, selbstverständlich. Mit dem Gedanken, daß die Sanierung sich nicht von heute auf morgen durchführen lassen können, vielmehr die aufopferungsvolle direkte oder indirekte Mitarbeit jedes einzelnen Staatsbürgers Jahre hindurch erfordern wird, müssen wir uns heute schon vertraut machen. Dr. v. Spitzmüller hat dies meisterhaft, für jedermann durchsichtig und klar auseinandergesetzt, ohne jeden Versuch einer Beschönigung und ohne das Bestreben, falsche und unerfüllbare Hoffnungen zu erwecken. Er vermochte aber in letzter Folgerung das Gefühl der Zuversicht zu wecken und zu festigen, indem er mit dem eindringlichen Appell zur Erziehung des sozialen Empfindens in der Bevölkerung seine vom neuen Geist getragenen Ausführungen schloß.

Welches sind die Probleme, die die zerstörenden Wirkungen des Krieges im ökonomischen Bereiche hervorgerufen, und welche Wege werden zu betreten sein, um die Wunden zu heilen? Denn daß nach dem Kriege das gesamte Wirtschaftsleben auf wesentlich geänderter Grundlage aufzubauen sein wird, bedarf keiner weitaufgehenden Erläuterung. Resümieren wir in knappen Umrissen die Reflexionen des Finanzministers: Die unmittelbare Folgewirkung des Krieges ist die außerordentliche Vermehrung unserer Staatsschuld, die angesichts der langen Dauer des Völkerringens jede Berechnung und Schätzung vorerst ausschließt. Hieran reiht sich ferner als schwerwiegendes Moment die Zerstörung der nach vielen mühevollen Jahren erzielten Valutaregulierung. Schon daraus ergibt sich als zunächstliegende Anforderung für die Staatswirtschaft der nächsten Jahre: Vorsorge für die Verzinsung und allmähliche Tilgung der Staatsschuld, tunlichste Reparierung der Valuta, und als anzustrebende Konsequenz: Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt. Wie sind diese Ziele zu erreichen? Es ist klar, daß jede Privatwirtschaft, sei sie von großem oder geringem Umfang, bewußt oder unbewußt unter dem geldentwertenden Einfluß der verästelten Valuta empfindlich leiden muß. Dieser Druck wird für jedermann spürbar durch die unerträgliche Teuerung. Die Ursache derselben ist nicht in letzter Linie darin zu erblicken, daß ein gegen die normalen Verhältnisse außerordentlich stark vermehrter Umlauf von Banknoten durch die Kriegsausgaben herbeigeführt wurde. Diese mit dem wissenschaftlichen Ausdruck als Noteninflation bezeichnete Erscheinung verringert den Wert der einzelnen Banknote, und diese Wertverminderung hat zur Folge, daß man mit derselben Banknote viel weniger an Bedarfsartikeln kaufen kann als früher. Schon diese Andeutungen lassen erkennen, welche untrennbare Zusammenhang zwischen Krieg, Vermehrung des Notenumlaufes durch die Kriegsausgaben, Entwertung des Geldes, Erhöhung der Preise der verschiedenen Bedarfsartikel besteht und wie sehr man darauf Bedacht nehmen muß, unter einheitlichem Gesichtspunkt und auf Grund eines umfassenden Planes der Krankheit an den Leib zu gehen. Dies in prägnanter Skizzierung gezeigt zu haben, ist als ein Hauptvorzug der Rede des Finanzministers hervorzuheben.

Nach der Umschreibung der Krankheit spricht er als hervorragend kundiger Fachmann von den Mitteln und Möglichkeiten der Heilung: planmäßige Produktionspolitik,

die auf ein bestimmtes Ziel gerichtet sein muß, auf das Ziel vor allem, unserer Valuta aufzuhelfen. Dieses ist zu erreichen, wenn die Produktion sich darauf einrichtet, tunlichst wenig an Rohstoffen, die nur im Ausland erhältlich sind, zu verwenden. Zugleich muß die Produktion auch darauf Bedacht nehmen, Güter zu erzeugen, die im Ausland gebraucht und vortheilhafterweise von uns bezogen werden können. Denn indem wir uns in die Lage setzen, unsere Erzeugnisse, seien es Naturprodukte oder Fabrikate, an das Ausland zu verkaufen, erlangen wir ausländisches Geld und ausländische Wechsel. Wir sind dann imstande, unsere Schuldigkeit an das Ausland mit diesem Geld sowie mit den Forderungen, die wir uns im Ausland beschafft haben, zu tilgen, und dieser Prozeß kommt dem Wert unseres Geldes zugute. Das Agio der Valuta muß dann abnehmen. Der Finanzminister sagte also ohne viel Verlaufsulierung, daß nach dem Kriege der Staat in irgendeiner Form darauf wird Einfluß nehmen müssen, die Produktion für den heimischen Bedarf auch einzuschränken, allerdings, wie der Minister betonte, nur in dem unumgänglich notwendigen Maße.

Speziell dem Finanzressort erwachsen als weitere Obliegenheiten die Sicherung der Zinsen sowie der Tilgung der Milliardenanleihen, die uns der Krieg aufgezwungen hat. Diesem Ziel vor allem muß sich die staatliche Budgetpolitik in den nächsten Jahren unterordnen. Aber die Budgetpolitik allein würde versagen, wenn nicht, wie Dr. v. Spitzmüller hinzufügte, eine zweckentsprechende Verwaltungsreform unter Hebung des Verantwortlichkeitsgefühls und der Selbstständigkeit der Beamten tunlichst für Ersparungen in der staatlichen Verwaltung Vorsorge treffen würde. In einem wichtigen Punkt berührte sich Dr. v. Spitzmüller mit seinen unmittelbaren Vorgängern Dr. v. Lech und Geheimrat Mavel. Von einer Zinsenkürzung oder, um es mit knappen Worten zu sagen, dem Staatsbankrott, wie er ehemals nach den Kriegszerstörungen als beliebtes und nahe liegendes Auskunfts Mittel leichtem Gemüths ergriffen wurde, kann nach der Auffassung von heute nie die Rede sein. Das ist auch ohne weiteres einleuchtend. Die Kriegsanleihen wurden zum weitaus überwiegenden Teil im Heimatbereich untergebracht. Den Zinsendienst nicht pünktlich aufrechtzuerhalten, würde sonach, wie leicht begreiflich, mit ganzer Wucht die heimischen Sparere treffen und damit die Tragfähigkeit der eigenen Steuerzahler schwächen. Diese Schädigung muß aber unter allen Umständen hintangehalten werden. Und hierin liegt wieder eine gewichtige Aufgabe für die Staatsverwaltung: Die Ausbringung der Ausgaben wird nicht zu erreichen sein, ohne daß unser ganzes Steuergebäude einer Umformung und weitgehenden Erweiterung zugeführt wird.

Freilich ist damit die schwierige Frage nach dem den größten Erfolg verheißenden Steuer system nicht beantwortet. Insofern neue Steuerquellen in Betracht kommen, sind hutzutage dem Erfindungsgeiste sehr eng Grenzen gesetzt. Was halbwegs steuerbar erscheint, ist bereits für Steuerzwecke herangezogen. In diesem Belange ist die Wissenschaft Gemeingut so ziemlich aller Völker. Es wird also hauptsächlich darauf ankommen, die vorhandenen Steuern in ihrer Ergiebigkeit zu steigern und sie durch eine einmalige Vermögensabgabe sowie eine Vermögenszuwachssteuer zu ergänzen. Teilweise wurde bei uns notwendigerweise zu dem Mittel der Steuersteigerung bereits gegriffen. Für Deckung des Zinsenerfordernisses der ersten vier Kriegsanleihen wurden neue Steuern und Steuererhöhungen in Geltung gesetzt, von welchen man sich ein Jahresmehrertragnis von rund 750 Millionen Kronen verspricht. Der Staat wird aber voraussichtlich das Dreifache hievon als Plus gegenüber dem Friedensbudget alljährlich aufbringen müssen. Das wird auch zweifellos gelingen. Der Finanzminister konnte im jetzigen Moment ein genau umschriebenes Programm einer Steuerreform nicht bieten. Man wird vermutlich nicht umhin können, unter anderem auch an eine stärkere Anspannung der Ertragsteuern zu denken, wobei keineswegs die Gebäudesteuer, wohl aber die

Erwerbsteuerhauptsumme, wie sie im Jahre 1898 fixiert wurde, heute mit der Wirklichkeit gewiß nicht in Einklang steht. Der Krieg hat gerade in Bezug auf die Ertragnisse und die Ertragsfähigkeit von Erwerbsunternehmungen eine völlig umstürzende Wandlung hervor gebracht. Kleine und kleinste Betriebe wurden groß, andre freilich gingen zugrunde, aber überwiegend ist die Zahl derjenigen, die zu ungewöhnlicher Prosperität gelangten. Manche große Erwerbsunternehmungen, also jene, die in der zweiten und ersten Erwerbsteuerklasse mit einer Steuer von über 300 K. und über 2000 K. jährlich rangieren, dürften während des Krieges so günstig gearbeitet haben, daß einzelne derselben das normale Gesamtcontingent der ganzen Klasse vielleicht ganz allein leisten imstande wären.

Diese Erwägung bietet von selbst den Uebergang zu den Kriegsgewinnern, von welchen Dr. v. Spitzmüller in besonders bemerkenswerter Weise sprach. Er hält sich fern von dem billigen Schlagworte einer Verteilung von Kriegsgewinnen und Kriegsgewinnern in Bausch und Bogen, er unterscheidet vielmehr legitime und illegitime Kriegsgewinne. Es ist sehr am Platze und kann nur zum Vorteile der Staatsfinanzen gereichen, wenn nicht der unidachlichen Agitation Vorschub geleistet wird, welche den Kriegsgewinn in jedem Falle verwirft. Der legitime Gewinn, der sich in den Grenzen des legitimen Geschäftsmutzens bewegt, wird sich nicht ausschalten lassen. Das ist die einzig begründete Auffassung, die auch der Finanzminister teilt. Als Selbstverständlichkeit erscheint es in jedem Falle, daß der legitime Kriegsgewinn, noch mehr freilich der illegitime, sich der Verpflichtung nicht entziehen darf, fruchtbringende Anlage hauptsächlich oder sogar ausschließlich in Kriegsanleihe zu suchen. Finanzminister Dr. v. Spitzmüller fordert dies hinsichtlich der Industrie, aber auch der Landwirtschaft. Da und dort lassen die Listen über die Kriegsanleihezeichnungen viele Namen vermissen, die darin vorkommen sollten mit großen Beträgen, und der Minister hat die Gelegenheit zweckmäßig benützt, die Säumigen aufzurütteln und an ihre Verpflichtung gegenüber dem Staate zu mahnen. Denn tatsächlich besteht eine derartige Pflicht unter den heutigen Verhältnissen für jedermann, ganz besonders aber für diejenigen, welche gerade durch den Krieg und die Kriegsbestellungen in ganz ungewöhnlichem Maße profitieren.

Der Minister betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, an die Lösung aller Probleme, welche der Krieg mit sich gebracht hat, mit einem aufs höchste gesteigerten sozialen Sinn heranzutreten. Dies ist man den Kämpfern an der Front schuldig, die erhebendste Beweise von Aufopferungsfähigkeit für die Mitmenschen erbracht haben. Diese Aufopferung legt den andern, die nicht an der Front waren, die Verpflichtung auf, ihren sozialen Sinn zu betätigen. In der Betonung dieser Notwendigkeit kulminiert das überzeugende Ergebnis der eindringlichen Rede des Ministers.

Dr. v. Spitzmüller hat in den verschiedenen Bereichen seines Wirkens das Leben in der mannigfachsten Richtung kennen gelernt. Sein Wirken, immer auf hervorragendem Posten, brachte ihn in innige Beziehung zum Staatshaushalt; zugleich erhielt er durch mehrere Jahre Gelegenheit, in leitender Stellung mit der Praxis des finanziellen Betriebes in Fühlung zu sein. Gefördert durch eine ungewöhnliche natürliche Begabung, hat Dr. v. Spitzmüller sein Amt und seine Funktion immer von einem höheren Gesichtspunkt aus erfaßt und seine Obliegenheiten fern von jeder Selbstsucht tatsächlich mit sozialem Empfinden erfüllt. Aus diesem Grund insbesonders ist er der prädestinierte Finanzminister für eine Zeitperiode wie die gegenwärtige. So ist es auch zu erklären, daß das, was er gesagt, der Anschauung entspringt, die alle jene hogen, welche gleich dem Finanzminister von Staatsgefühl durchdrungen sind und von der Verpflichtung, der Gemeinschaft, wenn erforderlich, nach Kräften zu opfern.

Die Ausbreitung und das Vorwalten dieses Gefühls ist geeignet, jede Verzagttheit zu bannen, Aus Ungewißheit des Augen-

blicks minkt uns die unerschütterliche Zuversicht allmählicher Gesundung und des Durchringens in eine frohe Zeit. Diese Zuversicht ist aus der Rede des Finanzministers herauszuhören, und in dieser Auffassung ist die Ansprache an die Beamtenchaft als ein verheißender Neujahrsgruß an die Bevölkerung zu werten.

Die Bank hat im Vereine mit hauptstädtischen Geldinstituten an dem Wege öffentlicher Subskription erfolgten Placierung der von der Haupt- und Residenzstadt Budapest im Laufe des Sommers übernommenen k. 80,000,000 sechsprozentigen Schuldverschreibungen teilgenommen.

Das Institut hat sich weiter an dem zur Uebernahme von k. 100,000,000 5 1/2-prozentigen fünfjährigen Kassenscheinen der Stadt Wien gebildeten Konsortium und an mehreren ausländischen Konsortialgeschäften beteiligt.

Im Vereine mit ihren deutschen und österreichischen Geschäftsfreunden hat die Kreditbank mit einem Grundkapital von Mark 4,000,000 unter dem Titel „Ballan“ Kohlenhandels-A.-G. mit dem Sitz in Berlin eine Gesellschaft gegründet, welche die Versorgung der Balkanländer mit Kohle und Holz in erster Reihe auf dem Donauwege zum Zwecke hat.

Das Institut hat die von ihm angeregte Gründung der Ungarischen Stickstoffindustrie A.-G. gemeinsam mit ungarischen, österreichischen und deutschen Geldinstituten und Firmen mit einem Grundkapital von k. 9,000,000 durchgeführt. Die Fabrikanlagen der Gesellschaft, in welchen Kalkstickstoff- und chemische Produkte mittels siebenbürgischer Erdsalzes erzeugt werden sollen, werden in Dieschbentmarion errichtet.

Die Bank hat im Vereine mit hiesigen Geldinstituten und der Deutschen Bank an der mit einem Stammkapital von k. 27,000,000 erfolgten Gründung der Ungarischen Erdgas-A.-G. teilgenommen.

Die Bank hat weiter in Gemeinschaft mit ihren österreichischen und deutschen Geschäftsfreunden bei der Gründung der vorderst mit einem Grundkapital von Mark 5,000,000 ausgestatteten „Mitropa“ Mitteleuropäischen Schlafwagen- und Speisewagen-A.-G. mitgewirkt.

Behufs einheitlicher und wirksamer Betätigung des österreichischen und ungarischen Kapitals im Orient, insbesondere behufs intensiver Pflege der wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei, hat die Kreditbank mit hiesigen und Wiener Geldinstituten eine Gruppe gebildet, welche den Namen „Österreichisch Ungarische Orientgruppe“ führt.

Das Institut hat auf dem Balkan bei der Deutschen Orientbank A.-G., Konstantinopel, und bei der Banque Valaquienne, Sophia, Aktienbeteiligungen erworben.

Die Bank hat sich weiter an den Kapitalserhöhungen der A. L. priv. Österreichischen Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, des k. k. priv. Kreditinstituts der Königl. ung. Fließ- und Seefischerei-A.-G., der Königl. ung. Maschinenfabrik-A.-G., der Karl Sumner Zuckerraffinerie A.-G., der k. k. priv. Papierstofffabrik A.-G., der Ungarischen Allgemeinen Maschinenfabrik A.-G., der Budapest-Szentlőrinczer Ziegelfabrik A.-G., der „Cosmanos“ Vereinigten Textil- und Druckfabriken und der A. Berngröf A.-G. beteiligt. Sie nahm weiter eine Aktienbeteiligung bei der Ersten Gyulaer Strick- und Wollwarenfabrik A.-G. und partizipierte an dem Uebernahmungsgeschäft der Aktia der Vereinigten Färbereien A.-G.

Die Tätigkeit der Warenabteilung hat sich im vergangenen Jahre infolge der durch den Krieg verursachten Einschränkungen des Verkehrs in engerem Rahmen bewegt.

Die hauptstädtischen Filialen haben befriedigend gearbeitet und die Provinzialfilialen weisen eine weitere schöne Entwicklung auf.

Die Kreditbank hat im verflossenen Jahre die Regionalparlamente A.-G. in Komárom, den Békésbáber Spartassverein, die Vereinigte Szegeder Gewerbe-, Handels- und Volksbank A.-G., die Erstenbüdäer Volksbank und die Kolozvári Kommerzialbank A.-G. in ihren Interessenskreis einbezogen.

In den letzten Tagen des vergangenen Jahres hat die außerordentliche Generalversammlung des Instituts beschlossen, das Aktienkapital von 80 Millionen auf 120 Millionen Kronen zu erhöhen. Nach Abschluß dieser Transaktion wird die Bank über ein eigenes Kapital von ungefähr 230 Millionen Kronen verfügen.

Der Eingang an Wechseln betrug circa 650 Millionen Kronen, der Gesamtumsatz an Wechseln circa 1450 Millionen Kronen, der Portefeuillebestand bezifferte sich am Ende des Jahres auf circa 425 Millionen Kronen, die gesamte Kassebewegung belief sich auf 9300 Millionen Kronen, der Gesamtumsatz im Kontokorrent- und Kommissionsgeschäft auf circa 34 Millionen Kronen, der Stand der Kontokorrentforderungen betrug am Ende des Jahres circa 345 Millionen Kronen, der Kriegsanleihenkonti circa 440 Millionen Kronen und der Einlagen und Kreditoren circa 1150 Millionen Kronen gegenüber 768 Millionen Kronen im Vorjahre.

Pester Ungarische Kommerzialbank.

Die Pester Ungarische Kommerzialbank hat im abgelaufenen Jahre den Kreis ihrer Klientel außerordentlich erweitert, ihre industrielle Interessensphäre kräftig entfaltet und bei der Befriedigung der staatlichen Kreditansprüche eine große Rolle gespielt. Das Institut hat seine Proportionen zum Schlusse durch eine große Kapitalvermehrung weiter erhöht, indem es sein Stammkapital von 65 Millionen auf 10 Millionen Kronen und auf diese Art seine eigenen Kapitalien, abgesehen von den latenten Reserven, auf 282 Millionen Kronen erhöhte. Seine Einlagen und seine Kreditoren sind während eines Jahres um nahezu 400 Millionen gestiegen und haben bereits 1150 Millionen Kronen überschritten, so daß sein Gesamtvermögen 34 Milliarden Kronen erreicht.

In diesem Jahre hat die Bank ihre Belgrad-Expositur, sowie ihre Nagyháradar Filiale organisiert und die Vorarbeiten zur Eröffnung ihrer Araberfiliale in Angriff genommen.

zentrale hat sie mitgewirkt. Als natürliche Folge der kriegsrischen Lage ist der neuerliche Rückgang ihres Wechselportefeuilles anzusehen, das gegenüber dem Schlusse des Jahres 1914 von 135 Millionen und des Jahres 1915 von 95 Millionen ungefähr 68 Millionen Kronen aufweist, während die Summe der eskomptierten Wechsel insgesamt 144 Millionen Kronen betrug gegen einen Verkehr von 412 Millionen Kronen im Jahre 1914 und 305 Millionen Kronen im vorigen Jahre.

Angesprochen sind die Clozierungen der Bank in offenen und gedeckten Krediten, sowie in den auf Wertpapiere erteilten Vorschüssen, unter denen insbesondere die Bedarfsdeckung der Kriegsanleihe figuriert. Unter diesen Titeln weist die Bank Clozierungen von etwa 1150 Millionen Kronen auf.

Von den eigenen Titeln hat die Bank etwa achtzehn Millionen Kronen placiert. Sie beteiligte sich im Vereine mit der Pester Ersten Vaterländischen Sparkasse und der Ungarischen Hypothekbank an der Abwicklung mehrerer größerer Kommunalanleihegeschäfte, so hat sie mit dem erstgenannten Institut der Stadt Pozsony ein Darlehen im Betrage von drei Millionen Kronen bewilligt.

Von dem im Laufe des Jahres zustande gekommenen Industriegeheimnissen und finanziellen Transaktionen der Bank haben wir die folgenden hervorzuheben: Außer der großangelegten Beteiligung an den Staatsanleihen nahm sie Teil an dem dreißig Millionen Kontokorrentdarlehen der Hauptstadt Budapest, sowie an der Emission der für gemeinnützige Investitionen zur Subskription aufgelegten achtzig Millionen sechsprozentigen hauptstädtischen Anleihe. Die Bank hat im Vereine mit der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank, der Österreichischen Kreditbank und dem Wiener Bankverein die österreichisch-ungarische Orientgruppe konstituiert, deren Tätigkeit sich vorläufig auf türkische Finanzgeschäfte und Industrieunternehmungen erstreckt. Desgleichen beteiligte sie sich an der Abwicklung der bulgarischen Anleihe und sie übernahm zusammen mit der Österreichischen Eskomptgesellschaft und der Banque Générale de Bulgarie den Auftrag der bulgarischen Regierung betreffend die Umprägung von elf Millionen Silberleba; ferner übernahm sie eine Beteiligung bei der zur Exploitation der bulgarischen staatlichen Kohlenwerke (Pernik-Bobowoli) mit ungarischen, deutschen und österreichischem Kapital gegründeten Aktiengesellschaft.

Von den größeren industriellen Transaktionen des Instituts sind folgende hervorzuheben: Sie hat die Erste Budapest Dampfmaschinen A.-G., bei deren Kapitalerhöhung die Bank mitgewirkt hat, mit der Pester Walzmühle A.-G. im Wege Aktienkaufes in engere Verbindung gebracht und nach kurzer Zeit auch die Gruppe der Pancsovaer, Bácszer, Zomborez und Zentaer Mühlen diesem Konzern angegliedert.

Die Bank hat die Aktienmajorität der Ersten Ungarischen Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik erworben, während sie die Königsbierbrauerei A.-G. in Nagyménahly mit der Königsbierbrauerei A.-G. in Nagylánizsa in Verbindung brachte und das Aktienkapital der letzteren von zwei auf drei Millionen Kronen erhöhte. Gleichzeitig hat sie die Nagylánizsaer Waldindustrie A.-G. in ihren Interessenskreis einbezogen. Sie nahm an der Gründung der unter Führung der Deutschen Bank mit 27 Millionen Kronen Aktienkapital konstituierten Ungarischen Erdgas A.-G. teil und hat im Vereine mit der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank mit neun Millionen Stammkapital ebenfalls behufs Aufbarmachung des Erdgases in Dieschbentmarion die Ungarische Nitrogen-Kunstdünger-Industrie A.-G. gegründet. Die Bank erwarb ferner die Aktienmajorität der Nationalen Vereinigten Textilwerke und sie nahm mit mehreren in der Petroleumindustrie interessierten Banken an der Gründung der mit fünf Millionen Aktienkapital ausgestatteten Erdöl-, Bergbau- und Industrie A.-G. teil. In gleicher Weise hat sie eine Beteiligung bei der Mitropa Mitteleuropäischen Schlaf- und Speisewagen-Gesellschaft übernommen. Direkt oder indirekt nahm die Bank an der Gründung der Ungarischen Schoop Metallfabrik A.-G. und an der Erwerbung der Aktien der J. u. C. Himmel A.-G. in Temesvár teil. Von ihren Eisenbahngeheimnissen sind zu erwähnen: der Ankauf der Aktien der Putnabólyer Industriebahn im Vereine mit der Ungarischen Eskompte- und Wechselbank, die Erwerbung der Prioritätsaktien der Kaba-Kádubáberer Bahn A.-G., ferner die Transaktion des Verkaufs der Zagreber Elektrischen Bahn. Die Bank nahm auch teil an den Syndikaten für die Aktienkapitalerhöhung der Wiener Vereinigten Elektrizitäts A.-G., wie auch der österreichischen Brown-Boveri A.-G. und der Vereinigten Glühlampen- und Elektrizitäts A.-G. in Ujpest. Sie erwarb die Fülleker Emailfabrik der Landes-Eisenhandlungs A.-G. und führte die Kapitalerhöhung der Oberungarischen Berg- und Hütten A.-G., sowie der Ersekújváber Lederfabrik A.-G. durch. Im Interesse der landwirtschaftlichen Mehrproduktion wurde die in den Interessenskreis der Bank gehörende Ungarische Boden A.-G. zu einem Unternehmen größeren Stils ausgestaltet und für sie vorberhand die Pachtung des 17,000 Joch umfassenden gräflich Michael Karolyischen Debröder und des 12,000 Joch großen gräflich Almassy'schen Sarkader Fideikommisses erworben.

Für Kriegswohltätigkeitszwecke hat das Institut bisher 1,550,000 Kronen geopfert und seinen Beamten und Angestellten als Kriegszulage im neuen Jahre eine Million Kronen votiert.

Die Kommerzialbank wird für das nächste Geschäftsjahr mindestens die heurige Dividende von 170 Kronen bezahlen.

Ungarische Eskompte- und Wechselbank.

Auch im abgelaufenen Wirtschaftsjahre 1916 traten naturgemäß auf sämtlichen Gebieten des geschäftlichen Lebens tiefgreifende Rückwirkungen des Weltkrieges in die Erscheinung. Schon im Vorjahre konnte darauf hingewiesen werden, daß die Anpassung unserer Volkswirtschaft an die kriegsrischen Verhältnisse überwiegend ohne Störung und rascher vorstatten gegangen ist, als man auf Grund der Erfahrungen früherer Kriege hätte annehmen können. Die führenden Finanzinstitute des Landes wurden hierbei vor eine große und schwere Aufgabe gestellt, deren sie sich in dankenswerter Weise entledigt haben. Ein Rückblick auf den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung der Kriegsjahre zeigt, daß sich die

großen Depositenbanken des Landes zu Anfang und im späteren Verlauf des Krieges durchaus verschieden gearteten Problemen gegenübergestellt haben.

Zu Anfang des Krieges galt es, die ganz unermittelten aufgetauchten Schwierigkeiten zu überwinden, hervorgerufen dadurch, daß sich die Einleger größtmöglicher Barbeiträge zu versichern trachteten, wodurch an die Liquidität der Banken große Ansprüche gestellt wurden. Demgegenüber machte sich im späteren Verlauf der Entwicklung, trotz der Theorienordentlich Geldfülle bemerkbar. Die großen Erfordernisse der Heeresleistung, die allgemeine Preissteigerung der Waren und die Ausschaltung des Kredits im Warenverkehr zeitigten eine ganz außerordentliche Erhöhung der Umlaufsmittel, die teils in Form von Kreditrückzahlungen, teils als Depostengelber den großen Einlageinstituten zufließen.

Den Banken fiel nun die zweifache Aufgabe zu: einerseits die überschüssigen Barmittel dem Markte zu entziehen, andererseits diese durch Uebernahme von Staatspapieren oder Gewährleistung von namhaften Vorschüssen auf dieselben dem Staate zuzuführen und solcherart die Kriegskostenbedeckung zu organisieren. Diesen Prozeß kann man auch bei der Ungarischen Eskompte- und Wechselbank wahrnehmen; während sich der Einlagenstand des Instituts Ende 1914 auf 158 Millionen Kronen bezifferte, erhöhte sich derselbe Ende 1915 auf 192 Millionen und erreichte Ende 1916 — trotz starker Zinsanspruchnahme der Spareinlagen durch Kriegsanleihezeichnungen — bereits die stattliche Höhe von etwa 400 Millionen Kronen. Diefem Anwachsen des Einlagenstandes steht der Rückgang der Clozierungen in Portefeuille- und Kontokorrentkrediten gegenüber, indem diesmal rund 230 Millionen Kronen Wechsel auf das Inland gegen 360 Millionen im Vorjahre und 387 Millionen im Jahre 1914 eskomptiert wurden und der Stand des Wechsel- und Devisenportefeuilles einen weiteren Rückgang von 57 auf 48 Millionen Kronen erfuhr. Der größte Teil des Einlagenanwachses fand solcherart in Staatspapieren und Vorschüssen auf solche, insbesondere auf Kriegsanleihetiteln, Anlage.

Während im regulären Lombardgeschäft heuer 45 1/2 Millionen gegen 49 Millionen Kronen im Vorjahre eskomptiert waren, dürfte sich der Betrag der Vorschüsse auf Kriegsanleihetiteln auf über 120 Millionen erhöht haben, doch wird sich der genaue Betrag erst nach Beendigung der Berechnungen der fünften Kriegsanleihe ermitteln lassen. Es sei an dieser Stelle der hervorragenden Tätigkeit des Instituts gedacht, die es im Interesse der Placierung der Kriegsanleihen einsetzte. Soweit sich das Ergebnis der fünften Kriegsanleihe schon jetzt übersehen läßt, dürfte der Gesamtbetrag der durch die Ungarische Eskompte- und Wechselbank bisher aufgeführten Zeichnungen den stattlichen Betrag von 600 Millionen Kronen überschreiten. Von sonstigen größeren Transaktionen, an welchen die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahre beteiligt, sei hier der Emission von Nominalen 150 Millionen Mark fünfprozentiger ungarischer Staatskassenscheine, von Nominalen 80 Millionen Kronen sechsprozentiger amortisierbarer Anleihe der Haupt- und Residenzstadt Budapest, des Vorschussesgeschäftes im Betrage von 30 Millionen an die Haupt- und Residenzstadt Budapest, ferner der Konversion von Nominalen 250 Millionen Kronen königlich ungarischer Staatskassenscheine vom Jahre 1913 gedacht. Außerdem partizipierte das Institut an der Gründung der Ungarischen Erdgas A.-G., der Geldinstituts-Zentrale, der Erdöl-, Bergbau- und Industrie A.-G., der Mitropa, Mitteleuropäischen Schlafwagen- und Speisewagen A.-G., der Kapitalserhöhung der Kön. Ungarischen Fließ- und Seefischerei A.-G., der Ungarischen Allgemeinen Realitätenbank A.-G., der Ungarischen Verkehrsbank A.-G., der Siedingarischen Zuckerraffinerie A.-G. und der Ungarischen Ansiedlungs- und Parzellierungsbank. Schließlich hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahre die Majorität der Aktien der Gfella-Mühle — eine der größten einschlägigen Establishments des Landes — und der „Döni“ Fabrikhof und Landwirtschaftlichen A.-G. erworben.

Die Warenabteilung der Bank hat sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahre ausschließlich der intensiven Aktivierung des Kommissionsgeschäftes gewidmet, eine rege Tätigkeit als Kommissionärin der Kriegsgüterproduzenten-Aktiengesellschaft entfaltet und diverse größere Geschäfte für Behörden durchgeführt. Das erzielte günstige Ergebnis dürfte das vorjährige übertreffen.

Die von der Bank betriebenen hauptstädtischen Lagerhäuser waren infolge der schwächeren Getreideernte und mangels größerer Vorräte an Getreide auch im abgelaufenen Jahre zumeist mit anderen Waren belegt, doch konnte bei entsprechendem Verkehr ein befriedigender Ertrag erzielt werden. Die Warener Lagerhäuser waren im abgelaufenen Geschäftsjahre schwächer beschäftigt und erzielten dementsprechend ein etwas weniger günstiges Resultat, während die humanere öffentliche Lagerhaus A.-G. bei gesteigertem Umsatz ein günstigeres Erträgnis zu erzielen vermochte als im Vorjahre.

Die Ungarische Verkehrsbank A.-G., deren Geschäftsumfang sich andauernd stark entwickelt, hat ihr Aktienkapital im abgelaufenen Jahre auf zehn Millionen Kronen erhöht und wird nach dem erhöhten Kapital eine sehr befriedigende Dividende zur Ausschüttung bringen. Die im Laufe des Jahres errichtete Filiale in Wien hat ihre Tätigkeit mit gutem Erfolg aufgenommen.

Die von seiten der Ungarischen Eskompte- und Wechselbank gemeinsam mit der k. k. priv. Österreichischen Länderbank errichtete Filiale Dabrowa hat das erste Jahr ihrer Tätigkeit mit befriedigendem Erfolg abgeschlossen.

Die Zentaer und Kistáber Vereinigten Industrieunternehmungen A.-G. und deren Tochterunternehmung, die Morózer Floßhandels A.-G., erfreuten sich eines recht guten Geschäftsganges.

Der Gesamtumsatz der Ungarischen Eskompte- und Wechselbank betrug heuer circa 22 1/2 Milliarden Kronen gegen 19 Milliarden im Vorjahre, der Umsatz im Kontokorrentverkehr bezifferte sich auf etwa 8 1/2 Milliarden gegen rund 7 Milliarden, und der Kasseverkehr auf etwa 8 Milliarden gegen 7 1/2 Milliarden im Vorjahre.

Um das entsprechende Verhältnis zwischen den eigenen Mitteln des Instituts und den ihm anvertrauten außerordentlich angewachsenen fremden Kapitalien aufrechtzuerhalten und für die der Bank harrenden großen Aufgaben der Zukunft gerüstet zu sein, wurde gegen Jahresende die Erhöhung des Aktienkapitals um 15 Millionen Kronen beschlossen und mit vollem Erfolge durchgeführt. Die Dividende der Ungarischen Eskompte- und Wechselbank dürfte diesmal höher bemessen werden als im Vorjahre.

Die Brüder... Aktien... Gesellschaften

Wechselstuben Aktiengesellschaft „Mercur“

Infolge des Krieges sind einige, vorher eine nicht unbedeutende Rolle spielende Geschäftszweige in völligen Ruhestand...

Ungarische Handelskreditbank Aktiengesellschaft

Die Ergebnisse der Ungarischen Handelskreditbank Aktiengesellschaft bieten im abgelaufenen Geschäftsjahr in allen Zweigen das Bild erfreulichen Fortschrittes...

Hauptstädtische Bank und Wechselstuben A.G.

Diese Aktiengesellschaft, bekanntlich eine Gründung der Vereinigten Budapester Hauptstädtischen Sparkasse, schließt das Geschäftsjahr 1916 mit einem neuerlichen Fortschritte bei allen von ihr kultivierten Zweigen...

Ungarische Allgemeine Realitätenbank

Das Institut vollendet heuer sein zehntes Geschäftsjahr. Es wurde im Jahre 1908 gegründet und hatte seine erste Bilanz Ende 1907...

Ungarisch-Böhmische Industrialbank A.G.

Dieses Institut hat im abgelaufenen Geschäftsjahr ein ziemlich günstiges Ergebnis aufzuweisen. Es nahm Anteil an dem im verfloßenen Jahre kontinuierlich lebhaften Effekten...

Bundes-Industriebank Aktiengesellschaft

Die Bank kann auf eine von Erfolg begleitete Tätigkeit im verfloßenen Jahre zurückblicken. Das in normalen Zeiten das Hauptgeschäft der Bank bildende Eskomptogeschäft stagnierte zwar...

Sparkassen

Bester Erste Vaterländische Sparkasse. Der Bester Erste Vaterländische Sparkassen-Verein hatte im verfloßenen Geschäftsjahre unter dem Drucke der wirtschaftlichen Verhältnisse zu leiden...

Jahre hindurch wahrzunehmen war, konnte während der Kriegsbauer nicht den früheren Schwung beibehalten. Bestimmend hierbei war die Tatsache, daß das Institut die kriegsmäßigen Geschäfte von allem Anbeginn an aus seinem Geschäftskreis ausgegliedert hat...

Der Gesamtverkehr betrug im Jahre 1916 20 Milliarden Kronen gegen 17,5 Milliarden Kronen im vorigen Jahre...

Die Spareinlagen und die Einlagen in laufender Rechnung haben sich in außerordentlich günstiger Weise entwickelt. Der mit der nicht vorausgesehenen langen Dauer des Krieges in Zusammenhang stehende Güterverbrauch und die steigenden Kriegsausgaben hatten nämlich eine derartige Ansammlung von Geldmitteln zur Folge...

Im Wechselkomptogeschäft war die Tätigkeit des Instituts fast gänzlich unterbrochen.

Die in Vorjahren auf Wertpapiere und in sonstigen leichtflüssigen bedekten Debitoren elozierten Kapitalien weisen eine Erhöhung von 157 Millionen Kronen auf 486 Millionen Kronen auf...

Im Hypothekendarlehensgeschäft war die Sparkasse mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit der Erwerbung von neuen Hypotheken nur schwer in der Lage...

Der Abgang von Pfandbriefen kann während des ganzen Jahres als ein reichender bezeichnet werden, so daß das Institut das zum Abberauf zur Verfügung gelandene Quantum seiner Pfandbriefe im Betrage von 18 Millionen Kronen bei steigenden Kurven leicht abgeben konnte...

im verfloßenen Jahre gegen fünf Millionen Kronen im Vorjahre auf 28,5 Millionen Kronen stellt.

Der Bestand an eigenen Wertpapieren hat sich auch im verfloßenen Jahre infolge der Neuzeichnungen des Instituts auf die IV. und V. Kriegsanleihe weiter erhöht, so daß er sich gegenwärtig gegenüber einem Stande von 131 Millionen Kronen zu Ende des vorigen Jahres auf 173,5 Millionen Kronen beziffert...

Die Sparkasse hat auch im verfloßenen Jahre mit Rücksicht auf die imengem einführbar gewordene Feuerung sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsartikel in ausgiebiger Weise für das Wohl ihrer Angestellten gesorgt...

Die Ausgaben des Instituts für Kriegswohltätigkeitszwecke haben die mächtige Höhe von 1 Million Kronen überschritten, wobei im verfloßenen Jahre allein für das Kriegshospital der Geldinstitute 240.000 Kronen für die Versorgung der siebenbürger Flüchtlinge 150.000 Kronen...

Endlich sei noch erwähnt, daß die Sparkasse anlässlich des traurigen Einbruches der Rumänen nach Siebenbürgen mit offenen Armen alle jene Gesellschaften und Privatpersonen empfangen hat...

Ungarische Allgemeine Sparkasse Aktiengesellschaft

Die Tätigkeit der Ungarischen Allgemeinen Sparkasse Aktiengesellschaft im abgelaufenen XXXV. Geschäftsjahre paßte sich in allen Beziehungen den bestehenden Verhältnissen an und war deren Richtung durch jene Erscheinungen gegeben...

Im Wechselkomptogeschäft wurde ein Umsatz von 151 Millionen Kronen (im Vorjahre 192 Millionen) erzielt, während das Wechselportefeuille einen Stand von 42 Millionen Kronen (im Vorjahre 44 Millionen) aufweist...

Der Einlagestand erhöhte sich, trotz der für Kriegsanleihezeichnungen entnommenen 20 Millionen Kronen, auf 110 Millionen Kronen gegen 72 Millionen des Vorjahres...

1. I. 1917

Im Auftrag der Aktionärsgesellschaft

Montag, 1. Januar 1917

hiemlich weitgesteckten Grenze des Versicherungsschutzes teilhaft werden können. Durch die Aufnahme der Versicherung anormalen Leben in den Geschäftsplan der Lebensversicherungs-gesellschaften steht denselben nach Wiederkehr der Friedenszeit eine neue Periode der Entwicklung bevor. Die Geschäftsergebnisse unserer heimischen Gesellschaften haben sich im Berichtsjahre in nachstehend angeführter Weise gestaltet.

Die erste Ungarische Allgemeine Assekuranzgesellschaft

Erzielte im Vorjahre in allen Geschäftszweigen, mit Ausnahme der Hagelbranche, die mit Verlust abschloß, befriedigende Ergebnisse. Die Prämieinnahme hat sich durchgehends erhöht und die Schäden haben, von den zahlreichen Hagel-schadensfällen abgesehen, das Gesamtergebnis nicht nennens-wert beeinträchtigt. Insbesondere sei hervorgehoben, daß die Lebensakquisition in wenn auch noch immer bescheidener Zunahme begriffen ist. Die Gesellschaft hat sich auch im ab-gelaufenen Jahre in großzügiger Weise an den staatlichen Kriegs-anleihen, ebenso an den humanitären Zuwendungen für Kriegs-fürsorgezwecke mit namhaften Beträgen beteiligt. Nach reichlicher, in den vorherrschenden Verhältnissen be-gründeter Dotation der Reserven dürfte die Gesellschaft eine der vorjährigen gleich hohe Dividende zur Auszah-lung bringen.

Foncière, Pester Versicherungsanstalt

Die Foncière, Pester Versicherungsanstalt hat auch in dem jetzt abgelaufenen Jahre mit recht günstigen Ergebnissen ge-arbeitet. In der Feuerbranche wurde, speziell um direkten Geschäfts, eine wesentliche Mehrprämieinnahme erzielt, welcher, abgesehen von größeren Fabrik-schäden, ein im allgemeinen nicht ungünstiges Schadenverhältnis gegen-übersteht. In der Lebensbranche war die Neuproduktion im Vergleich zum Vorjahre ebenfalls eine höhere und der Stad per Ultimo Dezember 1916 dürfte 140 Millionen übersteigen. Der verlustbringende Verlauf der Hagel-kampagne hat für diese Anstalt keine Bedeutung, da sie diese Branche seit jeher nur in beschränktem Maße kultiviert und für eigene Rechnung nur geringe Beträge behält. Das Geschäft der Transport-, Saloren-, Unfall-, Haftpflicht-, Einbruch- und Spiegelglas-versicherungsbranchen verlief normal. Die Prä-mieinnahmen aller Branchen dürften 22 Mil-lionen, die in der Feuer-, Einbruch- und Unfallbranche in den Nachjahren fällig werden den Prämien über 40 Millionen Kronen betragen. Auf die diversen Kriegs-anleihen zeichnete die Anstalt 16 Millionen, der Pensionsverein zirka eine Million, demnach zusammen zirka 17 Millionen Kronen.

Ueber die Gestir der Gruppe der Ersten Ungarischen Allgemeinen Assekuranzgesellschaft angehörenden Unterneh-mungen erfahren wir:

Pannonia Ungarischen Rückversicherungs-anstalt

Das Geschäftsergebnis ist wie im Vorjahre als ein günsti-ges zu bezeichnen, das nach entsprechender Kräftigung der Res-erven einen unveränderten Dividendenbetrag für die Aktionäre liefern wird.

Ungarisch-Französischen Versicherungs-Aktiengesellschaft

Das Geschäft entwickelte sich in aufwärts-treibenden Bahnen. Die Prämieinnahmen dieser mit vieler Sorgfalt geleiteten Anstalt haben auf allen Gebieten einen Zuwachs erfahren, während die Schadenfälle sich innerhalb eines dem Geschäftsumfange an-gemessenen Rahmens gehalten haben. Trotz der Ungunst der Verhältnisse auf dem Gebiete der Lebensversicherung hat die Gesellschaft dennoch wieder entsprechende Resultate erzielt. Die Dividende wird in gleicher Höhe wie die vorjährige bemessen werden.

Im Geschäftsgange der Wiener Versicherungsgesellschaft

Wie der Wiener Lebens- und Rentenversicherungs-Anstalt

spiegeln sich die im einleitenden Teil dargestellten Verhält-nisse wider; voraussichtlich bleiben die vorjährigen Dividenden unverändert.

Die Vaterländische Allgemeine Versiche-rungs-Aktiengesellschaft

erläßt und entwickelt sich in sehr erfreulicher Weise. Die gesunde Geschäfts-lage äußert sich nicht nur in der Zunahme der Prämieinnahmen, sondern auch in der günstigen Ge-staltung des Schadenkoeffizienten. Nach angemessener Dotie-rung der Reserven dürfte den Aktionären ein gleich hoher Dividendenbetrag wie im Jahre 1915 zufließen.

Rationale Unfallversicherungs-Aktiengesellschaft

Auch das Geschäft der Rationale Unfallversicherungs-A.-G. hat im Berichtsjahre einen befriedigenden Verlauf genom-men; die Auszahlung einer der vorjährigen gleichen Dividende steht zu erwarten.

Ungarische Hagel- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft

Das abgelaufene Hagelversicherungsgeschäft verlief recht un-günstig. Infolge der während der Ernteperiode in vielen Teilen der Monarchie niedergegangenen, zahlreichen schweren Hagelwetter wurden Schadenbeträge in der Höhe von über drei Millionen Kronen, mithin eine der Prämieinnahme be-nähe gleichkommende Summe, ausbezahlt. In Berücksichtigung des den Parteien gewährten Mehrjährigkeitsrabatts und in Berücksichtigung der während der Kriegszeit bedeutend er-höhten Erhebungs- und sonstigen Kosten wird die Gesellschaft mit Verlust abschließen. Der sich ergebende Fehlbetrag wird jedoch aus der vorhandenen sehr reichlichen Gewinnreserve ge-deckt werden.

Erste Militärdienstversicherungsanstalt, Lebens- und Kinderversicherungsgesell-schaft als Genossenschaft

Die Gesellschaft hat im Verlaufe des diesjährigen Ge-schäftsjahres eine Produktionssteigerung zu verzeichnen, die jedoch die Resultate der Geschäftsjahre vor dem Kriege keines-wegs erreicht. Die Hauptaufgabe dieser Anstalt mußte sich natürlich darauf beschränken, jenen Anforderungen, die von

seiten der versicherten Parteien an sie gestellt wurden, gerecht zu werden und die Versicherungsbeträge all jenen, die zu-folge des Krieges vorzeitig eingereicht wurden, die versicherten Beträge noch vor ihrer Fälligkeit zu liquidieren. Das Zuge-ständnis der vorzeitigen Liquidierung wurde allen Parteien zugesichert und in wie reichlichem Maße diese Begünstigung von den Parteien in Anspruch genommen wurde, erhebt ekklatant daraus, daß seit Kriegsbeginn allein für Militärdienstversicherungen rund 8.400.000 Kronen ausbezahlt wurden. Die Anstalt hat sich an allen Kriegsfürsorgeaktionen eifrig beteiligt und auf die ungarischen und österreichischen Kriegs-anleihen fünfzehn Millionen Kronen gezeichnet. Die an die versicherten Parteien zur Auszahlung gelangende Dividende wird voraussichtlich dieselbe Höhe erreichen wie im Vorjahre.

Hungaria Allgemeine Assekuranz-Aktiengesellschaft

Das zum Abschluß gelangende fünfte Geschäftsjahr der Hungaria nahm einen recht befriedigenden Verlauf. Die Prämieinnahmen der Elementarbran-chen erfahren eine Steigerung von nahezu einer Million Kronen und werden nunmehr den staatlichen Betrag von fünf Millionen Kronen erreichen. Hierbei ist das außerordentlich günstige Schadenverhältnis der Feuerversicherungs-branche hervorzuheben. Die Hungaria war an den, im laufenden Jahre vorgefallenen größeren Fabrik-schäden nicht beteiligt, — ein Beweis dafür, daß die Gesellschaft die Feuerbranche mit der gebotenen Vorsicht betreibt und sich von den sogenannten „schweren Nisten“ fernhält. Die Unfall- und Haftpflichtversicherungsbranchen weisen gleichfalls ein sehr günstiges Schadenverhältnis auf. Obwohl die Hagelversicherungsbzweige einen kleinen Verlust gebracht hat, werden die Elementarabteilungen dennoch einen nam-haften Ueberschuß ergeben. In der Lebens- und Rentenversicherungsbranche stand die Neuaufquisition, da das versicherungsbedürftige Publikum zum großen Teile im Felde steht, wie bei allen anderen Versicherungsgesellschaften, so auch bei der Hungaria, sozusagen still. Eine Dividende wird auch für das laufende Jahr, mit Rücksicht auf die durch den Krieg gebotenen Abschreibungen, nicht zur Aus-schüttung gelangen.

Die „Hungaria Kriegsversicherungskasse“ entwickelte sich sehr befriedigend; es wurden in diese Kasse bis Jahres-schluß 56.216 Mitglieder mit 80.991 Anteil-scheinen aufgenommen.

Europäische Güter- und Reisegepäck-Ver-sicherungs-Aktiengesellschaft

Bezüglich die auf internationalen Geschäftsbetrieb ein-gerichtete Gesellschaft durch den Krieg in ihrem Tätigkeitsgebiete wesentlich eingeschränkt worden ist kann sie, dank dem in sehr erfreulicher Weise gestiegenen Zuspruch in den durch sie kultivierten Spezialbranchen (Eisenbahngüter-, Reisegepäck- und Schmuckversicherung) für das Jahr 1916 eine gegen das Jahr 1915 erheblich erhöhte Prämieinnahme aufweisen.

Budapester Straßenbahn-Gesellschaft

Die Einnahmen der Gesellschaft haben im verfloßenen Jahre abnehmend eine bedeutende Entwicklung erfahren; sie be-trugen 242 Millionen, was einer Zunahme von 48 Mil-lionen entspricht. Auch die Einnahmen der dem Konzern der Gesellschaft angehörenden Budapest Lokalbahn-A.-G. Budapest-Ujpest-Matthiaspalotaer Elektrischen Straßenbahn-A.-G. und Buda-pest-Budafoker Lokalbahn-A.-G. haben sich wesentlich erhöht. Den Mehreinnahmen entsprechend hat die Abwicklung des Ver-kehrs an die Gesellschaft gesteigerte Anforderungen gestellt. Es wurden allein bei der Straßenbahn 408 Millionen Wa-genkilometer geleistet, welche Leistung im Vergleich zum Jahre 1915 einer nahezu zwanzigprozentigen Verbesserung des Verkehrs entspricht. Diese Mehrleistung konnte nur durch die weitere Anstellung weiblicher Kräfte erreicht werden; es sind zum Jahres-schluß bei der Gesellschaft nahezu 1500 weibliche Angestellte beschäftigt. Die Mehreinnahmen und die durch den Krieg entstandenen außergewöhnlichen Ausgaben haben einen großen Teil der Mehreinnahmen absorbiert. Die Familien der eingerückten Angestellten werden fortgesetzt unterstützt. Den nicht ins Feld gezogenen Angestellten wurde außer der im Vor-jahre gewährten Ausbesserung des Nebenlöhnes eine Leberungszulage bewilligt; auch wurde die Lebensmittelpolitik der Gesellschaft mit ganz bedeutenden Opfern aufrechterhalten. Größere Summen wurden für Kriegsfürsorgezwecke verwendet. Die Gesellschaft hat für die Wiederverwendung der heimlich-renden Invaliden und für die Hinterbliebenen der auf dem Felde der Ehre gefallenen Angestellten tüchtig gesorgt. Die Schwierigkeiten, die bei der Beschaffung von Betriebsmaterialien im Vorjahre auftraten, kamen im letzten Jahre noch gesteigert zum Vorschein, es mußten enorme Preise bezahlt werden. Der Wagenpark der Gesellschaft wurde durch Anschaffung von zehn Weimagen vergrößert. Zur Entwicklung des Frachtverkehrs bei den Lokalbahnen haben die entlang des Uinennokos neu etablierten Fabrikanlagen und die Eröffnung des Fracht-bahnhofs in der Kéngasse erheblich beigetragen.

Ungarische Eisenbahnverkehrs-A.-G.

Der Geschäftsgang der Gesellschaft war im abgelaufenen Jahre befriedigend. Ergebnisse des Wagenmietgeschäf-tes sind günstiger als in dem vorangegangenen Jahre. Es gelangte eine bedeutende Zahl von Normalwagen in Verkehr, die teils im Jahre 1915, teils im Jahre 1916 bestellt wurden und die zu günstigen Mietbedingungen placiert worden sind. Ablaufende Mietverträge wurden zu guten Bedingungen mehr-jährig prolongiert; die Konjunktur dieses Geschäftszweiges kann daher recht günstig beurteilt werden. Die Betriebsergebnisse der elektrischen Stadtbahnen, sowie der Bizi-nabahn weisen eine nennenswerte Steigerung auf; allerdings ist bei den Verkehrsunternehmen angesichts der wesentlichen Preiserhöhung der Materialien mit entsprechend höheren Betriebskosten zu rechnen. Die Einnahmen der elek-trischen Beleuchtungsunternehmen sind auch wesentlich gestiegen, wobei ebenfalls mit erhöhten Be-triebskosten zu rechnen sein wird. Durch den Eintritt Rumä-niens in den Krieg fehlten Daten über die rumänische Schwester-gesellschaft „Auxiliara“, doch dürften angesichts der Entwicklung der Kriegslage in dieser Beziehung bald nähere Anhaltspunkte vorliegen, auf Grund deren anzunehmen ist, daß eine Schädigung der Interessen dieser, sowie der übrigen Unternehmen im feindlichen Ausland kaum zu erwar-ten ist.

Königlich Ungarische Fluß- und Seeschiffahrt Aktiengesellschaft

Die Schifffahrt im Jahre 1916 stand vollständig unter dem Ein-drucke des Weltkrieges. Der überwiegende Teil des gesell-schaftlichen Schiffsparcs stand auch in diesem Jahre im Dienste

der Heeresverwaltung und nahm auch an dem Transport des rumänischen Getreides so lange tätigen Anteil, bis der Ausbruch des rumänischen Krieges dies nicht verhindert hat. Auf jenen Strecken, wo das die Kriegsoperationen zuließen, namentlich auf der Donaufreife Regensburg—Wien—Budapest—Belgrad war die Gesellschaft bemüht den Zivilpersonen- und Güterverkehr abzuwickeln.

An den Massengütertransporten wirkte die Gesellschaft auch im vorigen Jahre wie im Jahre 1915 mit und sie hat sich namentlich an der Beförderung von Lebensmitteln, in erster Reihe für den öffentlichen Bedarf bestimmten Getreide wirksam beteiligt.

Der Warenverkehr blieb gegen das vorangehende Jahr etwas zurück, der Personenverkehr dagegen überstieg namentlich den Reise-verkehr des Vorjahres und es zeigt sich namentlich bei dem Verkehr der kleinen Donau eine erfreuliche Zunahme.

Sehr wichtige Dienste leistete die Gesellschaft bis zum Ausbruche des rumänischen Krieges in dem zwischen Orsova und Ruschik aufrechterhaltenen Personenverkehr, insofern diese Fahrten zu jener Zeit die einzige Verbindung im Zivilpersonen- und Güterverkehr einerseits zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn, andererseits zwischen Bulgarien und der Türkei gebildet haben.

Industrieunternehmen

Ungarische Allgemeine Kohlenbergbau-Aktiengesellschaft

Die Ungarische Allgemeine Kohlenbergbau-Aktiengesellschaft, die mit Ende 1916 ihr 25. Bilanzjahr abschließt, weist in ihrem Tatar Kohlenwerken gegen das Jahr 1915 eine um eine Kleinigkeit größere Produktion auf, die aber noch immer wesentlich geringer ist, als jene des Jahres 1914. Von den Erzeugnissen kamen namentlich die Doroger Anlage in besserer Förde-rung. In der Zementfabrik wurde der vierte Kesselstein fertigmontiert; sobald die Verbindung dieses Ofens mit der elektrischen Kraftzentrale hergestellt sein wird, kommt auch dieser in Betrieb. Die Zementproduktion weist eine Erhöhung gegen das Vorjahr auf, ebenso die Kalkherzeugung. Beide letzteren Artikel waren im Berichtsjahre stets lebhaft gesucht, die betreffen-den Anlagen konnten aber wegen diverser Schwierigkeiten nicht voll ausgenutzt werden. Gegen Ende des Jahres kam die groß-angelegte Zementfabrik in Betrieb, die berufen ist, einen flotten Versand der Zementherzeugung auch für den Fall des Siedemangels sicherzustellen. Ebenso ist die Kalkhydrat-fabrik fertiggestellt und mit ihrem vorzüglichen Produkt auf dem Markt erschienen. Ueber die Höhe der Dividende wird die Verwaltung erst nach Abschluß der Bilanzarbeiten eine Ent-scheidung treffen.

Ujváros-Gyöngyöser Ungarische Kohlenberg-werks-Aktiengesellschaft

Diese Aktiengesellschaft hat auch im verfloßenen Jahre ihr ganzes Bestreben auf die Steigerung der Produktion gerichtet. Dank der rechtzeitig getroffenen entsprechenden Maßnahmen und der musterghültigen Einrichtung der gesellschaftlichen Gruben ist es trotz der außerordentlichen, oft fast unüberwindlichen Hindernisse, welche sich bei der Beschaffung der Be-triebsmaterialien ergaben, gelungen, die Kohlenproduktion in der ersten Jahreshälfte — gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres — wesentlich zu erhöhen. Diese Erhöhung hätte zweifelsohne auch in der zweiten Jahreshälfte ihre Fortsetzung gefunden, wenn nicht zufolge des Ende August stattgefundenen rumänischen Einbruches die Evakuierung des Zilltales, die Entfremdung des ganzen Beamten- und Arbeiterpersonals und in letzter Stunde der plötzliche Abbruch des Betriebes erfolgt wäre. Infolge der zweimaligen feindlichen Invasion ruhte der Betrieb während fast dreier Monate. Nach dem aufangs No-vember erfolgter endgültiger Entsch des Zilltales wurden die zur Wiederaufnahme der Arbeit erforderlichen Maßnahmen unverzüglich getroffen, die Instandsetzung der Betriebsein-richtungen in Angriff genommen und die Kohlenförderung wieder begonnen. Mit Rücksicht auf die bereits erwähnte musterghültige Einrichtung der gesellschaftlichen Gruben kann damit gerechnet werden, daß die Produktion sukzessive steigen und sich in absehbarer Zeit wieder in normaler Weise ent-wickeln wird.

Nordungarische Vereinigte Kohlenbergbau und Industrie-A.-G.

Die außerordentlichen Schwierigkeiten, welche der Weltkrieg in der Wirtschaft des Landes verursacht, machen sich mit dessen Fortdauer in steigendem Maße auch beim Kohlenbergbau geltend. Der Ackerstand, der von außen keinerlei Zuwachs erfahren kann, reduziert sich durch natürliche Abgänge von Monat zu Monat, so daß es der größten Kraftentfaltung bedürfte, um die unverminderten Ansprüche der Staatsbahnen und der teilweise stärker als in Friedenszeiten arbeitenden Industrie zu befriedigen. Besondere Anstrengung erfordert die Beschaffung der zum Betriebe erforderlichen Materialien und die Versorgung von über 6000 Seelen mit billigen Lebensmitteln, wobei die Gesellschaft sehr bedeutende materielle Opfer gebracht hat, um die Lebensbedingun-gen ihrer Beamten, Arbeiter und deren Familien erträglich zu gestalten. An den Kriegsanleihen hat sich die Gesellschaft mit 1 1/2 Millionen Kronen beteiligt. Die Kohlenherzeugung wird un-gefähr das vorjährige Quantum erreichen und das finanzielle Ergebnis dürfte sich auch ähnlich gestalten.

Königlich Ungarische Papierfabrik-A.-G.

Gleichwie alle Zellulosefabriken der Monarchie, konnte auch diese Gesellschaft im abgelaufenen Jahre für ihre Anlagen in Jernest und Turóc-Szent-Martin bloß einen eingeschränkten Betrieb ins Auge fassen, weil es ausgeschlossen erschien, die zur Aufrechterhaltung des Vollbetriebes nötigen Arbeitskräfte und Fabrikationsmaterialien beizufüllen. In der Tat bot deren Beschaffung derartige Hindernisse, daß trotz aller An-strengung und Voraussicht wegen Mangels an diesen Erfordernissen wiederholt der Betrieb in den Fabriken der Gesell-schaft zur Einstellung kam. Nachdem bei sämtlichen Zellulose-werken der Monarchie aus den gleichen Ursachen eine wesent-liche Verminderung der Produktion eintrat und Vorräte nirgends vorhanden waren, überstieg der Bedarf der Papier-fabriken die Produktion von Zellulose, was eine allmähliche Erhöhung der Zellulosepreise bewirkte. Siedurch trat ein Ausgleich zwischen den Erzeugungskosten und den Erlöspreisen ein, so daß trotz der wesentlichen Verteuerung der ersteren sich der Betrieb im abgelaufenen Jahre befriedigender als in den Vor-jahren gestaltet hat. Nach Ausbruch des Krieges mit Rumänien mußte die Zellulosefabrik in Jernest außer Betrieb gesetzt werden; sie erlitt jedoch in ihren Einrichtungen während der feindlichen Besetzung der Ortshaus keine ernsthafte Beschä-

Gerichtshalle.

(Verurteilter Strohlieferant.) Der Bubo-
pester Strafgerichtshof verhandelte heute nach den Vorschriften
des beschleunigten Verfahrens die Strafsache des Architekten
Paul Hollós, der des Vergehens gegen die Interessen der
Kriegsführung im Sinne des § 4 des G.-N. XL:1915 ange-
klagt war. Vom der Anklage hat Hollós als Subunternehmer
des Armeelieferanten und Advokaten Dr. Franz Braun jun.
seiner vertragsmäßigen Verpflichtung betreffend die Lieferung
von 20.000 Meterzentnern Stroh nicht entsprochen. Der
Gerichtshof erklärte den Angeklagten für schuldig und ver-
urteilte ihn zu einem Monat Gefängnis und 500 Kronen
Geldstrafe. Gegen das Urteil meldeten der Staatsanwalt und
der Verteidiger die Nichtigkeitsbeschwerde an.

Volkswirtschaft.

Kapitalserhöhung der Vaterländischen Bank Aktiengesellschaft.

Budapest, 5. Januar.

Die Vaterländische Bank A.-G. hielt heute unter dem
Vorsitz des Direktionspräsidenten Geheimen Rates Baron
Ernst Daniel eine außerordentliche Generalversammlung,
in der die Erhöhung des Aktienkapitals von
40 auf 50 Millionen Kronen beschlossen wurde.
Die Generalversammlung nahm folgenden Verlauf:

Präsident Baron Ernst Daniel begrüßte die Aktio-
näre und meldete, daß für die heutige ordnungsgemäß ein-
berufene Generalversammlung von 60 Aktionären 125.124
Aktien deponiert wurden und daß 43 Aktionäre mit 122.764
Aktien und 4907 Stimmen vertreten sind. Nachdem der Prä-
sident den Direktor Dr. Julius Kelemen mit der Füh-
rung und die Aktionäre Dr. Franz v. Nagy und Paul
v. Sigray mit der Authentifikation des Protokolls betraut
hatte, brachte Direktor Dr. Julius Kelemen folgenden
Bericht und Antrag der Direktion zur Ver-
lesung:

Die Wahrung der Interessen und der Konkurrenzfähig-
keit unserer Gesellschaft macht es unvermeidlich, daß ihre
eigene Kapitalkraft mit dem Steigen des ihr an-
vertrauten fremden Kapitals und der Zunahme der
Ausdehnung der Geschäfte, sowie der geschäftlichen Verbin-
dungen Schritt halte. Wir würden eine Unterlassung begehen,
wenn wir einerseits mit Rücksicht auf das ständige und anhal-
tende große Steigen der bei unserer Gesellschaft placierten
fremden Gelder, andererseits im Hinblick auf unser bereits
sehr bedeutendes industrielles Interesse, von der herrschenden
großen Geldfülle und den augenblicklichen Erscheinungen der
beschränkten Kreditnachfrage ausgehend, nicht damit rechnen
würden, daß mit der Beendigung des Krieges aller Schichten
der Volkswirtschaft des Landes große Aufgaben harren, die
angespannte Tätigkeit erfordern und große Kapitalien abfor-
dieren werden, so daß an Stelle des gegenwärtigen Geldange-
botens voraussichtlich eine bedeutende Geldnachfrage treten und
in erster Reihe bei den Industrieunternehmungen ein nam-
hafter Kreditbedarf sich ergeben wird.

Es ist daher unvermeidlich, daß wir beizeiten für die
Vermehrung der materiellen Kapitalkraft unserer Gesellschaft
vorsorgen und im Interesse unserer Klientel für alle Con-
tualitäten bereit dastehen, um die unserer Gesellschaft gegen-
über zu erhebenden Ansprüche entsprechend befriedigen und
unsere finanzielle Tätigkeit entsprechend gerüstet fortsetzen zu
können.

Im Hinblick darauf empfehlen wir der geehrten General-
versammlung, die Erhöhung des gesellschaftlichen Aktienkapi-
tals durch die Ausgabe von 50.000 Stück neuen Aktien im
Nominalwerte von 10 Millionen Kronen auf 50 Millionen
Kronen beschließen und folgenden Antrag der Direk-
tion annehmen zu wollen:

„Die Generalversammlung möge beschließen: daß das
bisher mit 40 Millionen Kronen festgestellte Stammkapital
durch die Ausgabe von 50.000 Stück vollkommen einzuzahlen-
den neuen Aktien im Nominalwerte von je k 200 um 10 Mil-
lionen Kronen erhöht und das Stammkapital demgemäß mit
50 Millionen Kronen festgesetzt werde; daß die neuen
Aktien vom 1. Januar 1917 an an dem Ge-
schäftsergebnisse partizipieren; daß die bis-
herigen Aktionäre das Bezugsrecht auf die zu emittierenden
50.000 Stück Aktien, sonach nach je vier alten Aktien
auf eine neue Aktie zum Kurse von k 285 pro Stück
besitzen; daß die Direktion den Zeitpunkt und die weiteren
Modalitäten der Durchführung der Erhöhung des Aktien-
kapitals nach eigenem Ermessen feststelle und ermächtigt werde,
aus dem über den Nominalwert von k 200 pro Aktie ein-
fließenden Aufgeld k 500.000 dem „Pensionsfonds“,
die verbleibende Summe aber nach Abzug sämtlicher mit der
Kapitalserhöhung verbundenen Auslagen dem ordentlichen
„Reservefonds“ gutschreiben lassen zu dürfen.“

Die Beschränkung des Ausmaßes der beantragten Kapi-
talserhöhung auf die bezeichnete Summe ist nach reiflicher Er-
wägung unter Berücksichtigung des Prinzips der stetigen
Entwicklung geschehen, das sich auch in der Vergangenheit be-
währt und zur Folge gehabt hat, daß im Hinblick darauf, daß
bei der Durchführung der einzelnen Kapitalserhöhungen aus-
nahmslos die jeweilige Ausdehnung der zu Gebote stehenden
Geschäfte und der effektive Bedarf die Ausgangsbasis gebildet
haben, mit der Vermehrung der Kapitalkraft unserer Gesell-
schaft parallel gleichzeitig auch die Erhöhung der Rentabilität
der Geschäftsführung gesichert werden konnte.

Dies geht auch aus der nachstehenden Tabelle hervor, in
die mit Rücksicht darauf, daß die Verschiebung des Beschlusses
der auf die Tagesordnung der heutigen außerordentlichen Ge-
neralversammlung anberaumten Kapitalserhöhung bis zum
Zeitpunkt der ordentlichen Jahres-Generalversammlung nicht

9. II. 1917

Vollsstaat und Gleichberechtigung.

Das Buch von Professor Hugo Preuß „Das deutsche Volk und die Politik“, dessen Gedankengang wir vor einiger Zeit mitgeteilt haben, ist von Prof. Schmoller in seinem „Jahrbuch“ zusammen mit einer Schrift Delbrücks einer Besprechung unterzogen worden, die durch ihre ganze Art und Weise einiges Aufsehen erregt hat: nicht durch tiefen Gedankeninhalt — vielmehr hat Schmoller von dem Recht, an der Oberfläche zu bleiben und den Meinungen des Verfassers einen auffallenden Mangel an Verständnis entgegenzubringen, sehr weitgehenden Gebrauch gemacht —, sondern durch die Verknüpfung der sachlichen Kritik mit einem durch nichts begründeten plumpen antisemitischen Ausfall, der die ganz besondere Freude der konservativ-antisemitischen Presse gefunden hat. Preuß, dem Schmoller selbst das Zeugnis geben muß, daß er einer der begabtesten neueren Staatsrechtslehrer ist, hat ein durchaus ernsthaftes Buch geschrieben, das mit aller Gründlichkeit, ganz objektiv und unpersönlich auseinandersetzt, wie innerpolitische Rückständigkeit auf unsere außerpolitische Aktionsfähigkeit hemmend einwirken, wobei er u. a. auf die Ausschließung ganzer Volksschichten von den Staatsämtern hinwies, und ist für die Entwicklung von Obrigkeitsstaat zum Vollsstaat eingetreten. Diese Darlegung veranlaßt Herrn Schmoller zu einem persönlichen Anwurf, den man nach Form und Tendenz allenfalls in einem antisemitischen Blättchen, nimmer aber in einer wissenschaftlichen Zeitschrift hätte vermuten dürfen. Er sagt von Preuß:

Er ist einer der Hauptlinoe des Berliner kommunalen Prekonn geworden, der da, sozial auf semitischer Millionärsbasis beruhend, unsere Hauptstadt mehr oder weniger beherrscht. Und es will mir immer vorkommen, daß in diesen Kreisen, so tüchtig und ehrbar sie sind, der politische Horizont und das politische Urteil doch zu sehr von dem einen Gedanken erfüllt ist: in ihren Kreisen sei eine solche Ueberlegenheit von Intelligenz, Charakter und Talent, daß es ungerecht und schädlich für Staat und Gesellschaft sei, daß ihr eng zusammenhaltender Kreis die Universitäten, das Heer, das höhere Beamtentum noch nicht so unbedingt beherrsche, wie das bezüglich der Stadt Berlin und ihrer Verwaltung der Fall sei. Bei den meisten, auch wohl bei Preuß, unbewußt, wirken derartige Stimmungen beeinflussend auf ihr politisches Denken. Ich kann mich bei aller Hochachtung für Preuß der Vermutung nicht entziehen, dies sei auch bei ihm ganz wesentlich der Kern seiner Ideale.

Jedes weitere Wort über diese Stil- und Tonart, die sich durch die ganze Besprechung fortsetzt, wäre zu viel. Mit dem gleichen Spott bestreitet er, daß die Rechtsgleichheit verlegt sei, „weil unsere Aemter noch nicht jedem jüdischen ungetauften Bewerber erreichbar sind, weil einzelne Offizierkorps ihr Wahlrecht noch zum Judenausschluß benutzen, weil an den Universitäten noch nicht alle zahlreichen jüdischen Privatdozenten so rasch Professoren werden, als sie persönlich glauben, es nach ihrem Talent zu verdienen“. Und er kommt dann zu der Weisheit, daß das große Ideal der politischen und rechtlichen Gleichberechtigung sich nur in dem Tempo durchsetzen lasse, wie das Volksbewußtsein sich dem Standpunkt des Gesetzes angepaßt habe, seine Durchführung aber da zeitweise natürliche Hemmungen finde, wo eine Minorität der Rasse, des Glaubens usw. sich bei freier Zulassung rasch zur intoleranten Herrscherin des Staats resp. der betr. Verwaltung zu machen wisse. Er glaubt dafür auch gleich Beispiele bringen zu können, nämlich die rasche Zunahme der jüdischen Privatdozenten und Professoren, wodurch sich an manchen Fakultäten die Prophezeiung bewahrheitet habe, daß der erste jüdische Ordinarius in zehn Jahren fünf und mehr andere Juden nach sich ziehe. Die Benachteiligung der Juden im preussischen Staatsleben sei heute schon fast dem Verschwinden nahe und mache bereits zum Teil dem Gegenteil Platz.

So Herrn Schmollers Auffassung von der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung. Er weiß nur über angebliche persönliche Empfindlichkeiten zu höhnen, wo die grundsätzliche Anerkennung des Verfassungsrechts gefordert wird, und er will diese Anerkennung abhängig machen vom Stande des Volksbewußtseins, wobei er sich aber lediglich zum Sprachrohr einer Kastenabschließung macht, die mit dem Volksbewußtsein nicht das mindeste zu tun hat. Und die Besorgnis von der anerblichen intoleranten Herrschaft einer kleinen Minderheit wirkt erst recht wie ein Hohn, wenn man bedenkt, wer über die Besetzung der Stellen, erst recht auch der Professuren, entscheidet Herr Prof. Schmoller, der schon entsetzt ist, daß auf einen jüdischen Ordinarius in zehn Jahren fünf andere folgen können, sollte wohl aus seinem früheren Tätigkeitsgebiet gerade in bezug auf diese Personalfragen am besten wissen, wo in Wirklichkeit die meiste Intoleranz geübt wird. Wir haben nicht die Absicht, hier diese Frage weiter zu erörtern, sondern können nur immer wieder betonen, daß die grundsätzliche Verletzung der Gleichberechtigung — um diese, nicht um einzelne Ausnahmen handelt es sich — das staatliche Ansehen aufs schmerzhafteste schädigen muß, ganz gleich, welche Kreise von solchen Zurücksetzungen betroffen werden.

Wenn Professor Schmoller aber auf das Volksbewußtsein so weitgehende Rücksicht genommen wissen will, so müßte er gerade von diesem Gesichtspunkt aus den Ausführungen von Preuß über Obrigkeitsstaat und Vollsstaat zustimmen, statt das Vorhandensein einer Identität von Staat und Volk zu leugnen und sich mit dem bequemen Altersgedanken abzufinden, daß immer die höheren Schichten der Gesellschaft den Staat mehr beeinflussen werden als die Volksmassen. Die Idee des Vollsstaates bedeutet keineswegs, daß die Obrigkeit verschwindet, sondern daß der Regierungswille zum Ausdruck des Volkswillens wird, und daß durch die Beseitigung aller hemmenden Schranken allen die Mitarbeit am Staatsleben ganz nach dem Maße ihrer Eignung ermöglicht wird. Es soll keine Ausnahme bleiben, daß besonders tüchtige Kräfte aus anderen Schichten sich emporarbeiten, die ganze Organisation des Staates muß so gestaltet werden, daß nicht alles sich im gleichen Kreislauf der Obrigkeiten mechanisch erseht, sondern stets neues kräftiges Blut der Staatsverwaltung zugeführt wird, daß sie sich unausgesetzt aus dem Volke erneuert und die innerliche Verschmelzung von Staat und Volk eine von selbst sich vollziehende Entwicklung wird.

Zeitung

und gelehrten Sachen.

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800,
11801 bis 11850, 15290, 15281 bis 15291. Zentrum 8690.

ni geworfen.

itt erreicht. — Garleaska genommen.

Der Bund für Menschen- und Bürgerrechte.

Von

Max Nordau, z. St. Madrid.

Der Bund für Menschen- und Bürgerrechte ist eine der angesehensten und einflussreichsten Verbindungen Frankreichs. Sein Name umschreibt knapp, doch ausreichend, seine Bestrebungen und seine Natur, und man kann ihm kein größeres Lob zollen, als feststellen, daß er ihm seit seiner Gründung ohne eine einzige Abweichung treu geblieben ist. Er entstand während des Dreyfus-handels, aus der Not des Augenblicks geboren. Die besten Männer Frankreichs erkannten damals, daß es unerlässlich war, sich zur Verteidigung der Grundsätze zusammenzuschließen, auf denen die dritte Republik und die ganze moderne Demokratie beruht und die von einem kleinen, doch verwegenen Haufen herrschsüchtiger Verschwörer mit der Absicht der Ausrottung angegriffen wurden. Der Sieg der Gerechtigkeit über das Verbrechen war zum großen Teil das Werk des Bundes, der seine Aufgabe nicht als gelöst ansah, als die antisemitischen Fälscher entlarvt, gedemütigt und auseinandergejagt waren. Er fand, daß für ihn noch viel zu tun sei, und er hat seit anderthalb Jahrzehnten nicht aufgehört, überall für verkanntes Recht einzutreten und jedesmal die Stimme zu erheben, wenn irgendwo ein Schuldloser verfolgt wurde oder die Macht sich zu Uebergriffen hinreißen ließ, gegen die der einzelne Bürger wehrlos ist.

Der Bund für Menschen- und Bürgerrechte hat das Wunder der „heiligen Einigkeit“ vollbracht, lange ehe der Krieg das Wort und die Sache geschaffen hatte. In ihm fanden und finden sich nicht nur Vertreter aller Stände, vom reichen Bürger bis zum denkenden, idealistisch gesinnten und charakterfesten Arbeiter, sondern auch Anhänger aller politischen Richtungen und Weltanschauungen zusammen, sofern sie nur an die Würde der menschlichen Persönlichkeit, an Freiheit und Fortschritt glauben. Der Bund hält sich grundsätzlich von der Politik der Parteien fern und bleibt streng innerhalb des Rahmens seines Programms. Er zählt zurzeit über 50 000 Mitglieder, die in etwa 600 Ortsgruppen gegliedert und über ganz Frankreich verteilt sind. Das alles mußte vorausgeschickt werden, damit die Bedeutung des Bundes einleuchte. Er ist eine gute Vertretung des französischen Mittelstandes und seine Meinung ist ein Auszug aus der des französischen Volkes, von der sie nach Art und Maß ein zutreffendes Bild gibt.

In seiner außergewöhnlich stark besuchten Jahresversammlung nun hat der Bund sich mit der Frage des Friedensschlusses beschäftigt. Eine Reihe von Rednern erörterte die Bedingungen, unter denen dem Blutvergießen ein Ziel gesetzt werden könnte. Alle drückten sich in der Form bemerkenswert maßvoll aus. Alle vermieden sorgsam heftige Worte zu gebrauchen, Haß zu schüren und nachtragende Nachsicht zu ermutigen. Alle aber waren in der Sache einig: Die Völker sollen die schweren Leiden dieses Krieges nicht unnütz ertragen haben. Sein Ergebnis soll der endgültige Sieg des Rechtes über die Gewalt sein. Er soll die bisherige barbarische Formel „Macht geht vor Recht“ in ihr Gegenteil umkehren: „Recht geht vor Macht.“

In den Verhandlungen, die drei Tage dauerten, ließ sich eine aus Sozialisten bestehende Minderheit vernehmen, von deren Auftreten der Fernstehende aus den Pariser Zeitungen kein Bild gewinnen kann, weil die Zensur in den Berichten jedes Wort, das ihren Reden und Anträgen gewidmet war, unnachsichtig strich. Die Postzensur war indes weniger streng als die der Presse und ließ Privatbriefe durch, die den Verlauf der Sitzungen getreu schilderten.

Die Minderheit nun sprach sich für die sofortige Beendigung des Krieges aus. Ihr erster Wortführer, Alexandre, brachte einen Beschlusantrag ein, in dem die Versammlung fordert, daß ungesäumt ein Waffenstillstand geschlossen und ein Schiedsgericht der Neutralen eingesetzt werde, das die Streitpunkte entscheiden soll, über die die Kriegführenden sich nicht unmittelbar einigen können. Der Antrag rief Murren und unwilligen Widerspruch hervor. Das schreckte die tapfere Frau Savérine nicht ab, mit größerer Bereitsamkeit für ihn einzutreten. Sie malte die Schrecken des Krieges, sie zeigte die Ströme Blutes, die täglich in wütenden Kämpfen vergossen werden, und rüttelte heftig am Gewissen der Zuhörer, denen sie flehentlich zurief: „Verfolgt nicht das Trugbild des Sieges! Besteht nicht mit hartnäckigem Grimme darauf, den Gegner zu vernichten, macht dem Bürger unverweilt ein Ende, fällt dem Tode, der seine Sense jubelnd schwingt, auf der Stelle in den Knochenarm. Wir wollen Frieden haben, einen Frieden, der den Feind nicht demütigt und den er annehmen kann.“

Auf diesen Herzensschrei einer Frau ließ die Versammlung mit richtigem Gefühl eine Frau antworten, den weiblichen Rechtsanwältin Frau Marie Béronne, eine nicht weniger geliebte und wirksame Rednerin als Frau Savérine. Sie wies unwillig die Forderung eines sofortigen Friedens um jeden Preis zurück. ~~Ein früher Friede,~~

Der Volkswirt.

Die österreichischen und deutschen Banken in London.

Vor kurzem teilte die englische Regierung mit, daß die Filiale der Deutschen Bank in London sowie die übrigen deutschen Bankfilialen demnächst geschlossen würden. Auch die Geschäfte der Londoner Filiale der Oesterreichischen Länderbank und der Anglobank würden liquidiert. Hierzu sah sich die Regierung veranlaßt, weil eine organisierte publizistische Hebe bereits seit Monaten gegen die österreichischen und deutschen Bankfilialen in London Sturm läßt. Die Sezblätter forderten nicht nur, daß diese Institute so bald wie möglich geschlossen werden müßten, sie dürften auch nach dem Kriege nicht wieder eröffnet werden, da sie eine Gefahr für Großbritannien bedeuteten. Nur wenn sich nachweisen ließe, daß diese Banken für den englischen Handel von wirklichem Nutzen und unbedingt nötig seien, dürfe man ihre Wiedereröffnung nach dem Kriege gestatten; sonst müßte man die Fortführung ihrer Geschäfte in London auf viele Jahre hinaus untersagen.

Da das Problem der „feindlichen Banken“ in England wieder aktuell geworden ist, dürfte ein kurzer Ueberblick ihrer bisherigen Tätigkeit interessieren. Abgesehen von einzelnen Privatbankgeschäften in London, eröffneten von österreichischen Banken die bereits erwähnte Länderbank und Anglobank, von deutschen die ebenfalls genannte Deutsche Bank, ferner die Dresdner Bank und die Diskontogesellschaft Filialen in der britischen Hauptstadt. Sie standen auch bei den englischen Firmen in hohem Ansehen und erzielten bedeutende Umsätze, besonders im Kommissionsgeschäft und sonstigen Belehnungstransaktionen, ferner im Gewähren offener und gedeckter Kredite. Wie groß die Tätigkeit der Filiale der Deutschen Bank vor Kriegsausbruch gewesen ist, beweisen am deutlichsten folgende Ziffern: sie beschäftigte in London nicht weniger als 400 Beamte; knapp vor dem August 1914 hatte sie 35 Millionen Vires Sterling gedeckte und $7\frac{1}{2}$ Millionen ungedeckte Kredite gewährt. Die Banken nützten auch den billigen englischen Kredit aus, indem sie sich bei dem niedrigen Londoner Zinssatz durch ausgedehnte Wechseldiskontierungen leicht Geld verschafften. Diese Banken genossen vor dem Kriege die Freizügigkeit aller in England etablierten ausländischen Handelsunternehmungen, weil es im Interesse des britischen Staates lag, möglichst viel Geschäfte nach England und besonders nach London, dem Mittelpunkt des Welthandels, zu ziehen.

Nun drängt sich die Frage auf, aus welchen Gründen die englische Regierung die vorhin erwähnten „feindlichen Banken“ so lange bestehen ließ, da sie doch bekanntlich alle sonstigen österreichisch-ungarischen und deutschen Geschäfte zur Liquidation gezwungen hat. Bald nach Ausbruch des Krieges, als England auch „die Vernichtung des deutschen Handels“ heischte, wurde der „Public trustee“ (öffentliche Kurator) bestannt, der sämtliche Geschäfte der Firmen feindlicher Untertanen („alien enemies“) zu kontrollieren und deren Aktiven mit Beschlagnahme zu belegen hatte. Es mußte auch dafür Sorge getragen werden, daß die feindlichen Firmen ihre Schulden an englische Geschäftshäuser und an Neutrals beizuliegen. Bei den Banken hielt dieser Liquidationszustand mehr als zwei Jahre an. Wegen der Kompliziertheit der Geschäfte zog sich die Abwicklung sehr in die Länge; ja man gestattete den Banken, ihre Aktiven zu verwerthen. Der frühere Schatzkanzler Mac Kenna wurde deshalb wiederholt heftig angegriffen. Bei seinen vielen Rechtfertigungen erklärte er immer wieder, die zahllosen Verbindlichkeiten der Banken hätten sich nicht rascher liquidieren lassen. Zuletzt verblieben der Filiale der Deutschen Bank noch 400.000 Vires Sterling. Diese mußte sie der Bank von England übergeben, und zwar zu dem Zweck, damit eventuelle weitere Außenstände, die sich erst nachträglich herausstellten, gedeckt werden könnten. Auch alle Wertpapiere mußte die Deutsche Bank ausfolgen. Die Transaktionen der Dresdner Bank und der Diskontogese-

10. I. 1917

Wandlungen der Volksseele und Beredlung der Massenerzeugnisse.

Von Dr. E. Weisner.

Es ist eins der grundlegenden Merkmale der neudeutschen Gewerbelust, daß sie die wirtschaftliche, technische und industrielle Entwicklung unseres Zeitalters nicht verneinte und bekämpfte, sondern sie von Anfang an zur Grundlage des Kunstausdrucks machte, — im Gegensatz zu der englischen Bewegung, die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts eine Genauerung des Kunstwillens durch Wiederbelebung des alten Handwerks angestrebt hatte. Und wir alle kennen zahlreiche Beispiele, die uns zeigen, mit welchem Verständnis unsere Künstler an die Aufgabe herangetreten sind, den künstlerischen Ausdruck für die neudeutsche Wirtschafts-Entwicklung und den deutschen Wirtschaftsgeist zu finden.

Nicht ganz die gleiche Beachtung ist den Wandlungen geschenkt worden, die infolge der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Volksseele vorgegangen sind. Zwar macht sich mehr und mehr das Streben geltend, auch die Gegenstände der Massenfabrikation und des Massenverbrauchs in künstlerischem Sinne zu berechnen. Man denke an die Tätigkeit der Bauberatungsbüros, an die Preisausschreiben für Arbeitermöbel in den letzten Jahren vor dem Kriege, jetzt an die Ausschreibungen zur Versorgung Ostpreußens mit gutem Hukrat. Im Anschluß an die Heimatkunstbestrebungen knüpft man dabei vielfach an die bodenständige Bauweise und die Ueberlieferungen der Volkskunst an, begegnet aber oft in zunächst ganz unverständlichen und scheinbar lächerlichen Land- und Bauformen. Von einer norddeutschen Bauberatungsbüro, die die Erhaltung und Weiterentwicklung des altüberlieferten Baukunststils angestrebt; es zeigte sich aber daß die Bauern viel mehr dazu neigten, städtische Formen anzunehmen, als die von den Vätern ererbten Typen zu pflegen. Diese Neigung nicht vereinzelt ist, lehrt jeder Blick auf ein in der Entwicklung begriffenes Dorf, wo städtische Häuserformen unabweisbar zwischen den alten, traulichen Bauernhäusern stehen. Eine ganz unübersehbare Erscheinung ist es, wenn die Arbeiter die städtischen Arbeitermöbel ablehnen und lieber zu nutzbaumittelalten Handwerkermöbeln greifen und wenn die malerischen alten Volkstrachten überall im Aussterben begriffen sind.

Es ist menschlich verständlich, daß diejenigen, die in bester Absicht und oft unter erheblichen Opfern an diesen Aufgaben

arbeiten, über die Torheit und die künstlerische Unbildung der Massen lagen. Und doch muß man sich zuweilen fragen, ob denn unsere Bauern und Arbeiter wirklich so töricht sind, ob ihrem Widerstreben nicht die instinktive Ablehnung von Lebensformen zu Grunde liegt, die ihnen nicht angemessen sind.

Der Bauer von heute ist nicht mehr derselbe wie vor hundert Jahren. Jener im eng abgeschlossenen Kreise, wie ihn uns noch Fritz Reuter gezeichnet hat, auf einer technischen Stufe, deren Kennzeichen der Drehschlegel, das Spinnrad und der bäuerliche Webstuhl sind, vom städtischen Wesen nur so weit berührt, als es seine Ein- und Verkäufe in der nächsten Kleinstadt bedingten, von der Großstadt durch Tagereisen zu Pferde oder mit der Postkutsche getrennt. Und heute? Das Vieh, das dem Bauern im Stall steht, wird nach wissenschaftlichen Grundrissen gezüchtet, der Acker — früher im Gemenge liegend und im Flurzwange bestellt, wie es die Väter von Urzeiten an getan hatten, — ist jetzt zu geschlossenem Besitz zusammengelegt, der Bauer muß, auf sich selbst gestellt, mit den wissenschaftlich erprobten Regeln der Fruchtfolge, mit den neuesten Düngemitteln, den geeignetsten Feldbearbeitungsgeräten wohl bekannt sein, das Saatgut läuft er durch Vermittlung seiner Einkaufsgenossenschaft, die Milch liefert er an seine Genossenschaftsmelerei ab; er führt Buch über Ein- und Ausgänge, liest die Tageszeitung und das Genossenschaftsblatt, in der Scheune steht ihm die Dreschmaschine, im Stalle brennt das von der Ueberlandzentrale gelieferte elektrische Licht, der Krieg hat wohl vielerorts die Benutzung des Dampftruges, der Mähmaschine auch in bäuerlichen Kreisen verbreitet; seine Söhne schick der Bauer, wenn sie geschickt sind, in die landwirtschaftliche Schule, ein Teil von ihnen geht wohl auch zu städtischen Berufen über. Ist es ein Wunder, wenn ihm das städtische Wesen der Jetztzeit näher steht, als die Lebensformen, die seine Väter in vergangenen Jahrhunderten, in einer verkunstenen Zeit aus ihrem Zeitgeist heraus entwickelt haben? Daß er nach den Möbeln, den Hausformen greift, die er bei den ihm geistig nächststehenden Kreisen, den städtischen Arbeitern und Kleinbürgern, vorfindet, und alle gutgemeinte Heimatkunst ablehnt?

Und der städtische Arbeiter selbst? Auch er hat sich gewandelt im Laufe der Jahrzehnte. Der Arbeiter, der heute ein tätiges Glied seiner Gewerkschaft ist, der mit heißen Augen in dem Fabriksaal, in dem er arbeitet, sich umschaut, er steht seinem geistigen Lebensrhythmus nach dem Produzenten und dem Ingenieur, unter dessen Leitung er

schafft, näher, als seinen Eltern und Großeltern, denen die Standesunterschiede noch unverrückbare Grenzen waren.

Der gebildete Städter, auch der Künstler, sieht in dem Bauern und dem Arbeiter leicht noch viel zu sehr den Vertreter einer anderen Zeit, einer anderen Lebensauffassung, und er macht sich nicht klar, daß im heutigen Deutschland die neuzeitliche, mehr nüchternere, rechnerische, verstandesmäßige Denkweise — man mag das bedauern oder nicht — bis in die entlegensten Dörfer gedrungen ist. Ein Jahrhundert, das erfüllt war von Bauernbefreiung, Innenkolonisation, technisch-naturwissenschaftlichem Fortschritt auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft, von dem Wirken eines Marx, Lassalle und Engels, von gesellschaftlicher Erziehung und sozialpolitischer Fürsorge, dieses Jahrhundert, das die Deutschen aus dem Volke der Dichter und Denker zum gefürchteten Industrie- und Handelsvolk machte, es hat auch unser ganzes Volk, bis zum Arbeiter und zum Bauern, mit einem einheitlichen, wenn auch noch nicht überall gleich stark und gleich benutzten ausgeprägten Geist durchtränkt.

So ist es nicht nur falsche Prunklust, sondern eine Aeußerung der sozialen Stimmung der Zeit, wenn der Bauer und der Arbeiter, das Dienstmädchen und die Verkäuferin in Kleidung, Wohnungseinrichtung, Bauformen nach Lebensformen greifen, die denen, die bei den oberen Schichten der städtischen Bevölkerung üblich sind, möglichst nahe stehen. Und es ist im Grunde nicht verwunderlich, daß die abfahrende Industrie, die dieses Bedürfnis durch verbilligte Nachahmung und Vergeßlichkeit jener Vorbilder befriedigt bessere Erfolge erzielt, als alle Versuche der Künstler, den Massen eine vollständige Kunst zu bringen, die an der alten romantischen Volkstunst ihre Nährnahrung nimmt.

Die Bekanntheit, die jenen neuen Blumenmustern, Schnörkeln und Verzerrungen zu Grunde lag, ist in der Zeit der Eisenbahn, des Kraftwagens und der Kinematographie nicht mehr wiederzuerwarten, auch nicht in der Volkskunst, — wie es auf der anderen Seite auch eine Geschmacklosigkeit ist, eine Stadtwohnung mit Antiquitäten und Bauernschranken auszustatten. Wir müssen Formen und Ausdruckswerte finden für die neuen Zeiten und die in ihnen erwachsenen Menschen. Eine erfolgreiche kulturelle Steigerung der unteren Volksschichten wird erst dann einsehen, wenn die Massenwaren, die ihrem Wesen nach blass, neben der höchsten Güte und Brauchbarkeit nicht eine äußerliche Nachahmung, sondern eine in die Massenerzeugung übersehende Wesensverwandtschaft mit den Lebensformen der Oberschicht aufweisen. Denn ein Kulturfortschritt ist nie zu erzielen, indem man sich den Massenstrebungen entgegenstemmt, sondern immer nur dadurch, daß man sie in gesunde Bahnen lenkt, auf denen sie

mit dazu beitragen, das Ganze vorwärts zu treiben. Das gilt, wie in politischen, sozialen, wirtschaftlichen Fragen, auch auf allgemein kulturellem und künstlerischem Gebiet.

Hier kann unseren Künstlern, deren Tätigkeit im Kriege und nach dem Kriege auf dem Gebiete des Luxusbedarfs mancherlei Einschränkungen erfahren wird, im Verein mit der Industrie und dem Handwerk eine bedeutsame, wenn auch bescheidene Aufgabe erwachsen. Es wird gerade nach dem Kriege, wenn wir nach und nach den Weltmarkt wiedergewinnen wollen, so wichtig werden, daß die deutsche Wertarbeit sich auf einen hohen Stand der allgemeinen Volksbildung auch in Dingen des Geschmacks stützen kann. Das ist nur möglich, wenn auch unsere Massenerzeugung in Form und Güte gesteigert wird. Nicht individuell schöpferisch-künstlerische Arbeit ist da zu leisten, — das entspricht gar nicht der Massenarbeit*) und würde auch viel zu teuer werden. Aber man sollte überall, ob es sich nun um Bauernhäuser und Scheunen, Arbeitermöbel oder Kleinbürgerlichen Hausat handelt, den Bedingungen nachgehen, in die all diese Erzeugnisse hineingestellt werden, — neben den sachlich-technischen auch den persönlichen und sozial-psychologischen Bedingungen; man sollte die bewährtesten und beliebtesten Muster herausgreifen, diese nach und nach technisch weiterbilden und sollte dann da, wo Geschmack und Taft der Form mitzusprechen haben, Künstler — aber nur solche, die der Massenarbeit das genügende Verständnis und die genügende künstlerische Zurückhaltung entgegenbringen, — heranziehen, damit sie dem technischen Erzeugnis ein klein wenig Musik einhauchen, wie das unsere besten Künstler schon auf einigen Gebieten getan haben. (Man denke etwa an Lampen von Peter Behrens oder an manche im Deutschen Warenbuche abgebildeten Stücke). Von dem Ton, der in manchen solchen Erzeugnissen schon angeschlagen ist, wird nach und nach im Bauernhaus, im Arbeiterhaus — ob Miet- oder Einwohnhaus —, in Möbeln und Dingen, in Koch- und Tischgeschirren etwas nachklingen müssen. Die Käufer müssen den unbeflegbaren Wunsch, sich in ihren Lebensformen den oberen Klassen anzuschließen, in einwandfreier Form erfüllt sehen, verheßen sie doch in ihrem Wünschen nur unbewußt dem großen Gesetze künstlerischer Entwicklung zur Erfüllung, das die in dem Einzelkunstwerk angeknüpfte Melodie auf den Chor der Massenerzeugung übertragen wissen will, schließlich in der Harmonie der Stilleinheit zusammenklingend.

*) Nähere Ausführungen über diese Frage bei E. Weisner: „Das Verhältnis des Künstlers zum Unternehmer im Bau- und Kunstgewerbe“ (Dycker u. Hummel 1915), S. 99 ff. u. S. 99 ff.

Das Wesen der menschlichen Verbände.

Von P. Konstantin Prinz Hohenzollern O. S. B.

Mit Bangen sieht alles der Entwicklung der Verhältnisse nach dem Weltkriege entgegen. Mit einem gewissen Unbehagen gibt man sich darüber Rechenschaft, daß wir gewissermaßen einer neuen Entwicklung der Dinge entgegengehen. Vielleicht stehen wir vor einem Marksteine der Geschichte. Vielleicht werden künftige Geschlechter von unseren Tagen an mit dem Fühlen einer neuen Epoche beginnen. Mehr denn je bilden die öffentlichen Verhältnisse, die politischen Ereignisse das Tagesgespräch am Markte, in den Theatern, auf den Straßenbahnen und in den Eisenbahnwägen. Was wird die Zukunft bringen? Das ist die bange Frage, die alle Herzen bewegt. Alles scheint in Frage gestellt, die Landkarten, die Parlamente, die Eigentumsordnung, die soziale Struktur der Gesellschaft. In solchen bewegten Zeiten ist es mehr als notwendig, sich der ruhenden Pole in der rastlosen Flucht der Erscheinungen zu erinnern.

Wer von Politik oder künftiger Gestaltung der Verhältnisse reden will, der muß vor allem wissen, was der Staat an sich ist, dessen Wohl jedem Politisierenden so sehr am Herzen liegt. Und wenn wir uns dieser tiefsten Grundlage jedes politischen Gesprächs erinnern, so werden wir zur auffallenden Wahrnehmung gelangen, daß über den Staat, über das Wesen der menschlichen Verbände, über die Natur des Rechtes in unseren aufgeklärten Zeiten ganz ungläubliche Unklarheiten herrschen. Und diese Unklarheiten bestehen nicht allein auf dem Markte, bei den Politikern des Tages, wie sie die Straße hervorbringt und bei denen der Mutterwitz die Schulweisheit zu ersetzen pflegt, sondern sie bestehen selbst bei den akademisch Gebildeten und den Hochgelehrten. Diese auffallende Tatsache hängt damit zusammen, daß die Geisteswissenschaften im 19. Jahrhundert entschieden entartet sind. Die Philosophie im allgemeinen, und die Rechtsphilosophie im besonderen sind in einer entschiedenen Verfallsperiode. Die Naturwissenschaften, die geschichtlichen, die geographischen, alle auf Empirismus ruhenden Wissenszweige haben einen ungeahnten Fortschritt im 19. Jahrhunderte gemacht, mit dem metaphysischen Erkennen ist es aber entschieden abwärts gegangen.

Es ist unzweifelhaft, daß die moderne Wissenschaft uns keinen präzisen Aufschluß darüber zu geben vermag, was eigentlich der Staat ist, um dessen Wohl sich so viele bekümmern, der so große Opfer von allen fordert und der seine Anforderungen in der Zukunft noch steigern wird.

Demgegenüber wird es vielleicht mit Dank begrüßt werden, wenn wir es, vorbehaltlich einer streng wissenschaftlichen Arbeit in einem Fachblatte, versuchen wollen, auch hier das zu skizzieren, was man über das Wesen der menschlichen Verbände für wahr zu halten hat, und zwar wollen wir in einem ersten Artikel die modernen landläufigen Schulmeinungen darstellen, und denselben in einem zweiten Aufsatze das gegenüberstellen, was in dieser Frage tatsächlich die Wahrheit ist. Diese Wahrheit bildet gleichzeitig jene fixen Pole in der Erscheinungswelt, die jede politische und soziale Krise überstehen müssen und die zu den dauernden Inventarstücken menschlicher Einrichtungen notwendig gehören müssen. Naturgemäß ist diese Wahrheit auch schon vor vielen Jahrhunderten gelehrt worden. Wir werden nämlich über die Natur des Staates und des Rechtes jene christlichen Anschauungen vortragen, die im Mittelalter schon fertig lagen. Dabei werden wir uns überzeugen können, daß diese Lehre nicht nur die allein klare und vernunftgemäße, sondern daß sie auch weit freisinniger und humaner in modernsten Sinne des Wortes ist, als was die auf Kant und Hegel fußenden modernen Philosophen und Juristen vortragen.

Es ist zweifellos, daß die Lösung der sozialen Frage darin besteht, das gerechte Gleichgewicht zwischen dem privaten und dem öffentlichen Interesse zu finden. Inwiefern muß der rassist fortstrebende Egoismus eigene Schranken in dem allgemeinen Wohle finden und was sind andererseits die Schranken der Befugnisse der Allgemeinheit? Denn auch die Allgemeinheit kann sich Rechtsverletzungen schuldig machen, sie kann Forderungen an den einzelnen stellen, die das allgemeine Wohl nur vorschützen, um wahre Ungerechtigkeiten zu begehen. Um dies genau zu unterscheiden, heißt es vor allem genau erkennen, was diese Allgemeinheit, was der Staat, was die Gemeinde ist. Ueberdies muß man das innerste Wesen des Rechtes kennen. Doch über beide Begriffe, über Staat und über Recht, herrscht heute nicht nur große Unklarheit in der modernen Wissenschaft, sondern es sind überdies alle diese modernen unklaren Theorien gar sehr geeignet, uns wesentliche Kulturrückschritte zu bringen. Und das alles ist auf die moderne Philosophie zurückzuführen. Die Irrtümer lassen sich klassifizieren, je nachdem Kantische oder Hegelsche Philosophie den Ausführungen zu Grunde liegen. Im allgemeinen gibt es in der modernen Jurisprudenz über das Wesen der Verbände zwei große Theorien, es ist die Fiktionstheorie und die sogenannte Realitätstheorie.

Das große Problem, um welches es sich handelt, ist, das augenscheinlich widerspruchsvolle Phänomen zu erklären, daß uns in der Erscheinungswelt Rechte begegnen,

denen ein Träger zu fehlen scheint. Der Staat, die Gemeinde, die Kirche, das Kloster treten handelnd im Rechtsleben auf, verpflichten sich durch Verträge, stehen vor Gericht, empfangen Erbschaften. Dabei lehrt aber Savigny, alles Recht ist vorhanden um der sittlichen, jedem einzelnen Menschen innewohnenden Freiheit willen. Darum muß der ursprüngliche Begriff der Person oder des Rechtssubjektes mit dem Begriffe des Menschen zusammenfallen, und diese ursprüngliche Identität der beiden Begriffe läßt sich in folgender Formel ausdrücken:

„Jeder einzelne Mensch und nur der einzelne Mensch ist rechtsfähig.“ Diese Lehre von der Persönlichkeit im ethisch philosophischen Sinne als alleinigem Rechtsträger ist die Fiktion, auf welcher die im neunzehnten Jahrhunderte von den angesehensten Juristen wiederholte sogenannte Fiktionstheorie ruht. Nur der einzelne Mensch kann Rechtssubjekt sein, weil der Zweck des Rechtes die Wahrung der ethischen Persönlichkeit der Menschen ist. Es treten uns aber Rechte entgegen, die keine einzelnen Menschen zum Rechtsträger haben. Infolgedessen greifen wir zu einer Fiktion im Sinne eines falschen Schlusses. Wir sagen von einem Wesen, das kein Mensch ist, aus, es sei ein solcher. Das soll die Bedeutung jener Worte des römischen Juristenkonsulten Florentinus sein, die uns in den Pandekten erhalten sind, daß die ruhende Erbschaft „personae vice fungitur“, daß sie die Stelle einer Person vertritt. Wir schaffen einen künstlichen, einen eingebildeten Menschen, eine Schimäre, die wir mit Rechten ausstatten. Und zu diesem kreatürlichen Akte ist der Staat befugt, der an sich auch wieder eine solche Schimäre ist. Das haben unsere Großen des vergangenen Jahrhunderts aus den römischen Quellen herauszulesen gesucht, das hat man überdies eine Errungenschaft genannt, welche der Jurisprudenz das kanonische Recht gebracht hat, und viele angesehene Juristen nennen Innocenz IV. den Vater der Fiktionstheorie, der vor seiner Erhebung auf den päpstlichen Thron als Sinibaldus Fieschi Rechtslehrer gewesen war. In einem wird Innocenz auch für den Nominalismus in Anspruch genommen, jene falsche philosophische Lehre, welche die logischen Allgemeinbegriffe in weissen Scheine auflöste, in reine äußerliche Bezeichnungen, was den ganzen Verfall der Geisteswissenschaften für Jahrhunderte anbahnte.

Tatsächlich wird aber nicht Innocenz, sondern Kant der Vater dieser sogenannten modernen Fiktionstheorie sein. Kant lehrt nämlich, daß die juristische Gesetzgebung die äußere gleiche Freiheit aller zum Gegenstande und zum Zwecke hat. Dementsprechend definiert er das Recht als den Zubegriff aller Bedingungen, unter denen die Willkür des einen mit der Willkür des andern nach einem allgemeinen Gesetze der Freiheit zusammen vereinigt werden

Einmalige Enttäuschung ertragen wird. „Während in unseren ‚Sphären‘ — schrieb noch vor kurzem „Utro Rossiji“ — um Krieg oder Frieden, absolutistische oder liberale Regierungsform gestritten wird, vergißt man eines, an die Stimmung des Volkes. Und dieses hat doch auch etwas dreinzusprechen. Wie das Volk denkt und fühlt, darüber kann die Regierung von jedem Straßenpassanten in der Stadt, von jedem Bewohner des Städtchens und von jedem Bauern auf dem Lande Aufschluß haben.“ Die große Geduld des russischen Volkes hat, wie man weiß, auch ihre Grenzen . . .

Fürst Golizyn für die Fortsetzung des Krieges.

Petersburg, 10. Jänner. (Petersb. Tel.-Ag.)

Der neue Ministerpräsident Fürst Golizyn erklärte in einer Unterredung mit den Vertretern der russischen Presse, daß für ihn ebenso wie für seine Vorgänger der Wahlspruch des Augenblickes die Fortsetzung des Krieges bis zum vollen kommenen endgültigen Sieg sei.

K. K.  PRIV.

Allgemeine Verkehrsbank

und deren Filialen übernehmen

Ausländische Wertpapiere

zur Verwahrung und Anmeldung

gemäß der Verordnung vom 14. Dezember 1916

ohne Namensnennung des Besitzers.

Eine amtliche Schätzung der Effektenpreise.

Wien, 12. Januar.

Auf Grund einer Verordnung, welche der Finanzminister am letzten Tage des vorigen Jahres herausgegeben hat, stellt die Wiener Börsekammer amtliche Schätzwerte sämtlicher an der Wiener, Prager und Triester Börse kotierten Wertpapiere fest. Nach einer Pause von zweieinhalb Jahren seit dem Ausbruche des Krieges erscheint somit zum erstenmal wieder eine Aufstellung der Effektenkurse, welche einen Anhaltspunkt für die Bewertung des großen in Wertpapieren angelegten Vermögensbesitzes ermöglicht. Die Börse war durch anderthalb Jahre des Krieges ganz geschlossen und ist auch jetzt nur für einen beschränkten Privatverkehr eröffnet. Die Preise, die aus diesem Privatverkehre hervorgehen, werden nur den unmittelbar Beteiligten bekanntgegeben, eine Veröffentlichung oder auch nur eine weiteren Kreisen zugängliche Mitteilung ist verboten und soll auch jetzt nicht aufgenommen werden, da nur eine einmalige Unterbrechung nach dem Stande vom 30. Dezember für spezielle Zwecke vorgenommen wird. Die Wiener Börse folgt hierin dem deutschen Muster. In Deutschland wurde gleichfalls nach dem Stande vom 30. Dezember ein sogenannter Steuerkurszettel veröffentlicht, welcher die ungefähre Bewertung der in Berlin kotierten Papiere enthält und die Grundlage für die Bemessung von Steuern und Gebühren bildet, da diese bisher nach dem vollständig veralteten Stande vom Ende Juli 1914 vor Kriegsausbruch vollzogen worden waren. In Oesterreich waren gleichfalls in erster Linie diese fiskalischen Interessen maßgebend, dann aber auch das Bestreben, den Besitzern von Wertpapieren nach so langer Unterbrechung einen einmaligen Anhaltspunkt für die Bewertung ihres Vermögens zu geben. Die Feststellung der Kurse, welche heute erfolgt, trägt daher nicht den Titel eines Kursblattes, sondern nennt sich „amtliche Schätzwerte der Wiener Börsekammer“. Sie wurde auf Grund eingehender Erhebungen und Schätzungen jedes einzelnen Wertpapiertes von der Kammer der Wiener Börse hergestellt, die im Einvernehmen mit der Triester und Prager Börse vorging, und wird in dieser einmaligen Aufstellung veröffentlicht. Die Notierungen erfolgen für jedes Papier, das an der Wiener Börse kotiert ist, ferner für eine Anzahl von Effekten, die bisher nicht notiert waren, aber zum Verkehre an der Wiener Börse zugelassen sind. Das sind nämlich die vier österreichischen und ungarischen Kriegsanleihen, die neu aus gegebenen ungarischen Kassenscheine, mehrere Landes-, Kommunalanleihen und Lose, endlich eine Anzahl von Aktien, die zum Privatverkehre zugelassen sind. Die früher übliche Bestimmung von Geld- und Warenkursen ist diesmal aufgegeben. Es wird für jedes Wertpapier nur ein einziger Preis festgestellt, welcher die amtliche Schätzung des den Marktverkehre entsprechenden ungefähren Wertes nach dem Stande vom 30. Dezember enthält. Die Feststellung dieser Schätzwerte ist von ganz besonderer Wichtigkeit. Die in Wien kotierten Wertpapiere aller Kategorien dürften einen Kurzwert umfassen, der sich um die Summe von 50 Milliarden Kronen bewegt. Für einen so großen Vermögenskomplex, der einen sehr bedeutenden Teil des gesamten Nationalkapitals darstellt und in den breitesten Schichten vereinigt ist, wird auf diese Art ein Anhaltspunkt geschaffen, der für jeden Besitzer bei der Veranschlagung seines Vermögens von großem Nutzen ist, wiewgleich natürlich der vorsichtige Kapitalist die hohen Kurse, die jetzt bestehen, nicht ohne zureichende Reservierungen und Einschränkungen als Vermögenswert ansehen wird. Gebührenbemessungen aus Vermögensübertragungen,

Verlassenschaften und Erbteilungen werden jetzt auf Grund dieser Wertanfätze vollzogen werden. Viel bedeutungsvoller aber ist es, daß der riesige Block von Wertpapieren nicht wie bisher ganz in der Luft hängt, sondern eine mit amtlichem Charakter ausgestattete Bemessungsgrundlage erhält.

Hinsichtlich der Bewertungsgrundlage wurde eine Einteilung der Effekten in drei Gruppen vorgenommen. Die erste Gruppe sind die regelmäßig gehandelten Papiere, bei welchen die im Dezember 1916 tatsächlich getätigten niedrigsten und höchsten Preise zugrunde gelegt wurden. Die zweite Gruppe sind nicht regelmäßig gehandelte Papiere. In diesen wurden die Umsätze der drei letzten Monate des Jahres 1916 zur Bewertung herangezogen und allenfalls der Preis durch eingeholte Gutachten ermittelt. Die letzte Gruppe sind die Pfandbriefe, welche derzeit zum Privatverkehre nicht zugelassen sind. Für diese wurden die von den Sensalen in den letzten drei Monaten außerhalb der Börse vollzogenen Abschlüsse oder die von ihnen gemachten Wahrnehmungen, eventuell Einzelgutachten zur Bewertung herangezogen. Bei allen drei Gruppen wurde nicht ein rechnermäßiger Durchschnittskurs ermittelt, sondern der Schätzwert zunächst dem wirklichen Werte zu Ende des Jahres angenähert. Ueber die Verschiebungen der Bewertung des Effektenvermögens, die aus diesen Kursen hervorgeht, äußert sich eine heute veröffentlichte offizielle Mitteilung folgendermaßen: „Ein Vergleich zwischen dem Kursstande in der letzten Friedenszeit und den gegenwärtigen Ziffern ergibt ein sehr günstiges Bild unseres heimischen Wirtschaftslebens, insofern es in dem Kursstande der Effekten in die Erscheinung tritt, nach zweieinhalbjähriger Dauer des Weltkrieges. Fast bei allen Aktien sind Wertsteigerungen eingetreten, bei einem großen Teile in einem selbst den Fachmann überraschenden Ausmaße. Aber auch das von der Kriegskonjunktur gewiß nicht begünstigte Gebiet der Anlagewerte zeigt eine außerordentliche Festigkeit, ja in vielen wichtigen Teilen sehr ansehnliche Wertsteigerungen. Bei den Renten der beiden Staaten der Monarchie bewegen sich die eigentlich selbstverständlichen Rückgänge gegenüber den Friedenskursen wie im Deutschen Reiche in so engem Rahmen, daß sie keinen Vergleich mit den tiefgehenden Wertzerstörungen an den Staatspapieren der feindlichen Mächte zulassen.“

Die Liste der amtlichen Schätzwerte zerfällt in die gleichen Gruppen, nach denen das frühere Kursblatt eingeteilt worden war. Acht Gruppen sind die festverzinslichen Papiere, nämlich die verschiedenen Kategorien der Staatsschuld, die anderen öffentlichen Anleihen, die Pfandbriefe, Prioritäten und industriellen Obligationen. Die österreichischen und ungarischen Renten stehen ungefähr gleich, die 4prozentigen Kronenrenten werden für beide Staaten mit 75½ Prozent, die 4prozentigen Goldrenten mit 101½ Prozent geschätzt. Für die 4prozentigen staatlichen Eisenbahnprioritätsobligationen bewegen sich die Kurse zwischen 85 und 96 Prozent. Den höchsten Stand haben wie immer die Prioritäten der Ferdinands-Nordbahn. Die 5prozentigen Eisenbahnstaatschuldverschreibungen haben zumeist den Paristand oder halten sich um einige Prozent tiefer. Die 4prozentigen Landesanleihen bewegen sich zwischen 75 und 92 Prozent. Den höchsten Stand haben einzelne Stadtanleihen, von denen mehrere 5prozentige über Pari notieren. Die Preise der Pfandbriefe gestalten sich in ähnlicher Entwicklung. Die 4prozentigen Pfandbriefe notieren zumeist um den Kurs von 85 Prozent herum, die 4½prozentigen Pfandbriefe stellen sich zwischen 90 und 100 Prozent, die 5prozentigen Pfandbriefe, soweit solche bestehen, über Pari. Die ungarischen Pfandbriefe weisen ähnliche Bewertungen auf. Die gebräuchlichen 4prozentigen werden in der Schätzung zu 84 Prozent, die 4½prozentigen zwischen 90 und 95 Prozent angenommen. Die Kriegsanleihen sind in eigener Rubrik nach den gegenwärtigen Schätzungen aufgenommen, ebenso die

beiden während des Krieges im Konvertierungswege neu begebenen ungarischen Staatskassenscheine.

Unter den Aktien bilden die erste Gruppe die Aktien von Banken. Bei vielen derselben hat das vorhandene Material dadurch eine Vermehrung erfahren, daß die großen Institute überwiegend Kapitalvermehrungen vorgenommen haben. Durch diese Kapitalerhöhungen ist neues Bankkapital in der Höhe von rund 300 Millionen Kronen zugeflossen und die Schätzungen der Werte gelten auch für diese Aktien. Die Entwicklung der Kurse ist meist derart, daß die Aktien nach den letzten Dividenden eine Rentabilität darstellen, welche sich um die Grenze von 5 Prozent bewegt. Die Abstände, welche bei der Bewertung zwischen den einzelnen Instituten gemacht werden, sind ungefähr die ähnlichen wie in Friedenszeiten. Kreditaktien notieren mit 660, Aktien der Bodenkreditanstalt mit 1480 Kronen, ungarische Kreditaktien mit 955 Kronen. Unter den Aktien von Transportunternehmungen sind die böhmischen Bahnen hervorzuheben. Ihre schätzungsweise festgestellten Kurse sind derart, daß durch die letzten Dividenden die Aktien mit 3 bis 4 Prozent verzinst werden. So notieren Auffig-Tepliger Aktien mit 1800 Kronen, Buschtiehrader Aktien lit. A mit 2570 Kronen und lit. B mit 940 Kronen. Hierin kommt zum Ausdruck, daß das Kapital nach Überwindung der jetzigen, den Verkehr belastenden Schwierigkeiten an höhere Erträge der Bahnen glaubt. Von den großen Bahunternehmungen stellen sich die Kurse der Südbahnaktien auf 94 Kronen. Die Nordbahn- und Staatsbahnaktien, welche Eigentum an einer staatlichen Rente und an Industrieunternehmungen darstellen, ergeben bei den jetzigen Bewertungen (Nordbahn 660, Staatsbahn 790 Kronen) eine Rentabilität, die sich zwischen 4 und 5 Prozent bewegt. Von Schiffahrtsaktien sind die Aktien der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft mit 1700 Kronen bewertet, was nach der letzten Dividende eine Verzinsung von 3,3 Prozent ergeben würde. Die Aktien des Lloyd notieren 750 Kronen oder 187½ Prozent, trotzdem das Unternehmen dividendenlos ist und es noch für einige Zeit bleiben dürfte; hierin kommt die Ansicht über den Wert der zumeist in sicheren Häfen geborgenen Schiffe im Frieden zum Ausdruck.

Unter den Industrieaktien sind jene Gruppen zu scheiden, welche von der Kriegskonjunktur Anregungen empfangen haben, und solche, denen diese fehlen. Die Eisenwerte werden derart geschätzt, daß sie einen Ertrag zwischen 4 und 6 Prozent abwerfen. Alpine Montanaktien haben einen Preisstand von 1035, Prager Eisen von 3250, Kima-Aktien von 835 Kronen. Die Kohlenpapiere werden vom Markte auf einer viel niedrigeren Ertragsbasis, zumeist zwischen 3 und 4 Prozent, bewertet. Der Stand der Brüxer Aktien wird mit 1800 Kronen, jener der ungarischen Allgemeinen Kohlenbergbau-Gesellschaft mit 1450 Kronen angenommen. Die Aktien der Petroleumgesellschaften haben Kurse, welche von den letzten Dividenden Erträge zwischen 5 und 6 Prozent ergeben. Die Aktien der Karpathengesellschaft notieren 1540 Kronen, jene der Schodnica 1060 Kronen. Von den eigentlichen Kriegslieferungsunternehmungen sind die Schätzungen gemäß den vorgefallenen Abschlüssen derart aufgestellt, daß die Aktien der Shoda-Werke mit 1030 Kronen eine Verzinsung von 3,4 Prozent, jene der Waffenfabrik mit 2050 Kronen von nicht ganz 5 Prozent, die Aktien der Bolbi-Hütte mit 1300 Kronen von 4,6 Prozent abwerfen. Eine Anzahl von Industriepapieren, welche während der Zeit der geschlossenen Börse zum Privatverkehre zugelassen worden sind, wird auf Grund der letzten Kurse eingestellt. Unter ihnen befinden sich einzelne Kriegslieferungsunternehmungen, deren Bewertung in der letzten Zeit stark gestiegen ist; durchschnittlich dürfte das in den neuen Unternehmungen angelegte Kapital eine Verzinsung, die sich um 5 Prozent herum bewegt, abwerfen.

Feststellung von Effektschätzwerten für Ende Dezember 1916.

Amthliche Schätzwerte der Wiener Börse-kammer.

Nach mühevoller Arbeit, welcher langwierige Erhebungen über den Schätzwert sämtlicher an der Wiener Börse zum Handel zugelassener Effekten vorangingen, hat das Kursblattkomitee der Börsekammer im Sinne der ministeriellen Verordnung seine Aufgabe dieser Tage zu Ende geführt und in einer letzten Mittwoch abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der fünf Einzelkommissionen den Entwurf der Effektschätzwerte einer Schlussredaktion unterzogen. Nunmehr erfolgt die Veröffentlichung der Liste, wobei zu bemerken ist, daß es sich nicht um ein Kursblatt mit tatsächlich vorgefallenen Kursen, sondern lediglich um Schätzwerte handelt.

Die Anordnung der Liste paßt sich in den einzelnen Rubriken der des früheren amtlichen Kursblattes in der Friedenszeit an, enthält überdies aber noch die Schätzwerte der bisher im amtlichen Kursblatt nicht notierten Staatsanleihen (österreichische und ungarische Kriegsanleihen und Schatzscheine), die während des Krieges ausgegebenen Landes- und Kommunalanleihen, die neuen Noten-Kreuz-Lose und die im letzten Jahre zum Privatverkehr an der Wiener Börse zugelassenen Aktien.

Wir reproduzieren die amtlichen Schätzwerte auf den Seiten 19 und 20 des vorliegenden Blattes.

Hiezu geht uns noch folgende Erläuterung zu:

Durch die Regierungsverordnung vom 28. Dezember 1916 ist der Finanzminister ermächtigt worden, die Wiener Börsekammer zu beauftragen, für den Schluß des Jahres 1916 — und auch weiterhin in entsprechenden Zeitabschnitten — eine Feststellung der Preise der an den inländischen Börsen notierten und der sonst an der Wiener Börse mit amtlicher Genehmigung gehandelten Wertpapiere vorzunehmen. Abgesehen von dieser allgemeinen Feststellung der Wertpapierpreise kann aber der Finanzminister jederzeit auch noch eine spezielle Schätzung einzelner Wertpapiere durch die Wiener Börsekammer veranlassen. Die auf solche Weise allgemein oder speziell festgestellten und sodann verlautbarten Preise werden als Grundlage für die Ermittlung von Stempel- und unmittelbaren Gebühren dienen, sofern nicht der Gebührenpflichtige oder die Finanzbehörde selbst eine auf den Tag genaue Schätzung wünscht. Papiere, die weder an einer inländischen Börse notiert noch an der Wiener Börse mit amtlicher Genehmigung gehandelt werden, sind zum Zwecke der Gebührenermittlung mit ihrem Nennwert oder mit dem durch gerichtliche Schätzung festgestellten Betrag zu veranschlagen.

Sogleich nach Verlautbarung dieser Regierungsverordnung hat der Finanzminister die Wiener Börsekammer eingeladen, die entsprechenden Schätzwerte der notierten und sonst an der Wiener Börse gehandelten Wertpapiere für den Schluß des Jahres 1916 festzustellen. Weiter wurde die Wiener Börsekammer angewiesen, im Einvernehmen mit den Börseleitungen in Prag und Triest die gleiche Bewertung auch für die ausschließlich an diesen Plätzen notierten Effekten vorzunehmen. Die Wiener Kammer hat sich nun dieser Aufgabe in einer Reihe von Sitzungen in der Zeit vom 2. bis 10. Jänner 1917 unterzogen und auf Grund der vom Kammerbureau geleisteten gründlichen Vorarbeiten eine Liste der Schätzwerte fertiggestellt, die nunmehr zur Veröffentlichung gelangt. Die Schätzwerte beziehen sich auf den 31. Dezember 1916 als Stichtag, ebenso sind die an diesem Tage geltenden Zinsberechnungstermine und die bis dahin vorliegenden Dividendenerklärungen berücksichtigt. Hinsichtlich der Bewertungsbasis wurde nach den Anordnungen des Finanzministeriums eine Einteilung der Effekten in drei Gruppen vorgenommen: 1. Regelmäßig gehandelte

Papiere. Hier wurden die im Monat Dezember 1916 tatsächlich getätigten niedrigsten und höchsten Preise zugrundegelegt. 2. Nicht regelmäßig gehandelte. Bei diesen Titres wurden die Umsätze der drei letzten Monate 1916 zur Bewertung herangezogen, allenfalls der Bewertungspreis durch eingeholtes Gutachten ermittelt. 3. Zum Privatverkehr derzeit nicht zugelassene notierte Effekten (Pfandbriefe). Für diese Gruppe wurden die von den Sepsalen in den letzten drei Monaten außerbörslich getätigten Abschlüsse oder die von ihnen gemachten Wahrnehmungen, eventuell auch hier Einzelgutachten zur Bewertung benützt. Bei allen drei Gruppen wurde übrigens nicht ein rechnungsmäßiger Durchschnittskurs ermittelt, sondern der Schätzwert nicht dem wirklichen Wert zu Ende des Jahres angenähert. Es muß jedoch ausdrücklich betont werden, daß die jetzt publizierte Liste nicht den Charakter eines eigentlichen Kursblattes hat, daß also insbesondere bei Käufen und Verkäufen die darin angegebenen bloß schätzungsweise ermittelten Wertziffern nicht ohne weiteres zugrundegelegt werden können.

Wenn die vorliegende Veröffentlichung auch vornehmlich Zweck der Staatsverwaltung dient und öffentlichen Rücksichten ihr Entstehen verdankt, so ist sie immerhin auch geeignet, dem berechtigten Wunsch des Publikums zu entsprechen, einen Maßstab für die Bewertung seines mobilen Kapitalbesitzes zu haben, der ihm ja seit der Einstellung des amtlichen Kursblattes fehlt.

Ein Vergleich zwischen dem Kursstand in der letzten Friedenszeit und den gegenwärtigen Ziffern ergibt ein sehr günstiges Bild unsres heimischen Wirtschaftslebens, insoweit es in dem Kursstand der Effekten in die Erscheinung tritt, nach zweieinhalbjähriger Dauer des Weltkrieges. Fast bei allen Aktien sind Wertsteigerungen eingetreten, bei einem großen Teil in einem selbst den Fachmann überraschenden Ausmaß. Aber auch das von der Kriegskonjunktur gewiß nicht begünstigte Gebiet der Anlagewerte zeigt eine außerordentliche Festigkeit, ja in vielen wichtigen Teilen sehr ansehnliche Wertsteigerungen. Was die Renten der beiden Staaten der Monarchie anlangt, so bewegen sich die eigentlich selbstverständlichen Rückgänge gegenüber den Friedenskursen — wie im Deutschen Reich — in so engem Rahmen, daß sie keinen Vergleich mit den tiefstehenden Wertzerstörungen an den Staatspapieren der feindlichen Mächte zulassen.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung, Dienstag, den 16. Januar.

Am Ministertisch: v. Breitenbach, Penze, Sydow, v. Voebell, Freiherr v. Schorlemer.

Eine Rede des Präsidenten.

Präsident Graf Schwerin-Bönig eröffnet die Sitzung um 3 1/2 Uhr mit folgender Ansprache:

Meine Herren! Bevor wir in unsere Verhandlungen eintreten, wünsche ich Ihnen allen ein segnetes und, so Gott will, auch friedensbringendes neues Jahr. Aber freilich, die leitenden Staatsmänner unserer Feinde haben in der vergangenen Woche an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika auf dessen Anregung zu Friedensverhandlungen — wie vorher auf unsere Note — eine so empörende Antwort gegeben — haben darin so unerhörte Friedensbedingungen aufgestellt und dabei eine so unerschämte Sprache geführt (lebh. Zustimmung), daß es auf alles dieses für uns heute nur noch die eine Antwort unserer Waffen gibt. (Beifall.)

Und diese wird den Herren Briand und Lloyd George von unseren großen Heerführern, von unseren herrlichen Truppen (Zuruf rechts: U-Boote!) und nicht zum mindesten von unseren braven U-Booten (lebh. Beifall), hoffentlich recht bald mit genügender Deutlichkeit erteilt werden. (Beifall.) Damit sind freilich alle die schönen Friedenshoffnungen, welche vor einem Monat noch die Welt erfüllten, und auch wohl manch einen in den Reihen unserer Feinde erfüllt haben mögen, zunächst einmal wieder verfliegen. Aber einen großen Vorteil hat uns diese frevelhaft hochmütige Ablehnung unserer Friedensbereitschaft unter allen Umständen doch schon gebracht. Das ist die volle Klarheit über das Kriegsziel unserer Feinde. (Sehr richtig!) Heute weiß die ganze Welt — wissen die Neutralen — wissen unsere Verbündeten — und weiß vor allem unser eigenes Volk, um was es sich in diesem Kriege in Wahrheit handelt. Einfach um unser Sein und Nichtsein. Einfach um die Frage, ob wir unsere nationale und wirtschaftliche Freiheit in der Welt noch behaupten oder — gleich so vielen anderen Völkern unserer Erde — zu einem willenlosen Spielball der englischen Welt Herrschaft herabstinken wollen (sehr richtig!), um dazwischen zu doch allein heute der furchtbare Krieg mit allen seinen Leiden noch fortgeführt werden muß. (Sehr richtig!)

Denn das allein ist doch der Sinn, kann doch allein der vernünftige Sinn der immer wiederkehrenden Forderung einer vollständigen Zerstörung des sogenannten „preussischen Militarismus“ sein. Vernichtung unserer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und dadurch Unterordnung unter den gebietenden Feind anderer — oder eines andern — militärisch und wirtschaftlich stärkeren Staates. Das ist doch einfach des Pudels Kern bei dieser unerschämtesten aller Forderungen der Entente. Weil aber diese einfache Sachlage unserem Volke bis in die kleinste Hütte durch die Erklärungen unserer Feinde klar zum Bewußtsein gebracht wurde, darum wird diese Erkenntnis ihm, wie unser Kaiser sagt, eine „eiserne Willenskraft“ verleihen, der kein Opfer an Gut und Blut, an Anspannung seiner ganzen Kraft, an Entbehrungen und Entfagungen zu groß sein wird, um seine nationale Freiheit unter den Völkern dieser Erde zu behaupten. (Sehr richtig!) Ehrlich und aufrichtig war, wie das jüngste öffentliche Schreiben unseres Kaisers an den Kanzler noch erhärtet hat, unsere Friedensbereitschaft. Aber so aufrichtig diese Friedensbereitschaft war, so entschlossen und unbeugsam muß heute auch unser Kampf werden. Heute gibt es kein „darf es bei uns kein Friedensgedanke (Zuruf des Abg. Ströbel [Soz.]: Erst recht!) und keine andere Rücksicht mehr geben, als die wollen, nicht mehr weggutäuschenden Sieg über alle unsere Feinde. (Beifall.) Heute muß weiter gekämpft werden, bis die anderen um Frieden bitten. (Erneuter Beifall.) Wann das sein wird, steht in Gottes Hand. Wir aber halten durch. Und Gott der Herr, der unseren Waffen bis dahin den Sieg verliehen hat, wird unserer guten und gerechten Sache auch den endlichen vollen Sieg über alle unsere Feinde nicht verlagern. (Beifall.)

Dies, meine Herren, habe ich geglaubt, auch als Ihre Meinung, als die feste Zuversicht der preussischen Volksvertretung mit wenigen Worten feststellen zu dürfen, bevor wir nun wieder in unsere ruhige geschäftliche Arbeit eintreten. (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident gedenkt dann der verstorbenen Abg. v. Cynatzen (Str.) und Ernst (Fortf. v. P.).

Die Einbringung des Haushaltsplanes.

Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Entgegennahme des Haushaltsplanes für 1917.

Rede des Finanzministers.

Finanzminister Dr. Penze bringt den neuen Etat ein, überreicht dem Präsidenten die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt im Jahre 1916, die Uebersicht über die Staatseinnahmen und Ausgaben für 1915, den Staatshaushaltsplan für 1917 und einen Gesetzentwurf auf Gewährung weiterer Beihilfen zur Kriegswohlfahrtspflege der Gemeinden und Gemeindeverbände und fährt fort: Zum dritten Male sind wir genötigt, den Staatshaushalt während des Krieges festzustellen. In den beiden vorangegangenen Jahren hegten wir jedesmal die Hoffnung, daß wir uns zum letzten Male mit einem Kriegshaushaltsplan beschäftigen müßten. Auch in diesem Jahre möchten wir diese Hoffnung nicht aufgeben, obgleich das deutsche Friedensangebot von unseren Feinden erst vor wenigen Tagen auf das schärfste zurückgewiesen und mit der Ankündigung des Vernichtungskrieges beantwortet worden ist. Wie unsere Feinde uns so schände überfallen haben, um Deutschland zu zerstören, seinen Wohlstand, seinen Handel zu vernichten und dabei mit ungläublicher Beredsamkeit der Tatsachen und Begebenheiten die ganze Welt und ihre eigenen betrogenen Völker glauben machen lassen, sie wären schuldlos angegriffen und überfallen, so suchen sie auch diesmal ihre Raublust hinter derselben Maske zu verdecken, sowie die Ablehnung des nicht wegzuleugnenden Friedensangebots damit zu demütigen, daß sie die Vernichtung Deutschlands als alleiniges Schuttmittel gegen weitere Kriege und alleinige Sühne für Deutschlands Freveltaten hinstellen. Es sind furchtbare Ausfälle, die uns da gemacht werden, und an dem ersten Willen unserer Feinde, sie zu vernichten, dürfen wir nicht zweifeln. Aber das schreckt uns nicht. (Sehr wahr!) Unsere todesmutigen Truppen zu Lande und zu Wasser und ihre großen Führer haben bisher genugsam bewiesen, in wie hohem Maße wir uns unter ihrem Schutz befinden. Sie werden uns auch weiter schützen. Es wird zwar noch manche Anstrengung und viele Opfer kosten, bis die Entente gezwungen ist, von ihren Plänen Abstand zu nehmen und ihren betrogenen Völkern zu bekennen, daß Deutschland und seine Verbündeten nicht zu besiegen sind, aber

kommen wird dieser Tag sicher und hoffentlich noch in diesem Jahr, und dann ist der Friede nicht mehr weit. (Bravo!) Es heißt daher auch für uns, mitzuwirken in treuer Pflichterfüllung und dem Vaterlande zu dienen, so wie wir es vertragen.

Das Wirtschaftsjahr 1915 hat sich ganz während des Krieges abgespielt. Wir haben den damaligen Haushaltsplan bei dem Mangel aller Urteilsmöglichkeiten auf Grund der Friedensverhältnisse aufgestellt und nur dort Änderungen vorgenommen, wo das durch andere Gesetze und sichere Tatsachen, wie z. B. den Uebergang einiger indirekter Steuern an das Reich, die Steigerung der Ruhegehälter und Hinterbliebenengelder usw. erforderlich war, wir haben vorhandene Ersparungsmöglichkeiten zur Durchführung gebracht, weder neue Beamtenstellen geschaffen, noch die Extraordinarien einzelner Verwaltungen in derselben reichten Weise ausgestellt wie im Frieden. Nur das Extraordinarium der Eisenbahnverwaltung blieb wegen seiner Besonderheit ungelöst. Im Wirtschaftsjahr 1915 lieferten von unseren Einnahmequellen namentlich die Zölle, indirekten Steuern, die Posten, Gerichtsgebühren, Domänen und die Bergverwaltung Mindererträge, nur die direkten Steuern und die Seehandlung gingen über den Voranschlag hinaus. Die Mehr- und Mindererträge bei den planmäßigen Ausgaben gleichen sich ziemlich aus, bei den außerplanmäßigen waren erhebliche Mehraufwendungen für Flüchtlingsfürsorge, für Dispreußen, für Schweinefleisch und Bodenfruchtbarkeit erforderlich. Das Rechnungsjahr 1915 schließt mit einem Fehlbetrag von 106 Millionen Mark ab. Dieser fällt aber nicht vollständig auf die Staatsschulden, sondern wird zum allergrößten Teile mit Hilfe der im Vorjahr beschlossenen außerordentlichen Steuerzuschläge wieder abgedeckt. Die Erträge der Eisenbahnverwaltung sind in ganz erheblichem Maße beeinträchtigt. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr blieben almonatlich hinter dem Voranschlag zurück, der Güterverkehr ist, namentlich im zweiten Halbjahr, gestiegen, so daß die entsprechenden Monate des Vorjahres an manchen Stellen erreicht und sogar übertroffen worden sind. Leider hat es sich 1915 nicht ermöglichen lassen, die Abrechnung über die Militärsendungen reiflos durchzuführen, ein größerer Teil davon ist erst 1916 abgerechnet und bezahlt worden. Hierdurch stellt sich für 1915 ein Minderertrag von 96 Millionen Mark bei den Eisenbahnen heraus. Wäre die Abrechnung rechtzeitig erfolgt, so würde sich voraussichtlich der Minderertrag in einen Mehretrag verwandelt haben. Es ist gelungen, Vorkahrungen zu treffen, daß derartige Verchiebungen in Zukunft nicht mehr vorkommen. Nach Lage der Sache stehen wir aber dem Minderertrag von 96 Millionen gegenüber, der zunächst aus dem Ausgleichsfonds zu decken wäre. Da dieser aber nur 62 Millionen enthält, fallen 34 Millionen auf die Defizitanleihe und belasten dadurch leider unseren Staatshaushalt mit der entsprechenden Tilgung und Verzinsung.

Der Haushaltsplan für 1917.

Der Fehlbetrag von 1914 von 116 Millionen Mark und die Aussicht auf Wiederkehr ähnlicher unerfreulicher Ergebnisse führte dazu, durch die Anspannung der Einnahmen- und Ergänzungssteuer dem Staate neue Einnahmequellen zu eröffnen, um so entstehende Fehlbeträge sofort wieder zu tilgen. Nach dem bisherigen Steuerfuß soll ein Ertrag von rund 100 Millionen zu erwarten. Das Steuerfuß für 1916 hat sich aber gegen 1915 erheblich verbessert, so daß wir mit einem Ertrage der Steuerzuschläge von 116 Millionen rechnen können. Alle übrigen Einnahmequellen lassen aber eine solche Ueberrückung nicht erwarten, sie bleiben vielmehr weit hinter dem Voranschlag zurück. Den Beschüssen des Abgeordnetenhauses auf Steuererhöhungen an die Beamten, Staatsarbeiter und Volksschullehrer ist die Regierung im wesentlichen beigetreten und nur insofern abgewichen, als die Bezugsberechtigung mit 4500 M. bei den Beamten und 2800 M. bei den Lohnangestellten aufgehört. Die Regierung hat sich bei ihrem Beschluß davon leiten lassen, unter allen Umständen der Notlage der gering besoldeten Beamten und Arbeiter abzuwehren, soweit sich das irgend wie mit den Interessen der Allgemeinheit vereinbaren läßt. (Beifall.) Wie sich die Entwicklung in diesem Jahre gestalten wird, können wir noch nicht übersehen. Bei der Eisenbahnverwaltung hat sich der Verkehr in den bisher abgelaufenen Monaten erfreulich entwickelt. Der Personenverkehr hat dadurch zugenommen und die Einnahmen aus dem Güterverkehr sind ebenfalls erheblich gestiegen. Die große Ausdehnung unseres Kriegsschauplatzes nimmt aber unserer Fuhrpark ganz außerordentlich in Anspruch und zahllose Lokomotiven und Wagen sind außerhalb Preußens an allen Fronten und in den Ländern unserer Bundesgenossen in Verwendung. Daher hat sich im Innern trotz einer großen Vermehrung des Fuhrparkes stat. Wagenmangel geltend gemacht, der auch kaum während des Krieges aufhören wird. Welche finanziellen Rückwirkungen davon zu erwarten sind, läßt sich noch nicht sagen. Der Abschluß für 1916 wird aber wohl günstig ausfallen. 1915 wurden für die Unterhaltung der Gemeinden für ihre Ausgaben auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege 110 Millionen eingeleistet; als dieser Betrag 1916 auf 200 Millionen erhöht wurde, wurde er entgegen den bisherigen Gepflogenheiten auf Anleihen übernommen. Dadurch erscheint die Jahresrechnung günstiger als sie tatsächlich ist.

Der Kriegshaushaltsplan für 1917 unterscheidet sich von seinen Vorgängern äußerlich dadurch, daß nach Möglichkeit die Fremdwörter durch deutsche Worte ersetzt worden sind. Dem Deutschen Sprachverein möchte ich für seine wirksame Mithilfe hierbei meinen Dank aussprechen. Einzelne Fremdwörter erschienen noch unentbehrlich. Mit der Verdeutschung soll aber allmählich fortgeföhren werden. Innerlich ähnelt der Haushaltsplan seinen Vorgängern. Natürlich war das nicht überall möglich, da sich die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens nicht mit Sicherheit voraussagen läßt. Was unmittelbar und mittelbar mit Heeresleistungen zusammenhängt, geht allem übergen vor. Ueberall haben die Frauen die Arbeitsstellungen von Männern ausgefüllt. Ohne die Hilfe der Frauen wären wir gar nicht imstande, durchzuhalten. Die in diesem Jahre zum ersten Male zur Erhebung kommenden neuen Reichsteuern, die aus dem Kapital und nicht aus dem Einkommen schöpfen, werden ihren Einfluß auch auf unsere Steuererträge ausüben und die Erträge der preussischen Einnahmen- und Ergänzungssteuer herabmindern. Darauf müssen wir uns gefaßt machen. Da aber die neuen Reichsteuern vom Vermögen und Einkommen nicht im Voraus in Abzug gebracht werden dürfen, wird sich ihr Einfluß in diesem Jahre noch nicht zeigen.

Bei unseren anderen Einnahmen liegen die Dinge nicht so günstig. Bei den Zöllen und indirekten Steuern und bei den Gerichtsgebühren müssen wir erwarten, daß sie weit unter dem bisherigen Aufkommen bleiben. Die Erträge der indirekten Steuern liegen schon seit Kriegsbeginn tief darnieder, und wenn sich auch das Grundstücksgefaß in der letzten Zeit wieder an einigen Stellen belebt hat, so ist diese Wiederbelebung doch viel zu gering, um einen nennenswerten Einfluß auf das Gesamtergebnis auszuüben.

Diese Umstände nötigen dazu, daß der Voranschlag sehr viel mehr als in den Vorjahren der Wirklichkeit entsprechend angefaßt werde. Die zu erwartenden Mehreinnahmen bei der Einnahmen- und Ergänzungssteuer wie die zu erwartenden Mindereinnahmen bei den Zöllen und Gerichtsgebühren sind im Voranschlag zugrunde gelegt worden, nicht mehr die letzten Zahlen der Friedensjahre. Bei den Ausgaben ist ähnlich verfahren. Der im Vorjahre geschaffene Unterstufungsfonds für die pensionierten Beamten usw. ist in diesem Jahre von 1 1/2 Millionen auf 8 Millionen erhöht, also verdoppelt worden. (Beifall.) Im übrigen sind wir mit der allergrößten Sparsamkeit vorgegangen. Der Grundfaß, keine neuen Beamtenstellen zu schaffen, ist im großen und ganzen aufrecht erhalten worden. Nur bei der Eisenbahnverwaltung ließ sich die Schaffung

zahlreicher neuer Beamtenstellen nicht mehr hinauschieben. Das Extraordinarium ist mit Ausnahme der Eisenbahnverwaltung sehr eingeschränkt worden. Dabei wird es auch im Frieden bleiben müssen, wir werden nach dem Kriege das Extraordinarium nicht mehr in der gleichen Weise wie früher ausstatten können.

Die Geldbeschaffung.

Das Anwachsen der Staatsschulden während des Krieges ist ohne weiteres erklärlich. Die hohen Ausgaben, die die starke Vermehrung der Staatsschulden im Gefolge gehabt hat, werden eine weitere Vermehrung nach sich ziehen, da sie noch nicht abgeschlossen sind. Die Geldbeschaffung liegt allerdings ungelöst. Fest verzinste Anleihen müssen für die Kriegsanleihen des Reiches vorbehalten bleiben. Die Bundesstaaten können ihre Bedürfnisse nur durch kurzfristige Schatzanweisungen oder, wie wir das in Zukunft tun wollen, daneben auch durch Wechsel decken. Dieser Kredit ist natürlich unsicherer und teurer als der frühere. Der Betrag von drei Milliarden Mark, zu deren Ausgabe der Finanzminister ermächtigt worden war, ist beinahe erschöpft. Da weitere große Ausgaben bevorstehen, und die Einnahmen zum Teil auch Mindererträge haben können, so ergibt sich die Notwendigkeit, den Betrag bis auf 5 Milliarden zu erhöhen.

Ob dieser Voranschlag sich in der Wirklichkeit bewähren wird, wissen wir noch nicht. Die ständig steigende Teuerung kann weitere unvorhergesehene Ausgaben zur Folge haben. Der gesamte Staatshaushalt schließt ab in Einnahmen und Ausgaben mit 3106 765 121 Mark. Damit ist die fünfte Milliarde überschritten.

Bei den außerplanmäßigen Ausgaben ist die bisher ungelöste Frage des Anteils des Reiches an der Regelung der durch den Krieg entstandenen Schäden inzwischen entschieden worden, und zwar sind die Sachschäden vom Reich zu regeln. Der Zeitpunkt zur Abnahme der von den Staaten veranlagten Vorkaufsgebühren muß noch durch besondere Gesetz festgestellt werden. Der Wiederaufbau von Dampfschiffen schreitet wünschenswerth fort. Von den für die Landwirtschaft bestimmten Gebäuden sind ungefähr zwei Drittel wieder aufgebaut. Bis Oktober 1916 sind für Dispreußen 600 Millionen verausgabt worden. Das bedeutet einen Ruhmesertrag für die beteiligten Arbeiter und Behörden. Die schwergeprüfte Provinz ist in vollem Wiedererstehen begriffen. Die zur Unterstützung der Gemeinden für ihre Ausgaben auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege bereit gestellten 200 Millionen Mark sind bereits verbraucht. Für die nachgewiesenen Ausgaben zahlte bisher der Staat ein Drittel, das Reich seinerseits ein weiteres Drittel. Nur ganz großen leistungsfähigen Gemeinden ist etwas weniger als zwei Drittel gezahlt worden, wofür anderen leistungsunfähigen Gemeinden etwas mehr gewährt werden konnte. Diese Ausgaben dürften sich kaum vermindern, sondern eher vermehren; bei ihrer hohen sozialen Bedeutung wird der Staat mindestens dieselbe Beihilfe wie bisher zu leisten haben, wir erbitten wieder 200 Millionen Mark, nachdem 1915 110 Millionen und 1916 200 Millionen bewilligt worden sind.

Die Arbeit zur Kultivierung der Moore und Heideflächen schreitet rüstig fort. Immer weitere Dehnungsstrecken werden urbar gemacht und für den Anbau von Nahrungs- und Futtermitteln gewonnen. Auf dem Gebiete der inneren Kolonisation sind durch das Gesetz vom 8. Mai 1916 die Mittel für staatlichen Zwischenkredit auf 100 Millionen M. erhöht worden. Im Laufe des Jahres 1916 sind auf provinzieller Grundlage zwei weitere große gemeinnützige Siedlungsgesellschaften begründet worden: „Eigenes Heim“ für die Rheinprovinz mit 1 Million M. Stammkapital und „Rote Erde“ in Westfalen mit 4 Millionen. In beiden Fällen hat sich der Staat mit der Hälfte des Stammkapitals beteiligt. Die ostpreussische Landgesellschaft hat von den Staatsdarlehen für die Ansiedlung Kriegsbeschädigter und für den Ersatz von Kriegszerstörungen großen Gebrauch gemacht und über 1300 Hektar angekauft. Die Kriegshilfskassen zur Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung des Erzlebens von Kriegsteilnehmern aus dem selbständigen Mittelstand sind in allen Provinzen unter erheblicher Beteiligung des Staates errichtet worden. Auf die von der Staatsregierung geplante Förderung des Kleinwohnens weise ich bloß hin, hoffentlich werden die dem Hause vorliegenden Gesetze bald verabschiedet. Auch in diesem Jahre sind wiederum zahllose gemeinnützige Gesellschaften mit Staatshilfe gegründet worden, die darauf abzielen, das durch den Krieg hervorgerufene Elend zu beheben.

Aus all diesen Darlegungen ist zu ersehen, daß der Krieg in sehr starkem Maßstab auf unsere Staatswirtschaft eingewirkt und große Anforderungen gestellt hat. Wenn wir auch die Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsplan ins Gleichgewicht bringen konnten, so doch nur äußerlich, da eine große Zahl notwendiger Ausgaben aus Mangel an Mitteln zurückgestellt werden mußte. Auch nach dem Kriege werden wir dabei bleiben müssen, daß unsere Staatswirtschaft nach wesentlich engeren und sparsameren Gesichtspunkten geführt werden muß als vor dem Kriege. Wir sind nicht mehr reich genug, um anders zu verfahren. Schon die Höhe der öffentlichen Lasten, welche der Krieg zur Folge haben wird, wird dies verbieten. Hiermit müssen wir uns vertraut machen und abfinden, es geht nicht anders. Die Hauptsache ist aber heute, daß wir den Krieg gewinnen. (Sehr richtig!) Die Absperrung vom Auslande macht sich überall fühlbar, und es nicht zu bestreiten, daß sie schwer auf dem ganzen Lande lastet. Aber dies muß ertragen werden. Die Eingriffe in die Wirtschaft des einzelnen, die Ernährungs-schwierigkeiten und die Teuerung sind gewiß groß, und die Sorgen, die jeder einzelne, besonders wenn er nur ein kleines Vermögen besitzt oder gar eine große Familie ernähren muß, sind ganz gewiß bitter und schwer. Aber was will das sagen gegenüber der Zukunft unseres Volkes. Die Sorgen des einzelnen wiegen sehr leicht gegenüber dem Schicksal, das unserem Vaterlande bevorstehen würde, wenn unsere Feinde ihren Willen durchsetzen und Sieger bleiben würden. Wenn wir uns dies vorstellen, schrumpfen alle Sorgen zusammen, erscheinen sie leicht und erträglich gegenüber einem so furchtbaren Schicksal. Heute muß jeder die Fäden zusammenheften und alle Entbehrungen und Schwierigkeiten ertragen, jeder muß helfen, sonst können wir den Krieg nicht gewinnen.

Unsere Feinde irren sich ganz gewaltig in der Hoffnung, Deutschland auszuhungern zu können. In Deutschland wird keiner trotz aller Absperrungen verhungern, dafür ist gesorgt. Bei unseren Feinden aber sind Not und Teuerung vielfach viel schwerer als bei uns! (Sehr wahr!) Schwere Kämpfe haben wir noch zu bestehen, harte Zeiten durchzumachen, viele Opfer an Gut und Blut und Entfagung noch zu bringen. Darauf sind wir alle gefaßt. Aber trotzdem ist unser Vertrauen und unsere Zuversicht festester. Jeder, vom ersten bis zum letzten, ist überzeugt und durchdrungen: unterliegen werden wir nicht, der Sieg wird uns doch bleiben! (Beifall.) Unser treuer Gott, der Preußen so schützlich geföhrt und das junge Deutsche Reich so in seinen Schutz genommen, wird uns auch weiter beistehen, wenn wir nur unsere Schuldigkeit tun. (Erneuter Beifall.) Das wollen und werden wir (lebh. Zustimmung) aus vollem Herzen! (Stürmischer Beifall.)

Das Haus verlag sich auf Donnerstag, den 18. dieses Monats, vormittags 11 Uhr: Erste Lesung des Etats. Schluß 4 1/2 Uhr.

Der Steuerkurszettel als Wirtschafts Spiegel.

Von Fried Landsburgh.

Berlin, 15. Januar.

Wenn man dem Kurszettel lauben darf, der, zum erstenmal seit zweieinhalb Jahren, in den ersten Januartagen zu Steuerzwecken veröffentlicht worden ist, obwohl ein amtlicher Verkehr seit Kriegsausbruch an keiner der deutschen Börsen mehr stattgefunden hat, so hätte der Krieg Deutschland keine wirtschaftlichen Verluste, sondern eher eine Bereicherung gebracht. Die meisten Gebiete des Erwerbslebens haben, im Spiegelbild des Kurszettels, eine ausnehmend gute Zeit hinter sich, denn die Kurse haben ihren Stand seit dem Juli 1914 meist nennenswert verbessert. Bei einzelnen Gebieten ist das nicht weiter verwunderlich. Man weiß seit langem, daß die sogenannten Kriegsindustrien reichen Gewinn aus dem kaum zu befriedigenden Bedarf des Reiches ziehen. Und ebenso weiß man, daß alle Hilfsindustrien, vor allem die Produzenten der heute so kostbaren Rohmaterialien, die keine ausländische Konkurrenz mehr zu fürchten brauchen, vom Kriege begünstigt worden sind, obwohl die Regierung dafür gesorgt hat, daß sie ihre Monopolstellung nicht in wucherischer Weise ausnutzen. Mit Ueberraschung aber hat die breite Masse der Bevölkerung, die seit zweieinhalb Jahren kein vollständiges Kursblatt mehr zu sehen bekommen hat, aus dem Steuerkurszettel entnommen, daß auch solche Erwerbsgebiete aus dem Kriege Nutzen gezogen haben, von denen man hätte annehmen sollen, daß sie sich durchaus auf der Schattenseite der Kriegskonjunktur befänden.

Unter diesen Erwerbsgebieten fallen auf den ersten Blick die Brauindustrie, die Zementfabrikation und die Kaliindustrie auf, noch mehr aber das große Gebiet der Textilfabrikation, die seit Kriegsausbruch so gut wie ganz von ihrem Rohmaterial abgeschnitten ist. Von dem Notstand, den der Krieg aus den allerersten Gründen in diesen Gewerben hervorgerufen haben mußte, weiß der Kurszettel nichts zu melden. Er weist fast durchwegs Steigerungen, bei einzelnen Textil-, Papier- und Kaliwerten sogar ganz erhebliche Steigerungen auf. Noch auffallender aber ist das Bild, das der Kurszettel von solchen Gebieten entwirft, die der Krieg zum totalen oder partiellen Stillstand verurteilt hat. Das Transport- und das Hotelgewerbe, die unbefruchteten Hauptleidtragenden der so gründlich veränderten Wirtschaftsverhältnisse sind, zeigen zwar keine Kurssteigerungen, aber ebensowenig kursmäßige Spuren einer inneren Zerrüttung, wie man sie bei ihnen voraussetzen sollte. Die Rückgänge sind, soweit überhaupt eingetreten, meist herzlich unbedeutend, entsprechen jedenfalls in keiner Weise den Vorstellungen, die man mit einem jahrelangen Weltkrieg verbindet.

Das große Rundgemälde des Kurszettels hat sonach das erfreuliche Bild, das schon die Jahresbilanzen der allermeisten Gesellschaften in kleinen Einzelausschnitten gezeigt haben, teils bestätigt, teils noch in günstigerem Sinne retuschiert. Wenn man seinem Zeugnis glauben darf, so hat der Krieg der deutschen Industrie bisher nicht geschadet. Er hat ihr im Gegenteil so viel eingebracht, daß sie verhältnismäßig hohe Kriegssteuern zahlen, ja sogar mit allerlei Finanzoperationen, insbesondere bedenklichen Kapitalsverwässerungen, gegen ihre eigene Gesundheit wüten kann, ohne daß ihr dies in ihrer Gesamtheit irgendwelchen Schaden täte. Entspricht dieses günstige Kriegswirtschaftsbild der Wahrheit? Ist der Krieg, der doch allgemein für den furchtbaren Wertevernichter gilt, besser als sein Ruf, und ist er in Wirklichkeit ein Wertevermehrer?

Die pessimistischen Anschauungen, die man in dieser Beziehung früher hatte, sind freilich schon vor geraumer Zeit einer Revision unterzogen worden. Man hat während der langen Dauer des Völkerringens allmählich einsehen gelernt, daß die Kriegswirre in wirtschaftlicher Hinsicht doch nicht so ganz den apokalyptischen Reitern gleicht, die alles vor sich niederstampfen, wie man es bei Kriegsbeginn gemeint hat. Daß der Krieg Werte zerstört, ist gewiß. Aber gewiß ist auch, daß er nicht ausschließlich vom Kapital zehrt, und daß es falsch ist, die Hunderte von Milliarden, die der Krieg bisher verschlungen hat, einfach vom europäischen Nationalvermögen zu streichen, das sich andernfalls schon um ein rundes Drittel seiner Substanz vermindert hätte. Aber wenn man dies auch allmählich eingesehen hat, so sträubt sich der gesunde Menschenverstand doch ganz entschieden gegen die Vorstellung, daß der Zerstörer Krieg in wirtschaftlicher Hinsicht eine harmlose Erscheinung oder gar die Quelle einer absoluten Reichtumssteigerung sein soll, wie es der Kurszettel uns glauben machen will.

Und damit hat der gesunde Menschenverstand auch ganz recht. Das beweist uns der Kurszettel selbst, sobald wir uns etwas gründlicher in seine Zahlenreihen vertiefen. Man erkennt dann nämlich, daß die Kursveränderungen der Dividendenpapiere, obwohl sie das ganze Gebiet der nationalen Erwerbstätigkeit widerspiegeln, doch kein ganzes, sondern nur ein halbes Bild des Wirtschaftslebens liefern. Denn dem hohen Kursstande der allermeisten Aktien steht der Rückgang aller inländischen festverzinslichen Papiere gegenüber. Man ist zunächst geneigt, über diese bedenklichekehrseite der Kursbewegung hinwegzusehen, ihr wenigstens keine größere Bedeutung beizumessen; insofern der Kursrückgang ja hier im Grunde nichts anderes besage, als daß die Rentenansprüche des Kapitals während des Krieges gewachsen sind und daß daher ein Zinseinkommen, das nicht höher und nicht niedriger ist als vor dem Kriege, entsprechend geringer kapitalisiert wird, ohne daß sich in sachlicher Hinsicht etwas geändert hätte. In Wirklichkeit sagt uns aber die Bewegung dieser Werte viel, und es geht nicht an, sie bei der Bewertung des kursmäßigen Gesamtbildes einfach außer Betracht zu lassen.

Während die Dividendenwerte des Kurszettels die organisierte Produktion verkörpern, die sich im Laufe der Jahre auf den Krieg eingerichtet hat und ihm alles, was er braucht, mit hohem Nutzen liefert, verkörpern die festverzinslichen Werte Reich und Staat, Provinzen und Gemeinden, mit einem Worte die ganze steuerzahlende Bevölkerung. Alles, was sich als Quelle gewinnbringender Aufträge in

die Industrie und damit auf die Dividendenseite des Kurszettels ergießt, erscheint hier, auf der Rentenseite, als Passivum, als Volksbelastung. Hier figurieren die gewaltigen Summen, die der Krieg in Millionen von Einzelbeträgen aus der allerbreitesten Volksgemeinschaft saugt. Freilich wird der Hauptteil der Riesenanleihen, deren das Reich, der weitaus größte Arbeitgeber, heute bedarf, von den Erwerbstätigen beigesteuert, bei denen sich die Kriegsgewinne mit außerordentlicher Schnelligkeit zu Kapital verdichten. Aber die sinkenden Rentenkurse, die nur ein anderer Ausdruck für den erhöhten Rentenanspruch des Kapitals sind, zeigen deutlich, daß die Bereitwilligkeit des Kapitals, sich dem Reiche zur Verfügung zu stellen, von der Allgemeinheit mit einem höheren Entgelt bezahlt werden muß, als früher. Die gewerbliche Produktion und das Kapital empfangen mehr, die steuerzahlende Allgemeinheit gibt mehr als früher. Und am Ende des Krieges steht eine bereicherte Industrie einem mit hochverzinslichen Schulden belasteten Gemeinwesen, das heißt einer hochbesteuerten Gesamtbevölkerung gegenüber.

Der Kurszettel sagt uns aber noch mehr. Indem er uns durch das hohe Kursniveau der Dividendenwerte darüber belehrt, daß das produzierende Kapital, also der in langer Friedensarbeit angesammelte eigentliche Reichtum der Nation, während des Krieges ziemlich intakt geblieben ist, zwingt er uns, nach der Quelle zu suchen, aus der die Milliardenwerte stammen, die tatsächlich im Nachen des Krieges verschwunden sind. Denn irgendwelchen Quellen muß schließlich der Massenaufwand des Krieges entnommen sein. Prüfen wir daraufhin an Hand des Kurszettels die wenigen Erwerbsgebiete, auf denen die Kursrückgänge überwiegen, so zeigt es sich, daß dies fast durchwegs solche Gebiete sind, denen es — wie beispielsweise der Hotelindustrie und dem Gastwirtsgerwebe — nicht möglich gewesen ist, ihren Betrieb auf den Krieg umzustellen, die vielmehr nach wie vor gezwungen sind, für den Privatkonsum zu arbeiten. Für jeden, der ein wenig nachdenkt, ist dies ein deutlicher Fingerzeig, aus welchen Quellen der Kriegsbedarf in der Hauptsache bestritten wird. Daß diejenigen Erwerbsgebiete, die ausschließlich für den Privatkonsum der Bevölkerung arbeiten und nicht gerade unbedenkliche Lebensmittel herstellen, die eigentlichen Leidtragenden der Kriegskonjunktur sind, sagt uns mit allerwünschenswerten Eindringlichkeit, daß der Verzicht der großen Bevölkerungsmasse auf den gewohnten Friedenskonsum heute für den öffentlichen Mehrbedarf aufkommen muß. Der gewerblichen Einschränkung der Friedensproduktion entspricht eine allgemeine Einschränkung des Friedenskonsums. Wir brauchen nur um uns zu blicken, um diesen Konsumverzicht in der mannigfaltigsten Gestalt vor Augen zu haben. Freilich ist der Verzicht kein freiwilliger, denn die Allgemeinheit setzt sich aus Egoisten zusammen. Der Verzicht wird der Allgemeinheit vielmehr aufgezwungen, nicht so sehr durch die zahlreichen Beschlagnahmen und Verbrauchsbeschränkungen, auch nicht durch die hohen Steuern und Abgaben, sondern in erster Linie durch die allgemeine Preissteigerung. Der hohe Preis, den heute jeder Mann für seinen Konsum mit Ausnahme der Gegenstände des allerndigsten Bedarfs bezahlen muß, ist ein eiserner Diktator, der das ganze Volk zwingt, zu bescheidenen Lebensgewohnheiten überzugehen, damit die nationale Produktion weniger für private Luxusbedürfnisse und mehr für die unendlich wichtigere Landesverteidigung arbeiten kann. So ist der Preis der große Umschalter, der die Friedenszeugung allmählich, und ohne daß der Zusammenhang in allen Fällen klar erkennbar ist, in eine Kriegszzeugung verwandelt. Und damit haben wir auch die Hauptquelle, aus der die enormen Gütermengen stammen, die der Krieg verschlingt. Nicht aus dem nationalen Kapital wird der größere Teil des Kriegsbedarfes und seiner finanziellen Deckung bestritten, sondern aus dem teilweise bis zur Entbehrung gehenden Konsumverzicht, den sich die Bevölkerung während des Krieges auferlegt.

Vom vaterländischen Gesichtspunkte aus ist es gut, daß es sich so verhält; ist es gut, daß wir durch einen gewissen, für die große Mehrheit leicht zu ertragenden Konsumverzicht eine allzu starke Zertrümmerung nationalen Kapitals verhindern können. Nur ist es Sache des Staates, daß er sich einen klaren Blick für das Maß der Vorteile auf der einen und der Opfer auf der anderen Seite bewahrt, die der Krieg im Gefolge hat. Es ist Sache des Staates dafür zu sorgen, daß sich aus dem der Volksmehrheit aufgezwungenen Minderverbrauch keine übergroßen Gewinne einer verhältnismäßig kleinen Oberschicht von Produzenten ergeben. Freilich darf das Bestreben, die unsoziale Eigenart des Krieges im Sinne der Gerechtigkeit zu korrigieren, ein gesundes Maß nicht überschreiten. Nichts wäre verkehrter, als aus ethischen Motiven heraus die Kriegsgewinne vollständig oder annähernd vollständig fortzusteuern. (Spricht man doch in manchen Kreisen Deutschlands bereits von einer Erhöhung der Kriegsteuer auf 80 Prozent und darüber!) Genau so egoistisch wie die verbrauchende Allgemeinheit, die mit allen Kräften gegen die ihr vom Kriege aufzuerwachte Verbrauchsminde rung wehrt, sind auch die Produzenten, die keine Arbeit aufwenden und kein Risiko laufen wollen, wenn ihnen nicht ein entsprechender Gewinn winkt. Der Kriegsgewinn ist nun einmal der zwar unehöhe, aber leider unentbehrliche Anreger, der dafür sorgt, daß das Reich den Kriegsbedarf erhält, ohne den es einen siegreichen Krieg nicht führen kann. Aber es gibt eine Mittellinie der Besteuerung, die dem unentbehrlichen Gewinnanreiz auf der einen Seite Rechnung trägt, ohne die Billigkeit auf der anderen Seite zu verletzen. Diese Mittellinie, diese wahre Steuergerechtigkeit aufzuspielen ist eine schwere Aufgabe, aber eine Aufgabe, der sich kein kriegführender Staat entziehen kann.

Frankreichs Kriegsbudgets.

Der Finanzschriftsteller Edmond Théry unterzieht im „Matin“ die durch die jüngsten Beschlüsse des Parlaments betreffend die neuen Kriegskredite geschaffene Finanzlage und erblickt in der Genehmigung der Ausgaben von 8539 Millionen für das erste Quartal 1917 und der neuen Steuern in Höhe von 586 Millionen die beste Ergänzung zu der ablehnenden Antwort der Entente auf das Friedensangebot der Centralmächte. Bis Ende 1916 sind von Kammer und Senat insgesamt Ausgaben in Höhe von 61.737 Millionen genehmigt worden, davon 45.293 für das Heer, 4939 für die Staatsschulden, 6496 für soziale Unterstützungen und 4989 für sonstige Erfordernisse. Die durchschnittlichen Ausgaben erreichten per Monat 1318 Millionen im Jahre 1914, 1900 Millionen im Jahre 1915, 2695 Millionen im Jahre 1916. Diesen Ausgaben stehen folgende Einnahmen gegenüber: Konsolidierte Staatsschuld 21.626 Millionen (die erste 5prozentige Anleihe von 1915 ergab 11.922.290.000 Frank, die zweite von 1916 9.703.371.000 Frank), schwebende Schuld 15.321 Millionen, Vorschüsse der Bank von Frankreich 8600 Millionen, Vorschuß der Bank von Algerien 120 Millionen, befristete Schulden 2094 Millionen, zusammen 47.761 Millionen Anleihen und 9328 Millionen Einnahmen aus den Budgets, mithin eine Gesamtsumme von 57.089 Millionen. Die schwebende Schuld umfaßt 11.591 Millionen Bons der Nationalverteidigung, 3960 Bons im Auslande und 164 Millionen, die den Generalsteuereinnahmern geschuldet werden. Zu den befristeten Schulden gehören die in den Vereinigten Staaten aufgenommenen Anleihen und die Vorschüsse der New-Yorker Banken in Höhe von 1761 Millionen.

Die Steuereingänge haben sich erheblich gebessert, von 248 Millionen per Monat vom August bis Ende 1916 auf 313 Millionen im Jahre 1915 und auf 362 Millionen im Jahre 1916. Das ungedeckte Defizit von 4648 Millionen ist nach der Versicherung des Referenten des Senats, Herrn Aimond, nur ein scheinbares, da bei der späteren Bereinigung der Einnahmen und Ausgaben eine wesentliche Einschränkung des Fehlbetrages eintreten dürfte. Mithin kann Frankreich voller Zuversicht den Augenblick der dritten Kriegsanleihe abwarten.

Nach den Berechnungen Théry's erreichten die ausschließlich militärischen Ausgaben der sechs kriegsführenden Großmächte bis Ende 1916 rund 297 Milliarden, 10.241 Millionen per Monat und 341,3 Millionen per Tag, mithin nahe an 4000 Frank per Sekunde. Diese Ausgaben wachsen aber unausgesetzt infolge der erhöhten Produktion von Kriegsmaterial, der Verwendung größerer Effektivebestände und der erheblichen Verteuerung aller Produkte, so daß man bei einer weiteren Dauer des Krieges von nur acht Monaten auf eine Gesamtausgabe von 450 Milliarden zählen kann.

Wenn, wie Théry mit Bestimmtheit erwartet, die Entente siegreich bleibt, dann wird die Liquidierung der riesigen Kriegsausgaben relativ leicht sein, weil die Verbündeten auch dabei gemeinsam vorgehen werden.

Frankreichs Finanzjahr 1916.

In seinem finanziellen Jahresberichte verweist der „Temps“ zunächst auf die Tatsache, daß an der Pariser Börse die meisten alten Wertpapiere mit festen Zinsen, so namentlich die dreiprozentige perpetuelle und tilgbare Rente, die Schuldverschreibungen der französischen Eisenbahnen, infolge der Konkurrenz der neuen Anleihen mit weit höheren Zinsen, erheblich im Kurse zurückgegangen sind, wie nachstehende Zusammenstellung der Notierungen am Jahresende zeigt:

	1913	1914	1915	1916
3prozentige Rente	85.97	72.10	63.75	61.—
id. tilgbare	89.50	78.50	72.35	68.45
4prozentige Ruffen 1880	89.20	75.80	71.25	71.—
id. 4prozentige Konvols	92.20	77.—	70.10	72.40
id. 3prozentige Gold 1891	75.90	63.—	59.95	59.95
id. 5prozentige 1906	103.10	93.15	86.—	84.45
Statiener	98.75	84.10	78.60	71.75
Unit. Ägypten	101.40	87.75	83.—	87.75
Türken	85.80	62.25	60.—	58.—
Serben	83.25	67.25	60.70	59.50
Spanische Exterieur	90.80	88.—	87.70	103.—

Dagegen sind die Fonds der neutralen Länder, in denen die französische Valuta stark gesunken ist, erheblich gebessert.

Die französischen Banken haben sich im Laufe des letzten Jahres sehr kräftig erholt, da der Unterschied zwischen den Zinsen, die sie für die Depots bezahlten, und denen, die sie für die Bons der Nationalverteidigung erhalten, ein recht erheblicher ist, und sie überdies aus der Beherrschung der Wertpapiere einen ganz erheblichen Nutzen ziehen. Eine ständige Hausse haben aber seit 1913 nur die Bank von Frankreich und die Bank von Algerien von 4655 auf 5035, beziehungsweise von 2990 auf 3045 aufzuweisen, indes alle anderen Banken trotz der Erholung im Vorjahre noch weit hinter den Schlussskursen von 1913 zurückbleiben, Crédit Lyonnais auf 1180 statt 1671, Banque de Paris auf 1042 statt 1660, Comptoir National d'Escompte auf 790 statt 1050, Société Générale auf 490 statt 815, Union Parisienne auf 638,50 statt 1015 usw.

Wenn die eigentlichen Kriegswerte erhebliche Kursgewinne aufweisen, so sind die Papiere der Transport- und Beleuchtungsumernungen infolge der unerschwinglich gewordenen Kohlenpreise stark gesunken. Auf eine Besserung der schweren Krise scheint der Verfasser nicht zu rechnen, da ihm die Selbstbewußtheit der französischen Verwaltung bekannt ist, die nie einen Fehler eingestehen wird, da man doch nie den Schültern zu entdecken vermag.

Die seit Beginn des Krieges reponierten Haussepositionen haben neuerdings abgenommen und betragen nur noch 300

Millionen, die gestundeten Wechsel der Bank von Frankreich sind um rund 500 Millionen zurückgegangen. Kostgelder sind weniger flüchtig, da die Anlage der disponiblen Gelder in Bons der Nationalverteidigung mit dreimonatlicher Laufzeit nicht nur 4 Prozent Zinsen, sondern auch noch die Möglichkeit der Bekehrung durch die Bank von Frankreich liefert.

Die Inhaber der französischen Renten werden mit Genugtuung die Tatsache verzeichnen, daß die Verzinsung nicht mehr ausschließlich durch die schwebende Schuld, sondern durch die Staatseinnahmen, wenigstens teilweise, gesichert wird, da für 1916 für mehr als eine Milliarde neuer Steuern bewilligt wurden und für 1917 ein noch höherer Betrag erforderlich sein wird. Die zwei Kriegsanleihen erreichen an Zinsen eine Jahresausgabe von 1873,450.000 Frank, zu denen noch 638 Millionen für die Verzinsung der Anleihen im Auslande und der Vorschüsse der Bank von Frankreich und der Bank von Algerien kommen, so daß die Zinslast schon bisher eine Erhöhung von rund 2 1/2 Milliarden aufweist.

Die Handelsbilanz wies bereits Ende November ein Passivum von mehr als 11 Milliarden auf, das sich naturgemäß im weiteren Verlaufe noch erhöhen wird.

Wenn auch die Gesamteinnahmen der französischen Eisenbahnen auf rund zwei Milliarden gegen 1700 Millionen im Jahre 1915 veranschlagt werden, so weiß man bereits jetzt, daß sie infolge der wesentlich höheren Betriebskosten das Jahr mit einem Fehlbetrage von mindestens 455 Millionen abschließen werden.

Einen besonderen Absatz widmet der Bericht der verhassten Einkommensteuer, die schon nach wenigen Monaten des Bestandes eine unerhörte Erhöhung von 2 auf 10 Prozent erfahren hat, wobei noch ganz besonders darauf hingewiesen wird, daß man absichtlich den Abschluß der Operationen der ersten Kriegsanleihe abwartete, ehe man diese Vergewaltigung der Kapitalisten vornahm. Seiner Gewohnheit gemäß verfißt das Blatt die Idee, daß nur eine Erweiterung und Erhöhung der indirekten Abgaben eine gerechte Verteilung der durch den Krieg geschaffenen Mehrbelastung ermöglichen würde.

Die einzig tröstliche Seite des Berichtes ist die über die Kurse der französischen und englischen Valuta im Vergleich zu der deutschen und österreichischen. Allerdings wird dabei wohlweislich die Feststellung unterlassen, daß die relativ besonderen Notierungen des Pfund Sterling und des Frank nur dadurch erzielt wurden, daß England und Frankreich im neutralen Auslande erhebliche Anleihen zur Stütze ihrer Valuten aufgenommen haben, indes die von der Außenwelt nahezu vollständig abgeschlossenen Centralmächte ihre Bestellungen im Auslande mit Bar Geld bezahlen mußten. Die Zukunft wird zeigen, wie hoch sich die Kosten dieser Operationen der Ententestaaten belaufen werden, auf die der „Temps“ gegenwärtig so stolz ist.

Der Ökonomist.

Deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsziele.

Von Geheimrat Professor Dr. Julius Wolf.

(Siehe Nummer 18812 vom 6. Januar 1917.)

Berlin, im Januar.

III.

Voran Oesterreich-Ungarn krank, ist die passive Handels- und Zahlungsbilanz. Nach einer langen Reihe von Jahren mit Aktivsaldo ist bekanntlich seit 1908 die Handelsbilanz passiv und dieses Passivum war vor dem Kriege in starkem Steigen begriffen. 1908 rund 80 Millionen Kronen, war der Passivsaldo 1909 350 Millionen, 1913 aber 740 Millionen, und wenn er auch 1913 auf 520 Millionen zurückging, deutete sich die Wahrscheinlichkeit einer Umkehr noch lange nicht an. 1908 hatte es aber noch einen Aktivsaldo von 300 Millionen gegeben. Allerdings ist die Ausfuhr (im Spezialhandel) von 1903 bis 1913 um 640 Millionen Kronen gestiegen, die Einfuhr ist aber gleichzeitig um 1530 Millionen Kronen hinausgegangen, das Plus der Einfuhr über die Ausfuhr war damit in dieser kurzen Zeit so groß und größer als noch im Jahre 1897 die ganze Einfuhr der Monarchie. Auf seiten der Einfuhr in der Frist eines Dezenniums also fast eine Verdopplung, auf seiten der Ausfuhr nur eine Steigerung um ein schmales Drittel! In Deutschland ist gleichzeitig die Einfuhr im Spezialhandel um 4770 Millionen Mark, die Ausfuhr um 5083 Millionen Mark gewachsen. In Deutschland hat sich damit auch die Ausfuhr von bereits sehr hohem Betrage aus verdoppelt und absolut war die Steigerung fast zehnmal größer als in Oesterreich-Ungarn — rund 5000 gegen rund 500 Millionen Mark! Auf seiten der österreichisch-ungarischen Einfuhr sind Rohstoffe, Halbfabrikate, Ganzfabrikate in dieser Zeit gleichmäßig auf fast genau das Doppelte des Wertes gestiegen, es kann also nicht behauptet werden, daß etwa die Industrien des Auslandes Oesterreich-Ungarn einseitig überflutet hätten. Auf seiten der Ausfuhr hat sich der Export österreichischer Rohstoffe fast nicht mehr gehoben, der Export von Ganzfabrikaten hat eine Steigerung um etwa zwei Drittel, die Ausfuhr von Halbfabrikaten auf die doppelte Menge durchgemacht. Das alles war aber angesichts der Steigerung der Einfuhren ungenügend.

Eine Sanierung der kranken Handels- und Zahlungsbilanz kann nur durch Steigerung sei es der Rohstoffe, sei es der Fabrikateausfuhr, erfolgen. Auf seiten der ersteren stehen gegenwärtig bekanntlich Holz, Zucker, Eier, Malz, Vieh, Felle und Häute, auch Kohle im Vordergrund, ob eine Steigerung hier in kürzerer oder längerer Frist möglich sein wird, muß als zweifelhaft bezeichnet werden, die Steigerung der Ausfuhr muß sich also im wesentlichen doch wohl auf seiten der Fabrikate vollziehen, das heißt die Ausfuhr von Woll- und Baumwollwaren, Glas-, Leder-, Papierwaren, Kleidern, Wäsche und Fußwaren, natürlich auch von Eisen- und sonstigen Metallwaren, wie etwa von Erzeugnissen der chemischen Industrie muß eine Steigerung auf ein Vielfaches der heutigen Biffer erfahren!

Daß die Ausfuhr bisher nicht die für die österreichisch-ungarische Volkswirtschaft gebotene Entwicklung genommen haben, liegt selbstverständlich an vielerlei Faktoren. Der verbiente Präsident des Bundes österreichischer Industrieller, Better, meinte darüber 1910 in einem damals viel bemerkten Aufsatz über die Produktionskräfte Oesterreichs, „die Verteuerung der Produktionskosten“ sei die ärgste Sorge des österreichischen Industriellen und denn eine Ueberwälzung derselben auf den Käufer im Ausland sei bei den Konkurrenzverhältnissen auf dem Weltmarkt vollkommen ausgeschlossen. Hier wird also über hohe Produktionskosten geklagt. Entgegengesetzte Feststellungen werden von anderer Seite gemacht. Elemente der Produktionskosten sind die Rohstoffe, die Maschinen- und Baustoffpreise, die Kraftkosten, die Löhne, die Kapitalzinsen, die Steuern. Eine Untersuchung darüber wäre am Platze, welche von diesen Posten eine rapidere Entwicklung der österreichisch-ungarischen Exporte unmöglich machen.

Bei einem Vergleich mit dem Deutschen Reich ergibt sich für den Bereich der Lebensmittelkosten, daß der Weizenpreis in Friedensjahren in Deutschland und Oesterreich-Ungarn ungefähr derselbe ist — vielleicht ist Weizen in Ungarn etwas teurer als in Deutschland — daß das gleiche für den Getreidepreis gilt, auch die Kartoffelpreise nicht zu sehr auseinanderstreben. Weizenmehl Nr. 0 kostete 1913 in Berlin 27 Mark, in Köln, also im rheinischen Industriebezirk, 31 Mark per Meterzentner, in Wien 35 Kronen oder rund 30 Mark. Roggenmehl Nr. 0/1 kostete in Berlin gleichzeitig 21 Mark, in Köln fast 27 Mark, in Wien 15 Kronen per Meterzentner, war also in Wien nur halb so teuer, vielleicht allerdings bei niedrigerer Qualität. Rohrzucker kostete (ohne Steuer) in Magdeburg 18 Mark, in Prag war der Preis mit 21 Kronen per Meterzentner derselbe. Die Kraftkosten betreffend kostete oberschlesische Stückkohle in Berlin frei Bahnhof 24 Mark per Tonne, in Wien frei Nordbahnhof 29 Kronen, der Preis war wieder der gleiche hier und dort. Eisen kostete 1912 in Breslau und in Düsseldorf rund 75 Mark per Tonne, in Wien rund 90 Kronen gleich 76½ Mark. Die Kosten der Lebensmittel und der Rohstoffe jeder Art scheinen also in Oesterreich nicht höher als in Deutschland, die Übereinstimmung ist eine fast vollkommene und jedenfalls erstaunliche.

Was die Löhne betrifft, so war in Oesterreich 1911 der durchschnittliche Jahresverdienst der Bergarbeiter aller Kategorien (bei Berücksichtigung der verschiedenen Arbeiterzahl in den Kategorien) etwa 1000 Kronen, in Preussisch-Schlesien etwa 1100 Mark, in Westfalen reichlich 1600 Mark, in der Rheinprovinz 1500 Mark, die Löhne sind also in Preußen wesentlich höher, ob ebennmäßig auch die Leistungsfähigkeit des durchschnittlichen Arbeiters. So daß

Reform der Staatsrechnung.

Der Zentralrechnungsabschluss des österreichischen Staatshaushaltes für das erste Halbjahr 1914.
Von Geheimen Rat Dr. August Freiherrn Engel von Mainfelden, I. I. Finanzminister a. D.

Beinahe zur Jahreswende wurde dieser Zentralrechnungsabschluss, welcher in mannigfacher Beziehung diesmal von besonderem Interesse ist, vom k. k. Obersten Rechnungshofe der Öffentlichkeit übergeben. Die Tatsache der Publikation selbst zeigt zunächst, daß erfreulicherweise auch die Wirrsale eines so langen und so heftigen Weltkrieges, in welche die Monarchie und damit unser Staat verwickelt wurden, auf die Dauer für unsere staatlichen Institutionen kein Hindernis bilden, ihre pflichtgemäße Funktion auszuüben. Allerdings erscheint dieser Rechnungsabschluss, der erste nach Ausbruch des Krieges, verspätet, da er eine 2 1/2 Jahre zurückliegende Periode behandelt. Dies tritt um so auffälliger in die Erscheinung, als die Öffentlichkeit infolge der mit Energie und Beharrlichkeit einsetzenden Tätigkeit des früheren Präsidenten des Obersten Rechnungshofes, Freiherrn v. Gautsch, gewohnt war, die Rechnungsabschlüsse nunmehr in einer nur nach Monaten zu berechnenden Frist nach Abschluß des Gehahrungsjahres zu erhalten. Mit Befriedigung kann aus dem Vorworte, welches diesmal dem Rechnungsabschluss vorangeschickt wird, entnommen werden, daß der Oberste Rechnungshof an dem Grundsätze einer möglichst raschen Erstellung des Rechnungsabschlusses festzuhalten erklärt und die vorliegende Verzögerung nur als einen Ausnahmefall behandelt wissen will, für welchen gewiß die vom Obersten Rechnungshofe dargelegten Rechtfertigungsgründe zuzubilligen sind. Die Bedeutung der Rechnungsabschlüsse für die Beurteilung unserer Staatswirtschaft und die Wichtigkeit einer rechtzeitigen Feststellung dieser Schlussrechnungen darf nämlich nicht, wie es leider so häufig und von so vielen früher geschehen ist, verkannt werden und es darf auch nicht der Stellung des k. k. Obersten Rechnungshofes, die er insbesondere seit der unter Finanzminister Dunajewski ihm eingeräumten Ingerenz auf die Ausgabenbearbeitung in unserem staatswirtschaftlichen Leben auszufüllen hat, die entsprechende Würdigung verjagt werden. Ein augenscheinlicher Beweis für die erwähnte bedauerliche Unterschätzung war wohl schon in der Behandlung gelegen, welche die Elaborate dieses Rechnungshofes (der Zentralrechnungsabschlüsse und die Erläuterungen zum Zentralrechnungsabschlusse) sowohl im Parlament als auch in der Öffentlichkeit gefunden haben. Man braucht nur an die gewöhnlich erst nach Jahren eintretende Beratung und Verabschiedung dieser Vorlage in der Reichsvertretung und an das geringe Interesse, welches diesen Darlegungen entgegengebracht wurde, zu denken. Allerdings lassen sich zwei wesentliche Erklärungen oder wenn man will Entschuldigungsgründe für diesen Vorgang finden. Der eine lag in der früher üblichen Verspätung der Fertigstellung und Publikation der Rechnungsabschlüsse, welche dadurch den Wert der Aktualität verloren. Der zweite lag in der Unübersichtlichkeit und Schwerfälligkeit der Darstellung, sowie in der Kompliziertheit und Umständlichkeit des Aufbaues der Schlussrechnung, wodurch ein Verständnis und ein Einblick dem Laien ganz verwehrt, aber auch dem Fachkundigen äußerst erschwert wurde. Der erste Uebelstand, dem zunächst abgeholfen werden mußte, war, wie erwähnt, auf dem besten Wege ganz beseitigt zu werden, und man durfte bereits hoffen, den Rechnungsabschluss des Vorjahres zu einer Zeit vorgelegt zu erhalten, welche es ermöglicht hätte, seine Resultate bei der Beratung der Feststellung des Voranschlags (Budget) des Nachjahres zu benutzen und zu verwerten. Dieses Ziel muß auch für die Zukunft gelten. Es darf mit Zuversicht gehofft werden, daß es der zielbewußten Leitung des Obersten Rechnungshofes auch gelingen wird, es zu erreichen. Dafür sprechen schon die Darlegungen über die Art und Weise, wie die gewiß ersten Hindernisse, die der Ausbruch des Krieges und seine Einwirkung auf die staatlichen Organe und Behörden im ganzen staatlichen Betriebe auslösten, überwunden worden sind und wie sofort jedes sich darbietende Mittel ergriffen wurde, um alle formalen Erschwerungen beiseite zu schieben und die meritorische Arbeit durchzuführen. Was aber den zweitangeführten Uebelstand betrifft, so war es gewiß ein glücklicher Gedanke der umsichtigen Präsidenten Prinz Hohenlohe und Freiherrn v. Beck, die zudem auf die hervorragende Arbeitskraft tüchtiger Mitarbeiter, insbesondere des Vizepäsidenten Schulz rechnen konnten — „die (wie es im Vorworte heißt) ausgezwungene Pause dazu zu verwenden, um die bisherige Einrichtung des Zentralrechnungsabschlusses nach Form und Inhalt einer kritischen Betrachtung zu unterziehen“, und auf Grund dieser den Rechnungsabschluss nach Form und Inhalt umzugestalten. Es soll hier gleich angemerkt werden, daß diese Umgestaltung in manchen Details (wie auch gewisse Andeutungen in den vorliegenden Elaboraten selbst erkennen lassen) noch einer

Ergänzung und eines Abschlusses bedarf, um sich den prinzipiellen neuen Richtlinien vollständig anzupassen, daß aber andererseits nunmehr an diesem Aufbau auch in Zukunft festgehalten werden mußte. Denn nichts erschwert — und dies gilt ja nicht bloß für den Rechnungsabschluss, sondern auch von dem Voranschlag — mehr das Studium, den Vergleich und das Verständnis eines doch immer umfangreich und inhaltlich schwer bleibenden Elaborates, als wenn ohne zwingende Gründe, etwa nur, um Neues gegenüber dem Bisherigen zu bringen, Änderungen vorgenommen werden, ein Fehler, in welchen, wie auch parlamentarische Erfahrungen zeigten, Reformatoren gerne zu verfallen pflegen.

Es ist unbedingt zuzugeben, daß der Rechnungsabschluss in seiner früheren Gestaltung den Aufgaben, welche er zu erfüllen hat, nicht entsprach. Diese Aufgaben, welche auch den Obersten Rechnungshof bei seiner Reform leiteten, bestehen darin, daß die Staatsrechnung der Ausübung der Staatskontrolle einerseits zu dienen, andererseits einen klaren Einblick in die Finanzlage des Staates zu bieten hat, und zwar, wie der Oberste Rechnungshof zutreffend bemerkt „in gemeinverständlicher Art“. Daß dies unter den heutigen Verhältnissen, die so einschneidend auch in der Zukunft auf staatsfinanziellen Gebiete fortwirken werden, um so bedeutamer und notwendiger ist, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung. Die bisherige Gestaltung der staatlichen Rechnungslegung war nun schon deshalb verwirrend und gab, wie auch die parlamentarischen Beratungen bewiesen, vielfach aus dem Grunde zu Mißverständnissen Anlaß, weil eigentlich *zwei Rechnungen* vorgelegt wurden, deren eine die Bezeichnung „Zentralrechnungsabschluss“, die andere die Bezeichnung „Erläuterungen zum Zentralrechnungsabschlusse“ führte, ohne aber daß letztere etwa tatsächlich eine Erläuterung der ersteren bildete. Im Gegenteil: die eine Staatsrechnung behandelte bloß den Kassenerfolg, d. h. stellte die tatsächlichen bis Schluß des Jahres verausgabten und beeinnahmten Beträge ohne Rücksicht auf deren Herkunft dar und verglich sie mit Ansätzen des Staatsvoranschlags des laufenden Gehahrungsjahres. Die zweite, als Erläuterung bezeichnete Rechnungsabrechnung stellte sich auf den Standpunkt der *Anweisung* und legte einerseits die zur Auszahlung, bzw. zur Beeinnahmung in den Vorjahren *angewiesenen*, im Laufe des Gehahrungsjahres abgestatteten Beträge, andererseits sämtliche angewiesenen Beträge, auch wenn sie am Schluß des Rechnungsjahres nicht abgestattet waren, dar und verglich dann sämtliche im Laufe des Rechnungsjahres angewiesenen Beträge mit Ansätzen des Voranschlags. Natürlich waren die Ziffern und die Vergleiche in beiden Rechnungen verschieden, da der Kassenerfolg (nämlich die tatsächlichen Ausgabe- und Einnahmsbeträge) nicht mit den angewiesenen Beträgen stimmte und da auch die Vergleiche dieser verschiedenen Summen mit den Ansätzen des Voranschlags wieder verschiedene Resultate aufzeigten. Dies mußte verwirrend wirken; auch hatte diese doppelte Vergleichen und die detaillierte Durchführung der Rechnung nach beiden Gesichtspunkten keinen richtigen Zweck, führte überdies dazu, dem Elaborate einen solchen Umfang zu geben, daß eine Uebersicht kaum mehr möglich war; die Elaborate boten vielmehr, wie man oftmals hörte, nur einen Wust von Ziffern. Es handelt sich also darum, dem sich aufdrängenden Postulate nach Vereinfachung, Uebersichtlichkeit und Klarheit der Rechnungsabrechnung zu entsprechen und insbesondere vor allem zwischen den beiden ganz verschiedenen, nebeneinander nicht möglichen Rechnungslegungen, die noch dazu unter verwirrenden tabellarischen Zusammenstellungen geboten wurden, zu wählen. Man wird dem Obersten Rechnungshofe recht geben müssen, wenn er sich dafür entschied, die *angewiesenen* Beträge sowohl in der Ausgabe, als in der Einnahme in detaillierter Darstellung auszuweisen und sie in den einzelnen Positionen, korrespondierenden Ansätzen des Staatsvoranschlags gegenüberzustellen, dagegen hinsichtlich des Kassenerfolges (d. i. der im Laufe des Gehahrungsjahres aus den Staatskassen ausgezahlten und in diese eingezahlten Beträge) sich auf die Angabe der Gesamtziffern ohne Vergleich mit den Voranschlagspositionen zu beschränken. Denn die Darstellung des Kassenerfolges soll bloß der Ermittlung und Ausweisung des in den Staatskassen am Schluß der Gehahrungsepoche verbleibenden (schließlichen) Kassarestes dienen, welcher sich ergibt, wenn man zudem ursprünglichen Kassastand das Saldo zwischen den effektiven Ausgaben und Einnahmen des Rechnungsjahres zurechnet. Diese Wahl, beziehungsweise dieser Vorgang des Obersten Rechnungshofes bei der neuen Einrichtung der nunmehr einheitlichen (nicht mehr in zwei getrennte dickleibige und zeitlich zumeist auch sehr weit auseinanderfallende Elaborate geschiedenen) Staatsrechnung erscheint deshalb gerechtfertigt, weil bei dem Ausgabenetat, welcher für diese Frage hauptsächlich in Betracht kommt, schon durch die *Anweisung* über den betreffenden Kredit *verfügt* (d. h. dieser teilweise oder gänzlich in Anspruch genommen) wird. Es wird daher nur durch den Vergleich dieses angewiesenen Betrages dargetan, ob die im Staatsvoranschlage gegebene Grenze eingehalten,

überschritten oder unterschritten wurde. Die tatsächliche Auszahlung ist dagegen hierbei nicht maßgebend. Denn wenn auch diese aus irgend einem Grunde nicht mehr im laufenden Rechnungsjahre realisiert wurde, so kann doch über diesen bereits verwendeten Betrag nicht neuerdings verfügt werden; und wenn aus einer Anweisung des Vorjahres eine Auszahlung auf dem noch in seiner Verwendungsdauer gültigen Vorjahrskredit im laufenden Rechnungsjahre erfolgt, so wird dadurch die Verfügung über den laufenden analogen Kredit nicht behindert. Auch hat der Vergleich einer im laufenden Jahre erfolgten Zahlung mit dem Voranschlage in diesen Belangen keine Bedeutung, weil infolge der Nichtberücksichtigung der Provenienz der Zahlung dadurch kein Aufschluß über die Verwendung des Kredites gewonnen wird. Wohl aber würde hiedurch Anlaß zu ganz unrichtigen, finanziell sehr bedenklichen Schlussfolgerungen gegeben werden. Man kann nämlich durch diese vergleichsweise Gegenüberstellung des einfachen Kassenerfolges und der finanzgesetzlich bewilligten Voranschlagsziffer sehr leicht dazu verleitet werden, (und es ist ja bekanntlich auch geschehen) jene Beträge, welche im laufenden Rechnungsjahre noch nicht zur Auszahlung gelangten und welche daher gegenüber der Voranschlagsposition erübrigen, als reelle Ersparungen oder Mindeerausgaben, also auch das gesamte Ausgabenminus, das sich gegenüber der veranschlagten Gesamtbudgetziffer ergibt, als einen Gehahrungsüberschuß zu betrachten, welcher gegebenenfalls für andere Zwecke noch verwendet werden könnte. Geschieht dies nun und berücksichtigt man nicht die *angewiesenen* Beträge, welche ja während der Dauer der gültigen Laufzeit der Kreditverwendung auch später ohne jede Behinderung zur Auszahlung gelangen können, so würde eigentlich derselbe Ausgabenbetrag, dem ja als budgetäre Deckung nur einmal eine Einnahme gegenübersteht, doppelt verwendet werden, was naturgemäß nur durch Beeinträchtigung der anderweitigen Kassenbestände geschehen könnte. Wie bei den Ausgaben ist auch hinsichtlich der Einnahmen richtiger, den angewiesenen Einnahmsbetrag, welcher auf einem (mit der Bestätigung der begründeten Vorschreibung versehenen, an das ausübende Organ gerichteten) Auftrage zur Einhebung beruht, mit der Voranschlagsposition in Vergleich zu ziehen.

Im preussischen Rechnungsabschluss für das Jahr 1915 hat, wie anlässlich der eben stattfindenden Erörterung des Voranschlags pro 1917 hervorgehoben wurde, die Nichtbeachtung dieser bei uns nunmehr eingeführten Rechnungsabrechnungsmethode dazu geführt, daß die Rechnung über die Gehahrung der preussischen Eisenbahnen ein *Defizit* von 96 Millionen aufwies, statt eines Ueberschusses von 36 Millionen. Als Erklärung wird angegeben, daß im Rechnungsabschlusse nur das aufscheine, was im Laufe des Jahres an Zahlung tatsächlich eingegangen und ausgegangen sei. Nun sind die Leistungen für die Militärtransporte im Betrage von 134 Millionen im Gehahrungsjahre 1915 nicht tatsächlich abgestattet worden, fielen daher aus der Rechnung heraus. Das hat aber die weitere Folge, daß nach einem früheren Beschlusse zur Deckung dieses „Defizites“ unter Aufzehrung des Eisenbahnerneuerungsfonds noch ein Defizitanlehen aufgenommen werden soll, welches den Staat mit Zinsen und Tilgung belastet, obwohl der im Jahre 1915 nicht abgestattete Betrag an Transportvergütung im Jahre 1916 als Mehretrag in Rechnung erscheinen wird.

Der Oberste Rechnungshof bezeichnet diese Uebersicht der *zur Anweisung* gelangten etatmäßigen (d. h. auf Voranschlägen beruhenden) Staatsausgaben und Staatseinnahmen mit einem Untertitel als „Verwaltungsrechnung“, weil hiedurch die Resultate der Tätigkeit der Verwaltungsorgane, der anweisenden Behörden, zum Ausdruck kommen, insoweit sich diese Tätigkeit in den Verfügungen über die Einhebung staatlicher Einnahmen und über die Verwendung von Staatsgeldern erschöpft. Die Bezeichnung mag ja nicht unzutreffend sein, sie erscheint mir aber überflüssig und wäre besser zu vermeiden, da offenkundig hieraus Anlaß genommen wurde, dem Saldoabschluss der Bargeld- und Obligationsbearbeitung, welcher, wie ich bereits darlegte, bloß den Kassastand ziffernmäßig ermittelt, auch einen Untertitel „Kassarechnung“ zu geben, wodurch leicht wieder das Mißverständnis einer im Zentralrechnungsabschluss gegebenen doppelten Staatsrechnung hervorgerufen werden kann. Eine solche liegt aber im Wesen nicht vor.

Abgesehen von dieser meritalen und bedeutungsvollen Umgestaltung der Staatsrechnung weist der Rechnungsabschluss auch eine wesentliche Vereinfachung und Verbesserung in formaler Beziehung auf. Es wurde der Umfang der Elaborate in sehr einschneidender Weise vermindert. Zunächst sind aus zwei voluminösen Heften, von denen jedes weit mehr als 500 Seiten umfaßte, ein Heft von 477 Seiten geworden. Und auch dieses ist stark von Ueberschüssigem entlastet. Einerseits wurde eine große Anzahl von Kolonnen, insbesondere bei den Staatsausgaben, durch eine praktische Einteilung erspart, die verbleibenden aber übersichtlich angeordnet. Andererseits wurde eine bedeutende Zahl von Beilagen,

Reform der Haushaltsrechnung.

welche in zwecklosen Variationen ähnliche Themata behandelten, definitiv aus dem Elaborate beseitigt. Sämtliche drei für die Angaben der Kapitel, Titel und Paragraphen des Staatsvoranschlags bestimmten Kolonnen sind nunmehr in der Zergliederung der Ausgaben und Einnahmen nur noch 12 Kolonnen bei den Ausgaben und 11 bei den Einnahmen vorhanden. Bei den Ausgaben erhält die Kolonne 4 die Bezeichnung der Art, Beschaffenheit und Provenienz der Staatsausgaben, die Kolonne 5 den abgekürzt mit „Erfolg“ bezeichneten Kassafolg (d. i. den faktisch bereits ausgezahlten Betrag), Kolonne 6 die Voranschlagsposition samt eventuellem Kreditreste aus den Vorjahren, der ja auch noch eine gültige Voranschlagsposition ist, Kolonne 7 den im Rechnungsjahr angewiesenen Betrag, Kolonne 8 den auf das Nachjahr behufs späterer Verwendung übertragenen Kreditbetrag und Kolonne 9 die (bei Berücksichtigung dieses auf das Nachjahr übertragenen Kreditbetrages) sich zwischen angewiesenem Betrag und Voranschlagsposition ergebende Differenz, die sich auch dadurch ergeben kann, daß eine Voranschlagsposition überhaupt fehlt, es sich also um eine sogenannte nicht präliminierte Ausgabe handelt. Kolonne 10 enthält den Raum für die textliche Erläuterung der Differenz. Bei den Einnahmen sind diese Kolonnen adäquat, nur entfällt die Kolonne 8, welche die auf das Nachjahr übertragenen, zur weiteren Verwendung noch vorbehaltenen Kreditbeträge darstellt, weil bei den Einnahmen dieser Vorgang naturgemäß nicht Platz greift. Die weiteren zwei Kolonnen, nämlich 11 und 12 bei den Ausgaben und 10 und 11 bei den Einnahmen, stehen mit der Staatsrechnung, wie der Oberste Rechnungshof selbst hervorhebt, in keinem organischen Zusammenhang, lassen sich auch nicht etwa aus den vorhergehenden Kolonnen ermitteln und schließen sich daher nur anhangsweise an. Sie enthalten nämlich die, sei es in einem früheren Jahre, sei es in der laufenden Rechnungsperiode zwar angewiesenen, deshalb in Voranschreibung stehenden, aber noch nicht abgestatteten Beträge und werden, insofern sie die Ausgaben betreffen, Passivrückstände, soweit sie auf die Einnahmen sich beziehen, Aktivrückstände genannt. Der Oberste Rechnungshof stellt in der einen Anhangskolonne die anfänglichen, d. i. die am Beginn des Jahres bestehenden Rückstände, in der zweiten Anhangskolonne die am Ende des Rechnungsjahres bestehenden schließlichen Rückstände dar. Nach meiner Empfindung würde es der ganzen Tendenz, die Rechnungslegung möglichst klar und durchsichtig zu gestalten, besser entsprechen, wenn diese Anfangskolonnen weggelassen und sowohl die Passiv- als auch die Aktivrückstände in einer Tabelle für sich dargestellt werden, wie dies auch hinsichtlich der sogenannten staatlichen Passiven und Aktiven geschieht, welche zwar ebenfalls ausstehende Schuldigkeiten und Forderungen des Staates, aber von den Passiv- und Aktivrückständen dahin zu unterscheiden sind, daß während die letzteren die fälligen (jedoch noch nicht abgestatteten) Schulden und Forderungen des Staates darstellen, die ersteren

(die sogenannten Passiven und Aktiven) solche sind, deren rechtlicher Bestand und ziffermäßige Höhe zwar bereits festgestellt, deren Fälligkeit aber noch nicht eingetreten ist. Auch die Staatsschuld, welche ja nur eine spezielle Kategorie der erwähnten staatlichen Passiven darstellt, bildet den Gegenstand einer solchen besonderen Nachweisung (Tabelle), in der ihr Stand zu Beginn und am Ende des Rechnungsjahres dargestellt wird. Es sollten daher alle diese Nachweisungen, welche eigentlich nur auf Grund seinerzeitiger spezieller, allerdings noch in Geltung stehender gesetzlicher Anordnungen vom Obersten Rechnungshof geliefert werden, mit der eigentlichen Staatsrechnung nicht verquidelt werden. Demnach sollten auch die „Rückstände“ nicht als Kolonne in die Staatsrechnung und in deren Vergleichung eingeschaltet, sondern selbständig in einer eigenen Tabelle, etwa in Verbindung mit den Aktiven und Passiven dargestellt werden. Da der Oberste Rechnungshof selbst in seinem Vorwort zu Anregungen einladet, dürfte auch eine weitere Bemerkung darüber am Platze sein, daß der Oberste Rechnungshof in seinem Elaborate die im Rechnungsjahre angewiesenen Beträge als „Gebühr“ bezeichnet. Ich würde den ersten Ausdruck, der es jedem sofort klar macht, was darunter gemeint ist, vorziehen. Wenn es ja auch richtig sein mag, daß das Wort „Gebühr“ in der österreichischen Komptabilität sich eingebürgert hat, so hat das Wort „Gebühr“, wie der Oberste Rechnungshof selbst zugibt, doch auch eine davon völlig verschiedene Bedeutung und ist überdies in der Staatsrechnung, in dem hier gebrauchten Sinne, geradezu eine österreichische Spezialität. Im Interesse der vom Obersten Rechnungshof mit Recht betonten „Gemeinverständlichkeit“ wird sich die Vermeidung eines solchen, nur intimen Kreisen geläufigen Ausdruckes gewiß empfehlen. Heutzutage allerdings, da sich die Öffentlichkeit an durch sinnlose Abkürzung gebildete unverständliche Worte gewöhnt hat (man braucht nur an „Miles“, „Gulzag“, „Dezeg“, an „Gefawe“, „Rohö“ u. dgl. für konkrete Anstalten und Einrichtungen gewählte Bezeichnungen zu denken), dürfte die Empfindung für derartige Einwendungen vielleicht geschwächt sein.

Der Zentralrechnungsabschluss bringt selbstverständlich sowohl die sogenannte etatismäßige Gebarung, d. i. jene, welche sich auf den Staatsvoranschlag (der auch bisweilen Etat genannt wird) gründet, als auch die sogenannte außeretatismäßige Gebarung zum Ausdruck. Letztere soll, richtig erfasst, jene Ausgaben und Einnahmen umfassen, welche außerhalb des laufenden Staatsvoranschlags insofern liegen, als es sich hierbei zumeist um gewisse Ausgabebewilligungen größeren Umfanges handelt, deren Bedeckung auf Anlehensentlöse oder sonstige spezielle außergewöhnliche Bedeckungsmodalitäten gewiesen ist. Es ist leicht einzusehen, daß in dem weitaus überwiegenden Teil der Fälle, die hier in Betracht kommen, die in Aussicht genommene Gesamtbedeckung, z. B. das Anlehen, auf einmal realisiert werden muß, und zwar zumeist mit Rück-

sicht auf die für die Realisierung maßgebenden Umstände unabhängig von der Verausgabung und Verwendung. Es kann also die Realisierung der Bedeckung vor oder nach der Verausgabung oder des Beginnes der Verausgabung erfolgen, aber sie kann zumeist nicht teilweise oder sukzessive nach Maßgabe der Realisierung der Ausgaben vorgenommen werden. Deshalb empfiehlt es sich, diese Gebarung zunächst außeretatismäßig, d. h. außerhalb des Voranschlags und der Voranschlagsrechnung zu führen und nur jene Beträge in die Etatrechnung, sowohl als Ausgabe, als auch als Einnahme, einzubeziehen, welche in dem betreffenden Gebarungsjahre tatsächlich vorkommen. Diese Auffassung wurde auch durch budgetäre Anordnung gesetzlich festgelegt. Die Etatrechnung sowie schon das Budget wird auf diese Weise von diesen Ausgaben und Einnahmen nur durchlaufend berührt, indem derselbe Betrag in dem Gebarungsjahre unter den Ausgaben und unter den Einnahmen erscheint. Die Etatrechnung und das Budget werden durch diese Vorgangsweise aber vervollständigt in dem Sinne, daß sie alle vorgefallenen Ausgaben und Einnahmen zum Ausdruck bringen. Dagegen erscheint die reelle oder effektive Wirkung in der außeretatismäßigen Gebarung dargestellt, weil einerseits in dem Zeitpunkte, in welchem beispielsweise das Anlehen realisiert wird, die Kassenbestände um diesen Betrag erhöht werden, und andererseits nach Maßgabe der vorkommenden und fortschreitenden Ausgaben diese Kassenbestände entsprechend vermindert werden.

In formeller Beziehung würde es sehr erwünscht sein, dem Elaborate eine dem Format nach handlichere Gestaltung zu geben, woran man sich durch die naturgemäß notwendige Abweichung von dem bisherigen Format nicht beirren lassen sollte. Es scheint, daß auf die Beibehaltung des bisherigen Formates vielleicht wegen der Tabellen ein gewisses Gewicht gelegt wurde. Nach meiner Anschauung mit Unrecht; denn gerade dieses Format ist wegen seiner unverhältnismäßigen Größe und Breite eine große Erschwernis für die Lektüre und das Studium des Elaborates, ist aber auch keineswegs durch die tabellarische Form des Inhaltes gefordert; denn einerseits können (wie dies in den Heften des Staatsvoranschlags gegebenenfalls geschieht) die Tabellen, wenn es notwendig sein sollte, ohne Nachteil gebrochen werden, so daß sie sich nicht in extenso über zwei große Seiten, die dadurch eine außergewöhnliche Breite erhalten, erstrecken müssen. Ueberdies sind die Zwischenräume zwischen den einzelnen Ziffern und Textstellen denn doch viel zu ausgedehnt, was zu vermeiden auch die Oekonomie empfiehlt. Es würden sich daher auch die Tabellen in einem viel geringeren Umfang darstellen lassen.

Was nun die Beilagen anbelangt, so beziehen sich diese nunmehr im Gegensatz zu früher entweder bloß auf Darstellungen, welche die Staatsrechnung überhaupt nicht beeinflussen, aber dafür interessante Ergebnisse in der Staatswirtschaft aufzeigen, wie der Rechnungsabschluss über den Militärfonds und über den

28. 1. 1917

**Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.
Die Banken im dritten Kriegsjahre.**

Wien, 27. Januar.

Zum drittenmal im Kriege rüsten sich die Banken, um ihre Rechnungen für die mit dem Jahresende abgelaufene Periode abzuschließen und ihren Aktionären sowie der breiten Öffentlichkeit Mitteilungen über das erzielte Ergebnis zu machen. Das Geschäft der großen Finanzinstitute ist im Kriege trotz der weitgehenden Änderungen der Kreditwirtschaft nicht zusammengeschrumpft, es hat vielmehr an Ausdehnung gewonnen, eine viel breitere Grundlage erhalten. Die Tätigkeit der Banken war zum überwiegenden Teile darauf gerichtet, für die ihnen massenhaft zufließenden Einlagen nutzbringende Verwendung zu erlangen. Vom ersten Tage an waren die Erfahrungen des Krieges mit denen aller anderen früheren Perioden dieser Art im Widerstande. Zum Schutze gegen die stürmische Entziehung von Einlagen der Sparkassen und Banken wurde das Moratorium erlassen, es erwies sich aber sofort als überflüssig, die Einlagen wurden nicht zurückgenommen, im Gegenteil gewaltig vermehrt. Seit dem Kriegsbeginn sind den neun Wiener größten Banken an Einlagen 236 Millionen, der Postsparkasse rund 100 Millionen, den Wiener Sparkassen 130 Millionen Kronen zugewachsen; die Banken haben diese Entwicklung nicht gefördert, vielmehr durch Beschränkungen verschiedenster Art eigentlich gehindert. Neue Filialen, die sonst die Spargelder aufsaugen, werden nicht errichtet, im Gegenteil wurden keine Exposituren wegen Personalmanget aufgeschlossen; der Zinsfuß wurde sowohl im Einlageverkehr als im Kontokorrent herabgesetzt und für die Geldbesitzer dadurch weniger verlockend gestaltet; die Zeit, wo die Kassen geöffnet sind, wurde auf wenige Vormittagsstunden beschränkt; alle Bemühungen wurden aufgehoben, die Besitzer flüssiger Gelder zur Anlage in Kriegsanleihen zu veranlassen. Die Verwaltung der riesigen flüssigen Gelder bereitete nicht geringe Schwierigkeiten und Sorge. Die normalen Vorauslagungsmöglichkeiten in der Beilehnung kaufmännischer Wechsel und Effekten sowie in der Uebernahme von Bankaktzepten fehlten fast gänzlich; dafür bot sich aber die Gelegenheit einer enormen schwebenden Kreditgewährung an den Staat und im Zusammenhange mit den staatlichen Anleihen. Die normalen Einzahlungstermine für die Kriegsanleihen haben für die Banken jede Bedeutung verloren; wenn eine Kriegsanleihe zur Zeichnung aufgelegt wird, ist zumeist ihr Erlös bereits vorher dem Staate als Vorschuß ausbezahlt, auch jetzt werden bereits in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn Vorschüsse auf eine mögliche neue Anleihe eingeräumt. Gewaltige Summen haben die Banken in Beilehnungen von gezeichneten Titres der verschiedenen Kriegsanleihen angelegt, sie haben an die eigene Kundschaft sowie an befreundete kleinere Institute und Sparkassen für solche Zwecke Lombardokredite in die Milliarden gewährt. Die ganze Geldwirtschaft der Banken hat jetzt ihren Schwerpunkt in der Vermittlung und Erleichterung der Geldbeschaffung für den Krieg.

Solchen Zwecken dienen auch verschiedene Finanzierungen, die abseits von den Kriegsanleihen stehen. In der ersten Zeit, als die Kriegswirtschaft noch nicht so intensiv wie jetzt entfaltet war, hatten die Banken ihre Haupttätigkeit der Geldbeschaffung für Heereslieferungen zugewendet. Viele Unternehmungen richteten sich erst auf die neuen Erzeugnisse ein, benötigten für Maschinen, namentlich aber für die Anschaffungen der erforderlichen Rohstoffe bedeutende Mittel, die sie sich durch den Kredit bei ihrer Bank beschafften. Seit geraumer Zeit ist jedoch dieses Geschäft sehr eingeschrumpft; die Heereslieferanten haben aus der Abwicklung früherer Aufträge bedeutende Summen erlöset, mit denen sie die neuen Geschäfte dieser Art selbst finanzieren können. Große Mittel werden nach wie vor seitens der verschiedenen Zentralen, der Getreideverkehrsanstalt, der Futtermittelzentrale, der Einrichtungen für die Approvisionierung der Länder und Städte in Anspruch genommen. Die Banken stellen diese Gelder bei, die Vergütung, die dafür gezahlt wird, ist aber mit Recht eine mäßige; die Kreditbedingungen müssen bevorzugte sein, weil die Person des Schuldners, der Staat oder die Städte und Länder jedes Risiko ausschließen. Einen großen Umfang hat ferner gleichfalls im Zusammenhange mit der Kriegswirtschaft das Akreditgeschäft für die Sicherstellung der Bezüge von Waren, insbesondere von Lebensmitteln, aus dem befreundeten oder neutralen Ausland angenommen. Dieses Geschäft bewegt sich in ganz neuen Bahnen und erfordert angespannte Aufmerksamkeit und Kenntnis der Verbindungen mit den fremden Plätzen. Die Ware wird im Auslande gekauft, muß sofort bar bezahlt werden, die Banken stellen, wenn das Kapital des unmittelbaren Käufers nicht zureicht, die erforderlichen Gelder bei, vermitteln die Erlangung der ausländischen Devisen oder Valuten, empfangen die Frachtbriefduplikate oder sonstigen Verladungsdokumente, die zur Sicherheit direkt an die Adresse der Bank lauten und die Ueberweisung der Ware an das Finanzinstitut oder dessen Bevollmächtigten anordnen. Die Sendung wird nach ihrem Einlangen am Bestimmungsorte, wenn sie nicht direkt in die letzte Hand gelangt, zumeist eingelagert und hastet der Bank bis zur Bezahlung seitens des Käufers. Die Banken sind jedoch darauf bedacht, es nach Möglichkeit zu verhindern, daß solche Warenbezüge zum Kettenhandel ausgenützt werden. Zu diesem Zwecke wird mit Recht die Forderung gestellt, die Banken mögen für Lebensmittel und andere dringende Verbrauchsgegenstände keine Vorschüsse auf längere Zeit gewähren, weil hierdurch die Zurückhaltung von Waren begünstigt werden könnte. Die Warenimporte sollen womöglich Zug um Zug abgewickelt werden, die Güter sollen nicht monatelang hinterlegt bleiben, sondern möglichst rasch dem Verbrauche zugeführt werden. Im Frieden hätte die Bank mit der Geldbeschaffung und Kreditabwicklung ihre Aufgabe als bedingt betrachtet; jetzt sollte sie die Ware, soweit sie über-

Gefichtskreis untersteht, noch einige Zeit im Auge behalten, sie sollte zu verhindern trachten, daß die Güter wiederholt ihren Besitzer wechseln, womit ihr allerdings ganz neue und oft sehr schwierige Aufgaben gestellt erscheinen.

Das ganze abgelaufene Jahr hindurch war das Effektengeschäft der Banken in voller Entfaltung und hat auf allen Gebieten große Gewinne ermöglicht. Zwei Kriegsanleihen in Oesterreich mit der Riesensumme von neun Milliarden, manche Hunderte von Millionen der beiden ungarischen Kriegsanleihen sind zum großen Teile durch Vermittlung der österreichischen Banken placiert worden. Bedeutende Beträge von Pfandbriefen, Prioritäten, Landesanleihen und Kommunalobligationen aus früherer Zeit wurden aus den Portefeuilles mit Gewinn abgestoßen, die neue Anleihe der Donauregulierungskommission, die Anleihen der Hauptstädte Wien und Budapest sind in wenigen Tagen wie der Tropfen vom heißen Stein aufgesogen worden. Nicht minder groß war das Geschäft in Dividendenpapieren. Die Banken hatten vor dem Kriege und in den ersten Kriegsmonaten große Summen der Aktien der von ihnen patronisierten Gesellschaften aufgenommen und haben im Jahre 1916 diese zu vorübergehendem Besitze erworbenen Werte wieder mit großem Nutzen abgestoßen; sie haben auch anderweitig ihre Portefeuilles von Aktien stark entlastet und die kommenden Bilanzen dürften durchwegs eine wesentliche Verminderung des Besizes an Dividendenwerten aufweisen, allerdings wird der Effektenbestand zum Teile durch die Erwerbung großer Summen aller fünf Kriegsanleihen weiter aufgefüllt werden. Die Banken haben ferner neue Werte bei ihrer Kundschaft und in weiteren Kreisen abgesetzt; namentlich haben sie eine größere Anzahl von Aktien aus solchen Industriegruppen, die aus großen militärischen Bestellungen Nutzen gezogen haben, an der Börse eingeführt. Auch die Placierung der eigenen Aktien aus den Kapitalvermehrungen, die im letzten Jahre vollzogen wurden, ist von ihnen ohne Schwierigkeiten bei den bisherigen Aktionären und auf dem weiteren Markte durchgeführt worden. Die Effektengewinne müssen bei allen Banken sehr bedeutend geflossen sein, in den Bilanzen dürften aber wohl nur Teile davon in die Erscheinung treten, überwiegend dürften sie nach der bestehenden Gepflogenheit zur Stärkung der inneren Rücklagen verwendet werden. Dagegen dürften die Devisengewinne durchwegs eine Einschränkung erfahren haben. Schon vom Beginn des Jahres war das Devisengeschäft durch die beiden Zentralen geregelt, die nur eine verringerte Bewegungsfreiheit ließen; die Banken gehörten sämtlich diesen Organisationen an und nahmen daher an dem vielfach von Außenstehern gepflegten freien Devisenhandel nicht teil. Der Umfang des Geschäftes ist durch die vielen Verkehrsbeschränkungen von selbst zusammengeschrumpft, der Nutzen geringet geworden. Neben den riesigen Ziffern von Zinsen und Provisionen, den Niederschlägen eines auf manchen Gebieten vervielfachten Umsatzes werden die Devisengewinne nur eine geringe Rolle spielen können.

Das Bankengeschäft ist im Kriege unendlich komplizierter geworden und muß mit einem sehr verringerten Personal, zum großen Teil mit neuverworbenen, ungeschulten Arbeitskräften abgewickelt werden. Schon die letzten Jahresabschlüsse hatten gewaltige Steigerungen der Bilanzsummen aufzuweisen; auch im Jahre 1916 muß die Ausdehnung des Geschäftes neuerlich stark zugenommen haben. Von diesen so sehr gewachsenen fremden Geldern haben die Banken die Zwischenzinsen gezogen und diese waren für das finanzielle Ergebnis maßgebend. Der Abstand zwischen Aktiv- und Passivzinsen ist weit gedehnt, da für Einlagen nur 3 bis 3½ Prozent bewilligt, für Kredite 6¼ bis 6½ Prozent berechnet werden. Die Spannung kommt aber nur einem mäßigen Teil des fremden Kapitals zu Gute; überwiegend sind die übernommenen Mittel in Staatsvorschüssen oder in Beilehnung von Kriegsanleihen angelegt, und für solche Kredite sind nur 4¼ bis 5 Prozent Zinsen zu erzielen. Die Vervielfachung der Umsätze bewirkt, daß auch Zwischenzinsen von 1½ Prozent sich in bedeutenden Mehrgewinnen ausdrücken. Die Provisionen wurden durch die Ausdehnung des Geschäftes, durch die Belebung des Verkehrs auf verschiedensten Gebieten stärker angeregt und dürften diesmal weiter auch Reordziffern aufweisen. Naturgemäß ist auch der Apparat des Bankgeschäftes wesentlich teurer geworden; zum Teil mußte ein doppeltes Personal einsetzt, den eingerückten Beamten ihr Gehalt fortbezahlt, neue Angestellte besoldet, für die Familien Unterstützungen bewilligt werden. Auch die Steuerlast dürfte bei allen Banken namhaft größere Summen erfordern, da die großen Steuererhöhungen schon für das Jahr 1916 wirksam und auch für die Kriegsgewinnsteuer vorgesorgt werden muß. Die Banken werden ohne Ausnahme die höchsten Gewinne ausweisen und zu den Dividenden des letzten Friedensjahres 1913, welche die größten seit längerer Zeit waren, zurückkehren. Einzelne Institute dürften darüber hinausgehen. Die Dividende der Anglo-Bank wird auf 24, jene der Eskomptegesellschaft auf 46 Kronen veranschlagt; auch bei einem oder dem anderen Institute sind höhere Schätzungen im Umlaufe, es läßt sich jedoch nicht beurteilen, inwieweit diese sich erfüllen werden. Die Aussichten des heurigen Jahres sind unvermindert gut, wenngleich die großen Effektengewinne, die überwiegend aus dem Abverkauf alterer Bestände stammen, nicht in vollem Umfange wiedererlangen können. Für die Zukunft muß allerdings damit gerechnet werden, daß die hohen Steuern bleiben und die gesteigerten Kapitalkosten zu verzinzen sein werden. Es wird auf die Intensität der Friedenskonjunktur ankommen, ob es gelingen wird, für diese großen Lasten ein Gegengewicht in stetig wachsenden Gewinnen zu finden.

Die Rationalisierung der Volkswirtschaft.

Viel wird geredet und geschrieben über den wirtschaftlichen Krieg, der auf den militärischen folgen soll, und es werden Häben und Dräben von einflussreicher Seite Maßnahmen geplant, um die Volkswirtschaft im Staate oder mindestens in einer Staatengruppe zu nationalisieren. Das Denken ist in diesem langen Kriege so auf den Krieg eingestellt worden, daß sich viele den Frieden nur als eine Fortsetzung des Kriegszustandes mit anderen Mitteln vorstellen können. Etwas anderes ist die Politik der Abschließung gegen andere Staaten, wie diese Kreise sie wollen, und etwas anderes die möglichste Steigerung der Ergiebigkeit der nationalen Volkswirtschaft und ihre natürliche Ergänzung in einem großen Wirtschaftsgebiet, wie andere sie anstreben; denn dieser fehlt nicht nur jede aggressive Tendenz, sie will auch gar nicht auf den internationalen Austausch und die internationale Arbeitsteilung verzichten. Es ist nun das Verdienst des Dr. Wygodzinski, die Grenzen der möglichen Nationalisierung der Volkswirtschaft nachgewiesen zu haben^{*)}, obwohl er selbst im Banne der Kriegspolizei steht. Wenn er auch in seinen Ausführungen auf Deutschland Bezug nimmt, vermag man die Voraussetzungen und die Schlüsse leicht auf alle anderen Staaten, ja Staatengruppen sinngemäß anzuwenden.

Den Oesterreichern ist die Forderung der Rationalisierung der Volkswirtschaft nur zu geläufig aus dem chauvinistischen Kleinkampfe: „Kauft nur bei Deutschen!“ „Tragt eure Spargroschen in tschechische Banken!“ Wo verschiedene Nationen in einem Staatsgebiet zusammen wohnen, gibt es eine Stufe in der wirtschaftlichen Entwicklung, auf der Kleinbürgertum und Intelligenz den Ruf nach der Nationalisierung der Volkswirtschaft erheben. Oesterreich hat aber auch eine zweite Form erfahren, als die Türkei 1908 nach der Annexion von Bosnien und der Herzegowina österreichische Waren boykottierte. Gegenwärtig fordern viele die Nationalisierung der Volkswirtschaft aus militärischen Gründen; es ist aber kein Zufall, daß vornehmlich den Trägern dieser Idee aus ihrer Verwirklichung bedeutende materielle Vorteile erwachsen würden. Sehen die beiden ersten Formen stillschweigend voraus, daß die heimische Produktion so stark ist, daß sich die Forderung nach Nationalisierung des Konsums durchführen läßt, so liegt das Schwergewicht bei der dritten Form auf der Nationalisierung der Produktion, um sich vom Ausland unabhängig zu machen. Diese Form schließt in sich die Forderung nach Anpassen des Konsums an das qualitative, vielleicht auch quantitativ beschränkte einheimische Angebot. Sehen sich schon dieser Anpassung in Bedürfnis und Gewohnheit große Widerstände entgegen, so ist die Eigenproduktion vielfach überhaupt nicht möglich. Der Laie sieht nämlich nur das Endprodukt und ermißt an diesem, ob die Eigenproduktion möglich ist; tatsächlich sind im Brot nicht nur der verfügbare Grund und Boden, sondern auch die Düngemittel, die Maschinen, die Zugtiere und die Arbeitskräfte enthalten. Ob also eine Nationalisierung der Volkswirtschaft möglich ist, hängt ab von der Gewinnung der Rohstoffe (einschließlich der Kraftquellen, wie Kohlen, Wasser und Petroleum), von der Weiterverarbeitung in Industrie oder Handwerk, von den Arbeitskräften und dem Kapital, daneben aber auch von dem Verkehr und der leitenden Unternehmung, wir möchten hinzufügen: von der Wirtschaftsweise, da diese die Ergiebigkeit der Produktion entscheidend beeinflusst. Der Grad, bis zu dem eine Nationalisierung der Volkswirtschaft möglich ist, richtet sich nach jenem Teilglied der Produktion, das im geringsten Ausmaß vorhanden ist. Fehlen zum Beispiel Arbeitskräfte, dann mögen Saatgut, guter und reichlicher Acker sowie Maschinen in unbeschränktem Ausmaß vorhanden sein, es wird dann eben doch nur so viel Boden bestellt werden können, als den vorhandenen Arbeitskräften entspricht. Die reichste Kohlenausbeute nützt nichts, wenn es an Transportmitteln fehlt, sie auf das ganze Wirtschaftsgebiet entsprechend aufzuteilen. Der Grad der Nationalisierung der Volkswirtschaft ist weiter gegeben durch die Möglichkeit eines dauernden Erlasses und die Erwägung, ob die Umstellung der Produktion ökonomisch richtig ist.

Wären in früheren Wirtschaftsepochen neben der menschlichen und tierischen Muskelkraft in geringem Umfang Wind und Wasser die treibenden Kräfte der Produktion, so ist die moderne Wirtschaft ohne Verfügen über riesige Kraftquellen (Kohlenbergwerke, Dampfer und Elektrizität) nicht denkbar. Man erinnert sich, in welche Abhängigkeit manche neutrale Staaten gekommen sind, weil sie auf die Einfuhr von Kohlen angewiesen sind. Für Oesterreich-Ungarn schätzt man den Kohlenvorrat, wie er nach dem jetzigen Stande der Technik gewonnen werden kann, auf etwa 25 Milliarden Tonnen, auszubenten in vierhundert Jahren. So ungeheuer diese Zahl erscheint, setzt sie doch — immer die gegenwärtigen Verhältnisse vorausgesetzt — der nationalen wirtschaftlichen Entfaltung enge Grenzen. Immerhin läßt sich eine weit höhere Ausnützung durch ein verbessertes Verfahren erwarten, wie denn auch die großartige Verwertung des Wassers zur Erzeugung von Elektrizität noch ein Zukunftsproblem ist. An Erdöl und Erdgasen ist Oesterreich-Ungarn nicht schlecht bestellt. Wären also die einzelnen Produktionszweige zu betrachten, vor allem die Beschaffung der Lebensmittel. Die Möglichkeit einer Selbsternährung ist für die Bevölkerung eines Landes nicht zu allen Zeiten dieselbe, sie hängt nicht nur von der Größe der Bevölkerung ab, sondern auch davon, in welchem Umfang die Landwirtschaft Rohstoffe für die Industrie liefern muß. Es sei nur an die Textil-, Leder- und Holzindustrie erinnert; zwischen der Nahrungsmittelherzeugung und der Industrie entspinnt sich ein „Kampf um Stoff“, wobei die Industrie für sich den Vorzug be-

anspruch, die ökonomisch vorteilhaftere Verwertung von Kapital und Arbeitskraft zu ermöglichen. Innerhalb der Nahrungsmittelproduktion ergeben sich aber auch verschiedene Entwicklungsbedingungen für die Erzeugung pflanzlicher oder tierischer Nahrungsmittel. Soll sich die Bevölkerung eines Landes auf die Selbsternährung beschränken wollen, dann muß ein Augenblick kommen, in welchem auf das Fleisch zu Gunsten des Brotes verzichtet werden muß. Der Krieg hat bewiesen, daß Oesterreich-Ungarn auch in dieser Lage wäre; denn wenn auch eine recht bedeutende Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion möglich ist — abgesehen von den mannigfachen Voraussetzungen einer solchen Produktionssteigerung findet diese immerhin ihre Grenze in Klima und Güte des Bodens, weshalb Hinweise auf Deutschland unsachlich sind —, ist das gegenwärtige Durchhalten doch nur unter bedeutenden, für die Dauer die Gesundheit und Entwicklung sehr gefährdenden Einschränkungen möglich. Das Klima ist aber auch sonst ein fast unüberwindliches Hindernis völliger Nationalisierung, da viele Stoffe, auf die wir nicht verzichten können, ohne unsere Lebenshaltung und die Entwicklung unserer Industrie weit zurückzuschrauben, nur unter anderer Sonne gedeihen. Oft ist es eine geringe Menge, deren wir bedürfen, aber diese unbedingt. Wohl lassen sich manche der in Betracht kommenden Stoffe, wenn auch in schlechterer Beschaffenheit, im Lande erzeugen, andere durch verwandte Stoffe ersetzen, aber bei vielen ist dies unmöglich. Muß man schon gerade auf Grund der Erfahrungen im Kriege annehmen, daß es selbst bei äußerster Anspannung aller produktiven Kräfte unmöglich wäre, den Gesamtbedarf irgend eines europäischen Volkes (also Nahrungsmittel und Industrierohstoffe) an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu befriedigen, so bleibt noch die weitere Frage offen, inwieweit Kapital und Arbeitskräfte ausreichen oder genauer gesagt, inwieweit eine solche äußerste Anspannung aller produktiven Kräfte möglich ist. Vor allem ist jede Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion mit großen Kosten verbunden. Dedländerien werden kultiviert, der schlechteste Boden ebenfalls bearbeitet, und da sich die Grundrente nach den höchsten Produktionskosten bestimmt, bedeutet die Nationalisierung der Volkswirtschaft eine Verteuerung der Lebenshaltung. Nicht nur in den Lebensmitteln, sondern auch in allen Bedarfsartikeln, in denen das Angebot ein gegebenes ist, wobei noch zu erwägen ist, daß die internationale Arbeitsteilung zu einem großen Teile darauf zurückzuführen ist, daß jeweils die Waren unter den billigsten Bedingungen erzeugt werden. Wie zum Beispiel die Erschließung unergiebigter Erzgruben — im Kriege vielleicht ein Gebot der Notwendigkeit — unökonomisch ist, bedeutet es auch eine Vergeudung von Energie, wenn hochqualifizierte Arbeiter in der Landwirtschaft verwendet werden. Im Kriege wird vielfach das Genie in derselben Weise verwendet wie der beschränkte Hinterlassene, aber für die Friedenswirtschaft muß ein anderer Maßstab angelegt werden. Ersatzstoffe, deren Gewinnung nur zu Kriegspreisen möglich ist, belasten die Volkswirtschaft, aber auch falsche Ausnützung hochwertiger Arbeitskräfte bedingt eine Schädigung der Volkswirtschaft. Gewinne einzelner Kreise bedeuten dagegen selbstverständlich nichts. Vorläufig ist Oesterreich-Ungarn noch ein Auswandererland, aber es muß der Augenblick kommen, wo es sich wirtschaftlich so weit entwickelt, daß es die bisher überflüssigen Arbeitskräfte vollauf beschäftigt. Dagegen hat Oesterreich-Ungarn nicht genügend Kapital, um seine Volkswirtschaft wirklich national zu entwickeln.

Erweist sich also, daß eine absolute Nationalisierung der Volkswirtschaft heute unmöglich ist, ohne die Menschheit auf frühere, längst überwundene Stufen zurückzudrängen, so muß zugegeben werden, daß eine größere Selbstversorgung, als sie heute vorhanden ist, ohne weitere Schädigung möglich ist. Wie die Erzielung einer höheren Ergiebigkeit in der Landwirtschaft durch technische Verbesserungen, Agrarreformen, Schulen eine Bereicherung bedeutet, werden auch viele Ersatzstoffe, die die Not der Volkswirtschaft bilden. Daß es auch möglich ist, in manchen Belangen den Konsum der heimischen Produktion anzupassen, ist wahr, aber die Durchführbarkeit ist durch die Macht der Gewohnheit besengt. Aus alledem folgt, daß eine Abschließung der Staaten unmöglich ist. Müßen sie einander noch so feindselig gegenüberstehen, sie benötigen einander, und wie auch während des Krieges ein gewisser Austausch in manchen Punkten stattfand, so werden sich nach dem Kriege trotz aller Beschlüsse und Reden die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Gewohnheiten durchsetzen. Dann werden die Staaten auch wieder auf einem anderen Punkte über die Grenzen hinausgreifen, auf dem der Kulturgüter.

^{*)} Die Nationalisierung der Volkswirtschaft in kriegswirtschaftlichen Zeiträumen. A. G. B. Mohr, Tübingen.

Amtsauftritt des Gouverneurs Dr. Karl Ritter v. Leth.

Gestern hat der neuernannte Gouverneur der Bodenkreditanstalt Geheimerr Rat Dr. Karl Ritter v. Leth sein Amt in diesem Institute angetreten. Um 11 Uhr versammelte sich der Verwaltungsrat im Sitzungssaal.

Die Begrüßungsrede des Herrenhausmitgliedes Paul Ritter v. Schoeller.

Herr Paul Ritter v. Schoeller, als im Sinne der Statuten gewählter Stellvertreter des Gouverneurs, verlas zunächst den Erlaß des Finanzministers, womit die mit Allerhöchster Entschliessung vom 22. Jänner d. J. erfolgte Ernennung des neuen Gouverneurs zur Kenntnis gebracht wird, und hielt hierauf nachstehende Ansprache: „Meine sehr geehrten Herren! Ich bin überzeugt, im Namen des gesamten Verwaltungsrates und der Direktion zu sprechen, wenn ich im Anschlusse an den soeben verlesenen Erlaß des Herrn Finanzministers Se. Excellenz Dr. Karl Ritter von Leth zur Ernennung zum Gouverneur unserer Anstalt auf das Herzlichste beglückwünsche und in dieser seiner neuen Eigenschaft auf das Freundlichste begrüße. (Zu Excellenz v. Leth gewendet): Euer Excellenz sind keinem von uns ein Fremder, vielmehr aus einer vieljährigen Tätigkeit in hervorragenden staatlichen Stellungen allen wohl bekannt; Sie haben in diesen staatlichen Wirkungskreisen die überragende Bedeutung und hohe Wichtigkeit von Industrie, Handel und Verkehr für unser gesamtes vaterländisches Wirtschaftsleben kennen und schätzen gelernt und vermögen auch voll zu ermessen, welche außerordentlich wichtigen Faktor im verwickelten Getriebe dieses wirtschaftlichen Lebens eine Bank vom Range und Einfluß der Bodenkreditanstalt bildet; es muß Euer Excellenz daher mit berechtigter Bestrebung erfüllen, an die Spitze eines solchen Institutes treten und von dieser Stelle aus Ihr Wirken fortsetzen zu können. Denn ohne Ruhmredigkeit dürfen wir sagen, daß die Bodenkreditanstalt heute sowohl als Mitglied der Konfession für staatliche Kreditoperationen in Oesterreich und Ungarn, wie nicht minder als industrielle Bank und als Hypothekarinstitut eine führende Stellung einnimmt; mit Stolz darf die Bodenkreditanstalt in erster Beziehung auf ihre stets wachsenden Erfolge bei den staatlichen Kreditoperationen zurückblicken, während sie in letzterer Beziehung mit nicht geringer Genugtuung darauf verweisen kann, daß die hervorragenden und angesehensten Industriellen der Monarchie ihrem Konzerne als Mitglieder angehören.

Die Bodenkreditanstalt hat sich diese Position, getragen durch das auszeichnende Vertrauen des Allerhöchsten Hofes, welchen sie zu ihrer Klientel zu zählen die Ehre genießt, und maßgebendster Bevölkerungskreise in jahrzehntelanger vereinter Arbeit der jeweiligen Funktionäre in den Stellungen des Gouverneurs, des Verwaltungsrates und der Direktion erworben; wir erfüllen daher nur eine Ehrenpflicht gegen uns selbst, wenn wir in dem Augenblicke, da wir einen neuen Mann an unserer Spitze begrüßen dürfen, unserer früheren Mitarbeiter an diesem Werke dankbarst gedenken und der Ueberzeugung Ausdruck verleihen, daß nur das Festhalten an den von ihnen und von uns selbst bisher befolgten Traditionen imstande sein wird, unsere Anstalt auf der bisherigen Höhe zu erhalten und zu neuen Erfolgen zu führen.

Diese Traditionen unserer Anstalt bestehen in der Befolgung einer konservativen, aber gleichwohl fortschrittlichen Geschäftspolitik und in der Pflege eines vertrauensvollen Zusammenarbeitens aller zur Leitung unserer Anstalt berufenen Faktoren, unter welchen wohl die wichtigste Aufgabe der bewährten, unser vollstes Vertrauen genießenden Direktion zufällt.

Die reiche Erfahrung und große Lebensweisheit, welche Euer Excellenz besitzen, wird den besonderen Wert dieser Traditionen und die Notwendigkeit ihrer weiteren Pflege und Ausbildung umschwer erkennen und Euerer Excellenz die Ueberzeugung schaffen, daß die Festhaltung des bisherigen Kurses am sichersten zum Ziele führe. Als dieses Ziel möchte ich bezeichnen, daß es unserer Anstalt unter Euerer Excellenz Führung beschieden sein möge, ihre aufsteigende Entwicklung zu verfolgen, worin, wie wir alle, gewiß auch Euerer Excellenz den schönsten Lohn des Wirkens an dieser Stelle erblicken werden. Daß diese unsere Hoffnung sich erfülle und Euerer Excellenz in dem neu eröffneten Wirkungskreise zum Vorteile der Anstalt schöne Erfolge und volle Befriedigung erreichen mögen, ist der Wunsch, den wir alle dem Amtsintritte Euerer Excellenz zum Geleite geben.“

Die Rede des neuen Gouverneurs.

Nachdem auch der landesfürstliche Kommissär Ministerialrat Dr. Zwieryna an den neuen Gouverneur herzliche Worte der Begrüßung gerichtet hatte, ergriß Dr. Ritter v. Leth das Wort zu folgender Rede:

„Meine sehr geehrten Herren! Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen meinen herzlichsten Dank sage für die freundlichen Worte, welche Sie durch den Mund des sehr geehrten Herrn Vorsitzenden an mich zu richten die Güte hatten, und für das Vertrauen, welches Sie mir durch den einstimmigen Vorschlag meiner Person zum Gouverneur dieses Institutes entgegengebracht haben.“

Gestatten auch Sie mir, Herr landesfürstlicher Kommissär, Ihnen für die freundliche Begrüßung meinen wärmsten Dank auszusprechen. Wir sind uns gewiß nicht fremd, und ich hoffe, daß bei den vielfachen Beziehungen,

welche zwischen dem Finanzministerium und der Bodenkreditanstalt bestehen, die wirklich aufrichtige Wertschätzung mitteilen wird, welche ich nicht nur in meiner früheren Stellung als Finanzminister, sondern auch als Gouverneur der Bodenkreditanstalt Ihnen stets entgegengebracht habe.

Nun erlauben Sie mir, meine sehr geehrten Herren, daß ich den Worten des Dankes noch einige Worte hinzufüge:

Durch die Gnade Seiner Majestät auf diesen Posten berufen, übernehme ich in erster Zeit die Aufgaben eines Gouverneurs. Wenn die Funktionen des Gouverneurs und der gesamten Verwaltung eines so großen und mächtigen Institutes, wie es die Bodenkreditanstalt ist, schon in normalen Zeiten voll der schwersten Verantwortlichkeit sind, so wachsen sie in dieser gewaltigen Zeit zu einer gigantischen Größe, und ich glaube auch, daß die nächste Zeit zu großen Zielen drängen wird.

Wollen Sie überzeugt sein, daß die Worte, welche der sehr geehrte Herr Vorsitzende an mich zu richten die Güte hatte, einen lebhaften Widerhall bei mir gefunden haben. Ich glaube, daß die Entwicklung eines solchen Institutes, wie es die Bodenkreditanstalt ist, nur dadurch möglich wird, daß auf dem Gewordenen aufgebaut und Neues auf dieser Basis geschaffen wird.

Erwarten Sie nicht, meine sehr geehrten Herren, daß ich ein Detailprogramm für die künftige Tätigkeit des Gouverneurs aufstelle. Wer könnte dies in einer Zeit wie der heutigen tun, wo wechselnde Ereignisse einander folgen. Die Richtung ist gegeben, wie der Herr Vorsitzende dies erwähnt hat, die Detailausführung muß der jeweiligen Entschliessung vorbehalten bleiben. Trotzdem möchte ich die allgemeinen Linien für die künftige Wirksamkeit des Institutes kurz skizzieren: Diese hängt zusammen mit der Wirtschaftspolitik der nächsten Zeit. Als deren Ziele sehe ich unter anderem den Wiederaufbau der durch eine unverständliche Verblendung unserer Feinde gestörten Welt- und Wirtschaftsordnung, die harmonische Vereinigung des Gewordenen mit den Anforderungen der Zukunft und die Erfassung und Verwertung der in der Zukunft sich wohl reichlich ergebenden Konjunktur.

Zu diesem Rahmen steht an erster Stelle die Abwicklung der Kriegsanleihen und der großen Finanzoperationen der Zukunft im In- und Auslande, die Ueberleitung der Industrie in eine der Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung angepasste dauernde Produktion, die Bereitstellung der Mittel für die unaufschiebbaren sozialen Probleme, Invalidenversorgung usw., und endlich die Entspannung der Sorgen um den täglichen Lebensunterhalt im Sinne der Preisbildung, bezw. Herabdrückung des Preises auf ein den wirtschaftlichen Verhältnissen und den Gegebenen der Volkswirtschaft entsprechendes Niveau. Daß die Banken bei ihrer weitverzweigten Organisation und dem ausgedehnten Felde ihrer Betätigung in hervorragender Weise berufen sein werden, bei diesen Aufgaben mitzuwirken, brauche ich in diesem Kreise wohl nicht zu sagen.

Ich bin, wie dies der Herr Vorsitzende zu erwähnen die Güte hatte, bisher dem Kreise der Banken wohl ferne gestanden, war demselben aber nicht fremd. Ich habe während eines Menschenalters Gelegenheit gehabt, die mächtige Entwicklung vor meinen Augen zu sehen, welche die Banken auf industriellem und wirtschaftlichem Gebiete genommen haben, wie sie zu kräftigen Stützen der Volkswirtschaft geworden sind. Ich hatte aber in den letzten Jahren auch von meiner objektiven Seite aus Gelegenheit, einen Prozeß zu sehen, welcher an sich denkwürdig und bewundernswürdig, der Volkswirtschaft und speziell der Industrie Oesterreichs zu unbergänglichem Ruhme gereichen wird: den Uebergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft. Wie ein Zauber und nur von wenigen vorhergesehen, vollzog sich diese Umwandlung, und wenn vielleicht auch in einzelnen Belangen in der weiteren Folge Erscheinungen zutage getreten sind, welche beklagenswert und nicht zu billigen sind und deren Beseitigung wohl Sache der nächsten Zukunft sein wird, so müssen wir doch sagen, daß die Tatsache, daß unsere Volkswirtschaft ohne Gefährdung ihres Bestandes diesen schwierigen Umwandlungsprozeß überwunden hat, ein ebenso erfreulicher wie unwiderleglicher Beweis unserer jedem Angriff trotzen und unüberwindlichen Stärke ist.

Dies gibt uns auch die feste Zuversicht, daß, wenn dieser schreckliche Krieg dank unserer tapferen Armee und der treuen Waffenbrüderschaft unserer Verbündeten beendet sein wird, auch die Rückbildung von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft sich glatt vollziehen und ein Zeugnis für die wirtschaftliche Kraft unserer altherwürdigen Monarchie ablegen wird.

Ich zweifle nicht, daß eine neue Epoche wirtschaftlicher Entwicklung bevorsteht, welche lohnende Beschäftigung für Industrie und Kapital nach allen Richtungen schaffen und das Interesse der Allgemeinheit mit jenem der großen kapitalistischen Organisationen und jenem der Privatwirtschaften in volle Uebereinstimmung bringen wird.

Daß bei dieser Neugestaltung der Dinge, getragen von dem Vertrauen der maßgebenden Kreise und gestützt auf die Verbindung mit wichtigen Instituten des In- und Auslandes, basiert auf einer mehr als fünfzigjährigen mächtigen Entwicklung und Wertung der finanziellen Kraft, die Bodenkreditanstalt auch ihrer Bedeutung entsprechenden Anteil nehmen und überdies auf dem Gebiete des Hypothekarmesens und kommunalkreditet eine erfolgreiche Wirksamkeit betätigen wird, erscheint mir bei der Tradition des Institutes als eine natürliche Folge derselben.

Diese Tradition einerseits sowie andererseits die Persönlichkeit, welchen die Geschicke dieses Institutes anvertraut sind, bürgen für den Erfolg. Die Bodenkreditanstalt erstreckt sich ja eines ausgezeichneten, hochangesehenen Verwaltungsrates, sie erstreckt sich einer Direktion, welche nicht nur das Vertrauen aller hier in unserer Mitte Weilenden, sondern auch der weitesten Kreise und der gesamten Berufscollegen genießt, sie erstreckt sich endlich eines Verwaltungsapparates und eines Beamtenkörpers, welchen schätzen zu lernen ich so oft Gelegenheit hatte und dem ich stets mein regstes und wärmstes Interesse entgegenbringen werde.

Lassen Sie uns in gegenseitigem Vertrauen zur Arbeit schreiben, lassen Sie uns in patriotischer Auffassung unserer höheren gesamtwirtschaftlichen Aufgaben, in gemeinsamer strenger Pflichterfüllung, in objektiver Wahrung der uns anvertrauten privaten Interessen zusammenarbeiten, und lassen Sie mich noch zum Schlusse den aufrichtigen Wunsch zum Ausdruck bringen: daß dem Institute auch während meiner Amtswirksamkeit der Erfolg treu bleiben möge.“

Nach diesen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des neuen Gouverneurs richtete der bisherige Stellvertreter Herr Paul Ritter v. Schoeller einige Worte des Dankes an Dr. R. v. Leth, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

30. I. 1917

72

Die Zentrale der ungarischen Geldinstitute über die Kapitalserhöhungen.

Der ungarische Finanzminister v. Teleszky hat vor einigen Wochen im Abgeordnetenhaus die Frage der Kapitalserhöhungen besprochen und bei diesem Anlasse auch gegenüber den immer häufiger werdenden Kapitalvermehrungen der kleineren und insbesondere der Provinz-Geldinstitute aus dem Gesichtspunkte der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen Bedenken geäußert. Bei diesem Anlasse hat der Finanzminister die Absicht kundgegeben, im Notfall gegen schädliche Kapitalserhöhungen einschreiten und hierbei womöglich die Mitwirkung der Zentrale der Geldinstitute in Anspruch zu nehmen. Finanzminister von Teleszky hat in seiner damaligen Rede mit seinen lebhaften Bedenken, die gegen unberechtigte, sachwidrige Kapitalserhöhungen kleiner oder mittlerer Unternehmungen zu erheben seien, nicht zurückgehalten.

Im Anschlusse daran hat die Zentrale der ungarischen Geldinstitute die Frage der Kapitalserhöhungen eingehend studiert. Der hierüber erstattete Bericht war Gegenstand einer für den 28. d. M. abgehaltenen Beratung des Ausschusses der Zentrale. Im Elaborat wird die Leitung der Geldinstitutionszentrale die Frage der Kapitalserhöhungen der kleineren, namentlich der Provinz-Geldinstitute, von allen Seiten eingehend beleuchtet und die Argumente, die für und gegen die Kapitalvermehrung sprechen, sind in sachgemäßer Weise zusammengefaßt. Das Elaborat prüft die Gründe, die die Provinzinstitute zu solchen Kapitalserhöhungen bewegen können und behandelt die Zweckmäßigkeit und die Zeitgemäßheit der Kapitalvermehrung aus dem Gesichtspunkte der Aktionäre, der Gläubiger, sowie des allgemeinen Wirtschaftsinteresses. Die Zentrale stellt hierbei als Grundprinzip die These auf, daß die Kapitalserhöhung kleiner und Mittelinstitute unbedingt durch die Heranziehung der bereits angesammelten Kapitalüberschüsse, nicht aber im Wege von Kreditoperationen vorgenommen werden müsse. Ein weiteres Erfordernis ist, daß die Kapitalvermehrung stufenweise und nicht sprungartig erfolge. Aus dem Gesichtspunkte der zukünftigen Geldbedürfnisse könne eine Kapitalserhöhung ihr Ziel nicht erreichen, wenn die neuen Aktien nicht aus Einlagen dauernden Charakters gezeichnet werden. Die Neuemission darf jedoch auch die im Umkreise des Geldinstituts derzeit vorhandenen, sich nur übergangsweise zeigenden Kapitalüberschüsse nicht erschöpfen. Geringer sind jene Aktienemissionen, die einen Teil der aus Kriegsgewinnen herrührenden, jedoch nicht dauernden Einlagen absorbieren, zulässig und aus allgemeinen volkswirtschaftlichen, insbesondere aus valutapolitischen Interessen sogar erwünscht, denn sie stärken das Vermögen der Geldinstitute gegenüber dem künftigen Geldbedarf und verhüten dadurch eine allzu starke Inanspruchnahme der Notenbank nach dem Kriege. Das Elaborat faßt die Meinung der Zentrale in Sachen der Kapitalserhöhungen dahin zusammen, daß bloß jene Aktienemissionen berechtigt sind, die Kapitalüberschüsse von dauerndem Charakter auffangen. Aber auch solche Kapitalserhöhungen stärken den Stand der Geldinstitute nur insofern, und sie sind vom allgemeinen und valutapolitischen Gesichtspunkte nur von positivem Nutzen, wenn sie hauptsächlich solche Einlagen aus den Kapitalüberschüssen in Anspruch nehmen, die sonst keinen dauernden Charakter hätten. In jenen Fällen aber, in denen die Kapitalserhöhung zur Herstellung des gesunden Verhältnisses zwischen Eigen- und Fremdkapital beabsichtigt ist, müsse man sich vor Augen halten, daß ein eventuell momentan ungünstiges Verhältnis zwischen dem eigenen und dem fremden Kapital häufig durch die Liquidität der Anlagen sowie dadurch ausgewogen wird, daß die Eskontokredite nicht in Anspruch genommen werden. Bei jeder Kapitalserhöhung soll ferner die künftige Rentabilität des neuen Kapitals geprüft werden, denn es wird sich häufig die Gefahr ergeben, daß ein Institut wegen günstiger Verzinsung des erhöhten Kapitals sich in gewagte spekulative Geschäfte einläßt. Die Kapitalserhöhung der mit inneren Schwierigkeiten kämpfenden Geldinstitute kann die alten Uebel nicht sanieren, vielmehr ermöglicht sie nur für eine gewisse Zeit die Fortsetzung der Mißwirtschaft. Die Zentrale legt den Instituten nahe, daß es in vielen Fällen zweckmäßiger sei, statt eine Kapitalserhöhung vorzunehmen, den erstrebten Zweck durch die Fusion mit anderen Geldinstituten zu erreichen. Das Elaborat legt schließlich den kleineren und den Provinz-Geldinstituten, die die in Frage kommenden allgemeinen Gesichtspunkte selbst nicht gehörig zu erwägen imstande sind, nahe, vor ihrer endgültigen Entscheidung betreffend die Kapitalserhöhung die Geldinstitutionszentrale zu Rate zu ziehen, die in vielen Fällen in der Lage sein wird, auf Grund der ihr zur Verfügung gestellten Daten und nach eventueller Prüfung des Status der Institute zur Feststellung der Liquidität und der zu erwartenden Rentabilität den Geldinstituten Ratsschlüsse zu erteilen und ein sachgemäßes Gutachten abzugeben.

Ueber die seither abgehaltene Sitzung der Zentrale der Geldinstitute wird aus Budapest telegraphiert:

Budapest, 29. Jänner. Die Zentrale der Geldinstitute hielt unter Vorsitz ihres Präsidenten, des Geheimen Rates Josef Schmidt, eine Sitzung ab, worin bezüglich der Kapitalserhöhungen von Provinzinstituten folgendes Prinzip ausgesprochen wurde: Jene Kapitalserhöhungen, die einem realen Bedürfnisse entsprechen und im Kreise der Interessenten des betreffenden Institutes auf reale Weise durchgeführt werden können, ohne daß die Fraktionierung des Kapitals des Institutes in Zukunft gefährdet wäre, sind als den lokalen Verhältnissen gemäß motiviert und unter gewissen Umständen sogar als wünschenswert anzusehen; dagegen sind Kapitalserhöhungen, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, zu vermeiden. Ferner beschloß der Ausschuss, eine Eingabe an die Regierung zu richten, daß mit Rücksicht darauf, daß die Fusion der Provinzgeldinstitute aus volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten wünschenswert ist, die in Verbindung mit der Fusion erfolgten Vermögensübertragungen gebührenfrei gemacht werden.

Unser Staatshaushalt.

Nach der Schlussrechnung für das erste Halbjahr 1914.
Von Geheimen Rat Dr. August Freiherrn v. Engel,
1. l. Finanzminister a. D.

In dem Aufsatz vom 28. d. habe ich die vom Obersten Rechnungshofe durchgeführte Reform des staatlichen Rechnungsabchlusses erörtert und möchte nunmehr noch das ziffernmäßige Ergebnis für das erste Halbjahr 1914 kurz besprechen.

Der Rechnungsabschluss umfaßt nur eine halbjährige Periode, weil bekanntlich im Jahre 1913 unsere Geburagsperiode einzuschließen, welche bis dahin mit dem Kalenderjahr zusammenfiel, aus verschiedenen Gründen technischer und parlamentarischer Natur in Anlehnung an die Einrichtungen der meisten anderen Staaten dahin geändert wurde, daß vom Jahre 1914 an das Geburags- und Rechnungsjahr nicht mehr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, sondern die Zeit vom 1. Juli des einen Kalenderjahres bis zum 30. Juni des nächsten umfassen soll. Es erschien daher notwendig, eine halbjährige Uebergangsperiode einzuschließen, welche eben das erste Halbjahr 1914 war. Durch die Beschränkung auf diese kurze Zeit erhält nun sowohl der Voranschlag für das Halbjahr 1914 wie auch die Schlussrechnung in vielen Belangen eine besondere Gestaltung, da im Wirtschaftsleben des Staates die beiden Jahreshälften nicht als völlig konkurrente Zeitschnitte gelten können, sich vielmehr gegenseitig ergänzen. Ein klares und vollständiges Bild unserer staatlichen Wirtschaft wird daher erst der nächste, wieder ganzjährige Rechnungsabschluss des Geburagsjahres 1914/15 liefern, wenngleich auch dieser, da er das erste Kriegsjahr umfaßt, auch wieder spezielle Anordnungen, Scheidungen und Darstellungen erfordert wird. Jedenfalls erscheint aber die baldigste Vorlage dieses Rechnungsabchlusses dringend geboten. Der Rechnungsabschluss des Halbjahres 1914 fällt noch ganz in die Friedenszeit. Die etatmäßigen Gesamtausgaben waren mit 1.826.676.731 Kronen präliminiert. Dazu kommen, wie bereits in den vorstehenden Ausführungen dargelegt wurde, die aus früheren Jahren auf das erste Halbjahr 1914 übertragenen, weil noch disponiblen Kreditreste, und zwar im Ausmaße von 179.788.115 Kronen, was zusammen eine Voranschlagsumme von 2.006.464.846 Kronen gibt. Die Summe der im Halbjahre 1914 zur Abstattung angewiesenen Ausgabebeträge belief sich auf 1.746.086.569 Kronen 87 Heller. Dazu kommt die Summe der einer weiteren Verwendung vorbehaltenen, auf das nächste Jahr 1914/15 übertragenen, noch gültigen Kreditreste per 96.611.221 Kronen 89 Heller, was zusammen 1.842.697.791 Kronen 26 Heller ausmacht. Die Gegenüberstellung dieser beiden Summen ergibt eine um rund 165.77 Millionen günstiger erscheinende Ausgabenbearbeitung, d. h. es wurde rechnungsmäßig um diesen Betrag weniger ausgegeben, als nach den Voranschlagspositionen hätte ausgegeben werden können. Dagegen gibt die Einnahmearbeitung folgendes Bild:

Präliminiert waren 1.826.746.472 Kronen, die Summe der im ersten Halbjahre 1914 zur Anweisung gelangten Einnahmen betrug 1.639.515.975 Kronen 30 Heller und blieb daher rechnungsmäßig um rund 187.23 Millionen hinter der Veranschlagung zurück. Bei Zusammenhaltung der Ausgaben- und Einnahmearbeitung im Vergleich zum Präliminare wäre also gegenüber letzterer die erstere um 21.46 Millionen ungünstiger (nämlich Minderausgabe 165.77 Millionen, Mindereinnahme 187.23 Millionen, gibt ein um 21.46 Millionen ungünstigeres Saldo gegenüber dem Voranschlag). Dieses Ergebnis bedarf aber einer besonderen Aufklärung. Was die Ausgabenbearbeitung anbelangt, so ist die etatmäßige erscheinende Ersparung in der Hauptsache eigentlich nur auf eine rechnungsmäßige Minderausgabe bei dem Kapitel „Beitragsleistung zu den gemeinsamen Ausgaben“ zurückzuführen, die sich aus Vorauszahlungen erklärt und auf rund 250 Millionen beläuft. Dagegen sind bei den andern Erforderniskapiteln fast durchwegs sehr bedeutende Ueberschreitungen vorgekommen, welche diese rechnungsmäßige Minderverwendung zu einem nicht unerheblichen Teile wieder aufheben. Es kommen allerdings bei einzelnen Positionen auch reelle Ersparungen vor. Diese sind aber nicht von großem Umfang. Bei einigen dieser letzteren mag auch der Umstand mitgespielt haben, daß die Ausgabenkredite des Halbjahres 1914 nur mit einer halbjährigen Verwendungsdauer ausgestattet waren, daher in dieser relativ kurzen Frist vieles nicht verwendet werden konnte und auch die Uebertragung von für das erste Halbjahr 1914 präliminierten Krediten auf das nächste Jahr behufs späterer Verwendung ausgeschlossen worden ist. Hinsichtlich des scheinbar starken Zurückbleibens der Einnahmen hinter dem Voranschlag (Minus 187.23 Millionen) ist aber folgendes zu bemerken: Vor allem muß festgestellt werden, daß bei den im Vor-

anschlagskapitel „Allgemeine Kassenverwaltung“ aufgenommenen Bedeckungspositionen, welche die Erlöse aus für spezielle Ausgabenbestreitungen in Aussicht genommenen Anlehen betreffen, ein Betrag von 202.425.547 Kronen 85 Heller weniger als etatmäßige, also als Voranschlagsbedeckung in Anspruch genommen wird. Wenn man nun selbst in Betracht zieht, daß aus Kassenbeständen ein Betrag von 20.786.847 Kronen 53 Heller mehr, als pro erstes Halbjahr 1914 veranschlagt worden war, etatmäßig in Anspruch genommen wurde und diesen Betrag von den eben genannten 202.425.547 Kronen 85 Heller in Abschlag bringt, so bleibt doch noch immer ein Betrag von rund 181.6 Millionen an etatmäßiger Minderbedeckung, die nur dadurch entstanden ist, daß um diesen Betrag weniger Anlehenserlöse als etatmäßige Bedeckung verwendet wurden, als in Aussicht genommen worden war. Dazu kommt, daß die pro Halbjahr 1914 vorgesehene Tilgung der allgemeinen Staatsschuld nicht (wie veranschlagt) aus dem Erlöse einer Kreditoperation bestritten wurde, welcher ausfallende Erlös wieder eine etatmäßige Minderbedeckung von 6.435.000 Kronen ergibt. Zusammen betragen diese beiden ausfallenden Bedeckungspositionen mehr als 188 Millionen Kronen. Damit ist also schon der Betrag, um welchen die etatmäßige Bedeckung hinter dem Voranschlag zurückbleibt, überschritten. Hieraus folgt aber, daß die andere Einnahmsbearbeitung in ihrem Endergebnis gegenüber dem Voranschlag zumindest keine ungünstige sein konnte. Das trifft auch zu. Hierbei muß überdies beachtet werden, daß ein beträchtlicher Teil von Einnahmen vor Ablauf der bloß halbjährigen Geburagsperiode noch nicht zur Vorschreibung und Anweisung gelangt war, was speziell im Finanzressort eine Rolle spielt. Wenn wir nämlich die einzelnen Ziffern in Betracht ziehen, finden wir auch tatsächlich, daß, während die Realsteuern gegenüber der Veranschlagung ein günstigeres Ergebnis von 12 Millionen rund aufzeigen, die Personalsteuern um 64.38 Millionen hinter der Veranschlagung zurückbleiben, darunter gerade die Einkommensteuer und die sogenannte Aktiengesellschaftsteuer um 34.67 Millionen, beziehungsweise um 27.4 Millionen, also zusammen um zirka 62 Millionen; das sind aber gerade jene Steuergattungen, wo die Veranlegung bekanntlich alljährlich besondere Arbeit und Müheverteilung seitens der Steuerbehörden erfordert, wodurch sich die Vorschreibung verzögert. Das Zurückbleiben hinter der Veranschlagung ist hier also ein mehr formelles. Dagegen zeigen die andern Steuern und Abgaben gegenüber dem Voranschlag ziemlich hohe Mehreingänge.

So sehen wir, daß bei den Zöllen ein Mehrbetrag von rund 18.9 Millionen, bei den Verzehrungssteuern (Branntwein, Preßhefe, Zucker, Bier, Mineralöl, Wein, Fleisch usw.) ein solcher von 18.94 Millionen sich einstellt, ebenso daß die Stempeln, Lizenzen, Gebühren und die Fahrkartensteuer einen um etwas mehr als 10 Mil-

lionen höheren Betrag abwarfen. Auch bei der Kassenverwaltung ergab sich bei mehreren Positionen ein Mehrertrag von über 23.54 Millionen. Zusammen gibt das bei der Finanzverwaltung ein Plus von 83.38 Millionen. Dagegen bleibt die Einnahme beim Tabak insbesondere wegen Nichteintrittes der veranschlagten Absatzsteigerung um 2.8 Millionen rund hinter der Voranschlagsziffer zurück. Das Ergebnis der Post- und Telegraphenanstalt (natürlich inklusive Telephon) blieb nur um 3 Millionen rund und jenes des Staatsbahnbetriebes nur um rund 10 1/2 Millionen hinter dem Voranschlag zurück, wobei aber im Etat des Eisenbahnministeriums das Extraordinarium einen Mehrertrag von nahezu 1 1/2 Millionen aufwies und dadurch den Ausfall beim Betriebe auf rund 9 Millionen ausglich. Ebenso ergab sich bei den werbenden Ressorts, Ackerbau- und Arbeitsministerium, ein Minderetrag von 2.76 Millionen, beziehungsweise von 2.13 Millionen, wobei bei diesen, wie schon aus den Andeutungen in den Erläuterungen der Geburag der Forste und Domänen hervorgeht, auch ähnliche Ursachen für das Zurückbleiben wenigstens mitgespielt haben mögen, wie sie rückfichtlich der Personalsteuer erwähnt wurden. Bei den anderen Ressorts gleichen sich die Differenzen nahezu aus. Im Saldo ist also die erwähnte Gesamtbedeckung gegenüber der Veranschlagung nicht zurückgeblieben.

Wenn wir die bei den einzelnen Ressorts vorgefallenen Ausgabenüberschreitungen näher in Betracht ziehen, so finden wir, daß die stärkste Ueberschreitung beim Finanzressort eingetreten ist, da sie im Saldo 36.31 Millionen beträgt. Sie ist aber darauf zurückzuführen, daß an Koststandsunterstützungen um 12.7 Millionen, an Ueberweisungen an die Länder aus der Brantweinsteuer um 6.67 Millionen mehr ausgegeben wurde. Ferner ist für die Durchführung der Dienstpragmatik und des Dienergehaltsgesetzes ein nicht präliminierter Betrag von 20 Millionen verwendet und eine höhere Speisenvergütung von 2.36 Millionen an das staatliche Postsparkassenamt geleistet worden. Beim Ressort des Handelsministeriums, welches im Saldo eine Ueberschreitung von 6.58 Millionen ausweist, spielt insbesondere eine im Voranschlag nicht vorgesehene Auslage per rund 7.28 Millionen für die Ausgestaltung des Telephons mit, und beim Eisenbahnressort, wo die Nettoüberschreitung 4.38 Millionen beträgt, eine Mehrleistung für Erwerbsteuer per 2.96 Millionen und eine solche von 3.47 Millionen für Herstellung von Eisenbahnanlagen. Im Etat des Ackerbauministeriums bildet einen wesentlichen Teil der mit 2.5 Millionen ausgewiesenen Ueberschreitung die Mehrleistung von 1.87 Millionen für die Linderng der Futtermittel und für die Sanierung von landwirtschaftlichen Genossenschaften, während beim Ministerium für öffentliche Arbeiten (mit einer Ueberschreitung von 2.6 Millionen) haupt-

sächlich die Mehrauslagen von 2.44 Millionen für die Behebung von Elementarschäden an Straßen, von 1.8 Millionen für größere Rohstoffeinkäufe in Drohhöhe und von 0.855 Millionen für gesteigerte Produktionsauslagen im staatlichen Berg- und Hüttenwesen in Betracht kommen. Das Justizministerium rechtfertigt seine Ueberschreitung (2.7 Millionen) mit verschiedenen, die Justizverwaltung verteuern den Spezialursachen. Im Etat des Ministeriums des Innern ist die Ueberschreitung von 1.49 Millionen im wesentlichen auf den höheren Aufwand für die Amtsregie bei der politischen Verwaltung und der Sanitätsverwaltung zurückzuführen. Die beim Ministerium für Landesverteidigung eingetretene Mehrauslage von 13.5 Millionen betrifft zumeist die erhöhten Aufwendungen für die Standeserhöhung der Landwehr und deren Ausrüstung mit Artilleriematerial (12.93 Millionen) und für die Unterhaltsbeiträge an Angehörige von einberufenen Reservisten (0.59 Millionen).

Daß die gesamte Geburag im ersten Halbjahre 1914 im ganzen eine günstige war, zeigt übrigens auch das Anwachsen der Kassenbestände. Der Nachweis der Bargeldbearbeitung, welchen der Oberste Rechnungshof Kassenrechnung nennt, ergibt folgendes Bild: Der anfängliche Kassenstand war 925.854.213 Kronen 63 Heller. Dazu kommen die etatmäßigen (auf Grund des Budgets eingegangenen) Einnahmen per 1.703.899.880 Kronen 70 Heller. Ferner die außeretatmäßigen Einnahmen (wie insbesondere Anlehenserlöse und ähnliches) per 678.221.372 Kronen 61 Heller, zusammen 3.007.575.466 Kronen 94 Heller. Dagegen wurden verausgabt etatmäßige (auf Grund des Budgets vorgenommene) Auslagen per 1.750.793.570 Kronen 92 Heller. Dazu kommen die außeretatmäßigen Auslagen (Verwendung von Anlehenserlösen und Kassenbeständen) per zusammen 442.250.866 Kronen 97 Heller. Das gibt in Summa 2.193.044.437 Kronen 89 Heller, so daß ein schließlicher Kassenbestand von 814.531.029 Kronen 65 Heller verblieb, der um 189.176.815 Kronen 42 Heller höher ist als Ende 1913.

Der Oberste Rechnungshof gibt auch eine Uebersicht über die Verwendung der für besondere Zwecke gebunden gewesenen Kassenbestände (Erlöse von Anlehen usw.) und stellt den Stand der hieraus noch verfügbaren Beträge dar. Nach einer vom Obersten Rechnungshofe weiters gegebenen Zerlegung der Herkunft der Kassenbestände ergibt sich, daß im schließlichen Kassenbestand rund 187.81 Millionen Anlehenserlöse und rund 61.19 Millionen Geburagsüberschüsse sich befinden, während der Rest von 565.53 Millionen verschiedener Probenienz ist. Nach der den Stand der Staatsschuld nachweisenden Tabelle belief sich der Stand der allgemeinen Staatsschuld Ende Juni 1914 auf rund 5.13 Milliarden, jener der österreichischen Staatsschuld auf

Der Volkswirt. Die österreichische Staatsschuld Ende Juni 1916.

Heute liegt der Ausweis der österreichischen Staatsschuldenkontrollkommission über den Stand der Staatsschuld zu Ende des Budgetjahres 1915/16 (Ende Juni 1916) vor. In diesem Zeitpunkt erreichte die gesamte österreichische Staatsschuld die Höhe von 36 Milliarden und 27,8 Millionen Kronen mit einem jährlichen Zinsenerfordernis von 1 Milliarde und 478 Millionen Kronen.

Hierbei ist die fünfte Kriegsanleihe, deren Begebung schon in das Finanzjahr 1916/17 fällt, mit ihrem vorläufigen Ergebnis von 4412,8 Millionen Kronen noch nicht berücksichtigt.

Gegenüber dem Stande vom Ende Dezember 1915 (erstes Budgetsemester 1916) ist eine Erhöhung der Staatsschuld um 9 Milliarden gegenüber dem Stande zu Ende 1915, also im ganzen Finanzjahre 1915/16 eine Erhöhung um 13 Milliarden und 595 Millionen Kronen eingetreten.

Das Zinsenerfordernis hat sich von 1125,5 Millionen Kronen zu Ende Dezember 1915 auf 1478 Millionen Kronen am 30. Juni 1916, sonach um 352,5 Millionen Kronen erhöht, während sich die Steigerung des Zinsenerfordernisses im ersten Budgetsemester (Ende Dezember 1915 im Vergleiche zu Juni 1915) auf 235,6 Millionen Kronen belief. Im ganzen Budgetjahr 1915/16 ist daher die Zinsenlast um über 788 Millionen Kronen gestiegen.

Die Kriegsschulden.

Eine besondere Nachweisung gibt über die durch den Krieg verursachten Schulden Aufschluß. Diese Kriegsschulden waren zu Ende Juni 1916 die folgenden:

Gliediger und Art der Schuld	Betrag Millionen Kronen	Zinsen- erfordernis pro Jahr Millionen Kronen
Oesterreichisch-ungarische Bank		
Bombarddarlehen (bedeckt mit 2 1/2-jähr. 5%igen Schatzscheinen im Nominale von 600,000,000 K.)	510,0	25,5
Bombarddarlehen (bedeckt mit 5-jähr. 5%igen Schatzscheinen im Nominale von 1,696,000,000 K.)	1,272,0	12,7
Solawechsel (jeder Wechsel lautet auf 63,600,000 K.)	1,272,0	12,7
Solawechsel (jeder Wechsel lautet auf 25,400,000 K.)	508,8	5,1
Darlehen gegen Schuldschein	954,0	9,5
Darlehen gegen Schuldschein	954,0	4,8
Darlehen gegen Schuldschein	954,0	4,8
Oesterreichisches Konsortium		
Kontokorrentvorschuß	3,271,8	139,0
Konsortium im Deutschen Reich		
Schatzwechsel per 200,000,000 Mark	235,2	14,1
Schatzwechsel per 180,000,000 Mark	211,7	10,6
Schatzwechsel per 125,000,000 Mark	147,0	7,3
Schatzwechsel per 127,200,000 Mark	149,6	7,5
Schatzwechsel per 254,400,000 Mark	299,7	14,9
Schatzwechsel per 45,076,500 Mark	45,4	2,3
Schatzwechsel per 150,000,000 Mark	176,4	8,8
Kriegsanleihen		
Erste Kriegsanleihe, 5jährige Schatzscheine	2,179,7	119,9
Zweite Kriegsanleihe, 10jährige Schatzscheine	2,688,3	147,8
Dritte Kriegsanleihe, 15jährige Schatzscheine	4,203,1	231,1
Vierte Kriegsanleihe		
40jährige amortisierbare Schuldverschreibung	2,365,0	130,1
7jährige Schatzscheine	2,155,3	118,5
Summe der Kriegsschulden	24,552,5	1,027,2
Gesamtsumme der Staatsschulden ohne Kriegsschulden	11,475,3	
mit dem Zinsenerfordernis von		450,8
Zusammen	36,027,8	1,478,0

Die Kriegsschulden Oesterreichs beliefen sich sonach am 30. Juni 1916 auf 24,55 Milliarden Kronen mit einem Zinsenerfordernis von 1027,26 Millionen Kronen jährlich gegen 14,14 Milliarden Kriegsschulden zu Ende des ersten Budgetsemesters 1915 (Ende Dezember 1915) mit einem Zinsenerfordernis von 614,55 Millionen Kronen. Von den 24,55 Milliarden Kronen entfallen 13,6 Milliarden Kronen auf die vier österreichischen Kriegsanleihen, während der Rest aus Vorschußen des Noteninstituts, des Konsortiums der österreichischen Banken

und im Deutschen Reiche herrührt. Von der Steigerung der Kriegsschulden im zweiten Budgetsemester um rund 10 Milliarden Kronen entfallen auf die vierte Kriegsanleihe 4,5 Milliarden Kronen. Die Vorschuße des Noteninstituts sind im Vergleich zum 31. Dezember 1915 von 3,96 auf 6,42 Milliarden Kronen, jene des Bankkonsortiums von 0,5 auf 3,27 Milliarden und die des Konsortiums im Deutschen Reiche von 0,6 auf 1,23 Milliarden Kronen angewachsen.

Der vorliegende Ausweis zeigt gegenüber den früheren Ausweisen schließlich insofern noch eine formelle Veränderung, als die bisher unter der Bezeichnung „Staatsschuld der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder“ angeführten Schulden nunmehr als „Oesterreichische Staatsschuld aus der Zeit nach dem Jahre 1867“, also nach dem ersten Ausgleich mit Ungarn, bezeichnet sind.

Gemeinschädliches Bankwesen.

II.

(Vergl. „Reichspost“ vom 4. d. M.)

Die großen Privatbanken sind heute so kapitalkräftig, so sehr bestimmend für die Art der Verwendung der flüssigen Volksgelder, so bestimmend für die Kurse und infolgedessen die Geltung und Wertschätzung der Staats- und Kommunalpapiere, so bestimmend für den Aufbau der Gesamtwirtschaft, daß sie auch nach den Interessen der Volksgesamtheit verwaltet werden sollten. Das ist nicht der Fall. Bloße Rentabilität ist die Losung der Banken, wenn auch auf Kosten der Gesamtheit. Bloße Rentabilität ist Grundsatz bei der Kreditvermittlung und Kreditgewährung; ist Grundsatz beim industriellen Eigenbetrieb. Ist auch Grundsatz beim Produkten- und Warenhandel, den die Banken neuerdings in größtem Stil betreiben.

Von den Beutezügen der Banken beim Börsengroßhandel wurde schon gesprochen. Im Kriege haben die Banken ihre Tätigkeit auf dem Gebiete des Handels ausgedehnt. Bereits vorhandene Warenabteilungen ausbauend oder neue einrichtend, betreiben einzelne Banken heute Waren- und Lebensmittelgeschäfte, Einkauf und Verkauf größten Stils, und dabei mit einem Gewinnhunger, der häufig hinter dem gewisser „Galizianer“ nicht zurücksteht. Es wurde konstatiert, daß die eigentliche Lebensmittelsteuerung in Ungarn von dem Augenblick ab einsetzte, als die Budapester Großbanken das Recht zum Großverkauf und -verkauf von Lebensmitteln erhielten. Der Abg. Szurecsany (Volkspartei) erklärte im ungarischen Parlament, die Budapester Großbanken machten sich zur Kriegszeit des größten Wuchers schuldig. Diese Banken hätten das Uebel, durch die unbehinderte Spekulation und das maßlose Treiben der Agenten und Vermittler verursacht, noch gemehrt. — Die Ungarische Kreditbank (Rothschild) soll bereits einen Gewinn von der Höhe ihres gesamten Aktienkapitals erzielt haben. In Wien liegen die Verhältnisse vielfach ähnlich. Wo Preistreiberien ganz großen Stils im Gang sind — Preistreiberien auf dem Lebensmittel-, Waren-, Kriegslieferungsmarkt — zeigen sich nach Feststellungen der Presse und des Gerichtssaals vielfach einzelne Banken als Hauptmotoren und Hauptbeteiligte in die Geschäfte verwickelt; oft freilich weniger die Banken mit dem Vermögen der Aktionäre, als einzelne Bankdirektoren und Prokuristen, mit den großen offenen und stillen Reservergeldern der Banken frei wirtschaftend und noch freier wuchernd.

Während so von den Banken der Großteil der flüssigen Volksgelder dazu verwendet wird, um auf dem Gebiet der Industrie und des Handels Wucherszinsen für kleine Geldweise zu erringen, leiden wichtigste, aber weniger rentable Zweige der Volkswirtschaft, vor allem die Landwirtschaft, Not mangels billigem Kredit. Es findet größte Vernachlässigung der heimischen Urproduktion und ihrer Entwicklung statt zugunsten eines zweifelhaften Allererweltsindustrialismus. Deutsche Nationalökonomien erklären, es seien noch ganze Provinzen in Deutschland für die Landwirtschaft zu gewinnen, riesige Flächen bisheriger Sumpfs, Moor-, Heidegebiete. Professor Ballob erklärte, bei entsprechendem Ausbau der Landwirtschaft könnte Deutschland eine Bevölkerung von 120 Millionen Menschen ernähren. Wäre es nicht besser gewesen, mit Kredit die deutsche Landwirtschaft in die Höhe zu bringen, als übermäßigem Inlands- und Auslandsindustrialismus zu huldigen? Und gilt daselbe nicht auch für Oesterreich-Ungarn und die Politik seiner Banken? Da liegt beispielsweise vor den Toren Wiens ein großes Sumpfsgebiet, der Neusiedlersee! Hunderttausenden würde Arbeit, Verdienst und Brot bei Trockenlegung. Warum gibt es keinen Kredit für die Trockenlegung? Die Großbanken beschäftigen sich in gewisser Hinsicht mit Grund und Boden — als Kreditgeber oder Selbstunternehmer. Aber sie geben Kredit nicht etwa den Bauern zu Bodenmeliorationen, sie betreiben nicht Landeskultur durch großzügige Aufforstungen, Bewässerungsanlagen; sie kreditieren oder betreiben selber vor allem: Güterzerstückelungen, Parzellierungen großen Stils, Wald-, „Exploitationen“, Monopolisierung von Erdschätzen zu Wucherzwecken, Terrainspekulationen im Bereich der Städte und Großstädte, raubbaummäßige Ausschöpfung von landwirtschaftlichem Grund, Umwandlung von Bauerngrund in Naturparks und Jagdgehege zur Unterhaltung der großstädtischen Plutokraten.

Die Geschichten von der Verdrängung des Bauerntums aus vielen Berggebieten von Tirol und Steiermark — man denke an Rosseggers Roman „Jakob der Letzte“ — durch jagdliebende Bankkreise, die Geschichte ungarischer und böhmischer Waldverwüstungen, die Geschichte der Bewucherungsversuche der böhmischen Bauern durch die Ungarische Agrar- und Rentenbank in Sache der Rentenablösung — sind nicht minder traurig, als die Geschichten von den durch Banken vermittelten Grundspekulationen in Berlin, wo nach den Veröffentlichungen der „Bodenreformer“ Terraingesellschaften den Bodenverkehr so ausbeuteten, daß sie außer riesigen Lantienmen und Provisionen bis zu 100% Dividende verteilen konnten; als die Geschichten von den wucherischen Zinssätzen für die ersten Hypotheken auf Wiener Wohnbauten und von den schlechthin nicht zu bekommenden zweiten Sätzen auf Bauten ebendort.

Gewinn, höchstmögliche Rentabilität ist die Losung der Banken, mag dabei auch Volk und Staat Schaden erleiden. 1913 betrug der Reingewinn der 10 Wiener Großbanken — nach größten Abschreibungen und Berechnung außerordentlich hoher Verwaltungsgebühren, Lantienmen usw. 13.74%. In den letzten Kriegsjahren hat er sich, wenn man nur auf die Wirklichkeit und nicht auf gefälschte, mit Rücksicht auf die Kriegsgewinnsteuer künstlich niedergehaltene Bilanzen geht, bedeutend erhöht. Man könnte geradezu von einer Verdoppelung der Gewinnziffer sprechen, wenn die riesigen Agiogewinne anlässlich der jüngsten Kapitalserhöhungen bedacht werden.

Bei solcher Bankenpolitik ist der Kredit nicht mehr wirtschaftliche Hilfe, sondern Wucher. Der bekannte Wirtschaftspolitiker Eduard Hahn meinte, schon 8% am bloßen Vermittlungsgeschäft zu verdienen, sei viel zu viel. „Unser Kapitalismus rechnet nicht mit einer erschwinglichen Rente, sondern mit einer unerschwinglichen“. Nun „verdienen“ die Banken das Doppelte und noch mehr.

Die Wirkung der neueren Bankentätigkeit auf die Gesamtwirtschaft ist: Anhäufung immer größerer Reichtümer in den Händen einzelner Spekulanten- und Rentnergesellschaften auf Kosten der Allgemeinheit. Ersetzung ungezählter selbständiger mittlerer und kleiner Wirtschaftsbetriebe durch große mit Monopolcharakter. Uebermäßige Verschlebung der Heimat in die Weltwirtschaft unter Vernachlässigung der heimischen Urproduktion, so daß im Falle kriegerischer Verwicklungen herbstliche Krisen, namentlich auch hinsichtlich der Lebensmittel, entstehen. Die Wirkung der Banken auf die Gesamtwirtschaft ist: Entwicklung gewisser rentabler Zweige der Volkswirtschaft bis zum Uebermaß; Brachliegen anderer, nützlicher. Zweifelhaftestes Allererweltsunternehmertum findet Kredit ohne Schranken; Gesellschaften aber, die z. B. gemeinnützige, infolgedessen wenig rentable Institute ins Leben rufen wollten, etwa Mittelstandsanstalten mit wohlfeilem Preise, große Vereinshäuser für heimlose Arbeiter und Arbeiterinnen, finden keinen Kredit.

Können wir solches Kreditwesen in die Zukunft hinübernehmen? Kämpfte man für Kultur, Freiheit und Recht, damit von Bankdirektoren die kulturellen und sozialen Forderungen für das Wirtschaftsleben nicht beachtet werden? Kämpften unsere Städte dafür, daß ihnen Boden und Wohnungen des Heimatortes von Bankleuten verteuert werden? Kämpften die Bauern dafür, daß ihr Ackerboden zum Spekulationsgegenstand, zum Luxusartikel gemacht werde? Mühen sich die kleinen Gewerbetreibenden und Arbeiter dafür ab, daß ihre Spargelder als Kredit für Luxusgeschöpfe und Großbetriebe dienen? Nein! Die Banken sind heute so groß geworden, sie verfügen über so riesenhafte Kapitalien, sie werden so sehr bestimmend für den Aufbau und die Zukunft unserer ganzen Volkswirtschaft, daß sie als öffentliche Angelegenheit allerersten Ranges empfunden und behandelt werden müssen. Die Banken, die die ganzen mobilen Kapitalien des Volkes aufhäufen, um mit ihnen wieder zu wirtschaften, müssen in eine Form der Verwaltung übergeführt werden, daß das Interesse des Staates, des Volkes, der gesunden Entwicklung der Volkswirtschaft maßgebend für die Geschäftsführung wird. Die Gelder, die das Volk im Schweiß des Angesichts verdient hat, sollen, in Kredit verwandelt, vor allem wieder dem Volke selber, entsprechend seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen und kulturellen Zielen, zugeführt werden. Sie sollen nicht Ausgangspunkt der wahrwichtigen Selbstbereicherung Einzelner werden und Mittel zur Vernichtung der Grundlagen gesunder Volkswirtschaft. Die Kriegserfahrungen sind ein Heilmittel aus dem Weltwirtschaftlichen zum vorwiegend Nationalwirtschaftlichen, ein Appell zur Betonung des Volksbedarfs, des gesamtvolklichen Nutzens gegenüber dem bloßen Rentabilitätsstandpunkt des Einzelnen. Das muß vor allem für die Banken und ihre Politik zur Anwendung kommen. Die Banken sind heute souveräne Staaten im Staate mit einer Politik, die für diesen direkt lebensgefährlich. Sie müssen durch einschneidendste Maßregeln zu dienenden Organen des Staates, des Volkes gemacht werden. *)

Dr. Eberle.

*) NB Im Schlußabschnitt des ersten Teils dieses Aufsatzes in der „Reichspost“ vom 4. d. soll es heißen statt: In Oesterreich sind über 500 industrielle Werke in der Hand bzw. vollen Abhängigkeit von Banken: in der Hand bzw. Abhängigkeit allein von 10 Wiener Großbanken.

ichs post.

Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Bei täglich zweimaliger Zustellung
für Wien:
monatlich K 4.20
vierteljährlich 12.—
halbjährlich 24.—
Für Oesterreich-Ungarn:
monatlich K 5.—
vierteljährlich 14.50
halbjährlich 29.—
Bei täglich einmaliger Zustellung
(das Morgenblatt zugleich
mit der Nachmittagsausgabe des
vorherigen Tages) für auswärts:
monatlich K 4.20
vierteljährlich 12.—
halbjährlich 24.—
Für Deutschland:
vierteljährlich Kreuzbansend. K 18.—
und durch die Postämter laut dort
aufgelegender Postzeitungsliste.
Bänder des Weltpostvereines:
vierteljährlich Kreuzbansend. K 22.—
und durch die Postämter laut dort
aufgelegender Postzeitungsliste.
Einzelpreise für auswärts:
Morgenblatt 14 h
Son- und Feiertage 16
Nachmittagsblatt 6

n, Samstag, den 10. Februar 1917

XXIV. Jahrgang

Sweden und der Schweiz an Wilson.

heute. — Zunehmende Kampftätigkeit an der Westfront.

Politische Wirkungen der Banken Herrschaft.

Wien, am 8. Februar.

Die mächtigsten Wirtschaftsinstitute unserer Tage sind die großen Banken. Sie sind die Mittelpunkte des Geldhandels, die Aufstapler des flüssigen Kapitals der Völker, die Organisatoren der Geldanlage. Die zehn Wiener Großbanken besitzen ein Eigenkapital von über 1400 Millionen Kronen, verwalten über 1200 Millionen Kronen Spargelder, dirigieren als maßgebende Kreditgeber von über 500 Industrie- und Handelsunternehmungen ein Gesamtkapital von mindestens acht nach anderen von über zehn Milliarden. Damit sind sie die fast allmächtigen Gestalten des Wirtschaftslebens von Gesamtösterreich, denn es gibt nichts an Unternehmertum, was an diese Ziffern heranreicht; der Einfluß aber steigt immer in geometrischer Progression zur arithmetischen Entwicklung der Ziffern. Wenn Walter Rathenau erklärte, 300 Leute dirigierten heute das Wirtschaftsleben Europas, 300 Personen, die sich gegenseitig ganz genau kennen und ihre Nachfolger nur aus ihrem persönlichen Bekanntenkreise wählen, 300 Personen, in ihrer Organisation noch mehr zusammengeschlossen, als es die Oligarchie des alten Venedig war, so dachte er offenkundig an Bankdirektoren. Im ungarischen Parlament erklärte Abg. Simonyi im Hinblick auf die Herren der sieben ersten Budapester Banken, diese sieben Herren verfügten unbeschränkt über 3 Milliarden, und das sei die größte Macht im Lande, und wenn sie die Köpfe zusammensteckten, so könnten sie sämtliche Börsen nach freiem Gutdünken dirigieren und dann würde der Kurswert der Effekten und des Getreides steigen oder sinken, wie es den sieben Herren beliebt.

Die Macht und Tätigkeit der Banken aber ist heute unseelige Macht und Tätigkeit. Denn ihr Geldhandel, ihre Kreditvermittlung, ihre Verwaltung der Volksparsnisse erfolgt nicht unter dem Gesichtspunkt der staatlichen und völkischen Interessen, des Wohles möglichst vieler Wirtschaftsexistenzen, sondern in der Regel lediglich unter dem der höchsten Rentabilität. Deshalb werden häufig unseelige Wirtschaftszweige notwendigen bevorzugt, oft geht das Ausland der Heimat vor. Es werden Großbetriebe um Großbetriebe gefördert, Kartelle und Trusts angebahnt um den Preis des Niedergangs zahlloser kleiner und mittlerer Wirtschaftsbetriebe, Anstatt gesunder Volkswirtschaft, wo möglichst viele Freie mit mäßigen Besitz wirtschaften und sich freuen, wird langsam alle Wirtschaftsmacht in den Händen Weniger konzentriert, indes die großen Massen in Abhängigkeit schwächen. Bankenpolitik läßt die kleinen Industrie- und Handelsbetriebe durch die großen auffagen. Die großen Banken selbst machen den kleinen den Garaus! In letzterer Hinsicht konstatierte Kuhlmann im Hinblick auf die Entwicklung in Deutschland (seine Bilder sind beachtenswert!): Die großen Häufigen fressen die kleinen Hechte auf. Mit Bezug auf Ungarn und die Politik der dortigen Großbanken schrieb unlängst der Budapester Publizist Diner-Denes, nicht unserer Richtung aber in Wirtschaftsfragen offenkundig bewandert: „Unsere Großbanken haben schon einen ansehnlichen Teil ihres Kapitals in Industriekapital verwandelt. Zumeist infolge von „Sanierungen“. Das Rezept ist vielfach erprobt. Erst wird ein Industrieunternehmen durch mehr leichte als gewissenhafte Kreditgebung in Verlegenheit gebracht und dann wird es „saniert“, d. h. einfach von der kreditierenden Großbank verschlungen. Das Kapital des ursprünglichen industriellen Unternehmens wird nicht durch Beteiligung, Fusion oder eine ähnliche

Operation unter die Botmäßigkeit der Großbank gebracht, sondern einfach annektiert. Ganz ähnlich wird es auch mit Handelsunternehmungen gemacht. Mit Banken — Mittel- und Kleinbanken — wird anders umgegangen. Sie dienen den Großbanken als Vermittler für jene Wuchergeschäfte, die ihnen selbst schon zu anrüchig sind. Jahre hindurch stellten die Budapester Großbanken jenen Mittel- und Kleinbanken und Genossenschaften, deren Geschäft die Auswucherung der Kleingewerbetreibenden, Bauern, Beamten und Intellektuellen war, Geld in beliebiger Menge zur Verfügung — natürlich zu entsprechend hohen Zinsen —, und als der Gestank zu arg wurde, schnürten sie eines Tages urplötzlich allen diesen Instituten den Hals zu und ruinierten damit auch ihre Kreditnehmer, nachdem sie schon zur Genüge geschöpft waren.

Die Banken sollten wirtschaftliche Helfer des Volkes sein; statt dessen entwickelten sie sich mehr und mehr zu dessen Ausbeutern. Im Alten Testament spricht Josef zu seinen Brüdern, den Söhnen Jakobs: „Kommt zu mir nach Ägypten, ich will euch Güter geben im Ägyptenland, daß ihr essen sollt das Mark des Landes. Und schaut euren Hausrat nicht an, denn die Güter des ganzen Landes sollen euer sein“. Diese Worte scheinen auch Credo vieler Bankdirektoren inmitten der europäischen Völker zu sein.

Die übliche Tätigkeit der herrschenden Banken wäre schon verhängnisvoll genug, wenn sie sich nur aufs Wirtschaftliche beschränkte. Aber die Großbanken dehnen ihre Herrschaft mit Erfolg zusammen mit den Kartellen auch auf das Gebiet der Politik, des ganzen Kulturlebens aus. Schon früher ließen Fürsten, Erzbischöfe, Minister, die Finanzgeschäfte Juden über; aber die Juden blieben im Ghetto; sie hatten alles in allem ins Nichtwirtschaftliche nicht allzuviel dreinzureden. Heute, nach vielfältigen Emanzipationen und Freiheitsverkündigungen, liegen die Dinge anders. Heute suchen die Finanzleute mit dem Geld, das die Welt regiert, auch die Politik, schließlich das ganze Kulturleben sich dienstbar zu machen. Sie erobern zunächst die Politik durch Eroberung der Presse und der Parlamente. Die europäische Presse ist heute zum größten Teil nur Sprachrohr des Großkapitals. Die großen Massen und selbst leidlich Gebildete entziehen sich nicht dem Geiste 2- bis 3mal täglich geistreich und pikant dargereicher „freier“ Aufklärung; so ist es leicht begreiflich, daß ungezählte Wähler und viele Politiker nach dem Takt der Hochfinanz marschieren. Und wo die Aufklärung nicht verfangt, verfangen die Gelder, die Subventionen der Hochfinanz, dargeboten in Form einträglicher Verwaltungsratsstellen, dieser Sinecuren mit 20.000 bis 150.000 Kronen Jahresgehalt, über die die modernen Großbanken aus eigenem und als Teilhaber zahlreicher Industrie- und Handelsunternehmungen zu hundertweis verfügen. (1913 erhielten 140 Verwaltungsräte nur der 10 Wiener Großbanken selbst [nicht der ihnen angegliederten über 500 Industrie- und Handelsunternehmungen!] im Durchschnitt je 54.000 Kronen Tantiemen). Dieser Art wurden die Parlamente vieler Völker, z. B. die von Amerika, England, Frankreich zu bloßen Bewilligungsmaschinen der Hochfinanz. Frankreich ist, sagte Anatol France, keine Republik, sondern ein Finanzstaat; es wird regiert nicht vom Präsidenten und den Ministern, sondern durch die Kreditinstitute; alles geschieht durch die Banken und zugunsten der Banken. Amerika wird auch — nach dem Stärksten dort — Dollarika genannt. Die Wahlen des Präsidenten, der Senatoren, der Minister sind bekanntlich Sache der Trusts. Die

jede Aenderung des Bestehenden, wie anerkannt werden muß, nicht ohne Geschick abgelehnt. Mit dem Prinzen Konrad Hohenlohe kam ein neuer, frischer Zug in den Mariazeller Hof. Das war aber nicht alles. Der gewissenhafte Verwaltungsbeamte — so hörte man bald — über-raschte außerdem, dank seiner als sparbarer Landeschef, als Hüter bewilligter Kredite, als Administrator des griechisch-orientalischen Religionsfonds gewonnenen Erfahrungen durch gründliche Kenntnis und unbefangene Kritik der österreichischen Komptabilität. Als Prinz Hohenlohe zur Kriegsdienstleistung einrückte, wurden dessen Reform-ideen vom Vizepräsidenten Dr. Schulz und Sektionschef Stöger, die schon ehemals Verbesserungen auf vielen Gebieten der Kompetenz des Obersten Rechnungshofes beantragt und vorbereitet hatten, durchgeführt und ausgearbeitet. Indem der Nachfolger des Prinzen Hohenlohe, der neue Präsident Freiherr v. Beck, nach rascher Orientierung sich mit jenen Fortschritten identifizierte und das in diesen Zeiträumen mögliche „Gute“ sofort zur Tat werden ließ, ohne sich daran durch das dormalen unmögliche „Bessere“ hindern zu lassen, hat er sich um den Obersten Rechnungshof wohl verdient gemacht. Diesem aber, der in diesen Tagen ein halbes Jahrhundert vollstreckt haben wird, konnte kaum eine würdigere Feier bereitet werden, wie durch die in Form und Inhalt reformierte Staatsrechnung. Es ist dem Obersten Rechnungshof hoch anzuschlagen, daß er mit Unbefangenheit und Freimut an die von der genannten Kommission an dem bisherigen Zentralrechnungsabschluß geübte Kritik herantrat und daß er es trotz der Schwierigkeiten der Zeitverhältnisse ermöglichte, die beschlossenen Reformen zum guten Teil sofort zu verwirklichen. Mögen die Verhältnisse es dem Obersten Rechnungshofe gestatten, die weiteren in Aussicht gestellten Verbesserungen und Ergänzungen, bei deren Verwirklichung er der Mitarbeit der gegenwärtig außerordentlich überlasteten Rechnungsdepartements bedarf, ehestens zur Durchführung zu bringen.

Neue Fre

Zur Orientierung weiterer Kreise und insbesondere der kaufmännischen Welt, die an die Rechnungsformen der privatwirtschaftlichen Betriebe gewöhnt ist, seien zunächst einige Bemerkungen allgemeiner Natur über das staatliche Rechnungswesen vorangeschickt und es sei vor allem die Gelegenheit benützt, dem weit verbreiteten Vorurteil, das gegen die im Staatshaushalte in Uebung stehende kameralistische Buchhaltung herrscht, entgegenzutreten. Dieses Buchhaltungssystem stimmt seinem Inhalt nach vollkommen mit der doppelten Buchhaltung überein, da es alle Eintragungen und Nachweisungen der letzteren enthält, und unterscheidet sich von dieser nur durch die Form. Während das Konto der doppelten Buchhaltung in Soll und Haben die Einnahmen und Ausgaben einer Rechnung vereinigt, besitz die kameralistische Buchhaltung für Einnahmen und Ausgaben je eine selbständige Rubrik. Diese Trennung ist, wie sofort bemerkt werden soll, durchaus nicht zufällig oder willkürlich, sondern organisatorisch begründet, weil im Staatshaushalt die Einhebung der Einnahmen und die Verwaltung der mit diesen verbundenen Betriebskosten in der Regel zwei verschiedenen Organen zusteht. Hierbei bringt die kameralistische Buchhaltung die Organisation des staatlichen Rechnungswesens, vermöge deren alle Zahlungen von den hierzu kompetenten Behörden angewiesen und von den diesen beigegebenen Kassen abgestattet werden, dadurch zum Ausdruck, daß innerhalb jeder Rubrik die angewiesenen und abgestatteten Beträge in gesonderten Kolonnen dargestellt werden. Die hiedurch bewirkte Differenzierung vereinigt die beiden Vorteile, einerseits mit den angewiesenen Beträgen die volle Verantwortlichkeit der anweisenden Behörden aufzuzeigen, andererseits die Zahlungsrückstände auf den sachlichen Rubriken ersichtlich zu machen, welcher letzterer Vorteil insbesondere für die Verwaltung der staatswirtschaftlichen Einnahmen von unverkennbarem Wert ist. Denn der Staatsverwaltung kommt es nicht nur darauf an, die Personen der zahlungsfähigen Schuldner zu kennen, sondern sie hat ein lebhaftes Interesse an der sachlichen Provenienz der Zahlungsrückstände.

So wie die Formen der Buchführung sich in Anpassung an die Organisation des Staatshaushaltes herausgebildet haben, so steht insbesondere die Anlage der periodischen Staatsrechnung im Einklang mit der Natur der Staatswirtschaft und den Zwecken der staatlichen Rechnungslegung. Die Staatswirtschaft ist ihrer Natur nach Aufwandwirtschaft und ihr Ziel liegt folgerichtig in der zureichenden Deckung der als notwendig erkannten Ausgaben durch die Einnahmen. Entscheidend für die jeweilige Gestaltung des Staatshaushaltes ist demnach die Bestimmung der staatlichen Ausgaben und aus diesem Grunde bleibt diese Bestimmung der Gesetzgebung vorbehalten, welche im periodischen Budget jedem Verwaltungsgebiet in den bewilligten Krediten das Maß seiner Ausgaben vorschreibt und in der Summe der Ausgaben zugleich die Höhe der notwendigen Einnahmen des Staates feststellt. Die Einhebung der Steuern und Abgaben jedoch ist, da die Schuldigkeit der einzelnen versassungsmäßig streng gesetzlicher Regelung unterliegt, im Gegensatz zu den nach freiem Ermessen bestimmten Ausgaben von ihrer budgetären Höhe unabhängig. Wenn die Größen der eingehobenen Steuern und Abgaben von den im Budget präliminierten Ansätzen abweichen, so ist die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung vorausgesetzt, nicht diese, sondern die unzutreffende Präliminierung hierfür verantwortlich.

Während nun die Rechnungslegung privatwirtschaftlicher Betriebe einfach die Nachweisung des vorhandenen Kapitals und des Reinertrages zu erbringen hat, in welcher beiden Größen nicht nur die wirtschaftlichen Grundlagen des Unternehmens enthalten sind, sondern die auch in ihrem Verhältnis zueinander den für den Kaufmann ausschlaggebenden Maßstab für die Beurteilung der Leistungen der Verwaltung bilden, hat die staatliche Rechnungslegung in erster Linie den Zweck, die gesetzlich vorgeschriebene Grenz-einhaltung des staatlichen Aufwandes durch die Verwaltung zu erweisen. Hinsichtlich der Staatseinnahmen ist zu unterscheiden. Die Rechnungslegung der wirtschaftlichen Betriebe des Staates ist grundsätzlich nicht anders zu beurteilen als die privater Unternehmungen. Bei den staatswirtschaftlichen Einnahmen, den Steuern und Abgaben, bei denen die Zweckmäßigkeit der Verwaltung immer nur an der Hand

der konkreten Bemessungsakte geprüft werden kann, bedeutet die Rechnungslegung nichts anderes als die Registrierung der tatsächlichen Ergebnisse der Verwaltung und die Darstellung der Abweichungen derselben von ihrer schätzungsweise Feststellung im Budget.

Hand in Hand mit dem dargelegten geht der zweite, selbständige Zweck der Staatsrechnung, die Einwirkung einer abgelaufenen Rechnungsperiode auf das Vermögen und die Kassenbestände des Staates nachzuweisen. Erscheint die Staatsrechnung vermöge des ersten Zweckes als Verwaltungsaltsrechnung, so soll sie vermöge ihrer zweitgenannten Bestimmung Vermögens- und Klassenrechnung des Staates sein. In Staaten, in welchen die Verwendungsdauer der Kredite über die Finanzperiode hinausreicht, sind Verwaltungs- und Kassenrechnung aus technischen Gründen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, zwei getrennte Staatsrechnungen. Fällt jedoch die Verwendungsdauer der Kredite mit der Finanzperiode zusammen, wie dies in Oesterreich seit 1894 in jährlich sich erneuernder Verogerung des Gesetzes über den Rechnungs- und durch das periodische Finanzgesetz normiert wird, so ist die einheitliche Staatsrechnung vereinigte Verwaltungs- und Kassenrechnung.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Zur Neugestaltung der österreichischen Staatsrechnung.

Von Dr. Gustav Seidler.

Ordentlicher Universitätsprofessor in Wien.

Wien, 10. Februar.

Die Kriegsverhältnisse haben es mit sich gebracht, daß der Zentralrechnungsabschluß für das erste Halbjahr 1914 erst jetzt veröffentlicht werden konnte. Fehlte doch, von allem anderen abgesehen, einer Reihe von Behörden Galiziens und der Bukowina durch lange Zeit die tatsächliche Möglichkeit der Vorlage ihrer Rechnungsabschlüsse an den Obersten Rechnungshof. Die Beschränkung auf das erste Halbjahr 1914 erklärt sich aus der in diesem Jahre vollzogenen Verlegung des Beginnes der Budgetperiode auf den 1. Juli und es werden nach dem Uebergang dieser Halbjahrsrechnung die Staatsrechnungen sich fortan statt auf das Kalenderjahr auf die Zeit vom 1. Juli bis 30. Juni des folgenden Jahres als die gesetzliche Budgetperiode beziehen.

Der jüngste Zentralrechnungsabschluß, der nach nahezu 50jähriger Unterbrechung wieder den Namen einer „österreichischen“ Staatsrechnung führt, unterscheidet sich nach Inhalt und Form so vorteilhaft von seinen Vorgängern, den Zentralrechnungsabschlüssen „der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder“, daß alle diejenigen, welche sich mit unserer Staatsrechnung zu befassen in die Lage kommen, dem Obersten Rechnungshof zu aufrichtigem Dank verpflichtet sind. Vielleicht darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß unsere Staatsrechnung in ihrer nunmehrigen größeren Einfachheit und Klarheit in Zukunft die Beachtung finden wird, die sie als ziffermäßig getreues Spiegelbild des jeweiligen Standes des Staatshaushaltes und der Verwaltungsleistungen des Staates in Anspruch zu nehmen berechtigt ist.

Wie im Vorwort mitgeteilt wird, ist die vorliegende Gestalt des Zentralrechnungsabschlusses das Ergebnis vergleichender Studien und reiflicher Beratung im Schoße des Obersten Rechnungshofes, wobei diesem die Arbeiten der Kommission zur Förderung der Verwaltungsreform wertvolle Anregung boten. Die Vertreter des Obersten Rechnungshofes bei den Verhandlungen dieser Kommission hatten

ost.

reich-Ungarns.

monatlich K 4.20
 vierteljährlich 12.—
 halbjährlich 24.—

Für Oesterreich-Ungarn:
 monatlich K 5.—
 vierteljährlich 14.50
 halbjährlich 29.—

Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärtig:
 monatlich K 4.20
 vierteljährlich 12.—
 halbjährlich 24.—

Für Deutschland:
 viertell. Kreuzbandsend. K 18.—
 und durch die Postämter laut dort
 aufliegender Postzeitungliste.
 Länder des Weltpostvereines:
 viertell. Kreuzbandsend. K 22.—
 und durch die Postämter laut dort
 aufliegender Postzeitungliste.

Einzelpreise für auswärtig:
 Morgenblatt 14 h
 Sonn- und Feiertage 16
 Nachmittagsblatt 6

Streifenbahn bis Donnerstag. Verluste der Feinde größer als die französische Kriegsflotte.

niederung vielfach Zusammenstöße von Streifabteilungen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen: Am Sereth Postengeplänzel, an der unteren Donau mäßige Artillerietätigkeit.

Mazedonische Front: Nichts Neues. Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Bankenherrschaft und Kulturleben.

Wien, am 12. Februar.

Das moderne Großbank- und das von ihm geförderte Kartellwesen sind bedenklich nicht nur wegen ihrer volkswirtschaftlichen Wirkung, sondern vor allem auch wegen ihrer Einflusnahme auf die Politik und das gesamte Kulturleben. Sie sind der Brennpunkt des modernen Kapitalismus, die Wiege und Heimat der modernen Plutokratie und ihrer Weltherrschaftsträume im Zeichen der irdisch gewandten Messiasidee.

Die Beeinflussung des Kulturlebens beginnt mit der Unterjochung der großen Presse. Diese ist heute vorwiegend im Besitz des Großkapitals, deshalb auch ganz auf die Interessen der Bankwelt, der Börsenbourgeoisie zugeschnitten. Die Hierarchie der Werte, die Raumerteilung für die verschiedenen Gebiete, zeigt es tiefer Prüfenden verblüffend klar. Der wichtigste Teil ist der volkswirtschaftliche. Er predigt die Grundzüge des modernen mammonistischen Kapitalismus. Hauptsache sind die Triumphe der Technik, die Riesenausmaße der Betriebe, die hohen Ein- und Ausfuhrziffern, ob dabei Tausende, Millionen ins Proletariat sinken, ist gleichgültig. Hauptsache ist der wirtschaftliche Erfolg; ob er mit der Vernichtung sittlicher, kultureller Werte verbunden, ist belanglos. Es lebe die morallose Weltwirtschaft! Es lebe das internationale Börseanertum! Das ist namentlich auch jetzt im Kriege Losung gegenüber den großen Kriegswucherern. Die gewissen wüsten Erscheinungen im Wirtschaftsleben des Krieges wären unmöglich, wenn eine ehrliche Presse geschlossen dagegen Stellung nähme, von allem Anfang an alle Wucherer angeprangert und zu stärkster Bestrafung empfohlen hätte. Aber die große Presse rechtfertigt alles Schlimme oder beurteilt es doch milde. Die herrschende Presse ist heute Schützerin jener Banken, Industrieunternehmungen, Handelsgeschäfte, welche die Zeit der allgemeinen Wehrpflicht für sich zur Zeit der allgemeinen Bewucherung machen, welche jetzt 20, 50, 80% Dividende verteilen, die Zeit des günstigen Kursstandes zu starken Kapitalvermehrungen benützen, um hiebei wieder riesige Agiogewinne einzustocken — die das alles tun, um den Preis der Teuerung, der Verarmung, der Vernichtung zahlreicher mittlerer und kleiner Wirtschaftsexistenzen. „Hymnen tönen im Herzen“, schrieb der Herausgeber des führenden „freisinnigen“ Organs einmal angesichts einer Hochkonjunktur des Kriegsgeschäftes.

Nach der Volkswirtschaft kommt die Politik. Diese ist Aufklärung im Sinne des Manchesterliberalismus, ist Anordnung und Auswahl der Stoffe bestmöglich im Sinne der Plutokratie. Das Ideale in der Publizistik wäre nicht das möglichst rasch, sondern das möglichst richtig Mitgeteilte. Aber der Plutokratie ist das Chaos förderlicher als die Klarheit. Daher Ueberwiegen der chaotischen widerspruchsvollen Telegramme und Informationen, welche die tieferen Zusammenhänge der Wirk-

lichkeit verdecken, das Heute auf Kosten des Gestern, das Morgen auf Kosten des Heute in den Vordergrund rücken, so daß alles in allem jene Trübe entsteht, in der Börsenleute gut fischen können. Wo die Wirklichkeit nicht ausreicht, tritt die Dichtung in Kraft. Es ist bekannt, daß der Bürgerkönig Luis Philipp Orleans Krankheit heucheln, Gesundheit ausrufen lassen mußte, wie es je die Pariser Börsenleute zu Fischzügen brauchten. Es ist bekannt, daß die Agentur Reuter gelegentlich eine Europareise des Schahs von Persien inszenierte — im Interesse gewisser Rentenpapiere. So wird auch zu Zeiten von gewissen großen Blättern „Politik“ gemacht, werden politische Nachrichten erdichtet, damit die Börsenschawrusse aus dem Steigen und Fallen von Papieren Gewinn ziehen kann. (Oft müssen es nicht einmal politische Meldungen sein; bisweilen genügen Gesellschaftsnotizen, Krankenbulletins, falsche Wetterberichte usw.) Auch der belehrende und unterhaltende Teil der herrschenden Presse ist ganz dem Geldmenschenum angepaßt. Epikuräismus, Voltairianismus ist sein Grundgeist. Die Weltliteratur und die Gegenwartsschriftstellerei wird ausgeschlachtet, wird berücksichtigt und erläutert nach den Atheismen und Materialismen, die geeignet sind, das Gewissen der Geldleute zu erleichtern.

Von der Presse aus wird auf die Entwicklung von Wissenschaft, Kunst, Literatur, Theater Einfluß genommen. Dieser Einfluß ist um so breiter und tiefer, je zwingender auf die Dauer die Presseaufklärung ist. Wenn heute in der Wissenschaft zwar alles, was Technik, Handelschulung, Naturwissenschaft, Medizin heißt, reichste Förderung erfährt, indes das Interesse für die strengerer humanistischen Wissenschaften, die engeren Geistesdisziplinen immer magerer wird, und die Vertreter der Theologie hungern, so liegt hier schon eine Wirkung der modernen Plutokratie vor. Wenn in der engeren Wissenschaft die Vertreter des modernen Unglaubens, der verschiedenen monistischen und materialistischen Weltbetrachtungen, die Vertreter des ethischen Subjektivismus, die Verfechter der anthropozentrischen Philosophie — kurz die Vertreter der gesellschaftsauselösenden, charakterzerstörenden Theoreme als die maßgebenden Weisen unserer Tage ausposaunt werden, während die Vertreter der festen, alten, autoritativen, christlichen Kulturordnung als rückwärtlich, wissenschaftsfeindlich, indolent verschrien werden — so liegen hier mit Einflüsse der Plutokratie vor, die ein Interesse daran hat, keine großen idealistischen, sozialen Kulturordnungen zur Herrschaft gelangen zu lassen. Wenn die Kunst vorwiegend Kunst von Materialisten für Materialisten geworden; wenn in der Literatur die Lieferanten leichter oder frivoler Ware Berühmtheiten werden, indes die Vertreter echter Literatur im Dunkel bleiben; wenn im Buchvertrieb Firmen vom Typus Ullstein, Scherl, Fischer, Staackmann usw. den Markt erobern und dafür Sorge tragen, daß Bücher, so verrückt wie die Bücher von Gustav Meyrink in Hunderttausendauflagen erscheinen; wenn im Theater heute Parteipolitik größten Stils getrieben wird, wenn neben den gelegentlichen Klassikerstudien und dem üblichen ordinären Unterhaltungsjutter neuerdings in wachsendem Umfang Stücke aufgeführt werden, die Verhöhnung der Hof- und Adelswelt bedeuten („Die selige Erzellenz“, „Der Marquis von Keith“, „Der Reiberbusch“, „Vom andern Ufer“), die Angriffe auf Kirche und Priestertum bedeuten („Der Pfarrer von

Reichspost.

3 Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Für Wien:
 monatlich K 4.20
 vierteljährlich 12.—
 halbjährlich 24.—

Für Oesterreich-Ungarn:
 monatlich K 6.—
 vierteljährlich 14.50
 halbjährlich 29.—

Bei täglicher einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
 monatlich K 4.20
 vierteljährlich 12.—
 halbjährlich 24.—

Für Deutschland:
 vierteljährlich Kreuzbandsend. K 18.—
 und durch die Postämter laut der aufliegenden Postzeitungsliste.
 Bänder des Weltpostvereines:
 vierteljährlich Kreuzbandsend. K 22.—
 und durch die Postämter laut der aufliegenden Postzeitungsliste.

Einzelpreise für auswärts:
 Morgenblatt 14 h
 Sonn- und Feiertage 16 „
 Nachmittagsblatt 6 „

1, Donnerstag, den 15. Februar 1917

XXIV. Jahrgang

Leerer Truppen an der Baleputna-Straße. nach englischer Rechnung über 125 Fahrzeuge versenkt.

nahme der Höhen östlich von Paralobo trotz lebhafter Feuerwirkung ohne jeden Erfolg.
Der erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Berlin, 14. Februar.

Das Wolffsche Bureau meldet:
„14. Februar 1917, abends.“

Von keiner Front sind größere Gesechthandlungen gemeldet.

Reform des Bankwesens.

Wien, am 14. Februar.

Im November 1915, also geraume Zeit nach Kriegsbeginn und im Zeichen erschütternder Kriegserfahrungen, haben eine Reihe vaterländisch gefinnte Deutsche ein Gesuch an den deutschen Kaiser gerichtet um Einschränkung der kapitalistischen Uebermacht. Es sei nicht gut, hieß es in der Eingabe, wenn es einer Minderheit erlaubt sei, allzuviel Reichtum in ihren Händen zu vereinigen. Jede Plutokratie habe das Bestreben, sich nach und nach die Regierung des Landes untertänig zu machen. So werde z. B. das heutige England von einer Oligarchie beherrscht, der gegenüber der König keinen eigenen Willen mehr haben dürfe. Desgleichen begnüge sich auch in Preußen eine allzu mächtige Plutokratie schon längst nicht mehr damit, einen immer größeren Teil des Ertrages der Nationalarbeit an sich zu bringen: sie erkläre, die englische Verfassung müsse auch bei uns vollständig eingeführt werden, der König habe sich den Vertretern des Großkapitals unterzuordnen. Und nicht allein die Monarchie, die sich in diesem Kriege so vorzüglich bewährt habe, das ganze Gemeinwesen sei in seinem Fortbestande durch die Plutokratie bedroht.

Noch hätten allerdings in diesem gewaltigen Kriege Führt und Volk, Geburts- und Geistesadel eine über alles Lob erhabene Tapferkeit und Opferfreudigkeit bewiesen, aber das unfruchtbare Gezänk der politischen Parteien, die Unsicherheit vieler wirtschaftlicher Existenzen, Geburtenrückgang, die geringe Militärfähigkeit der Großstädter, die wachsende Zahl der Sanatorien und Irrenhäuser, die mangelhaften Ernährungsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung, die Ueberschätzung des Geldes, das Uebermaß des Luxus sowie andere aus der Weltgeschichte bekannte Begleiterscheinungen des Kapitalismus zeigten deutlich, daß wir uns auf derselben abschüssigen Bahn befinden wie das heutige England, und daß es hohe Zeit sei, die englische Wirtschaftsmethode abzuschaffen und uns auf unsere deutsche Eigenart zu bestimmen.

Die Ueberzeugung, die in dieser Eingabe ausgesprochen ist, lebt nicht nur in Deutschland, sondern auch in geschichtlich-kulturell bewanderten Kreisen Oesterreichs; und sie lebt nicht vereinzelt, sondern in Massen. Sie spricht sich draußen aus in hundert Broschüren, in hundert Presseaufsätzen; sie lebt in Predigten und in Debatten politischer Klubs; sie wird bei uns in der Publizistik und hohen Politik einstweilen noch weniger laut und häufig verfochten; aber sie lebt in den Köpfen der Geschultesten; sie würde auch auf dem Markt lauter verfochten, wenn nur die Befenner des konservativen Gedankens, des Christentums, eine größere Presse hätten, und wenn sie nur in der obligaten Universitätswissenschaft stärker vertreten wären.

Ein Kampf gegen die Plutokratie ist im Werden; ein Kampf um Ersetzung des kapitalistisch-mammonistischen Wirtschaftssystems durch ein besseres, auf alte Ideale gegründetes. Im Mittelpunkte der angegriffenen Dinge

stehen die Banken; sie gelten als die Hauptherde des Kapitalismus, als die Heimat der gefährlichen Plutokratie, als die Ausgangspunkte der falschen Verteilung des Nationalvermögens; ihre Umgestaltung gilt als eine Hauptvoraussetzung aller Besserung im Wirtschaftsleben. — Aber ein Wirtschaftssystem wird nicht durch Gesetze und Verordnungen verbessert. Es ist Frucht eines bestimmten Geistes, einer bestimmten Weltanschauung, und nur nach Maßgabe der Verdrängung dieser durch eine andere wird auch die Frucht verdrängt. Ein gesunder Geldverkehr, ein gedeihliches Kreditssystem wird sich in der Volkswirtschaft einbürgern nur nach Maßgabe der Einbürgerung von Idealismus und Solidarismus an Stelle der bloßen Jähzucht und des bloßen Profithungers. Hier ist der Platz von Religion und Christentum im Wirtschaftsleben. Hier die Stelle, wo der Satz des Nationalökonomenschmoller aktuell wird: „Rein Segen der Naturbeherrschung ohne Ordnung des Wirtschaftslebens nach den ewigen sittlichen Idealen; keine höhere Technik ohne geistige und moralische Fortschritte.“ Hier die Stelle, wo Montesquieus Ausspruch aktuell wird: „Es ist eine wunderbare Erscheinung, daß die christliche Religion, die einen jenseitigen Seligkeitszustand zu bezwecken scheint, auch das Glück des gegenwärtigen Lebens begründet.“ Hier wird des Nationalökonomenschmoller Geständnis wichtig: „Die Erde würde zum Himmelreich werden, wenn das Christentum auf ihr die vollkommenste Herrschaft führte.“ Ist also seelische Reform die Hauptvoraussetzung für eine Gesundung des Wirtschaftsbetriebes, so kann immerhin durch gewisse praktische Maßnahmen und Gesetze dem Schlechten der Atem beengt, der Herrschaft des Guten der Weg angebahnt werden.

Mit Bezug auf die Reform des Bankwesens bestehen verschiedene Vorschläge. Schäffle, Adolf Wagner, Ruhland sind für weitestgehende Verstaatlichung, Kommunalisierung bzw. Vergenossenschaftung durch die einzelnen Berufsstände. Andere sind für weitestgehende Einflußnahme des Staates bzw. Mitbeteiligung des Staates an den Privatbanken. Sicherlich liegen hier berechnete Forderungen vor; sicherlich hat der Staat als Träger des Gemeinwillens und Verfechter der Interessen der Gesamtheit sich künftig in ganz anderer Weise als bisher um Geldwesen und Kreditverteilung zu kümmern. Der liberale Staat schuf dem Geistesleben, der Religion, der Kirchenwelt weiteste Schranken; die Ausbildung von Landkooperatoren, die Zahl der auf einem Altar brennenden Kerzen, die Berufung eines Professors wurden von ihm zu öffentlichen Angelegenheiten gemacht; das Wirtschaftsleben aber wurde der freien Willkür überlassen. Heute scheint die Zeit gekommen, bewährten Ideen und Idealen wieder freiere Bahn zu schaffen, dagegen das Wirtschaftsleben, das durch die Freiheit vergiftet wurde, zumal in seinen stärksten Betrieben, wieder strengstens zu binden. Was nützen staatliche Handels-, Finanz-, Ackerbauminister, wenn Bankdirektoren, über Milliarden frei verfügend, die Möglichkeit haben, die ganze Wirtschaftsentwicklung eines Landes in Geleise zu zwingen, wie sie der bloße Rentabilitätsstandpunkt nahelegt? Die neuere Soziologie stellt die Forderung auf, daß Institute, die vermöge ihrer Größe und ihres Einflusses das Schicksal weitester Kreise empfindlich berühren, in eine Form des Besitzes, bzw. der Verwaltung überzuführen sind, daß die Interessen des Unternehmers durch die der Gesamtheit gebunden werden. Auf welche Institute müßte solche Forderung mehr angewandt werden

Organisation.

Sein Begriff wird wohl seit Kriegsausbruch so oft angewendet, wie „Organisation“. Da nun von der Möglichkeit des Durchhaltens, von der stetigen Beendigung des Krieges, von den an den zukünftigen Frieden geknüpften Hoffnungen oder von sonstigen, allgemein interessierenden Detailfragen die Rede ist, immer wird „Organisation“ als das allein Erfolg versprechende Mittel genannt.

Was ist nun „Organisation“?

Eine, wichtige Folgerungen gestattende Definition gibt deren Ableitung aus dem Vorgange beim Organisieren irgend eines Betriebes. Unter der Voraussetzung, daß unter einem Betriebe die Vereinigung verschiedener Beteiligter zur Schaffung und Aufrechterhaltung von Werten zu verstehen ist, werden beim Organisieren die Pflichten der Beteiligten festgelegt und auf Grund dieser Pflichten deren Rechte bestimmt. Hierbei stellt die Tätigkeit der Beteiligten die Pflichten, die aufgeteilten Werte die Rechte dar. Organisieren ist somit die Bestimmung des Maßes der Pflichten und Rechte der an einem Betriebe Beteiligten. Spricht man nun von der „Organisation“ eines Betriebes, so kann dies nur eine Eigenschaft desselben sein, und zwar jene, welche durch das Maß des Verhältnisses der Rechte zu den Pflichten der Beteiligten zum Ausdruck kommt. Für die Beurteilung können nun wieder vom Standpunkte der Allgemeinheit nur jene Beteiligten in Betracht kommen, welche für die Aufrechterhaltung eines Betriebes unerlässlich sind. Berücksichtigt man endlich den allen menschlichen Einrichtungen anhaftenden stetigen Wechsel, so ergibt sich folgende Definition:

„Organisation“ ist das jeweilige Maß des Verhältnisses der Rechte zu den Pflichten der an einem Betriebe unerlässlich Beteiligten.“

Siehe! kann vom Allgemeinstandpunkte eines Betriebes die Organisation gut (schlecht) sein, während sie für den einzelnen Beteiligten schlecht (gut) ist.

Wie wichtig es ist, die Organisation für alle Beteiligten möglichst gleich zu halten, zeigt der Weltkrieg am besten. Im größtenbestehenden Betriebe „Menschheit“ war vom Einzelstandpunkte der Beteiligten (der Staaten) die Organisation nicht nur ungleich, sondern es waren einige Einzelbeteiligte durch eine von langer Hand vorbereitete Einkreisung bestrebt diese Ungleichheit noch zu ihren Gunsten zu verschärfen. Da keine Autorität bestand, mit deren Hilfe die Verkürzten zum wiederholenden Male in ihrer ungünstigen Lage verharren werden konnten, folgte der letzte Akt der Einkreisungspolitik, — der Krieg, welcher einerseits durch die bestehenden, jedoch zu schwachen vormaligen Autoritäten Nachsicht, Gerechtigkeit, Verantwortlichkeitsgefühl etc. nicht verhindert werden konnte. Die Frage der Schaffung von Zukunfts-garantien zur Vermeidung eines neuerlichen Weltkrieges ist gegenwärtig aktuell. Eine Lösung wird wohl niemals durch Bildung einer diktatorischen Autorität erzielbar sein, weil gerade diese schon den Keim für einen neuerlichen Krieg in sich trägt. Nur die Erhaltung der früher genannten moralischen Autoritäten, welche die Notwendigkeit der Gleichhaltung der Organisation aller unerlässlich Beteiligten anerkennen, kann diese Frage zu einem gelieblichen Abschluß bringen.

Gewiß ist nun, daß in jedem Betriebe einem Mindestmaß von Pflichten ein bezügliches Mindestmaß von Rechten gegenüberstehen muß, daß die Existenzbedingungen des Beteiligten gegeben sind. Daß auch vom Standpunkte des Staates diese Notwendigkeit der Gleichhaltung der Organisation für die Beteiligten erkannt ist, zeigt die Einführung der verschiedenen Verbrauchsmittelarten, der Höchstpreise und der Wirtschaftsämter (Ernährungsministerien), welche dahin zielen, auch der Minderbemittelten darauf zu schützen, daß seine Existenz nicht in Frage kommt.

Es ist nun ohne weiteres einzusehen, daß die Organisation eines Betriebes dann am besten ist, wenn einem Mindestmaß von Pflichten ein Höchstmaß von Rechten gegenübersteht, wobei es der freien Entschickung der Beteiligten überlassen bleiben muß, durch vermehrte Übernahme von Pflichten größere Rechte zu erwerben.

Der dem Kriegszustand entsprechend im Rahmen der Staatsgemeinschaft bestehende Wille zum Durchhalten und Sieg, behufs Erreichung eines erfolgreichen Friedens, stellt jedoch die Forderung der Erzielung von Höchstleistungen bei Anspannung aller vorhandenen Kräfte, wobei es auf die Dauer des Kriegszustandes und der Ubergangswirtschaft nicht der freien Entschickung der Beteiligten überlassen werden kann, das Maß ihrer Pflichten zu bestimmen.

Nach vorstehenden Ausführungen ist somit der Ruf nach Organisation nur ein abkürzender Sprachgebrauch; gemeint ist damit entweder die Verbesserung der Organisation bestehender Betriebe bei höchstmöglicher Pflichtenmaß zur Erzielung von Höchstleistungen, oder die Schaffung neuer Betriebe mit Höchstleistungen.

Bachtet man, daß zu den Beteiligten der verschiedenen Betriebe geistige Leistung, physische Menschenkraft, tierische und Naturkräfte, Geld, Grund, Baustoffe, Kunst- und Natur-

produkte gehören, so ist leicht begreiflich, daß eine gewisse, quantitative Ueberprüfung und Auscheidung aller nicht unerlässlichen Beteiligten vor allem die Möglichkeit gibt, mit diesen Ausschließenen die vom Standpunkte der Allgemeinheit für die Erzielung von Höchstleistungen notwendige Schaffung neuer Betriebe durchzuführen. Gleichzeitig wird hierdurch auch die Organisation der alten Betriebe verbessert, da nur solche Beteiligte ausgeschlossen werden, welche gar nicht oder nur unvollkommen ausgenützt waren und deren behandelte Rechte zur Aufteilung auf die unerlässlich Beteiligten zur Verfügung stehen.

Ganz abgesehen von der durch den Kriegszustand eingetretenen Forderung des Höchstmaßes an Pflichten der Beteiligten ist es leicht einzusehen, daß eine wesentliche Verbesserung der Organisation eines Betriebes besonders dadurch erreicht werden kann, daß die der Ausübung der Pflichten sich entgegenstellenden Hindernisse möglichst beseitigt werden, um eine vollausnützbare, reibungslose Tätigkeit zu erzielen. Die der Ausübung der Pflichten entgegenwirkenden Hindernisse sind teils ideeller, teils materieller Natur. Werden die vor allem ausschlaggebenden wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht gezogen, so wird wohl schon überall die Ueberzeugung durchgedrungen sein, daß diese Betriebe einen wesentlichen Teil der Landesverteidigung bilden. Um nun diese Betriebe zur größten Entfaltung zu bringen, ist es notwendig, sie auch nach jenen Grundfäden zu behaupten, welche für die Landesverteidigung maßgebend sind, und das ist: „Wirtschaftliche Arbeit in welcher Form auch immer aus der Parteipolitik auszuschneiden.“ Von größter Wichtigkeit ist es, diese heute tatsächlich schon bestehende Einrichtung auch in Formen zu bringen, die dem Frieden angepaßt sind, und es ist zu hoffen, daß sich aus der Uebergangswirtschaft — wenn auch unter Schwierigkeiten — brauchbare Formen ausbilden, welche die wirtschaftlichen Fragen aus dem Machtbereich der politischen Gesetzgebungsorganen in jenen, neuerschaffender, rein wirtschaftlicher Gesetzgebungsorganen hinüberleiten.

Nicht so schwierig wie die Ueberwindung der ideellen Hindernisse stellt sich die Ueberwindung der materiellen Hindernisse. Diese liegen fast ausschließlich nur in dem die Vereinigung der Beteiligten vermittelnden Verkehrswesen. Nun ist das Verkehrsweisen das grundlegende Mittel zur Erreichung einer ausrichtreichen Landesverteidigung. Jeder, der nur halbwegs Einblick in die Kriegsentwicklung bekommen hat, wird die unanschauliche Ueberzeugung gewonnen haben, daß auf diesem Gebiete die größten Unterlassungen vorgekommen sind, welche wohl nur auf die Unmenge der vorhandenen, nicht sachlich begründeten Kompetenzen: Zivil-, Militär-, Landes-, Bezirks-, Gemeindeverwaltung und Privatinitiative, bei uns verflochten durch unsere Zweistaatlichkeit, zurückgeführt werden können. Alle diese Sonderinteressen arbeiten nicht nur nicht zusammen, sondern oft gegeneinander; die verbiefachte Verwaltungsmaschinerie verschlingt nebenbei einen Gutteil der für das Verkehrsweisen bestimmten Ausgaben. Niemand wird der Meinung entgegenstehen können, daß das Verkehrsweisen die wichtigste Lebensader jedweder Entwicklung und Staatsentfaltung ist. Unerlässlich ist es, ein Mindestmaß von Kompetenzen zu erzielen, welche einerseits in der unumschließlichen Doppelstaatlichkeit unseres Vaterlandes, andererseits in der sachlich begründeten Trennung nach: 1. Post, Telegraph und Fernsprecher; 2. Eisenbahn; 3. Schiff; 4. Straße mit Klein- und Schnellgefahren, endlich 5. Flugzeug ihre Grenzen finden. Wurde früher die Notwendigkeit hervorgehoben, die wirtschaftliche Arbeit aus dem Machtbereich politischer Gesetzgebungsorganen hinüberzuleiten, so muß für das der Allgemeinheit dienende Verkehrsweisen die Forderung der vollkommenen Verstaatlichung gestellt werden. Die Tatsache, daß es das grundlegende Mittel zur Erreichung einer ausrichtreichen Landesverteidigung ist, muß hierbei besonders berücksichtigt werden. Letzteres gebe die Möglichkeit die in der Ubergangswirtschaft freiverwendenden Menschenmassen und Ausrüstungen vorläufig zur Behebung der vielen bestehenden Unterlassungen im Verkehrsweisen zu verwenden, wobei sie behufs Vermeidung einer Störung des während des Krieges entstandenen Gleichgewichtszustandes der Wirtschaftsbetriebe erst allmählich denselben zugeführt werden könnten.

Sowie für den Staat im großen, liegt für den einzelnen wirtschaftlichen Betrieb in seinem jeweiligen Umfange die Möglichkeit der Verbesserung der Organisation in der Ausschaltung der sich der Ausübung der Pflichten der Beteiligten entgegenstehenden ideellen und materiellen Hindernisse. Hierbei sind die zu treffenden Maßnahmen je nach der Art der Beteiligten verschieden.

Bei der geistigen Leistung wird heute vielfach die Form über das Wesen gestellt. Statt dem im Wesen eines Betriebes Bewanderten noch das unbedingt notwendige Maß an Ausbildung in der Form zu geben, verzichtet man auf dessen geistige Führung, unterstellt ihn dem Formgewandten und schafft bei Verkürzung der Rechte unerlässlich Beteiligten zugunsten nicht unerlässlich Beteiligten eine Anzahl von Reibungsmomenten und Kraftverlusten. Eine zielbewusste Umformung unseres Schulwesens ist notwendig, um diesen die Entwicklung hemmenden Umstand, der nur eine quantitative Teilung der geistigen Arbeit zuläßt, zu beheben und eine qualitative Teilung der geistigen Arbeit zu ermöglichen.

Den Wert der physischen Menschenkraft zeigt der Krieg am besten. Dem immer größer werdenden Mangel an Arbeitskraft kann nur durch weitestgehende Einführung der Maschine begegnet werden.

Bei der tierischen Arbeitskraft, die fast durchwegs als Zugkraft auftritt, ist die Erwägung notwendig, wie weit es sich hierbei überhaupt um einen unerlässlich Beteiligten handelt. In unserer gegenwärtigen Abwickelung und vielleicht noch lange nachher, spielt das Zugtier, als viel Nahrungsmittel verbrauchend, eine weit über das ökonomische Moment gehende wichtige Rolle. Je mehr es durch weitestgehende Einführung von Klein- und Schnellgefahren — besonders dort, wo die Bedingungen für den Kraftwagen fehlen — ausgeschaltet wird, desto mehr Nahrungsmittel stehen für den Menschen und das Schlachtvieh, bzw. für die zur Sanierung

unserer Geldverhältnisse so notwendigen Ausfuhr zur Verfügung. Eine großzügige Aktion im Klein- und Schnellgebohnwesen wird übrigens auch gegenüber dem Zugtier erstaunlich große ökonomische Erfolge bringen.

Alle übrigen in wirtschaftlichen Betrieben vorkommenden Beteiligten sind Geld, beziehungsweise Geldwert und für diese spielt die Zeit der Verarbeitung die größte Rolle. Je kürzer die Produktionszeit desto größer der Gewinn. Es müssen alle jene Maßnahmen gefördert werden, welche bei voller Ausnützung der verarbeiteten Werte auf eine möglichst verkürzte und reibungslose Produktion hinführen.

Der Krieg hat in allen Betrieben eine große Umwälzung im Verhältnis der Rechte und Pflichten herbeigeführt.

Es ist begreiflich, daß uralternde Maßnahmen zur möglichen Gleichstellung der verschiedenen Einzelbeteiligten, nach dem Verhältnis ihrer Pflichten, aus Gründen der Homogenität und der darauf beruhenden Massenwirkung, für den Staat sehr förderlich sind. Für den Staat ist weiter das Verhältnis der Summe aller Rechte zu der Summe aller Pflichten sehr wichtig und es kann eine Verbesserung dieses Verhältnisses durch Ausschaltung ungünstiger Betriebe oder durch Einschaltung neuer Betriebe erzielt werden. Da jedoch für den Staat letztes Endes doch nur die vorhandenen Werte, das ist die Summe aller Rechte ausschlaggebend sind, so kann die Ausschaltung von Betrieben oder deren Hemmung aus Gründen geringerer Rentabilität oder der Ueberproduktion wohl nur als eine ganz vorübergehende Hilfsmäßnahme bezeichnet werden. Ein bleibendes Ergebnis wird nur die weitestgehende Einschaltung neuer Betriebe bringen können.

Die Möglichkeit der Einschaltung neuer Betriebe liegt bei uns in dem beinahe nicht ausgenützten Boden und dem nicht voll ausgenützten Bergbau, in der Stärkung der dann im Ausland verwendbaren Seefahrt, in einer zielbewußten Auswanderung und in der als Ergebnis des Krieges zu erhoffenden Sicherung genügend großer Absatzgebiete.

Hubert Nowotny.

*) Die daraus sich ergebenden Folgerungen werden nach anschaulicher, wenn man diese Definition nach Art mathematischer Formeln darstellt. Es ist bei Anwendung der Bezeichnungen O = Organisation, R = Recht, P = Pflicht, 1, 2, 3, ... x = die verschiedenen Beteiligten eines Betriebes, die vom Allgemeinstandpunkte gehaltene Darstellungsform

$$O = \frac{R_1 + R_2 + R_3 + \dots}{P_1 + P_2 + P_3 + \dots} = \frac{\sum R}{\sum P}$$

$$O = \frac{R}{P}$$

20. 1. 1917

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Nagy, Julius & Co., Ges. Leopold, Ant. Mezel, Rudolf Mosso, Jul. Tenzer, Ludwig Horyl, Jos. Schwarz, Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbüros in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Anzeigen für den Pester Lloyd.

Einzel: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V. Maria Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

halbj. 10 K, viertelj. 5 K, monatlich 2 K. Mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus: Ganzj. 52 K, halbj. 26 K, viertelj. 13 K, monatl. 4.50 K. Für das Inland und Oesterreich: Bloss Morgenblatt: Ganzj. 42 K, halbj. 21 K, viertelj. 10.50, monatl. 3.60 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 30 K, halbj. 15 K, viertelj. 7.50, monatl. 2.60 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzj. 56 K, halbj. 28 K, viertelj. 14 K, monatlich 5. — K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertelj. 2 K mehr. Für Wien auch durch Herrn Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährl. für Deutschland 20 K, für alle übrigen Staaten 24 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

64. Jahrgang.

Budapest, Dienstag, 20. Februar 1917

Nr. 51

Budapest, 19. Februar.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Gustav Graz hat heute im Abgeordnetenhaus wirtschaftspolitische Ideen erörtert, die nicht durch ihren Inhalt allein die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung in Anspruch nehmen, sondern auch vermöge der persönlichen Stellung des Redners Beachtung fordern. Dr. Graz hat nämlich, wie in parlamentarischen Kreisen schon vor einiger Zeit verkündete, eine Berufung in das Ministerium des Aeußern erhalten, wo er im Range eines Sektionschefs seine hervorragenden Fähigkeiten in den Dienst der handelspolitischen Interessen der Monarchie stellen soll. Das Gerücht ist unwidersprochen geblieben, und in der Tat soll der Ueberritt des Abgeordneten Dr. Graz in die neue Tätigkeitsphäre schon demnächst erfolgen. In Ungarn ist man ohne Unterschied der Parteien der Ansicht, daß Graf Czernin mit der Berufung des Abgeordneten Dr. Graz zu seinem handelspolitischen Mitarbeiter die glücklichste Wahl getroffen hat. Aus der ungarischen Publizistik hervorgegangen, hat dieser Politiker, dessen reiche Geistesgaben und umfassende volkswirtschaftliche Bildung in Oesterreich und im Deutschen Reich ebenso hoch wie in seinem Vaterlande eingeschätzt werden, auch im Parlament und in seiner wirtschaftspolitischen Tätigkeit die Eigenschaften seiner journalistischen Herkunft, den scharfen Wirklichkeitsinn, das lebhafteste Gefühl für die politischen Notwendigkeiten und ein durch Ideologien unberührtes, an die Wahrheit unvoreingenommen herantretendes Urteil bewahrt. Sein Geist bewegt sich durchaus in der Welt der Tatsachen. Die Schwingen, sich in das Reich gefälliger Illusionen zu erheben, fehlen ihm, doch besitzt er in hohem Maße die Fähigkeit, den politischen und wirtschaftlichen Erscheinungen auf den Grund zu gehen, bis zu ihrem Wesenskern vorzudringen, diesen zu erfassen und zum Ausgangspunkt weiterer Denkarbeit zu machen. Das alles gibt ihm zweifellos die Vorbestimmung für den ihm zugebachten Posten. So ungern man in Ungarn von ihm scheidet, ebenso aufrichtig und allgemein ist die Genugtuung darüber, daß ihm ein Wirkungsgebiet erschlossen ist, in dem seine Eigenschaften gerade in dieser Zeit einer wirtschaftspolitischen Weltwende dankenswerte Gelegenheit zur vollen Entfaltung empfangen werden.

Im Abgeordnetenhaus hat Dr. Gustav Graz heute seine Abschiedsrede gehalten. Sie war weder ein Vermächtnis noch ein Programm. Sie trat mit bescheideneren Ansprüchen auf: sie wollte vielleicht nicht mehr sein als eine gründliche Aussprache über die Ideen, die sein wirtschaftspolitisches Denken in der Vergangenheit leiteten. Aber man hat sich sagen müssen, daß Dr. Graz diese Gedanken wohl auch dem Grafen Czernin, unter dessen Hand er fortan wirken soll, auseinandergesetzt haben mag und daß sie, da er nach wie vor sich zu ihnen bekennt, bei seinem neuen Chef wenigstens nicht auf Widerspruch stoßen konnten. Und so durfte man in der Rede eine Gebärde erblicken, mit der eine kundige Hand jachte einen Zipfel des Schleiers aufhebt, der heute noch die wirt-

schaftspolitische Gestaltung der Zukunft verhüllt. Was Dr. Graz heute als Verirrung der Vergangenheit bezeichnet hat, darf wohl als ein Bekenntnis zu dem Streben gelten, künftig solche Abwege zu meiden; und was in seinen Ausführungen hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftspolitischen Entwicklung als Wunsch erklingt, wird man wohl nicht mit Unrecht als eine Zielsetzung werten dürfen, die auch in der Gedankenrichtung der maßgebenden Kreise der Monarchie liegt. Und da drängt es uns zunächst mit Beruhigung und Genugtuung festzustellen, daß Dr. Graz kein Bedenken getragen hat, der Wirtschaftspolitik der Monarchie den Balkanstaaten gegenüber eine neue Richtung zu weisen, die einen Bruch mit den Verfehlungen der Vergangenheit bedeutet. Unumwunden hat er ausgesprochen, daß künftig wirtschaftliche Reibungen zwischen uns und den Balkanstaaten zu vermeiden sein werden und an ihre Stelle das Bewußtsein gemeinschaftlicher Interessen treten soll. Wertvoll erscheint uns in diesem Belange die Tatsache, daß Dr. Graz auch die große politische Bedeutung dieser neuen handelspolitischen Orientierung ganz offen betont hat. In der Einsicht, daß wir dem Balkan gegenüber vor dem Kriege wirtschaftspolitisch den falschen Weg gegangen sind, und in der Tatsache, daß wir uns nicht scheuen, dies nunmehr offen einzubekennen, liegt eine der heilsamsten Erkenntnisse, die uns diese schwere Zeit bringen konnte. Die Monarchie hat den Balkanstaaten die Aufnahme ihrer landwirtschaftlichen Produkte verweigert. Daraus entstanden wirtschaftliche Gegenstände, deren politische Rückwirkung nicht ausbleiben konnte. Im Feuerchein des Weltkrieges muß man rückblickend den Fehler wahrnehmen, der damit begangen wurde. Der Handelsverkehr des Balkans, der seinen natürlichen Weg zu uns nehmen wollte, ist künstlich von uns abgedrängt und in Bahnen genötigt worden, die zu neuen Interessenverbindungen führen mußten, aus denen diese Länder nur Antriebe zu einer feindseligen Einstellung gegen die Monarchie zu empfangen vermochten. Es ist ja wahr, daß unsere Monarchie, wie Dr. Graz mit Recht bemerkte, den Stoß zur Absperrung der Monarchie dem Balkan gegenüber vom Westen empfangen und diesen Stoß dann nach Osten weitergegeben hat. Heute steht schon Dr. Graz selbst zu, daß diese Weitergabe des Stoßes vielleicht nicht unbedingt richtig war. Der Impuls kam allerdings von Deutschland, das durch seine agrarischen Hochzölle unserem landwirtschaftlichen Exportbedürfnis seine Grenzen verriegelte. Nicht unsere Sache ist es und es ist auch noch nicht der richtige Zeitpunkt gekommen, an die Frage heranzutreten, ob auch vom einseitigen reichsdeutschen Interessenstandpunkte aus unserem Verbündeten nicht besser gedient gewesen wäre mit einer Handelspolitik, die unserer Landwirtschaft die Möglichkeit gegeben hätte, das zu tun, was Dr. Graz mit den Worten ausdrückt: „an der Deckung des immensen Getreidebedarfes Deutschlands in erheblicherem Umfang teilzunehmen“. Jedenfalls sind in dieser Hinsicht auch von deutscher Seite Fehler begangen worden, und zwar um eines Faktors willen, von dem

man bei richtiger Ermägung aller Umstände eine politische Gegenliebe schwerlich zu gewärtigen hatte. Wir aber wollen jetzt bloß unseren eigenen Irrtum erkennen und uns durch ihn für die Zukunft belehren lassen. Wir hatten die Möglichkeit, die Rohstoffe des Balkans auf unseren Markt kommen zu lassen, sie hier dem Veredlungsverfahren zu unterziehen und sodann als Fertigfabrikate nach dem Auslande zu exportieren. Daß wir dies nicht rechtzeitig erkannt und verwirklicht haben, war ein schwerer Irrtum. Erfreulich ist immerhin, daß man sich nicht weiter dieser wichtigen Erkenntnis verschließt. Auch eine zweite Möglichkeit hat Dr. Graz hinsichtlich unserer neuen handelspolitischen Orientierung dem Balkan gegenüber angedeutet. Sie besteht darin, daß wir auch Balkanprodukte, die wir im Veredlungsverfahren nicht zu höherwertigen Waren umgestalten können, ruhig einlassen können, wenn wir die Sicherheit haben, einen angemessenen Teil unserer Brotfrüchte und sonstigen Rohstoffe an den Westen abzugeben. Dies hängt freilich sehr wesentlich, vielleicht ausschlaggebend von der Art und Weise ab, wie unsere wirtschaftspolitischen Beziehungen zum Deutschen Reich sich gestalten werden. Allein auch in dieser Hinsicht darf man mit einiger Zuversicht in die Zukunft blicken. Der Krieg ist darin wohl auch dem Deutschen Reich ein großer Lehrmeister gewesen. Er hat ja gezeigt, daß Oesterreich-Ungarns Wirtschaftskraft ein nicht hoch genug einzuschätzender Faktor der Wehrhaftigkeit auch des deutschen Volkes ist. Dieser Erkenntnis wird man sicherlich in Berlin Rechnung tragen, wenn es gilt, das wirtschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Zentralmächten für die Zukunft festzulegen. Die Form, in der die unerläßliche wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und unserer Monarchie erfolgen soll, ist nebensächlich. Das Grundprinzip dabei muß das sein, daß unsere Verbündeten auf dem Balkan, durchdrungen von dem, was Dr. Graz „das Bewußtsein gemeinschaftlicher Interessen“ nennt, in Oesterreich-Ungarn einen warmherzigen Förderer ihrer volkswirtschaftlichen Entwicklung finden und daß Deutschland seine Handelspolitik in einer Weise einrichtet, die unserer Monarchie die Möglichkeit eröffnet, ohne Preisgebung der eigenen Interessen diesen wichtigen Beruf auf dem Balkan zu erfüllen. Dazu wird in der Tat von Hamburg bis Bagdad sich jener reiflose Einflang der wirtschaftlichen Interessen entwickeln, der allein der politischen Interessengemeinschaft der im Weltkriege Schulter an Schulter kämpfenden Völker die zuverlässige Grundlage zu bieten vermag.

Selbstverständlich hat aber diese ganze Neuordnung des wirtschaftspolitischen Gefüges der Zentralmächte und der Balkanvölker die entsprechende Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten der Monarchie zur Voraussetzung. Auch in dieser Hinsicht hat man von Dr. Graz manches kluge Wort gehört. Er warnte vor zwei herkömmlichen Irrtümern, die in Ungarn sowohl wie in Oesterreich in dieser Hinsicht die Gedanken bisher in falsche Bahnen gedrängt haben. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß der Export nach dem Balkan, da er bloß industrieller Natur sein kann, ein

Correspondenz

Riel, wir schwimmen wie im Meer. Und die Ufer breiten

neben Schnelle. Kein Schiff fährt hier des Nachts. Nicht

21. II. 1917

Berliner Finanzbrief.

Von Georg Münch.

Berlin, 14. Februar 1917.

Es war überaus interessant zu beobachten, wie rasch sich die Berliner Börse über die Nachricht vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland hinweggesetzt hat. Der erste Tag brachte zwar für eine ganze Anzahl von Aktien mehrprozentige Rückgänge, aber weniger trug daran scharfes Angebot, als vielmehr die stärkere Zurückhaltung der Kaufkraft die Schuld. Wie wenig tiefgehend die Befürchtungen anlässlich des Bruchs zwischen Deutschland und Amerika waren, ging namentlich aus der Tatsache hervor, daß unsere heimischen Anleihen nur eine mäßige Einbuße erlitten. Ja, es schuf sich in der Finanz- und in der kaufmännischen Welt, wie überhaupt im Publikum das Gefühl Geltung, daß nunmehr eine Klärung der Situation eingetreten wäre, welche für den Fortgang der kriegerischen Operationen zur See nur vorteilhaft sein könnte. In Wien scheint, nach den von dort aus eingetroffenen Meldungen, dieselbe Stimmung zu herrschen. Damit würde es ja auch übereinstimmen, daß in Berlin wie in Wien bald nach dem ersten Rückschlag der Kurse auf der ganzen Linie eine kräftige Erholung eintrat. Es befand sich darin in bemerkenswerter Weise ein unerschütterliches Vertrauen in die militärische, wie in die wirtschaftliche Lage der Mittelmächte.

Bei uns kam dieses Vertrauen noch besonders in der großen Finanzoperation zum Ausdruck, welche die Deutsche Bank angekündigt hat. Dieses Institut hat sich durch den Eintritt Amerikas zur Schar unserer Feinde nicht von seiner schon vorher gehegten Absicht abbringen lassen, sein Grundkapital um 25 Millionen Mark zu erhöhen. Das geschieht zum Zwecke der vollständigen Angliederung des Schlesischen Bankvereins, mit dem die Deutsche Bank bekanntlich schon seit nunmehr 20 Jahren eng liiert; ferner nimmt die Deutsche Bank die Norddeutsche Kreditanstalt auf. Das Kapital des Schlesischen Bankvereins beträgt 50 Millionen Mark, seine Reserven machen 21 Millionen aus. Das Grundkapital der Norddeutschen Kreditanstalt beträgt 24 Millionen Mark, ihre Reserven belaufen sich auf 3 Millionen Mark. Da die Deutsche Bank bereits 20 Millionen Mark Aktien des Schlesischen Bankvereins besitzt, so entsteht für sie aus der Fusion mit den beiden Finanzinstituten (unter Berücksichtigung der Neuausgabe von 25 Millionen Mark Aktien) ein Buchgewinn von 53 Millionen Mark, von welchem 45 Millionen Mark zu den offenen Reserven der Deutschen Bank geschrieben werden. Diese erhöhen sich dadurch auf 225 Millionen Mark. Gleichzeitig steigt das Grundkapital der Deutschen Bank auf 275 Millionen Mark, so daß die eigenen Mittel der Bank auf genau eine halbe Milliarde Mark anwachsen. Es steht hier eine Operation vor uns, welche den festen Willen unserer, im wirtschaftlichen Leben führenden Kreise erkennen läßt, Deutschlands ökonomische Kräfte nach dem Kriege in zielbewusster Weise zu entwickeln und auszunutzen. Man arbeitet schon jetzt lebhaft daran, diese Machtmittel straffer zusammenzufassen. Die Aussicht, daß nach dem Kriege unser gewerbliches Leben zweifelsohne mit erheblich höheren Steuerlasten zu tun haben wird, begünstigt diesen Prozeß der Zusammenfassung. Handelt es sich doch bei der Fusion im Konzern der Deutschen Bank in gewisser Beziehung auch darum, eine doppelte Besteuerung äußerlich zwar selbstständiger, innerlich aber bereits eng verbundener Unternehmen zu ersparen.

Es ist klar, daß die Börse die Kapitalerhöhung der Deutschen Bank unter all diesen Gesichtspunkten als ein günstiges Zeichen bewertete. Sie fühlte sich umso mehr dazu berechtigt, als die nunmehr bald herauskommenden Jahresabschlüsse der großen Banken durchwegs ein günstiges Aussehen zeigen werden. Einige von ihnen werden mit Dividendenerhöhungen aufwarten können, so mit Sicherheit die Nationalbank für Deutschland, die Berliner Handelsgesellschaft, die Kommerz- und Diskontobank und — last not least — die Dresdner Bank. Ob die Diskontogesellschaft ihre Dividende erhöht, ist nicht sicher, aber auch nicht ausgeschlossen, das gleiche gilt von der Darmstädter Bank und der Mitteldeutschen Kreditbank. Die Deutsche Bank, welche schon im vorigen Jahre als einzige von allen ihre Friedensdividende durch eine Erhöhung um 2½ Prozent auf 12½ Prozent wiederherstellte, wird diesen Satz, unter weiterer großzügiger innerer Konsolidierung, beibehalten.

Auch sonst gewähren die Abschlüsse großer Unternehmen der Börse augenblicklich mannigfache Anregung. Da war in diesen Tagen über den Jahresabschluß der Dürrlopp-Werke in Bielefeld zu berichten, daß diese ihren Reingewinn (ohne Vortrag) im Jahre 1916 von 2,73 Millionen Mark auf 2,93 Millionen Mark erhöhen konnten, nachdem er bereits im Jahre 1915 um 1,85 Millionen Mark gestiegen war. Allerdings hatte er im Jahre 1914 einen Rückschlag um 210.000 Mark erfahren, wie damals auch die Dividende von 22 auf 16 Prozent gesunken war. Im Jahre 1915 stieg sie bereits wieder auf 25 Prozent und auf dieser Höhe ist sie für 1916 geblieben, wobei allein für Kriegsgewinnreserve in jedem der letzten beiden Jahre 1 Million Mark, beziehungsweise 1,1 Million Mark zurückgestellt wurden. Ein weiterer interessanter Abschluß war der der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf. Dieses Unternehmen hat in der deutschen Geschäft- und Geschöpfung neben Fried. Krupp die bedeutendste Stelle inne. Es ist deshalb eine von denjenigen Gesellschaften, welche an der Kriegskonjunktur in erster Linie teilnehmen. Der Rheinischen Metallwarenfabrik hat denn auch der Krieg ein ganz außerordentliches Aufschwung der Gewinne gebracht. Nachdem sie lange Jahre

Mitteilung zu machen. Die Notwendigkeit eines großen Investitionsprogramms und die Bereitstellung der Mittel zu dessen Ausführung wurde einmütig anerkannt.

Das Anleihe-Anbot des Konsortiums der Wiener Banken wird voraussichtlich schon am 23. d. M. dem Plenum des Gemeinderates zur Beratung und Beschlußfassung vor-

gebracht werden. (Die Dividendenrückstände für die Jahre 1907/08 bis 1914/15 beglichen worden.) Das Geschäftsjahr 1915/16 ermöglicht die Ausschüttung von 20 Prozent Dividende an die Vorzugsaktien und 18 Prozent Dividende an die Stammaktien, ferner noch einen außerordentlichen Bonus von 100 Mark für jede Vorzugs- und Stammaktie, nachdem 10 Millionen Mark für Neueinrichtungen und Betriebsumstellung für die Friedenszeit zurückgestellt und 7,32 Millionen Mark (im Vorjahre 3,15 Millionen) zu Abschreibungen verwandt worden sind. Die Dividende erfordert diesmal insgesamt 2,445.000 Mark und der Bonus auf 12.300 Aktien 1,230.000 Mark. Der Vortrag, der vor Jahresfrist nur 193.211 Mark betragen hatte, soll diesmal auf 1,093.887 Mark erhöht werden. Eine glänzendere Entwicklung läßt sich kaum denken. Sie ist aber nicht allein den Kriegsgewinnen zuzuschreiben, sondern auch dem Umstande, daß das Unternehmen fast ein Dutzend Jahre zielbewußt an seiner finanziellen Konsolidierung gearbeitet hat; im Kriege selbst hat es in geschickter Weise seine Leistungsfähigkeit noch dadurch zu erhöhen verstanden, daß es Hunderte von Fabriken der verwandten Zweige zur Mitarbeit herangezogen hat.

Noch ein anderes hervorragendes Beispiel von Kriegsgewinnen in der deutschen Industrie sei angeführt: In diesen Tagen kam das Eisenhüttenwerk Thale mit seinem Abschluß heraus. Diese Gesellschaft, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr ausläuft, hatte für das letzte Friedensjahr eine Dividende von 18 Prozent verteilt. Im Jahre 1914 wurde der Satz um 2 Prozent auf 16 Prozent ermäßigt, weil es die Verwaltung für richtig fand, bei einem Aktienkapital von 7½ Millionen rund 450.000 Mark für Kriegszwecke zurückzustellen. Im Jahre 1915 sprang die Dividendenziffer auf 26 Prozent; der Reingewinn hatte sich mehr als verdoppelt. Betrag er doch 6,4 Millionen Mark (gegen 2,8 Millionen im Vorjahr). Für Kriegsrückstellungen usw. verwandte die Verwaltung damals noch besonders rund 3 Millionen Mark. Nunmehr ist sie mit der Ankündigung herausgetreten, daß für 1916 neben einer Dividende von wieder 26 Prozent eine besondere Vergütung von 125 Mark für je 600 Mark Aktienkapital ausgeschüttet werden soll. Das heißt, die Aktionäre, die im vorigen Jahre an Dividenden 1,905.000 Mark erhalten haben, sollen diesmal mit rund 3½ Millionen Mark bedacht werden, oder mit insgesamt rund 47 Prozent.

Solche Abschlüsse regen natürlich die Phantasie der Börse lebhaft an. Sie beschäftigt sich lebhaft mit den Gewinnmöglichkeiten bei den großen Montangesellschaften. Das gilt in erster Linie für den Phoenix, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in Hoerde. Einen unmittelbaren Anstoß dazu gab die Mitteilung der Verwaltung des Phoenix, das Unternehmen, dessen Geschäftsjahr am 30. Juni abläuft, habe im ersten Semester 1916/17 so bedeutende Gewinne erzielt, daß die Aktionäre wieder auf ein sehr günstiges Jahresergebnis rechnen könnten; die Veröffentlichung von Gewinnziffern für das erste Halbjahr will die Verwaltung aber im Hinblick auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse diesmal nicht vornehmen. Für das Jahr 1915/16 hat der „Phoenix“ seine Dividende, welche für 1913/14 10 Prozent und für 1914/15 12 Prozent betragen hatte, auf 20 Prozent erhöht. Damit nicht genug, hatte das Unternehmen für 1915/16 für besondere Rücklagen und Zuneigungen 9,217.000 Mark verwendet, nachdem für gleiche Zwecke im Jahre 1914/15 1½ Millionen Mark und für das Jahr 1913/14 10,9 Millionen Mark benützt worden waren. An der Hand dieser Vergleiche lassen sich aus der erwähnten Mitteilung der Verwaltung über das erste Halbjahr 1916/17 für das laufende Geschäftsjahr sehr optimistische Schlüsse ziehen.

Die Börse hat diese auch auf die anderen Montanpapiere ausgebeugt, so insonderheit auf den Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation und auf Laurahütte-Aktien. In der Tat scheinen auch in diesen beiden Fällen hohe Erwartungen durchaus am Platze zu sein. Beim Bochumer Verein hatte sich der Bruttogewinn im Jahre 1915/16 von 15,2 Millionen auf 22,6 Millionen gehoben. Nach sehr hohen Abschreibungen und einer besonderen Rücklage von 2 Millionen Mark wurde für 1915/16 die Dividende auf 25 Prozent (gegen 14 Prozent im Vorjahre) festgesetzt, das heißt so hoch, wie noch nie seit Bestehen der Gesellschaft. Die Laurahütte konnte für 1915/16 einen Rohgewinn von 11,32 Millionen ausweisen (gegen 8,7 Millionen Mark im Vorjahr); daraus verteilte sie nach 6 Millionen Mark Abschreibungen (etwa wie im Vorjahr) 10 Prozent Dividende (gegen 4 Prozent im Vorjahr), also soviel wie seit 1907/08 nicht. Wer weiß, wie zielbewußt die Laurahütte an ihrer technischen und finanziellen Kräftigung im letzten Jahrzehnt gearbeitet hat, der wird die Hoffnungen, welche die Aktionäre und die Spekulation auf das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres setzen, als nicht unberechtigt anerkennen müssen.

Die deutsche Großindustrie ist eben im Kriege, der nicht nur durch die Tapferkeit der Truppen und den ausdauernden Opferwillen der ganzen Bevölkerung, sondern auch, und zwar in ausschlaggebender Weise, durch die Leistungsfähigkeit der Technik entschieden wird, in der Lage, diese ihre Eigenschaft in hohe Gewinne umzusetzen. Immerhin sollte die letztere Erscheinung nicht dazu verleiten, die hohen Ertragnisse der Industrie zum Gegenstande mißgünstiger Erörterungen oder gar der Forderung eines staatlichen Eingriffs zu machen. Es darf nicht vergessen werden, daß der Industrie nach dem Kriege hohe Lasten in Gestalt der Wiederumstellung der Betriebe auf die Friedenswirtschaft, sowie durch Wiederauffüllung der gestohlenen Rohmateriallager entstehen werden. Außerdem

Volkswirtschaft

und kaufmännische Interessen. Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung.

Von berufener Seite wird uns geschrieben:
Zwei hohe Staatsbeamte haben kürzlich im Deutschen Reiche den Auftrag erhalten, die zum Zweck der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung geeigneten Vorschläge auszuarbeiten. Diese Beamten, von denen sich der eine mit Justizangelegenheiten, der andere mit Verwaltungsangelegenheiten befassen soll, werden ganz selbständig ihre Mitarbeiter wählen können und bei den Arbeiten nicht an die Weisungen ihrer Vorgesetzten gebunden sein. Welchen ungeheuren Wert eine derartige Verfügung aufweist, kann nur der ermessen, dem die endlosen Irrwege der österreichischen Verwaltungsreformbestrebungen bekannt sind.

Vor allem war es ein großer Fehler, daß bei uns jede Neuerungsabsicht stets Enqueten und Kommissionen zu Rathe hatte. Eine ganze Reihe von Männern verschiedener Erwerbs- und Berufsweige wurde mündlich und schriftlich ausgefragt, wie sie sich die innere Einrichtung dieses oder jenes staatlichen Verwaltungsdienstes vorstellen. Es ist dies in Wirklichkeit gerade so, wie wenn der Besitzer einer Maschinenfabrik sich mit Zahnärzten, Notariatskandidaten, Lebensmittelhändlern und anderen darüber beraten wollte, ob und welche technische Aenderungen er in seinem Betriebe durchzuführen hätte. Besonders bezeichnend war der Vorgang, der bei den Bestrebungen zur Verbesserung der Staatsbahnverwaltung beobachtet worden ist. Die Regierung wendete sich an den Staatseisenbahnrat, weil sie ihm einige Sachkenntnis zugemutet hat. Diese Körperschaft hatte aber nichts Besseres zu tun, als — eine große Enquete von Nichtfachmännern zu veranstalten. Nach der deutschen Verfügung wird nicht viel herumgefragt und hingehorcht; es werden ganz einfach zwei geeignete Beamte zur Ausarbeitung von Vorschlägen kommandiert. Zwei Fachmänner. Um das Steuer- oder Zollwesen, um den Postbetrieb, um den Bahnverkehr zu verbessern, genügt es nicht, bloß die Ansicht derer einzuholen, die an den Steuerhäkern zu tun haben. Briefe aufgeben, mit der Bahn fahren u. dal. Nur der in jedem einzelnen Dienstweig erfahrene, mit Organisations-talent und sonstigen Eigenschaften ausgestattete, kurzum nur ein tauglicher Fachmann kann erspriechliche Verbesserungspläne entwerfen. Sind die einmal fix und fertig, dann, aber erst dann, kann und soll darüber die Ansicht der Oeffentlichkeit eingeholt werden. Wir haben es umgekehrt gemacht.

Im Deutschen Reiche vermeidet man es auch, eine Beamtenkommission zu wählen. Selbst eifrige Verteidiger unseres jetzigen Staatsbetriebes — es gibt auch solche — bedauern es sehr, daß bei unseren Zentralstellen allzu viele Sitzungen abgehalten werden. Die haben gewiß auch ihr Gutes; aber meist werfen die uferlosen Wechselreden, die ewigen Beratungen, nur einen geringen Ertrag ab. Sicher ist es: Durch das Zusammensitzen vieler Menschen wird nichts Schöpferisches gewonnen. Die großen Erfindungen, die bedeutenden Werke der Dichtkunst, der Musik usw. — die hat stets nur ein einzelner geschaffen. Und deshalb ist mit Recht in Deutschland nur einem die Reform der Verwaltung, nur einem die der Justiz übertragen.

Werden bei uns für irgendeinen Zweck Kommissionen gebildet, so glaubt man gerecht und paritätisch vorzugehen, wenn bei Ernennung der Kommissionsmitglieder zahlreiche Nationalitäten, Parteien, Berufskreise u. dal. Berücksichtigung finden. Was ist die Folge? Jeder einzelne Verbesserungsvorschlag wird zwar auf das gründlichste durchgewalkt, aber nicht mit Rücksicht auf seinen allgemeinen Nutzen, sondern vom nationalen, parteimäßigen, beruflichen Standpunkt. Jedes Kommissionsmitglied glaubt stets in Vertretung seiner Interessenten reden und abstimmen zu müssen, und das Ergebnis bildet irgendein Kompromiß, das zwar niemandem weh thut, nirgends anstößt, aber das eigentliche Ziel ganz verfehlt und weder Fleisch noch Fisch ist. Wer gute Arbeit leisten will, muß seine Mitarbeiter selbst wählen, ihnen den Odem seines Geistes einhauchen können.

Um Mittel und Wege zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung zu finden, bedarf es, wie schon das Zeitwort ausdrückt, einer Erfindungsgabe, einer schöpferischen Kraft. Diese kann sich aber nicht regen, wenn sie fortwährend beaufsichtigt und bevormundet wird. Der Organisator muß frei sein, muß in seinem Bereiche gebieten können. Deshalb bestimmt mit Recht die deutsche Verfügung, daß die mit der Organisation betrauten Staatsbeamten bei ihren Arbeiten an die Weisungen ihrer Vorgesetzten nicht gebunden sind.

Und noch eines ist zu Loben: daß die Vorbereitungen für den gedachten Zweck mitten im fürchterlichsten aller Kriege erfolgen. Denn diese Vorbereitungen brauchen immerhin eine geraume Zeit, und je schneller sie getroffen werden, desto besser. Hat doch der Feldzug in der an und für sich sehr guten deutschen Verwaltung viele Gebrechen aufgedeckt, zu deren Behebung schon jetzt das unter allen Umständen erforderliche Rohmaterial gesammelt werden kann. Wenn es auch lange nicht feststeht, wie die Reparatur im einzelnen durchzuführen sein wird. Während andere Staaten erst nach Friedensschluß oder erst nach Ablauf der Uebergangswirtschaft in der Lage sein werden, die ersten Schritte zu tun, um die Erfahrungsmaße des Krieges in die Staatswerkstatt zu übertragen, wird Deutschland in dieser Richtung bereits die halbe Wegstrecke zurückgelegt haben.

Die Nutzenwendung aus dem Vorstehenden ergibt sich von selbst, daher nur noch eine Bemerkung: Unsere Verwaltung, schon lange vor dem Kriege reformbedürftig, ist ohne Zweifel weniger gut als die deutsche. Dies ist aber jetzt kein Nachteil, denn es ist bekanntlich viel

121

217

23. I. 1917

Ung. Bank und Handels-A.-G.

(Bilanz pro 1916.)

Die Direktion der Ungarischen Bank und Handels-Aktiengesellschaft hat in ihrer gestern abgehaltenen Sitzung die Bilanz für das am 31. Dezember 1916 abgeschlossene sechszwanzigste Geschäftsjahr festgestellt. Aus den Bilanzfiguren geht hervor, daß die geschäftliche Tätigkeit des Instituts im abgelassenen Jahre eine überaus lebhafte war und es wurden dem entsprechend auf allen Gebieten höhere Umsatzziffern erzielt als in früheren Jahren, wobei jedoch die Tätigkeit des Instituts auch im Berichtsjahre durch die kriegerischen Verhältnisse bestimmt war. Die Bank hat auch im abgelassenen Jahre an den gemeinnützigen und charitativen Aktionen der Kriegszeit vollen Anteil genommen. Außer Leistung namhafter Beträge für das „Kriegsspital der Gesellschafter“ hat die Bank auch ihr eigenes Kriegsspital weiterhin erhalten und unterstützte mittelfst beträchtlicher Spenden die Fürsorgeaktion für die siebenbürgischen Flüchtlinge, wie denn auch, den Intentionen der Institutsleitung entsprechend, jede patriotische Bewegung tatkräftig gefördert wurde. Die Bezüge der im Felde stehenden Angestellten, deren Zahl infolge der weiteren Einberufungen nunmehr auf 528 angewachsen ist, wurden auch weiterhin in voller Höhe bezahlt und den Dabeingeblichen wurde zur Wälderung der stets wachsenden Teuerung durch das ganze Jahr eine Kriegsteuerzulage bewilligt. Bei der Emission der Kriegsanleihen konnte das Institut steigende Erfolge erzielen: gegenüber dem bei der dritten Kriegsanleihe erzielten Zeichnungsergebnis von 85 Millionen Kronen wurden bei der vierten Kriegsanleihe 109 Millionen Kronen und bei der fünften Kriegsanleihe 132 Millionen Kronen bei dem Institut gezeichnet.

Der Bruttogewinn des Geschäftsjahres 1916 beträgt inklusive des Vortrages 14,334.453 Kronen (+ 1,243.462 Kronen), das Reinertragnis, wie aus der nachstehenden Detaillierung hervorgeht, 8,238.915 Kronen (+ 1,384.911 Kronen):

Das Gewinn- und Verlustkonto lautet:			
	1916	1915	gegen 1915
K r o n e n			
Erträge:			
Gewinnvortrag	1,239.738	1,265.446	- 25.708
Reines Zinsenertragnis	7,530.607	6,665.080	+ 865.526
Gewinne u. Provisionen:			
im Bankgeschäft	1,736.674	1,263.848	+ 472.826
im Warengeschäfte	3,555.743	3,660.267	- 104.523
Erträge der Immobilien	371.689	289.346	+ 82.343
	14,334.453	13,090.991	+ 1,243.462
Ausgaben			
Speien:			
Honorare des Aufsichtsrates und des Exekutivkomitees, Gehälter und Wohnungsgelder der Direktoren, Beamten u. sonstiger Angestellten	2,443.131	2,201.550	+ 241.581
Geschäfts-, Betriebs- und sonstige Unkosten	1,855.782	1,623.222	+ 232.560
Ausgaben für Kriegsfürsorgezwecke	951.082	504.309	+ 446.773
Beitrag zum Pensionsinstitut der Angestellten der Bank	-	1,000.000	- 1,000.000
Abschreibungen auf Wertverminderungsreserve	194.808	187.270	+ 7.537
Steuern und Gebühren	640.934	730.655	- 89.721
Gewinnsaldo	8,238.915	6,854.003	+ 1,384.911
	14,334.453	13,090.991	+ 1,243.462

Das Bilanzkonto lautet:			
	1916	1915	
K r o n e n			
Aktiva:			
Kassabestand und elocierte Tagesgelder	24,929.396	8,662.574	
Wechselportefeuille	44,313.586	53,550.325	
Wertpapiere	56,758.613	25,872.452	
Wertpapiere des Pensionsinstituts der Angestellten	1,372.500	450.000	
Antien affilierter Unternehmungen	18,483.889	12,061.139	
Sicherstellungsfonds der verzinslichen Rentenscheine	3,008.000	3,008.000	
Institutsimmobilien	6,298.234	5,891.847	
Betriebsimmobilien und Einrichtungen	2,936.806	2,795.081	
Vorräte auf Wertpapiere und Waren und Reports	154,703.085	100,602.493	
Warenvorräte	4,124.840	2,076.309	
Syndikatsanzahlungen	23,818.596	14,605.298	
Kommunal- und öffentliche Darlehen	28,776.106	9,677.266	
Immobilien- und Partizipationsgeschäfte	6,929.199	1,435.720	
Eisenbahngeschäfte	5,984.185	6,726.391	
Debitoren	149,906.054	110,337.920	
	531,343.694	357,753,418	
Passiva:			
Aktienkapital	66,000.000	66,000.000	
Reservefonds	20,000.000	19,564.790	
Wertverminderungsreserve	1,603.321	1,409.313	
Pensionsinstitut der Angestellten	6,375.365	5,152.280	
Fünfprozentige Rentenscheine im Umlauf	3,722.000	3,722.000	
Verloste fünfprozentige Rentenscheine	150.000	150.000	
Ungelappte in Umlauf	95.000	95.000	
Ungehobene Dividenden	8,482	23.828	
Einlagen auf Spareinlagebüchern und in laufender Rechnung	230,649.064	97,056.908	
Kreditoren	189,819.813	111,639.854	
Transitorische Posten	5,181.132	8,522.604	
Reingewinn	8,238.915	6,854.003	
	531,343.694		

Die vorstehenden Ziffern zeigen das Bild großzügiger Entwicklung. Aus dem Verlust- und Gewinnkonto geht hervor, daß die Erträge des Bankgeschäftes gestiegen sind, während das Ertragnis der Warengeschäfte sich auf der Höhe des Vorjahres bewegt. Das weitere Anwachsen der ver-

sonlichen und sachlichen Ausgaben steht mit den kriegerischen Verhältnissen in Verbindung. Die Steigerung der Aktiven ist in erster Reihe auf die lebhafteste Entwicklung der dem Konzern des Instituts angehörigen Unternehmungen und sodann auf die planmäßige Angliederung mehrerer neuer Unternehmungen zurückzuführen. Unter den Passivposten ist das starke Anwachsen der von der Bank verwalteten fremden Kapitalien hervorzuheben.

Im laufenden Bankgeschäft weist der Wechselkompteumsatz infolge der andauernden Abnahme des Kreditbedarfes sowohl der Provinzinstitute, als auch des Handels und der Industrie einen weiteren Rückgang auf. Der Umsatz des Jahres 1916 war bloß 174 Millionen Kronen, gegenüber einem Umsatze von 240 Millionen Kronen im Jahre 1915 und 330 Millionen Kronen im Jahre 1914. Wenn das Zinskonto dennoch um 865.000 Kronen mehr erbracht hat, so ist dieser Umstand den größeren Elocierungen in dem Konzern des Instituts, sowie den Zinseneinnahmen aus den belehnten Kriegsanleihen zuzuschreiben. Die Steigerung der Gewinne und Provisionen im Bankgeschäft um 473.000 Kronen ist ein Zeichen dessen, daß im abgelassenen Jahre mehrere finanzielle Transaktionen mit Erfolg abgewickelt werden konnten, wovon übrigens in der vorliegenden Bilanz nur ein Teil verrechnet wurde, und daß das Effekten- und Börsenkommissionsgeschäft, sowie der Umsatz in fremden Zahlungsmitteln zeitweilig recht lebhaft waren. Der warenwirtschaftliche Gewinn rührt ausschließlich aus den ständigen Warengeschäftszweigen des Instituts her.

Den gestiegenen Erträgen steht das weitere Anwachsen der Ausgaben gegenüber. Im Interesse der Sicherstellung der Existenz der Beamten während der andauernden Teuerung wurden außerordentliche Gehaltserhöhungen und Teuerungszulagen bewilligt. Die Bezüge der im Felde stehenden Angestellten wurden auch weiterhin in voller Höhe bezahlt und die Speien der infolge der Einkürzungen notwendigen Ersatzkräfte sind ebenfalls gestiegen. Die oben bereits erwähnte Beteiligung an den verschiedenen Kriegsfürsorgeaktionen hat im Jahre 1916 Ausgaben in der Höhe von 951.082 Kronen involviert, so daß die Bank in den ersten 29 Monaten des Krieges unter Berücksichtigung der im Jahre 1914 und 1915 für diese Zwecke angewendeten 309.057, beziehungsweise 504.309 Kronen bisher insgesamt 1,764.448 Kronen für Kriegsfürsorgezwecke geopfert hat. Neben den üblichen Abschreibungen auf dem Wertverminderungskonto der Immobilien waren auch im abgelassenen Jahre keinerlei Abschreibungen für dubiose Forderungen notwendig.

Die Bilanzposten zeugen von der erhöhten Mobilität des Instituts. Die Bewertung der Aktiven in der Bilanz erfolgte auch diesmal nach den Grundsätzen größter Rigorosität. Das Wechselportefeuille zeigt infolge der bereits erwähnten Abnahme des Kompteumsatzes, sowie der bedeutenden Vereinfachungen einen weiteren Rückgang. Das Anwachsen des Wertpapierbestandes um 30 Millionen Kronen ist hauptsächlich auf die für eigene Rechnung erfolgten Kriegsanleihezeichnungen des Instituts, sowie auf die Erwerbung von börsengängigen Wertpapieren zurückzuführen. Der Wertpapierbestand des Pensionsinstituts der Angestellten figuriert infolge der neuerlichen Kriegsanleihezeichnungen des Pensionsinstituts nunmehr mit dem Betrage von 1,372.000 Kronen gegenüber 450.000 Kronen im Vorjahre. Die Steigerung der Post Aktien affilierter Unternehmungen um 6 Millionen Kronen ist mit dem weiteren Ausbau der Interessensphäre des Instituts in der Provinz sowie mit dem Aktienwerb mehrerer neuer Unternehmungen zu erklären. Die Post der Institutsimmobilien zeigt eine größere Veränderung, da das Institut im Interesse der Sicherstellung entsprechender Bureauökonomie die an seine bisherigen Lokalitäten, Vilmos csaszar-ut 30 und 32, angrenzenden Häuser, Vilmos csaszar-ut 26 und 28, erworben, hingegen das Haus, V. Rador-utca 6, verkauft hat. In diesem Hause wurde nur die Befassung der für das Kriegsspital erforderlichen Lokale ausbedungen. Eine überaus hohe Steigerung haben die Vorräte auf Wertpapiere und Waren erfahren, die hauptsächlich auf die Belehnung von Kriegsanleihe zurückzuführen ist. Das Anwachsen der Syndikatsanzahlungen um 9 Millionen Kronen ergab sich infolge der Kapitalserhöhungen einiger dem Konzern des Instituts angehöriger Unternehmungen, sowie infolge der Durchführung mehrerer Aktientransaktionen auf Syndikatsgrundlage, wodurch sich das Institut auf die Leitung der betreffenden Unternehmungen einen entscheidenden Einfluß gesichert hat. Die Steigerung der Post Kommunal- und öffentlichen Darlehen um 19 Millionen Kronen erklärt sich durch das der Hauptstadt Budapest auf 10 Jahre gewährte Obligationen-Darlehen von 13 Millionen Mark. Der Betrag der Immobilien- und Partizipationsgeschäfte weist infolge eines Immobilienwerb in Verbindung mit dem in Berlin kontrahierten Darlehen von 30 Millionen Mark eine Steigerung auf. Der Betrag der in Eisenbahngeschäften angelegten Aktiven bewegt sich auf der Höhe des Vorjahres. Der Debitorenstand ist infolge des Anwachsens der gedeckten Debitoren um 40 Millionen Kronen gestiegen.

Bei den Passiven ist zu bemerken, daß das in der Bilanz mit 66 Millionen Kronen ausgewiesene Aktienkapital infolge der in der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. Februar 1917 beschlossenen und seitdem mit vollem Erfolge abgewickelten Kapitalerhöhung auf 80 Millionen Kronen gestiegen ist, während der ordentliche Reservefonds nach Zuweisung der für heuer vorgeschlagenen Dotierung von 1 Million, sowie des bei der letzten Kapitalerhöhung erzielten Aufgelbes von 6 Millionen den Betrag von 27 Millionen Kronen erreichen wird. Der Wertverminderungs fonds der Betriebsimmobilien wurde heuer mit 194.608 Kronen neuerlich dotiert. Das Anwachsen des Vermögens des Pensionsinstituts um 1,223.000 Kronen auf 6,375.000 Kronen ist teils auf die regelmäßigen Zinsenerträge, teils auf die neuerlich erhöhten eigenen Beiträge der Bank und auf die statutenmäßigen Einzahlungen der Angestellten zurückzuführen; das Vermögen des Pensionsinstituts wurde übrigens von dem bei der letzten Kapitalerhöhung erzielten Aufgelbe mit weiteren 300.000 Kronen gestärkt. Die Post der im Umlauf befindlichen Aktie figuriert auch in der Bilanz pro 1916 unverändert mit dem Betrage von 95.000 Kronen, da im feindlichen Auslande auf die Bank gezogene Tratten in dieser Höhe bisher noch nicht präsentiert wurden.

Besonders bemerkenswert ist die Erhöhung des Einlagestandes um fast 134 Millionen Kronen auf 230,6 Millionen Kronen, trotz der großen Einlagenabhebungen für die Kriegsanleihezeichnungen, was für das Institut entgegengebrachte große Vertrauen spricht. Die Kreditoren weisen eine Zunahme von 78 Millionen Kronen auf; in diesem Betrage ist der Gegenwert des bei dem Fürsten von Donnersmard für 10 Jahre in Anspruch genommenen Darlehens von 30 Millionen Mark enthalten; durch diese Valutenoperation glaubt das Institut auf den öffentlichen Interessen einen guten Dienst zu erweisen. Aus der Zusammenfassung der Post der Einlagen und Kreditoren ergibt sich,

daß die von der Bank verwalteten fremden Kapitalien am Ende des Jahres 1916 420 Millionen Kronen betragen, welcher Betrag seitdem eine weitere bedeutende Erhöhung erfahren hat. Die Bilanzsumme liegt gegen das Vorjahr um 173,6 Millionen Kronen auf 531,3 Millionen Kronen.

Die neun Budapest Filialen des Instituts, sowie die Soproner, Bacer und Sarajevoer Bankfilialen haben einen erhöhten Umsatz und zufriedenstellende Resultate erzielt. Die Filiale Wien, sowie die Filiale Konstantinopel können ein günstiges Geschäftsjahr verzeichnen. Auch die Bankabteilung der Filiale Smyrna hat ihre Tätigkeit bereits begonnen. Die mit der Bank liierten Geldinstitute in der Provinz, deren Zahl in der zweiten Hälfte des Vorjahres um am Anfang des laufenden Jahres durch die Vereinigte Bank und Sparkassa Aktiengesellschaft in Naghvarad, die Erste Großkinder Sparkassa, die Großkinder Erste Bezirksbank und die Raaber Industrie- und Handels-Gesellschaft vermehrt wurde, hatten durchwegs ein günstiges Geschäftsjahr und erfuhren auch deren Einlagen eine namhafte Steigerung.

Die Entwicklung der dem Interessentkreise der Bank angehörigen Industrie- und sonstigen Etablissements, sowie die inzwischen erworbenen neuen Unternehmungen wird der bei diesjährigen Generalversammlung vorzuliegende Direktionsbericht beleuchten.

Auf Grund des in den vorstehenden Schlussrechnungen ausgewiesenen Reingewinnes beschloß die Direktion des Instituts, der für den 10. März einzuberufenden Generalversammlung den Vorschlag zu machen, der im Vorjahre gezahlten Dividende von 7 1/2 Prozent gegenüber für das Jahr 1916 als 8-prozentige Dividende 34 Kronen per Aktie, das sind 5,610.000 Kronen, unter den Aktionären zu verteilen, den ordentlichen Reservefonds mit 1,000.000 Kronen zu dotieren und 1,258.997 Kronen als Gewinnvortrag für Rechnung des Jahres 1917 zu übertragen.

(Ungarische Bank und Handels-A.G.) Die Direktion hat in ihrer heute abgehaltenen Sitzung die Bilanz für das am 31. Dezember 1916 abgeschlossene 26. Geschäftsjahr festgestellt. Aus den Bilanzziffern geht hervor, daß die geschäftliche Thätigkeit des Instituts im abgelaufenen Jahre eine überaus lebhaft war und es wurden dementsprechend auf allen Gebieten höhere Umsatzziffern erzielt, als in früheren Jahren. Die Bank hat auch im abgelaufenen Jahre an den gemeinnützigen und charitativen Aktionen der Kriegszeit vollen Antheil genommen. Außer Leistung namhafter Beträge für das „Kriegsspital der Geldinstitute“ hat die Bank auch ihr eigenes Kriegsspital weiterhin erhalten und unterstützt mittels beträchtlicher Spenden die Fürsorgeaktion für die siebenbürgischen Flüchtlinge, wie denn auch den Intentionen der Institutsleitung entsprechend jede patriotische Bewegung thätig gefördert wurde. Der Bruttogewinn des Geschäftsjahres 1916 beträgt inklusive des Vortrages 14.334.453 K. (+ 1.243.462 K.), das Reinertragnis, wie aus der nachstehenden Detailirung hervorgeht, 8.238.911 K. (+ 1.384.911 K.).

Gewinn- und Verlust-Konto. Ertragnisse: Gewinnvortrag 1.239.738 (i. V. 1.263.446), reines Zinsertragnis 7.530.607 (6.665.080), Gewinne und Provisionen im Bankgeschäft 1.736.674 (1.262.843), im Waarengeschäfte 3.555.743 (3.630.267), Ertragnisse der Immobilien 271.639 (239.348), zusammen 14.334.453 (13.090.991). Ausgaben: Spesen: Honorare des Aufsichtsraths und des Exekutivkomites, Gehälter und Wohnungsgelder der Direktoren, Beamten und sonstiger Angestellten 2.443.131 (2.201.530), Geschäfts-, Betriebs- und sonstige Unkosten 1.865.782 (1.623.222), Ausgaben für Kriegsfürsorgezwecke 951.082 (504.309), Beitrag zum Pensionsinstitut der Angestellten der Bank (1.000.000), Abschreibungen auf Werthverminderungsreserve 194.608 (187.270), Steuern und Gebühren 640.984 (720.655), Gewinnsaldo 8.238.915 (6.854.003), zusammen 14.334.453 (13.090.991).

Bilanz-Konto. Aktiva: Kassenbestand und elogirte Tagesgelder 24.229.396, Wechselportefeuille 44.313.586, Werthpapiere 55.758.613, Werthpapiere des Pensionsinstituts der Angestellten 1.273.500, Aktien affiliierter Unternehmungen 18.483.889, Sicherstellungsfonds der verzinslichen Rentenscheine 3.008.600, Immobilien 6.238.234, Betriebsimmobilien und Einlagen 2.936.506, Vorschüsse auf Werthpapiere und Waaren und Reports 154.703.085, Waarenvorräthe 1.124.840, Syndikatszahlungen 23.318.536, Kommunal- und öffentliche Darlehen 28.776.106, Immobilien- und Pargellirungsgeschäfte 6.929.199, Eisenbahngeschäfte 5.984.185, Debitoren 149.906.054, zusammen 531.343.694. **Passiva:** Aktienkapital 66.000.000, Reservefonds 20.000.000, Werthverminderungsreserve 1.603.921, Pensionsinstitut der Angestellten 6.375.365, 5prozente Rentenscheine in Umlauf 3.722.000, verlorste 5prozente Rentenscheine 150.000, Accepte in Umlauf 95.000, unbefohlene Dividenden 8482, Einlagen auf Spareinlagenbücher und in laufender Rechnung 230.649.064, Creditoren 189.319.813, transitorische Posten 5.181.132, Reingewinn 8.238.915, zusammen 531.343.694.

Die vorstehenden Ziffern zeigen das Bild großzügiger Entwicklung. Aus dem Verlust- und Gewinnkonto geht hervor, daß die Ertragnisse des Bankgeschäfts gestiegen sind, während das Ertragnis der Waarengeschäfte sich auf der Höhe des Vorjahres bewegt. Das weitere Anwachsen der persönlichen und sachlichen Ausgaben steht mit den kriegsrischen Verhältnissen in Verbindung. Die Steigerung der Aktiven ist in erster Reihe auf die lebhafteste Entwicklung der dem Konzern des Instituts angehörigen Unternehmungen und sodann auf die planmäßige Angliederung mehrerer neuer Unternehmungen zurückzuführen. Im laufenden Bankgeschäft weist der Wechselkompteumsatz in Folge der andauernden Abnahme des Kreditbedarfs sowohl der Provinzinstitute als auch des Handels und der Industrie einen weiteren Rückgang auf. Der Umsatz des Jahres 1916 war bloß 174 Millionen Kronen gegenüber einem Umsatz von 240 Millionen Kronen im Jahre 1915 und 330 Millionen Kronen im Jahre 1914. Der waarengeschäftliche Gewinn rührt ausschließlich aus den ständigen Waarengeschäftszweigen des Instituts her.

Den gestiegenen Ertragnissen steht das weitere Anwachsen der Ausgaben gegenüber. Die bereits erwähnte Betheiligung an den verschiedenen Kriegsfürsorgeaktionen hat im Jahre 1916 Ausgaben in der Höhe von 951.082 Kronen inbegriffen, so daß die Bank in den ersten 29 Monaten des Krieges unter Berücksichtigung der im Jahre 1914 und 1915 für diese Zwecke aufgewendeten 309.057 Kronen, bezw. 504.309 Kronen bisher insgesamt 1.764.448 Kronen für Kriegsfürsorgezwecke geopfert hat. Neben den üblichen Abschreibungen auf dem Verlustvermin-

derungskonto der Immobilien waren auch im abgelaufenen Jahre keinerlei Abschreibungen für dubiose Forderungen notwendig. Bei den Passiven ist zu bemerken, daß das in der Bilanz mit 66 Millionen Kronen ausgewiesene Aktienkapital in Folge der in der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. Februar 1917 beschlossenen und seitdem mit vollem Erfolg abgewickelten Kapitalerhöhung auf 80 Millionen Kronen gestiegen ist, während der ordentliche Reservefonds nach Zuweisung der für heuer vorgeschlagenen Dotirung von 1 Million Kronen, sowie des bei der letzten Kapitalerhöhung erzielten Aufgelbes von 3 Millionen Kronen den Betrag von 27 Millionen Kronen erreichen wird. Der Werthverminderungsfonds der Betriebsimmobilien wurde heuer mit 194.608 Kronen neuerlich dotirt. Das Anwachsen des Vermögens des Pensionsinstituts um 1.223.000 Kronen auf 6.375.000 Kronen ist theils auf die regelmäßigen Zinsertragnisse, theils auf die neuerlich erhöhten eigenen Beträge der Bank und auf die statutenmäßigen Einzahlungen der Angestellten zurückzuführen; das Vermögen des Pensionsinstituts wurde übrigens von dem bei der letzten Kapitalerhöhung erzielten Aufgelbe mit weiteren 300.000 Kronen gestärkt. Besonders bemerkenswerth ist die Erhöhung des Einlagestandes um fast 134 Millionen Kronen auf 230.6 Millionen Kronen — trotz der großen Einlagenabhebungen für die Kriegsanleihezeichnungen —, was für das dem Institut entgegengebrachte große Vertrauen spricht. Die Creditoren weisen eine Zunahme von 78 Millionen Kronen auf; in diesem Betrage ist der Gegenwerth des bei dem Fürsten von Donnersmard für zehn Jahre in Anspruch genommenen Darlehens von 30 Millionen Mark enthalten; durch diese Valutaoperation glaubte das Institut, auch den öffentlichen Interessen einen guten Dienst zu erweisen. Aus der Zusammenfassung der Post der Einlagen und Creditoren ergibt sich, daß die von der Bank verwalteten fremden Kapitalien am Ende des Jahres 1916 420 Millionen Kronen betragen, welcher Betrag seitdem eine weitere bedeutende Erhöhung erfahren hat. Die Bilanzsumme stieg gegen das Vorjahr um 173.6 Millionen Kronen auf 531.3 Millionen Kronen. Die neun Budapest Filialen des Instituts, sowie die Soproner, Váczer und Sarajevoer Bankfilialen haben einen erhöhten Umsatz und zufriedenstellende Resultate erzielt. Die Filiale Wien, sowie die Filiale Konstantinopel können ein günstiges Geschäftsjahr verzeichnen. Auch die Bankabtheilung der Filiale Smyrna hat ihre Thätigkeit bereits begonnen. Die mit der Bank fürten Geldinstitute in der Provinz hatten durchwegs ein günstiges Geschäftsjahr.

Auf Grund des in den vorstehenden Schlussrechnungen ausgewiesenen Reingewinns beschloß die Direktion des Instituts, der für den 10. März einzuberufenden Generalversammlung den Vorschlag zu machen, der im Vorjahre gezahlten Dividende von 7 1/2 Prozent gegenüber für das Jahr 1916 als 8 1/2 prozentige Dividende 34 Kronen per Aktie, d. i. 5.610.000 Kronen unter die Aktionäre zu vertheilen, den ordentlichen Reservefonds mit 1.000.000 Kronen zu dotiren und 1.258.997 Kronen als Gewinnvortrag für Rechnung des Jahres 1917 zu übertragen.

Ungarische Bank und Handels-Aktiengesellschaft.

Budapest, 23. Februar.

Die Direktion der Ungarischen Bank und Handels-Aktiengesellschaft hat, wie bereits gemeldet, in ihrer gestern abgehaltenen Sitzung die Bilanz für das am 31. Dezember 1916 abgeschlossene sechsundzwanzigste Geschäftsjahr festgestellt. Aus den Bilanzziffern geht hervor, daß die geschäftliche Tätigkeit des Instituts im abgelaufenen Jahr eine überaus lebhaft war. Dementsprechend wurden auf allen Gebieten höhere Umsatzziffern erzielt als in früheren Jahren, wobei jedoch die Tätigkeit des Instituts auch im Berichtsjahre durch die kriegerischen Verhältnisse bestimmt war.

Die Bank hat auch im abgelaufenen Jahr an den gemeinnützigen und charitativen Aktionen der Kriegszeit vollen Anteil genommen. Außer der Leistung namhafter Beträge für das „Kriegshospital der Geldinstitute“ hat die Bank auch ihr eigenes Kriegshospital weiterhin erhalten und mit beträchtlichen Spenden die Fürsorgeaktion für die siebenbürgischen Flüchtlinge unterstützt, wie denn auch den Intentionen der Institutsleitung entsprechend jede patriotische Bewegung tatkräftig gefördert wurde. Die Bezüge der im Felde stehenden Angestellten, deren Zahl infolge der weiteren Einberufungen nunmehr auf 528 an-

gewachsen ist, wurden auch weiterhin in voller Höhe bezahlt und den Daheimgebliebenen wurde zur Milderung der stets wachsenden Teuerung durch das ganze Jahr eine Kriegsteuerzulage bewilligt.

Bei der Emission der Kriegsanleihen konnte das Institut steigende Erfolge erzielen: gegenüber dem bei der dritten Kriegsanleihe erzielten Zeichnungsergebnis von 85 Millionen Kronen wurden bei der vierten Kriegsanleihe 109 Millionen Kronen und bei der fünften Kriegsanleihe 132 Millionen Kronen bei dem Institut gezeichnet.

Der Bruttogewinn des Geschäftsjahres 1916 beträgt inklusive des Vortrages k 14,334.453,85 (+ k 1,243.462,07), das **Reinertragnis** k 8,238.915,37 (+ k 1,384.911,60).

Die Ziffern der Bilanz, sowie des Gewinn- und Verlustkontos, die wir im Ankündigungsteile unseres heutigen Morgenblattes veröffentlichten, zeigen das Bild großzügiger Entwicklung. Aus dem Verlust- und Gewinnkonto geht hervor, daß die Erträgnisse des Bankgeschäftes gestiegen sind, während das Erträgnis der Warengeschäfte sich auf der Höhe des Vorjahres bewegt. Das weitere Anwachsen der persönlichen und sachlichen Ausgaben steht mit den kriegerischen Verhältnissen in Verbindung. Die Steigerung der Aktiven ist in erster Reihe auf die lebhafteste Entwicklung der dem Konzern des Instituts angehörigen Unternehmungen und sodann auf die planmäßige Angliederung mehrerer neuen Unternehmungen zurückzuführen. Unter den Passivposten ist das starke Anwachsen der von der Bank verwalteten fremden Kapitalien hervorzuheben.

Im laufenden Bankgeschäft weist der Wechselkompteumsatz infolge der andauernden Abnahme des Kreditbedarfes sowohl der Provinzinststitute als auch des Handels und der Industrie einen weiteren Rückgang auf. Der Umsatz des Jahres 1916 war bloß 174 Millionen Kronen gegenüber einem Umsatz von 240 Millionen Kronen im Jahre 1915 und 330 Millionen Kronen im Jahre 1914. Wenn das Zinskonto dennoch um 865.000 Kronen mehr erbracht hat, so ist dieser Umstand den größeren Erhöhungen in dem Konzern des Instituts, sowie den Zinseneinnahmen aus den belehnten Kriegsanleihen zuzuschreiben. Die Steigerung der Gewinne und Provisionen im Bankgeschäft um 473.000 Kronen ist ein Zeichen dessen, daß im abgelaufenen Jahre mehrere finanzielle Transaktionen mit Erfolg abgewickelt werden konnten — wovon übrigens in der vorliegenden Bilanz nur ein Teil verrechnet wurde — und daß das Effekten- und Börsenkommissionsgeschäft, sowie der Umsatz in fremden Zahlungsmitteln zeitweilig recht lebhaft waren.

Der warengeschäftliche Gewinn rührt ausschließlich aus den ständigen Warengeschäftszweigen des Instituts her.

Den gestiegenen Erträgnissen steht das weitere Anwachsen der Ausgaben gegenüber. Im Interesse der Sicherstellung der Existenz der Beamten während der andauernden Teuerung wurden außerordentliche Gehaltserhöhungen und Teuerungszulagen bewilligt. Die Bezüge der im Felde stehenden Angestellten wurden auch weiterhin in voller Höhe bezahlt und die Spesen der infolge der Einrückungen notwendigen Ersatzkräfte sind ebenfalls gestiegen. Die oben bereits erwähnte Beteiligung an den verschiedenen Kriegsfürsorgeaktionen hat im Jahre 1916 Ausgaben in der Höhe von k 951.082 involviert, so daß die Bank in den ersten 29 Monaten des Krieges unter Berücksichtigung der in den Jahren 1914 und 1915 für diese Zwecke aufgewendeten k 309.057, beziehungsweise k 504.309 bisher insgesamt k 1,764.448 für Kriegsfürsorgezwecke geopfert hat. Resten üblichen Ausschreibungen auf dem Wertverminderungskonto der Immobilien waren auch im abgelaufenen Jahre keinerlei Abschreibungen für dubiose Forderungen notwendig.

Die Bilanzposten zeugen von der erhöhten Mobilität des Instituts. Die Bewertung der Aktiven in der Bilanz erfolgte auch diesmal nach den Grundrissen größter Rigorosität. Das Wechselportefeuille zeigt infolge der bereits erwähnten Abnahme des Kompteumsatzes sowie der bedeutenden Vereinslösungen einen weiteren Rückgang. Das Anwachsen des Wertpapierbesitzes um 30 Millionen Kronen ist hauptsächlich auf die für eigene Rechnung erfolgten Kriegsanleihezeichnungen des Instituts, sowie auf die Erwerbung von börsengängigen Wertpapieren zurückzuführen.

Der Wertpapierbesitz des Pensionsinstituts der Angestellten figuriert infolge der neuerlichen Kriegsanleihezeichnungen des Pensionsinstituts nunmehr mit dem Betrage von k 1,372.000 gegenüber k 450.000 im Vorjahre.

Die Steigerung der Post Aktienaffiliierter Unternehmungen um 6 Millionen Kronen ist mit dem weiteren Ausbau der Interessensphäre des Instituts in der Provinz, sowie mit dem Aktienwerb mehrerer neuen Unternehmungen zu erklären. Die Post der Institutsimmobilien zeigt eine größere Veränderung, da das Institut im Interesse der Sicherstellung entsprechender Bureauökonomien die an seine bisherigen Lokalitäten Vilmos-császár-ut 30 und 32 angrenzenden Häuser Vilmos-császár-ut 26 und 28 erworben, hingegen das Haus V., Nádor-utca 6 verkauft hat. In diesem Hause wurde nur die Belassung der für das Kriegshospital erforderlichen Lokale ausbedungen. Eine überaus hohe Steigerung haben die Vorschüsse auf Wertpapiere und Waren erfahren, die hauptsächlich auf die Belehnung von Kriegsanleihe zurückzuführen ist. Das Anwachsen der Syndikats-einzahlungen um 9 Millionen Kronen ergab sich infolge der Kapitalserhöhungen einiger dem Konzern des Instituts angehörigen Unternehmungen, sowie infolge der Durchführung mehrerer Aktientransaktionen auf Syndikatsgrundlage, wodurch sich das Institut auf die Leitung der betreffenden Unternehmungen einen ent-

scheidenden Einfluß gesichert hat. Die Steigerung der Post Kommunal- und öffentlichen Darlehen um 19 Millionen Kronen erklärt sich durch das der Hauptstadt Budapest auf zehn Jahre gewährte Obligationendarlehen von 13 Millionen Mark. Der Betrag der Immobilien- und Parzellierungsgeschäfte weist infolge eines Immobilienerwerbs in Verbindung mit dem in Berlin kontrahierten Darlehen von 30 Millionen Mark eine Steigerung auf. Der Betrag der in Eisenbahngeschäften angelegten Aktiven bewegt sich auf der Höhe des Vorjahres. Der Debitorenstand ist infolge des Anwachsens der gedeckten Kreditoren um 40 Millionen Kronen gestiegen.

Bei den Passiven ist zu bemerken, daß das in der Bilanz mit 66 Millionen Kronen ausgewiesene Aktienkapital infolge der in der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. Februar 1917 beschlossenen und seitdem mit vollem Erfolg abgewickelten Kapitalserhöhung auf 80 Millionen Kronen gestiegen ist, während der ordentliche Reserfonds nach Zuweisung der für heuer vorgeschlagenen Dotierung von 1 Million Kronen, sowie des bei der letzten Kapitalserhöhung erzielten Aufgebotes von 6 Millionen Kronen den Betrag von 27 Millionen Kronen erreichen wird. Der Wertverminderungsfonds der Betriebsimmobilien wurde heuer mit k 194.608 neuerlich dotiert. Das Anwachsen des Vermögens des Pensionsinstituts um k 1,223.000 auf k 6,375.000 ist teils auf die regelmäßigen Zinsertragnisse, teils auf die neuerlich erhöhten eigenen Beiträge der Bank und auf die statutenmäßigen Einzahlungen der Angestellten zurückzuführen; das Vermögen des Pensionsinstituts wurde übrigens von dem bei der letzten Kapitalserhöhung erzielten Aufgebote mit weiteren k 300.000 gestärkt. Die Post der in Umlauf befindlichen Akzepten figuriert auch in der Bilanz pro 1916 unverändert mit dem Betrage von k 95.000, da im feindlichen Auslande auf die Bank gezogene Tratten in dieser Höhe bisher noch nicht präsentiert wurden.

Besonders bemerkenswert ist die Erhöhung des Einlagebestandes um fast 134 Millionen Kronen auf 230,6 Millionen Kronen, trotz der großen Einlagenabhebungen für die Kriegsanleihezeichnungen, was für das dem Institut entgegengebrachte große Vertrauen spricht. Die Kreditoren weisen eine Zunahme von 78 Millionen Kronen auf; in diesem Betrage ist der Gegenwert des bei dem Fürsten von Donnersturm für zehn Jahre in Anspruch genommenen Darlehens von 30 Millionen Mark enthalten; durch diese Valutenoperation glaubte das Institut auch den öffentlichen Interessen einen guten Dienst zu erweisen. Aus der Zusammenfassung der Post der Einlagen und Kreditoren ergibt sich, daß die von der Bank verwalteten fremden Kapitalien zu Ende des Jahres 1916 420 Millionen Kronen betragen, welcher Betrag seitdem eine weitere bedeutende Erhöhung erfahren hat. Die Bilanzsumme stieg gegen das Vorjahr um 173,6 Millionen Kronen auf 531,3 Millionen Kronen.

Die neun Budapester Filialen des Instituts, sowie die Soproner, Vácer und Sarajewoer Bankfilialen haben einen erhöhten Umsatz und zufriedenstellende Resultate erzielt. Die Filiale Wien, sowie die Filiale Konstantinopel können ein günstiges Geschäftsjahr verzeichnen. Auch die Bankabteilung der Filiale Smyrna hat ihre Tätigkeit bereits begonnen. Die mit fünf Filialen Geldinstitute in der Provinz, deren Zahl in der zweiten Hälfte des Vorjahres und am Anfang des laufenden Jahres durch die Vereinigte Bank und Sparkasse-Aktiengesellschaft in Nagyvárad, die Erste Großkiskindauer Sparkasse, die Großkiskindauer Erste Bezirks-Sparkasse und die Mafóer Industrie- und Handelsgesellschaft vermehrt wurde, hatten durchweg ein günstiges Geschäftsjahr und erfuhren auch deren Einlagen eine namhafte Steigerung.

Die Entwicklung der dem Interessenskreise der Bank angehörigen Industrie- und sonstigen Etablissements, sowie die inzwischen erworbenen neuen Unternehmungen wird der diesjährigen Generalversammlung vorzuliegende Direktionsbericht beleuchten.

Auf Grund des in den Schlussrechnungen ausgewiesenen Reingewinns beschloß die Direktion des Instituts, der für den 10. März einzuberufenden Generalversammlung den Vorschlag zu machen, der im Vorjahre gezahlten Dividende von 7 1/2 Prozent gegenüber für das Jahr 1916 als 8 1/2-prozentige Dividende k 34 pro Aktie, d. i. k 5,610.000, unter die Aktionäre zu verteilen, den ordentlichen Reserfonds mit einer Million Kronen zu dotieren und k 1,258.997,69 als Gewinnvortrag für Rechnung des Jahres 1917 zu übertragen.

Finanzielle Kriegsentschädigung.

Wien, am 23. Februar.

Zum zweiten Male ist heute im deutschen Reichstage vom Regierungssitze aus die Forderung von finanziellen Kriegsentschädigungen angekündigt worden. Das deutsche Volk, so erklärte heute der Reichsschatzminister, oder, wie man draußen sagt: der Staatssekretär des Reichsschatzamtess in einer Rede über die Finanzlage des Reiches, dürfe die Erwartung hegen, daß nach dem glücklichen Ausgange des Endkampfes, den der Wille der Feinde unabweislich gemacht habe, auf finanziellem Gebiete die Folgerungen gezogen werden; man werde bei den Friedensverhandlungen der bekannnten feindlichen Forderung nach Reparation, nach Wiederherstellung „das Wort Entschädigung entgegensetzen“.

Die Ankündigung wurde vom Reichstag mit Beifall aufgenommen. Dies ist um so begreiflicher, als die Volksboten unter dem Eindruck der atemberaubenden Ziffernreihen standen, die Graf Roeborn zur Beleuchtung des riesenhaften Aufwandes für die Fortführung des Krieges und der Lasten, die der Bevölkerung nach dem Kriege als dessen Nachwirkungen harren, vor seinen Zuhörern aufmarschieren ließ. Gewiß ist der Trost süß, den Graf Roeborn geben konnte, nämlich die Gewißheit, daß von den 300 Milliarden Mark, die der Krieg bisher schon den kriegführenden Mächten bloß an staatlichen Barauslagen gekostet habe, mindestens 200 Milliarden Mark auf die Feinde entfallen und daß also die Mittelmächte und ihre Verbündeten nur etwa die Hälfte dieses Betrages verausgaben mußten. Tröstlich ist es unzweifelhaft, zu wissen, daß das Verhältnis zwischen den Kriegsausgaben der beiden kriegführenden Gruppen nach wie vor zwei zu eins laute. Auch die Wertverluste durch den Krieg dürften bei den Feinden recht erheblich größer sein als bei den Mittelmächten, und daher der Aufwand für die Wiederherstellungen nach dem Kriege entsprechend höher, da die Kämpfe und Schlachten mit ihren seit den Tagen der Völkerwanderung unerhörten Verwüstungen sich vorwiegend auf feindlichem Boden abgespielt haben und auch die Verluste der Feinde zur See ungleich empfindlicher waren und es erst recht werden dürften, als die der Mittelmächte. Aber auch die 100 Milliarden, welche die Mittelmächte zu ihrer Verteidigung bisher verpulvern mußten und zu denen sich bis zum Kriegsende noch eine runde Anzahl weiterer Milliarden gesellen dürfte — Graf Roeborn berechnete den durchschnittlichen Monatszuwachs auf über zweiundeinhalb Milliarden — sind wahrhaftig kein Pappenstil. Der Zinsendienst für die verausgabten Summen wird gewaltige Anforderungen an die Steuerkraft der Bevölkerung stellen, die obendrein noch für die Kosten von Wiederherstellungen in den vom Krieg verwüsteten Grenzgebieten aufzukommen, insbesondere aber für die Invaliden und für die Hinterbliebenen

gefallener Krieger zu sorgen haben wird. Die bisher durchgeführten „Steuerreformen“ bieten nur einen kleinen Vorgeschmack von dem, was kommen wird und kommen muß; auch die einundeinviertel Milliarden Mark, die zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Reichshaushalt Deutschlands Schatzminister an neuen Steuern fordert, sind nur ein zartes Vorspiel künftiger Orchesterstürme. Der neue Kriegskredit „in der noch nie dagewesenen“ Höhe von fünfzehn Milliarden Mark, die Ankündigung der nächsten, sechsten Kriegsanzleihe führt neuerdings eindringlich zu Gemüte, wach ein nimmerfatter Verbraucher der Krieg ist und wie ungeheuer groß die Rechnung sein wird, die dieser unheimliche Verzehr der Völkern zur Begleichung hinterläßt.

Da ist es nur natürlich, daß „das Wort Entschädigung“, das Graf Roeborn den Reparation heischenden Gegnern entgegen schleuderte, im Berliner Reichstage lebhaften Anklang fand. Freilich, in den feindlichen Ländern, zumal in der Londoner City, die schon auf die erste deutsche Ankündigung, daß man eine Kriegsentschädigung fordern werde — mit der Länge des Krieges erhöht sich naturgemäß die Entschädigung, welche uns die Feinde zu zahlen haben werden, sagte damals Dr. Helfferich, der Vorgänger des Grafen Roeborn im Reichsschatzamt — mit publizistischen Lobsuchtsanfällen erwiderte, wird man von dieser neuerlichen Erklärung womöglich noch weniger erfreut sein. Drüben gefiele zweifellos die Scheidemannsche Formel — alle Kriegführenden tragen ihre Lasten selber — unvergleichlich besser. Aber die Steuerträger im Deutschen Reich, und wohl auch anderswo, denken darüber anders. Die Schulden sollen in der Hauptsache von den Schuldigen beglichen werden! Und in überaus glücklicher Weise hat Graf Roeborn eingangs seiner Rede die Versuche der feindlichen Staatsmänner, die Schuld an dem Ausbruch des entsetzlichen Blutvergießens und Länderverwüstens den Mittelmächten zuzuschreiben, zurückgewiesen. Sie mögen sich in London, Paris, Petersburg und Rom winden und drehen, wie sie wollen, die Tatsache, daß die Mittelmächte weder einen Wunsch nach fremden Gütern ausgesprochen, noch ihn hegten, während unsere Feinde aus ihren Eroberungsabsichten gar kein Gehr machten, ist nicht aus der Welt zu schaffen. Sie alle, vom russischen Koloss bis zum kleinen Bernegroß Serbien, vom Revanche-Frankreich bis zum Irredenta-Italien mit seinem gierigen Sacro egoismo und dem nicht minder irredentistischen Rumänien, das da glaubte, bloße Spänenarbeit machen zu können, vom britischen Weltreich, das nach konkurrenzloser wirtschaftlicher und kolonialer Alleinherrschaft gierte, bis zum gelben Genossen im fernen Osten, zogen alle auf Raub aus, alle wollten sich auf Kosten Mitteleuropas vergrößern und unsern Besitz, den sie, die uns jetzt grimmige Angriffspläne andichten, als wehrlos und ungeschützt, als eine dem Zerfalle nahe Ruine erachteten, unter sich als Beute verteilen. Nicht aus der Welt zu lügen ist die Sarajevoer Bluttat, die den Verschwörern gegen Europas Frieden das Signal zum Losschlagen gab. Nicht aus der Welt zu lügen ist die beschämende Tatsache, daß man über uns herfiel, um die Mörder unseres Thronfolgers der fühnenden Gerechtigkeit zu entreißen, und auf diese Weise den Kriegsausbruch erzwang. Daß ein

von Räubern Ueberfallener, nachdem er sich mit dem Aufgebote aller seiner Kräfte der Angreifer erwehrt hat, die Kosten für die Heilung seiner Wunden und das Schmerzengeld selber bezahlen soll, wäre in der Rechtspflege eine Neuerung, gegen die sich das Rechtsgefühl aufbäumt.

Freilich, die Voraussetzung, daß die Mittelmächte aus dem ihnen von den Brandstiftern aufgezwungenen Kriege nicht erdrückende wirtschaftliche Lasten heimbringen, sondern sich an dem Vermögen der Schuldigen schadlos halten können, ist der Sieg. Würden die Mittelmächte unterliegen, dann würden die Feinde keine Sekunde zögern, das Vernichtungsprogramm, das sie in ihrer Antwort an Wilson formuliert haben, zu verwirklichen, so rasch und erbarmungslos, wie König Richard III. vom Plan zur Tat schritt. Dies hielten sich denn auch die Parteien des deutschen Reichstages vor Augen, als sie heute alle, bis auf die einzige unrühmliche Ausnahme der sozialdemokratischen Sezessionisten, nach der Abgabe kurzer Erklärungen den neuen großen Kriegskredit bewilligten. Allein hinter dem Sieg winkt eine bessere Zukunft, ein Ausbleiben des Sieges würde die Leiden der Gegenwart vervielfachen und verewigen. Ein Drittes gibt es nicht mehr seit der hohnvollen Ablehnung des von uns den Feinden am 12. Dezember angebotenen Vergleichs. An der heutigen Abstimmung im Berliner Reichstag mögen die halsstarrigen Gegner mit Grauen erkennen, daß ihr schändlicher Streich gegen die Friedenssehnsucht der Menschheit die Entschlossenheit der Mittelmächte nur noch fester gehämmert hat.

Volkswirtschaft.

Die künftige Wirtschaftspolitik Oesterreich-Ungarns.

Von Prof. Dr. Rudolf Kobatsch.

Wien, 23. Februar.

Die großangelegte Rede, welche Abgeordneter Dr. Graz kürzlich im ungarischen Reichstage über die wirtschaftliche Lage der Monarchie nach dem Kriege hielt, hat auch in Oesterreich das größte Interesse erweckt. Die Leitgedanken dieser Rede befunden eine wahrhaft dualistische Auffassung auch der Wirtschaftspolitik, knüpfen unmittelbar an die gegebenen Tatsachen an, sind realpolitisch konzipiert und weisen unserer Wirtschaftspolitik einen Weg, der wohl mit Erfolg beschritten werden kann.

Wie für Ungarn, gilt auch für Oesterreich als oberstes Prinzip der durch den Krieg bedingten künftigen Wirtschaftspolitik: möglichste Förderung der Güterherstellung auf allen Gebieten, sowohl in der Landwirtschaft, als auch in der Industrie, und möglichste Förderung der Ausfuhr. Mit Recht wurde in der Rede dieses Problem der Mehrproduktion als ein solches der Fachbildung, der Technik, der Verkehrseinrichtungen, allerdings auch als ein Marktproblem, aber durchaus nicht in erster Linie als ein solches des Zollschutzes bezeichnet. Auf dem Gebiete der Fachbildung haben beide Staaten der Monarchie schwere Unterlassungssünden gutzumachen. Zum Beispiel zählt Oesterreich gegenüber den Tausenden von landwirtschaftlichen Fachschulen in Deutschland und Preußen nur einige hundert, und Ungarn noch weniger. Gegenüber einer teilweisen Hypertrophie der Mittelschulen, namentlich der Gymnasien, ist die Vermehrung und Reorganisation der landwirtschaftlichen, gewerblichen und kommerziellen Fachschulen, namentlich der unteren und mittleren, von größter Bedeutung. Daneben muß auf der obersten Stufe der Bildung, der eigentlichen Forschungstätigkeit in allen Zweigen, vor allem dort, wo es sich um die Ergründung neuer Verfahren, die Verwendung neuer Stoffe und die Rationalisierung des Betriebes handelt, noch weit mehr geschehen, als es bisher der Fall war. Die technischen Berufe, die angewandten Naturwissenschaften erheischen eine viel größere Pflege und Beachtung gegenüber anderen Berufen als ihnen bisher nicht bloß in Ungarn, sondern auch in Oesterreich zuteil wurde.

Goldene Worte sprach Dr. Graz auch über die allgemein verbreitete Ueberschätzung der Wirkungen des Zolls. Nicht daß man an einen raschen und bedeutenden Abbau dieses Schutzes denken soll; man darf nur nicht von diesem Schutzzoll oder gar von seiner Erhöhung das allein seligmachende Heilmittel erwarten. Schon bisher führten die Zölle zu einer wechselseitigen Verteuerung und daher Behinderung der Produktion — wieder in Oesterreich sowohl als auch in Ungarn. Die Spezialisierung, die der Lebensnerv der industriellen Entwicklung ist, wurde dadurch gehemmt; statt der Verbilligung der Produktion trat eine Erhöhung der Produktionskosten ein und damit eine künstliche Zurückhaltung des Inlandsabfahes, der wichtigsten Grundlage jeder wirtschaftlichen Entwicklung und des Exportes. Dieser selbst blieb zurück, weil die inländischen Produkte viel zu teuer hergestellt wurden und auch deshalb, weil die Lebenshaltung der kleinen Unternehmer, der Angestellten und Arbeiter zu hoch war, um billig produzieren zu können. Der Zollschutz war eine Schraube ohne Ende, bohrte sich aber verderblich immer tiefer in unseren Wirtschaftskörper ein. Diese unerwünschte Einfuhr aus billiger produzierenden Ländern wurde aber doch nicht abgewehrt.

Die über die Handelspolitik geäußerten Sätze Dr. Graz' können in Oesterreich im großen und ganzen gebilligt werden, so sehr der Redner mit Recht sich zunächst auf den ungarischen Standpunkt stellte. Die Reihenfolge, welche er den obersten handelspolitischen Problemen unserer Monarchie zuwies: Klärung des wirtschaftlichen Verhältnisses der beiden Staaten der Monarchie zueinander, hierauf Regelung unserer Beziehungen zu Deutschland und erst dann Klärung unseres Verhältnisses zu den Balkan- und den übrigen Staaten, ist dem Grundsatze nach gewiß richtig. Wohl können diese Fragen jetzt mitten im Kriege noch nicht endgültig entschieden werden, aber gerade der Krieg lehrte uns, wie außerordentlich notwendig ein festes Zusammenhalten der beiden Staaten der Monarchie in allen staatlichen Belangen sei, wie sehr engherzige und kleinliche Eifersucht für beide Teile verderblich war und auch sein mußte. Nun gibt es in Oesterreich Politiker, welche glauben, daß für den österreichisch-ungarischen Ausgleich zunächst ein Provisorium genüge, gleichwohl aber mit dem Deutschen Reiche verhandelt werden könne. Günstiger wird es aber sowohl vom österreichischen, als vom ungarischen Standpunkte und somit auch von dem der Monarchie sein, wenn wenigstens die handelspolitischen Grundfragen der Monarchie, die Grundsätze des Ausgleichs, festgelegt sind und wenn die Monarchie bei den Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche einheitlich und geschlossen auftreten kann.

Besonders hervorzuheben sind jene Ausführungen des Redners, welche sich auf die irriige Beurteilung der Frage beziehen, wie die industriellen und die agrarischen Interessen sich auf die beiden Staaten der Monarchie verteilen. Die agrarischen Interessen sind nicht bloß solche Ungarns, ebensowenig wie die industriellen Interessen nur solche Oesterreichs sind. An der 1906 festgelegten Agrarschutzzoll- und Veterinärpolitik profitierten auch in maßgebender Weise österreichische Interessenten. Durch die im Zusammenhang mit dieser Politik stehende Erschwerung des industriellen Exports waren auch die Interessen Ungarns berührt. Die ungarische Ausfuhr von Montan- und Industrieprodukten war

Kriegsfinanzen.

Von
Georg Münch.

Der rücksichtslose Krieg zur See, zu dem uns die völkerrechtswidrige Kampfweise der Feinde und ihre höhnische Abweisung unseres Friedensangebotes zwingen, geht Hand in Hand mit neuen wuchtigen Anstrengungen auf finanziellem Gebiete. Beides wird und muß zusammenwirken, um den Krieg in kurzer Frist zu einem siegreichen Ende zu bringen. Es gilt, einer Welt voll Feinden zu zeigen, daß Deutschlands militärische, wirtschaftliche und geldliche Kraft auch nach einer Kriegsdauer von nunmehr einunddreißig Monaten ungebrochen ist, daß alle Hoffnungen der Gegner, uns durch Hinziehen des Krieges zu erschöpfen, eitel sind. Zugleich mit einer großen Kriegsteuervorlage, der zweiten in diesem Kriege, ist dem Reichstage die Forderung eines neuen Kriegskredits zugegangen. Vor Jahresfrist, im März 1916, bewilligte der Reichstag neben der Kriegsgewinnsteuer, der eigentlichen „Kriegssteuer“, eine Reihe anderer Abgaben, die rund 735 Millionen Mark für ein Jahr bringen sollen. Noch sind wir mitten in den Vorbereitungen für die Kriegsgewinnsteuer, die sehr hohe Summen ergeben wird. Aber neben den Einnahmequellen des Reiches sind auch die Lasten, die ihm der Krieg aufbürdet, überaus stark in die Höhe gegangen. Die Kriegskosten, die sich vor einem Jahre noch unter zwei Milliarden Mark monatlich hielten, überragen jetzt diese Summe beträchtlich. Sie machen, wie der Reichsschatzsekretär vorgestern im Reichstage mitteilte, für die Monate Oktober 1916 bis Januar 1917 durchschnittlich 2646 Millionen Mark aus; Graf Roedern fügte hinzu, daß sich die Ausgaben in den nächsten Monaten auf dieser Höhe halten würden. Allein im vorigen Jahre wurden vom Reichstage Kriegskredite von 24 Milliarden Mark bewilligt. Dadurch stieg die Zinsenlast für die Reichsschuld um rund 1250 Millionen Mark. Dieses Mehrerfordernis ist es, das durch neue Steuern aufgebracht werden soll. Der vorjährigen „Kriegssteuer“ sollen 20 pCt. zugeschlagen, eine Besteuerung der Kohle ab Grube in Höhe von 20 pCt. des Wertes eingeführt und eine Verkehrssteuer auf Güter- und Personenbeförderung der Eisenbahnen, Wasserstraßen und Kleinbahnen gelegt werden. Die Kohle soll 500 Millionen, der Verkehr 300 Millionen Mark abgeben. Daneben soll die Reichsbank eine besondere Abgabe von 100 Millionen Mark erbringen. Den Rest jener erforderlichen 1250 Millionen Mark hat die Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer zu liefern.

Alles dies ist von der Reichsregierung in einem gewissen Sinne als Vorarbeit für die neue Kriegsleihe, die im nächsten Monat herauskommt, gedacht. Die vorgestern vom Reichstage einstimmig erfolgte Bewilligung eines weiteren Kriegskredits von 15 Milliarden Mark macht die Bahn für dieses neue vaterländische Werk frei. Der achte Kriegskredit ist's, dem die Volksvertretung zustimmte. Die beiden ersten von je 5 Milliarden Mark fielen in den August und Dezember des Jahres 1914, je 10 Milliarden Mark wurden im März, August und September 1915, je 12 Milliarden Mark im Juni und Oktober 1916 gewährt. So war die Summe der gesamten Kredite auf 64 Milliarden Mark angewachsen. Demgegenüber stehen die ersten fünf Kriegsleihen, die der Reihe nach 4,5, 9,11, 12,16, 10,77 und 10,7 Milliarden Mark, zusammen also 47,24 Milliarden Mark erbrachten. Damit waren alle Kriegskosten des Reiches bis zum Herbst v. J. durch feste, fundierte Schulden beschafft, eine Leistung, wie sie keine der kriegführenden Nationen aufzuweisen hat. Seitdem sind die weiteren Kriegsausgaben auf dem Wege der Ausgabe von Schatzwechseln, die sich teils in den Händen der Reichsbank, teils in denen der privaten Bankwelt befinden, beglichen worden. Die Bereitwilligkeit, mit der sie von der letzteren genommen wurden, zumal mit der Verpflichtung, sie in die kommende sechste Kriegsleihe umzutauschen, gewährleistet der neuen Operation schon heute einen Erfolg. Doch diese zeitige Anlage von Bankengeldern in Schatzwechseln ist nur eine solcher Bürgschaften. Eine weitere ist aus den Bilanzen der großen Banken abzulesen. Bei ihnen allen wird eine starke Vermehrung der fremden Gelder zu erkennen sein. Es sei daran erinnert, daß allein von der Deutschen Bank vor einiger Zeit die Zunahme dieses Postens für das Jahr 1916 auf eine halbe Milliarde Mark geschätzt wurde. Dies eine Institut wird für Ende Dezember 1916 die Riesensumme von drei Milliarden Mark ihm anvertrauter fremder Gelder ausweisen können. Ähnliches wird, dem Umfange ihrer Geschäfte nach, bei den anderen Großbanken mit Sicherheit in die Erscheinung treten, so daß sich für ganz Deutschland wohl auf einen Zuwachs von ein paar Milliarden Mark während des Jahres 1916 rechnen läßt. Diese Entwicklung wirkt geradezu verblüffend, muß man doch bedenken, daß bei den Banken und Bankiers im vorigen Jahre nicht weniger als rd. 12½ Milliarden Mark Kriegsleihen gezeichnet worden sind.

Bei den deutschen Sparkassen ging eine damit übereinstimmende Bewegung vor sich. Sie haben im verflossenen Jahre einen Nettozuwachs an Einlagen, zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen, von 3,13 Milliarden Mark erlebt. Dabei sind allerdings die Anforderungen der Kriegsleihezeichnung noch nicht berücksichtigt. Trotzdem darf man annehmen, daß auch nach solcher Berücksichtigung noch ein Zuwachs verbleibt. Der Statistiker Landesbankrat Reusch schätzt ihn auf nicht niedriger als eine Viertel Milliarde Mark. Das ist eine glänzende Gestaltung, hätte sich damit der Einlagenbestand der deutschen Sparkassen doch auf 20450 Millionen Mark, d. h. auf eine Ziffer gehoben, welche hinter derjenigen vom 1. August 1914 nur um 50 Millionen Mark zurückbliebe, eine Differenz, die gänzlich gegenüber der Riesenleistung von 7350 Millionen Mark, welche die Sparer für die Kriegsleihezeichnungen von den Sparkassen abgehoben haben, verschwindet!

So ausgerüstet, können wir der sechsten Kriegsleihe wahrlich mit der vollkommensten Ruhe entgegensehen. Der Kredit, den der Reichstag soeben bewilligt hat, steigert die Summe der Kriegskredite auf 79 Milliarden Mark. Wie oben gesagt, sind durch fundierte Anleihen bisher 47½ Milliarden Mark nominal, also etwas weniger effektiv, aufgebracht. Aus Graf Roederns Mitteilung, daß die bisherigen Kredite von insgesamt 64 Milliarden Mark sich ihrer Erschöpfung nähern, kann man leicht schließen, was zurzeit an Schatzwechseln ansteht. Kämen, wie zu hoffen ist, wieder etwa 10 Milliarden Mark für die neue Kriegsleihe zu-

sammen, so wäre nur ein Neuntel des gesamten bisherigen Kriegsbedarfes nicht durch fundierte Anleihen gedeckt. Unsere Kriegsfinanzierung bleibt also, ungeachtet der langen Dauer des Krieges, gesund und fest begründet.

Wir können das um so mehr betonen, als gerade die Länge des Krieges, die durch die aussichtslose Hartnäckigkeit der Feinde verschärft wird, in uns die Forderung stärkt, daß wir von jenen eine ausgiebige Entschädigung für die uns durch den Krieg entstandenen und entstehenden Lasten und Opfer verlangen müssen. Graf Roedern hat das in seiner Rede vom Freitag unumwunden unter beifälliger Zustimmung des Reichstages zum Ausdruck gebracht: Das deutsche Volk hege die feste Zuversicht auf einen glücklichen Ausgang des Endkampfes; es sei darum auch zu der Erwartung berechtigt, daß aus solchem Ausgange die Folgerungen auf finanziellem Gebiete gezogen werden. Der Forderung unserer Gegner nach „Reparationen“ haben wir das Wort „Entschädigung“ entgegenzusetzen.

Dieses Vertrauen auf den Endsieg, das sich durch die herrlichen Taten unserer Tauchboote jeden Tag neu festigt, wird — das darf wohl erhofft werden — der Zeichnung auf die neue Anleihe eine ganz besondere Note geben. Wir überlassen die Großsprechereien nach wie vor gern unseren Feinden. Die französische „Siegelanleihe“ war weder ein finanzieller Sieg, noch hat sie den Sieg auf dem Schlachtfeld herbeiführen helfen. Die zweite Kriegsleihe Frankreichs, die nur noch als eine „nationale Anleihe“ zur Herbeiführung eines glorreichen Friedens bezeichnet worden war, hat Frankreich keinen Schritt diesem Ziele näher gebracht. In jeder Woche nimmt die Belastung der Bank von Frankreich mit neuen Krediten an den Staat um ein paar hundert Millionen Frank zu. Im ganzen hat sie diesem jetzt 9 Milliarden Frank Vorschüsse eingeräumt, gleichzeitig den Verbündeten mehr als 2 Milliarden Frank. Ihr Goldbestand deckt nunmehr den unentwegt anwachsenden Notenumlauf nur noch mit dem dürftigen Satz von 17 pCt.; die nach England geschafften Goldvorräte von beinahe 2 Milliarden Frank können füglich nicht als solche Deckung betrachtet werden. Interessant ist indes, daß die Bank von England, trotz solcher Unterstützung, ihren Goldschatz nur mühsam auf der Höhe der letzten Monate zu halten vermag. Zuviel hat sie an die den Briten so treu ergebene große Republik jenseits des Ozeans abgeben müssen. Solche fremde Hilfe hat den britischen Staatskredit aber nicht vor tiefem Verfall zu bewahren vermocht. Die 5proz., zu 95 pCt. herausgekommene englische Kriegsleihe, die dritte, hat nur ein ungenügendes Ergebnis erzielt. Alle Künste marktschreierischer Reklame hat man spielen lassen, doch bei weitem noch nicht einen Betrag zusammenbekommen, der auch nur die umlaufenden kurzen Schatzwechsel aus der Welt schaffen könnte. Etwa 9 Milliarden Mark der letzteren werden weiter in der Schwebe bleiben. Daß sie sich rasch vermehren werden, dafür wird die kostspielige Kriegführung unserer Feinde sorgen. Ihre Kriegskosten verhalten sich zur Summe der unsrigen und derjenigen unserer Verbündeten wie 2 zu 1. Alle Kriegführenden haben bisher zusammen 300 Milliarden Mark aufwenden müssen, davon die Entente für sich und ihre Freunde über 200 Milliarden Mark. Doch noch viel ungünstiger fällt für jene der Vergleich aus, wenn man in Betracht zieht, daß unsere Kriegskosten im wesentlichen im eigenen Lande aufgewandt werden, während die Feinde sich den Amerikanern mit immer neuen Milliarden tributpflichtig gemacht haben. Was uns der Krieg kostet, bleibt in der Hauptsache im Lande. Daher stammt das Geheimnis, daß die Kapitalkraft unseres Volkes ungebrochen ist. Auch sein Unternehmungsgeist ist es. Er schafft unablässig hinter den Fronten. Mit tausendfältigen neuen Erfindungen ist er zur Hand, um den Kämpfern draußen das denkbar beste Rüstzeug zu geben. Dazu werden auch die bedeutsamen finanziellen Maßnahmen, die jetzt bei uns im Werke sind, ihren Beitrag liefern.

25./II. 1917

Die wirtschaftlichen Hauptaufgaben beim Friedensschluß.

Das deutsche Volksvermögen ist vor dem Kriege zuletzt auf 330 bis 390 Milliarden geschätzt worden. Davon haben bisher die unmittelbaren Kriegskosten, d. h. die Aufwendungen nur für die Ausrüstung und Verpflegung unserer Streitkräfte, den fünften bis sechsten Teil beansprucht. Werden aber den Kriegslasten alle zerstörten Werte sowie die kapitalisierten Rentenverpflichtungen für die Hinterbliebenen der geopferten Krieger und die Kriegsbeschädigten zugerechnet, so umfassen die seitherigen Gesamtkriegskosten bereits eine Summe, für deren Verzinsung jährlich nach dem Kriege ungefähr soviel aufzubringen wäre, als in der letzten Friedenszeit der den Verbrauch übersteigende Ueberschuß des Jahreseinkommens der deutschen Volkswirtschaft betrug, der dem Volksvermögen als Jahresersparnis zuwuchs. Müßte Deutschland seine gesamten Kriegslasten selber tragen, wie ihm das von mancher deutscher Seite als selbstverständlich zugemutet wird, so ergäbe sich, auch wenn bloß die bis jetzt abgelaufenen 31 Kriegsmonate in Rechnung gestellt werden, eine Minderung des deutschen Volksvermögens, die unsere Volkswirtschaft auf lange Zeit hinaus außerstand setzte, die Milliardenverluste des Krieges wieder zu erarbeiten und so zu der Kapitalkraft zurückzugelangen, die wesentlich zur Weltwirtschaftsstellung Deutschlands beigetragen hat.

Ist der Weltkrieg zum Teil nach seinen Ursachen ein Wirtschaftskrieg, so muß er es am Ende ganz und gar in seinen Wirkungen werden. Erzielten wir beim Friedensschluß nicht die Abbürdung der Kriegslasten durch Kriegenschädigungen, so erlitten wir, geschwächt an Volks- und Kapitalkraft, geschwächt in unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, im Wirtschaftskriege eine Niederlage, die unsere Kinder und Kindeskinde auf Menschenalter hinaus empfinden müßten. Darum ist die erste Hauptwirtschaftsaufgabe beim Friedensschluß die Beantwortung der Kriegskostenfrage, und zwar dergestalt, daß unsere Feinde für den Gesamtschaden, den sie uns verursacht haben, aufkommen und durch die dafür in Geld oder Geldeswert zu entrichtende Sühne unserer Nationalwirtschaft die Fesseln der Kriegslasten abnehmen.

Bismarck hat 1871 von Frankreich eine Kriegsschädigung ursprünglich in Höhe von 6 Milliarden Fr. gefordert, ist aber auf 5 Milliarden Fr. (= 3900 Mill. M.) herabgegangen. Die reinen Kriegsauslagen Deutschlands hatten damals 1554 Mill. M. betragen. Werden alle mittelbaren Kriegskosten hinzugezählt, wie der ausgefallene Arbeitsverdienst, der Bedarf für die Kriegsinvaliden und die sonstigen Kriegsauslagen und -schäden, so gelangt man zu der Summe, die Bismarck beim Friedensschluß durchgesetzt hat. Was damals hierzu zur Begründung von einem ausgezeichneten Schriftsteller, dem bremischen Politiker Otto Gildemeister, gesagt worden ist, verdient als auch für heute gültig wiederholt zu werden; er schrieb am 3. März 1871 in der „Weserzeitung“: „Die Friedensbedingungen sind hart, entsehrlich hart, rufen die gefühlvollen Seelen. Natürlich sind sie hart, und sie sollen hart sein. Ob sie gerecht sind, darauf kommt es an. Soll man noch weitläufig beweisen, daß Frankreich von Rechts wegen verpflichtet ist, uns den Schaden zu ersetzen, den es uns durch seinen Angriff angerichtet hat? Man sollte denken, die allerersten Anfangsgründe der Moral genügen, um jede Kontroverse darüber zu beseitigen. Die Zahlung der Kriegskosten ist für Frankreich nicht härter als die Zahlung der Kurkosten für einen Käufer, der seinen Mitmenschen die Knochen zu zerschlagen liebt. Wenn es wahr wäre, daß wir den Sieg benutzten, um uns zu bereichern, wie es die Franzosen unter Napoleon pflegten, so könnte man vielleicht von übertriebenen Forderungen reden; so wie es ist, haben wir uns in bescheidenen Grenzen gehalten, welche der Richter bei bürgerlichen Schadenslagen sicherlich nicht exorbitant nennen würde.“

Der Wirtschaftskrieg hat uns den Außenhandel zerstört. Die unserer Volkswirtschaft damit zugefügte Schädigung erhellt aus der Höhe, die unser Außenhandel zuletzt erreicht hatte. Unsere Einfuhr und Ausfuhr belief sich 1913 zusammen auf 163 Mill. To. im Werte von 22 530 Mill. M., wovon fast die Hälfte auf den Handel mit unseren Feinden — die Vereinigten Staaten nicht mitgerechnet — entfiel. Wollen wir unsere wirtschaftliche Weltmachtstellung in absehbarer Zeit zurückerobern, so müßte als allererste Voraus-

Berliner Finanzbrief.

— Von unserem Korrespondenten. —
Berlin, 23. Februar.

Im Mittelpunkte des Interesses stehen noch immer die neuen Steuervorlagen, deren Einzelheiten nunmehr, nachdem die verschiedenartigsten Vermutungen vorher in Umlauf gewesen waren, bekannt geworden sind. Betrachtet man die Vorlagen ganz ruhig und sachlich, so muß man zu einem durchaus günstigen Urteil gelangen; wird doch durch die neuen Steuern kein einzelner Stand, kein einzelner Geschäftszweig und kein einziges Gewerbe in einer Weise mehrbelastet, daß man irgendwelche Befürchtungen wegen ihrer künftigen Lebensfähigkeit hegen müßte. Erstrecklicher Weise kann von „Erdrösselungssteuern“ keine Rede sein; vielmehr handelt es sich um Steuern, die auf die breiteste Allgemeinheit abgewälzt und von ihr getragen werden müssen. Dies gilt insbesondere von der am meisten mit Spannung erwarteten Steuer, der Kohlensteuer, die mit einem Erträgnis von 500 Millionen Mark veranschlagt ist. Es liegt auf der Hand, daß eine so gewaltige Steuersumme selbst von einer großen und lukrativen Industrie nicht aus eigener Kraft getragen werden kann, daß vielmehr die Verbraucher die Steuer bezahlen müssen. Die unausbleibliche Folge bildet eine Erhöhung der Kohlenpreise; indessen braucht man deswegen nicht in Sorge um die zukünftige Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie zu sein; steht doch schon heute ziemlich sicher fest, daß auch in den anderen Kohle erzeugenden Ländern eine Steuer auf dieses wichtige und unentbehrliche Produkt auf die Dauer unvermeidlich sein

Lampe

...wichtiglich.
Das man unter diesen Umständen an einer Erhöhung der Ertragssteuern nicht vorbeigehen werde, mußte seit einiger Zeit bereits als ausgemacht gelten. Die Steuer soll nicht die Allgemeinheit, nicht die Kleinrentner, sondern sie belastet vielmehr alle, denen der Krieg erhöhte Gewinne in dem Schoß warf. Zusammen ist der jetzt geforderte Zuschlag von 20 Prozent zu der bisherigen Ertragssteuern demnach, sondern alle Schichten der Bevölkerung, die gewöhnlich zu den 1250 Millionen Mark Ertragssteuern zu zahlen. Die gewöhnlichen Klassen aufzubringen, die erforderlich sind, die Schichten gemeinsam sind natürlich weit eher in der Lage, Gruppe aufzubringen, sondern beim Gesamtstate, und alle auch hier um eine Belastung, die man nicht einer Einzelkraft dadurch eine neue Belastung; aber es handelt sich ohnehin im Krieg immer vollständiger geworden ist, er 10 bis 20 Prozent neuer werden. Die Lebenshaltung, die alle Klassen und Berufsstände in Zukunft um Feuer; das Stellen, das Bedauern von Gütern, für den Nachdruck besteht es sich mit den geplanten Besteuerungsänderungen bedenklich oder „industriell“ an gedacht ist, in Stellen der Industrie Ertragssteuern als in Form einer Abgabe vom Staat der geforderten Kohle könnte, und so sieht man die kommende Kohlensteuer, die bevermögensfähig der eigenen Industrie darunter leiden muß keine Kohle so billig verkaufen, daß die Welt wird. In das Zustand wird überdies kein Staat in der

1. Mär. 1917

Freitag, 1. März 1917.

Zeitung.)

Nr. 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Kolonelzelle 60 d. Aben. bl. 75 f.
 Rekl. imen. 2. —. Anzeig. 22. 50.
 Familienanzeigen 21. —. zuzügl.
 10% Tenderungszuschlag. Platz- u.
 Daten-Vorschrift. ohne Verbind-
 lichkeit. — Anzeigen nehmen an:
 On-oro Expeditionen in Frankfurt
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37.
 Schillerstr. 20, Mainz: Schillerstr. 2.
 Berlin: Mauerstraße 16/18 Dresden A.
 Waisenhausstr. 25, München: Peru-
 gauerstr. 8, Offenbach: Bieberstr. 34.
 Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nord-
 strasse 63. Una. übrig. Agenten
 u. d. Annonc.-Exped. Pariser 12
 New York: 20 Broad Street.
 Verlag u. Druck. der Frankfurter
 Societats-Druckerei G. m. b. H.
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Deutschlands äußere und Preußens innere Politik.)

Von Professor Max Weber (Heidelberg).

II.

Die Nobilitierung der Kriegsgewinne.

Zu den erstaunlichsten Schritten der neuesten preussischen Politik gehört die Einbringung der Fideikommissvorlage.**) Das Wesentliche darüber hat die Redaktion dieser Zeitung schon gesagt. Es sei aber gestattet, im Anschluß daran noch auf einige politisch wichtige Punkte etwas näher einzugehen.

Es besteht in Deutschland zurzeit ein starkes Ressentiment gegen „Kriegsgewinne“. Je nach den Umständen, mit Recht oder mit Unrecht. Bei Kriegsgewinnen der Firma Krupp, z. B. wäre doch wohl ausschließlich zu fragen: 1. waren ihre Leistungen der Nation nicht diesen Betrag (und vielleicht ein Vielfaches davon) wert? und ferner 2. verwendet sie diese Gewinne nicht in ihrem Betrieb in einer Art, welche den Interessen der Nation frommt? Und das gleiche gilt in vielen anderen Fällen. Auch den Landwirten, welchen die Kriegspreise die Abstoßung ihrer Schuldenlast ermöglicht haben, sei das gegönnt. Der bloße Neid gegen den, der Geld verdient, wäre ein schlechter und auch ein der Nation unwürdiger Berater. Etwas ganz anderes ist es freilich, wenn ein Gesetz geschaffen werden soll, welches im wesentlichen ausschließlich, und zwar auf Kosten von Lebensinteressen der Nation, der Nobilitierung von Kriegsgewinnen zu dienen bestimmt ist. Darum aber handelt es sich hier. Wer wird Fideikommiss gründen? Einerseits der Landwirt, den die Kriegsgewinne schuldenfrei und damit „fideikommissfähig“ gemacht haben. Andererseits der Händler und Gewerbetreibende, der sein durch Kriegsgewinne vermehrtes Vermögen zum Ankauf eines Rittergutes verwendet, dessen Sohn dann den erworbenen Besitz in ein Fideikommiss verwandelt — was nach dem Gesetz schon nach dreißig Jahren, für Leute aber, die auf dem Lande Wohnung nehmen, ohne alle Zeitgrenze zulässig sein soll — und der dann die schlichtbürgerliche Vergangenheit des Vaters vergessen zu machen trachtet, indem er den Briefadel erwirbt. Im wesentlichen nur dazu dient die Zulassung neuer Fideikommissgründungen. Sie ist ein Instrument für die Verstärkung der allererbärmlichsten Art von Eitelkeit, die es gibt. Diese Schaffung neuer Peerages, welche man im vermeintlichen Interesse der Krone und des Adels damit bezweckt, ist nichts als eine grobe und dabei ganz ungleichwertige Nachahmung englischer Gepflogenheiten. Denn in England, außerdem in Spanien und im Orient (der Türkei), war dies Institut vornehmlich zu Hause. Und in allen diesen Ländern ist das Problem heute dies: ob und wie man seine Folgen wieder beseitigen könnte. Unseren historischen Adel möchte auch ich nicht missen. Aber gerade er bedarf bekanntlich keiner neuen Fideikommissgründungen. Diese dienen lediglich der Eitelkeit der Plutokratie. Ueber die Eigenart jenes Talmi adels, der auf dieser Leiter „aufzuziehen“ möchte, nehme ich eine gewisse Urteilsfähigkeit in Anspruch und bin der Ansicht: daß, allgemein gesprochen, unter allen Parvenüs der Erde diese Art von Briefadeligen bei weitem die wertlosesten sind. Unsere tüchtigsten Offiziere stammen ebensowenig aus diesen Kreisen wie unsere tüchtigsten Beamten. Keinerlei Staatsinteresse fordert die Vermehrung einer Schicht von Emporkömmlingen, deren nichterberechtigte Angehörige doch geradezu darauf hingewiesen sind, ihr Adelsdiplom und ihre Konnexionen zur Jagd auf Staatspfründen zu benutzen. Denn jene „Versorgungsmafie“, deren Auffpeicherung aus den Einkünften des Fideikommisses der Entwurf für diese „Enterbten“ vorschreibt, wird zwar bei ihnen die Vorstellung nähern, einer alimentationsberechtigten Klasse anzugehören, ohne sie doch zu sättigen. Wir haben heute in Preußen etwa tausend Fideikommissbesitzerfamilien. Um diese Familien zu sustentieren, ist bereits jetzt mehr als der Flächenraum einer ganzen preussischen Provinz fideikommissarisch gebunden, was

*) Vergl. auch Artikel „Die Polenpolitik“ im 1. Hgbl. vom 25. v. Mts.

**) Ich verweise auf meinen Aufsatz im „Archiv f. Sozialwissenschaft“ 1904 (XIX) zur damaligen Vorlage. Die Wit der Interessenten darüber hat nicht gehindert, daß die Mehrzahl der dort erhobenen Einzelbedenken jetzt beseitigt sind, die verschiedenen grundsätzlichen Bedenken dagegen sind natürlich den plutokratischen Interessen entsprechend geblieben.

3. III. 1917

Die Bilanz der Verkehrsbank.

Den Reigen der Bankbilanzen eröffnet auch heuer wieder die Verkehrsbank. Auch die dritte Kriegsbilanz der Verkehrsbank zeigt das Institut in stark aufwärts gerichteter Entwicklung. Eine Steigerung der Bilanzsumme um 228 Millionen Kronen, eine Steigerung des Bruttogewinnes um 2,3 Millionen Kronen, wovon allerdings 1,4 Millionen Kronen durch höhere Steuern und Spesen absorbiert werden, ein um 1,8 Millionen Kronen höherer Nettogewinn sind der ziffermäßige Ausdruck dieser Entwicklung. Sowohl in der Ausgestaltung seiner industriellen Beziehungen, als auch in seiner Filialorganisation hat das Institut einen starken Schritt vorwärts gemacht. Bei reichlicher Dotierung ihrer sichtbaren Rücklagen ist die Bank zur höchsten Dividende zurückgekehrt, die sie je im Frieden zur Verteilung gebracht hat. Die in Aussicht genommene Kapitalserhöhung, die die eigenen Mittel des Instituts auf 100 Millionen Kronen bringen wird, bedeutet im Vereine mit einer Kontozahl von mehr als 30.000 eine wesentliche Verstärkung des finanziellen Machbereiches des Instituts. Von besonderem Interesse erscheint ein Rückblick auf die Entwicklung der Verkehrsbank in den letzten zehn Jahren. Gegenüber dem Ende des Jahres 1906 sind die Geldeinlagen von 14 Millionen Kronen auf 324 Millionen Kronen gestiegen, während der Akzeptumlaut gleich geblieben ist. Die Zahl der Kundenkonten hat sich im Laufe eines Jahrzehntes von 900 auf 19.231 und unter Berücksichtigung der Kriegsanleihekonten auf 30.000 erhöht.

Ueber die Beschlüsse des Verwaltungsrates wird unterm 2. d. das nachstehende Communiqué verlautbart:

Der Verwaltungsrat der Allgemeinen Verkehrsbank hat in seiner heutigen Sitzung die vorgelegte Bilanz für das Jahr 1916, die mit einem Reingewinne von 6.261.579 Kronen gegenüber 4.461.330 Kronen im Vorjahre, daher mit einem Mehrertrage von 1.800.199 Kronen abschließt, genehmigt. Ueber Antrag der Direktion hat der Verwaltungsrat beschlossen, der für den 4. April d. J. einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen: 3.960.000 Kronen zur Ausschüttung einer Dividende von 22 Kronen pro Aktie (gegenüber 18 Kronen im Vorjahre) zu verwenden, 1.000.000 Kronen (+ 500.000 Kronen) dem ordentlichen Reservefonds zu überweisen und den nach Vestretung der statutemäßigen Lantien im Betrage von 291.580 Kronen verbleibenden Reingewinn von 1.009.998 Kronen (+ 470.319 Kronen) auf das Gewinn- und Verlustkonto 1917 zu übertragen.

Das Gewinn- und Verlustkonto des Jahres 1916 wird in der nachstehenden Aufstellung ausgewiesen:

	1916	gegen	1915
	Kronen		
Erträge:			
Gewinnvortrag	539.678	+	501.769
Ertrag aus dem Darlehensgeschäfte	188.691	-	140.887
Zinsen	7.023.949	+	895.115
Provisionen und sonstige Erträge	2.661.481	+	1.374.079
Effekten und Konzerngewinne	1.639.691	+	629.397
Ertrag der Häuser	186.023	+	3.205
Summe der Erträge	12.239.763	+	3.263.678
Yaten:			
Gehalte	2.988.310	+	424.091
Spesen	1.154.712	+	288.928
Steuern und Gebühren	1.500.945	+	755.448
Gebäude- und Inventarabreibungen	132.000	+	38.272
Pensionsfondsbeitrag	207.217	-	44.259
Summe der Yaten	5.978.184	+	1.462.480
Summe der Erträge	12.239.763	+	3.263.678
Reingewinn	6.261.579	+	1.800.198

Nach Ausschreibung des Gewinnvortrages stellt sich das Nettoergebnis des Jahres 1916 auf 5,76 Millionen, bezw. 11,4 Prozent des dividendenberechtigten Aktienkapitals, bezw. 32 Kronen pro Aktie. Der Bruttogewinn des Jahres 1916 stellt sich nach Ausschreibung des Gewinnvortrages auf rund 12 Millionen oder 24 Prozent des dividendenberechtigten Aktienkapitals gegen 8,9 Millionen oder 18 Prozent im Vorjahre. Die Erhöhung des Aktienkapitals um 9,8 Millionen Kronen wurde erst zum Jahreschlusse ohne Einnahme von Stückzinsen durchgeführt und hat demnach an dem diesmaligen Reingewinne noch keinen Anteil. Im Zusammenhange mit der Erweiterung des Kundenkreises steht die Zunahme der fremden Gelder, die um mehr als 200 Millionen Kronen gestiegen sind. Die Zwischengewinne aus der Verwaltung dieser Summen haben eine Steigerung des Zinskontos bewirkt, dessen Ertrag sich von 6,1 Millionen auf 7 Millionen erhöht hat. Ueberdies sind dem Zinskonto die durchwegs höheren Dividenden zugute gekommen, welche der Verkehrsbank aus ihren dauernden industriellen Beteiligungen zugeflossen sind. Hierdurch wurde der prozentuelle Minderertrag aus dem Debitorengeschäfte aufgewogen. In der Aufstellung ihrer Gewinne hat die Bank heuer eine anerkennenswerte Aenderung eintreten lassen. Provisionen, Effekten und Valuten, die in früheren Jahren in einer Post zusammengefasst wurden, sind in der vorliegenden Bilanz zum ersten Male gesondert in Provisions- und Effekterträge ausgewiesen. Der Ertrag an Provisionen und sonstigen Erträgen ist von 1,28 Millionen auf 2,6 Millionen, der Ertrag des Effekten- und Konzerngeschäftes von 1 Million auf 1,6 Millionen gestiegen. Die Steigerung des Effektertrages um 629.000 Kronen rührt hauptsächlich von der größeren Lebhaftigkeit des Anlagemarktes her; es konnten größere Effektenbestände aus dem Besitze der Bank mit Nutzen abgestoßen werden. Im ganzen hat die Verkehrsbank bisher 750 Millionen österreichische Kriegsanleihen übernommen.

Bei den Yaten ist die Steigerung des Spesenkontos um 200.000 Kronen in erster Reihe auf die anscheinlichen Zuwendungen für öffentliche Kriegsjorsorgewecke zurückzuführen.

Die finanzielle Position der Verkehrsbank zum Jahreschlusse ist aus der folgenden Aufstellung des Bilanzkontos zu entnehmen:

	1916	gegen	1915
	Kronen		
Aktiven:			
Kassabestände	17.375.805	-	2.969.840
Darlehen gegen Pfänder		-	4.458.457
Portefeuille	36.428.751	-	49.204.542
Vorschüsse auf Wertpapiere und Reporte	31.130.720	+	942.750
Effekten	81.424.154	+	39.873.430
Konzernialeinzahlungen	6.003.064	+	1.086.728
Debitoren	410.445.558	+	190.169.165
Realitäten	3.700.000	-	50.000
Inventar abzüglich 20 Prozent Abreibung	327.000	+	18.000
Berechnungskonto fünfte österreichische Kriegsanleihe	143.939.914	+	52.240.399
Vortragsposten	2.107.551	+	2.755.017
Summe der Aktiven	732.882.517	+	228.249.194

	1916	gegen	1915
	Kronen		
Passiven:			
Aktienkapital	60.200.000	+	9.800.000
Reservefonds	16.712.500	+	2.875.972
Geldeinlagen gegen Einlagsbücher	146.442.511	+	50.990.293
Geldeinlagen gegen Kassascheine	295.100	-	180.200
Unbehobene Dividenden	15.368	+	5.762
Kreditoren	324.215.425	+	151.879.468
Akzente	5.170.000	+	1.085.000
Berechnungskonto der V. österr. Kriegsanleihe	173.570.034	+	9.992.701
Gewinn der Saldo	6.261.579	+	1.800.198
Summe der Passiven	732.882.517	+	228.249.194

Die Bilanzsumme der Verkehrsbank hat die Ziffer von nahezu dreieinhalb Milliarden erreicht. Nach Ausschreibung des nur passageren Berechnungskontos der fünften Kriegsanleihe im Betrage von 173,5 Millionen Kronen ergeben sich verfügbare Gelder im Betrage von 559 Millionen Kronen, wovon 83 Millionen Kronen auf eigene und 476 Millionen Kronen auf fremde Gelder entfallen.

Die Einlagen der Verkehrsbank sind trotz der Abhebungen für die Zeichnungen der beiden Kriegsanleihen des Jahres 1916, welche bei der Verkehrsbank 380 Millionen Kronen betragen, stark gewachsen. Die Akzente sind gegenüber dem vorjährigen Tiefstande um eine Million gestiegen, die Kassenbestände, welche im Vorjahre infolge besonderer Umstände die Höhe von 20 Millionen Kronen erreichten, haben sich in diesem Jahre auf 17 Millionen Kronen nur wenig ermäßigt. Die Darlehen gegen Pfänder sind in der vorliegenden Bilanz bereits in Wegfall gekommen. Das Dorotheum hat im Jahre 1916 die Pfandleihanstalten der Verkehrsbank mit dem hiezu gehörigen Personale übernommen. Im Zusammenhange mit dieser Transaktion wurde die bisherige Geschäftsverbindung mit dem kaiserlichen Verfabriant, welche die Uebernahme und Placierung der Kassenscheine des Dorotheums zur Grundlage hat, auf erweiterte Grundlagen gestellt. Das Portefeuille, das im Vorjahre mit 85 Millionen Kronen ausgewiesen war, ist zum Jahreschlusse auf 36 Millionen zurückgegangen. Der größte Teil des Portefeuilles bestand im Vorjahre aus staatlichen Schatzwechseln, welche im Berichtsjahre zur Gänze eingezogen wurden. Die Steigerung des Effektenkontos um 40 Millionen ist in der Hauptsache auf die eigenen Zeichnungen der Kriegsanleihen des Jahres 1916 zurückzuführen.

Ueber das Konto der dauernden Beteiligungen wird folgendes berichtet: Die Kienfelder Aktiengesellschaft für Papierfabrikation dürfte ihre Dividende für das Jahr 1916 erhöhen, ebenso die „Elbemühl“, welche im Vorjahre 5% verteilt hat. Die Grazer Waggonfabrik zahlte 12% gegen 6%, die Weitzer Waggonfabrik 10% gegen 7,2%, die Militärwaffenfabrik Fabob Quittner & Söhne 12% gegen 8%, die Freistädter Stahl- und Eisenwerke 10% gegen 5%, die Spiritus-Industrie-Aktiengesellschaft 10% gegen 9%, die Sopron-Grazer Eisenwarenfabrik U. G. 12% gegen 6%, die Korsteinfabrik vormals Kleiner & Wolmaner 7% gegen 6%, die Magy-Bossaner Leberfabrik wieder 10%, die „Phönix“ Versicherungsgeellschaften 5% gegen 4% im Vorjahre, die Hotel Imperial U. G. wieder 5%. Die Portois & Fy U. G. hat keinen zur Dividendenverteilung hinreichenden Gewinn erzielt. Die Schnellpressenfabrik vorm. L. Kaisers Söhne in Mödling hat die Dividendenzahlung aufgenommen und wird für das Jahr 1916 eine Erhöhung der 5%igen Vorjahrsdividende eintreten lassen. Die Verkehrsbank hat eine ihr zustehende Option auf Aktien der Emailierwerke und Metallwarenfabrik U. G. Haardt & Co. ausgeübt und die Bräudenwagenfabrik Karl Schember und Söhne mit ihrer Kapitalvermehrung in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die Bank hat weiters bei der Umwandlung der Militärausrüstungsfirma M. Tiller & Komp. in eine Aktiengesellschaft mitgewirkt. Dieselbe hat für das erste Geschäftsjahr 6% verteilt und einen gleich hohen Betrag auf neue Rechnung vorgetragen. Gemeinsam mit dem Hause Schoeller & Co. hat die Verkehrsbank an der dem Solbaj-Konzern angehörigen Ersten böhmischen Ammoniakfabrik Interesse genommen. Der Papierkonzern des Instituts wurde durch die gemeinsam mit der „Elbemühl“ erfolgte Uebernahme von Aktien der Benzinger Papierfabrik erweitert. Die Bank für Tirol und Vorarlberg hat sehr befruchtend gearbeitet und wird eine Erhöhung ihrer Vorjahrsdividende vornehmen. Die Erste Ungarische Gewerbebank wird unter Verstärkung ihrer Rücklagen wie im Vorjahre ihre Dividende mit 15 Kronen bemessen. Das Konzernial-Konto hat sich infolge Abverkäufe spezifizierter Effekten von 7 auf 6 Millionen ermäßigt. Das Filialnetz des Instituts, welches 18 auswärtige und 15 Wiener Zweigniederlassungen umfasst, hat durch die unter Uebernahme der Bankfirma Eduard Urban erfolgte Errichtung einer Filiale in Brunn eine weitere Ausgestaltung erfahren. Weiters ist die Verkehrsbank im Begriffe, unter Uebernahme der Mährisch-Osttrauer Handels- und Gewerbebank eine Filiale in Mährisch-Osttrau, dem Zentrum des mährisch-schlesischen Industriegebietes, zu errichten.

Den Aktionären des Osttrauer Institutes werden gegen Nominale 2000 Kronen ihrer Aktien Nominale 2620 Kronen Verkehrsbankaktien angeboten. Sowohl in diesem Falle als auch bei der Uebernahme des Bauhauses Eduard Urban, Brünn, zu erfolgenden Verkehrsbankaktien hat der Kurs von 380.— für die jungen Aktien als Grundlage gedient. Zur Beschaffung der hiezu erforderlichen Aktien und zur Verstärkung der eigenen Betriebsmittel für die zwei neuen in stark entwickelten Industrieplätzen tätigen Zweigniederlassungen wird die Verkehrsbank in der bevorstehenden Generalversammlung die Ermächtigung ansuchen, das Aktienkapital des Instituts von 60,2 Millionen Kronen auf 75,04 Millionen Kronen zu erhöhen. Der Begebungskurs der jungen Aktien wird zum Nettokurs von 380.— pro Stück festgesetzt. Aus dieser Kapitalvermehrung werden dem Institut 14,84 Millionen Kronen Aktienkapital und 5,3 Millionen Kronen = 35% Agio-Reserven zuzuführen. Die eigenen Mittel des Instituts werden sich nach dieser Kapitalvermehrung und nach den diesjährigen Dotierungen auf zirka hundert Millionen Kronen belaufen, wovon 75 Millionen Kronen auf das Aktienkapital und 25 Millionen Kronen auf die Reserven entfallen.

In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrates der Verkehrsbank wurde dem Chef der Börsenvertretung kais. Rat Brüll der Titel eines Direktors verliehen. Dr. Hugo Dulcs wurde zum Direktor-Stellvertreter, Dr. Viktor Bloch, Dr. Fedor Freiherr v. Nilolic, Ignaz Stein, Alfred Lauffig zu Prokuratoren ernannt.

Weiters wurde der Aktion „Für das Kind“, beziehungsweise „Kaiserin Rita-Spital“ eine Spende von 100.000 Kronen überwiesen.

Kaiserlicher Rat Direktor Brüll gehört zu den ältesten und am meisten geschätzten Mitgliedern der Wiener Börse und gilt insbesondere auf dem Gebiete des Placements von Anlagewerten

als Autorität, in einem Geschäftszweig, den er bei der Verkehrsbank zu hoher Entwicklung gebracht hat. Die Ernennung des kaiserlichen Rates Brüll zum Direktor wird sicherlich in finanziellen Kreisen sympathisch aufgenommen werden.

3. / III. 1917

Verkehrsbank.

Bilanz für 1916.

Als erste unter den großen Wiener Banken veröffentlicht die Verkehrsbank ihre Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1916, die trotz aller Vorsicht und Zurückhaltung ein klares Bild der Konjunktur des Bankgeschäftes geben. Während die Bank für das erste Kriegsjahr 1914 eine Mitzung der Dividende um 8 Kronen auf 14 Kronen vorgenommen hat, und im zweiten eine Erhöhung auf 18 Kronen eintreten ließ, haben es ihr die Ergebnisse des Berichtsjahres ermöglicht, die Dividende auf den bisher erreichten höchsten Friedensstand von 22 Kronen zu bringen und dabei den offenen Reserven und dem Gewinnvortrag 1 1/2 Millionen Kronen neu hinzuzufügen.

Ueber die Beschlüsse des Verwaltungsrates erhalten wir folgende Mitteilung:

Der Verwaltungsrat der Allgemeinen Verkehrsbank hat in seiner heutigen Sitzung die vorgelegte Bilanz für das Jahr 1916, die mit einem Reingewinn von K. 6,261,579 gegenüber K. 4,461,380 im Vorjahre, daher mit einem Mehrertrag von K. 1,800,199 abschließt, genehmigt.

Auf Antrag der Direktion hat der Verwaltungsrat beschlossen, der für den 4. April d. J. einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen:

K. 3,960,000 zur Ausschüttung einer Dividende von K. 22 pro Aktie (gegenüber K. 18 im Vorjahr) zu verwenden, K. 1,000,000 (+ K. 500,000) dem ordentlichen Reservefonds zu überweisen und den nach Bestreitung der statutenmäßigen Lantien im Betrage von K. 291,580 verbleibenden Restgewinn von K. 1,009,998 (+ K. 470,319) auf das Gewinn- und Verlustkonto 1917 zu übertragen.

Das Gewinn- und Verlustkonto zeigt folgende Ziffern:

Erträge: Gewinnvortrag K. 539,678 (+ 501,769), Erträge aus dem Darlehensgeschäft 188,691 (- 140,887), Zinsen 7,023,949 (+ 893,115), Provisionen und sonstige Erträge 2,661,481 (+ 1,374,079), Effekten- und Konfortialgewinne 1,839,941 (+ 629,397), Erträge der Häuser 196,023 (+ 8205), Summe K. 12,239,763 (+ 3,262,678).

Leistungen: Gehälter K. 2,983,310 (+ 424,091), Spesen 1,154,712 (+ 289,929), Steuern und Gebühren 1,500,945 (+ 755,448), Gebäude- und Inventarabreibungen 132,000 (+ 88,272), Pensionsfondsbeitrag 207,217 (- 44,259), Reingewinn 6,261,579 (+ 1,800,199), Summe K. 12,239,763 (+ 3,262,678).

Der weitaus größte Teil der Erträge entfällt auf Zinseinnahmen, die die respektable Höhe von sieben Millionen Kronen überschritten, gegenüber dem Vorjahr jedoch nur um rund K. 895,000 zugenommen haben. Diese im Verhältnis zur Steigerung der fremden Gelder und des Umsatzes verhältnismäßig geringe Zunahme der Zinseinnahmen erklärt sich dadurch, daß die Kommerzdebitoren, bei denen die volle Marge zwischen dem Kredit und Debitzinsfuß lukriert wird, einen Rückgang erfahren haben, während der Großteil der Einlagegelder in Vorschüssen auf Kriegsanleihen, beziehungsweise in Voreinzahlungen an die Finanzverwaltung angelegt worden ist. Für die ersteren wurden nur 5, beziehungsweise 4 1/2, für letztere 4 1/4 Prozent erzielt, somit um 1 1/2 bis 2 Prozent weniger als im regulären Geschäft. Einen allerdings nur teilweisen Ersatz haben die Einnahmen aus den erhöhten Dividenden der dauernden industriellen Beteiligungen geboten.

In der Aufstellung ihrer Gewinne hat die Bank heuer eine weitergehende Detaillierung eintreten lassen. Provisionen, Effekten und Valuten, die in früheren Jahren in einer Post zusammengefaßt wurden, sind in der vorliegenden Bilanz zum erstenmal gesondert in Provisions- und Effektenerträge ausgewiesen. Der Ertrag an Provisionen und sonstigen Erträgen ist von 1,28 Millionen auf 2,6 Millionen, der Ertrag des Effekten- und Konfortialgeschäftes von 1 Million auf 1,6 Millionen gestiegen. Die Steigerung des Provisionskontos steht mit dem erweiterten Geschäftsumfange in unmittelbarem Zusammenhange. Die vereinnahmten Provisionen wurden diesmal zur Gänze verrechnet, die aus früheren Jahren stammenden Provisionsreserven unverändert auf das Jahr 1917 übertragen. Die Steigerung des Effektengewinnes um K. 629,000 rührt hauptsächlich von der größeren Lebhaftigkeit des Anlagemarktes her. Die Kriegsanleihen wurden zu den offiziellen Schätzungskursen der Wiener Börse verrechnet, das Ergebnis der fünften Kriegsanleihe, von der die Verkehrsbank 185 Millionen übernommen hat, gelangt erst im Jahre 1917 zur Verrechnung. Im ganzen hat die Verkehrsbank bisher 750 Millionen österreichische Kriegsanleihen übernommen.

Die Lasten sind in beständigem Ansteigen begriffen. Die Zunahme des Steuererfordernisses um K. 755,000 ist eine Folge des erhöhten Vorjahrsertrages, aus dem auch die internen Reservierungen zur Besteuerung herangezogen wurden. Der Pensionsfondsbeitrag weist einen Rückgang von K. 44,259 aus. Die eingerückten Beamten werden bei ihrem Wiedereintritt in jene Gehaltsstufe einrücken, die einer nicht unterbrochenen Dienstzeit entspricht. Die Karenzgebühren für die zwischenzeitigen Abwancements werden daher erst nach dem Kriege einzuzahlen sein. Hierfür wurde durch entsprechende Reservierung Vorsorge getroffen.

Der Bruttogewinn des Jahres 1916 stellt sich nach Ausschreibung des Gewinnvortrages auf rund 12 Millionen oder 24 Prozent des dividendenberechtigten Aktienkapitals, gegen 8,9 Millionen oder 18 Prozent im Vorjahre. Nach Ausschneiden des Gewinnvortrages

stellt sich das Nettoergebnis des Jahres 1916 auf 5,76 Millionen, beziehungsweise 11,4 Prozent des dividendenberechtigten Aktienkapitals, beziehungsweise K. 32 pro Aktie. Die Erhöhung des Aktienkapitals um 9,8 Millionen Kronen wurde erst zum Jahreschluß ohne Einnahme von Stückzinsen durchgeführt und hat demnach an dem diesmaligen Reingewinn noch keinen Anteil. Der Geschäftsumfang des Instituts hat auch im Jahre 1916 sowohl in der Zentrale als auch in den Filialen eine aufstrebende Entwicklung genommen. Die Zahl der bei der Bank geführten regulären Kundenkonti hat sich von 17,664 auf 19,231 erhöht. Mit den Kriegsanleihekonti ist die Zahl der abgeschlossenen Personalkonti auf mehr als 30,000 gestiegen.

Die Bilanz zeigt folgende Ziffern:

Aktiva: Kassaabstände K. 17,375,805 (- 2,969,840), Darlehen gegen Pfänder 0 (- 4,438,457), Portefeuille 38,428,751 (- 49,204,542), Vorschüsse auf Wertpapiere und Reports 31,180,720 (+ 942,760), Effekten 81,424,154 (+ 39,873,430), Konfortialanzahlungen 6,003,064 (- 1,086,728), Debitoren 410,445,558 (+ 190,169,165), Realitäten 3,700,000 (- 50,000), Inventar abzüglich 20 Prozent Abschreibung 327,000 (+ 18,000), Verrechnungskontos fünfte österreichische Kriegsanleihe 143,939,914 (+ 52,240,399), Vortragsposten 2,107,551 (+ 2,755,017), Summe K. 732,882,517 (+ 228,249,194).

Passiva: Aktienkapital K. 60,200,000 (+ 9,800,000), Reservefonds 16,712,500 (+ 2,575,972), Geldeinlagen gegen Einlagebücher 146,442,511 (+ 50,990,293), Geldeinlagen gegen Kassascheine 295,100 (- 160,200), Unbelebene Dividenden 15,368 (+ 5762), Kreditoren 324,215,425 (+ 151,870,468), Akzente 5,170,000 (+ 1,065,000), Verrechnungskontos fünfte österreichische Kriegsanleihe 173,570,034 (+ 9,992,701), Gewinn per Saldo 6,261,579 (+ 1,800,199), Summe K. 732,882,517 (+ 228,249,194).

Zum Jahreschluß standen der Verkehrsbank rund 733 Millionen Kronen und nach Abzug des nur vorübergehenden Verrechnungskontos der fünften Kriegsanleihe im Betrage von 173,5 Millionen 559 Millionen Kronen zur Verfügung. Siervon waren 83 Millionen eigene und 476 Millionen Kronen fremde Gelder. Durch die zum Jahreschluß vorgenommene Kapitalvermehrung haben die eigenen Mittel eine Erhöhung um 12,57 Millionen Kronen erfahren, wovon 10,2 Millionen Kronen auf das Aktienkapital und 2,375 Millionen Kronen auf den Reservefonds entfallen. Die Einlagen der Verkehrsbank sind trotz der Abhebungen für die Zeichnungen der Kriegsanleihen stark gewachsen, und zwar weisen die Geldeinlagen gegen Einlagebücher eine Zunahme um 51 Millionen Kronen, die Einlagen im Kontokorrent eine Zunahme um 151 Millionen Kronen aus. Die Darlehen gegen Pfänder sind in der vorliegenden Bilanz bereits in Wegfall gekommen. Das Dorotheum hat im Jahre 1916 die Pfandleihanstalten der Verkehrsbank mit dem hierzu gehörigen Personal übernommen. Im Zusammenhange mit dieser Transaktion wurde die bisherige Geschäftsverbindung mit dem kaiserlichen Verfahrtsamt, die die Uebernahme und Placierung der Kassenscheine des Dorotheums zur Grundlage hat, auf erweiterte Grundlagen gestellt.

Das Portefeuille, das im Vorjahr mit 85 Millionen Kronen ausgewiesen war, ist zum Jahreschluß auf 38 Millionen zurückgegangen. Der größte Teil des Portefeuilles bestand im Vorjahr aus staatlichen Schatzwechseln, die im Berichtsjahr zur Gänze eingezogen wurden. Diese Vorschüsse erscheinen in der vorliegenden Bilanz als Voreinzahlungen auf die fünfte Kriegsanleihe unter den Debitoren verrechnet, die nunmehr 410 Millionen Kronen betragen und um 190 Millionen höher sind als im Vorjahr. Die Steigerung des Effektenkontos um 40 Millionen ist in der Hauptsache auf die eigenen Zeichnungen der Kriegsanleihen des Jahres 1916 zurückzuführen.

Ueber das Konto der dauernden Beteiligungen wird folgendes berichtet:

Die Neustädter Aktiengesellschaft für Papierfabrikation, die wieder ihre normale Dividende von 13 Prozent gegen 8 Prozent im Vorjahr verteilt hat, dürfte ihre Dividende für das Jahr 1916 erhöhen, ebenso die „Ebemühl“, die im Vorjahr 5 Prozent verteilt hat. Die Grazer Waggonfabrik zahlte 12 Prozent gegen 6 Prozent, die Weitzer Waggonfabrik 10 Prozent gegen 7,2 Prozent, die Militärwaffenfabrik Jakob Quittner & Söhne 12 Prozent gegen 8 Prozent, die Freistädter Stahl- und Eisenwerke 10 Prozent gegen 5 Prozent, die Spiritus-Industrie-A.-G. 10 Prozent gegen 9 Prozent, die Sopron-Grazer Eisenwarenfabrik-A.-G. 12 Prozent gegen 6 Prozent, die Korksteinfabrik vormals Kleiner & Hofmayer 7 Prozent gegen 6 Prozent, die Ragh-Boschaner Lederfabrik wieder 10 Prozent, die „Phönix“-Versicherungsgesellschaften 5 Prozent gegen 4 Prozent im Vorjahr, die Hotel Imperial A.-G. wieder 5 Prozent. Die Portois & Fy A.-G. hat keinen zur Dividendenverteilung hinreichenden Gewinn erzielt. Die gemeinsam mit dem Hause Schoeller & Co. und der Firma König & Bauer G. m. b. H., Würzburg, kontrollierte Schnellpressenfabrik vormals S. Kaisers Söhne in Mödling hat die Dividendenzahlung aufgenommen und wird für das Jahr 1916 eine Erhöhung der Prozentigen Vorjahrdividende eintreten lassen. Die Verkehrsbank hat eine ihr zustehende Option auf Aktien der Emailierwerke und Metallwarenfabrik-A.-G. Saardi & Co. ausgeübt und die f. l. Brückenwagenfabrik Karl Schember & Söhne mit ihrer Kapitalbeteiligung in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die Bank hat weiter bei der Umwandlung der Militärausrüstungsfirma M. Tiller & Co. in eine Aktiengesellschaft mitgewirkt. Diese hat für das erste Geschäftsjahr 6 Prozent verteilt und einen gleich hohen Betrag auf neue Rechnung vorgebracht. Gemeinsam mit dem Hause Schoeller & Co. hat die Verkehrsbank an der dem Solway-Konzern angehörenden Ersten bosnischen Ammoniakfabrik Interesse genommen. Der Papierkonzern des Instituts wurde durch die gemeinsam mit der „Ebemühl“ erfolgte Uebernahme von Aktien der Benzinger Papierfabrik erweitert. Die Bank für Tirol und Vorarlberg hat sehr bestrebend gearbeitet und wird eine Erhöhung ihrer Vorjahrdividende vornehmen. Die Erste Ungarische Gewerbebank wird unter Verstärkung ihrer Mittel wie im Vorjahr ihre Dividende mit K. 15,- bemessen.

Das Filialnetz des Instituts, das 18 auswärtige und 15 Wiener Zweigniederlassungen

umfaßt, hat durch die unter Uebernahme der Bankfirma Eduard Urban erfolgte Errichtung einer Filiale in Brinn eine weitere Ausgestaltung erfahren. Weiter ist die Verkehrsbank im Begriffe, unter Uebernahme der Mährisch-Osttrauer Handels- und Gewerbebank eine Filiale in Mährisch-Osttrau, dem Zentrum des mährisch-schlesischen Industriegebietes, zu errichten. Den Aktionären des Osttrauer Instituts werden gegen Nominale K. 2000 ihrer Aktien Nominale K. 2520 Verkehrsbankaktien angeboten. Sowohl für die in diesem Falle als auch bei der Uebernahme des Bankhauses Eduard Urban, Brinn, zu erfolgender Verkehrsbankaktien hat der Kurs von 380 für die jungen Aktien als Grundlage gebildet. Zur Beschaffung der hierzu erforderlichen Aktien und zur Verstärkung der eigenen Betriebsmittel für die zwei neuen in stark entwickelten Industrieplätzen tätigen Zweigniederlassungen wird die Verkehrsbank in der bevorstehenden Generalversammlung die Ermächtigung ansprechen, das Aktienkapital des Instituts von 60,2 Millionen Kronen auf 75,04 Millionen Kronen zu erhöhen. Der Begebungskurs der jungen Aktien wird zum Nettokurs von 380 pro Stück festgesetzt. Aus dieser Kapitalvermehrung werden dem Institut 14,84 Millionen Kronen Aktienkapital und 5,3 Millionen Kronen = 35 Prozent Agioreserve zufließen. Die eigenen Mittel des Instituts werden sich nach dieser Kapitalvermehrung und nach den diesjährigen Dotierungen auf circa 100 Millionen Kronen belaufen, wovon 75 Millionen Kronen auf das Aktienkapital und 25 Millionen Kronen auf die Reserven entfallen.

In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrates der Verkehrsbank wurde dem Chef der Börsenvertretung kais. Rat Dr. Brüll der Titel eines Direktors verliehen, Dr. Hugo Dukas wurde zum Direktorstellvertreter, Dr. Viktor Bloch, Dr. Fedor Freiherr v. Mikolic, Franz Stein, Alfred Lauffig zu Prokuristen ernannt. — Direktor kais. Rat Dr. Brüll vertritt die Verkehrsbank seit vielen Jahren an der Börse, wo er als einer der gewichtigsten Kenner des Anlagegeschäftes gilt. Es ist unbestreitbar sein Verdienst, wenn gerade dieser Geschäftszweig der Bank eine ganz außergewöhnliche Ausdehnung angenommen hat und daß das Institut im Placementgeschäft eine große Rolle spielt.

Weiter wurde der Aktion „Für das Kind“, beziehungsweise Kaiserin Zita-Spital, eine Spende von K. 100,000 überwiesen.

4. III. 1917

Nochmals die Verkehrsbank.

Wir haben bereits in unserem gestrigen Morgenblatt auf den Abschluß der Allgemeinen Verkehrsbank hingewiesen, ohne uns jedoch mit den einzelnen Posten des Bilanz- sowie des Gewinn- und Verlustkontos eingehender zu befassen. Heute, wo der Geschäftsbericht vorliegt, den das Unternehmen der Finanzpresse bereitwilligst zur Verfügung gestellt hat, ist es auch uns möglich, eine mehr ins Einzelne gehende Besprechung des Abschlusses der Verkehrsbank zu geben.

Das Gewinn- und Verlustkonto des Jahres 1916 ergibt folgendes Bild:

Erträge:	1916	gegenüber 1915
	Kronen	
Gewinnvortrag	539.678	+ 501.769
Ertrag aus dem Darlehensgeschäft	188.691	- 140.887
Zinsen	7.023.949	+ 895.115
Provisionen und sonstige Erträge	2.661.481	+ 1.374.079
Effekten und Konsozialgewinne	1.639.941	+ 629.397
Erträge der Häuser	186.628	+ 3.205
Summe der Erträge	12.239.768	+ 3.262.678
Lasten:		
Gehalte	3.983.310	+ 424.091
Speien	1.154.712	+ 283.928
Steuern und Gebühren	1.509.945	+ 755.448
Gebäude- und Inventarabschreibungen	132.000	+ 35.272
Pensionsfondsbeitrag	207.217	- 44.259
Summe der Lasten	5.978.184	+ 1.462.480
Summe der Erträge	12.239.768	+ 3.262.678
Reingewinn	6.261.579	+ 1.800.198

Daß sich die Verkehrsbank, um uns die Worte eines Elbemühl-Blattes zu eigen zu machen, „im Zeichen einer stark aufwärts gerichteten Entwicklung befindet,“ wird man schon bei einem nur flüchtigen Blick auf obige Ziffern zugeben müssen. Eine andere Entwicklungstendenz ist ja schließlich unter den gegenwärtig abwaltenden Verhältnissen gar nicht möglich. Auf der einen Seite das ungeheure Kommissionsgeschäft bei den sich automatisch wiederholenden Kriegsanleihen, auf der anderen eine ungesunde durch Faktoren, auf die wir hier nicht näher eingehen möchten, verursachte Geldflüssigkeit, die ihrerseits wieder die Depositengelder in einem unerhörten Maße anschwellen läßt. Dabei ein verhältnismäßig hoher Zinssatz auf dem Debitorenkonto und eine lächerlich niedrige Vergütung für Einlagegelder. Unter solchen Verhältnissen will es nicht einmal allzu viel heißen, wenn das Zinsertragnis der Bank gegenüber dem Vorjahre um 895.115 Kronen auf 7.023.949 Kronen angewachsen ist. Die Verkehrsbank spricht in ihrem Communiqué sogar von einem prozentuellen Minderertrag aus dem Debitorengeschäft, der durch die höheren Dividenden aus den industriellen Beteiligungen aufgewogen werde. Dieser angebliche Minderertrag, den sie in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung mangels eingehender Spezifizierung gar nicht ausweist, dürfte übrigens durch die im Herbst des vorigen Jahres durchgeführte und von der gewissen Finanzpresse mit allerlei Scheinargumenten begründete Herabsetzung des Zinsfußes für Einlagegelder wieder reichlich aufgewogen werden; natürlich auf Kosten der breiten Masse der kleinen Sparer, die gegenüber den Anordnungen der in solchen Dingen geschlossenen vorgehenden Banken einfach machtlos sind. Daß in der Aufstellung der Gewinne heuer zum ersten Male eine Aenderung eingetreten ist, indem „Provisionen, Effekten und Valuten (?), die in früheren Jahren in einer Post zusammengefaßt waren, zum ersten Male gesondert in Provisions- und Effekterträgen ausgewiesen wurden“, rechnet sich die Direktion der Verkehrsbank als ein besonders großes Verdienst an und in fatter Selbstzufriedenheit spricht sie in ihrem Communiqué von einer „anerkanntenswerten Aenderung“. Als ob es für eine moderne, auf solide Geschäftsgebarung haltende Großbank nicht selbstverständlich wäre, daß sie die Summen ihrer Gewinne genau nach Art ihrer Herkunft gliedert, um so der Außenwelt einen, wenn auch ganz schwachen Einblick in ihre Geschäftsgebarung zu gewähren. Uebrigens, wenn man nun schon einmal in der Verkehrsbank am Ausgestalten des Gewinn- und Verlustkontos war, weshalb hat man Provisionen, Effekten

und Valuten nicht gesondert angeführt, sondern wieder Effekten- und Valutengeschäft in eine Post zusammengeworfen? Die Frage nach dem Umsatz in Devisen und nach dem aus diesem Geschäft erzielten Gewinn liegt da sehr nahe, und zwar trotz der Devisenzentrale, um die man sich in manchen Kreisen — dies zeigt das jetzt im Gange befindliche Verfahren gegen ein sehr bekanntes privates Bankhaus — wenigstens im Anfang nur wenig oder gar nicht gekümmert hat. Daß der Ertrag an Provisionen, bezw. am Effekten- und Konsozialgeschäft von 1.28 auf 2.6, resp. von 1 Million auf 1.6 Millionen angewachsen ist, wird bei den ungeheuren Beträgen, mit denen sich die Bank für eigene Rechnung, beziehungsweise für Rechnung ihrer Kunden an den Kriegsanleihen beteiligt hat, sowie angesichts der Kurstreiberien an der Börse nicht weiter Wunder nehmen. Es hat schon seinen Grund, weshalb sich die ganze Bankwelt in den Jahren 1915 und 1916 mit solcher Einmütigkeit gegen die volle Bedeckung im Effektenkommissionsgeschäft aussprach und dadurch der Spekulation Sekundantendienste leistete. Daß die Verkehrsbank unter solchen Umständen „größere Effektenbestände aus ihren Besitz mit Nutzen abstoßen konnte“, das wollen wir ihr gerne glauben. Darin liegt ja der ganze Witz der Hauspekulation, daß diese den Banken die Möglichkeit gibt, alte Ladehüter zu hohen Kursen an den Mann zu bringen. Mögen diesen dann die Stunde heißen.

Die Lastenseite des Gewinn- und Verlustkontos ist verhältnismäßig wenig von Interesse. Steuern und Gebühren (1.509.985 Kronen) haben gegenüber dem Vorjahre um 755.448 Kronen zugenommen. Prozentuell ausgedrückt ergibt dies eine recht ansehnliche Steigerung und es würde dem Werte des Communiqués gar keinen Eintrag getan haben, wenn die Bank die Gründe für diesen außergewöhnlich hohen Zuwachs angeführt und wenn sie insbesondere auch die auf die Kriegsgewinnsteuer entfallende Quote angegeben hätte. Daß die Steigerung des Spesenkontos (+ 288.928 Kronen) in erster Linie auf die Zuwendung für öffentliche Kriegsfürsorgezwecke zurückzuführen ist, verdient Anerkennung, wenn es schließlich auch gerade keine besondere Leistung darstellt, wenn man bei einem Mehrgewinn von 1.8 Millionen Kronen hundertfünfzig- oder zweihunderttausend Kronen den Witwen und Kindern der gefallenen Soldaten zukommen läßt. Das ist schließlich verdammt Pflicht und Schuldigkeit des Händlers. Und übrigens noch eines. Weiß man denn überhaupt, wie viel die Bank im letzten Kriegsjahr verdient hat und wie viel sie von diesen Gewinnen ausweist?

In dem Konto der dauernden Beteiligungen wird folgendes berichtet: Die Neustädler Aktiengesellschaft für Papierfabrikation, welche wieder ihre normale Dividende von 13% gegen 8% im Vorjahre verteilt hat, dürfte ihre Dividende für das Jahr 1916 erhöhen, ebenso die „Elbemühl“, welche im Vorjahre 5% verteilt hat. Die Grazer Waggonfabrik zahlte 12% gegen 6%, die Weitzer Waggonfabrik Arad 10% gegen 7.2%, die Militärtauchfabriken Jakob Quittner & Söhne 12% gegen 8% usw. Also fast durchwegs erhöhte Dividende und dementsprechend erhöhte Kurse oder besser gesagt erhöhte latente Reserven. In der Verkehrsbank wird es natürlich niemand einfallen, der Öffentlichkeit etwa einen Einblick in das Effektenkonto zu geben und Unberufenen zu zeigen, wie viel die 81.4 Millionen, die auf diesem Konto ausgewiesen wurden, in Wirklichkeit wert sind. Einen wenn auch schwachen Anhaltspunkt gibt da der Kurs der Grazer Waggonfabrikaktien, die jetzt mit 900 Kronen bezahlt werden, gegen nur 660 Kronen vor Ausbruch des Krieges. Daß es sich da um Kurssteigerungen handelt, die durch die Kriegskonjunktur bedingt sind, wird niemand im Ernste zu leugnen versuchen. Als der größte Mangel der bei uns geltenden Kriegsgewinnsteuer muß es daher angesehen werden, daß die eigentlichen Kriegsgewinne der Banken, d. s. die Millionen, um die sich der Wert der in ihrem Effektenportefeuille befindlichen Aktien gerade durch die Einwirkung des Krieges erhöht hat, überhaupt nicht getroffen werden. Unsere Großbanken können mit der Himmelpfortgasse zufrieden sein. Dort hat man es ihnen wirklich leicht gemacht, um sich von der Kriegsgewinnsteuer zu drücken. Das Grempel ist mehr als einfach: Keine Gewinnrealisation — keine Kriegsgewinnsteuer.

Heute wurden die Rechnungsabchlüsse der Böhmischen Unionbank festgestellt. Das Ergebnis des Jahres 1916 ist ein Reingewinn von rund 8 Millionen Kronen, der gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von 1 1/2 Millionen Kronen aufweist und der höchste ist, den das Institut bisher erzielt hat. Die Dividende wird mit 17 Kronen oder 8 1/2 Prozent in Vorschlag gebracht. Die Böhmische Unionbank hatte im letzten Friedensjahre 15 Kronen Dividende gezahlt. Für das Jahr 1914 war die Dividende auf 13 Kronen herabgesetzt, für das Jahr 1915 wieder auf den alten Stand von 15 Kronen gebracht worden. Für das Jahr 1916 wird eine Dividende von 17 Kronen, die größte seit dem Gründungsjahr 1872, in Vorschlag gebracht. Ueber den Abschluß erhalten wir die folgenden Mitteilungen:

Prag, 6. März.

Die Direktion der Böhmischen Unionbank hat in der heute stattgehabten Verwaltungsratsitzung den Rechnungsabluß für das Jahr 1916 vorgelegt. Einschließlich des Gewinnvortrages aus dem Jahre 1915 stellt sich nach Abzug der Verwaltungskosten, Steuern usw. der disponible Reingewinn auf 8.460.816 K. Der Verwaltungsrat beschloß auf Antrag der Direktion, der am 23. d. stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer 8 1/2-prozentigen Dividende, gleich sieben Kronen per Aktie, vorzuschlagen, 500.000 K. dem Reservefonds I, weitere 500.000 K. einem Spezialreservefonds, ferner 500.000 K. dem Pensionsverein für die Beamten und Diener des Instituts zuzuweisen, 200.000 K. auf Abschreibungen von den Bankgebäuden zu verwenden und den nach Befriedigung der Forderungen erübrigenden Rest von 389.170 K. auf neue Rechnung vorzutragen.

Das Gewinn- und Verlustkonto stellt sich im Vergleich mit dem Vorjahre wie folgt:

Erträge: Gewinnvortrag vom Jahre 1915 372.842 (+ 52.978) K., Zinsen 2.444.528 (+ 1.108.332) K., Provisionen (inklusive des Gewinnes der Warenabteilung) 3.445.196 (+ 393.259) K., Erträge des Devisen-, Effekten- und Konfortialgeschäftes 2.898.384 (+ 777.022) K., Unbezogene Dividenden 182 (+ 70) K., Summe 16.161.132 (+ 2.331.656) K.

Verluste: Gehalte und Löhne 2.900.836 (+ 192.124) K., Speise: Miete, Bureauverordnungen, Porto, Inzente, Pensionsbeiträge usw. 2.243.541 (+ 492.663) K., Steuern und Gebühren 2.486.000 (+ 525.157) K., Abschreibungen am Inventar und an Forderungen 59.339 (- 32.358) K., Gewinn per Saldo 8.460.816 (+ 1.160.070) K., Summe 16.161.132 (+ 2.331.656) K.

Der Bruttogewinn des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt ohne Vortrag 15 7/8 Millionen Kronen, das ist 24 1/2 Prozent des Aktienkapitals. Der Reingewinn von 8.460.816 Kronen repräsentiert 13 Prozent des Aktienkapitals und übersteigt den des Vorjahres um 1.160.070 K. Der Zinsgewinn von 2.444.528 K. ist um 1.108.332 K. höher als im Vorjahre, trotzdem die offizielle Bankrate das ganze Jahr hindurch 5 Prozent betragen hat. Das Mehrertrags ist auf den wesentlich größeren Geschäftsumfang der Bank zurückzuführen. Die Erweiterung der Geschäfte ist schon aus der Erhöhung der Bilanzsumme um 200 Millionen Kronen — dieselbe beträgt jetzt 817 Millionen Kronen — erkennbar. In Provisionen wurden 3.445 Millionen Kronen verzeichnet, was gegenüber dem Vorjahre ein Plus von 393.259 K. ergibt. Auch dieses Resultat ist auf den wesentlich vermehrten Umsatz sowie auf die Erträge der Subskription auf die vierte und fünfte Kriegsanleihe zurückzuführen. Bei diesen beiden Anleihe-Emissionen hat die Bank Zeichnungen von über 540 Millionen Kronen aufgebracht. Der Gewinn der Warenabteilung, der in dieser Höhe enthalten ist, resultiert sich aus den Erträgen der Zunderabteilung und der Kontrollbureauz, da die Bank sonstige Waren Geschäfte nicht betreibt. Das Devisen-, Effekten- und Konfortialgeschäft ergab einen Gewinn von 2.898.384 K., das ist ein um 777.022 K. höheres Erträgnis als im Vorjahre. Das Devisenkonto hat wohl im Vergleich zum Vorjahre einen geringeren Nutzen aufzuweisen, doch war es der Bank möglich gewesen, im Geschäfte mit Anlagewerten, dem das Institut stets besondere Aufmerksamkeit zuwendet, eine Entschädigung zu finden. Auch sind im verfloßenen Jahre einige Kreditkassen mit gutem Nutzen zur Auflösung gelangt. Die Lasten haben sich in der Berichtsperiode wesentlich erhöht. Sie betragen 7.640.977 K., sind demnach um circa 1.200.000 K. gewachsen. Die Gehalte sind um 192.124 K. gestiegen, eine Folge der automatischen Gehaltsvermehrung der Beamtenschaft und der Einstellung zahlreicher Gesandtschaften. Auf dem Diverse Speisekonto resultiert ein Mehraufwand von 492.663 K., der sich daraus erklärt, daß die Bank im verfloßenen Jahre ihren Angestellten abermals Feuerungszulagen gewährte und sich an den öffentlichen Kriegsfürsorgeaktionen durch Zuweisung erheblicher Beträge beteiligte. An Steuern wurden im verfloßenen Jahre 525.157 K. mehr vorausgezahlt, da der Gewinn des Jahres 1915 gegenüber dem des vorangegangenen Jahres eine Erhöhung erfahren hatte. Vom Inventar wurden 59.339 K. zur Abschreibung gebracht. Debitorenverluste hatte die Bank keine zu verzeichnen.

Das Bilanzkonto verleiht sich mit dem des Vorjahres wie folgt:

Aktiven: Kassebestände 15.216.541 (+ 2.255.890) K., Effekten 20.801.609 (+ 11.279.491) K., Syndikats- und Kommanditbeteiligungen 2.429.818 (- 942.780) K., Wechselportefeuille 27.183.107 (- 23.460.730) K., Realitäten und Bankgebäude in Prag und in deren Filialorten 7.408.610 (+ 2.716.000) K., Inventar 52.966 (- 59.340) K., Debitoren 78.481.044 (- 15.795.104) K., Guthaben bei Banken und Bankiers 136.078.258 (+ 55.612.793) K., Vorschüsse auf diverse Effekten und Kriegsanleihen 367.277.065 (+ 64.866.156) K., Verrechnungskonto 5 1/2-prozentiger österreichischer Kriegsanleihe 162.258.759 (+ 93.051.649) K., Summe 817.288.675 (+ 189.017.725) K.

Passiven: Aktienkapital 325.000 Stück Aktien à 200 K. 65.000.000 K., Geldeinlagen: a) gegen Kassafachette 38.300 K., b) gegen Einlagenscheine 110.755.715 K., zusammen 149.055.715 (+ 32.222.619) K., Treuen 569.832 (- 7.098.009) K., Unbezogene Dividende 18.447 (+ 8161) K., Reservefonds 19.650.000 (+ 800.000) K., Kreditoren 379.194.052 (+ 68.040.640) K., Verrechnungskonto 5 1/2-prozentige österreichische Kriegsanleihe 234.601.513 (+ 93.882.244) K., Gewinn per Saldo 8.460.816 (+ 1.160.070) K., Summe 817.288.675 (+ 189.017.725) K.

Es standen demnach der Böhmischen Unionbank zu Ende des Jahres 1916 circa 85 Millionen Kronen an eigenen Mitteln und nach Abzug der Verbindlichkeiten des Verrechnungskontos der fünften österreichischen Kriegsanleihe circa 560 Millionen Kronen an fremden Mitteln zur Verfügung, so daß die disponiblen Gelder eine Gesamthöhe von circa 645 Millionen Kronen erreichten. Den Geldeinlagen von 149.055.715 Kronen und den Kreditoren inklusive Saldo

150
1917

10. III. 1917

Fremdes Kapital in China.

Um den Chinamarkt zu bewahren sich in den letzten Jahren hauptsächlich England, Japan, die Vereinigten Staaten und Deutschland. England hat fast die Hälfte der für das Jahr 1913 mit ungefähr zwei Milliarden Kronen geschätzten Gesamteinfuhr Chinas in Händen, Japan mehr als 30 Prozent, die Vereinigten Staaten mehr als 10 Prozent, und Deutschland ist mit beinahe 8 Prozent an dieser Einfuhr beteiligt. Hauptsächlich war es England, das die größten Aufstrengungen machte, den deutschen Anteil an der chinesischen Einfuhr herabzudrücken. Eigene Zeitschriften und Vereinigungen sind in den letzten Jahren in London ins Leben getreten mit dem ausschließlichen Ziel, den chinesischen Markt für England ganz zu übernehmen. Mit der deutlichen Absicht, den deutschen Einfluß in China zurückzudrängen, hat England durch die „British Engineers Association“ eine äußerst lebhaft agitierte Gruppe entfaltet; von 93 auf 204 Mitglieder ist diese Vereinigung im letzten Jahre gestiegen; das von dieser Gruppe vertretene Geschäftskapital hat dadurch eine Vergrößerung von 900 auf 2000 Millionen Kronen erfahren, ein organisatorischer Erfolg, der den deutschen Interessen in China äußerst schädlich sein mußte. England hat mehr als 1 Milliarde Kronen in China investiert und ist immer mehr bemüht, die Fäden zwischen den großen Finanzgruppen insbesondere mit seiner Maschinenindustrie zu verknüpfen, damit es alle Zweige der Ingenieurstätigkeit umfassende Geschäfte zu übernehmen in der Lage ist.

England verfügt über einen großen Teil der chinesischen Presse, es hat den Weltnachrichtendienst in China ganz in seinen Händen, und es erklärt sich auch daraus die Machtstellung, die für England in China geschaffen worden ist. Englische Optimalisten haben schon vor längerer Zeit ihrer Ansicht Ausdruck gegeben, mit englischen Machtmitteln werde sich China sehr leicht „monroedoktrinieren“ lassen. Auch Japan hat es verstanden, in China festen Fuß zu fassen; seine geographische Lage, die Gemeinsamkeit von Rasse und Schrift, große finanzielle Opfer haben Japan zu einem angesehenen Konkurrenten auf dem Chinamarkt gemacht. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben ebenfalls alle Aussicht, ihre Rate von zehn Prozent an der chinesischen Einfuhr in absehbarer Zeit zu erhöhen, und verdanken diese Aussicht ihrer im größten Stil betriebenen Schul-, Missions- und Werbetätigkeit. Neben Plakate- und Lichtbildervorträgen technischen Inhalts und neben den zahlreichen amerikanischen technischen Schulen sei hier hauptsächlich auf die große Zahl der amerikanischen Missionsvolkschulen hingewiesen; den 160 deutschen stehen 1450 englische und 2000 amerikanische Volkschulen gegenüber; ähnliche Zahlenverhältnisse herrschen bezüglich der Mittel- und Hochschulen. Es sei jedoch hier insbesondere der hervorragenden Tätigkeit der deutsch-chinesischen Schulen gedacht, die der chinesische Verband deutscher Ingenieure gegründet hat. In diesen Schulen hört der junge Chinese von den Erfindungen und Großtaten der berühmten deutschen Ingenieure; der Chinese hört dort von den hervorragenden Leistungen der deutschen Technik. In Schanghai wurde vor einigen Jahren die erste deutsche Ingenieurschule für Chinesen errichtet; sie besitzt ausgedehnte Laboratorien und sonstige ausgezeichnete Unterrichtsmittel und mit ihr gemeinsam besitzt die deutsche Medizinschule eine Sprachschule, welche sich eines äußerst lebhaften Besuches erfreut. Die Gründung neuer Schulen ist eingeleitet, und es war zu erhoffen, daß die deutsche Kulturarbeit in China auch weiterhin von großen Erfolgen begleitet sein werde.

China bietet das Beispiel eines ausgereiften Agrarstaates. Die Chinesen sind kein Handelsvolk, sie sind Ackerbauer und betreiben nebenbei etwas Hausindustrie, Gewerbe und Handel. Das von mehr als 330 Millionen Menschen bewohnte Land ist für die Befriedigung vieler Bedürfnisse auf das Ausland angewiesen, und der Einfuhr steht keine gleichwertige Ausfuhr gegenüber, so daß derzeit eine positive Zahlungsbilanz von un-

gefähr 900 Millionen Kronen zu verzeichnen ist. China besitzt aber im Gegensatz zu Japan einen außerordentlichen Reichtum an Rohstoffen aller Art. Kohle ist in ungeheurer Menge fast über das ganze Land verteilt. Ebenso ist Eisenerz weit verbreitet und oft in unmittelbarer Nachbarschaft der Kohle zu finden. Kupfer, Blei, Zinn, Silber und Gold sind in bedeutenden Mengen vorhanden. Salpeter ist ausreichend zur Verfügung, und da der Chinese kein Vieh hält und natürlicher Dünger daher nicht in genügender Maße vorhanden ist, hätte in diesem riesigen Agrarstaat die künstliche Düngung große Bedeutung, sie konnte jedoch keineswegs zu einer ansehnlichen Entwicklung gelangen. Der immense Holzreichtum des Landes ist durch die schlechte Forstwirtschaft zurückgegangen.

Auch Salz und Petroleum sind in großen Mengen in den Erdschichten Chinas abgelagert, doch bei allen Rohstoffen, die nicht bereits im brauchbaren Zustande vorgefunden werden, sondern zu deren Herstellung technisches Können erforderlich sind, zeigt sich, daß der Chinese zwar ein emsiger Arbeiter ist, daß er jedoch derzeit nicht gewillt ist, sich industriell in größerem Maßstab zu betätigen. Auch bezüglich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist zu erwähnen, daß der Chinese, wie zum Beispiel bei der Baumwollpflanzung, höherwertige Produkte zu gewinnen nicht bemüht ist. Die Güte der chinesischen Baumwolle steht der amerikanischen nach, doch bietet die chinesische Seidenindustrie sehr gute Fabrikate, für deren Erzeugung die Bevölkerung sich besonders eignet. So mannigfaltig das Klima dieses von der heißen bis in die kalte Zone reichenden Landes ist, so reich und verschieden sind seine mineralischen Schätze, die pflanzlichen und tierischen Produkte.

Der Chinese bringt dem Abbau von Bodenschätzen wohl Interesse entgegen, doch hat er es nur zum Kleinbetrieb gebracht, weil einerseits das zum Großbetrieb erforderliche Kapital mangelt, andererseits aber auch die Eisenbahnen fehlen, welche zur Erschließung dieser Rohstoffe erforderlich sind. China hat sich bisher lebhaft dagegen gestraut, insbesondere im Bergbau ausländische Unternehmungen zuzulassen. China hat im Jahre 1902 in einem Vertrag mit England die Schaffung eines Bergbaugesetzes verprochen, in welchem es als für beide Teile nützlich anerkannt hat, daß die heimischen Bodenschätze mit ausländischem und chinesischem Kapital gehoben werden müßten. Der Entwurf des Gesetzes erschien im Jahre 1904, wurde aber vom diplomatischen Korps in Peking verworfen. Dabei ging der Widerstand gegen ausländische industrielle Unternehmungen nicht vom Volke aus, sondern von den Reichen des Landes, die darauf bedacht sind, durch planmäßige Agitation die ausländischen Unternehmungen unmöglich zu machen.

Der Beginn der chinesischen Revolution war, wenn auch nicht ursächlich, so doch zeitlich mit der chinesischen Eisenbahnfrage aufs engste verknüpft. Parallel mit der derzeitigen Ansicht der chinesischen Staatsmänner von der unbedingten Notwendigkeit der Ausführung von Bahnbauten zur Erhaltung eines ungeteilten China und der Erschließung der unermesslich reichen Bodenschätze geht der Wunsch der fremden Kaufleute und Industriellen nach Bahnkonzessionen in China. Insbesondere hat es Japan verstanden, große Bahnkonzessionen in der Mandschurei zu erwerben. Dort besitzt Japan die Stammstrecke der südmandschurischen Bahn, die zwar äußerlich eine private Gesellschaft ist, deren Präsidenten jedoch die japanische Regierung ernannt. Auch England hat neue Konzessionen für Bahnbauten erlangt und es ist noch in Erinnerung, daß die Vereinigten Staaten von Amerika im Vorjahre neue Bahnkonzessionen in China erworben haben, welche sie zum Bau von 4800 Kilometer Eisenbahnstrecken berechtigen sollen; die Bedeutung dieser Konzessionen fällt um so mehr ins Gewicht, wenn man bedenkt, daß das gesamte chinesische Eisenbahnnetz nur eine Länge von 9854 Kilometer aufweist. Die deutschen Konzessionen, die zum Schlusse des Jahres 1913 nach langen, mühevollen Verhandlungen in Peking unterzeichnet worden sind, sind für Bahnlinien in der Schantungprovinz. Das Wesentliche dieser Bahnen ist, daß sie in gleicher Weise den Interessen und

der Entwicklung Chinas sowie des deutschen Schutzgebietes entgegenkommen. Deutschland war auf dem Wege, sowohl auf dem Gebiet des Schulwesens als auch auf dem Gebiet der technischen Arbeit Kulturleistungen in China zu vollbringen. Trotz englischer Mißgunst hat Deutschland den bereits betretenen Weg mit großem Erfolg begonnen, und die großzügigen Pläne zur Erschließung der chinesischen Wirtschaftsgebiete haben durch den Krieg seit 1914 eine jähe Unterbrechung erfahren.

England hat nun die Zeit des Krieges dazu benützt, einen Feldzug voller Schmähungen, Verleumdungen und Lügen gegen Deutschland in China zu führen. „The China Press“ vom Jänner 1915 berweist auf einen Artikel des Amerikaners George Brown Rea, den dieser in einer amerikanischen Zeitschrift veröffentlichte und in welchem unter anderem folgendes ausgeführt ist: „Als die Monopolbestrebungen Englands im vollen Gange waren und sich britische Industrielle darüber aufhielten, daß sie in China keinen eigentlichen Stützpunkt für ihre Interessen hätten, kam in London eine kleine Monatschrift heraus zur Förderung britischer Interessen im fernen Osten. Aus diesen unbedeutenden Anfängen hat sich jener Feldzug entwickelt, der jetzt auf die völlige Vernichtung des deutschen Volkes hinarbeitet, und zwar mit einer Kackegier und Wildheit, die uns in die dunkelsten Zeiten der Geschichte zurückverweist.“ Ein Amerikaner also war es, der sich gedrängt gefühlt hat, sich gegen das Treiben der Engländer in so charakteristischer Weise auszusprechen. Es ist jedenfalls lehrreich, auch in diesem Fall zu zeigen, wie England seit langer Zeit systematisch die Hege gegen Deutschland in Szene gesetzt und unaufhörlich ausgedehnt hat. Die Früchte reifen offenbar jetzt.

Pester

Generalversammlungen.

Ungarische Bank und Handels-Aktiengesellschaft.

Dieses Institut hielt heute in Abwesenheit des durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Präsidenten Grafen Emerich Karolhi unter dem Vorsitze des Vizepräsidenten Hofrates Franz Székely seine sechsundzwanzigste ordentliche Generalversammlung, für die 88 Aktionäre 92.835 Aktien deponiert hatten. Der Vorsitzende betraute den geschäftsführenden Direktor Dr. Aurel v. Dobay mit der Führung des Protokolls, zu dessen Authentifizierung die Aktionäre Hofrat Dr. Mikolau v. Csécsi-Ragy und Anton Strauß entsendet wurden. Der der Generalversammlung vorgelegte Direktionsbericht hebt nach Schilderung der allgemeinen Verhältnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres hervor, daß die Arbeitstätigkeit der Anstalt sich auch im obgelaufenen Jahre in zwei Hauptrichtungen entwickelt hat. Die eine stellte das ganze Gefüge der Bank, von den ihrem Interessentkreise angehörenden Unternehmungen wirksam unterstützt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln in den Dienst der Kriegsziele, die andere galt der Sicherstellung der Stetigkeit unseres wirtschaftlichen Lebens, der Vorbereitung des Ueberganges der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft und der Kräftesammlung. Sodann erstattet der Bericht Meldung über die vor kurzem durchgeführte Erhöhung des Aktienkapitals auf 80 Millionen Kronen, welche Transaktion mit vollem Erfolg abgewickelt wurde, indem die Aktionäre, abgesehen von einem geringen Teilbetrag, ihr Bezugsrecht ausgeübt haben. Der Bericht gedenkt hierauf der Tätigkeit, die das Institut auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge entfaltet hat. In diesem Zusammenhang wird zunächst der im Felde stehenden Angestellten, deren Zahl sich nunmehr auf 528 erhöht hat, und der den Heldentod gestorbenen weiteren sieben Angestellten Erwähnung getan, deren Andenken im Protokoll der Generalversammlung verewigt wurde. Den Zwecken der Kriegswohlthätigkeit hat die Anstalt in den 29 Monaten des Weltkrieges bisher 1.764.448 Kronen zugewendet. Auf die dritte und vierte ungarische Kriegsanleihe erfolgten bei dem Institut Zeichnungen im Gesamtbetrage von 109, beziehungsweise 132 Millionen Kronen. Auf die Einzelheiten der Tätigkeit des Instituts übergehend, ist aus dem laufenden Bankgeschäfte die Erhöhung des Einlagestandes hervorzuheben, der trotz der für Kriegsanleihezeichnungen erfolgten Abhebungen um 134 Millionen Kronen auf 280,6 Millionen Kronen angewachsen ist, was unbedingt als Zeichen großen Vertrauens zu werten ist. Die Post „Kreditoren“ weist eine Steigerung von 78 Millionen Kronen auf; in dieser Summe ist auch der Gegenwert der von Seiten des Fürsten Donnersmard angelegten 30 Millionen Mark enthalten. Aus der Zusammenfassung der Posten „Einlagen“

und „Kreditoren“ ergibt sich, daß die Anstalt Ende 1916 fremde Gelder im Betrage von 420 Millionen Kronen verwaltete, welche Summe sich seither noch erhöht hat. Von den seitens der Bank durchgeführten Finanztransaktionen ist das der Hauptstadt Budapest gewährte Obligationendarlehen von dreizehn Millionen Mark zu erwähnen, durch das es der Hauptstadt ermöglicht wurde, für die Bedienung des Zinsbedarfes auf ihre in früherer Zeit ausgenommene Markanleihe ohne Inanspruchnahme des Devisenmarktes sorgen zu können. Die Bank ist dem Orient Syndikat der österrösterreichischen und ungarischen Banken beigetreten. Die Zahl der hauptstädtischen Filialen des Instituts wurde durch die Eröffnung einer Filiale in Margitbörut Nr. 31-33 auf neun erhöht. Die Filiale Wien kam auf günstige Ergebnisse zurück; dieser Filiale wurde eine Warenabteilung angegliedert. Die Filiale Konstantinopel, deren Bankabteilung jetzt in Galata ihren Sitz hat, ist zu großer Bedeutung angewachsen und sie hat auch in dem Stadtteil Stambul eine Filialabteilung errichtet. In Würdigung der großen Bedeutung, die der Verbindung mit dem Orient beizumessen ist, und um diese Verbindung auszubauen, wurde die in Smyrna seit langen Jahren bestehende Warengeschäftsfiliale mit einer Bankabteilung ergänzt. Von den affilierten Provinzialinstituten hat die Temesvárer Bank und Handels-A.-G. ihr Aktienkapital auf drei Millionen, die Pozsonyer Handels- und Kreditbank-A.-G. das ihrige auf 1 1/2 Millionen Kronen erhöht. Zweck weiteren Ausbaues ihrer Verbindungen mit den Finanzinstituten in der Provinz hat die Bank eine Interessengemeinschaft mit der über ein eigenes Kapital von 10,2 Millionen Kronen verfügenden Vereinigten Bank und Sparkasse Aktiengesellschaft in Nagypárad geschaffen. Ferner hat die Bank die seit 48 Jahren bestehende Erste Nagykölköndäer Sparkasse, die seit 44 Jahren bestehende Nagykölköndäer Erste Distrikts-Sparkasse und die seit 46 Jahren bestehende Makóer Industrie- und Handelsgesellschaft in ihren Interessentkreise einbezogen. Die mit der Bank in Interessengemeinschaft befindlichen Geldinstitute verfügen insgesamt über 21,6 Millionen eigene Gelder und über 5,5 Millionen Kronen Rücklagen; ihr Einlagenstand erreicht fast 60 Millionen Kronen. Die Bank beteiligte sich bei der Gründung der Geldinstituts-Zentrale. Sodann erstattet der Bericht, nach Industrie, beziehungsweise Geschäftszweigen gruppiert, Meldung über die zu dem Interessentkreise der Anstalt gehörenden Unternehmungen, über welche hier nur folgendes erwähnt sei: Die Dr. Vipták u. Komp. A.-G. für Bau- und Eisenindustrie hat ihren Betrieb in großem Umfange fortentwickelt; sie gründete im Vereine mit der Enzesfelder Munitions- und Metallwerke A.-G. die Ungarische Munitionsfabrik A.-G. mit einem Aktienkapital von 2 1/2 Millionen Kronen. Die Ungarische Maschinenfabrik für chemische Industrie A.-G. und die Ungarische Bleiwarenfabrik A.-G. erhöhten ihr Aktienkapital auf je 1 Million Kronen; im Zusammenhange mit der letzteren wurde die Ungarische „Schoov“ Metallfabrik A.-G. gegründet. Behufs weiterer Ausbreitung ihrer Beteiligung an der Industrie für Baumaterialien hat die Bank die Aktienmajorität der Neustifter Ziegel- und Kalkbrennerei A.-G. und der „István“ Ziegelei A.-G. erworben. Die Steinbrucher Dampfziegelei-Gesellschaft fusionierte mit der Budapester Ziegel- und Kalkbrennerei A.-G. und erhöhte ihr Aktienkapital auf k 3.645.000. Die Beteiligungen in der Holzindustrie wurden mit der Graf Mikos Zabolaer Forstwirtschaft und Sägewerke A.-G. erweitert, außerdem wurde die Ungarische Forst- und Holzbetriebs-A.-G. gegründet. Von den Beteiligungen in der Industrie zur Verwertung der tierischen Nebenprodukte wurde die Firma Josef Löbl u. Sohn mit einem Kapital von 2 1/2 Millionen Kronen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, welche im Ausflusse ihrer Entwicklung ihr Aktienkapital auf drei Millionen Kronen erhöhen wird. Die Knochenverarbeitungs-Aktiengesellschaft der Budapester Fleischerhauer und Selcher hat der Betriebsausdehnung entsprechend ihr Aktienkapital auf zwei Millionen Kronen erhöht. Ein unter der Führung des Instituts stehendes Syndikat hat die Aktienmehrheit der Ersten Pester Spodium- und Leimfabrik A.-G. erworben. Unter Mitwirkung der Bank wurden die Ungarische Hornwarenfabrik A.-G. und die „Union“ Futtermittelfabrik A.-G. gegründet. Die Vereinigte Bernstädter und Györier Textilindustrie A.-G. hat ihr Aktienkapital von zwei auf vier Millionen Kronen erhöht; die Aktien der Gesellschaft wurden an der Budapester Börse eingeführt. Die Beteiligung an der Mühlenindustrie wurde durch die Erwerbung der Gellért-Dampfmühle A.-G. in Makó und der Temesvárer Hungaria-Dampfmühle A.-G. erweitert. Die Gerbstoffe-Fabrik A.-G. in Fiume erhöhte ihr Aktienkapital auf zwei Millionen Kronen. Die Bank hat auch an der Gründung der Ungarischen Erdgas-Aktiengesellschaft teilgenommen. Da die Anstalt mit Eintritt normaler Verhältnisse auf den vom Standpunkte unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung und der Besserung unserer Zahlungsbilanz sehr wichtigen Fremdenverkehr Einfluß gewinnen wollte, hat sie auf diesem Gebiete einen großangelegten Arbeitsplan aufgestellt, als dessen erstes Mittel sie in dem abgelaufenen Jahre die Aktien der Fremdenverkehrs- und Reiseunternehmens-A.-G. erworben hat. Zum Teile gehörte es zu dem mit dem Fremdenverkehr in Verbindung stehenden Arbeitspläne, die Entwicklung der schöneren Teile der Umgebung der Hauptstadt zu fördern; hiedurch soll auch dem Umstande gesteuert werden, daß so viele Familien zur Som-

Der österreichisch-ungarische Vorschuß an die Türkei.

Wien, 12. März.

In der türkischen Kammer wurde am letzten Freitag eine Vorlage eingebracht, durch welche die türkische Regierung ermächtigt wird, in Oesterreich-Ungarn einen Vorschuß von 240 Millionen Kronen zur Bezahlung militärischer Lieferungen und zur Vergütung der an die Betriebsgesellschaft der orientalischen Bahnen für Truppentransporte geschuldeten Zahlungen abzuschließen. Nach den bestehenden Absichten hätte die Kammer am Samstag geschlossen werden sollen. Danach wäre anzunehmen, daß die Vorlage über den Vorschuß bereits am Samstag die Genehmigung erlangt haben müßte. Eine Bestätigung der Nachricht liegt aber noch nicht vor.

Die Türkei hat den Schwerpunkt ihrer Geldbeschaffung für den Krieg in Deutschland gehabt. Dort wurden große Vorschüsse bewilligt, aus denen die militärischen Auslagen, die Ausrüstung und Bewaffnung des Heeres und der Sold für die Truppen bestritten worden sind. Der erste Vorschuß, den die Türkei in Deutschland noch im Jahre 1915 erhielt, bezifferte sich mit 40 Millionen türkischen Pfund. Im Jahre 1916 wurde dann ein zweiter Vorschuß von 47 Millionen Pfund gewährt. Auch dieser dürfte bereits ganz oder zum größten Teile erschöpft sein, und insgesamt dürften die Vorschüsse, welche die Türkei in Deutschland erhalten hat, hinter 100 Millionen Pfund nicht weit zurückbleiben. Die deutschen Vorschüsse an die Türkei wurden zum großen Teile in effektivem Golde realisiert und sind in die Türkei geflossen, wo sie für das Heer ihre Verwendung fanden. Nur für die industriellen Bestellungen, die in Deutschland getätigt wurden, ist keine Geldüberendung erfolgt und der betreffende Teil des Vorschusses ist in Deutschland geblieben.

Der Vorschuß, der in Oesterreich-Ungarn abgeschlossen wurde, trägt den letzteren Charakter. Er dient, wie mitgeteilt wurde, ausschließlich für Zahlungen an Oesterreich und Ungarn, und das ist auch schon daraus ersichtlich, daß er nicht auf türkische Baluta, sondern auf Kronenwährung lautet, die ausschließlich für Zahlungen in Oesterreich und Ungarn verwendet werden kann. Der Vorschuß wurde mit der österreichisch-ungarischen Orientgruppe geschlossen. Dieser Gruppe gehört an die Creditanstalt und der Bankverein in Wien, die Ungarische Kreditbank und die Kommerzialbank in Budapest. Den vier Banken hat sich für den Zweck des Vorschusses die Bodenkreditanstalt und die kaiserlich-österreichische Escomptegesellschaft angeschlossen, so daß das Konjunktium für diesen Zweck aus sechs Banken besteht. Der Vorschuß dient für Lieferungen, die in Oesterreich und Ungarn bereits vollzogen worden sind, ausschließlich für Kriegsartikel aller Art, in welchen das türkische Kriegsministerium die Käufe vollzogen hat. Ein Teil davon wird der Gesellschaft der Orientbahnen als Bezahlung für die Militärtransporte überwiesen. Diese Schuldigkeit der Türkei an die Orientbahnen erreicht die Höhe von 40 Millionen Kronen und wird aus dem Erlöse der Anleihe refundiert.

Der türkische Vorschuß ist wie ein gewöhnliches Kontokorrentdarlehen entworfen. Die Banken räumen dem türkischen Finanzminister einen Kredit ein und eröffnen ihm ein eigenes Konto. Er erfährt keine nennenswerte Begünstigung gegenüber sonstigen Darlehen, denn der Zinsfuß wird mit einem Prozent über dem Satze der Oesterreichisch-ungarischen Bank bemessen. Für den Vorschuß werden dreimonatige Schecks ohne Ausgegeben, welche aber bis zwölf Monate nach Friedensschluß prolongiert werden sollen. Auch ist die Konvertierung des Vorschusses in eine konsolidierte Anleihe gleichfalls in Aussicht genommen. Das Geld bleibt zur Gänze in Oesterreich-Ungarn und wird an jene Fabriken, welche Kriegslieferungen nach der Türkei vollzogen haben, sowie an die Betriebsgesellschaften der Orientbahnen überwiesen werden. Die Verhandlungen über diesen Vorschuß sind vor einiger Zeit abgeschlossen worden. Da die Lieferungen, die aus ihm bezahlt werden sollen, bereits zum größten Teile vollzogen sind, betrifft er eine Abstattung älterer Schulden und nicht eine neue Kreditgewährung. Die deutschen und die österreichisch-ungarischen Vorschüsse beweisen aber, daß das finanzielle Schicksal der Türkei mit ihren politischen Bundesgenossen auf das engste verknüpft bleibt.

Die Vorlage über das Vorschußgeschäft.

Konstantinopel, 10. März. (Berspätet eingetroffen.)

Die Verhandlung des Gesetzes, betreffend die Aufnahme eines Vorschusses von 240 Millionen Kronen bei einer Gruppe von österreichischen und ungarischen Banken ist auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt worden.

Der Motivenbericht besagt, daß der Vorschuß dazu bestimmt ist, die Beträge der vom ottomanischen Kriegsministerium in Oesterreich-Ungarn gemachten Käufe sowie die der Gesellschaft der Orientalischen Eisenbahnen für Militärtransporte seit Beginn des Krieges geschuldeten Summen zu begleichen.

Der Vorschuß wird durch Eröffnung eines Kredits stätig gemacht, von dem die türkische Regierung bis ein Jahr nach Abschluß der Vereinbarung Gebrauch machen kann.

Der Zinssatz ist in der Weise festgesetzt, daß er den Zinsfuß der Oesterreichisch-ungarischen Bank um 1 Prozent übersteigt, daher gegenwärtig 6 Prozent beträgt, und den offiziellen Zinsfuß niemals um mehr als 1 1/2 Prozent überschreiten darf.

Die von der türkischen Regierung für den Vorschuß ausgegebenen Bonds laufen auf drei Monate; die Banken sind jedoch gehalten, den Fälligkeitstermin hinaus zu schieben, solange der Kriegszustand zwischen der Türkei und irgend einem der gegenwärtigen Kriegführenden an-

16. III. 1917

Ungarische Eskompte- und Wechselbank.

Aus Budapest, 15. d., wird uns telegraphiert:

Die Direktion der Ungarischen Eskompte- und Wechselbank hat in ihrer heute unter Vorsitz des Präsidenten Baron Max Madarassy-Bed abgehaltenen Sitzung die Schlussrechnungen der Bank für das Jahr 1916 festgestellt, die ein Bruttoerträgnis von K. 11,321.737 aufweisen, während der Reingewinn nach Abzug sämtlicher Spefen und Steuern, der für Kriegsfürsorgezwecke verausgabten Beträge und der Abschreibungen K. 6,530.149 beträgt gegen K. 5,132.188 im Vorjahre. Ohne Berücksichtigung des Gewinnvortrages beträgt der heuer ausgewiesene Mehrgewinn K. 799.821.

Die Direktion hat beschlossen, der für den 31. d. einberufenen Generalversammlung die Ausschüttung einer Dividende von 7½ Prozent = K. 30 pro Aktie (gegen 7 Prozent = K. 28 i. V.) in Vorschlag zu bringen und zu beantragen, daß dem Reservefonds außer der planmäßigen Dotierung der Spezialreserve mit K. 71.966 K. 400.000 (gegen K. 250.000 i. V.), dem Pensionsfonds der Angestellten K. 250.000 (gegen K. 50.000 i. V.) und dem Unterstützungsfonds der Angestellten K. 20.000 (gegen K. 10.000 i. V.) überwiesen werden. Bei Annahme dieser Anträge würde nach Abzug der Direktionstantien der Gewinnvortrag für das laufende Geschäftsjahr K. 1,818.152 (gegen K. 1,110.173) betragen.

Die Bilanz zeigt folgende Ziffern:

Aktiva: Kassenbestände K. 8,849.740 (i. V. 6,393.539), Schatzscheine, Renten und sonstige Effekten 83,586.691 (65,865.828), Wertpapiere des Pfandbriefsicherstellungsfonds 5,864.636 (5,617.570), Wertpapiere des Kommunal-Obligationsfonderstellungsfonds 3,880.464 (3,321.264), Wertpapiere des Pensionsfonds 3,573.685 (3,960.132), Realitätenbesitz des Pensionsfonds 1,855.393 (550.000), Vorrat an eigenen Pfandbriefen und Kommunalobligationen 6,362.754 (9,000.852), Wechselportefeuille 59,561.868 (65,742.900), Devisen und Komptanten 793.812 (1,214.791), Vorschüsse in Lombardgeschäft 45,128.157 (45,528.402), Vorschüsse auf ungarische Kriegsanleihe 132,600.652 (100,086.980), Konsortialeinzahlungen 15,441.364 (11,196.633), diverse Debitoren 149,153.042 (94,424.096), Hypothekendarlehen in Pfandbriefen 107,803.743 (108,744.691), Kommunaldarlehen 13,093.820 (13,212.120), Pachtkaufschale der Budapester Lagerhäuser 7,470.180 (unverändert), Warenabteilung und deren Unternehmungen 20,090.577 (6,165.560), Realitätenkonto 2,750.000 (unverändert), Realitäten- und Mobilienkonto der Filialen 228,765 (275.985). Zusammen K. 667,169.060 (i. V. 551,501.613).

Passiva: Aktienkapital 65 (i. V. 50) Millionen Kronen, Reservefonds K. 10,081.115 (6,931.115), Spezialreserve 2,408.655 (2,396.688), Außerordentliche Reserve 2,326.266 (unverändert), Budapester Lagerhäuser-Amortisationskonto 2,038.388 (1,926.637), Pensionsfonds der Angestellten 6,065.114 (5,798.978), Akzessionskonto 2,052.600 (2,522.200), Sparkassen, Scheck- und Kontoforrenteinlagen, Kassenscheine 352,569.185 (225,293.885), Diverse Kreditoren 75,706.085 (47,972.109), Pfandbriefe im Umlauf 108,386.520 (109,290.876), Kommunalobligationen im Umlauf 13,155.000 (13,316.100), Reingewinn unter Einzurechnung des vorjährigen Gewinnvortrages von K. 1,110.173 6,530.149 (5,132.188), Guthaben des Finanzministeriums 0 (56,910.569), zusammen K. 667,169.060 (i. V. 551,501.613).

Das Aktienkapital der Bank erscheint infolge der Ende Dezember 1916 erfolgreich durchgeführten Kapitalerhöhung bereits mit 65 Millionen Kronen und die Reserven mit K. 15,666.036 ausgewiesen, doch hatten diese der Bank erst in den letzten Tagen des Jahres aufgelassenen neuen Mittel naturgemäß noch keinen Einfluß auf das Geschäftsergebnis; die neuen Aktien partizipieren dementsprechend erst an der Dividende des nächsten Geschäftsjahres (1917).

Das Effektenportefeuille der Bank figuriert heuer mit 83,6 Millionen Kronen in der Bilanz, gegen 65,9 Millionen Kronen im Vorjahr, während sich die Syndikateinzahlungen von 11,2 Millionen Kronen auf 15,4 Millionen Kronen erhöhten. Diese Steigerungen sind auf Uebernahme von Aktien einiger dem Konzern der Bank neu angegliederten Unternehmungen und diverser Posten von Renten- und Kassenscheinemissionen des ungarischen Staates, ferner auf Kapitalerhöhungen verschiedener, dem Interessentenkreis des Instituts angehöriger Aktiengesellschaften zurückzuführen. Die Bewertung der Effekten- und Konsortialbestände erfolgte auch diesmal unverändert zu den niedrigen Kursen der ersten, nach Kriegsausbruch verfaßten Bilanz (1914); in dem Mehrwert der Bestände erscheint eine auch dem Vorjahr gegenüber wesentlich gestärkte Rücklage geschaffen. Die Vorschüsse im Lombardgeschäft weisen einen dem Vorjahr gegenüber fast unveränderten Saldo von 45,1 Millionen Kronen auf, während die auf Kriegsanleiheitres gewährten Vorschüsse eine Zunahme von 100,1 Millionen auf 132,6 Millionen Kronen erfuhren. Die Einlagen und sonstige Kreditoren erscheinen mit 428,3 Millionen Kronen ausgewiesen, was einer Zunahme von zirka 155 Millionen Kronen gegenüber dem Vorjahr und dem Jahre 1914 gegenüber sogar einer solchen von zirka 237 Millionen Kronen entspricht.

Das Gewinn- und Verlustkonto zeigt folgende Ziffern:

Erträgnisse: Gewinnvortrag vom Jahre 1915 K. 1,110.173 (512.034), Zinsen 5,463.431 (4,952.086), Provision und Kommission 1,436.035 (1,272.400), Effekten- und Konsortialgeschäft 369.698 (108.059), Devisen 254.436 (302.373), Filialen 964.590 (718.753), diverse Unternehmungen 520.093 (264.281), Hypothekar- und Kommunalobligationsgeschäft 627.984 (618.364), Hauszucht 110.436 (111.636), Budapester Lagerhäuser 464.860 (522.216). Zusammen 11,321.737 (i. V. 9,377.202).

Zinsen: Gehalte K. 2,205.839 (i. V. 1,780.799), Spefen 1,124.461 (931.910), Kriegsfürsorgezinsen 237.879 (156.298), Abschreibung dubiojer Forderungen 511.286 (618.613), Steuern 712.120 (591.624), Abschreibungen von Mobilien 0 (168.769), Reingewinn inklusive Vortrag vom Jahre 1915 von K. 1,110.173 6,530.149 (5,132.188). Zusammen K. 11,321.737 (i. V. 9,377.202).

Zinsen und Provisionen weisen dem Vorjahre gegenüber mit einem Gewinnsaldo von 6,5 Millionen Kronen, respektive 1,4 Millionen Kronen auch diesmal erhöhte Erträgnisse auf. Die Zunahme ist auf die insbesondere im Zusammenhang mit den Kriegsanleihe-Transaktionen wesentlich gesteigerten Umsätze zurückzuführen. Auch das Erträgnis der Filialen hat eine Zunahme von K. 718.753 auf K. 964.590 erfahren. Diese Steigerung ist auf die mit dem Zuwachs des Einlagenstandes zusammenhängenden gesteigerten Umsätze und die intensive Pflege des laufenden Geschäftes zurückzuführen. Die im Vorjahre gemeinsam mit der Oesterreichischen Länderbank im polnischen Okkupationsgebiet in Dabrowa errichtete Filiale hat ihre erste Jahresbilanz mit befriedigendem Erfolg abgeschlossen. Im Berichtsjahre hat die Bank ihr Filiales durch Eröffnung einer Expositur in Belgrad erweitert. An Syndikaten sowie im Effekten- und Effektenkommissionsgeschäft wurden heuer K. 369.698 gegen K. 103.058 im Vorjahre ausgewiesen.

Die Handlungskosten und Gehälter weisen auch diesmal beträchtliche Erhöhungen auf, erstere infolge von mit dem Kriege zusammenhängenden Ausgaben, letztere aus dem Grunde, weil die Bank auch diesmal darauf bedacht war, die materielle Lage ihrer Angestellten nach Möglichkeit zu verbessern, und ihnen heuer außer den bereits seit einer Reihe von Jahren liquidierten Teuerungszulagen eine wesentlich erhöhte Kriegszulage bewilligt hat. Das Institut liquidiert seinen zum Militärdienst eingerückten Angestellten nach wie vor die vollen Bezüge und läßt deren Angehörigen auch Kriegsteuerzuschüsse zukommen. Die durch den Krieg bedingten außerordentlichen Ausgaben des Instituts beziffern sich seit Ausbruch des Krieges auf mehr als K. 1,800.000.

Auf die im Berichtsjahre zur Ausgabe gelangte vierte und fünfte Kriegsanleihe wurden bei der Bank zirka 236 Millionen Kronen gezeichnet, wodurch die durch das Institut bisher aufgebrachtten Kriegsanleihezeichnungen die statliche Höhe von zirka 600 Millionen Kronen erreichten.

Die Bank beteiligte sich im abgelaufenen Geschäftsjahre an der Emission von Nominale 150 Millionen Mark 6prozentiger ungarischer Staatskassenscheine, Nominale 80 Millionen Kronen 6prozentiger amortisierbarer Anleihe der Haupt- und Residenzstadt Budapest, an dem Vorstoß im Betrage von 30 Millionen Kronen an die Haupt- und Residenzstadt Budapest, ferner an der Konversion von Nominale 250 Millionen Kronen ungarischer Staatskassenscheine vom Jahre 1913 und der Emission von Nominale 600 Millionen Kronen 5½prozentiger Staatskassenscheine. Außerdem partizipiert das Institut an der Gründung der ungarischen Erdgas-A.G., der Geldinstitutenzentrale, der „Nitropa“ Mitteleuropäischen Schlafwagen- und Speisewagen-A.G., der Erdöl-, Bergbau- und Industrie-A.G., der Kapitalerhöhung der ungarischen Fluß- und Seeschiffahrt-A.G., der ungarischen Realitätenbank-A.G., der ungarischen Verkehrsbank-A.G., der ungarischen Anfruchtungs- und Parzellierungsbank-A.G. und der Südungarischen Zuckerindustrie-A.G. Schließlich erwarb die Bank die Majorität der Aktien der Gijelamühle, der Boni Fabrikshof- und Landwirtschaftliche A.G. und der Budapester Stanz-, Emailierwerk und Metallwarenfabrik Serz & Sohn A.G.

Die Warenabteilung der Bank betätigte sich auch im abgelaufenen Jahre im Rahmen des intensiv und ausschließlich gepflegten Kommissionsgeschäftes und hatte hauptsächlich die Abwicklung der ihr seitens der Kriegsprodukten-A.G. und verschiedener Behörden anvertrauten Transaktionen zu besorgen. Die von der Bank betriebenen Hauptstädtlichen Lagerhäuser hatten unter Transportchwierigkeiten und Arbeitermangel zu leiden und weisen, ebenso wie die Barcier Lagerhäuser, ein weniger günstiges Ergebnis auf als im Vorjahr, während die humanere Öffentliche Lagerhaus-A.G. ein günstigeres Ergebnis erzielte und eine höhere Dividende zur Verteilung bringen wird. Die ungarische Verkehrsbank-A.G., deren Geschäftsumfang sich andauernd stark entwickelt, hat ihr Aktienkapital im abgelaufenen Geschäftsjahre auf 10 Millionen Kronen erhöht und wird nach dem erhöhten Aktienkapital eine höhere Dividende zur Ausschüttung bringen als im Vorjahr.

Pester Ungarische Kommerzbank.

Die Pester Ungarische Kommerzbank veröffentlicht heute ihre Schlussrechnungen des 75. Geschäftsjahres. Das Gewinn- und Verlustkonto zeigt folgende Ziffern:

Erträge: Gewinnvortrag 2.533.291, hier von ab: Spende der vorjährigen Generalversammlung an das Invalidenamt in Ungarn, zur Errichtung eines militärischen Sanatoriums für Lungenkranke 500.000 verbleiben 2.033.291 (2.468.555), Zinseneinzukommen 16.725.436 (14.484.779), Erträge der Anstaltsgebäude 291.587 (247.233), Gewinn im Hypothek- und Kommunal-leihengeschäft 2.170.455 (2.124.678), verschiedene Provisionen 2.070.924 (1.656.932), Gewinn an Devisen und Valuten 374.481 (503.393), Gewinn an Effekten und Syndikaten 1.561.867 (460.041), verschiedene Gewinne 763.021 (715.658), Gewinn der Wechselstube, der Filialen und Kommanditen 320.040 (346.714). Summe K. 26.836.055 (23.303.033).

Posten: Gehalte K. 2.808.302 (i. V. 2.656.010), Spesen und Steuern 2.112.524 (1.637.592), Spenden für Kriegszwecke und durch den Krieg verursachte Ausgaben 1.657.899 (610.204), Abschreibungen: von verschiedenen Forderungen 40.409 (261.713), vom Inventar der Filialen 153.622 (0), Gewinn 20.059.297 (18.057.514). Summe K. 26.836.055 (23.303.033).

Der Reingewinn ohne Vortrag beträgt K. 18.005.006, um K. 2.386.047 mehr als im Vorjahr. Dieser Ueberschuß wird jedoch durch die in Verbindung mit dem Jubiläum diesmal mehr als 4 Millionen Kronen betragenden Zuwendungen für wohltätige Zwecke absorbiert. Am stärksten ist der reine Zinsenertrag angewachsen, und zwar um 2.29 Millionen Kronen, was ausschließlich dem außerordentlich angewachsenen Verkehr und dem stark erweiterten Geschäftskreis der Bank zugeschrieben werden kann.

In dem Hypothek- und Kommunalleihengeschäft beträgt der Reingewinn K. 2.170.455 (+ 45.781), was eine Folge der natürlichen Entwicklung des Geschäftes ist und dadurch erzielt werden konnte, weil besonders in der letzten Hälfte des Jahres die Bank infolge der großen Nachfrage nach Pfandbriefen den Kurs ihrer Titres erhöht hat und so imstande war, auch die Konditionen des Hypothekarkredits zu verbessern. Der Stand der Hypothekardarlehen hat sich infolge der Rückzahlungen um 2.7 Millionen Kronen verringert, der der Kommunaldarlehen jedoch um rund eine Million gesteigert. Die Summe sämtlicher im Umlauf befindlichen Obligationen der Kommerzbank beträgt 578.7 Millionen Kronen; mit dem Wiederverkauf der zurückgelassenen Titres hat die Bank im Berichtsjahr Titres im Gesamtbetrag von 11.25 Millionen Kronen placiert.

Die Provisionen sind um 0.41 Millionen Kronen auf 2.07 Millionen Kronen angewachsen; die Bank hat hier keinerlei außerordentlichen Gewinn berechnet, so daß die Erhöhung nur ein Ergebnis des regulären Geschäftes ist. Infolge Errichtung der Devisenzentrale hat sich der in dem Devisengeschäft erzielte Gewinn um K. 133.917 vermindert, während sich an den Wertpapieren und Syndikaten ein Ertragsplus von 1.1 Millionen Kronen zeigt. Die Wechselstube und Filialen haben einen Mehrgewinn von K. 173.326 erbracht.

Die Posten haben eine beträchtlichere Steigerung erfahren, so bei den Gehältern K. 152.293, während bei den Spesen und Steuern die Mehrausgabe K. 424.932 beträgt. Die größte Erhöhung zeigen jedoch die Spenden für Kriegszwecke und die durch den Krieg verursachten Ausgaben, die gegenüber dem Vorjahr eine Mehrausgabe von 1.047.694 aufweisen. Die gesamten Ausgaben der Bank für Zwecke der Kriegsfürsorge seit Beginn des Krieges übersteigen — die Jubiläumsspenden hinzugerechnet — 5 Millionen Kronen.

Die Bilanz zeigt folgende Ziffern:

Aktiva: Kasse K. 21.293.444 (i. V. 21.505.026), Wechselportefeuille 78.268.922 (95.583.190), Vorschüsse auf ungarische Kriegsanleihe 263.509.500 (241.444.012), Vorschüsse auf Effekten in laufender Rechnung 107.594.660 (74.263.858), Lombardvorschüsse und Report 4.372.922 (3.916.340), Hypothekardarlehen in Pfandbriefen 307.194.516 (309.908.008), Kommunaldarlehen in Obligationen 269.780.105 (263.714.418), intabulierte Darbarlehen auf Realitäten und Darbarlehen an Kommunen 28.794.614 (31.514.984), rückständige Raten nach Hypothek- und Kommunaldarlehen 3.670.839 (3.562.689), Sicherstellungsfonds der Pfandbriefe 16.680.000 (19.795.608), Sicherstellungsfonds der Kommunalobligationen 18.856.000 (16.751.184), Titres eigener Emission im Portefeuille 5.283.773 (7.179.322), Unterlagen für die Rentenscheine 19.989.860 (22.145.027), Staatsrentenobligationen im Portefeuille, Beteiligung an staatlichen Vorzugsengeschäften und an Staatsrenten-Emissionen 618.698.942 (167.149.300), Effekten im Portefeuille 113.716.931 (67.976.914), Beteiligung bei Kommanditen und affiliierten Geldinstituten 23.779.557 (24.786.145), Einzahlungen in Syndikaten 14.841.431 (14.870.356), Bankgebäude 10.764.078 (8.030.324), Pensionsfonds 3.969.210 (5.983.530), Effekten des Pensionsfonds 244.900 (unverändert), Effekten verschiedener Stiftungen 30.800 (unverändert), Debitoren: bedeckte 90.536.472 (69.388.864), Bankenguthaben im In- und Ausland und diverse Debitoren 148.600.609 (98.722.537), diverse Aktiva 3.446.774 (4.724.698), Inventar ganz abgeschrieben. Summe K. 2.174.877.715 (1.583.632.324).

Passiva: Aktienkapital K. 64.000.000 (62.500.000), ordentliche Reserve 40.000.000 (unverändert), außerordentliche Reserve 37.200.000 (33.000.000), Dividendenreserve 33.000.000 (31.250.000), eingezogene Beträge auf die Kapitalserhöhung, beschlossen am 21. Dezember 1916 9.116.550 (0), Titres im Umlauf 601.646.298 (605.058.710), Prämienfonds der prämierten Kommunalobligationen 2.355.916 (2.295.302), Einlagen 811.225.170 (513.522.329), verschiedene Kreditoren 413.006.821 (202.120.015), Guthaben des ungarischen Finanzministeriums, der Komitate, der Kommunen und der ungarischen Postparasse 61.102.501 (27.573.939), Pensionsfonds der Beamten und Diener 3.969.210 (5.971.544), Pensionsfonds 244.900 (unverändert), verschiedene Stiftungen 30.800 (unverändert), Guthaben des Kreditnehmerverbandes 154.941 (159.146), unbehobene Dividenden Titrescoupons 7.590.937 (4.753.555), vorausbezahlte Annuitäten nach Hypothek- und Kommunaldarlehen 456.269 (673.536), diverse Passiva 8.558.283 (6.540.884), Saldo der transitorischen Posten 49.485.163 (29.795.464), Saldo der unerrechneten Zinsen 6.205.553 (6.540.884), Gewinn

per Saldo 20.059.297 (18.057.514). Summe K. 2.174.877.715 (1.583.632.324).

Wie bei den anderen Banken, weist das Wechselportefeuille auch hier eine der Finanzwirtschaft des Krieges entsprechende Verminderung von 95.6 Millionen auf 78.3 Millionen Kronen auf. Eine weitere Erscheinung des Kriegskreditzustandes ist das neuerliche Sinken der auf ungarische Kriegsanleihenobligationen gewährten Vorschüsse um 22 Millionen auf 263.5 Millionen. Die Belebung des Börsenverkehrs und das gesteigerte Effektengeschäft werden durch die Erhöhung der Lombardvorschüsse um 36.3 Millionen auf 107.6 Millionen Kronen illustriert. Sinegen weist das Reportgeschäft eine ansehnliche Verminderung von 8.9 Millionen auf 4.4 Millionen Kronen auf.

Das Effektenportefeuille ist entsprechend der Zunahme des Interessenkreises der Bank neuerlich um 45 Millionen Kronen auf 113.7 Millionen Kronen gewachsen. Am wesentlichsten ist die Veränderung in der Post Vorschüsse an den Staat und Emission staatlicher Obligationen, die einen anschaulichen Beweis bietet für die großen Mittel, die die Bank in den Dienst des ungarischen Staatskredits stellte. Diese Elozierung hat die Summe von 616.7 Millionen Kronen erreicht und so die vorjährige Summe um nicht weniger als 449.5 Millionen Kronen überflügelt. Die Debitoren sind um 71 Millionen auf 239.1 Millionen Kronen gestiegen. Das nunmehr fertiggestellte neue Zentralbankgebäude sowie die für die verschiedenen Stadtfilialen erworbenen Häuser figurieren in der Bilanz zusammen mit dem Gebäude der Nagyszajcszer Filiale nach der bisherigen großen Abschreibung mit 10.76 Millionen Kronen; nach Durchführung der vorgeschlagenen Wertverminderungsreservierungen sinkt diese Post auf 10.06 Millionen Kronen.

Die stärkste Verschiebung zeigt sich bei der Post Einlagen mit einer Steigerung von 542.5 Millionen auf 1285 Millionen Kronen, die im engsten Sinne genommenen ständigen Einlagen belaufen sich auf 811.5 Millionen (i. V. 513.5 Millionen Kronen), die Summe der verschiedenen Kreditoren auf 413 Millionen (202.1 Millionen Kronen), die Guthaben der Ministerien, Komitate und Gemeinden sowie der Postparasse auf 61.1 Millionen Kronen (27.6 Millionen). Dieses außerordentliche Anstehen der der Bank anvertrauten fremden Gelder erfolgte, trotzdem die vierte und die fünfte Kriegsanleihe der Anstalt Einlagen in der Höhe von mehr als 210 Millionen Kronen entzogen haben. Die traditionelle große Mobilität der Kommerzbank beleuchtet die Tatsache, daß die Anstalt gegenüber Einlagen und anderen kurzfristigen Passiven im Betrag von 1313 Millionen Kronen über 1630 Millionen Kronen leichtmobilisierbare Aktiven verfügt. Zur weiteren Verstärkung ihrer Reserven hat die Bank heuer dem Dividenden-Reservefonds 1.5 Millionen Kronen, dem Wertverminderungsfonds der Immobilien K. 700.000 zugewiesen, aus dem Bilanz-ertrag auf das kommende Jahr K. 2.025.446 vorgetragen, während der vorjährige Vortrag K. 2.533.291 betrug, aus dem sie K. 500.000 dem Sanatorium für lungenkranke Invaliden zugewendet hatte. Die Direktion beantragt außerdem als Jubiläumsspenden eine Million Kronen für Wohltätigkeitszwecke, K. 600.000 als Jubiläumsgeschenk für ihre Beamten und zur Deckung der Spesen der Jubiläumsmonographie zu verwenden.

Verbindung österreichischer und ungarischer mit südamerikanischen Banken.

In der nächsten Zeit werden Mitglieder der Hochfinanz von Oesterreich und Ungarn in die Verwaltung zweier südamerikanischer Institute eintreten. Ein Direktor der Oesterreichischen Kreditanstalt wird in den Aufsichtsrat der Brasilianischen Bank, ein Vertreter der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank in den Aufsichtsrat der Bank für Chile und Deutschland gewählt werden. Die beiden genannten südamerikanischen Banken sind Gründungen der Berliner Diskontogesellschaft, welche auch die finanzielle Führung besitzt. Die Brasilianische Bank für Deutschland hat ihren Sitz in Hamburg und besteht seit dem Jahre 1887. Sie betreibt Niederlassungen in Rio de Janeiro, San Paulo, Santos, Bahia und Porto Alegre. Ihr Zweck ist der Abschluß von Bank- und Handelsgeschäften mit und in Brasilien. Das Aktienkapital beträgt 15 Millionen, die Reserven 6 1/2 Millionen Mark. Die Bank hat ein bedeutendes Geschäft, wies in der letzten Bilanz Einlagen von 93 Millionen Mark auf und zahlte bis vor dem Kriege Dividenden von regelmäßig 10 Prozent. Im Kriege wurde keine Dividende bezahlt. Die Bank von Chile und Deutschland hat gleichfalls ihren Sitz in Hamburg und Zweigniederlassungen in Valparaiso, Santiago und fünf anderen Städten Chiles. Sie besteht seit dem Jahre 1895. Das Aktienkapital beträgt zehn Millionen Mark, wovon die Hälfte eingezahlt ist. Ihr Geschäft wurde auch auf Bolivien ausgedehnt. Sie verteilte vor dem Kriege Dividenden von 6 Prozent und hat im Kriege die Dividendenzahlung eingestellt.

Der Eintritt der österreichischen und ungarischen Bankleiter verfolgt den Zweck, für eine künftige Ausgestaltung der Handelsbeziehungen zwischen der Monarchie und Südamerika die Grundlage zu schaffen. Diese Beziehungen kommen sowohl für den Export als für den Import in Betracht. Die Pflege und Ausgestaltung des Exportes soll nach den bestehenden Absichten im gemeinsamen Einvernehmen mit Deutschland erfolgen, und deshalb soll das österreichische und ungarische Finanzkapital sich an den in dieser Richtung in Deutschland geschaffenen Organisationen beteiligen. Südamerika wird aber auch als Bezugsquelle für Rohstoffe der industriellen Produktion und für überseeische Konsumartikel in stärkerem Maße als vor dem Kriege herangezogen werden. Für Zwecke dieser Art ist auch die Beschaffung der Valuta erforderlich, der in Zukunft ein großes Augenmerk zugewendet werden muß, da die Finanzierung dieser Bezüge nicht mehr auf dem Umwege über London, sondern direkt in Südamerika erfolgen soll. Auch in dieser Richtung wird eine Kooperation mit dem deutschen Kapital als Notwendigkeit bezeichnet. Die Aktion der österreichischen und ungarischen Banken wird in Anlehnung an die schon bestehenden deutschen Organisationen erfolgen. Die Kreditanstalt und die Ungarische Kreditbank werden sich an den beiden von der Diskontogesellschaft gegründeten überseeischen Banken durch Aktienübernahme beteiligen. Hierüber werden die nötigen Abmachungen erst getroffen werden.

Ueber den Eintritt in die beiden südamerikanischen Banken wird die folgende Mitteilung versendet:

„Die Kreditanstalt und die Ungarische Allgemeine Kreditbank haben in der Erwägung, daß die Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege eine innigere Fühlungnahme zwischen der Monarchie und Südamerika anstrebenswert erscheinen läßt, mit der Direktion der Diskontogesellschaft in Berlin Abmachungen dahingehend getroffen, daß ein engeres Zusammengehen zwischen den genannten Instituten und den seitens der Diskontogesellschaft gegründeten Banken, nämlich der Brasilianischen Bank für Deutschland und der Bank für Chile und Deutschland, Platz greifen soll. In der nächsten Generalversammlung der genannten Banken wird ein Vertreter der Kreditanstalt in den Aufsichtsrat der Brasilianischen Bank eintreten, während ein Vertreter der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank in den Aufsichtsrat der Bank für Chile und Deutschland gewählt werden wird.“

Ungarische Allgemeine Kreditbank.

Budapest, 19. März.

Die unter dem Vorsitz des Direktionspräsidenten Geheimen Rates Grafen Anton Czizaly abgehaltene ordentliche Generalversammlung der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank genehmigte infolgedessen die Direktionsvoranschläge, die Verteilung des Reinertrages von 16.431.203 Kronen. Demnach werden ab 2. April a Dividende 48 Kronen per Aktie verteilt, vier Millionen Kronen dem Reservefonds einverleibt, ferner eine weitere Million Kronen dem ordentlichen Reservefonds zugewiesen, eine Million Kronen zur Dotierung der Immobilienreserven verwendet und 893.400 Kronen auf neue Rechnung vorgetragen. In die Direktion wurden auf die Amtsdauer von fünf Jahren Baron Eugen Haupt-Stummer, Baron Louis Rothschild und Dr. Edmund v. Wagner wieder, Dr. Aurel Egrý ausgewählt.

Der der Versammlung vorgelegte Geschäftsbericht lautet:

Sechste Generalversammlung!

Wir halten bereits unsere dritte ordentliche Generalversammlung seit dem Ausbruche des Krieges und das große ökonomische ist noch immer nicht zu Ende. Wir durchleben jetzt zweifellos die kritischste Phase des Weltkrieges; die rastlose Tätigkeit übersteigt auf beiden Seiten selbst die bisherigen außerordentlichen Maße; wir hegen aber das unerschütterliche Vertrauen, daß der Endsieg unser sein wird. Unser treubrüdiger Verbündeter, Rumänien, durch dessen meuchlerischen Ueberfall lebensbürgen von großen Leiden heimgesucht war, ist vollkommen niedergebrosen. Als Entgegnung auf die Aushungungsblockade Englands ist der schonungslose Unterseebootkrieg angeleitet worden, der schon in seinen Anfängen unseren Ueberfliegen Schaden verursacht, ihren Seeverkehr sehr empfindlich trümpert und den Verkehr mit den Ländern ihrer Kraftquellen hmt. An diese Erfolge können wir wohl die feste Hoffnung knüpfen, daß diese energische Maßnahme nach jenen glorreichen Monaten auf allen Kampfplätzen erringt, zum baldigen Ende des Krieges führen wird. In diesem Augenblicke,

da unser aller Aufmerksamkeit ausschließlich von dem großen Kampf auf Leben und Tod gebunden wird, wäre es nicht zeitgemäß, den Einzelheiten unserer wirtschaftlichen Verhältnisse eine eingehende Schilderung zu widmen. Erfreulich und überaus beruhigend ist die Tatsache, daß, während die gesamte Bevölkerung des Landes, brüderlich zusammenhaltend, Schulter an Schulter mit todesverachtendem Heldenmut auf den Schlachtfeldern kämpft, hinter der Front, abgesehen von gewissen bedauerlichen Auswüchsen, alle Zweige und alle Faktoren des wirtschaftlichen Lebens sich voll und ganz den Anforderungen der Kriegsführung anschmiegen und ihre ungeborene Kraft mit patriotischer Hingebung in den Dienst des großen Zieles stellen. Ebenso ist es eine günstige Erscheinung, daß wir die jede Voraussicht übersteigenden riesigen wirtschaftlichen Lasten des Krieges bisher ungebeugt ertragen und die Kriegskosten durch die beinahe ausschließlich im Inlande erfolgte sehr erfolgreiche Placierung größtenteils konsolidierter Kriegsanleihen decken konnten, so daß alle Ursache zur Annahme vorhanden ist, daß es uns auch gelingen wird, den wirtschaftlichen Anforderungen des wiederkehrenden Friedens gerecht zu werden. In diesen schweren Zeiten belätigt die Nation eine fürwahr würdevolle Selbstverleugnung und Hingebung. Die notwendige Einteilung der Vorräte, deren Knappheit auf die mangelhaftere Bearbeitung des Bodens und die irrtliche ungünstiger Witterung stark verringerten Ernteergebnisse sowie auch auf den Umstand zurückzuführen ist, daß unser Land nicht nur die eigene Bevölkerung zu ernähren hat, konnte bisher ohne größere Schwierigkeiten bewerkstelligt werden. Vielversprechend für die nächste Zukunft ist es, daß der günstige Wettergang des verflossenen Herbstes es ermöglicht hat, dem Vorjahre gegenüber ein wesentlich größeres Gebiet bearbeiten und bebauen zu können und daß außer den bereits früher okkupierten feindlichen Gebieten fürderhin auch der besetzte Teil Rumaniens seinen Getreideüberschuß und seine sonstigen wichtigen Produkte den Zentralmächten zuführen wird. Ungarn besitzt in der Fruchtbarkeit seines Bodens eine so bedeutsame Kraftquelle, daß nach Wiederkehr des Friedens und bei rationeller Verwirklichung der auf die Mehrproduktion gerichteten Bestrebungen die durch den Krieg verursachten Schäden und Lasten zum großen Teile wettgemacht werden können.

Mit tiefem Schmerz melden wir, daß von den Angestellten unseres Instituts im abgelaufenen Jahre die Herren Beamten Béla Gallus, Artur Martos, Michael Gros, Robert Machold, Ladislav Kenedi, der Magaziner Peter Jassl und der Kundendienstler Josef Szeglmayer ihr Leben fürs Vaterland geopfert haben. Wir werden das Andenken der braven Helden mit unvergänglicher dankbarer Pietät bewahren. Im Laufe des Jahres 1916 sind von unseren Angestellten weitere 11 in Kriegsgefangenschaft geraten. Derzeit dienen 368 unserer Angestellten in Waffen dem Vaterlande und 98 sind für ihre Tapferkeit allerhöchster Auszeichnungen teilhaftig geworden. Die geehrte Generalversammlung wird sicherlich mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, daß die entsprechende Unterstützung der hinterbliebenen Familienmitglieder unserer gefallenen Helden auch fernerhin Gegenstand unserer ständigen Fürsorge bildet.

Auf Grund des Beschlusses unserer am 23. Dezember 1916 abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurde die Erhöhung unseres Grundkapitals von 80 Millionen auf 120 Millionen Kronen durchgeführt, und wir beehren uns, das ziffermäßige Ergebnis der Kapitalerhöhung in folgendem zu unterbreiten: Von dem zum Kurse von 850 K. zur Emission gelangten 100.000 Stück neuen Aktien im Nominalwerte von je 400 K. haben unsere Aktionäre das Bezugsrecht auf 99.085 Stück ausgeübt, während die restlichen 915 Stück Aktien unter den vereinbarten Bedingungen von dem zu diesem Behufe gebildeten Syndikat übernommen wurden. Von dem eingestossenen Betrage wurden dem Nominalwert der 100.000 Stück neuen Aktien entsprechend zugunsten des Aktienkapitals 40.000.000 K. verwendet, während der dem Nominalwert übersteigende Mehrerlös von 45.000.000 K. dem ordentlichen Reservefonds zugeführt wurde. Dadurch erhöht sich unser Aktienkapital auf 120.000.000 K., während unsere ausgewiesenen Reserven für den Fall, wenn die geehrte Generalversammlung unseren Antrag, betreffend die Aufteilung des Reingewinnes, annimmt, mit Berücksichtigung des Gewinnvortrages, 111 Millionen Kronen, unsere gesamten eigenen Kapitalien aber 231 Millionen Kronen übersteigen. Auf Grund des Beschlusses der außerordentlichen Generalversammlung werden sämtliche mit der Emission der neuen Aktien verbundenen Kosten und Gebühren aus dem Geschäftsergebnisse gedeckt.

Auf den geschäftlichen Teil unseres Berichtes übergehend, beehren wir uns, zu melden, daß die Bilanz für das Jahr 1916 einen Reingewinn von 16.431.203 (gegenüber 14.880.284) Kronen im Vorjahre aufweist. Dieser Gewinn stammt auch diesmal in erster Reihe aus dem sich sehr befriedigend entwickelnden laufenden Geschäft, dem wir ständig die größte Sorgfalt zuwenden. Beigetragen zu diesem Gewinn haben der günstige Ertrag der Warenabteilung und das gute Ergebnis, das unsere hauptstädtischen und Provinzialfilialen erzielten. Der ständige Fortschritt in unserem laufenden Geschäft gelangt in der neuerlichen wesentlichen Vermehrung unserer Kunden und Hand in Hand damit in der weiteren sehr erheblichen Zunahme der der Verwaltung unseres Instituts anvertrauten Kapitalien zum Ausdruck. Unser Einlagestand ist um 340 Millionen Kronen gestiegen und belief sich zu Ende des Jahres auf 1107 Millionen Kronen, obgleich uns bei dem im Vorjahre erfolgten Zeichnungen für die emittierten zwei Kriegsanleihen große Beträge entzogen wurden. Bei Eintritt friedlicher Zeiten und Rückkehr der wirtschaftlichen Tätigkeit in die früheren normalen Bahnen wird voraussichtlich dieser Einlagestand eine bedeutsame Verringerung erfahren, auf welchen Umstand wir bei unseren Anlagen ständig bedacht sind. Im abgelaufenen Jahre konnten wir auch im Effekten-geschäfte eine lebhaftere Tätigkeit entwickeln. Eine wesentliche Steigerung ist bei den Bezügen unserer Angestellten, den sonstigen Personalauslagen und Speisen eingetreten, was darin seine Erklärung findet, daß unsere ins Feld gerückten Angestellten unverändert ihre vollen Gehalte beziehen, daß wir zum Ersatz der Abwesenden neue Arbeitskräfte aufgenommen und den Dabeiangehörigen zur Vinderung der überaus erschwerten Lebensverhältnisse besondere Kriegszulagen angewiesen haben. Eine größere Steigerung weist auch das Steuerkonto auf, bei welchem die gegenwärtigen höheren Steuerlasten berücksichtigt erscheinen. Unter dem Titel von außerordentlichen Spenden figurieren in dem Geschäftsergebnishkonto diesmal 1.069.038 K., von welchem Betrage 569.038 K. für Kriegsfürsorgezwecke bereits im vorigen Jahre zur Auszahlung gelangten, während wir die weiteren 500.000 K. dem „Stephanie-Bund für Mutter- und Säuglingschutz“ zuzuwenden gedenken. Wir sind davon überzeugt, daß diese Verfügung Ihrem Besiß begegnet. Von den bisher flüssig gemachten Spenden sind für die Erhaltung des Kriegspitals der Finanzinstitute ungefähr 550.000 K. verwendet worden.

Unsere Warenabteilung hat auch im abgelaufenen Jahre ein günstiges Ergebnis erzielt, obgleich ihre Tätigkeit infolge der durch den Krieg verursachten Beschränkung sich in engerem Rahmen bewegte. Unsere hauptstädtischen Filialen arbeiten in befriedigender Weise. Die in Aussicht genommene Erweiterung dieses unseres Filialnetzes konnten wir aus Mangel an Beamten auch im abgelaufenen Jahre nicht durchführen.

en
er-
als
dre
28
ten
302
ben
K.,
das
ten
an
100
ren,
K.,
von
hres
rage
rden
1917
Aktie
ehrte
ichts-
be-
auch
der
des
ollen
ußer
10 K.
und
gens-
Ende
t der
haupt-
mund
Wir
hieder-
als 27
htigem
viel-
ntuelle
fürsten
a und
ht aus
rischen
3 Herr
ng ein
r, am
en wir
erlören,
stießlich
Bemäf-
nächsten
donorar
jener zu
K. per
msbauer

Brot und Granaten.

„Brot und Granaten sind die Lösung.“ Diese Worte, die Staatssekretär Dr. Heiser bei der Beratung des Etats für das Kriegsjahr des Jahres am 21. März im Reichstage aussprach, enthalten ein Programm und Leitlinien, die für unser geistiges Wirtschaftsleben und die Kriegsführung maßgebend sein müssen. „Brot und Granaten.“ So lautet auch bei unseren Feinden lauter dringlicher die Forderung. Brot für das Volk und das Heer, Granaten für die Armeen. So Brot und Granaten teilen wir uns auch mit, wie in England, kommt es zum wirtschaftlichen und militärischen Zusammenbruch; wo die staatlichen Maßnahmen zur Erzeugung dieser beiden wichtigsten Kriegsgüter unangänglich und oder durch die wirtschaftlichen Kriegsverhältnisse erschwert werden, wie in Frankreich und in Italien, wird das Volk mit der Zeit kriegsmüde und müde und verzweifelt am Endsiege.

Inzwischen verrichten unsere Unterseeboote gründliche Arbeit, und die sich immer mehr verschärfende wirtschaftliche Notlage in den Verbandsländern redet eine deutliche Sprache von der Wirkung des verschärften U-Boot-Krieges. Auffallend mußte es schon erscheinen, daß England die Zahlen seines Außenhandels für den Monat Februar diesmal verspätet gegeben hat, während das englische Handelsministerium in den ersten acht Tagen eines Monats über Ausfuhr und Einfuhr des vorhergehenden Monats Bericht erstattete. Während im Januar 1917 Großbritanniens Einfuhr 90,6 und die Ausfuhr 46,68 Millionen Pfund betrug, stellen sich diese Zahlen im Februar 1917 auf 70,45 beziehungsweise 37,29 Millionen Pfund. Weiterhin weist einen größeren Rückgang der englischen Außenhandelszahlen im Februar erwartet haben, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß noch nicht während des ganzen Monats Februar der uneingeschränkte U-Boot-Krieg in Kraft war, ferner, daß seitens des englischen Handelsamtes nicht mehr das Gewicht der ein- und ausgeführten Waren, sondern nur noch der Wertzahlen veröffentlicht worden, ob die Warenpreise sich aber gerade im Februar ganz wesentlich erhöht haben, und daß die Engländer Wertier darin sind, die letzte Angaben in ihrem Interesse zu beschönigen.

Wenn man diese wenig erquicklichen politischen, militärischen, finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei unseren Feinden mit den unseren vergleicht, muß man zu einem Ergebnis kommen, das nur zu unseren Gunsten lautet. Freilich läßt auch unsere wirtschaftliche Lage, was unumwunden zuzugeben sei, viel zu wünschen übrig, und Seltsamkeiten und Unzufriedenheiten werden häufig laut. Besonders so wie die Nahrungsmittelversorgung und Lebensmittelherstellung in Betracht kommen. Diesen Beschwerden nach Möglichkeit abzuhelfen, bezweckt in erster Linie der jetzt vom Bundesrat genehmigte, der Öffentlichkeit übergebene Wirtschaftsplan des Kriegsernährungsamtes für 1917/18. Aufgebaut auf den Gutachten von elf Landwirtschafts-Hochschullehrern und den Erfahrungen der vorhergehenden Kriegsjahre, also auf Theorie und Praxis, stellt der Plan gleichzeitig ein Komпромiß dar, das sowohl den Interessen der Erzeuger wie der Verbraucher gerecht werden will. Sein leitender Gesichtspunkt ist, daß den Beschwerden der Landwirtschaft über die im Verhältnis zu den Herstellungskosten zu geringe Höhe einiger Kornpreise bis zu einem gewissen Grade Rechnung getragen, zum Ausgleich für die Verbraucher aber jetzt der Preis einiger anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse herabgesetzt wird. Bevor man Lebensmittel in den Verbrauch überleitet und zur Verteilung bringen will, muß man dafür sorgen, daß sie in genügender Menge erzeugt werden. Auch der Landwirt ist Geschäftsmann, d. h. er baut in erster Linie diejenigen Früchte an und wird die Erzeugung derjenigen landwirtschaftlichen Produkte fördern, an denen er am meisten verdient. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache hat man, um die Erzeugung unserer unentbehrlichsten Lebensmittel zu sichern, gewissermaßen als Kurznittel die Brotgetreide- und Kartoffelpreise erhöht. Ist damit auch für die Verbraucher eine bevorstehende Verteuerung der Brot- und Kartoffelpreise verbunden, zu der sich in einzelnen Verteilen auch noch eine Erhöhung der Milchpreise gesellen wird, so erhofft man doch durch die neue Preisfestsetzung eine reichlichere Versorgung des Volkes mit den notwendigen Lebensmitteln erreichen zu können. Aus diesem Grunde sollen auch die Preise für Hefe, Gerste, Schweine und Schlachtrinder herabgesetzt werden.

Für die bisherigen Unzulänglichkeiten in der Marktversorgung hat man wiederholt die J. E. G. verantwortlich gemacht, und die verstärkte Staatshauswirtschaftskommission des Reichstages, wie das Abgeordnetenhaus selbst haben sich in dieser Woche mit der viel angeforderten Tätigkeit dieser Gesellschaft eingehend beschäftigt. Die Vertreter der J. E. G. haben bei ihren Verteidigungsreden in der Kommission jede Verantwortlichkeit für den gegen die Gesellschaft vorgebrachten Anklagen bestritten, und sie haben die Verantwortung für vorgekommene Unzulänglichkeiten auf andere Stellen abzuwälzen versucht. Danach geht die J. E. G. die Einfuhr von Kartoffeln, Gemüse, Ölen und Fetten, mit Ausnahme von Butter und Schmalz, überhaupt nichts an; um die Verteilung der eingeführten Waren habe sie sich nicht zu kümmern, sondern das sei Sache des Kriegsernährungsamtes; auch die innere Produktion falle nicht in das Tätigkeitsgebiet der J. E. G. Vom bürokratischen Standpunkte aus mag die J. E. G. mit diesen Darlegungen recht haben, großen Eindruck scheint sie damit aber auf die Mitglieder der Staatshauswirtschaftskommission nicht gemacht zu haben. Jedenfalls dürfte auf Grund der Kommissionsverhandlungen die Ansicht immer mehr an Boden gewinnen, daß wir gerade auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung an einer Ueberorganisation krankten, die anstatt die Lebensmittelversorgung und Nahrungsmittelverteilung zu fördern, sie nur erschwert und hemmt.

Beachtenswert ist, daß die verstärkte Staatshauswirtschaftskommission des Reichstages im Ausschuß an einen Antrag des Abgeordnetenverbandes der Zentral-Einkaufsgesellschaft den guten Rat erteilt, den offiziellen Einkauf des Handels mehr als bisher zum Einkauf und zur Lagerung ihrer Waren heranzuziehen. Der Geschäftsführer der J. E. G., Herr Gehebarat Frisch, hatte zwar selbst erklärt, daß die Verhandlungen zur Heranziehung des Handels fortgesetzt werden, der bei der Staatshauswirtschaftskommission aber offensichtlich bewirkt, daß diese Verhandlungen sich allmählich auch zu Latenzen neigten. Auch bei dem Kriegsernährungsamt scheint man ja jetzt nach dem im Reichstage am 20. März von dem Direktor

im Kriegsernährungsamt, v. Oppen, abgegebenen Erklärungen die Dienste des Handels, und zwar sowohl des eigentlichen Großhandels, wie des Zwischen- und Kleinhandels, bei der Beschaffung und Verteilung der Waren immer mehr zu wärmen, und es mag in Trost für die durch den Krieg schwer geschädigten Handelskreise sein, daß ihre Bedeutung für den ganzen Warenverkehr immer mehr Anerkennung findet. Hat doch Direktor v. Oppen auch ausdrücklich erklärt, daß es nicht in der Absicht des Reichskanzlers liegt, den Handel länger auszusparen, als dies die wirtschaftliche Folgen des Krieges unbedingt erfordern.

Wie groß die Aufgaben sind, die der deutsche Handel nach dem Krieg zu bewältigen haben wird, hat die Liga deutsch-österreichisch-ungarischer Wirtschaftsverbände in Berlin gezeigt die eine wirksame Kundgebung für die erstrebte zukünftige wirtschaftliche Gemeinschaft der beiden verbündeten Länder unter Einbeziehung der Türkei und Bulgariens bedeutete und dem Gedanken einer Vereinseitigung des Wirtschafts- und Verkehrsrechts der genannten Länder neue Freunde zuzuführen. Der engere Zusammenschluß dieser drei ökonomischen Verbände mit deutschen Ueberseebanken zwecks Rohstoffversorgung nach dem Krieg hat die Absicht einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn sofort in die Tat umgesetzt. Erwartet man doch davon, daß auch die deutschen und österreichischen Schiffahrtsgesellschaften in Zukunft ein ausgedehntes Feld gemeinsamer Wirkung erlangen werden.

Die Börse hat in dieser den Frieden vorbereitenden gemeinschaftlichen Tätigkeit deutscher und österreichisch-ungarischer Bankinstitute einen neuen untrüglichen Beweis des Vertrauens der Bankwelt in unsere Wirtschaftslage und ihre zukünftige Entwicklung erblickt und sie mit derselben Genugung begrüßt, wie die jüngste Erweiterung des Interessengebietes der Deutschen Bank und der Berliner Handelsgesellschaft nach dem Osten und der Nationalbank für Deutschland nach dem Westen. Da gleichzeitig die in dieser Woche zur Veröffentlichung gelangten Abschlußzahlen der Bank für Handel und Industrie sowie der Dresdner Bank, die beide an die Aktionäre eine gegen das Vorjahr erhöhte Dividende verteilen, die gesunde Lage unserer führenden Bankinstitute widerspiegeln, so blieb die Tendenz für deutsche Bankwerte fortgesetzt eine feste. Am Montanaktien-Markte waren es hauptsächlich die Abschlüsse der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, der Oberschlesischen Eisenbahnbetriebs-Gesellschaft und der Bergwerksgesellschaft Consolidation, die seitens des Stahlwerkverbandes in letzter Zeit vorgenommenen Preissteigerungen, die Meldungen von der Erweiterung der Charlottenhütte und die seitens der preussischen Staatsbahnverwaltung in Aussicht stehenden gewaltigen Materialbestellungen, die anregend wirkten. Außer den stehenden Waren, wie Bohumer Gußstahl-Werke, Laurahütte, Deutsch-Luxemburger und Phönix, waren es hier noch verschiedene Nebenwerte, die lebhaft gehandelt wurden. Genannt seien Bismarckhütte, Falper Eisen- und Stahlwerk, Langenoreer und Mannesmann-Werke. Auch heimische Schiffahrtswerte vermochten diesmal von der allgemeinen festen Tendenz Nutzen zu ziehen, wobei immer wieder auf die für unumgänglich notwendige Entschädigung der Reedereien seitens des Reiches verwiesen wurde, für die in dieser Woche der Abgeordnete Stresemann im Reichstage von neuem eine Petition eingeleitet hat. Auch Staatssekretär Dr. Heiser hat die Wiederherstellung ungeschädigter Güter als eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Friedenswirtschaft bezeichnet.

Außer der für uns günstigen militärischen und politischen Lage sowie neben den durchweg erfreulich lautenden Meldungen aus den industriellen Gebieten waren es aber hauptsächlich die immer zahlreicher einlaufenden Zeichnungen auf die neue deutsche Kriegsanleihe, die die Börse in ihrer zuversichtlichen Haltung bestärkten. Wie die Zahl der Schiffe unserer Flotte durch die erfolgreiche Tätigkeit unserer U-Boote sich von Tag zu Tag immer mehr vermindert, so nehmen andererseits die Anmeldungen auf die neue Kriegsanleihe einen immer größeren Umfang an und es wachsen die Millionen zu Milliarden. Die Verbetätigung ist in vollem Gange, in Wort und Schrift hat sie eingesetzt, um die Unwissenden zu belehren, vorhandene Zweifel zu beseitigen, die Jüngerden anzuspornen und so einen glänzenden finanziellen Sieg vorzubereiten. Führende Männer des Finanzwesens, des Handels, der Industrie und des Verkehrs haben ihre Kräfte in den Dienst der guten Sache gestellt; Banken, Sparkassen, Genossenschaften und Versicherungsgesellschaften wetteifern miteinander in der Beschaffung der für eine baldige Beendigung des Krieges notwendigen Geldmittel. Jetzt kämpfen nicht nur waffenstarrende Heere und gepanzerte Schiffe miteinander, wie nur rings der deutsche Adler gegen den englischen, sondern auch wirtschaftlich und britischer Finanzmacht die Entscheidungsschlacht geschlagen worden. Auch hier beerricht das gesamte Deutschland denentschloßener, stahlharter Siegeswille. Zuschaffengilt es Geld für Brot und Granaten!

Zum Jubiläum der Kommerzialbank.

Budapest, 24. März.

In festlicher Stimmung versammelten sich am Montag die Aktionäre der Pester Ungarischen Kommerzialbank, um im Rahmen der Jahresgeneralversammlung das fünfundsiebzigjährige Bestehen dieses Instituts zu begehen. Die Leitung der Bank, die stets den richtigen Sinn für die Zeichen der Zeit befanderte, hat im Hinblick auf den Krieg von allen Neuzerlichkeiten, wie sie bei Jubiläumsfeiern sonst üblich waren, abgesehen, und die Generalversammlung wird auf ihren Vorschlag den denkwürdigen Tag nur durch namhafte humanitäre Stiftungen und reichliche Zuwendungen an die Angestellten verewigen. Damit ist die Sache für das Institut selbst in würdiger Weise erledigt. Der Ökonomist eines Tagesblattes, dem die Pflege der wirtschaftlichen Interessen Berufspflicht ist, kann jedoch an dem neuen Markstein in der Geschichte der ältesten Bank Ungarns nicht vorbeieilen, ohne einen kurzen Rückblick auf die Bahn zu werfen, die sie zurückgelegt und auf der sie durch unermüdete, zielbewusste Arbeit die heutige Höhe erreicht hat. Eine solche Rückschau aus diesem Anlasse ist um so mehr am Platze, als die Geschichte der Bank auch ein Stück Geschichte der ungarischen Volkswirtschaft bedeutet. Indem man dem Entwicklungsgang des Instituts nachgeht, kann man auch den Aufschwung der ungarischen Volkswirtschaft beobachten, denn beide sind in steter Wechselwirkung untrennbar miteinander verbunden. Der Aufschwung, den das Wirtschaftsleben im Laufe der Zeiten genommen, hat zweifelsohne auch der Kommerzialbank zum Vorteil gereicht, unlesbar hat jedoch auch sie durch ihre vielseitige Tätigkeit auf dem Gebiete der Finanzen, des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und des Verkehrswezens befruchtend gewirkt und erheblich zu den großen Fortschritten beigetragen, die unser Wirtschaftsleben im letzten halben Jahrhundert aufzuweisen vermag.

Die Pester Kaufleute, die auf Initiative Moriz Ullmanns im Jahre 1830 um die Erlaubnis eingekommen waren, die „Erste Ungarische Kommerzialbank“ zu errichten, haben sich gewiß nie träumen lassen, daß das kleine Institut, das sie ins Leben rufen wollten, sich je zu einer so mächtigen Großbank auswachsen wird, wie es heute die Pester Ungarische Kommerzialbank ist, zumal da nicht weniger als elf Jahre vergingen, bis sie die Wiener Regierung von der Unstichhaltigkeit der Behauptung zu überzeugen vermochten, daß „die Vorbedingungen, die den normalen Gang eines solchen Unternehmens sichern könnten, nicht vorhanden seien“. Als dann im April 1842 endlich die konstituierende Generalversammlung stattfinden durfte, in der Palatin Josef, Graf Stefan Széchenyi, Arményi, Graf Sztáray und andere hervorragende Patrioten Patenstelle bei dem neugeborenen Institut vertraten, zeigte es sich bald, daß das junge Geschöpf wohl nicht leicht zu Kräften kommen werde, aber immerhin lebensfähig sei. Große Sprünge konnte es bei der vollen Abhängigkeit vom österreichischen Geldmarkte freilich nicht machen, aber die kleine Bank befriedigte schlecht und recht die Kreditansprüche der Pester Kaufmannschaft und schwang sich sogar zu ungeahnter Bedeutung empor, als sie von Kossuth mit der Emission ungarischer Banknoten betraut wurde. Indes war weder der Ausbruch des Freiheitskampfes, noch die auf ihn folgende Epoche des Absolutismus geeignet, ihr Gedeihen zu fördern. Erst als das Land sein Selbstbestimmungsrecht wieder erlangte, konnte die Bank an die Ausdehnung ihres bescheidenen Wirkungskreises schreiten, was sich später freilich rächte, da die Krise, die im Jahre 1873 so große Verheerungen anrichtete, auch für sie mit bedeutenden Verlusten verbunden war, die sie auch im Laufe der folgenden schlechten Wirtschaftsjahre nicht weitzumachen vermochte.

Eine neue Aera brach jedoch für die Bank an, als am 1. Januar 1882 Leo Lánczy ihre Leitung übernahm. Mit regem Sinn für die wirtschaftlichen Anforderungen des Landes begabt, richtete der bereits über eine entsprechende Bankpraxis verfügende neue Mann sein Augenmerk zunächst darauf, die Bank von den österreichischen Geldgebern immer unabhängiger zu machen und durch die Organisierung des kommerziellen Kredits die Anforderungen des Handels in gesteigertem Maße zu befriedigen. Als diese Bestrebungen von dem gewünschten Erfolge gekrönt waren, wandte er sich der noch in Kinderschuhen stehenden Industrie zu und bot der industriellen Unternehmungslust die finanziellen Mittel, sich zu betätigen. Im Laufe der Jahre hat dann die Förderung dieses wirtschaftlichen Faktors so große Dimensionen angenommen, daß es kaum einen Zweig unserer Industrie gibt, den das Institut nicht in seine Interessensphäre einbezogen hätte. Durch die Einführung des Hypothekengeschäftes wurde die Bautätigkeit in der Hauptstadt in Fluß gebracht, und die Kultivierung des kommunalen Kredits legte den Grundstein zum Aufschwunge unserer Provinzstädte. Dann kam die Verbesserung unseres Eisenbahn- und Schiffahrtwesens und die Ausgestaltung unseres Bismalbahnnetzes an die Reihe, deren Ausbau zum großen Teile der Kommerzialbank zu danken ist. Namentlich durch die Finanzierung von Bismalbahnnetzen hat sie sich große Verdienste auf diesem Gebiete erworben. Nahezu ein Drittel unseres Lokalbahnnetzes verdankt ihrer werktätigen Mitwirkung sein Entstehen. Die Geschäftstätigkeit der Bank zog auf diese Weise immer weitere Kreise. Gestützt auf ihre an Zahl immer mehr zunehmenden Filialen und auf die von ihr gegründeten Affiliationen, breitete sich die Kommerzialbank immer mehr und mehr aus. Abgesehen davon, daß sie sich allmählich zu einem der mächtigsten Pfeiler des ungarischen Kreditlebens entwickelte und nicht nur der Privatwirtschaft vorzügliche Dienste leistete, sondern sich auch

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen. Baubilanzen und Kriegswirtschaft.

Die ersten Wochen des anbrechenden Frühjahres sind stets die Zeit für die Rechnungsabläufe der großen Finanzinstitute. Die Niederösterreichische Eskomptgesellschaft und die Verlehrsbank haben bereits den Anfang gemacht; in den nächsten Tagen werden nacheinander der Bauvercia, die Bodentreditanstalt und die Unionbank folgen, die Creditan, alt wird diesmal ihre Bilanz erst in der Karwoche veröffentlichen, die Ergebnisse der Anglobank und der Länderbank werden ebenfalls ungefähr um diese Zeit bekanntgegeben werden. In einer Wirtschaft, deren gesamte Tätigkeit auf ein bestimmtes Ziel abgesteuert ist, haben die Ergebnisse der Banken den gleichen Charakter; jede Bilanz gestaltet, was Gewinn und geschäftliche Gestaltung betrifft, auf die Abläufe der übrigen Institute Folgerungen zu ziehen, die sich fast mit ziffermäßiger Genauigkeit abschätzen lassen. Schon die Schlusztabelle aller Großbanken stimmen darin überein, daß für das Kriegsjahr 1916 die höchsten Dividenden der vorangegangenen Friedensperiode durchwegs voll erreicht, in mehreren Fällen übertroffen wurden; die erzielten Gewinne gehen aber über die Ergebnisse dieser früheren Zeit hinaus und die Bilanzen werden ausnahmslos Rekordziffern ausweisen. Die Abläufe der Banken sind das Spiegelbild der allgemeinen geschäftlichen Lage; in letzter Linie fließen die Gewinne der gesamten Wirtschaft in die Banken ein, wie auch die Geldbeschaffung für die produktive Tätigkeit durch den Saugapparat der Organisationen des Großkapitals hindurchgeht. Im Kriege ist außerordentlich viel verdient worden, die Erzeugung für das Heer hat fast für alle Gruppen des ökonomischen Lebens, für Industrie, Landwirtschaft und manche Zweige des Handels reiche Gewinne gebracht, deren Summe durch die ganz ungeahnt lange Dauer auf eine gewaltige Höhe angeschwollen ist. Die hieraus erübrigten Mittel sind zu den Banken eingegangen, haben ihre arbeitenden Gelder bedeutend gesteigert und Gelegenheit zur Einheimung von Zinsen gegeben, deren Höhe durch die gewaltigen Massenumsätze des durch die Kassen der Banken geflossenen Geldes bedeutend zugenommen hat. Schon im Jahre 1915 war eine wesentliche Besserung der Bankenergebnisse zu beobachten, und diese hat sich im Jahre 1916 in geometrischer Entwicklung gesteigert. Gelegenheit zu großen Finanzgeschäften gab es nur in vereinzelten Fällen, die normale kommerzielle Kreditgewährung war stark zusammengeschrumpft; der maßgebende Verdienstgeber war auch für die Banken der Staat; die Gewinne entsprangen, soweit nicht die außerordentliche Situation die Möglichkeit zur nutzbringenden Bewertung von Beständen aus einer früheren Zeit schuf, aus der Vermittlung der Geldbeschaffung in allen möglichen Formen, aus Krediten an den Staat und die für öffentliche Lieferungen beschäftigte Kundschaft, aus der Mitarbeit bei der Begebung der Kriegsanleihen, aus direkter Uebernahme und Vermittlung der Zeichnungen weiter Kreise. Diese Tätigkeit hatte einen ganz anders gearteten Umfang als die vorwiegend auf kaufmännische Kredite abgestellte Bankgebarung früherer Friedenszeiten, sie hat den bisherigen Rahmen fast gesprengt, die Bilanzsummen in zwei Kriegsjahren beinahe um die Hälfte erweitert, das äußere Bild der Bilanzen grundlegend geändert.

An den fünf Kriegsanleihen haben die Großbanken in der Weise mitgewirkt, daß jede von ihnen Zeichnungen bis zu zehn Prozent der Gesamtsumme vermittelt hat; über fünfzehn Milliarden sind in zweieinhalb Kriegsjahren für diese Zwecke durch ihre Kassen durchgegangen. Das war ein Prozeß, der nicht mit den einzelnen Subskriptionen abgewickelt war, sondern in steter Entwicklung seine Fortsetzung von einer Kriegsanleihe zur anderen bis zur Gegenwart nahm. Die Zeichnung erfolgte anfangs zumeist unter weitgehender Inanspruchnahme des Kredits, 40 bis 50 Prozent der subskribierten Gelder wurden im Wege der Lombardierung aufgebracht. Die Banken haben diese Vorschüsse aus ihren eigenen Mitteln beigestellt, von der Möglichkeit, auf die Notenbank oder Darlehenskasse zurückzugreifen, bisher so gut wie gar nicht Gebrauch gemacht. Allmählich haben die ersten Zeichner die Vorschüsse aus Ersparnissen zurückgezahlt und so die Möglichkeit zur Teilnahme an neuen Anleihen gewonnen; viele belehnte oder auch voll bezahlte Titres haben den Besitzer gewechselt und Gelegenheit zur Veranlagung flüssiger Gelder geboten; die Banken und auch große Industrieunternehmen haben die für eigene Rechnung gezeichneten Summen zum Teil an die Kundschaft weiterverkauft und sich so Raum für neue Uebernahme aus den folgenden Kriegsanleihen geschaffen. Die Wurzel der großen Zeichnungen auf die Kriegsanleihen waren die reichen Kriegsgewinne, für welche angesichts des Stokens der Investitionstätigkeit keine andere Verwendungs-möglichkeit offen stand. Ohne Zweifel hat die Verflüssigung der Wirtschaft der massenhafte Abverkauf von Vorräten, die Auflaffung der Kreditgewährung Milliarden von Kapitalien frei gemacht, die für Kriegsanleihen zur Verfügung stehen; am Ende des dritten Kriegsjahres ist aber dieser Umwandlungsprozeß längst vorüber, der Abverkauf der Lager zum größten Teile vollzogen, was jetzt in Kriegsanleihen angelegt wird, ist in der Hauptsache nicht mehr Liquidierung von Vorräten, sondern Gewinne aus der neuen, anhaltend starken Produktion. Einen maßgebenden Anteil anhalten natürlich auch die hohen Preise, welche das allgemeine Verdienstiniveau heben. Heute wurde mitgeteilt, daß die Fakturen der Berg- und Hüttenwerks-gesellschaft im verfloßenen Jahre um 45 Millionen Kronen gestiegen sind. Ein namhafter Teil dieser Summe ist in letzter Linie als Gewinn der Werke und Händler, als Ersparnis der Beamten und Arbeiter in die Banken eingegangen und hat dort dem Fonds für die Zeich-

nungen auf die Kriegsanleihen verstärkt. Die gewaltige Steigerung der Kreditoren und Debitoren der Banken hat hier ihre gemeinsame Wurzel. Der Kapitalszufluß muß noch weit stärker gewesen sein, als die Steigerung der Einlagen und Kontoforrentguthaben in den Büchern des Jahreschlusses erkennen läßt, da unausgejezt bedeutende Summen von den Besitzern abgehoben und in neuen Erwerbungen von Kriegsanleihen und anderen Werten angelegt wurden. Solche Anschaffungen werden zum Teil wieder auf Kredit und gegen allmähliche Abzahlung vollzogen, Gelder gehen bei den Banken von Kreditoren in Debitoren über, und wir beobachten den umgekehrten Vorgang wie im ersten Jahre des Krieges, wo große Industrielle ihre Schulden zurückgezahlt haben und Gläubiger der Banken geworden sind. Der Weg geht in stufenweiser Weiterentwicklung von dem Kredit bei der Bank über das Bankguthaben zur Anlage in der Kriegsanleihe.

Die lange Dauer des Krieges hat diese Umwandlung beschleunigt. Im ersten Jahre mochten große Firmen es für angezeigt gehalten haben, Millionen deren Geldes selbst gegen magere Zinsen bei den Banken liegen zu lassen, um ihr Pulver trocken zu halten und bei der erwarteten baldigen Aufnahme der Friedensarbeit sofort über die nötigen Vertriebskapitalien verfügen zu können. Allmählich wurden es die Kapitalsbesitzer müde, sich mit drei Prozent zu begnügen, da sie mehr als sechs Prozent durch die Erwerbung der staatlichen Titres erzielen konnten, welche überdies die Möglichkeit offen ließen, jederzeit über den größten Teil des ausgelegten Kapitals durch den Lombard zu verfügen. Das Ziel, das anfangs absehbar schien, verschwindet in der Ferne, allmählich greift die Erkenntnis Platz, daß auch nach dem Abschlusse des Friedens nicht sofort der erwartete Umschwung eintrifft, daß der Abbau sich nur allmählich vollziehen und daß aus den größeren Gewinnen und Ersparnissen, welche der Krieg gebracht hat, auch ein mächtiger Kapitalbedarf leicht befriedigt werden wird. Diese Anschauung hat sich nur allgemach, erst im dritten Kriegsjahre durchgejezt und kommt in dem Umschwung auf dem Markte der Kriegsanleihe zum sichtbaren Ausdruck. Bis in den letzten Herbst hinein drückte die große Menge der ausgegebenen Titres auf die Preise. Seit dem Beginn des neuen Jahres haben die Kriegsanleihen einen klassischen Markt, die schwimmende Ware ist verschwunden, die Kurse haben sich überwiegend über den feinerzeitigen Emissionspreis gehoben, große Beträge können ohne Mühe abgejezt werden, da die Käufer sehen, daß die Kriegsanleihen nicht nur hohe Zinsen, sondern auch die Möglichkeit von Gewinnen am ausgelegten Betrage bieten. Die Bilanzen der Banken zeigen Gel.zuflüsse, die in die Milliarden gehen. In den ersten Monaten des heurigen Jahres muß dieser Zuwachs relativ noch mächtiger sein, wie dies auch die Monatsausweise über die Bewegung der Spareinlagen zum Ausdruck bringen. In dem Maße, als der gewaltige Zufluß verwendungslosen Geldes den Rand des Baches überströmt, wächst die Nachfrage nach der Kriegsanleihe, die vorläufig aus dem alten Vorrat und später aus einer neuen Emission, wieder mit Benützung des Kredits, befriedigt wird. Die Büchern der Banken müssen heuer neuerlich gewachsen sein.

Diese stete Anschwellung und Aufstrebung der Bilanzsummen muß naturgemäß mit dem Frieden ihr Ende finden oder zum mindesten eine wesentliche Verlangsamung erfahren. Die Kriegsgewinne werden aufhören, der Nutzen der Friedentätigkeit minder sprunghaft fließen, allmählich wird auch wieder an die Stelle der Bargeldwirtschaft der Kredit treten und die flüssigen Kapitalien beanspruchen. Die Aufsaugung der Kriegsanleihen wird dann vollzogen sein, neue Ersparnisse werden nicht mehr unverwendet bleiben oder ausschließlich in staatlichen Werten angelegt werden. Diese Entwicklung wird sich aber alles eher als sprunghaft, durchaus nicht über Nacht, sondern ganz allgemach vollziehen. Gewiß wird das Bestreben vorwalten, die industrielle Erzeugung so rasch und so umfassend als möglich aufzunehmen, die Entfaltung wird aber an der Schwierigkeit der Beschaffung der Rohstoffe und der Baluta, an der Rücksichtnahme auf die öffentlichen Interessen ihre Schranke finden. Die intensiven Vorbereitungen für die Uebergangswirtschaft haben die Schwierigkeit und Länge des Weges deutlich gezeigt, eine gewisse Ragnation ist in den Reuegerungen mancher, sonst stets überströmend optimistischer industrieller Beurteiler deutlich zu bemerken. Generaldirektor Ballin hat vor Illusionen gewarnt, und seine nüchternere Beurteilung der nächsten Zukunftshoffnungen findet immer stärkere Zustimmung. Im Kriege von drei Jahren ist an einzelnen Stellen so viel Kapital entstanden und zurückgelegt worden, daß auch für eine ausgiebige Entwicklung und großen Bedarf Raum ist. Die Abhebung von Barguthaben, die Realisierung oder Belehnung von Kriegsanleihen wird im Frieden einsehen und eine gewisse Rückbildung der Bilanzsummen der Banken bewirken, allein das Tempo wird langsam sein; auch in Zukunft werden neue Ersparnisse zufließen, der Friede wird wieder Kapitalbedarf schaffen. Die Abwanderung der Gelder erfolgte bisher von den Kreditoren zu den Kriegsanleihen; im Frieden wird die Umwandlung in kommerzielle Debitoren zwar noch im Vordergrund stehen, aber auch von den großen öffentlichen Bedürfnissen einigermaßen in Schach gehalten werden. Die Abtragung und Verzinsung der Kriegsschulden wird namhafte Summen der verfügbaren Gelder aufzehren, die Vermögenssteuer einen erheblichen Teil der im Kriege gebildeten Kapitalien für den Staat in Anspruch nehmen. Schon jetzt bilden die bereits eingeführten oder angekündigten Steuern ein wesentliches Element einer jeden geschäftlichen Kalkulation, ihre Wirkung wird aber durch die hohen Preise und Gewinne mehr als ausgeglichen. Der Abbau der Preise wird den Einfluß der Steuern auf die industrielle Produktion erst deutlich erkennen lassen. Die Kreditoren werden auch für die Steuern herangezogen, ein Teil der im Kriege verdienten Millionen wird dem Staate zurückgegeben werden müssen. Den Banken wird die Geldbeschaffung für solche Zwecke dann neuerlich Gelegenheit zur Betätigung bieten.

Der Volkswirt.

Wiener Bankverein.

Bilanz pro 1916.

Gleich den bisher veröffentlichten Rechnungsablässen der andern Wiener Banken bietet auch die nunmehr vorliegende Bilanz des Bankvereines ein Bild voller Prosperität und gewinnbringender Tätigkeit. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß sich das Institut für den Deeresbedarf nicht direkt betätigte und dem Handel mit Verpflegungsartikeln für eigene Rechnung wie seit jeher fern geblieben ist. Der Bankverein verteilte nach reichlichen Rücklagen und bei vorsichtiger Bewertung der Aktiven sowie bei Einstellung der Kriegsverlustreserve in unveränderter Höhe mit 874 Millionen Kronen 8 Prozent und hat damit die im letzten Friedensjahre verteilte Dividende und dadurch zugleich die höchste Dividende in den letzten Jahrzehnten wieder erreicht. Dieses Resultat wurde ungeachtet einer starken Steigerung der Lasten und wesentlicher Erhöhung des Gewinns vortrages durch große Einnahmen an Zinsen und Provisionen sowie durch beträchtliche Gewinne aus Effekten und Konfortialgeschäften ermöglicht. Ueber die gestrige Bilanzführung geht uns die nachstehende Mitteilung zu:

In der heutigen Sitzung des Administrationsrates des Wiener Bankvereines wurde die Bilanz für das Jahr 1916 vorgelegt, welche inklusive des Gewinnvortrages aus dem Vorjahre per 588,372 K. bei einem Bruttogewinn von 38,481,882 K. einen Reingewinn von 17,675,724 K. gegen 13,185,997 Kronen im Vorjahre ergibt. Auf Antrag der Direktion hat der Administrationsrat beschlossen, der für den 18. April d. J. einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen: Den Reservefonds mit der statutarischen festgesetzten Quote, das sind 958,735 K., zu dotieren, vor Berechnung der Zantien als außerordentlichen Beitrag 1,600,000 K. dem Pensionsfonds der Angestellten des Wiener Bankvereines zuzuwenden, sodann die statuten- und vertragmäßigen Zantien in Abzug zu bringen, sowie nach der üblichen Zuweisung von 400,000 K. an den erwähnten Pensionsfonds, der jomach diesmal mit 2,000,000 K. dotiert wird, eine Gesamtdividende von 32 K. pro Aktie = 8 Prozent (gegen 28 K. = 7 Prozent im Vorjahre) zu bezahlen und den Betrag von 1,056,478 K. auf neue Rechnung vorzutragen. In der Bilanz erscheinen die bis Ende des Jahres 1916 eingeflossenen Gewinne aus Konfortialgeschäften abgerechnet, die teils auf Gewinn- und Verlustkonto verbucht, teils zur Minderbewertung von Aktiven verwendet worden sind.

Das Gewinn- und Verlustkonto weist aus:

Erträge:	1916	gegen 1915
	Kronen	Kronen
Gewinnvortrag	588,372	+ 588,372
Zinsen	24,479,297	+ 3,556,296
Gewinne an Wertpapieren und Waren	2,884,858	+ 1,513,453
Gewinne an Valuten und Devisen	578,384	+ 62,856
Gewinne an Provisionen	7,898,839	+ 1,875,300
Gewinne an Konfortialgeschäften	2,052,135	+ 1,635,102
	<u>38,481,882</u>	<u>+ 9,231,330</u>
Kosten:		
Konto der Gehalte	9,995,204	+ 1,642,340
Gehaltskonto	5,961,192	+ 1,708,997
Beiträge z. Pensionsfonds und zu den Krankentassen	540,525	+ 61,751
Abschreibungen von Immobilien und Einrichtungen	810,723	+ 30,543
Steuern und Gebühren	3,498,511	+ 1,237,967
Reingewinn	17,675,724	+ 4,489,787
	<u>K. 38,481,882</u>	<u>+ 9,231,330</u>

Der Bruttogewinn von 38,481,882 K. ist um 9.25 Millionen Kronen höher als der vorjährige und beträgt nach Abzug des Gewinnvortrages 37,893,510 Kronen, was eine Verzinsung des Aktienkapitals von 25.26 Prozent gegenüber 19.5 Prozent im Jahre 1915 entspricht. Der Reingewinn beträgt ohne Gewinnvortrag 17,087,352 K. und ist um 3,901,354 K. höher als im Vorjahre, was einer Verzinsung des Aktienkapitals von 11.39 Prozent gegen 8.79 Prozent im Vorjahre und unter Berücksichtigung der ausgewiesenen Reserven einer solchen von 8.52 Prozent gegen 6.59 Prozent im Jahre 1915 gleichkommt.

Zinsen wurden bei einem Ertrag von 24.4 Millionen an 34.5 Millionen Kronen mehr als im Vorjahre erzielt, an Effekten ein solcher von 1.5 Millionen Kronen und an Konfortialgeschäften von 1.6 Millionen Kronen. Die Mehreinnahme an Zinsen wurde trotz der großen Geldlosigkeit durch die bessere Bewertung der dem Institut reichlich zugeflossenen fremden Mittel erreicht. Die eingeflossenen Beträge, welche im laufenden Geschäft keine Verwendung fanden, sind der Staatsverwaltung im Wege der Vorkaufparasse zugeführt worden, wo sie zu einem mäßigen Satze verzinst werden; trotzdem war der Gewinn infolge der in Betracht kommenden bedeutenden Beträge ein zufriedenstellender.

Generalversammlungen.

Ungarische Kommerzbank.

Mit ungewöhnlicher Wärme begingen die Aktionäre der Ungarischen Kommerzbank heute das fünfundsiebzigjährige Bestehen dieses Instituts. Der mit immergrünen Pflanzen geschmückte Sitzungssaal war gedrängt voll mit den in großer Zahl erschienenen Aktionären, die in gelobener Stimmung den die Bedeutung des Tages würdigenden Rednern lauschten und jede Gelegenheit benutzten, um ihrer Anerkennung für die erspriessliche Tätigkeit des Präsidiums, der Direktion und des Beamtenkörpers Ausdruck zu geben. Besonders herzliche Ovationen wurden dem Präsidium, dem Geheimen Räte Leo Lánczy dargebracht, dessen 57jährige Tätigkeit die Bank ihren Aufstieg zu ihrer heutigen Höhe zum größten Teil zu danken hat. Der Präsident gedachte in seiner Eröffnungsrede sichtlich bewegt der langen Zeit, die seit der Gründung der ersten ungarischen Bank verlossen und namentlich der zweiten Epoche der Geschichte des Instituts, in der bereits er die Angelegenheiten der Bank geleitet hat. Er verwies darauf, daß von den Mitgliedern der Direktion, die im Jahre 1882 der Bank eine neue Richtung gegeben und einen moderneren Geist in ihr eingeführt haben, wohl nur noch er am Leben sei, daß aber die heutige Direktion die von ihren Vorgängern übernommene Tradition auch heute getreu bewahrt und wohl auch auf ihre Nachfolger vererben wird. Von den Ehrentiteln der Versammelten umwobelt, erklärte dann der Präsident die Generalversammlung für eröffnet und konstatierte, daß 159 Aktionäre in Vertretung von 4391 Aktien mit 690 Stimmen anwesend sind. Nachdem er den öffentlichen Notar Dr. Madár Hedry mit der Führung, den ältesten Aktionär Ludwig Adler und Baron Alexander Bojnich mit der Authentifikation des Protokolls beauftragt hatte, gelangte zunächst der Bericht der Direktion zur Unterbreitung, der ein anschauliches Bild der vielseitigen Tätigkeit gibt, welche die Bank und ihre Affiliationsen auch im abgelaufenen Jahre entwickelt haben, und die günstigen Ergebnisse zeigt, welche die Leitung in allen Geschäftszweigen im Jahre 1916 erzielt hat. Infolge Rammangels wiesen wir uns die Mitteilung dieses Berichtes, dessen wichtigste Momente übrigens in wiederholten Publikationen in unserem Blatte verzeichnet waren, leider verlagern. Laut der Schlussrechnung schließt das Jahr 1916 ohne den vorjährigen Vortrag mit einem Nettogewinn von k 18.005.006,56, was einer 28,13prozentigen Verzinsung des Aktienkapitals entspricht. Hieron sind statutengemäß k 2.712.851,11 abzuziehen. Bei Hinzurechnung des Gewinnvortrages vom Jahre 1915 im Betrage von k 2.053.291,80 stehen demnach zur Verfügung der Generalversammlung k 17.345.446,75. Die Direktion beantragt, hiebon k 11.520.000 für die Einlösung des Kupons pro 1916 mit k 180 zu verwenden, dem Dividenden-Reservefonds k 1.500.000, der Wertberminderungsreserve des neuen Bankgebäudes k 700.000, als Jubiläumsspende für Wohltätigkeitszwecke eine Million Kronen, als Jubiläumsgeschenk für den Beamtenkörper und zur Deckung der Unkosten für die Herausgabe der Monographie k 600.000 zu verwenden und den Rest von k 3.025.446,75 als Gewinnvortrag dem Jahre 1917 gutzuschreiben.

Zum Bericht der Direktion nahm Aktionär Albert Vass das Wort, um in warmen Worten die Verdienste zu würdigen, die sich Präsident Leo Lánczy, Vizepräsident Philipp Weiß, die Direktion und der Beamtenkörper um das Aufblühen des Instituts erworben, und um ihnen für das auch im abgelaufenen Jahre erzielte glänzende Ergebnis Dank zu votieren. Die Generalversammlung nahm hierauf einmütig die unterbreiteten Berichte und Schlussrechnungen an, akzeptierte die auf die Aufteilung des Reingewinnes bezüglichen Anträge der Direktion und erteilte das Absolutum. Der Kupons Nr. 113 wird vom 27. d. M. an bei der Effektenkasse der Bank und den ähnlichen Depotstellen mit k 180 pro Aktie eingelöst.

Sodann unterbreitete der geschäftsführende Direktor Roland v. Hegedüs folgenden, auf die Feier des fünfundsiebzigjährigen Bestandes des Instituts bezüglichen Antrag der Direktion: 1. Die Ungarische Kommerzbank gibt zur Aufklärung der öffentlichen Meinung des In- und Auslandes ihre neuere Geschichte heraus, welche der geschäftsführende Direktor Dr. Roland v. Hegedüs schreiben wird. 2. Die Bank führt zur Bereicherung ihres fünfundsiebzigjährigen Jubiläums außer den bisherigen Spenden wohltätigen Zwecken eine Million Kronen zu; die Direktion wird ermächtigt, unter den durch sie festzustellenden Bedingungen aus dieser Summe k 300.000 dem unter der Leitung der königlich ungarischen Regierung stehenden königlich ungarischen Invalidenamt mit der Bestimmung anzubieten, daß mit dieser Summe die auf der vorjährigen Generalversammlung votierte Spende von k 500.000, die dem zur Heilung kranken Soldaten zu errichtenden Sanatorium zugedacht waren, auf k 800.000 erhöht werde, und zwar mit derselben Bestimmung und unter den durch die Direktion festzustellenden Bedingungen, welche die Einflußnahme unserer Anstalt auf die Verwendung des Betrages sicherstellen;

k 300.000 als Jubiläumsspende der Kommerzbank den edlen Zwecken des Stefanie-Verbandes für Mutter- und Säuglingsfürsorge; k 100.000 dem Leo-Lánczy-Fonds zur Unterstützung kranker Angestellten unserer Bank; k 100.000 dem Budapest kaufmännischen Asyl; k 100.000 dem Sanatorium für Augenranke des Franz Josef kaufmännischen Spitals; k 50.000 dem ungarischen Journalisten-Pensionsfonds zuzuwenden und k 50.000 der Verköstigungsabteilung der Volkswohlfahrtszentrale für die Armen der Haupt- und Residenzstadt Budapest zur Verfügung zu stellen; 3. behufs Verbesserung des materiellen Wohles der Beamten und Diener der Anstalt die bisherigen Statuten des Pensionsfonds mit den der Generalversammlung gleichzeitig unterbreiteten, für sie günstigeren Pensionsvorschriften zu ersetzen; 4. jene Verfügung der Direktion genehmigend zur Kenntnis zu nehmen, welche dem Pensionsfonds, um die Pensionsansprüche der Angestellten des Instituts weitergehend zu sichern, aus den latenten Reserven 2/3 Millionen Kronen zuweist; 5. schließlich aus Anlaß der fünfundsiebzigsten Jahresspende der Gründung k 600.000 als außerordentliche Remuneration der Institutsangestellten und für die Unkosten der Herausgabe der Monographie zu votieren und mit der Aufteilung der Summe die Direktion zu betrauen." (Lebhafte Ehrentufe.)

Geschäftsführender Direktor Roland v. Hegedüs verlas ferner das nachstehende Begrüßungstelegramm des Finanzministers Dr. Johann Teleky: „Aus Anlaß des fünfundsiebzigjährigen Bestandes der Kommerzbank blide ich mit Freude und Befriedigung auf jene große Entwicklung zurück, die die Vergangenheit des Instituts bisher aufweist, sowie auf jene großen Verdienste, die sich das Institut um die Förderung der Volkswirtschaft unseres Vaterlandes auf moderner Grundlage erworben hat und welche der Hoffnung Ausdruck sind, daß das Institut auf der Höhe seiner Aufgabe stehend, auch in Zukunft im Dienste der ungarischen Volkswirtschaft stets eine erspriessliche Tätigkeit entfalten wird. Teleky."

Dr. Hegedüs brachte ferner das überaus warmgehaltene Schreiben zur Verlesung, das Bürgermeister Stefan Bárczy im Namen des Munizipiums und des Magistrats der Hauptstadt an das Institut gerichtet hat. Er teilte ferner mit, daß aus Anlaß des Jubiläums die Budapest Handels- und Gewerbekammer, der Bund der Fabrikindustriellen, sowie zahlreiche andere wirtschaftliche Interessentvertreter, ferner viele in- und ausländische Schwesterinstitute die Bank begrüßt haben. Auf Antrag des Präsidenten Leo Lánczy sprach die Generalversammlung für diese Begrüßungen ihren aufrichtigen Dank aus.

Zu dem Antrage der Direktion ergriff zunächst Dr. Jurre Straffer das Wort. Er führte aus, daß die 75jährige Vergangenheit der Kommerzbank zugleich auch die Vergangenheit der Industrie und des Handels Ungarns, namentlich aber Budapests bedeute. Gemeinsam nebeneinander und miteinander haben sie sich aus kleinen, primitiven, lokalen Verhältnissen heraus zu großer, internationaler Bedeutung entwickelt. Die Kommerzbank biete ein klassisches Beispiel dafür, zu welcher Höhe sich ein Selbstinstitut erheben kann, dessen geniale Leitung seine Existenzberechtigung hauptsächlich darin sieht, seinen Klienten durch seine banmäßige Tätigkeit mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, um so die unbehinderte und unbeeinträchtigte Entwicklung von Handel und Industrie zu fördern. Damit dient es dem Gehehen dieser Klienten, der gesamten Volkswirtschaft des Landes und nicht zuletzt auch seinen eigenen Interessen, da der Handel die ihm geleisteten größten Dienste vielfach rückerstatte. Als der hervorragendste Träger dieser Richtung sei Präsident Leo Lánczy, der begeisterte, niemals wankende Vorkämpfer des freien Handels, anzusehen. (Lebhafte Ehrentufe.) Ihm gebührt der Löwenanteil des Verdienstes dafür, wenn die Bank sich auf ihren heutigen hervorragenden Platz emporgerungen hat. Neben ihm aber gebührt der Dank auch seinen hervorragenden Mitarbeitern, als deren ersten man an den Vizepräsidenten Philipp Weiß denken müsse. (Lebhafte Ehrentufe.) Redner drückt beiden den Dank und die Anerkennung der Generalversammlung für ihr bisheriges erfolgreiches Wirken aus, indem er dem Wunsche Ausdruck verleiht, daß die hervorragende Tätigkeit beider Herren dem Institut zum Wohle unserer Volkswirtschaft noch lange erhalten bleibe. (Anhaltende lebhafte Ehrentufe.)

Hofrat Anton Székács würdigte die Bedeutung der Feier gleichfalls aus dem Gesichtspunkte des Handels und der Industrie. Als er des Umstandes gedachte, daß der Sohn des Grafen Stefan Székényi, der an der Wiege des Instituts stand, Mitglied der gegenwärtigen Direktion sei, die die Ideale des größten Ungarns zu verwirklichen bemüht ist, bereitete die Generalversammlung dem anwesenden Kronhüter Grafen Béla Székényi begeisterte Ovationen und lebhafter Beifall folgte den Worten des Redners, als er angesichts der neuesten gegen die Banken gerichteten ungerechten Angriffe darauf verwies, daß der größte Ungar, der zur Gründung dieser Bank angeeifert hat, der größte Wertanalyst war. Das Geheimnis der großen Erfolge, die dieses Institut aufzuweisen vermag, liege darin, daß vor fünfundsiebzig Jahren Leo Lánczy an seine Spitze trat, der mit außerordentlicher Genialität und abgeklärter Weisheit, mit einem europäischen Gesichtskreis und tiefem Wissen die Bank zu ungeahnter Blüte gebracht hat, wobei Philipp Weiß und Heinrich Fellner seine unermüdblichen Mitarbeiter waren. (Ehrentufe.) Ihnen, wie der Direktion und dem hervorragenden Beamtenkörper spricht Redner den Dank der Aktionäre aus.

Im Namen der Beamten des Instituts sagte Ernst Huzár der Leitung Dank für ihr väterliches Wohlwollen und den richtigen sozialen Sinn, den sie bekundet, indem sie die materielle Lage der Beamten immer mehr verbessert und die Angestellten dadurch zu erhöhter Arbeit aneifert.

Nachdem noch der Direktor der Kreditbank des Monorer Bezirks Franz Huppert der dankbaren Anerkennung der Provinzialinstitute Ausdruck verliehen, verwies Präsident Leo Lánczy auf die Schwierigkeiten, mit welchen er zu kämpfen hatte, als er im Jahre 1882 eine neue Richtung und eine modernere Geschäftspolitik inaugurierte und Männer von dem Kaliber eines Moritz Wahrman sich gegen die neue Richtung und für die Beibehaltung der alten konservativen Geschäftspolitik des Instituts erklärten. Wenn er den Zweifeln gegenüber den Kampf doch erfolgreich zu bestehen vermochte, danke er dies den Männern, die ihm bei der Begründung der neuen Richtung unterstützten: Koloman Tomory, B. F. Weiß, Sigmund Kohner und andere maßgebende Persönlichkeiten boten ihm stets hilfreiche Hand zur Durchführung seiner Reformbestrebungen, gleichwie ihn auch die Mitglieder der heutigen Direktion mit ihrer Freundschaft und ihrem Vertrauen beehren. Wenn heute bereits die reifen Früchte seiner Tätigkeit vorliegen, so bietet dies ihm die größte Genugtuung gegen die Zweifler. Was die von Hofrat Székács erwähnte Agitation gegen die Banken be-

trifft, so widersteht der Präsident der Verlockung, hierauf zu reflektieren. Er hält es für richtiger, auf die leeren Neben derjenigen, die die Banken angreifen und verbächtigen, mit Taten zu antworten. Während jene nur die Leidenschaften aufstacheln — sagte Redner —, verbreiten wir die Segnungen unserer Arbeit unter dem Volke. Mit dem Wunsche, daß die künftige Lebensbahn der Bank vom Freudenfeuer des von unserer ruhmreichen Armee zu erringenden großen Sieges erleuchtet werde, schloß der Präsident seine Rede, indem er im eigenen wie im Namen der Direktion und der Beamten für die ihnen gezollte reichliche Anerkennung dankte.

Nach dieser mit begeisterten Ehrentufen aufgenommenen Rede wurde der Antrag der Direktion einhellig zum Beschluß erhoben. Ebenso wurde auch die von der Direktion empfohlene Aenderung der Statuten einmütig angenommen. Dagegen wurde ein Antrag des Aktionärs Béla Silberer, daß das Institut seine Firma auf „Budapester Ungarische Kommerzbank“ abändern möge, abgelehnt.

Zum Schluß wurden Eugen Dreher, Edmund v. Sajári, Leo Lánczy, Eugen v. Szabó, Graf Béla Székényi in die Direktion wieder- und Johann v. Serbán neugewählt. Die bisherigen Mitglieder des Aufsichtsrates Adolf Blau, Sigmund v. Gold, Franz v. Hertelendy, Alexander v. Kovácsy, Lazar Reimanu und Oskar v. Ruß wurden wiedergewählt, worauf die Generalversammlung unter neuerlichen begeisterten Ovationen für den Präsidenten geschlossen wurde.

Erste kroatische Sparkasse.

Die Erste kroatische Sparkasse in Zagreb hielt am 7. März l. J. ihre 70. ordentliche Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1916, in der Präsident Scheimer Rat Graf Miroslav Kulmer den Vorsitz führte. Die Versammlung nahm den von der Direktion vorgelegten Geschäftsbericht vollinhaltlich zur Kenntnis und erteilte der Direktion sowie dem Aufsichtsrate das Absolutum. Ebenso genehmigte die Versammlung die vorgelegte Gewinnverteilung. Der Reingewinn beträgt k 1.798.000 (+ k 151.000 gegenüber dem Vorjahre), aus welchem Betrage k 217.000 den Reserven zugeschlagen, k 25.000 für humanitäre Zwecke gemietet, k 960.000 für die Dividende verwendet und nach Abzug der Lantime der Direktion und Remuneration für die Beamten der Rest von k 384.000 auf neue Rechnung vortragen wurde. Die Dividende pro 1916 wurde mit k 320, d. i. 16 Prozent (1 Prozent mehr als im Vorjahre), festgesetzt. Die Bilanz des Instituts weist folgende Posten auf: Aktienkapital k 6.000.000 (unverändert), Reserven k 9.873.000 (+ k 208.000), Einlagen k 164.832.000 (+ k 52.534.000), Pfandbriefe im Umlaufe k 38.897.000 (+ k 69.000), Kreditoren k 6.443.000 (+ k 611.000), Wechselportefeuille k 19.801.000 (+ k 10.932.000), Hypothekendarlehen k 6.826.000 (+ k 421.000), zur Sicherstellung der Pfandbriefe dienende Darlehen nach Abzug des Darlehenstilgungsfonds k 41.475.000 (+ k 4.080.000), Debitoren k 34.689.000 (+ k 9.158.000), Vorschüsse auf Wertpapiere k 17.168.000 (+ k 3.779.000), eigene Wertpapiere k 46.189.000 (+ k 26.529.000). Des weiteren genehmigte die Generalversammlung den Vorschlag der Direktion auf Erhöhung des Aktienkapitals von k 6.000.000 auf k 10.000.000 durch Ausgabe von 2000 Stück neuer Aktien à k 2000 Nominal, und ermächtigte die Direktion diese Erhöhung, wann sie es für gut findet durchzuführen. In der darauf folgenden Direktionsitzung wurde beschlossen, daß die in der Generalversammlung gefassten Beschlüsse hinsichtlich der Erhöhung des Aktienkapitals auf die Weise durchgeführt werden, daß alle 2000 Stück neuer Aktien zu folgenden Bedingungen zur Subskription aufgelegt werden, und zwar: den alten Aktionären steht das Bezugsrecht in der Weise zu, daß auf je drei alte Aktien zwei neue Aktien zum Kurse von k 5500 nebst 5 Prozent Zinsen auf diesen Betrag vom 1. Januar 1917 bis zum Einzahlungstage bezogen werden können. Neben der erwähnten Option werden zugleich Zeichnungen sowohl von Aktionären als auch Nichtaktionären in Vormerkung genommen, und zwar: zum Kurse von k 5800 nebst 5 Prozent Zinsen von diesem Betrag vom 1. Januar 1917 bis zum Einzahlungstage. Die Einzahlungen können, falls der Kaufpreis nicht auf einmal erlegt wird, in drei Raten erfolgen. Das Optionsrecht und die Zeichnungen auf neue Aktien können bis 15. April l. J. bei der Zentrale und deren Wechselstube in Zagreb, sowie bei allen ihren Filialen ausgeübt werden, weiter bei der Adriatischen Bank in Triest und bei der Kroatischen Zentralbank für Bosnien und die Herzegovina A.-G. in Sarajevo und deren Filialen. Unter einem wurde auch der Vorschlag der Direktion zur Ausgabe von Kommunalobligationen auf Grund von Amortisationsanleihen genehmigt, die Korporationen (Städten, Gemeinden), beziehungsweise Vereinen erteilt wurden, welche zur Ausschreibung von öffentlichen Abgaben ermächtigt sind, und die Statuten der Anstalt im Sinne der obangeführten Vorschläge abgeändert.

Der Economist.

Oesterreichische Bodenkreditanstalt.

Wien, 27. März.

Heute werden die Rechnungsabschlüsse der Allgemeinen österreichischen Bodenkreditanstalt veröffentlicht. Die Bodenkreditanstalt hatte im ersten Kriegsjahre ihre Dividende auf 51 Kronen ermäßigt. Für das Jahr 1915 war sie bereits zu der Friedensdividende von 60 Kronen zurückgekehrt; für das Jahr 1916 wird die Dividende auf den bisher noch nicht gezahlten Betrag von 63 Kronen oder 21 Prozent erhöht, wobei die Reserven mit einer um 750.000 Kronen höheren Quote als im Vorjahre dotiert werden. Der Gewinn wurde ausschließlich im regulären Geschäft erzielt, da überhaupt kein Konfortialgeschäft zur Berechnung gelangt ist. Auch die Bestände an Wertpapieren und die Konfortialengagements, welche zum erstenmal in der Bilanz ziffermäßig ausgewiesen werden, sind zu den bisherigen niedrigen Bewertungen eingestellt und auf die im Kriege erfolgten Werterhöhungen ist keine Rücksicht genommen. Gleichzeitig mit der Feststellung der Bilanz wurde der Beschluß gefaßt, von der Generalversammlung die Ermächtigung zu erbitten, in einem der Verwaltung geeignet erscheinenden Zeitpunkte das Aktienkapital von 63 auf höchstens 75 Millionen Kronen zu erhöhen. Eine staatliche Genehmigung ist hierzu nicht erforderlich. Der Zeitpunkt für die Durchführung der Kapitalvermehrung steht noch nicht fest. Die Anträge, welche der für den 21. April einberufenen Generalversammlung hinsichtlich des Reingewinnes gestellt werden sollen, sind die folgenden:

	1916	gegen 1915
Dividende von 21 Prozent, d. i. 63 K.	13,230.000	+ 2,430.000
Dotierung des ordentlichen Reservefonds	8,000.000	+ 3,000.000
Dotierung des außerordentlichen Reservefonds	—	— 2,600.000
Dotierung des Sicherstellungsfonds für die Industriekredit-Obligationen	350.000	+ 350.000
Zant eme	1,400.731	+ 189.176
Außerordentliche Zuwendung an den Pensionsfonds der Angestellten	250.000	+ 50.000
Vortrag auf neue Rechnung	831.197	+ 6.581
Zusammen	19,061.928	+ 3,426.757

Der Reingewinn des Jahres 1916 beträgt 18'23 Millionen Kronen und ist um 3'4 Millionen Kronen höher als im Vorjahre. Der Bruttogewinn von 27'33 Millionen Kronen entspricht 130 Kronen 15 Heller per Aktie. Von dem Reingewinn werden 13'23 Millionen Kronen oder rund 79 Prozent für die Dividende verwendet. Da das Aktienkapital erhöht worden ist, ergab sich wieder die Möglichkeit, den ordentlichen Reservefonds, der im vorigen Jahre bereits die Maximalhöhe erreicht hatte, zu dotieren und es werden ihm drei Millionen Kronen zugeführt. Dagegen unterbleibt die im vorigen Jahre vollzogene Zuwendung von 2'6 Millionen Kronen an den außerordentlichen Reservefonds. Für die ausgegebenen Industriebobligationen hat die Bilanz eine Spezialreserve von 300.000 Kronen und diese wird diesmal mit 350.000 Kronen dotiert, so daß sie 650.000 Kronen oder rund fünf Prozent des Umlaufes ausmacht. Der Umfang des Geschäftes hat neuerlich eine bedeutende Erweiterung erfahren. An fremden Geldern sind, wenn man die transitorischen Verrechnungsfonti der Kriegsanleihe abzieht, rund 206 Millionen Kronen zugeströmt. Die Bilanzsumme hat sich um 417 Millionen Kronen oder 35 Prozent gesteigert. Für die Lage des Anlagemarktes ist es bezeichnend, daß die Bodenkreditanstalt in der Höhe von 22'2 Millionen Kronen abzusehen. Das Gewinn- und Verlustkonto stellt sich im Vergleich mit dem vorigen Jahre wie folgt:

	1916	gegen 1915
Aktiven:		
Kassa	23,170.146	+ 4,670.001
Portefeuille	102,015.255	— 21,229.686
Vorschüsse auf Effekten	232,083.250	+ 105,294.845
Wertpapiere	115,220.001	— 4,228.584
Bereitstellung an Konfortialgeschäften	55,019.118	+ 55,019.118
Debitoren	630,219.448	+ 266,789.766
Darlehen:		
Hypothekendarlehen in Goldgulden	1,402.095	— 80.923
Hypothekendarlehen in Gulden und Kronen	242,208.674	+ 9,787.648
Kommunaldarlehen	200,903.862	— 2,054.719
Eisenbahndarlehen	1'196.910	— 1.585
Industriedarlehen	8,817.008	— 216.064
Summe der Darlehen	454,028.549	+ 7,434.357
Annullitäten	8,480.275	+ 2,991.514
Realitäten	8,480.000	+ 1,060.191
Summe der Aktiven	1,628,716.042	+ 417,801.572
Passiven:		
Aktienkapital	63,000.000	+ 9,000.000
Agiofonds A	8,240.298	—
„ B	1,359.703	—
Zusammen	9,600.000	—
Ordentlicher Reservefonds A	21,402.030	—
„ B	5,597.970	—
Zusammen	27,000.000	—
Außerordentlicher Reservefonds A	15,949.550	—
„ B	30,280.450	+ 2,600.000
„ C	70,940.000	+ 26,946.000
Zusammen	117,150.000	+ 29,546.000
Sicherstellungsfonds für Bank-schuldverschreibungen	800.000	—
Reserve für dubiose Forderungen	644.831	—
Eratten	15,843.225	— 2,343.843
Kreditoren	898,604.936	+ 352,764.395
Pfandbriefe:		
Pfandbriefe in Gulden und Kronen	246,621.600	+ 8,978.600
Prämien-schuldverschreibungen	107,359.800	— 2,484.400
Kommunalschuldverschreibungen in Kronen	49,287.000	+ 2,948.000
Kommunalschuldverschreibungen in Francs oder Kronen	46,225.788	— 881.276
Industriekreditobligationen	12,086.000	+ 6,218.000
Summe der Passiven	461,530.188	+ 22,279.824

Berlin, 26. März.

Zu den ebenso bedeutsamen wie erfreulichen Begleiterscheinungen des innigen Bündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gehört auch der engere wirtschaftliche Zusammenschluß der beiden Reiche. Ganz besonders die Bankwelt läßt es sich angelegen sein, diese Beziehungen zu pflegen, und eine Reihe von großer Geschäften der verflossenen Monate gewinnt unter diesem Gesichtswinkel eine ganz besondere Bedeutung. Es sei nur an die Gründung der „Mitropa“, der Mitteleuropäischen Schlafwagen- und Speisewagen-A.-G. in Berlin erinnert, an der sich neben deutschem Kapital auch österreichisches und ungarisches in erheblichem Maße beteiligt hat. Ein noch wesentlich bedeutsameres Geschäft stellte der Eintritt einer österreichisch-ungarischen Bankgruppe in das Konjunktium der Deutschen Orientbank dar; dieses Konjunktium erfuhr zugleich eine Erweiterung dadurch, daß auch die Deutsche Bank daselbst eintrat, und nach dem Kriege wird unzweifelhaft die Deutsche Orientbank eine ausgedehnte Tätigkeit in der Türkei entfalten. Die Oesterreichische Kreditanstalt und die Ungarische Allgemeine Kreditbank, die vor wenigen Monaten in das Orientbankkonjunktium eintraten, haben nunmehr einen neuen wichtigen Schritt im Sinne eines engeren Zusammenschlusses zwischen der Bankwelt der beiden Reiche getan, indem sie in Beziehungen zu den südamerikanischen Banken der Gruppe Diskontogesellschaft-Norddeutsche Bank getreten sind. Der Hauptzweck dabei ist zunächst die Beschaffung von Rohstoffen aus Südamerika in der Zeit nach dem Kriege; abgesehen davon aber werden die angeknüpften Beziehungen zu der Brasilianischen Bank für Deutschland und zu der Bank für Chile und Deutschland aller Voraussicht nach in Zukunft von einer über das nächste Ziel weit hinausgreifenden Tragweite sein, und das innige Zusammenarbeiten zwischen der deutschen, österreichischen und ungarischen Bankwelt ist mit großer Befriedigung zu begrüßen. Gilt es doch nach dem Kriege, gerüstet und geschlossen dazustehen, wenn die Entente ihr Programm des „Wirtschaftskrieges nach dem Kriege“ zu verwirklichen sich anschicken sollte. Ohne Frage ist der deutschen Bankwelt viel Terrain im Laufe des Krieges entrissen worden, und es ist eine gebieterische Notwendigkeit, sich in dieser Beziehung rechtzeitig für alle Möglichkeiten einzurichten. Was Südamerika und Mittelamerika betrifft, so arbeitet dort außer den beiden genannten Instituten noch die der Deutschen Bank nahestehende Deutsche Ueberseeische Bank, ferner die von der Dresdner Bank gegründete Deutsche Südamerika-Bank. Alle diese Institute haben während des bisherigen Kriegsverlaufes ihre Geschäfte mit Erfolg weiterbetreiben können, obwohl die Verbindung mit ihren deutschen Mutterinstituten sehr mangelhaft war. Der Kampf gegen die englische und auch gegen die nordamerikanische Konkurrenz, die sich neuerdings immer deutlicher fühlbar machte, ist nicht immer leicht gewesen, aber bisher doch noch stets siegreich abgeschlagen worden; über die Möglichkeiten eines Bruches mit Brasilien und anderen südamerikanischen Staaten denkt man jedenfalls heute viel ruhiger als vor ein paar Wochen, wo in Nordamerika so gewaltig mit dem Säbel geraffelt wurde, und so steht zu hoffen, daß die deutschen Banken in Südamerika den Krieg ohne Schaden und ohne Einbuße an Ansehen überstehen werden. In diesem Falle dürfte nach Beendigung des Krieges ein großer Aufschwung daselbst schon aus dem Grunde bevorstehen, weil wir jedenfalls zahlreiche Rohstoffe, die wir früher aus den englischen Kolonien bezogen, in Südamerika kaufen werden, und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Mitteleuropa und Südamerika dürften sich weit enger gestalten als vor dem Kriege. Auch diese Erwägungen haben bei dem Entschlusse der Oesterreichischen Kreditanstalt und der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank, sich den beiden deutsch-südamerikanischen Banken zu nähern, aller Wahrscheinlichkeit nach eine mitbestimmende Rolle gespielt.

Eine andere wichtige Frage, was die deutschen Auslandsbanken und die deutschen Auslandsinteressen betrifft, ist seit kurzem China. Direkte Nachrichten aus China fehlen zurzeit gänzlich; aber als feststehend ist es anzusehen, daß die diplomatischen Beziehungen abgebrochen sind und daß die chinesische Regierung, die heute gänzlich unter englisch-japanischem Einfluß steht, gegen die Rechte der Deutschen in China in durchaus ungeheurer Weise vorgeht. Die gesamte deutsche Bankwelt ist dort durch die von ihr gegründete Deutsch-Asiatische Bank aufs lebhafteste interessiert; gegenwärtig fehlt es an allen Nachrichten, wie die Arbeit der Bank in China sich unter den veränderten Verhältnissen gestaltet hat, und ob überhaupt ein Fortarbeiten der verschiedenen Niederlassungen des Instituts ermöglicht ist. Immerhin scheint es nicht angebracht, übertriebene Befürchtungen in dieser Bezie-

mhl

117

199

28. III. 1917

Der Volkswirt.

Oesterreichische Bodenkreditanstalt.

Bilanz für 1916.

Die heute vorliegende Bilanz der Oesterreichischen Bodenkreditanstalt bietet in mehrfacher Beziehung Ueberraschungen. Erstens eine Dividende, die in ihrem Ausmaß nicht bloß die letzte Friedensdividende übersteigt, sondern mit dem Betrag von 63 K. die absolut größte Dividende bedeutet, welche die Bank bisher zur Verteilung gebracht hat. Zweitens hat der Verwaltungsrat den Beschluß gefaßt, von der Generalversammlung die Ermächtigung zu einer weiteren Kapitalserhöhung um 12 Millionen von 63 auf 75 Millionen Kronen zu erbitten. Eine spezielle Regierungsgenehmigung ist hierzu nicht erforderlich, da diese bis zum Betrage von 75 Millionen Kronen bereits erteilt ist. Der Zeitpunkt für die Durchführung der Kapitalserhöhung ist vorläufig nicht festgestellt, die Entscheidung soll diesbezüglich vielmehr dem Verwaltungsrat überlassen bleiben. Endlich ist hervorzuheben, daß der vorliegende Rechnungsabschluss eine eingehendere Detaillierung und Spezifizierung der Konten aufweist, als die bisherigen Aufstellungen enthielten. So sind im Erträgnis-konto Zinsen und Provisionen getrennt verrechnet, ebenso auf der Lastenseite die Personalauslagen, Speise- und Kriegsspenden, während diese Posten bisher in einer Ziffer ausgewiesen wurden. Weiter ist als besonderer Vorzug der vorliegenden Bilanz hervorzuheben, daß die Beteiligungen der Bodenkreditanstalt an Konsortialgeschäften ersichtlich gemacht werden, womit einem in der Öffentlichkeit und seitens der Aktionäre wiederholt geäußerten Verlangen Rechnung getragen wird. Was die Kapitalserhöhung anlangt, ließ sich der Verwaltungsrat bei seinem Beschluß von der Ermächtigung leiten, daß angesichts des sich schon jetzt für die Ueber-gangswirtschaft nach Friedensschluß an-kündigenden vermehrten Geldbedarfes eine rechtzeitige Vorkehrung der Stärkung der verfügbaren Mittel empfehle. Die Erhöhung des Nominalkapitals um 12 auf 75 Millionen Kronen dürfte im Hinblick auf den derzeitigen Kurswert der Aktie der Agioreserve einen Betrag von erheblich mehr als 30 Millionen Kronen zuführen und solcherart die mobilen Mittel der Bank namhaft erhöhen.

Die Kapitalsermehrung.

Ueber die Kapitalsermehrung wird folgendes Communiqué ausgegeben: „In der gestern abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates der Bodenkreditanstalt wurde der Beschluß gefaßt, von der General-versammlung die Ermächtigung zu erbitten, in einem der Verwaltung geeigneten er-scheinenden Zeitpunkt das Aktienkapital durch Ausgabe neuer Aktien a 300 K. Nominal von 63.000.000 auf höchstens 75.000.000 K. — wozu eine staatliche Genehmigung nicht er-forderlich ist — zu erhöhen. Der Zeitpunkt für die Durchführung dieser Kapitalsermehrung steht noch nicht fest.“

Der Rechnungsabschluss.

Der Gewinn- und Verlustkonto der Bodenkreditanstalt per 31. Dezember 1916 weist einen Reingewinn von K. 19.061.928 aus. Auf Antrag der Direktion wurde beschlossen, der für den 21. April d. J. einzuberufenden Generalversammlung folgende Ver-wendung des Reingewinnes vorzuschlagen:

	Kronen	Differenz gegen 1915 Kronen
Bezahlung einer Dividende von 21%, das ist K. 63 pro Aktie	13.230.000	+ 2.430.000
Dotierung des ordentlichen Reservefonds mit	3.000.000	+ 3.000.000
Dotierung des Sicher-stellungsfonds für die Industriekredit-Obligatio-nen	350.000	+ 350.000
Bezahlung der dem Gou-vernneur, den Direktoren, den Verwaltungsräten und den Beamten der An-stalt zukommende Tan-zieme mit	1.400.731	+ 189.176
Außerordentliche Zuwendung an den Pensionsfonds der Angestellten	250.000	+ 50.000
Vortrag auf neue Rechnung	831.197	+ 6.581
	19.061.928	+ 3.425.757

In der Bilanz sind weder die in den Vorjahren noch die im Geschäftsjahre 1916 zur Abwicklung ge-langten Konsortialgeschäfte verrechnet.

Erträgnisse.

	Kronen	Gegen 1915
Einnahmen des Darlehens-geschäftes	21.716.870	+ 1.027.407
Einnahmen des Bank-geschäftes:		
Zinsen	20.503.996	
Provisionen	2.697.646	
Wertpapiere, Konsortial-geschäfte, Devisen und Valuten	1.426.967	+ 5.563.328
Gewinnvortrag vom Jahre 1915	824.616	+ 3.991
Zusammen	47.170.097	+ 6.594.727

Lasten.

	Kronen	Gegen 1915
Ausgaben des Darlehens-geschäftes	19.014.231	+ 975.053
Personalkosten	3.033.995	
Speisen	1.880.701	
Kriegsspenden	862.701	+ 1.433.169
Steuern	3.316.488	+ 710.746
Gewinn	19.061.928	+ 3.425.757
Zusammen	47.170.097	+ 6.594.727

Der Gewinn des Jahres 1916 beträgt — ab-züglich des Gewinnvortrages — 18.237.312 K. gegen 14.815.546 für das Jahr 1915, ist also um 3.421.766 K. höher als im Vorjahre. Der Bruttogewinn von 27.331.199 K. übersteigt den vorjährigen um 5.815.682 K., was K. 130·15 pro Aktie gegen K. 120·64 im Vorjahre entspricht. Das Hypothekar-geschäft ergab einen Gewinn von 2.702.588 K. gegen 2.650.234 K. im Vorjahre, also einen Mehrertrag von 52.354 K. So wie im Vorjahre wurde auch im Ber-richtsjahre ein entsprechender Betrag vorweg als Reserve für allfällige Kursverluste bei der nach dem Kriege durchzuführenden Einlösung der Coupons und verlosten Titres aus den nach Frankreich begebenen 50.000.000 Frankens Kommunalobligationen abgebucht. Das Bankgeschäft ergab einen bedeutenden Mehr-ertrag. An Zinsen wurden 20.503.996 K., an Pro-visionsen 2.697.646 K. vereinnahmt. Aus Gewinnen an Wertpapieren und Devisen wurden 1.426.967 K. ver-rechnet; die Einnahmen des Bankgeschäftes betragen demnach zusammen 24.628.611 K., das ist um 5.563.328 K. mehr als im Vorjahre. Die Steigerung erklärt sich vorwiegend aus den höheren Zinsen-einnahmen; die Zinsen aus der im Berichtsjahre durchgeführten Kapitalsermehrung und der Zin-zwischengewinne aus der namhaften Vermehrung der Debitoren und Kreditoren sind dem Zinskonto zugute gekommen. Die in den Vorjahren als unverrechnet ausgewiesenen Konsortialgeschäfte sowie die im Jahre 1916 erzielten Gewinne aus Syn-dikaten bleiben, wie schon erwähnt, späterer Ver-rechnung vorbehalten.

Die Steigerung der Verwaltungsaus-lagen per 1.433.169 K. ist in der neuerdings ver-mehrten Veranziehung von Ausbittelpersonal, Ver-wahrung von Feuerungsanlagen und Remunerationen für Mehrarbeit, in den fortlaufenden großen Spenden für Kriegsvorsorge sowie in den durch die allge-meine Preissteigerung erhöhten Sachspesen begründet. Das Mehrerfordernis an Steuern per 710.747 K. ist durch das höhere Erträgnis des Jahres 1916 (Besteuerungsgrundlage für 1916) gegenüber dem Jahre 1914 und durch den Kriegszuschlag zur Erwerbsteuer bedingt. Intern ist auch für die voraus-sichtlich höhere Steuerleistung des Jahres 1917 ent-sprechend Vorkehrung getroffen.

Das Bilanzkonto enthält nachstehende Posten:

	Kronen	Gegen 1915
Kassa: Münzen, Coupons, Giroguthaben b. d. Oesterr.-ungar. Bank und beim Wiener Giro- und Kassen-verein	23.170.146	+ 4.670.001
Portefeuille	102.015.255	- 21.229.636
Vorschuße auf Effekten	232.083.250	+ 105.294.845
Wertpapiere	115.220.001	- 4.223.584
Beteiligung an Konsortial-geschäften (Diese Postwurde im Jahre 1915 nicht ge-sondert ausgewiesen)	55.019.117	+ 55.019.117
Debitoren	630.219.447	+ 266.789.766
Hypothekendarlehen in Goldgulden (- 80.923)		
Goldg. 588.879 = 1.402.094 in Gulden und Kronen (+ 9.787.647)	242.208.673	
Kommunal-darlehen (- 2.054.718)	200.903.862	
Eisenbahndarlehen (- 1584)	1.196.909	
Industriedarlehen (- 216.064)	8.317.008	454.028.548 + 7.434.357
Annuitäten	8.480.275	+ 2.991.514
Realitäten	8.480.000	+ 1.060.191
Zusammen	1.628.716.042	+ 417.801.572

	Kronen	Gegen 1915	
Aktienkapital	63.000.000	+ 9.000.000	
Agioreserve A 8.240.298 B 1.359.701	9.600.000	-	
Reservefonds, ordentlicher	A 21.402.029 B 5.597.970	27.000.000	-
außerordentl.	A 15.949.549 B 30.260.450 C 70.940.000	117.150.000	+ 29.546.000
Sicherstellungsfonds f. Bank-schuldverschreibungen (Ab-teilung für Industrie-Dar-lehen)	300.000	-	
Reserve für dubiose Forder-ungen	644.831	-	
Trakten	15.843.224	- 2.343.843	
Kreditoren	752.466.142		
Kriegsanleihe-verrechnungsfonto	146.138.792	698.604.935 + 352.764.394	
Pfandbriefe in Gulden und Kronen (+ 8.978.600)	246.621.600		
Prämien-, Schuldver-schreibungen (- 2.484.400)	107.359.800		
Kommunalschuld-verschreibungen in Kronen (+ 9.948.000)	49.237.000		
Kommunalschuld-verschreibungen in Franken oder Kronen (- 381.276)	46.225.788		
Industriedarlehensobligationen (+ 6.218.400)	12.086.000	461.530.188 + 22.273.324	
Zinsen von Pfandbriefen, Prämien- und Kommunal-schuldverschreibungen und Industriedarlehensobligationen	11.435.963	+ 2.427.526	
Verloste Pfandbriefe, Prämien- und Kommunal-schuldverschreibungen und Industriedarlehensobligationen	4.461.168	+ 675.296	
Darlehenszinsen: Vortrag pro 1. Semester 1917	83.802	+ 27.116	
Gewinn- und Verlustkonto	19.061.928	+ 3.425.757	
Zusammen	1.628.716.042	+ 417.801.572	

Die Bilanzsumme hat sich von 1.210.914.470 Kronen im Vorjahre auf 1.628.716.042 K., also um 417.801.572 K. vergrößert. Der Kassenbestand weist gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung um 4.670.001 K. auf. Das Portefeuille hat sich von 123.244.892 K. auf 102.015.255, also um 21.229.636 K. verringert. Der Wechselumlauf ist eben im Ge-schäftsjahre 1916 noch weiter zurückgegangen, da sich der Warenverkehr vielfach gegen Kassa-zahlung abwickelt. Die Vorschuße auf Effekten sind dagegen von 126.788.405 K. im Vor-jahre auf 232.083.250 K., also um 105.294.845 K. ge-triegen. Diese Post besteht überwiegend aus Bombar-dierungen für Zwecke der Kriegsanleihe-zeichnung. Das Wertpapierkonto weist infolge Ueberlaufes einiger älterer Bestände 115.220.001 K. gegen 119.448.585 K. im Vorjahre, also einen um 4.228.584 K. geringeren Betrag aus. Die Einzah-lungen auf Konsortialgeschäfte, welche bisher in den Debitoren enthalten waren, belaufen sich auf 55.019.117 K. Die Debitoren sind mit 630.219.447 K. um 266.789.766 K. höher als im Vor-jahre ausgewiesen. In dieser Post sind bedeutende Vorauszahlungen für die kommende Kriegsanleihe enthalten. Die kommer-zialen Debitoren zeigen einen weiteren Rückgang.

Am Darlehen sind 454.028.548 K. gegen 446.504.191 K. im Vorjahre ausstehend. Obwohl das Hypothekar- und Kommunal-Darlehensgeschäft durch den Krieg naturgemäß gehemmt ist, sind sonach doch neue Darlehen in solcher Höhe zugezählt worden, daß die fälligplanmäßigen Rückzahlungen um den Betrag von 7.434.357 K. überschritten wurden. Eine bedeutend größere Zunahme als die Darlehen hat der Obligationenumlauf erfahren. Die Rückstände an Annuitäten betragen 8.480.275 K., also um 2.991.514 K. mehr als im Vor-jahre. Diese neuerliche Steigerung erklärt sich einer-seits aus der Fortdauer der kriegerischen Ereignisse, während andererseits die Umwandlung in Zu-schuldarlehen gemäß der kaiserlichen Verordnung vom 15. Februar 1916 wegen der in den außerordent-lichen Verhältnissen begründeten Schwierigkeit der durchzuführenden Verhandlungen und wegen der Unvertraulichkeit der Schuldner mit dieser Rechts-institution bisher nur in geringem Maße erfolgt ist; doch stand zum Jahreschluß bereits eine beträcht-liche Anzahl solcher Umwandlungsverhand-lungen unmittelbar vor ihrem Abschluß. Obwohl auch derzeit eine Gefährdung der Rückstände keineswegs zu befürchten ist, wurden dennoch vor-sichtswise entsprechende interne Rück-stellungen durchgeführt, durch welche für alle Wechselfälle der Zukunft Vorsorge getroffen ist.

Das Realitätenkonto zeigt gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung um 1.060.191 K., welche im wesentlichen aus der im Jahre 1916 erfolgten Ver-rechnung der Baukosten des neuen Bureauhauses in der Rosengasse-Schrenkstraße erklärt.

29. III. 1917

203

Unionbank.

Bilanz für 1916.

Der Verwaltungsrat der Unionbank hat in seiner gestrigen Sitzung die Bilanz pro 1916, die einen Nettogewinn von K. 7.822.710 (gegenüber dem Vorjahr + K. 1.048.258) ergibt, genehmigt und beschlossen, der für den 20. April einberufenen Generalversammlung vorzuschlagen: die Dividende mit 8 1/2 Prozent, das sind 34 Kronen pro Aktie (gegen 30 Kronen im Vorjahr) festzusetzen, so daß K. 5.950.000 für das Aktienkapital von 70 Millionen Kronen an die Aktionäre verteilt werden. Von dem nach Abzug der 5prozentigen Verzinsung des Gesellschaftskapitals und des Gewinnvortrages verbleibenden Betrag von K. 3.798.258 sollen 20 Prozent, das sind K. 758.650, dem Reservefonds zugeführt, als statutenmäßige Lantimeien K. 379.325 verwendet, der Pensionskasse des Instituts K. 100.000, dem Kaiser Franz Josef-Jubiläumsfonds für die Angestellten der Bank K. 50.000 zugewiesen und der Rest von K. 584.734 auf neue Rechnung vorgebracht werden.

Das Gewinn- und Verlustkonto zeigt folgende Ziffern:

Erträge: Gewinnvortrag K. 529.456 (+ 171.657), Zinskonto K. 5.447.018 (+ 1.475.298), Gewinn an Effekten und Valuten K. 1.282.215 (+ 862.689), Provision und Kommission im Bank- und Warengeschäfte K. 2.189.718 (+ 267.473), Erträge der Filialen und Wechselstuben K. 1.905.834 (+ 278.971), zusammen 14.804.693 (+ 2.841.186).

Salden: Konto der Gehalte K. 2.048.171 (+ 299.788), Spesen für Kriegsfürsorgezwecke, Beitrag zur Pensionskasse, Lantimeien, Remunerationen und sonstige Spesen K. 1.899.908 (+ 543.400), Abschreibungen und Vorauslagen K. 244.280 (+ 117.812), Steuerkonto K. 2.290.024 (+ 841.788), Gewinn per Saldo K. 7.822.710 (+ 1.048.257), zusammen K. 14.804.693 (+ 2.841.186).

Die Unionbank hat für das erste Kriegsjahr 1914 eine gegenüber dem vorangehenden Friedensjahr um 3 1/2 Prozent reduzierte Dividende verteilt. Für das zweite Kriegsjahr konnte schon die Dividende um 10 Kronen, von 20 auf 30 Kronen, erhöht werden, und mit dem gestern gefassten Beschluß, für das Jahr 1916 eine Dividende von 8 1/2 Prozent, das sind 34 Kronen, zu bezahlen, kehrt die Bank wieder zu der bisher im Frieden erreichten höchsten Gewinnauschüttung zurück. Dieses günstige Resultat wurde ausschließlich im laufenden Geschäft erzielt, für den Seeresbedarf hat sich die Bank nicht direkt betätigt und von den reichlichen Konsortialgewinnen vergangener Jahre wurde ebensowenig verrechnet, wie von denen des Berichtsjahres. Alle diese letztgenannten Gewinne bleiben vielmehr einer späteren Verrechnung vorbehalten und stellen daher eine erhebliche Stärkung der Rücklagen der Bank dar.

Der Bruttogewinn ohne Vortrag pro 13.77 Millionen Kronen entspricht einer Verzinsung von 19.67 Prozent des Aktienkapitals, gegen 15.85 Prozent im Vorjahre, der Reingewinn ohne Vortrag beträgt 7.29 Millionen oder 10.42 Prozent des Aktienkapitals. Das Zinsenergebnis der Zentrale allein stellt sich auf 8.45 Millionen, gegen 6.97 Millionen i. V., oder 12.06 Prozent des Aktienkapitals. Zur Steigerung der Zinsgewinne haben in erster Linie die neuzugewonnenen fremden Gelder von 150 Millionen Kronen beigetragen. Die Provisionen des Bank- und Warengeschäftes der Zentrale haben 2.19 Millionen, gegen 1.92 Millionen i. V., erbracht. Die aus den Kriegsanleiheemissionen erzielten Provisionen sind in dieser Post nicht enthalten. An Effekten und Valutagewinnen sind 1.23 Millionen Kronen, um 0.66 Millionen mehr als im Vorjahre, eingestellt. Aus Konsortialgeschäften sind, wie bereits erwähnt, keinerlei Erträge herangezogen worden.

Es bleiben demgemäß späterer Berechnung vorbehalten: die schon aus früheren Jahren herrührenden Gewinne aus dem Syndikat für Aktien der Wiener Automobilfabrik, Aktiengesellschaft, vormals Graf & Stift, die Finanzierungsgewinne aus Anlaß der Errichtung der Oesterreichischen Aktiengesellschaft für Bauunternehmungen und der Volksegg-Traunthaler Kohlenwerks-Aktiengesellschaft, der Nutzen aus den Emissionsyndikaten für die 4 1/2prozentigen ungarischen Staatsrentenanleihen von den Jahren 1913 und 1914, für die 4 1/2prozentigen ungarischen Staatskassenscheine vom Jahre 1913, für die 4 1/2prozentigen Wiener Kassenscheine vom Jahre 1913 und aus dem Syndikat für bulgarische Schatzwechsel, der Gewinn im Konsortium vom Jahre 1908 für Kasernen-, Grund- und Bautransaktionen, aus dem Baugeschäft der Ungarisch-balmatinischen Verbindungsbahn, aus dem Konsortium für 4 1/2prozentige österr. amortisable Schatzanweisungen vom Jahre 1914, der Finanzierungsgewinn bei der Gründung der Dampfschiffahrt-Aktiengesellschaft Marco U. Martinovich und mehrere andere Konsortialergebnisse. Diesen Ueberträgen sind im Berichtsjahre zuzuwachsen: der Gewinn im Syndikat für Oesterreichische Rote Kreuz-Loose, für 5 1/2prozentige Wiener Kassenscheine, Emission 1916, der Nutzen aus dem auszulösenden Syndikat für Aktien der Volksegg-Traunthaler Kohlenwerks-Aktiengesellschaft, aus den Konsortien für 5 1/2prozentige ungarische Staatskassenscheine, Emission 1915 und 1916, den Syndikaten für Kreditaktien, Emission 1916, für die 4 1/2prozentige amortisable galizische Landes-Goldanleihe usw.

Der Effektenbesitz der Bank von 51.5 Millionen (gegen 53.45 Millionen i. V.) setzt sich zusammen aus 34.2 Millionen (i. V. 40.5) Millionen Anlagewerten, 7.1 (i. V. 6.5) Millionen Aktien von Industrieunternehmungen und Versicherungsgeellschaften, 1.24 (i. V. 0.19) Millionen Aktien von Transportunternehmungen,

7.12 (i. V. 6.25) Millionen Aktien von Banken und 1.87 (i. V. 1.96) Millionen ausländischen Effekten und diversen Beständen. Den hauptsächlichsten Bestand der Gruppe der Anlagewerte bilden die von der Bank für eigene Rechnung geschiedenen Beiträge der Oesterreichischen und ungarischen Kriegsanleihen. Unter den Titres der zweiten Gruppe ist der gegenüber dem Vorjahr unverändert gebliebene Besitz der Bank an Aktien der Oesterreichischen allgemeinen Unfallversicherungsgesellschaft hervorzuheben. Von den Beständen an Bankaktien sind die Aktien der Ungarischen Baraktien- und Rentenbank zu erwähnen, für die die bisher höchste Jahresdividende, nämlich K. 32 pro Aktie, zur Ausschüttung kam und deren Prosperitätsgewinne durch die Fusion mit der Ungarischen Anstaltsgesellschaft und Baraktienbank erhöht erscheinen. Bei der Bewertung der Effekten wurde im Prinzip an den Kursen vom 25. Juli 1914 festgehalten, hierbei jedoch bei jenen Effekten, deren aktueller Preis dormalen niedriger ist, der entsprechend tiefere Kurs eingesetzt. Ueberdies wurden bei einzelnen bedeutenderen Effektenbeständen noch weitere für alle Fälle ausreichende Spezialrückstellungen vorgenommen. Für die Aktien der Oesterreichischen allgemeinen Unfallversicherungsgesellschaft wurde der seit einigen Jahren fixierte Bilanzkurs beibehalten, der sowohl gegenüber dem letzten Börsenkurs als auch gegenüber dem dormaligen Marktpreis der Aktien eine sehr beträchtliche Marge ergibt.

Die Konsortialbeteiligungen sind nach Austragung mehrerer Konsortialgeschäfte mit 16.87 Millionen, gegen 21.17 Millionen im Vorjahre ausgewiesen und enthalten an wesentlichen zumeist aus früheren Jahren stammenden Engagements: den Anteil am Syndikat für Aktien des Oesterreichischen Lloyd, für die Finanzierung und den Bau der Lokalbahn Welsdorf-Barnsdorf-Trautau, die Anteile an den Syndikaten für Aktien der „Egolyda“ Ungarische Solzperkohlungs-A.G., der Oesterreichischen A.G. für Bauunternehmungen, der A.G. der Kleinmünchner Baumwollspinnereien und mechanischen Weberei und der Oesterreichisch-Bosnischen Bank-A.G., weiter die Einzahlungen in den Konsortien für die Leopoldauer Gründe und für die zum größten Teil gewinnbringend ausgetragene Grundtransaktion in der Herrngasse und Ballnerstraße, die Beteiligungen im Syndikat für Aktien der Dampfschiffahrt-A.G. Marco U. Martinovich, jene im Konsortium für die Uebernahme der 5prozentigen Bulgarischen Goldanleihe vom Jahre 1914 und für die 4prozentige türkische Zollanleihe vom Jahre 1911. Die in den Vorjahren an dem Engagement im Konsortium für Oesterreichische Lloyd-Aktien im Hinblick auf die durch den Krieg verursachte Störung des Schiffahrtbetriebes vorgenommenen weitgehenden Abänderungen haben für diese Konsortialbeteiligung eine Bilanzbewertung ergeben, die sich tief unter dem gegenwärtigen Marktpreis der Aktien hält. Der Schiffspart des Lloyd hat nach den heutigen Schiffspreisen eine weitere ganz außerordentliche Werterhöhung erfahren, und wenn auch der Schiffsbetrieb nahezu gänzlich eingestellt erscheint, so kann andererseits mit Sicherheit angenommen werden, daß nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse die Steigerung und erhöhte Rentabilität des Seeschiffahrtverkehrs dem Unternehmen Entschädigung für den Entgang während der Kriegsjahre bieten werden.

Für Steuern ist die Bilanz mit 2.29 Millionen (gegen 1.45 Millionen i. V.) belastet; hierbei ist der Betrag der Erwerbsteuer auf Basis des im Bilanzjahr erzielten Erträgnisses und unter Rücksichtnahme auf die geltenden Kriegs- und Rentabilitätszuschläge ermittelt.

Die Bilanz zeigt folgende Ziffern:

Aktiva: Kassa Bestände K. 18.689.251 (+ 735.588), Effekten K. 51.543.998 (- 3.205.008), Wechselportefeuille K. 79.401.178 (- 42.801.638), Vorkäufe auf Effekten im Reportgeschäft K. 20.822.608 (+ 509.957), Vorkäufe auf Waren und Warrants K. 9.537.257 (+ 2.487.141), Konsortialgeschäfte K. 16.872.320 (- 4.301.577), Debitoren im Bankgeschäft K. 267.849.085 (+ 101.841.476), im Warengeschäfte K. 12.252.258 (- 1.204.745), Kriegsanleiheverrechnungskonto K. 251.984.278 (+ 160.446.512), Anstaltsgebäude K. 1.000.000 (-), Summe K. 729.932.217 (+ 213.809.701).

Passiva: Aktienkapital K. 70.000.000 (-), Reservefonds K. 13.639.552 (+ 583.330), Kapitalreservefonds K. 7.074.409 (-), Akzept und Anweisungen K. 13.216.856 (- 9.025.615), verzinsliche Einlagen gegen Einlagsbücher K. 91.018.727 (+ 33.456.917), Kreditoren im Bankgeschäft K. 330.738.082 (+ 107.830.780), im Warengeschäfte K. 28.071.491 (+ 12.226.688), transitorische Buchungsposten K. 24.956.178 (+ 7.402.572), Kriegsanleiheverrechnungskonto K. 183.810.070 (+ 80.429.528), rückständige Dividenden K. 94.139 (+ 57.296), Gewinn per Saldo K. 7.822.710 (+ 1.048.257), Summe K. 729.932.217 (+ 213.809.701).

Der Rückgang des Wechselportefeuilles von 122.2 Millionen auf 79.4 Millionen Kronen ist zum Teil auf die Einlösung staatlicher Schatzwechsel, die im vorjährigen Stand enthalten waren, zurückzuführen. In dem Kriegsanleiheverrechnungskonto ist unter den Passiven das Guthaben der Staatsverwaltung aus den Subskriptionsanmeldungen der Bank auf die fünfte Kriegsanleihe mit dem Betrag von 133.8 Millionen ausgewiesen. Die Gegenpost unter den Aktiven im Betrage von 252 Millionen repräsentiert die Summe der Vorkäufe, die die Bank auf Kriegsanleihen gewährt hat. Auf alle bisherigen fünf Kriegsanleihen wurden bei der Unionbank circa 760 Millionen gezeichnet. Die statutenmäßigen Reservefonds erhöhen sich unter Einrechnung der diesjährigen Zuweisung auf 21.5 Millionen Kronen und auch die sonstigen namhaften Reserven haben im Jahre 1916 eine wesentliche Steigerung erfahren. Die Erhöhung des Aktienkapitals von 70 auf 85 Millionen Kronen wurde zu Anfang des laufenden Jahres durchgeführt und das, hierfür gebildete Garantiesyndikat alsbald aufgelöst. Die erhöhte Kapitalsumme und das statutengemäß dem Kapitalreservefonds zugeführte Ergebnis der

Kapitalvermehrung werden schon erst in der Bilanz des Jahres 1917 zum Ausdruck kommen.

Ueber die dem Konzern der Unionbank angehörenden Industrieunternehmungen wird folgendes mitgeteilt:

Die Reichler Magnesitwerke, A. G. ist auch während des laufenden Geschäftsjahres 1916/17 bei dem Verkauf ihrer Produkte bisher fast ausschließlich auf Oesterreich-Ungarn und Deutschland beschränkt gewesen. Sie konnte trotz der außerordentlichen Erhöhungen des Betriebes ihre Produktion gegen die vorhergehende Geschäftsperiode wenn auch nur unwesentlich erhöhen und die bedeutende Steigerung der Produktionskosten durch Preissteigerungen weitmachen, so daß das diesjährige Geschäftsergebnis das des vorangehenden Jahres voraussichtlich übersteigen wird. Die Petroleumunternehmungen, an denen die Unionbank interessiert ist, lassen sehr befriedigende Betriebsergebnisse erwarten. Auch die Oelindustrie-Gesellschaft hat im Jahre 1916 sehr günstige Ergebnisse erzielt und zahlte eine auf 100 Kronen erhöhte Dividende. Die Wiener Automobilfabrik A. G. vormals Graf & Stift und die Vereinigte Telephon- und Telegraphenfabrik Aktiengesellschaft Geija, Nigl & Co. sind fortwährend vollaus beschäftigt und werden aller Voraussicht nach höhere Erträge als im Vorjahre erbringen. Auch bei der Volksegg-Traunthaler Kohlenwerks-Aktiengesellschaft wird das Geschäftsergebnis des Jahres 1916 das des Vorjahres übersteigen. Die Aktiengesellschaft der Kleinmünchner Baumwollspinnereien und mechanischen Weberei hat im abgelaufenen Jahre sehr günstige Erfolge erzielt. Die Oesterreichische Aktiengesellschaft für Bauunternehmungen wird bei entsprechenden Rückstellungen eine auf 8 Prozent erhöhte Dividende für das Jahr 1916 verteilen. Der Geschäftsgang der Holzhandels-A. G. hat sich im abgelaufenen Jahre sehr günstig gestaltet. Die Gesellschaft wird den Aktionären für das Jahr 1916 zweifellos eine erhöhte Verzinsung bieten. Die Zabelbetrieblagerung der „Egolyda“ Ungarische Solzperkohlungs-Aktiengesellschaft sind fortgesetzt in vollem Umfang beschäftigt, so daß auch dieses Unternehmen in der Geschäftsperiode 1916/17 einen höheren Gewinn als in der vorhergehenden erzielen wird. Die Erste Wiener Hotel-A. G. ist infolge günstiger Betriebsergebnisse in der Lage, für das Jahr 1916 eine Dividende von 8 Prozent (gegen 6 Prozent im Vorjahre) zu verteilen. Die Oesterreichisch-Bosnische Bank-Aktiengesellschaft in Sarajevo hat im abgelaufenen Jahre mit ganz besonders zufriedenstellenden Erfolgen gearbeitet und wird bei weitgehenden Rückstellungen eine Dividende von 8 Prozent zur Verteilung bringen.

fuhre aus Argentinien stellt fest, daß es sich nur um ein Ausfuhrverbot für Weizen und Mehl handelt.

(Budapecster Effekten-Privatverkehr.) Die Geschäftswoche hat im Zeichen außerordentlicher Festigkeit ihren Abschluß gefunden. Von Banken waren Ungarische Kreditbank, Polzbank und Hypothekbank ganz besonders begünstigt und erzielten gegen gestern bedeutende Avancen. Favonisiert waren außerdem Agrarbank und Ungarische Bank, doch gingen diese zum Schluß auf ihr gestriges Niveau zurück; Eskomptebank haben ebenfalls um eine Kleinigkeit angezogen. Von den sonstigen Werten nahmen vor allem Straßenbahn großes Interesse in Anspruch; Staatsbahnen waren etwas schwächer; Rimamuráner verkehrten behauptet, Schick-Nicholson zu gebesserten Kurzen, Diptál hingegen schwächer. Kohlenpapiere, namentlich Urifáner und Nordböhler, waren höher gefragt. Eine kräftige Steigerung erfuhrn Beocsiner, während Klotzbe eine empfindliche Einbuße erlitten. Es kam noch eine große Anzahl von Effekten zu mehr oder minder festen Preisen in den Verkehr. Die Anlagewerte waren fest.

(Wiener Effekten-Kasseverkehr.) Aus Wien wird uns telegraphiert: Die Friedensäußerungen des Grafen Czernin haben die Erwartungen auf eine baldige Beendigung des Krieges gesteigert und die günstige Stimmung unterstützt. Eine Kursabschwächung vollzog sich nur in einzelnen Bahnpapieren. In Bankaktien wurden vielfach Rückkäufe ausgeführt. Für ungarische Bankpapiere lagen aus Budapest Kauforders vor. In Eisen- und Munitionsaktien fanden bei Beginn des Verkehrs aus Anlaß des Wochenendes Realisationen statt, doch nahmen diese Papiere späterhin an der Kursbesserung teil. Das Geschäft in Wosen war geringer wie gestern. Auf dem Aktienmarkt waren noch Maschinensabrik-, Brauerei- und Lokomotivfabrikaktien begehrt. Der Gesamtverkehr hat schließlich etwas nachgelassen.

(Der Getreidemarkt.) Auf dem Getreidemarkte war die Tendenz behauptet. Das Geschäft war sehr geringfügig. Abschlüsse kamen infolge sehr minimalen Angebots nur vereinzelt zustande. Lupinen, Futterrüben und einige Samenreien wurden in ganz kleinen Posten gehandelt. Die Preislage blieb unverändert.

Generalversammlungen.

Ungarische Eskompte- und Wechselbank.

Die Ungarische Eskompte- und Wechselbank hielt heute unter dem Vorsitze des Direktionspräsidenten Baron Max Madarassy-Bed ihre XLVII. ordentliche Generalversammlung, zu welcher insgesamt 62.270 Stück Aktien angemeldet worden sind. Nachdem der Präsident die erschienenen Aktionäre begrüßt hatte, betraute er den Direktor Dr. Alexander Kann mit der Führung und die Aktionäre Ludwig Kohn und Emil Wellisch mit der Authentifikation des Protokolls. Vor der Tagesordnung gedachte Präsident Baron Max Madarassy-Bed in warmen Worten des kürzlich verstorbenen verdienten Vizepräsidenten des Instituts Ludwig August Jahnstein und die Generalversammlung beschloß auf seinen Antrag das Andenken des Verbliebenen profoliarisch zu bereuigen. Dem Bericht der Direktion entnehmen wir folgendes: Die ungewöhnliche Geldflüssigkeit trat im abgelassenen Jahre in der weiteren außerordentlichen Zunahme der Bankdepósitos in die Erscheinung. Diese, zum überwiegenden Teil in den Dienst des Kreditbedarfes des Staates zu stellen, bildete auch im Jahre 1916 eine der vornehmsten Aufgaben der Banken, welche an der Ausbringung der vom Staate geforderten gewaltigen Mittel für die Kriegführung auch diesmal in imposanter Weise mitwirkten. Dem weiteren sehr beträchtlichen Zuwachs der Einlagen standen verminderte Kreditbedürfnisse von Handel und Industrie gegenüber, während der Ueberfluß an Einlagen vorwiegend in staatlichen Emissionen oder Lombardvorschlüssen auf Staatspapiere Anlage fand. Infolge des Anwachsens der fremden Mittel ergaben sich wesentlich gesteigerte Umsätze. Hierdurch konnte das Institut das vorjährige Erträgnis, trotz der auf ein kleineres Maß reduzierten Verdienstmöglichkeit an den Glacierungen, einen — ohne Berücksichtigung der Gewinnvorträge — um k 799.821.30 übersteigenden Reingewinn erzielen und dementsprechend die Dividende diesmal höher als im Vorjahre bemessen. Die am 16. Dezember v. J. beschlossene Kapitalserhöhung von 50 auf 65 Millionen Kronen wurde mit Erfolg durchgeführt. Von den zur Ausgabe gelangten 37.500 Stück neuen Aktien wurden 50.000 Stück den Aktionären zum Bezuge angeboten und diese haben das Bezugsrecht fast durchweg ausgeübt; die übrigen Aktien wurden von dem gleichzeitig gebildeten Garantiefonds übernommen. Der Gegenwert der neuen Aktien ist in den letzten Tagen des Berichtsjahres voll eingezahlt worden und erscheint dementsprechend das Aktienkapital in der Bilanz bereits mit k 65.000.000 ausgewiesen, während ein Betrag von k 3.750.000, der aus dem erzielten Aufgelbe zur Verfügung stand, der ordentlichen Reserve zugeführt wurde. Die neuen Aktien partizipieren erst ab 1917 am Geschäftsergebnis der Bank. Im Eskomptegeschäft blieb der Umsatz auch diesmal hinter jenem der vorangegangenen Jahre zurück; die Summe der eskomptierten Wechsel auf das Inland betrug heuer 203 Millionen Kronen gegen 360 Millionen Kronen im Vorjahre. Im Effekten- und Effektenkommissionsgeschäft sowie an Syndikaten erscheint ein Gewinn von k 369.698.04 gegen k 103.058.99 im Vorjahre ausgewiesen. Die Bewertung der Effekten- und Konfortialbestände erfolgte auch diesmal unverändert zu den weit unter dem derzeitigen Kursstande sich bewegenden Kursen der ersten nach Kriegsausbruch verfaßten Jahresbilanz (1914) und erscheint in dem Mehrwert der Bestände eine auch dem Vorjahre gegenüber wesentlich gestärkte Rücklage geschaffen. Das Erträgnis des Zinskontos bezieht sich heuer auf k 5.463.431.01 gegen k 4.952.086.18 im Vorjahre. Dieses günstige Ergebnis ist in erster Reihe darauf zurückzuführen, daß der Geschäftskreis der Bank infolge der wesentlichen Zunahme des Einlagenstandes auch diesmal beträchtlich an Aus-

dehnung gewann. Das Erträgnis des Provisions- und Kommissionskontos hat gleichfalls eine Zunahme erfahren und erscheint heuer mit k 1.436.035.46 gegen k 1.272.400.37 im Vorjahre ausgewiesen. Der Lombardbestand blieb Ende des Berichtsjahres mit einem Saldo von k 45.128.157.19 ungefähr auf gleicher Höhe wie im Vorjahre, während die auf Kriegauleihentres gewährten Vorschüsse eine Zunahme von k 100.086.980.05 auf k 132.600.652.61 erfuhren. Nach Abzug des k 75.706.085.35 betragenden Postens der diversen Kreditoren betrug der Einlagestand des Instituts Ende 1916 k 352.569.165.66 gegen k 225.298.884.76 im Vorjahre, während die Bilanz unter Berücksichtigung obigen Postens heuer einen Betrag von k 428.275.250.98 gegen k 278.270.998.39 im Vorjahre 1915 aufweist. Das Erträgnis der Filialen erhöhte sich diesmal von k 718.758.22 auf k 964.590.10. Dem Hypothekar- und Kommunaldarlehensgeschäft waren die Verhältnisse auch im Jahre 1916 nicht günstig, obwohl für Pfandbriefe wachsendes Interesse bezeugt wurde, welches sich auch auf das laufende Geschäftsjahr übertrag und die flotte Realisierung der in der vorliegenden Bilanz ausgewiesenen, bei Jahresluß noch vorhanden gewesenen Pfandbriefvorräte ermöglichte. Trotz alledem war es auch diesmal nicht möglich, das Hypothekengeschäft zu beleben, nachdem es bei der vorherrschenden Geldflüssigkeit und dem fast vollständigen Stillstand im Baugewerbe an Darlehensmaterial mangelte. Die Warenabteilung betätigte sich auch diesmal im Rahmen des intensiven und ausschließlich geflogten Kommissionsgeschäftes. Die Generalversammlung nahm den Bericht der Direktion einstimmig zur Kenntnis, erteilte nach Feststellung der Bilanz der Direktion und dem Aufsichtsrate das Absolutum und beschloß im Sinne des Direktionsantrages, von dem k 5.580.149.98 betragenden Reingewinn k 3.750.000 als 7 1/2 prozentige Dividende zur Ausschüttung zu bringen, die ordentliche Reserve der Bank mit k 400.000 zu erhöhen, k 291.997.65 als statuten-gemäße Fantieme der Direktion zu verwenden, k 250.000 dem Pensionsfonds der Angestellten, k 20.000 dem Unterstützungsfonds der Angestellten zuzuführen und den erübrigenden Restbetrag von k 1.818.152.28 auf neue Rechnung vorzutragen. Im Sinne dieses Generalversammlungsbeschlusses gelangt der Dividendenkupon Nr. 47 vom 2. April an mit k 30 zur Einlösung, Aktionär Dr. Bela v. Kövess sagte der Direktion und dem Beamtenkörper für das in den Schlußrechnungen zum Ausdruck gelangende glänzende Resultat im Namen der Aktionäre in warmen Worten Dank (Lebhafte Beifall), worauf der Vorsitzer die für diese Anerkennung dankte. Nach einer geringfügigen Statutenänderung wurden die Herren Generaldirektor Dr. Stefan Freund, Direktor Maximilian Kraus von der Oesterreichischen Länderbank, Generaldirektor Adolf Bedai und Oskar Ritter v. Bahl (von der Firma Manfred Weiß) für die Funktionsdauer der gegenwärtigen Direktion mit Akklamation zu neuen Mitgliedern der Direktion gewählt.

Ungarische Hypothekbank.

Die Ungarische Hypothekbank hielt heute ihre achtunddreißigste ordentliche Generalversammlung, in der 57.088 Aktien mit 2845 Stimmen vertreten waren. Den Vorsitz führte zum ersten Male Präsident Geheimrat Graf Karl P h u e n - S e d e r v á r y, der den Aktionären aus diesem Anlasse Dank dafür sagte, daß sie ihn vor Jahresfrist in die Direktion gewählt und dadurch ermöglicht haben, daß er das Präsidium dieses vornehmen Instituts übernehmen konnte. Der Präsident betraute an Stelle des erkrankten Direktors Dr. Max v. Neumann den Proturisten Dr. Ludwig Ferenczy mit der Führung, die Aktionäre Josef Ungyal und Dr. Ludwig Brachfeld aber mit der Authentifikation des Protokolls. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Bericht der Direktion, aus dem hervorgeht, daß die Summe der im abgelassenen Jahre bewilligten Pfandbriefdarlehen k 12.591.900 beträgt. Auf das Jahr 1917 übertragen wurden k 4.224.500, im Jahre 1916 flüssig gemacht k 9.073.000. Von den am 31. Dezember 1916 bestehenden Darlehen entfallen auf 1.298.475 Rat-Joch Grundbesitz im Schätzungswerte von k 565.258.394 k 220.996.250, auf 1709 Zinshäuser im Schätzungswerte von k 358.514.965 k 161.859.450. Es wurden daher insgesamt auf Immobilien im Schätzungswert von k 923.773.359 flüssig gemacht 382.655.700. In diesem Schätzungswerte ist der Wert der aus Zutravillanliegenschaften, Gebäuden und Zugehörigkeiten bestehenden Nebenhypotheken im Betrage von k 16.162.084 nicht inbegriffen. Von diesen Darlehen entfallen 57-78 Prozent auf Grundbesitz, 42-25 Prozent auf Zinshäuser. Das Saldo der Pfandbriefdarlehen, das sich am 31. Dezember 1916 auf k 339.598.734.90 beläuft, beträgt 36-762 Prozent des Schätzungswertes der als Dedung verpfändeten Immobilien von k 923.773.359; der durchschnittliche Schätzungswert des hypothekarisch belehnten Grundbesitzes beträgt pro Katastraljoch k 437, seine durchschnittliche Belastung k 170.85. Seit dem Bestande der Bank bis zum 31. Dezember 1916 wurden an Pfandbriefdarlehen k 589.095.100 flüssig gemacht und auf Grund dieser Darlehen in demselben Zeitraume Pfandbriefe in der Höhe von k 589.095.100 ausgegeben. Davon wurden verlost und zurückgezahlt k 247.914.800. Es blieben daher am 31. Dezember 1916 im Verkehr k 341.180.300. Seit dem Bestande der Bank wurden an Kommunaldarlehen k 454.703.319.41 flüssig gemacht. Die Gesamttilgungen und Rückzahlungen betragen k 132.645.466.69, der Sand der Kommunaldarlehen am 31. Dezember 1916 k 322.057.852.72. In dem Abschiedsberichte des Instituts weist das verfloßene Geschäftsjahr den beiden vorhergegangenen Geschäftsjahren gegenüber eine entschiedene Besserung auf. Trotzdem die gewohnten ausländischen Märkte auch in diesem Jahre kaum in Betracht kamen, und das Inland in erster Reihe durch die Kriegsanleihen in Anspruch genommen war, zeigte sich, besonders in der zweiten Hälfte des Jahres, für die ver-

1. IV. 1917

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Banken und Uebergangswirtschaft.

Die Bilanz der Oesterreichischen Creditanstalt wird am nächsten Mittwoch veröffentlicht werden. Ehedem war der Abschluß der Creditanstalt ein großes Ereignis für die Märkte; an der Hamburger und Frankfurter Abendbörse strotzte der Verkehr, bis der Telegraph die spannungsvoll erwarteten Ziffern aus Wien meldete, selbst in Paris und Amsterdam war der Abschluß der Creditanstalt eine Richtlinie für die allgemeine Geschäftstendenz. Im Laufe der Jahrzehnte ist namentlich im Gefolge der wiederholten Kapitalvermehrungen der Schwerpunkt des Aktienbesitzes und des finanziellen Einflusses der Creditanstalt immer stärker nach Oesterreich gerückt. Die Bilanz ist für die ausländischen Plätze nicht mehr wie ehedem Gegenstand unmittelbaren finanziellen Interesses, wohl aber noch immer einer der wichtigsten Anhaltspunkte für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Monarchie. Die bisher veröffentlichten Abschlüsse von vier Wiener Großbanken zeigten das gleichmäßige Bild der Entwicklung im zweiten Kriegsjahre; der Bankverein ist bei einer ungewöhnlich starken Geschäftsausdehnung zu der Dividende des letzten Friedensjahres zurückgekehrt, die Unionbank hat im kleineren Rahmen die gleiche Politik befolgt, die Bodenkreditanstalt und die Oest. Comptogebellschaft sind aber das bisherige Höchstmaß erheblich hinausgegangen. Bei der Veröffentlichung des Halbjahresabschlusses der Creditanstalt galt es als das Mindestmaß, daß für das ganze Jahr die Dividende des letzten Friedensjahres mit 34 Kronen erreicht werden wird; im Verlaufe der letzten Monate, als die reichen Gewinne der Banken sichtbar hervortraten, wurden die höheren Dividendenschätzungen immer mehr verbreitet und verdrängten sich allgemach zu sicherer Erwartung. Wenn die Creditanstalt, wie man annimmt, am nächsten Mittwoch eine Dividende von 36 Kronen, die größte seit 17 Jahren, erklären wird, so wird eine solche Festsetzung den bisherigen Schätzungen des Marktes entsprechen.

In den Bilanzen der Creditanstalt stehen nach einer uralten Gepflogenheit die Effekten- und Konfossialgewinne an erster Stelle, obwohl sie das Ergebnis kaum mehr entscheidend beeinflussen können und die Dividende ausschließlich aus dem laufenden Geschäft gezahlt wird. Im vorigen Jahre hatte diese Post nur die bescheidene Höhe von 774.000 Kronen, vor zwei Jahren war sie ganz weggefallen, vielmehr mußte ein Verlust von 1,3 Millionen Kronen als Lastenpost abgebucht werden. Das Jahr 1916 hatte in seinem ganzen Verlaufe Gelegenheit zu einer ungewöhnlich umfassenden Tätigkeit auf dem Effektenmarkte geboten. Alle Banken haben die mächtige Nachfrage zu großen Verkäufen lange gehaltener Bestände von Wertpapieren ausgenützt. Die Creditanstalt hat Emissionen und Veräußerungen von Industrieaktien aller Art vorgenommen, erhebliche Beträge von Aktien der Berndorfer Metallwarenfabrik, der Oest. Zuckerfabrik, der Kaiserbräuerei, des Wiener Spiritusfabrik, des Warenhauses Gerngros, der Witterberger Kupferwerke bei der Kundschaft abgesetzt. Die Effekten- und Konfossialgewinne dürften in der Bilanz, obwohl ein erheblicher Teil nach der bestehenden Gepflogenheit zu Rückstellungen verwendet worden ist, ungewöhnlich groß sein und vielleicht an das Jahr 1913, wo sie 2,4 Millionen Kronen betragen hatten, heranreichen. Die Hauptpost in allen Bankbilanzen sind die Zinsen. Im vorigen Jahre hatten sie 26,7 Millionen Kronen gekostet. Diesmal kommen vorerst als der im Juni 1916 vollzogenen Kapitalvermehrung die 5prozentigen Zinsen der neu aufgenommenen Gelder mit 1 1/2 Millionen Kronen hinzu. Das Zinsentkonto wurde überdies durch den bedeutenden Zufluß an fremden Mitteln wesentlich beeinflusst. Die Kreditoren und Einlagen der Creditanstalt hatten bereits im vorigen Jahre die riesige Summe von 1,3 Milliarden Kronen und dürften in der kommenden Bilanz darüber hinaus noch stark gestiegen sein, sich voraussichtlich zwischen 1 1/2 und 2 Milliarden Kronen bewegen. Bei den Banken, deren Abschlüsse bereits vorliegen, zeigten die Zinsen des Jahres 1916 eine Zunahme um 15 bis 20 Prozent; falls man bei der Creditanstalt das gleiche Erziehungsverhältnis annimmt, so würde man zu einer Zinsenziffer von rund 32 Millionen Kronen gelangen. Dagegen dürften die Provisionen diesmal keine wesentliche Veränderung aufweisen. Die Kontokorrentprovisionen haben zwar als Folge der gesteigerten Umsätze im Bankgeschäft eine Erhöhung erfahren und auch aus abgerechneten Konfossialgeschäften sind größere Vermittlungsgebühren eingeflossen; andererseits dürfte sich aber im Warengeschäfte der Kohlen- und Zuckerabteilung ein Ausfall ergeben. Auch die Dividenden sind schwächer gestiegen, weil der Tätigkeit der Banken auf diesem Gebiete durch die Errichtung der Devisenzentralen enger Grenzen gesetzt waren. Die Lasten, namentlich die Gehalte und Steuern, dürften zwar wie bei allen Banken gleichfalls gestiegen sein und für die Folgezeit noch eine weitere Erhöhung in Aussicht stellen, das Gesamtergebnis wird aber derart veranschlagt, daß bei ausgiebigen Rückstellungen und leichter Bewegungsfreiheit den Aktionären eine Quote von 11 1/4 Prozent geboten werden kann.

Auch in Berlin werden jetzt die Rechnungsabschlüsse der Großbanken veröffentlicht; einzelne von ihnen regen interessante Vergleichen mit den Ergebnissen der Wiener Banken an. Die alte Geschäftsfreundin der Creditanstalt, die Diskontogebellschaft, kehrt gleichfalls zu der Dividende der Friedenszeit, zum zehnjährigen Aktienvertrage zurück; auch ihre Bilanz zeigt Mannichziffern, zumal sie jetzt die beiden großen angeschlossenen Institute, die Norddeutsche Bank in Hamburg und den Schaaffhausenschen Bankverein in Köln, mit ihrem eigenen Betriebe gänzlich zusammengefaßt hat. Die Zinsen des Jahres 1916 erreichen 29,27 und zusätzlich der Dividenden der beiden Provinzbanken 4 Millionen Mark oder 13,7 Prozent des Aktienkapitals, sind aber prozentuell schwächer als die Zinsen der

Wiener Institute, die über größere Reserven verfügen und auch eine etwas günstigere Spannung im Zinsfuß ausnützen können. Dagegen sind die Provisionen in Berlin durchwegs größer als bei den Wiener Banken, weil die Konditionen in Wien bisher billiger waren. Der Verwaltungsapparat der Berliner Banken stellt sich minder kostspielig; Gehalte und Spesen zeichnen bei der Diskontogebellschaft im Jahre 1916, wo sie bedeutend gestiegen sind, rund 30 Prozent des Bruttogewinnes auf, während beispielsweise beim Wiener Bankverein über 42 Prozent des Bruttogewinnes für Gehalte und Verwaltungskosten aufgingen. Die deutschen Großbanken sind endlich noch, was sehr entscheidend ins Gewicht fällt, mit namhaft geringeren Steuern belastet. Die Diskontogebellschaft zahlte im Jahre 1916 insgesamt 3,47 Millionen Mark, nicht einmal den zehnten Teil des Reingewinnes, an den Fiskus weg, während bei den österreichischen Großbanken die öffentlichen Lasten zwischen 20 und 25 Prozent des bilanzmäßigen Reingewinnes ausmachen. Die Gewinne im Kriege sind den deutschen Banken vielleicht reichlicher als den österreichischen Instituten zugeflossen; dafür waren aber auch die Risiken aus der im Frieden ehedem über die ganze Erde ausgebreiteten Tätigkeit ungleich größer, die Zwangsliquidierung der Londoner Filialen und sonstigen Verbindungen in Feindesland verursachte erhebliche Abschreibungen und Verluste und nötigte zu Zurückhaltung in der Geschäfts- und Dividendenpolitik.

Die Wiener Banken und voran die Creditanstalt haben erst in den letzten Jahren eine sehr rasche Entwicklung genommen. In den Jahren 1907 bis 1911 bewegten sich die Zinsen der Creditanstalt um die Höhe von 16 Millionen Kronen, heuer dürften sie den doppelten Betrag erreichen; die Bilanzsumme überstieg damals eben erst eine Milliarde und dürfte heuer hinter der zweiten Milliarde kaum zurückbleiben. Das Wachstum des Geschäftes bewegt sich, wenn man auf die Zeit von zwei bis drei Jahren vor dem Kriegsausbruch zurückblickt, in ungewöhnlich hohen Ziffern. Was aber unverändert geblieben ist, das ist die alte geschichtliche Tradition. Der Abstand von den übrigen Finanzinstituten hat sich infolge der schnellen Ausdehnung einzelner unter ihnen etwas verringert, ist aber doch noch deutlich sichtbar, und die Creditanstalt marschiert noch immer an der Spitze. Geniale Finanzkapitäne hat der Wiener Boden in den letzten Jahrzehnten wenig hervorgebracht, die ernste lästige Arbeit ist aber — wenigstens bei den alten eingelebten Organisationen — erhalten geblieben. Die Banken sind oft als der Spiegel der gesamten Wirtschaft bezeichnet worden; das Bild, das sie zurückwerfen, bekundet im allgemeinen Gesundheit und Lebenskraft des ökonomischen Körpers, eine im Kriege ungehemmte Sparsamkeit und einen anhaltenden Zufluß von Geldern, die für die neue Zeit bereitgestellt werden. Die Organisation für den Uebergang zur Friedenswirtschaft ist soeben durch die Errichtung des Generalkonmissariats geschaffen worden. Die Bilanzen der Banken zeigen die Energie des heimischen Kapitals, sich diesem Zweck dienstbar zu machen. Die Friedenswirtschaft wird sicherlich einen Teil der angesammelten Mittel abziehen, der steten Unverwendbarkeit des Geldes und dem andauernden Sinken des Geldpreises ein Ende bereiten. Die Tatsache, daß sich der Uebergang nicht in sprunghaftem Wechsel, sondern nach sorgfältiger Vorbereitung in wohlgefügter Ordnung vollziehen soll, ist aber auch eine Gewähr dafür, daß die Gelder den Banken nicht in rückweisem raschem Uebergang, sondern in allmählicher Rückbildung entzogen werden dürften. Würde ein ungezügelter Wettbewerb entbrennen, würden die Glut der Industrie nach jahrelanger Dämmung sich sofort in das alte Bett stürzen, so müßte ein solcher jäher Wechsel auch einen nicht zu löschenden Kapitalbedarf schaffen, dem die Banken nur mit rapider Auflaffung der im Kriege geschaffenen Einrichtungen folgen könnten. Die Organisierung des Ueberganges wird bewirken, daß die Ansprüche zunächst auf das neu sich bildende Kapital und nur auf einen Teil der angesammelten Ueberschüsse greifen, daß die fremden Gelder überwiegend bei den Banken verbleiben werden, daß auch der Zinsfuß der früheren Höhe zustreben, aber nicht im Frieden sprunghaft emporschnellen wird.